DIGITALES ARCHIV

ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
ZBW – Leibniz Information Centre for Economics

Periodical Part

Wie geht's Österreich? ... ; 2018

Provided in Cooperation with:
Statistik Austria, Wien

Reference: Wie geht's Österreich? ... ; 2018 (2018).

This Version is available at:
http://hdl.handle.net/11159/2401

Kontakt/Contact
ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft/Leibniz Information Centre for Economics
Düsternbrooker Weg 120
24105 Kiel (Germany)
E-Mail: *rights[at]zbw.eu*
https://www.zbw.eu/econis-archiv/

Standard-Nutzungsbedingungen:
Dieses Dokument darf zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen. Sofern für das Dokument eine Open-Content-Lizenz verwendet wurde, so gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

https://zbw.eu/econis-archiv/termsofuse

Terms of use:
This document may be saved and copied for your personal and scholarly purposes. You are not to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public. If the document is made available under a Creative Commons Licence you may exercise further usage rights as specified in the licence.

ZBW Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft
Leibniz Information Centre for Economics

Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft

STATISTIK AUSTRIA
Die Informationsmanager

2018



Wie geht´s Österreich?

Indikatoren und Analysen

Sonderkapitel
Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit



Wie geht´s Österreich? 2018

Indikatoren und Analysen

Sonderkapitel

Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit

STATISTIK AUSTRIA
Die Informationsmanager

Auskünfte

Allgemeiner Auskunftsdienst
1110 Wien, Guglgasse 13
E-Mail: info@statistik.gv.at
Tel.: +43 (1) 711 28-7070
Fax: +43 (1) 715 68 28

Erstellt von

STATISTIK AUSTRIA
Bundesanstalt Statistik Österreich
1110 Wien, Guglgasse 13

Autorinnen und Autoren

Alexandra Wegscheider-Pichler, Walter Hyll, Prettner Catherine, Sonderkapitel: Kathrin Baumgartner, Käthe Knittler

Layout

Waltraud Unger

Design

ARTE GRAFICA, Atelier für Grafische Gestaltung
Mag. Karl Stefan Nolz
1140 Wien, Wolfersberggasse 9a
www.artegrafica.at

ISBN: 978-3-903106-97-0

Auf der Webseite von STATISTIK AUSTRIA steht die Publikation online zur Verfügung:
http://www.statistik.at/web_de/services/publikationen/index.html

Das Produkt und die darin enthaltenen Daten sind urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte sind der Bundesanstalt Statistik Österreich (STATISTIK AUSTRIA) vorbehalten. Es ist gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen, verbreiten, öffentlich zugänglich zu machen und sie zu nicht kommerziellen Zwecken zu bearbeiten. Für eine kommerzielle Nutzung ist vorab die schriftliche Zustimmung von STATISTIK AUSTRIA einzuholen. Eine zulässige Weiterverwendung jedweder Art ist jedenfalls nur bei richtiger Wiedergabe und mit korrekter Quellenangabe „STATISTIK AUSTRIA" gestattet. Bei auszugsweiser Verwendung, Darstellung von Teilen oder sonstiger Veränderung an von STATISTIK AUSTRIA veröffentlichten Tabellen ist an geeigneter Stelle ein Hinweis anzubringen, dass die verwendeten Daten bearbeitet wurden.

Die Bundesanstalt Statistik Österreich sowie alle Mitwirkenden an der Publikation haben deren Inhalte sorgfältig recherchiert und erstellt. Fehler können dennoch nicht gänzlich ausgeschlossen werden. Die Genannten übernehmen daher keine Haftung für die Richtigkeit, Vollständigkeit und Aktualität der Inhalte, insbesondere übernehmen sie keinerlei Haftung für eventuelle unmittelbare oder mittelbare Schäden, die durch die direkte oder indirekte Nutzung der angebotenen Inhalte entstehen. Korrekturhinweise senden Sie bitte an die Redaktion.

© STATISTIK AUSTRIA

Artikelnummer: 20-9910-18
Verkaufspreis: € 29,00

Wien 2018

Vorwort

Der Bericht zu „Wie geht's Österreich?" liefert ausführliche Ergebnisse und vertiefende Analysen im Rahmen der 2012 gestarteten Initiative zur Messung von Wohlstand und Fortschritt. Vorausgegangen sind diesem Projekt auf nationaler und internationaler Ebene intensive Diskussionen darüber, wie existierende ökonomische Indikatoren – allen voran das Bruttoinlandsprodukt – sinnvoll ergänzt werden können, um ein angemessenes und vollständiges Bild von Wohlstand und Fortschritt unserer Gesellschaften zu zeichnen.

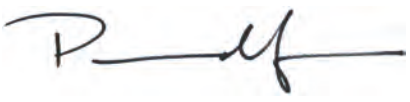
Gemeinsam mit einigen anderen Ländern nimmt Österreich bei der Wohlstands- und Fortschrittsmessung eine Vorreiterrolle ein. Im Rahmen des Projekts „Wie geht's Österreich?" veröffentlicht STATISTIK AUSTRIA in Ergänzung zum BIP ein Set von 30 Schlüsselindikatoren, das die drei Bereiche „materieller Wohlstand", „Lebensqualität" und „Umwelt" für Österreich bestmöglich abbildet.

In einem breiten Kommunikationsprozess mit Stakeholdern aus Forschungseinrichtungen, Interessenvertretungen und Bundesministerien wird die Auswahl der Indikatoren laufend abgestimmt. Im Anschluss daran liefert ein externes Expertengremium Bewertungen der lang- und kurzfristigen Verläufe der Schlüsselindikatoren. Sofern möglich, wurden bei den Bewertungen durch die unabhängigen Expertinnen und Experten politisch verankerte Ziele (wie etwa die Europa 2020-Ziele) und ihre Erreichung berücksichtigt.

Der vorliegende Bericht präsentiert die Entwicklungen der Schlüsselindikatoren in Text und Grafiken, Zusatzinformationen ergänzen die weitreichende Darstellung. Darüber hinaus beschäftigt sich wieder ein Kapitel mit der Frage „Wie geht's Österreich im EU-Vergleich?".

Ein vertiefendes Sonderkapitel widmet sich dem Thema Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit und seiner Bedeutung für „Wie geht's Österreich?". Die vorgestellten Indikatoren, ein interaktives Tool zur vergleichenden Darstellung des zeitlichen Verlaufs verschiedener Indikatoren und methodische Hintergrundinformationen sind auf der Website von STATISTIK AUSTRIA unter www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich abrufbar.

Wien, im November 2018



Dr. Konrad Pesendorfer
Fachstatistischer Generaldirektor

Inhalt

Abkürzungsverzeichnis 11
Executive Summary 15
Einleitung 43

1
Was ist „Wie geht's Österreich" 47
1.1 Hintergrund Indikatorenset BIP + 30 48
1.2 Bewertung der Schlüsselindikatoren 51
1.3 Kommunikation und Dissemination 53
1.4 Internationale Entwicklungen 55
1.4.1 Die UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung 55
1.4.2 EU Beyond GDP Prozess 56
1.4.3 ESS (Europäisches Statistisches System) and Measuring Progress – Stiglitz, Sen, Fitoussi und Sponsorship Group 57
1.4.4 EU Europa 2020 Strategie 57
1.4.5 OECD Better Life Initiative 58
1.4.6 OECD Green Growth Strategie 58

2
Materieller Wohlstand 61
2.1 Dimensionen des materiellen Wohlstands 62
2.2 Produktion 64
2.2.1 Schlüsselindikator Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf 64
2.2.2 Forschungsquote 65
2.2.3 Schlüsselindikator Arbeitsproduktivität 66
2.3 Unbezahlte Produktion 67
2.3.1 Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit 67
2.4 Einkommen der privaten Haushalte 69
2.4.1 Schlüsselindikator Haushaltseinkommen 69
2.5 Konsum der privaten Haushalte 72
2.5.1 Schlüsselindikator Haushaltskonsum 72
2.6 Produktive Aktivitäten und Arbeit 74
2.6.1 Schlüsselindikator Erwerbstätigenquote 74
2.6.2 Schlüsselindikator Arbeitslosigkeit 75
2.7 Verteilungsaspekte 77
2.7.1 Schlüsselindikator Hohe und niedrige Bruttojahreseinkommen 77
2.7.2 Schlüsselindikator Verhältnis der Einkommensquintile (S80/S20) 79
2.7.3 Schlüsselindikator Gender Pay Gap 80
2.7.4 Verteilung der privaten Vermögen 81

3
Lebensqualität 85
3.1 Lebensqualität 86
3.2 Soziale Teilhabe und Armut 88
3.2.1 Schlüsselindikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung 88
3.2.2 Aspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung 90
3.2.3 Verfestigte (Mehrfach)-Ausgrenzungsgefährdung 91
3.2.4 Tragfähigkeit sozialer Beziehungen 92
3.3 Gesundheit 93
3.3.1 Schlüsselindikator subjektive Einschätzung des Gesundheitszustandes 93
3.3.2 Schlüsselindikator frühzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Erkrankungen 95

3.3.3 Gesunde Lebenserwartung 96
3.4 Bildung 97
3.4.1 Schlüsselindikator Tertiärquote 97
3.4.2 Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger 98
3.4.3 Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung 99
3.5 Physische Unsicherheit 101
3.5.1 Schlüsselindikator physisches Unsicherheitsempfinden 101
3.5.2 Schlüsselindikator Tötungsrate 102
3.6 Qualität der gesellschaftlichen Organisation 103
3.6.1 Schlüsselindikator Vertrauen in das politische System 103
3.6.2 Vertrauen in öffentliche Institutionen 104
3.6.3 Vertrauen in andere 104
3.7 Wohnen 105
3.7.1 Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung 105
3.7.2 Sehr schlechter Wohnstandard 106
3.7.3 Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung 106
3.8 Subjektives Wohlbefinden 108
3.8.1 Schlüsselindikator Gesamte Lebenszufriedenheit 108
3.8.2 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen 109
3.8.3 Freizeitaktivitäten 110

4 Umwelt 113
4.1 Umwelt und Nachhaltigkeit 114
4.2 Ressourcen 117
4.2.1 Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch 118
4.2.2 Abfälle aus Haushalten 120
4.2.3 Schlüsselindikator Flächen mit biologischer Bewirtschaftung 120
4.2.4 Schlüsselindikator Flächeninanspruchnahme 121
4.3 Klimawandel, Emissionen 124
4.3.1 Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) 125
4.3.2 Schlüsselindikator Luftschadstoffe: $PM_{2,5}$-Exposition (Belastung durch Feinstaub) 127
4.4 Energie 129
4.4.1 Schlüsselindikator erneuerbare Energieträger 130
4.4.2 Schlüsselindikator energetischer Endverbrauch 131
4.4.3 Energieintensität 132
4.5 Verkehr, Mobilität 134
4.5.1 Schlüsselindikator Energieverbrauch des Verkehrs 135
4.5.2 Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs 136
4.5.3 Treibstoffverbrauch privater Pkw 137
4.5.4 Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel 137
4.5.5 Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen des Verkehrs 138
4.6 Monetäre Umweltaspekte 140
4.6.1 Schlüsselindikator Ökosteueranteil am gesamten Steueraufkommen 140
4.6.2 Umweltorientierten Produktion und Dienstleistung 142
4.6.3 Umweltschutzausgaben 143

5 Wie geht‘s Österreich im EU-Vergleich? 145
5.1 Österreich im europäischen Kontext 146
5.2 Materieller Wohlstand im EU-Vergleich 147
5.3 Lebensqualität im EU-Vergleich 154
5.4 Umwelt im EU-Vergleich 161

6 Ausblick 171
6.1 Rahmenbedingungen 172
6.2 Datenlücken und Weiterentwicklung 173

Literaturverzeichnis 177

Wie geht's Österreich? –Sonderkapitel 189

A.1 Einleitung und Überblick 194
A.1.1 Einleitung 196
A.1.2 Arbeitskräfteangebot 197
A.1.3 Arbeitskräftenachfrage 200
A.1.4 Arbeitslosigkeit und alternative Indikatoren 201
A.1.5 Schlussbemerkungen 204
A.2 Arbeitsmarkt und Arbeitsorganisation 205
A.2.1 Einleitung 205
A.2.2 Arbeitszeitwunsch 205
A.2.3 Kontaktaufnahme in der Freizeit 208
A.2.4 Überstunden 208
A.2.5 Möglichkeit, kurzfristig ein bis zwei Stunden frei zunehmen 210
A.2.6 Autonomie in der Arbeit 210
A.2.7 Arbeiten unter Zeitdruck 211
A.2.8 Schlussbemerkungen 212
A.3 Lebensqualität und Erwerbsstatus 213
A.3.1 Einleitung 213
A.3.2 Beschreibung der verwendeten Daten 214
A.3.3 Erwerbsstatus und Lebenszufriedenheit 215
A.3.4 Erwerbsstatus und Gesundheit 217
A.3.5 Erwerbsstatus und soziale Teilhabe 218
A.3.6 Multivariate Analyse 220
A.3.7 Schlussbemerkungen 228
A.4 Literatur 230

Grafiken

Grafik 1 Indikatorenset BIP + 30 (Schlüsselindikatoren) 49
Grafik 2 Ebene 1 der Webseite 53
Grafik 3 Ebene 2 der Webseite 53
Grafik 4 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung 55
Grafik 5 Dimensionen des materiellen Wohlstands 62
Grafik 6 Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real) 65
Grafik 7 Bruttoinlandsprodukt (real), Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real), Bruttoinlandsprodukt (nominell) und Bevölkerungsentwicklung 65
Grafik 8 Bruttoinlandsausgaben für F&E in % des BIP 66
Grafik 9 Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeitsstunde) 66
Grafik 10 Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit 67
Grafik 11 Unbezahlte Arbeit nach Art (2008/09) 68
Grafik 12 Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept) 70
Grafik 13 Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (Verbrauchskonzept), Aufkommensseite (2000 und 2017) 70
Grafik 14 Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Verwendungsseite (2000 und 2017) 71
Grafik 15 Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real) 72
Grafik 16 Konsumausgaben der privaten Haushalte (Inlandskonzept) nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers (2000 und 2017) 73
Grafik 17 Monatliche Verbrauchsausgaben nach Quartilen der Äquivalenzeinkommen 73
Grafik 18 Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen 74
Grafik 19 Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen nach Geschlecht 75
Grafik 20 Arbeitslosigkeit der 15-74-Jährigen (ILO-Definition) 76
Grafik 21 Arbeitslosigkeit der 15-24-Jährigen (ILO-Definition) 76
Grafik 22 Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real) 78
Grafik 23 Teilzeitquoten der 15-64-Jährigen insgesamt und mit Kindern, nach Geschlecht 78

Grafik 24 Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real) der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten 79
Grafik 25 S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen (Personen bis 64 Jahre) 79
Grafik 26 Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte 80
Grafik 27 Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (unbereinigt) 81
Grafik 28 Dezile und Mittelwert des Nettovermögens (2014) 82
Grafik 29 Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens der Dezilsgruppen (2014) 82
Grafik 30 Verteilung der Bruttovermögen 83
Grafik 31 Dimensionen der Lebensqualität 86
Grafik 32 Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung 89
Grafik 33 Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung der Bevölkerung ab 20 Jahren nach Geschlecht (2017) 90
Grafik 34 Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Einkommensquintilen (2017) 90
Grafik 35 Aspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (2017) 91
Grafik 36 Aspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im Zeitvergleich 91
Grafik 37 Verfestigte Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung 91
Grafik 38 Tragfähigkeit sozialer Beziehungen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2015) 92
Grafik 39 Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren in Österreich und der EU-27* 94
Grafik 40 Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Geschlecht (2017) 94
Grafik 41 Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2017) 94
Grafik 42 Frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige 95
Grafik 43 Frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige nach Geschlecht 95
Grafik 44 Gesunde Lebenserwartung ab 65 Jahren 96
Grafik 45 Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen 98
Grafik 46 Tertiärquote der 30-bis 34-Jährigen nach Geschlecht 98
Grafik 47 Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige 99
Grafik 48 Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige nach Geschlecht 99
Grafik 49 Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung der 25- bis 64-Jährigen 100
Grafik 50 Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung 101
Grafik 51 Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung nach Einkommensquintilen (2017) 102
Grafik 52 Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen 102
Grafik 53 Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013) 103
Grafik 54 Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2013) 104
Grafik 55 Vertrauen in öffentliche Institutionen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2013) 104
Grafik 56 Vertrauen in andere der Bevölkerung ab 16 auf einer Skala von 0-10 (2013) 104
Grafik 57 Wohnkostenüberbelastung 105
Grafik 58 Wohnkostenüberbelastung nach Einkommensquintilen (2017) 106
Grafik 59 Sehr schlechter Wohnstandard 106
Grafik 60 Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung 107
Grafik 61 Allgemeine Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10 109
Grafik 62 Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen (2017) 109
Grafik 63 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen (2017) 110
Grafik 64 Freizeitaktivitäten der Bevölkerung ab 19 Jahren nach Geschlecht (2008/09) 110
Grafik 65 Dimensionen der Umwelt 115
Grafik 66 Inländischer Materialverbrauch (DMC) 118
Grafik 67 Rohmaterialverbrauch im EU-Vergleich (Tonnen pro Kopf) 119
Grafik 68 Inländischer Materialverbrauch im EU-Vergleich 119
Grafik 69 Siedlungsabfälle aus Haushalten (inklusive Abfälle aus haushaltsähnlichen Einrichtungen) 120
Grafik 70 Flächen mit biologischer Bewirtschaftung (Anteile an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche) 121
Grafik 71 Flächeninanspruchnahme insgesamt 122
Grafik 72 Flächeninanspruchnahme: Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen 122
Grafik 73 Treibhausgasemissionen (in Mio. t CO_2-Äquivalenten) 125
Grafik 74 Entwicklung der Treibhausgasemissionen im EU-Vergleich 126
Grafik 75 Mittlere Exposition durch $PM_{2,5}$, bevölkerungsgewichtet (Feinstaub, in µg/m^3) 127
Grafik 76 Anteil der erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch 130
Grafik 77 Energetischer Endverbrauch 131

Grafik 78	Energetischer Endverbrauch im EU-Vergleich	132
Grafik 79	Energieintensität	132
Grafik 80	Energieverbrauch des Verkehrs	135
Grafik 81	Energieverbrauch des Verkehrs im EU-Vergleich	136
Grafik 82	Transportleistung des Lkw-Verkehrs	136
Grafik 83	Treibstoffverbrauch des privaten Pkw-Verkehrs (Liter pro 100 km)	137
Grafik 84	Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für tägliche Wege	138
Grafik 85	Treibhausgasemissionen des Verkehrs	138
Grafik 86	Ökosteueranteil an den Steuern insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge)	141
Grafik 87	Ökosteuern und umweltrelevante Zahlungen	142
Grafik 88	Entwicklung Umweltumsatz und -beschäftigte	142
Grafik 89	Umweltschutzausgaben	143
Grafik 90	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (nominell) im EU-Vergleich (2017)	148
Grafik 91	Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der EU-28-Länder 2017	148
Grafik 92	Verfügbare Haushaltseinkommen (Verbrauchskonzept) (2016)	149
Grafik 93	Konsum der privaten Haushalte (2017)	150
Grafik 94	Erwerbstätigkeit der 20-64-Jährigen im EU-Vergleich (2017)	150
Grafik 95	Entwicklung der Teilzeit-Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen ausgewählter Länder	151
Grafik 96	Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) ausgewählter EU-Länder im Zeitverlauf	151
Grafik 97	Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) im EU-Vergleich (2017)	152
Grafik 98	Gender Pay Gap im EU-Vergleich (2016)	153
Grafik 99	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im EU-Vergleich (2017)	154
Grafik 100	Subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2017)	155
Grafik 101	Tertiärquote der 30-34-Jährigen im EU-Vergleich (2017)	156
Grafik 102	Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger im EU-Vergleich (2017)	156
Grafik 103	Physisches Unsicherheitsempfinden im EU-Vergleich (2017)	157
Grafik 104	Todesfälle aufgrund von Mord, Todschlag und Verletzungen im EU-Vergleich (2015)	158
Grafik 105	Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)	159
Grafik 106	Wohnkostenüberbelastung im EU-Vergleich (2017)	159
Grafik 107	Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)	160
Grafik 108	Inländischer Materialverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2017)	161
Grafik 109	Ressourcenproduktivität im EU-Vergleich (2017)	162
Grafik 110	Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche im EU-Vergleich (2016)	163
Grafik 111	Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich (2016)	164
Grafik 112	Entwicklung der Treibhausgasemmisionen (2000 bis 2016)	164
Grafik 113	Gesamte $PM_{2,5}$-Emissionen pro Kopf (Feinstaub) im EU-Vergleich (2016)	165
Grafik 114	Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger (2016) und Europa 2020 Ziel im EU-Vergleich	166
Grafik 115	Energetischer Endverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2016)	166
Grafik 116	Veränderung des Energieverbrauch des Verkehrs im EU-Vergleich (2000 bis 2016)	167
Grafik 117	Ökosteueranteile im EU-Vergleich (EU-Definition, 2016)	168
Grafik 118	Ökosteueranteile am nominellen BIP im EU-Vergleich (EU-Definition 2015)	168

Übersichten

Übersicht 1	Gremium externer Expertinnen und Experten	51
Übersicht 2	Bewertungsskala	52
Übersicht 3	Bewertungsmodus	52
Übersicht 4	Schlüsselindikatoren des Materiellen Wohlstands mit Bewertung	63
Übersicht 5	Schlüsselindikatoren der Lebensqualität mit Bewertung	86
Übersicht 6	Schlüsselindikatoren der Umwelt mit Bewertung	115

Abkürzungsverzeichnis

AHS	Allgemein bildende höhere Schule
BHS	Berufsbildende höhere Schule
BIP	Bruttoinlandsprodukt
BKA	Bundeskanzleramt
BMASK	Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
BMS	Berufsbildende mittlere Schule
BMWFJ	Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend
BOKU	Universität für Bodenkultur
BWS	Bruttowertschöpfung
CDM	Clean Development Mechanism
DMC	Domestic Material Consumption
ECHP	European Community Household Panel
EEV	Energetischer Endverbrauch, auch: Endenergieverbrauch
EGSS	Environmental Goods and Services Sector, Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung
EK-	Einkommens-
EQLS	European Quality of Life Survey
ESF	Europäisher Sozialfond
ESS	European Statistical System, Europäisches Statistisches System
ESSC	European Statistical System Comittee
EU	Europäische Union
EU-SILC	European Union Statistics on Income and Living Conditions
EWCS	European Working Conditions Survey
EZB	Europäische Zentralbank
FCKW	Fluorchlorkohlenwasserstoffe
GDP	Gross Domestic Product
GJ	Gigajoule
GWh	Gigawattstunden
HAK	Handelsakademie
HETUS	Harmonised European Time Use Survey
HFCN	Household, Finance and Consumption Network
HFCS	Household, Finance and Consumption Survey
HNVF	High Nature Value Farmland
HTL	Höhere technische Lehranstalt
HVPI	Harmonisierter Verbraucherpreisindex
IAEG	Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators

IEA	International Energy Agency, Internationale Energieagentur
IFES	Institut für Empirische Sozialforschung
IGL	Imissionsschutzgesetz Luft
IHS	Institut für höhere Studien
ILO	International Labor Organization
IPCC	Intergovernmental Panel on Climate Change
ISCED	International Standard Classification of Education
KE	Konsumerhebung
KF	kurzfristig
KPC	Kommunalkredit Public Consulting
KSG	Klimaschutzgesetz
kW	Kilowatt
LF	langfristig
LFS	Labour Force Survey
Lkw	Lastkraftwagen
Mio.	Millionen
MONE	Monitoring nachhaltiger Entwicklung
Mrd.	Milliarden
MZ-AKE	Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung
NGO	Non-governmental organization
NPO	Non-Profit Organisation
NSTRAT	Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes
OECD	Organisation for Economic Cooperation and Development
OeNB	Oesterreichische Nationalbank
OLI	Österreichische Luftschadstoffinventur
ÖNACE	Österreichische Wirtschaftstätigkeitenklassifikation
ÖPUL	Österreichisches Programm für umweltgerechte Landwirtschaft
ÖSTRAT	Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung
Personen-km	Personenkilometer
PJ	Petajoule
Pkw	Personenkraftwagen
PM	Particulate Matter
REAP	Ressourcen-Effizienz Aktionsplan
RMC	Raw Material Consumption
SDG	Social Development Goals
SEEA	System of Environmental-Economic Accounting
SERI	Sustainable Europe Research Institute
SERIEE	Système Européen de Rassemblement de l'Information Economique sur l'Enironment
SWB	Subjective wellbeing
t	Tonnen

THG	Treibhausgase
Tonnen-km	Tonnenkilometer
TSP	Total Suspended Particulates (Gesamtstaub)
UN	United Nations
UNECE	United Nations Ecnomic Commission for Europe
UNEP	United Nations Environment Programme
VGR	Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung(en)
WgÖ?	Wie geht‘s Österreich?
WHO	World Health Organization, Weltgesundheitsorganisation
WIFO	Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung
WU Wien	Wirtschaftsuniversität Wien
WWF	Worldwide Fund for Nature



Executive Summary

Was ist „Wie geht's Österreich?"

Im Rahmen des Projekts „Wie geht's Österreich?" *(WgÖ?)* veröffentlicht Statistik Austria neben dem Bruttoinlandsprodukt ein Set von 30 Schlüsselindikatoren und weiteren Zusatzindikatoren, das die verschiedenen Dimensionen von Wohlstand und Fortschritt für Österreich bestmöglich abbildet.

Das Projekt wurde 2012 vom fachstatistischen Generaldirektor von Statistik Austria initiiert und von einem Team aus Expertinnen und Experten[9] mehrerer Fachbereiche unter der Koordination der Stabsstelle Analyse umgesetzt. Das Indikatorenset liefert Informationen zu den drei Dimensionen „materieller Wohlstand", „Lebensqualität" und „Umwelt", die das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ergänzen und damit zu einem breiteren Verständnis der Wohlstandsentwicklung unserer Gesellschaft beitragen sollen. Die Bereiche werden jeweils durch mehrere Dimensionen (z. B. Produktion, Bildung und Ressourcen) dargestellt.

Das Set beinhaltet neben dem BIP 30 Schlüsselindikatoren, diese stellen die zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimensionen von *WgÖ?* dar und unterliegen auch der Bewertung durch ein externes Expertengremium.

Diese Anzahl soll auch in Zukunft nicht überschritten werden. Da die Entscheidung für einen bestimmten Schlüsselindikator immer auch einen Kompromiss darstellt, werden diese durch Zusatzindikatoren ergänzt. Sie dienen dazu, weitere Informationen bereitzustellen und unterschiedliche Aspekte eines Phänomens sichtbar zu machen.

Relevanz, Verständlichkeit, Kommunizierbarkeit und Zeitnähe wurden als allgemeine Kriterien der Indikatorenauswahl festgelegt. Quellen der offiziellen Statistik liefern das grundlegende Datenmaterial. Die Auswahl der Schlüsselindikatoren folgte den Empfehlungen des sogenannten „Stiglitz-Berichts" (Stiglitz, J., Sen, A. & Fittousi, J. Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress, 2009[10]). Zudem wird das Indikatorenset in einem breiten Kommunikationsprozess mit nationalen Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertretern von Forschungsinstitutionen, Interessensvertretungen und Ministerien im Rahmen von sogenannten „Runden Tischen" jährlich abgestimmt.

Für den aktuellen Bericht ergeben sich zwei Änderungen in den Schlüsselindikatoren: in der Dimension „Wohnen" des Bereichs Lebensqualität wird der Indikator zur Wohnkostenüberbelastung als neuer Schlüsselindikator herangezogen, während der Indikator zum sehr schlechten Wohnstandard nunmehr als Zusatzinformation geführt wird[11]. In der Dimension „Klimawandel, Emissionen" des Bereichs Umwelt wurde der Indikator „PM_{10}-Emissionen insgesamt" durch den Indikator „$PM_{2,5}$-Exposition (Belastung) bevölkerungsgewichtet" ersetzt. Zudem wird ab dem vorliegenden Bericht der Beginn der Zeitreihen (sofern Daten verfügbar) von 1995 auf 2000 geändert. Diese Änderung kann Einfluss auf die langfristige Bewertung der Indikatoren (diese erfolgt ab Beginn der Zeitreihe) haben und wurde vom Bewertungsgremium für 2018 festgelegt.

WgÖ? steht in einer Reihe nationaler und internationaler Initiativen wie How's Life?[12] (OECD), National Well-being[13] (Großbritannien, ONS), Benessere Equo e Sostenibile[14] (Italien, ISTAT/CNEL) oder dem Sutainability Monitor[15] (Niederlande, CBS) u.v.a. Gemeinsam ist ihnen das Anliegen, die Themen Fortschritt und Wohlstand sichtbar und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Kommunikation, Aufbereitung und Verbreitung des Datenmaterials spielen hierbei eine wichtige Rolle.

Die drei Bereiche „materieller Wohlstand", „Lebensqualität" und „Umwelt" werden im vorliegenden Bericht in eigenen Kapiteln ausführlich behandelt. Ein besonderer Fokus wurde auf die Position Österreichs im EU-Vergleich gelegt. Zudem untersucht das diesjährige Sonderkapitel das Thema „Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit" und seine Bedeutung für *WgÖ?*.

Die Indikatoren zu „Wie geht's Österreich?" sind auf der Website von Statistik Austria unter www.statistik.at/

[9] Aktuell Alexandra Wegscheider-Pichler (Stabsstelle Analyse: Projektleitung), Walter Hyll (Stabsstelle Analyse), Catherine Prettner (Stabsstelle Analyse) sowie Sacha Baud (Direktion Raumwirtschaft), Nadja Lamei (Direktion Bevölkerung), Ferdinand Leitner (Direktion Volkswirtschaft), Eva Milota (Direktion Raumwirtschaft) und andere.

[10] https://ec.europa.eu/eurostat/documents/118025/118123/Fitoussi+Commission+report

[11] Diese Änderung wurde im Rahmen des Runden Tisches 2018 besprochen.

[12] http://www.oecd.org/statistics/datalab/bli.htm

[13] http://www.ons.gov.uk/ons/guide-method/user-guidance/wellbeing/index.html

[14] http://www.misuredelbenessere.it/

[15] http://www.cbs.nl/en-GB/menu/themas/dossiers/duurzaamheid/cijfers/extra/duurzame-ontwikkeling.htm

wie-gehts-oesterreich online. Die Darstellung erfolgt auf drei Ebenen: Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht auf der ersten Ebene den Vergleich der Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Messgrößen nach eigener Auswahl. Auf der zweiten Ebene wird die zeitliche Entwicklung (sofern Daten vorhanden) dargestellt und eine Interpretation des jeweiligen Indikators angeboten. Darüber hinaus sind Detail- und Metainformationen auf der untersten Ebene abrufbar.

Bewertung der Schlüsselindikatoren

Durch die Einführung einer Bewertungsskala für die Schlüsselindikatoren ist es möglich, einen schnellen Eindruck zu gewinnen, in welche Richtung sich die abgebildeten Phänomene entwickeln.

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren wird von einer Gruppe externer Expertinnen und Experten aus unabhängigen Forschungsinstitutionen (siehe folgende Übersicht) vorgenommen.

Die Beurteilung der Schlüsselindikatoren erfolgt gemäß einer 5-teiligen Skala, die durch Piktogramme illustriert wird. Gegenstand der Bewertung sind kurzfristige (letzte 3 Jahre) und langfristige Entwicklungen des jeweiligen Indikators (ab Beginn der Zeitreihe, zumindest 10 Jahre). In Fällen, in denen den Indikatoren verbindliche politische Zielsetzungen zugrunde liegen (z. B. Europa 2020-Ziele[16]), wird die Entfernung vom oder die Erreichung des Zielpfads als wichtiges Beurteilungskriterium herangezogen.

Gremium externer Expertinnen und Experten

Institution	Expertin / Experte
Institut für höhere Studien	Helmut Hofer
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	Angela Köppl
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	Sandra Bilek-Steindl
Umweltbundesamt (Bewertung der Umweltindikatoren)	Andreas Berthold
Wirtschaftsuniversität Wien	Karin Heitzmann
Wirtschaftsuniversität Wien	Markus Hametner

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

Da jeder Indikator jeweils nur einen Aspekt von Wohlstand und Fortschritt abdeckt, sind Bewertungen dort schwierig, wo verschiedene Entwicklungen zueinander im Widerspruch stehen. Beispielsweise kann eine Entwicklung, die wirtschaftlich als positiv zu sehen ist, negative Folgen für die Umwelt haben und vice versa. Um dennoch eine konsistente Bewertung durchführen zu können, wurde vom Expertengremium beschlossen, dass jeder Indikator weitgehend für sich beurteilt wird und nicht in Bezug auf seine Wirkung in anderen Bereichen.

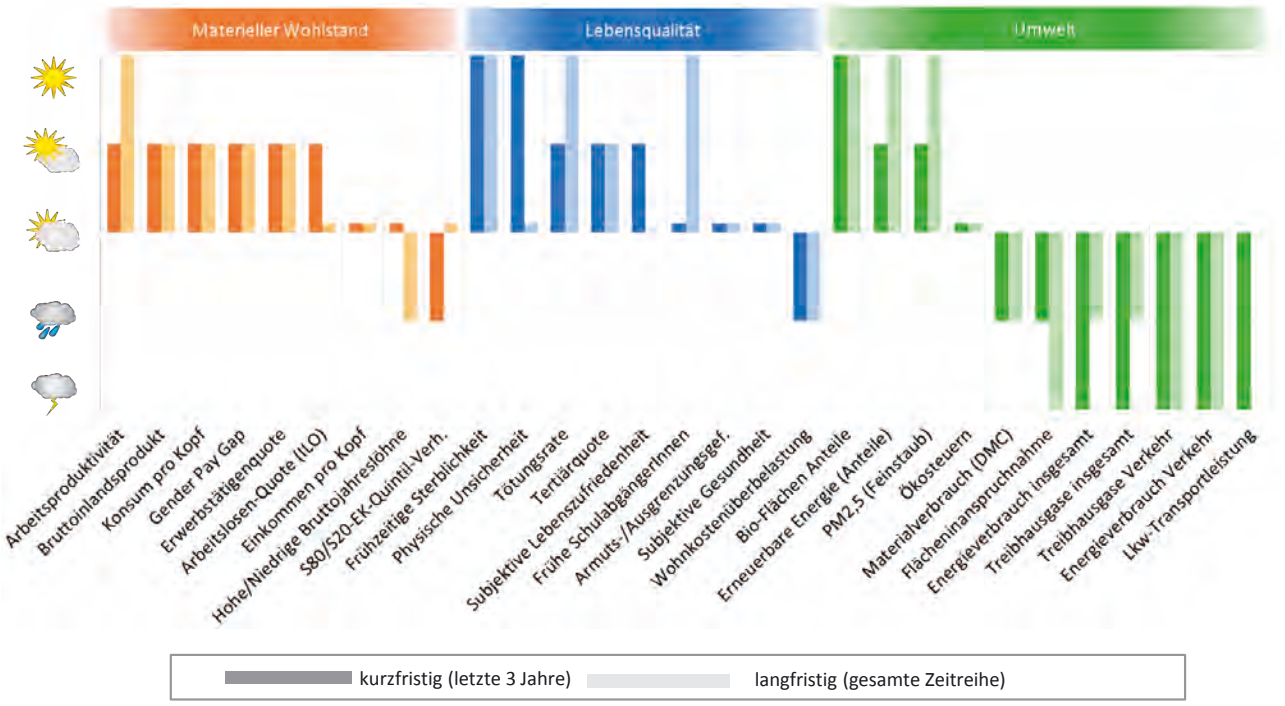
Steigender Konsum etwa würde demnach ungeachtet seiner negativen Auswirkungen auf andere Bereiche (wie Verschuldung, Ressourcenverbrauch etc.) positiv bewertet werden. Ob Nachhaltigkeitsaspekte erfüllt wurden, muss durch Einbeziehung von Indikatoren wie Energieverbrauch oder Arbeitslosigkeit überprüft werden. Dieses Vorgehen folgt den Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009 S 16f), zur Beurteilung der Nachhaltigkeit des materiellen Wohlstands die sozialen und ökologischen Indikatoren den Wirtschaftskennzahlen gegenüberzustellen.

[16] https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/economic-and-fiscal-policy-coordination/eu-economic-governance-monitoring-prevention-correction/european-semester/framework/europe-2020-strategy_de

Überblick über die Schlüsselindikatoren (BIP + 30)

Die folgende Grafik zeigt die kurz- und langfristige Bewertung der 30+1 Schlüsselindikatoren in einem grafischen Überblick. Gegenstand der Bewertung durch das externe Bewertungsteam waren kurzfristige (letzte 3 Jahre) und langfristige Entwicklungen des jeweiligen Indikators (zumindest 10 Jahre). Die Sortierung der Indikatoren erfolgte jeweils nach der kurzfristigen und danach langfristigen Bewertung. Durch die Darstellung anhand der 5-teiligen Bewertungsskala ist es möglich, einen ersten Eindruck zu gewinnen, in welche Richtung sich die Schlüsselindikatoren entwickeln. Schlüsselindikatoren, für die keine Zeitreihen (und damit keine Bewertung) zur Verfügung stehen, können dabei nicht abgebildet werden.

Wie geht's Österreich? – auf einen Blick



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - Reihenfolge der Indikatoren jeweils nach der kurzfristigen und danach langfristigen Bewertung. BIP, Konsum und Einkommen werden preisbereinigt (real) ausgewiesen. Das S80/S20 Einkommensquintilsverhältnis vergleicht den Einkommensanteil der reichsten 20% mit jenem der ärmsten 20%.

Die nachfolgenden tabellarischen Darstellungen der 30+1 Indikatoren jeweils nach der kurzfristigen und nach der langfristigen Bewertung, veranschaulicht nochmals die Zuordnung der Schlüsselindikatoren zur 5-teiligen Bewertungsskala. Danach folgt eine Abbildung der Schlüsselindikatoren für die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, jeweils mit der Aussage des Gremiums externer Expertinnen und Experten sowie einer kurzen Betrachtung der Entwicklung der Indikatoren.

Indikatorenset BIP + 30 (Schlüsselindikatoren) und ihre kurzfristige Bewertung

	Wohlstand	Lebensqualität	Umwelt
		Frühzeitige Sterblichkeit Physisches Unsicherheitsempfinden	Flächen mit biolog. Bewirtschaftung
	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real Arbeitsproduktivität Konsum privater Haushalte pro Kopf Gender Pay Gap Erwerbstätigenquote Arbeitslosenquote	Tertiärquote Tötungsrate Subjektive Lebenszufriedenheit	Feinstaub-Exposition $PM_{2,5}$ Erneuerbare Energieträger
	Einkommen privater Haushalte pro Kopf Hohe/niedrige Bruttojahreseinkommen	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung Subjektiver Gesundheitszustand Frühe Schul- u. Ausbildungsabgänger	Ökosteueranteile
	S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis	Wohnkostenüberbelastung	Inländischer Materialverbrauch Flächeninanspruchnahme
			Treibhausgasemissionen Energetischer Endverbrauch Energieverbrauch des Verkehrs Transportleistung des Lkw-Verkehrs THG-Emissionen des Verkehrs
Nicht bewertet	Nicht bezahlte Arbeit	Vertrauen in das politische System	

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - Bewertet wird – soweit vorhanden – die Entwicklung der letzten 3 Jahre des jeweiligen Indikators.

Indikatoren mit einer sehr guten Bewertung des Verlaufs der letzten 3 Jahre sind die frühzeitige Sterblichkeit und das physische Unsicherheitsempfinden mit jeweils deutlichen Rückgängen. Bei den Flächen mit biologischer Bewirtschaftung gab es seit 2015 einen deutlichen Anstieg.

Insgesamt sechs von zehn Indikatoren des Materiellen Wohlstands erhalten 2017 eine tendenziell positive Bewertung. Dies sind neben dem realen Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, die Arbeitsproduktivität, der Konsum der privaten Haushalte pro Kopf, der Gender Pay Gap sowie die Erwerbstätigenquote und auch die Arbeitslosenquote, welche 2017 erstmals wieder einen Rückgang verzeichnete. Im Bereich der Lebensqualität erhalten die Tertiärquote und die subjektive Lebenszufriedenheit erneut eine tendenziell positive Bewertung sowie auch die Tötungsrate, welche sich im Vergleich zum Vorjahr in der Bewertung um einen Punkt verbesserte. Im Bereich der Umwelt wird die kurzfristige Entwicklung der Feinstaub-Exposition als tendenziell positiv bewertet sowie auch die Erneuerbaren Energieträger.

Wenig bis keine Veränderung in den letzten 3 Jahren zeigte sich beim verfügbaren Einkommen sowie dem Verteilungsindikator der Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreslöhne. Die beiden Indikatoren Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung sowie frühe Schul- und Ausbildungsabgänger verschlechterten sich um eine Kategorie und werden 2018 für die kurze Frist erstmals als neutral bewertet, der subjektive Gesundheitszustand bleibt in dieser Kategorie, ebenso wie die Ökosteueranteile im Bereich Umwelt.

Als tendenziell negativ bewertet wird für die kurze Frist 2018 der Verteilungsindikator des Einkommensquintilsverhältnisses. In der Lebensqualität erhält der neue Wohnindikator der Wohnkostenüberbelastung eine für die kurze Frist tendenziell negative Bewertung, da sich der Anteil der betroffenen Bevölkerung zwischen 2015 und 2017 weiter erhöhte. Aufgrund des leichten Anstiegs in den letzten beiden Jahren wird 2018 auch der inländische Materialverbrauch als tendenziell negativ eingeschätzt. Die kurzfristige Bewertung des Indikators Flächeninanspruchnahme wird ebenfalls tendenziell negativ gesehen.

Eine eindeutig negative Bewertung wurde aufgrund des deutlichen Anstiegs in den letzten Jahren für insgesamt fünf von zehn Umwelt-Indikatoren vergeben. Der Energieverbrauch des Verkehrs und Transportleistung des Verkehrs verbleiben in dieser Kategorie, hinzukommen die Treibhausgasemissionen, der energetische Endverbrauch und die Treibhausgasemissionen des Verkehrs.

Indikatorenset BIP + 30 (Schlüsselindikatoren) und ihre langfristige Bewertung

	Wohlstand	Lebensqualität	Umwelt
	Arbeitsproduktivität	Frühzeitige Sterblichkeit Frühe Schul- u. Ausbildungsabgänger Tötungsrate	Flächen mit biolog. Bewirtschaftung Feinstaub-Exposition $PM_{2,5}$ Erneuerbare Energieträger
	Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real Konsum privater Haushalte pro Kopf Erwerbstätigenquote Gender Pay Gap	Tertiärquote	
	Einkommen privater Haushalte pro Kopf Arbeitslosenquote S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung Subjektiver Gesundheitszustand Physisches Unsicherheitsempfinden	Ökosteueranteile
	Hohe/niedrige Bruttojahreseinkommen	Wohnkostenüberbelastung	Inländischer Materialverbrauch Treibhausgasemissionen Energetischer Endverbrauch
			Flächeninanspruchnahme Energieverbrauch des Verkehrs THG-Emissionen des Verkehrs
Nicht bewertet	Nicht bezahlte Arbeit	Vertrauen in das politische System Subjektive Lebenszufriedenheit	Transportleistung des Lkw-Verkehrs

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - Bewertet wird die langfristige Entwicklung des jeweiligen Indikators wenn zumindest 10 Jahre vorliegen.

 Aufgrund der langfristig positiven Entwicklung werden die Arbeitsproduktivität, die Flächen mit biologischer Bewirtschaftung und der Anteil erneuerbarer Energieträger, sowie der neue Indikator zur Feinstaub-Exposition sehr gut beurteilt. In der Lebensqualität wurden aktuell die langfristige Entwicklung der Indikatoren frühzeitige Sterblichkeit, frühe Schul- und Ausbildungsabgänger sowie die Tötungsrate als sehr gut beurteilt.

 Tendenziell positiv bewertet wird der langfristige Verlauf des BIP pro Kopf. Eingeschränkt positiv gesehen wird auch der langfristige Verlauf des privaten Konsums. Tendenziell positiv wird schließlich auch die Erwerbstätigenquote beurteilt, die sich 2004 etwas erhöhte. Auch die Entwicklungen von Gender Pay Gap und Tertiärquote wurden als tendenziell positiv bewertet.

 Keine wesentlichen Veränderungen über den langfristigen Beobachtungszeitraum finden sich bei den Indikatoren Arbeitslosenquote, Einkommensquintilsverhältnis, Gesundheit, physische Unsicherheit sowie dem realen Einkommen. Letzteres ist zwar gewachsen, doch zeigt der Vergleich mit dem BIP-Wachstum, dass sich die Einkommen langfristig deutlich schwächer entwickelten als das BIP. Auch die langfristige Entwicklung der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung wurde 2018 neutral bewertet. Der Indikator Ökosteueranteile wird für die lange Frist als neutral bewertet.

 Kritisch bewertet wird im längerfristigen Verlauf beim Materiellen Wohlstand das Auseinanderdriften von niedrigen und hohen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen und bei der Lebensqualität die Wohnkostenüberbelastung. Auch bezüglich der Variablen Materialverbrauch, Treibhausgasemissionen und energetischer Endverbrauch wird eine tendenziell negative Bewertung abgegeben, vorwiegend aufgrund zu hoher Niveaus.

 Indikatoren mit sehr schlechter Bewertung entstammen ausnahmslos dem Bereich Umwelt: bei der Flächeninanspruchnahme gab es einen kontinuierlichen Anstieg, genauso wie beim Energieverbrauch des Verkehrs sowie beim Indikator Treibhausgasemissionen des Verkehrs.

Materieller Wohlstand

Oft wird der materielle Wohlstand eines Landes mit der Höhe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) assoziiert. Tatsächlich ist das BIP immer noch die verbreitetste Kennzahl wirtschaftlicher Aktivität und findet sich auch als zentrale Kennziffer für die Produktionsseite der Wirtschaft im Indikatorenset *WgÖ?* wieder. Inwiefern lässt sich aber der materielle Wohlstand der Bevölkerung durch andere Kennzahlen besser beleuchten? Die Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009) stellen klar, dass grundlegende Informationen bereits im umfassenden System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erfasst werden.

Für *WgÖ?* 2017 fand eine Neuorganisation der Dimensionen statt, in deren Rahmen die Dimension Produktive Aktivitäten und Arbeit dem Bereich materieller Wohlstand zugewiesen wurde. Unter Berücksichtigung der Stiglitz-Empfehlungen sowie des Revisionsprozesses sind nunmehr sechs Dimensionen im Themenfeld „materieller Wohlstand" für das *WgÖ?*-Set definiert.

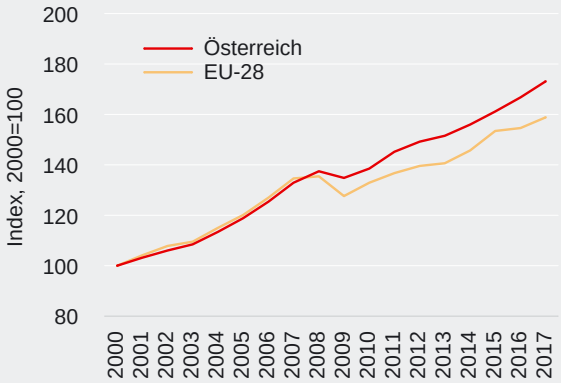
Dimensionen des materiellen Wohlstands



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

Die Daten für die Indikatoren des „materiellen Wohlstands" liefert in den meisten Fällen die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (VGR). Die Dimension Verteilung wird aus anderen Datenquellen, wie Lohnsteuerdaten und Daten des Österreichischen Hauptverbandes der Sozialversicherungsträger, Daten aus EU-SILC sowie Daten der Verdienststrukturerhebung, dargestellt. Die Daten zum Vermögen privater Haushalte stammen aus dem Household Finance and Consumption Survey (HFCS) von der Oesterreichischen Nationalbank.

Schlüsselindikator Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

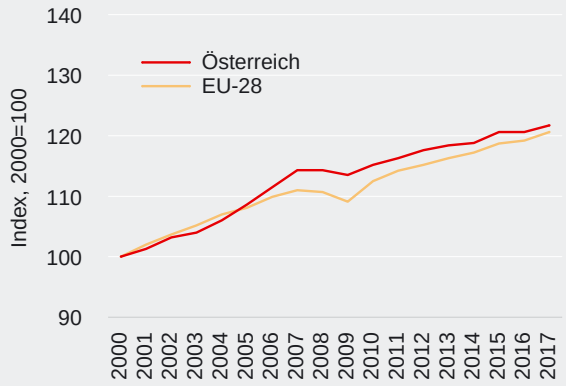
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Der langfristige Verlauf des BIP pro Kopf seit 2000 zeigt bis 2008 einen kontinuierlichen Anstieg. Nach dem krisenbedingten Einbruch verlief die Entwicklung jedoch eher flach. Langfristig wird der Verlauf daher nur tendenziell positiv gesehen. Da das BIP pro Kopf seit 2015 wieder positive Wachstumsraten aufweist (allerdings langsamer als für die EU-28) fällt auch die Bewertung der kurzfristigen Entwicklung tendenziell positiv aus."

Das BIP pro Kopf wuchs real seit 2000 um durchschnittlich etwa 0,9 % pro Jahr. Nach einem kontinuierlichen Wachstum bis zum Jahr 2008 (durchschnittlich 1,7 % p.a.) brachte das Jahr 2009 im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise den stärksten realen Rückgang des BIP in der Nachkriegszeit (pro Kopf -4,0 %). Nach der Erholung in den Jahren 2010 und 2011 verlor das Wirtschaftswachstum ab dem Jahr 2013 jedoch deutlich an Dynamik, was sich in Verbindung mit stärkeren Bevölkerungszuwächsen in diesem Zeitraum in einer rückläufigen Entwicklung des BIP pro Kopf niederschlug – 2013 und 2014 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Erst seit 2015 konnte wieder ein positives Wachstum pro Kopf erreicht werden. Im Jahr 2017 wuchs das BIP pro Kopf erstmals wieder deutlich um 1,9 %.

Schlüsselindikator Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeitsstunde)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

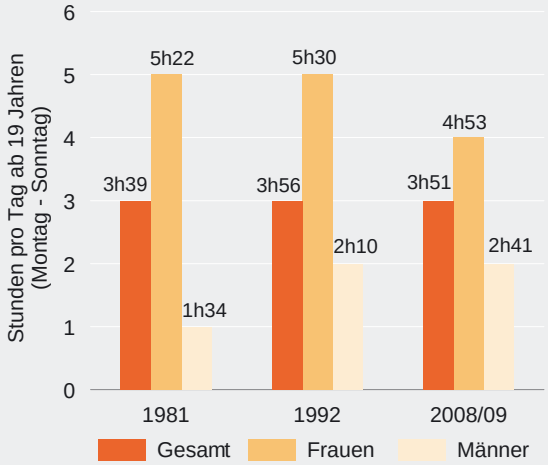
KF LF

„Der langfristige Verlauf der Arbeitsproduktivität seit 2000 weist durchwegs nach oben und ist daher positiv zu sehen. Da die Entwicklung 2016 stagnierte und erst 2017 wieder ein Anstieg der Arbeitsproduktivität verzeichnet wurde, fällt die kurzfristige Bewertung nur tendenziell positiv aus."

Die Arbeitsproduktivität stellt das Verhältnis der produzierten Warenmengen zu der für ihre Produktion erforderlichen gesellschaftlichen Arbeit dar (BIP je geleisteter Arbeitsstunde). Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde stieg von 2000 bis 2017 um durchschnittlich 1,2 % pro Jahr. Im Krisenjahr 2009 war ein minimaler Produktivitätsrückgang (-0,7 %) zu beobachten. 2010 bis 2013 gab es wieder einen deutlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität. Nach einem minimalen Plus im Jahr 2014 wuchs die Arbeitsproduktivität 2015 stark um 1,6 % im Vergleich zum Vorjahr. 2016 kam es zu keinem Anstieg der Arbeitsproduktivität, erst 2017 konnte die Arbeitsproduktivität wieder um 0,9 % erhöht werden.

Im Vergleich zu Österreich sank die Arbeitsproduktivität in der gesamten EU-28 im Jahr 2009 stärker (-1,4 %), stieg aber seither kontinuierlich an und verzeichnete für 2017 ein Wachstum von 1,1 %.

Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

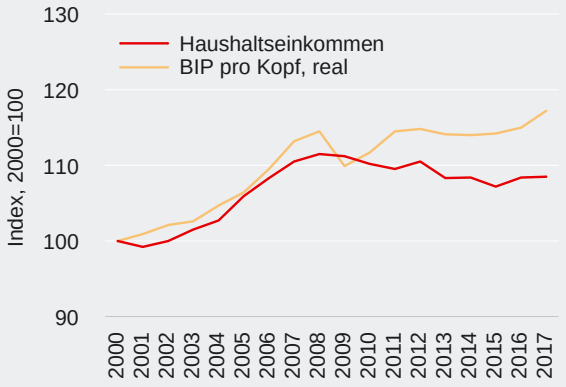
Gremium externer Expertinnen und Experten:

Keine Bewertung möglich, da keine aktuelle Zeitreihe verfügbar.

Die Struktur der nicht-bezahlten Arbeit hat sich seit 1981 stark verändert. Insgesamt blieb die Zeit, die für Nicht-Marktproduktion aufgebracht wurde, fast gleich. Frauen brachten zuletzt (2008/09) weniger Zeit für diese Art der unbezahlten Arbeit auf als noch 1981, Männer jedoch deutlich mehr. Dennoch bleibt ein klarer Geschlechterunterschied: Frauen leisteten 2008/09 im Schnitt pro Tag immer noch deutlich mehr an unbezahlter Arbeit (4h53), nämlich fast doppelt so viel wie Männer (2h41). Während Frauen deutlich mehr Zeit für unbezahlte Arbeit aufwenden, gehen sie in geringerem Stundenausmaß bezahlter Arbeit nach. Fast die Hälfte der berufstätigen Frauen und fast drei Viertel der berufstätigen Frauen mit Kindern arbeiten in Teilzeit.

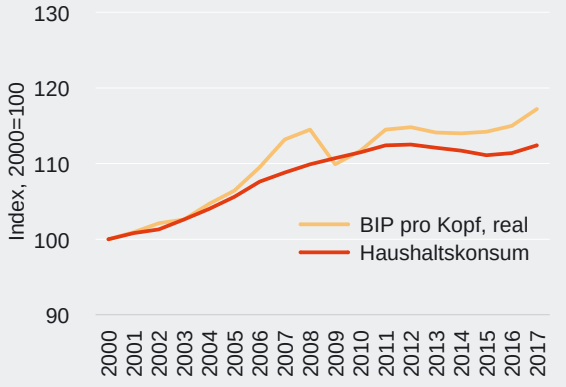
Die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen ist für 2020 geplant. Derzeit arbeitet Statistik Austria im Rahmen einer Task Force von Eurostat an der Weiterentwicklung der Guidelines für diese Erhebungswelle. Ob Österreich an der Erhebungswelle 2020 mitwirken wird, ist derzeit noch offen und hängt von der nationalen Finanzierung ab.

Schlüsselindikator Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

Schlüsselindikator Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die langfristige Entwicklung des Indikators ist neutral zu bewerten. Zwar sind die realen Haushaltseinkommen heute höher als 2000, allerdings zeigt der Vergleich mit dem BIP-Wachstum, dass sich die Einkommen der anderen Sektoren (Unternehmen, Staat) deutlich stärker entwickelten, als die Einkommen der privaten Haushalte. Da die Entwicklung insbesondere von 2016 auf 2017 im Gegensatz zum BIP pro Kopf sehr flach verlief, fällt die kurzfristige Bewertung neutral aus."

Das reale verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf (inkl. sozialer Sachtransfers, nach dem Verbrauchskonzept) wuchs von 2000 bis 2017 durchschnittlich um 0,5 % pro Jahr. Die Kaufkraft der Haushalte entwickelte sich damit schwächer als die gesamte erbrachte Wirtschaftsleistung (reales BIP pro Kopf: durchschnittlich +0,9 % pro Jahr). Die Einkommensentwicklung war zwischen dem Krisenjahr 2009 und 2017 rückläufig (durchschnittlich -0,3 % pro Jahr), jedoch wirkte sich das Krisenjahr weit weniger negativ aus als dies beim BIP der Fall war.

Nach einem deutlichen Anstieg 2016, stiegen die verfügbaren Einkommen 2017 nur geringfügig um 0,1 %. Diese im Vergleich zum BIP schwächere Einkommensentwicklung ist, neben dem Einbruch der Vermögenseinkommen im Zuge der Wirtschaftskrise, auf mäßige Zuwächse der nominellen Arbeitnehmerentgelte und die Inflation zurückzuführen.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

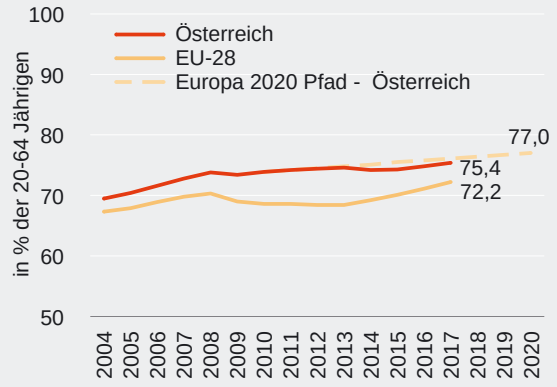
KF LF

„Der langfristige Verlauf des privaten Konsums seit 2000 ist eingeschränkt positiv zu sehen. Zwar wurden 2017 von den privaten Haushalten pro Kopf mehr Waren und Dienstleistungen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse erworben als 2000, allerdings war diese Entwicklung weniger dynamisch als jene des BIP. Die kurzfristige Bewertung fällt aufgrund des Anstiegs seit 2015 ebenfalls tendenziell positiv aus."

Der Konsum nach dem Verbrauchskonzept entspricht dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die den privaten Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehen, selbst wenn der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanziert wird (Sachtransfers). Der reale Konsum pro Kopf nach dem Verbrauchskonzept (inkl. soziale Sachtransfers) wuchs seit 2000 durchschnittlich um 0,7 % pro Jahr. Das durchschnittliche BIP-Wachstum pro Kopf von 2000 bis 2017 fiel mit 0,9 % p.a. etwas kräftiger aus. Der Haushaltskonsum pro Kopf konnte jedoch im Gegensatz zum BIP auch im Krisenjahr 2009 leicht zulegen (+0,7 % pro Kopf), während das reale BIP pro Kopf einen starken Einbruch erlitt (-4,0 %).

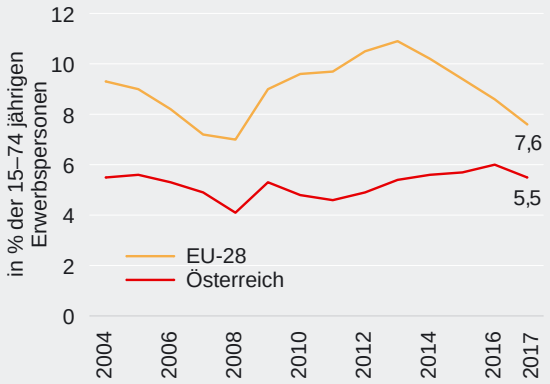
In den Jahren danach wuchs der reale Konsum pro Kopf verhaltener als das BIP. 2016 stieg der private Konsum erstmals seit 2012 im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht an, 2017 wuchs er um 0,9 %.

Schlüsselindikator Erwerbstätigenquote der 20-64Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Schlüsselindikator Arbeitslosigkeit der 15-74-Jährigen (ILO-Definition)



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Seit 2004 erhöhte sich die Erwerbstätigenquote etwas. Die langfristige Entwicklung wird damit als tendenziell positiv eingeschätzt. Seit 2015 steigt die Erwerbstätigenquote wieder leicht an und nähert sich damit dem Europa 2020-Zielpfad an, wodurch die kurzfristige Bewertung ebenfalls tendenziell positiv ausfällt."

2017 lag die Erwerbstätigenquote in Österreich bei 75,4 %. Von 2004 bis 2008 war ein kontinuierlicher Anstieg dieser Quote zu beobachten. Im Wirtschafts- und Finanzkrisenjahr 2009 gab es einen leichten Einbruch, der jedoch u. a. durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Kurzarbeit abgefedert werden konnte. Nach einem erneuten Rückgang 2014, stieg die Erwerbstätigenquote seit 2015 wieder an, zuletzt um 0,6 %-Punkte. Zur erwerbstätigen Bevölkerung zählen alle Personen zwischen 20 und 64 Jahren, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens eine Stunde pro Woche arbeiteten oder nicht arbeiteten, aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren.

In der EU-28 gab es ebenfalls zwischen 2004 und 2008 einen deutlichen Anstieg der Erwerbstätigenquote. Der krisenbedingte Einbruch im Jahr 2009 konnte in den letzten Jahren aufgeholt werden, 2017 lag die durchschnittliche EU-28-Quote bei 72,2 % (2008 bei 70,3 %).

Gremium externer Expertinnen und Experten:

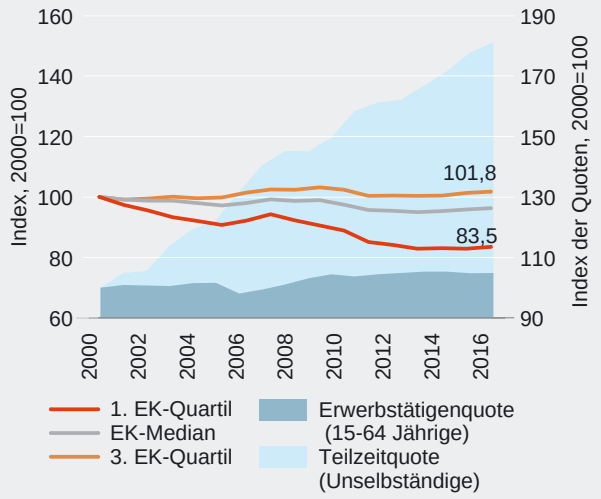
KF LF

„Die langfristige Bewertung fällt neutral aus, da über den gesamten Beobachtungszeitraum keine wesentliche Veränderung der Arbeitslosenquote erkennbar ist. Die kurzfristige Bewertung der Arbeitslosenquote fällt aufgrund des Rückgangs im Zeitraum 2015 bis 2017 und des im europäischen Vergleich niedrigen Niveaus tendenziell positiv aus."

In Österreich verlief die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 2004 in mehreren Phasen. Nach einem kontinuierlichen Rückgang der Quote zwischen 2004 und 2008, stieg diese 2009 krisenbedingt wieder an. In den Jahren darauf entspannte sich die Arbeitsmarktsituation etwas. Nach einem Anstieg der Arbeitslosenrate 2012-2016, ging die Arbeitslosigkeit 2017 aufgrund der besseren konjunkturellen Lage erstmals wieder zurück auf 5,5 %. Das diesjährige Sonderkapitel beschäftigt sich ausführlich mit den angebotsseitigen und nachfrageseitigen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Österreich.

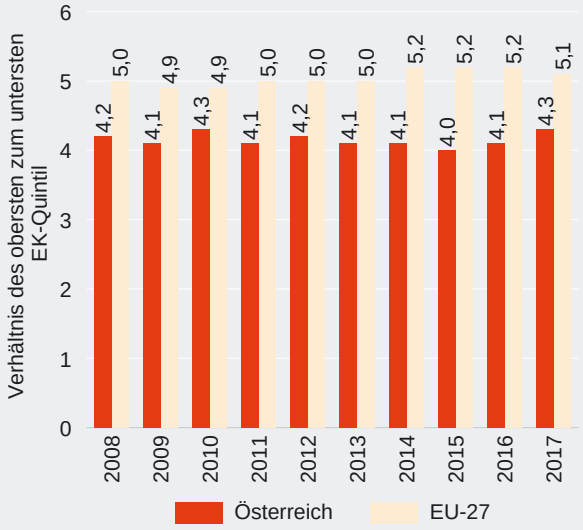
Nach Jahren ökonomischer Krise und der Rückkehr der Rezession 2012, erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU-28 2013 einen neuen Spitzenwert von 10,9 %. Seither ging die Quote jedoch wieder zurück und lag 2017 bei 7,6 %, bei insgesamt sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten.

Schlüsselindikator Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Lohnsteuer-/HV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996, MZ-Arbeitskräfteerhebung. - Erwerbstätigenquote: Zeitreihenbruch im Jahr 2004. - Lehrlinge sind ausgeschlossen.

Schlüsselindikator S80 / S20 Einkommensquintil-Verhältnis der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen (Personen bis 64 Jahre)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Seit 2000 kann ein Auseinanderdriften von niedrigen und hohen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen beobachtet werden. Diese Entwicklung wird daher in der Langfristbetrachtung kritisch bewertet. Die kurzfristige Bewertung fällt neutral aus, da die Spreizung der hohen und niedrigen Einkommen trotz des deutlichen Anstiegs der Teilzeitquote seit 2013 nahezu unverändert blieb."

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Da sich das Einkommensquintilsverhältnis seit 2008 kaum verändert hat, wird die langfristige Entwicklung der sekundären Haushaltseinkommen neutral eingestuft. Die Bewertung der kurzen Frist (2015 bis 2017) fällt aufgrund des Anstieges seit 2015 tendenziell negativ aus."

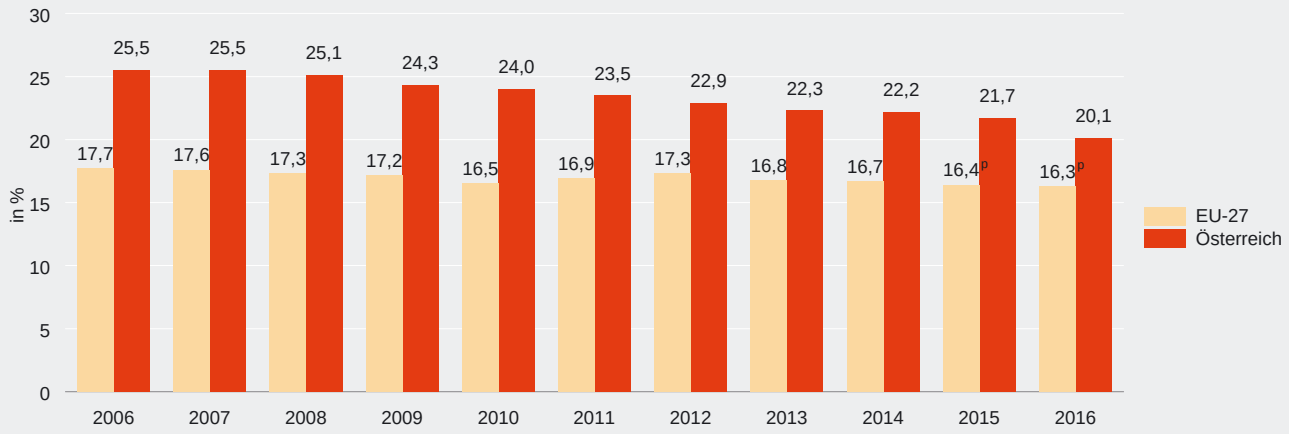
Die inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Einkommen zeigt, dass die Einkommen des ersten Einkommensquartils bis 2005 deutlich zurückgingen, aber bis 2007 wieder etwas aufholten. Seit 2008 sanken diese Einkommen wieder stark und lagen 2016 um 16,5 % unter jenen des Jahres 2000. Die Einkommen des obersten Quartils stiegen seit 2000 um insgesamt 1,8 % an

Die Darstellungsweise aggregierter Jahreseinkommen führt dazu, dass sich Struktureffekte wie steigende Erwerbstätigkeit, Teilzeitquoten oder Saisonarbeit, aber auch der Eintritt billiger Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt insbesondere in den unteren Einkommensgruppen abbilden. So stieg beispielsweise die Teilzeitquote der unselbständig Beschäftigten zwischen 2000 und 2016 von 16,4 % auf 28,9 % und lag um 75,5 % über dem Ausgangswert.

Unter „Einkommen" wird hier das äquivalisierte verfügbare Netto-Haushaltseinkommen (inkl. monetärer Sozialtransfers, aber ohne Sachtransfers) verstanden. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, wird das äquivalisierte Haushaltseinkommen berechnet. Zwischen 2008 und 2017 lässt sich keine Öffnung der Einkommensschere aus den Daten ablesen. Zuletzt waren die sekundären Einkommen des reichsten Einkommensquintils 4,3 mal so hoch, wie jene des ärmsten. Dieser Wert ist seit Beginn der Beobachtungsreihe 2008 beinahe unverändert.

Stärkere Aussagekraft gewinnt der Indikator im EU-Vergleich: Im Durchschnitt der EU-28 hatte die Bevölkerung im obersten Quintil rund fünfmal mehr Einkommen, als jene im untersten. Österreich befand sich 2017 mit einem Verhältnis von 4,3 deutlich unter der EU-27 mit 5,1.

Schlüsselindikator Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (unbereinigt)



Q: STATISTIK AUSTRIA; Eurostat. - Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen) - Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Da sich der Gender Pay Gap in den vergangenen 10 Jahren kontinuierlich an den Vergleichswert der EU-27 annähert, wird die langfristige Entwicklung als tendenziell positiv eingestuft. Auch die Bewertung der kurzen Frist fällt aufgrund des Rückgangs seit 2014 tendenziell positiv aus, wenngleich die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede im internationalen Vergleich nach wie vor sehr hoch ausfallen und der Rückgang nur sehr langsam voran geht."

Gemäß dem EU-Indikator „Gender Pay Gap" betrug der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied (ohne Anpassungen) gemessen an den Bruttostundenverdiensten in der Privatwirtschaft 2016 in Österreich 20,1 %. Seit Beginn des Beobachtungszeitraums 2006 (25,5 %) ist dieser Wert langsam aber kontinuierlich zurückgegangen.

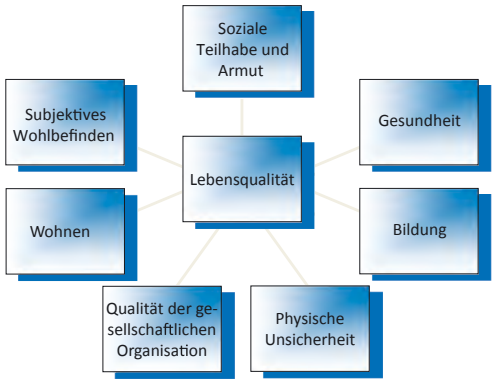
Berücksichtigt man den Einfluss verschiedener Faktoren auf den Gender Pay Gap, so zeigt sich, dass basierend auf den Daten der Verdienststrukturerhebung 2014 insgesamt 8,6 %-Punkte durch beobachtbare Unterschiede erklärt werden können. Der Rest von 13,6 %-Punkten - der bereinigte Gender Pay Gap - kann dagegen nicht durch die im Modell enthaltenen Merkmale erklärt werden.

Lebensqualität

Während die Frage, worin Lebensqualität zum Ausdruck kommt und was ihre Komponenten sind, eine lange philosophische Tradition hat, geht es gegenwärtig darum, diese Debatte in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen und mit statistischem Datenmaterial zu unterfüttern. Dabei setzte sich zunehmend die Überzeugung durch, dass bei der Messung von Lebensqualität nicht nur objektive Maße herangezogen werden sollten sondern auch subjektive Einschätzungen miteinbezogen werden müssen. Der Stiglitz-Bericht (Stiglitz et al. 2009) vereint diese Zugänge und betont, dass Lebensqualität über ökonomische Produktion und Lebensstandard hinausgeht. Der Sponsorship Report des Europäischen Statistischen Systems (ESS) (Eurostat 2011) leitete aus den Empfehlungen des Stiglitz-Berichts eine Operationalisierung von Lebensqualität in 8 + 1 Dimensionen ab und formulierte eine vorläufige Liste mit dazugehörigen Schlüsselindikatoren. Eurostat übernimmt eine ähnliche Vorgehensweise in seiner Lebensqualitäts-Berichterstattung.

An diesen Vorgaben orientierte sich auch der Auswahlprozess bei Statistik Austria. Für *WgÖ?* wurden insgesamt zehn Indikatoren gewählt, die sieben Dimensionen der Lebensqualität zugeordnet werden.

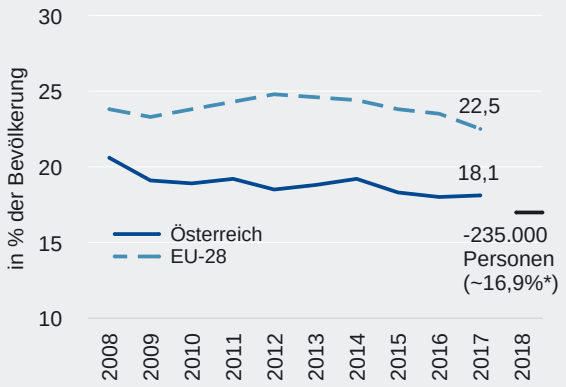
Dimensionen der Lebensqualität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

Ein Großteil der Indikatoren basiert dabei auf Daten der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC (European Statistics on Income and Living Conditions). Weitere verwendete Datenquellen sind beispielsweise die Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung (MZ-AKE), die Todesursachenstatistik und die Zeitverwendungserhebung 2008/09. Alle Daten werden bei Statistik Austria erhoben und aufbereitet.

Schlüsselindikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für EU-SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde. - * In der nationalen Umsetzung des Europa 2020-Ziels wird eine absolute Verringerung um 235.000 Personen für 2018 angestrebt. Der hier ausgewiesene Wert stellt einen fiktiven relativen Zielwert dar, der auf dem absoluten Zielwert von 235.000 Personen in Relation zum Bevölkerungsstand basiert.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

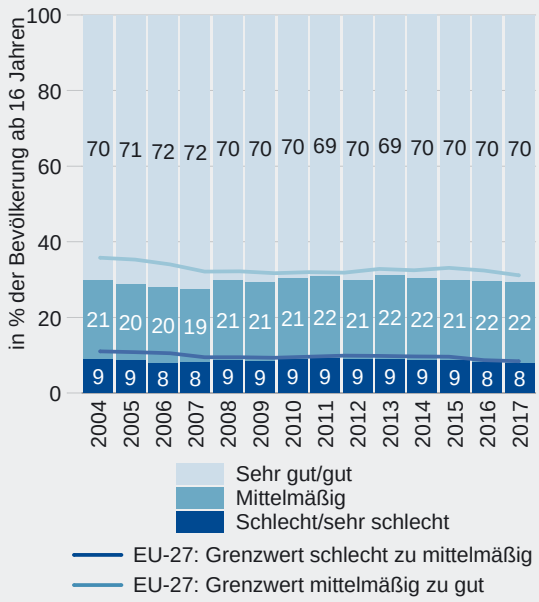
KF LF

„Die nationale Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ist deutlich niedriger als jene der EU-28. Die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdungsquote hat sich in der langfristigen und kurzfristigen Betrachtung leicht verringert. Da die absolute Verringerung von 136.000 Personen (2017 im Vergleich zu 2008) aber deutlich unter der nationalen Zielvorgabe von 235.000 Personen liegt, fällt die langfristige und kurzfristige Bewertung nur neutral aus. Generell wird angemerkt, dass die absolute Zielvorgabe dynamische Entwicklungen bspw. der Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigen kann."

Der Anteil der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Bevölkerung reduzierte sich von 20,6 % im Jahr 2008 auf 18,1 % im Jahr 2017, das entspricht 1.563.000 Personen (2016 18 %).

In der nationalen Umsetzung des Europa 2020-Ziels wird eine Verringerung der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung um 235.000 Personen innerhalb von zehn Jahren angestrebt. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste die Zahl der Betroffenen noch um weitere 99.000 Personen verringert werden.

Schlüsselindikator subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren in Österreich und der EU-27*



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011. - * EU-28 ohne Kroatien, Daten für Kroatien liegen nicht ab Beginn der Zeitreihe vor.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

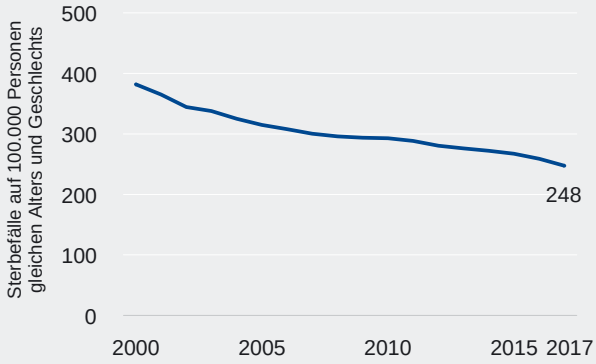
KF LF

„Weder in der längeren Frist seit 2004, noch in der Betrachtung der Entwicklung seit 2015 sind bei diesem Indikator signifikante Veränderungen wahrzunehmen. Es traten also weder spürbare Verbesserungen noch Verschlechterungen auf, weshalb sowohl die langfristige Entwicklung als auch jene seit 2015 neutral eingestuft wird."

Der Schlüsselindikator subjektive Gesundheitseinschätzung basiert auf der Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?". Dabei zeigt sich, dass der subjektive Gesundheitsstand der österreichischen Bevölkerung in den letzten Jahren relativ konstant geblieben ist. So liegt der Anteil der Personen mit sehr guter oder guter Gesundheit seit 2004 bei rund 70 % und betrug auch 2017 wieder 70,4 %. 8 % stuften ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht ein.

Personen in Österreich weisen durchschnittlich eine bessere subjektive Gesundheit auf, als im EU-27-Durchschnitt.

Schlüsselindikator frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

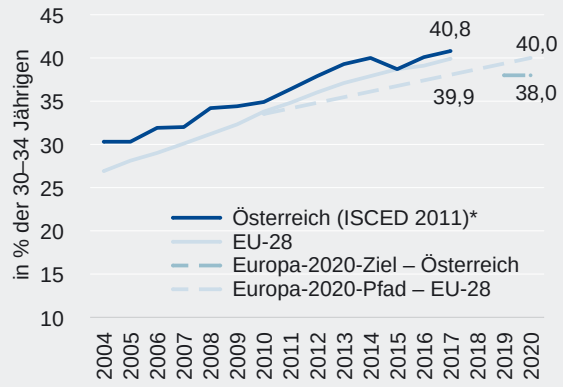
KF LF

„Die frühzeitige Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten (30-69 Jahre) ging seit 2000 stark zurück, weshalb die langfristige Bewertung sehr positiv ausfällt. In den letzten Jahren konnte wieder ein ausgeprägter Rückgang verzeichnet werden, weshalb die kurzfristige Entwicklung ebenfalls sehr positiv bewertet wird."

Die frühzeitige Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten Krebs, Herz-Kreislauferkrankungen, Diabetes und chronische Atemwegserkrankungen hat seit 2000 kontinuierlich und deutlich abgenommen und lag 2017 bei 248 auf 100.000 Personen zwischen 30 und 69 Jahren (berechnet in Bezug auf die Normbevölkerung). 2000 betrug der Wert noch 382, das ist ein Rückgang um mehr als 35 %. Auch innerhalb der letzten drei Jahre konnte ein Rückgang verzeichnet werden. 2015 gab es 267 frühzeitige Sterbefälle auf 100.000 Personen und 2016 259.

Die Sterblichkeit wird üblicherweise mittels altersstandardisierter Sterberaten beschrieben. Die altersstandardisierte Sterberate gibt an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der Bevölkerung in der betreffenden Berichtsperiode dem einer international vorgegebenen Standardbevölkerung entsprochen hätte und macht damit die unterschiedlichen Sterbebedingungen vergleichbar.

Schlüsselindikator Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat. - * Bildungsabschlüsse bis 2013 gemäß ISCED 1997 + äquivalente Bildungsabschlüsse, ab 2014 gemäß ISCED 2011.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

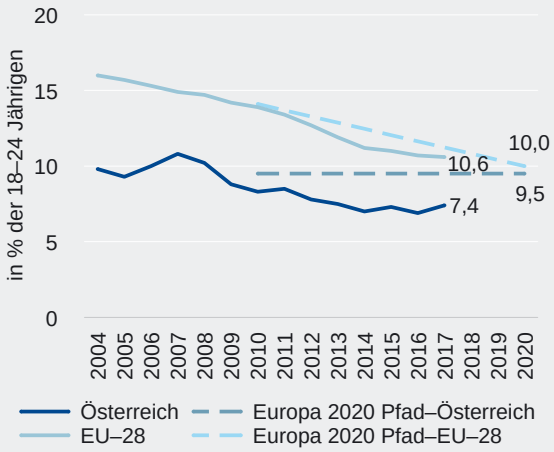
KF LF

„Die Tertiärquote stieg seit 2004 stark an. Diese enthält jedoch auch BHS-Abschlüsse, weshalb die langfristige Entwicklung als tendenziell positiv bewertet wird. Die Entwicklung seit 2015 zeigt einen leichten Anstieg. Da das nationale Ziel zudem bereits erreicht wurde und der Anteil über dem EU-Wert liegt, wird die kurzfristige Entwicklung ebenfalls als tendenziell positiv bewertet."

Als Tertiärabschluss werden grundsätzlich Abschlüsse der ISCED-Kategorien 5 bis 8 nach ISCED 2011 (ab 2014) bzw. 5a und 5b sowie 6 nach ISCED97 (bis 2013) gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbildenden Akademien sowie auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse und die Reife- und Diplomprüfung an berufsbildenden höheren Schulen.

Als nationales Ziel wurde eine Quote von 38 % festgelegt. 2017 konnten 40,8 % der 30- bis 34-Jährigen einen Tertiärabschluss aufweisen. Anzumerken ist, dass die in der Grafik sichtbaren Schwankungen der Tertiärquote auf Stichprobeneffekt zurückzuführen sein könnten.

Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

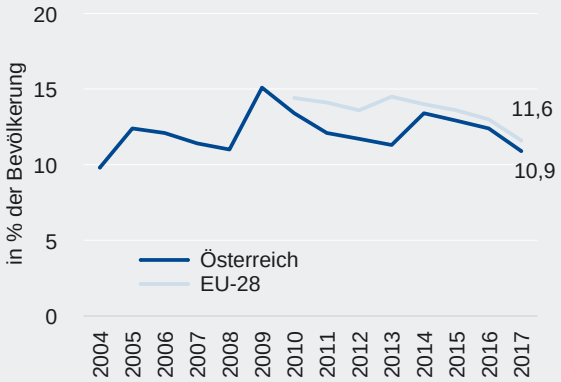
KF LF

„Da die Quote der frühzeitigen Schulabgängerinnen und Schulabgänger vor allem seit 2007 stark sank und sich deutlich unter dem EU 2020-Zielwert für Österreich befindet, wird die langfristige Entwicklung als sehr positiv bewertet. Die kurzfristige Betrachtung fällt neutral aus, da der Unterschreitung des Zielwertes ein Anstieg der Quote gegenübersteht."

2017 waren in Österreich 7,4 % der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren ohne Sekundarabschluss und befanden sich auch nicht in einer weiterführenden Ausbildung. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen geringen Anstieg um 0,5 %-Punkte, der aber auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein kann.

EU-weit waren 2017 10,6 % der 18- bis 24-Jährigen frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger. Auch hier konnte der Anteil im Beobachtungszeitraum deutlich reduziert werden (2004: 16 %).

Schlüsselindikator physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

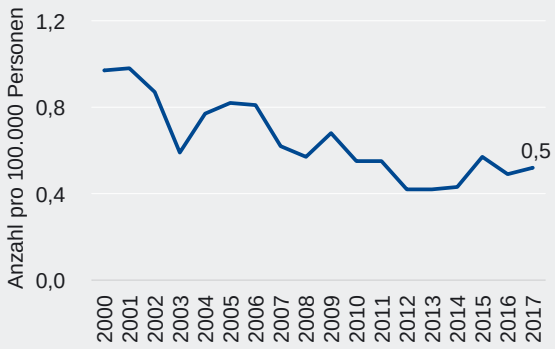
KF LF

„Die längerfristige Entwicklung seit 2004 zeigt im Trend nur wenig Veränderung und wird daher neutral bewertet. Da in den letzten drei Jahren ein deutlicher Rückgang festzustellen ist, wird die kurzfristige Veränderung als sehr positiv bewertet."

Physische Unsicherheit bezieht sich auf sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur die offensichtlichsten Ausformungen. Physisches Unsicherheitsempfinden wird in EU-SILC durch die folgende Frage erfasst: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?". 10,9 % der Bevölkerung gaben 2017 an, in ihrer Wohngegend Probleme durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus zu haben, was einen Rückgang von 1,5 %-Punkten gegenüber dem Vorjahr darstellt.

Vergleicht man die Werte zum physischen Unsicherheitsempfinden für Österreich mit den EU-Werten, so zeigt sich, dass sich Österreicherinnen und Österreicher in ihrer Wohngegend im Durchschnitt sicherer fühlen (und immer sicherer gefühlt haben) als EU-Bürgerinnen und EU-Bürger.

Schlüsselindikator Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

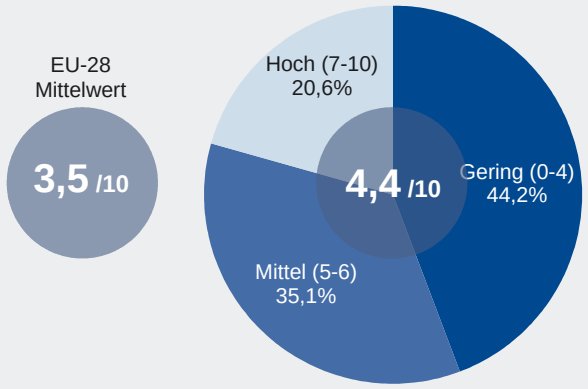
KF LF

„Da die Tötungsrate seit 2000 stark zurückging, wird die langfristige Entwicklung als sehr positiv bewertet. Trotz des schon recht niedrigen Niveaus konnte von 2015 auf 2017 ein weiterer leichter Rückgang beobachtet werden, weshalb die kurzfristige Entwicklung als tendenziell positiv eingestuft wird."

Die Daten aus der Todesursachenstatistik, die bei ihrer Berechnung der Tötungsrate (Totschläge und Verletzung mit Todesfolgen eingeschlossen) die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt, zeigen, dass das Risiko durch Mord, Totschlag oder vorsätzliche Verletzung zu Tode zu kommen, seit 2000 in Österreich kontinuierlich gesunken ist. Während Anfang der 2000er Jahre noch durchschnittlich eine von 100.000 Personen durch Mord, Totschlag und vorsätzlich zugefügte Verletzungen zu Tode kam, waren es 2017 auf 100.000 Personen nur noch 0,5 vorsätzlich Getötete (2014 sogar nur 0,4).

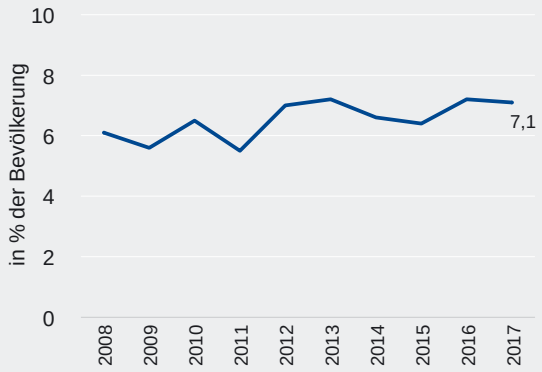
Die standardisierte Rate gibt dabei an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der nationalen Bevölkerung (gleichen Geschlechts) in der betreffenden Berichtsperiode dem der gewählten Standardbevölkerung entsprochen hätte.

Schlüsselindikator Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden; Eurostat.

Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für EU-SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

Keine Bewertung möglich, da keine Zeitreihe verfügbar.

Auf einer 11-stufigen Skala von 0 (vertraue gar nicht) bis 10 (vertraue vollkommen) wählten 2013 (letztverfügbares Jahr) 21 % hohe (7-10) und 44 % niedrige (0-4) Werte. 12 % gaben an, überhaupt kein Vertrauen in das politische System zu haben. Der Mittelwert lag bei 4,4, der für die EU-28 lediglich bei 3,5. Es ist anzunehmen, dass die Antwortverteilung bei den Fragen zum Vertrauen deswegen so stark von der Verteilung bei Zufriedenheitsfragen – wie etwa der Frage nach der subjektiven Lebenszufriedenheit - abweicht, da hier im Gegensatz zur Zufriedenheit, die das Individuum von innen her erlebt, das Objekt der Bewertung extern ist, d. h. außerhalb des Individuums liegt.

In der durchschnittlichen Beurteilung zeigten sich zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen geringe Unterschiede. So lag das mittlere Vertrauen in das politische System im untersten Einkommensquintil bei einem Mittelwert von 4,2, während sich im obersten Einkommensquintil ein Mittelwert von 4,6 ergab.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

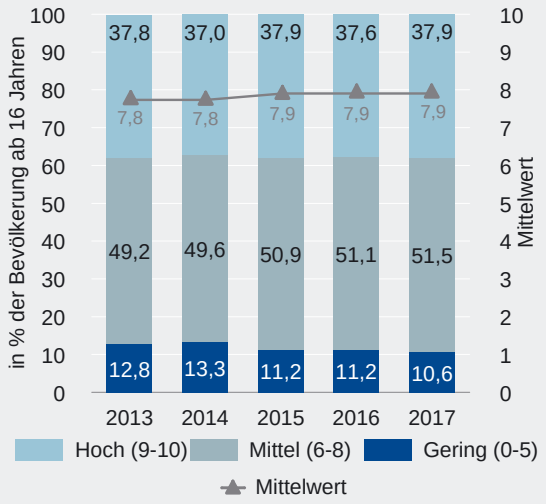
KF LF

„Der langfristige Verlauf der Wohnkostenüberbelastung zeigt einen steigenden Trend und ist daher tendenziell negativ zu sehen. Die kurzfristige Betrachtung fällt ebenso tendenziell negativ aus, da sich der Anteil der betroffenen Bevölkerung zwischen 2015 und 2017 weiter erhöht hat."

Der neue Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung beschreibt den Anteil der Bevölkerung, deren Wohnungsaufwand 40 % des Haushaltseinkommens übersteigt. Als Wohnungsaufwand zählen dabei alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, wobei Wohn- und Mietbeihilfen sowohl vom Wohnungsaufwand wie auch dem Haushaltseinkommen abgezogen werden.

Der Anteil der Personen mit Wohnkostenüberlastung hat sich seit 2008 erhöht: 2008 waren 6,1 % der Bevölkerung von einer Wohnkostenüberbelastung betroffen, 2017 ist der Anteil um 1 %-Punkt auf 7,1 % gestiegen. Der Anstieg ist über die Jahre hinweg nicht graduell erfolgt. Seit 2012 scheint sich der Anteil bei rund 7 % einzupendeln. 2015 konnte ein Rückgang auf 6,4 % verzeichnet werden, um 2016 auf 7,2 % zu steigen und im Folgejahr 2017 geringfügig auf 7,1 % zu sinken.

Schlüsselindikator allgemeine Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013-2017.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF

„Der Mittelwert der Jahre 2015 bis 2017 zeigt keine Veränderung, während der Anteil der sehr unzufriedenen Personen zwischen 2016 und 2017 erkennbar zurückgeht. Die kurzfristige Entwicklung wird daher als tendenziell positiv bewertet. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind."

Die Lebenszufriedenheit wird in EU-SILC wie folgt erfragt: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt? Bitte antworten Sie auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 für „überhaupt nicht zufrieden" und 10 für „vollkommen zufrieden" steht". 2017 lag die mittlere Lebenszufriedenheit bei 7,9 von 10 Punkten und damit auf dem Niveau der beiden Vorjahre. Der Anteil der Personen mit einer geringen Zufriedenheit (fünf oder weniger) liegt mit 10,6 % auf dem geringsten Niveau seit 2013. 2014 lag dieser noch bei 13,3 %.

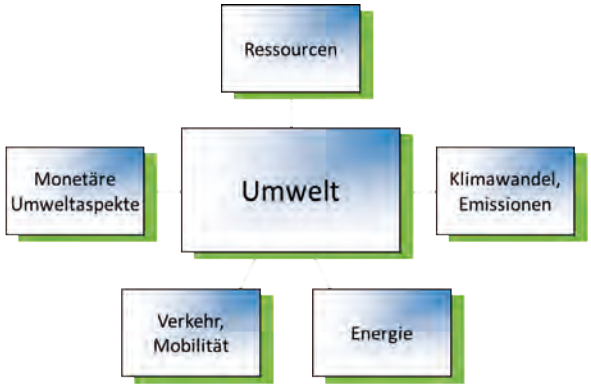
Vergleicht man die österreichischen Daten mit den EU-28-Werten von 2013 (letztverfügbares Jahr), so liegt der Mittelwert für Österreich (7,8) über dem EU-Wert von 7,1. Besonders deutlich ist der Abstand beim Anteil der Personen mit hoher Zufriedenheit: während in Österreich 37,8 % in diese Kategorie fallen, sind es im EU-28-Durchschnitt nur 21,7 %.

Umwelt

Das gegenwärtige Wohlbefinden hat sowohl mit ökonomischen Ressourcen (wie Einkommen) als auch mit sozialen Aspekten der Lebensqualität (z. B. Bildung und Gesundheit) zu tun. Deren Nachhaltigkeit hängt davon ab, ob sie an künftige Generationen weitergegeben werden können (siehe auch Stiglitz et al., 2009). Wohlstand und Fortschritt lassen sich daher erst durch die Einbeziehung der Umweltperspektive - etwa Auswirkungen des Ressourcenverbrauchs oder der Schadstoffbelastung - umfassend beurteilen.

Im Themenfeld Umwelt wurden die folgenden fünf Dimensionen definiert, denen jeweils zwei bis drei Schlüsselindikatoren zugeordnet sind.

Dimensionen der Umwelt

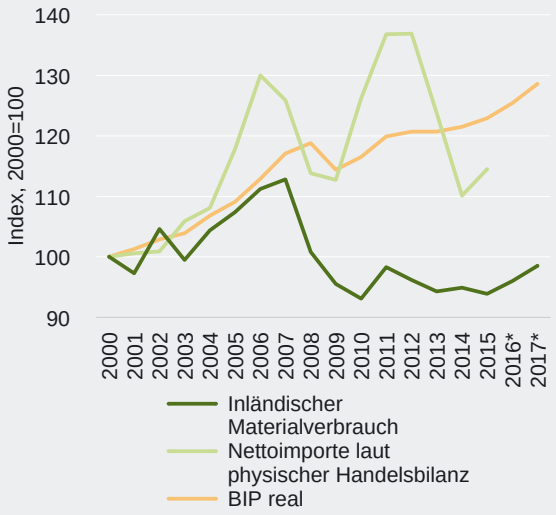


Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Wesentlich für einen nachhaltigen Wohlstand und Fortschritt ist eine verminderte, effiziente und emissionsarme Nutzung von Ressourcen. Mit dem Konzept der Entkoppelung wird die Entwicklung der (ökologischen) Nachhaltigkeit durch Indikatoren messbar. Von absoluter Entkoppelung spricht man, wenn die betreffende Umweltauswirkung (z. B. Materialverbrauch) stabil oder abnehmend ist, während der Wirtschaftsindikator (zumeist das BIP) zunimmt. Die Entkoppelung ist relativ, wenn die Wachstumsrate des Materialverbrauchs positiv ist, jedoch geringer als jene der wirtschaftlichen Variable.

Als Datenquellen dienen hauptsächlich Umweltdaten von Statistik Austria. Ergänzend wurden für Umweltbereiche, die unter die Agenden des Umweltbundesamts (z. B. Transportleistung, Luftemissionen) oder des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (BMLFUW, z. B. Fläche der Bio-Landwirtschaft) fallen, die entsprechenden Daten dieser Institutionen verwendet.

Schlüsselindikator Inländischer Materialverbrauch (DMC)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung, VGR, Eurostat. - * Domestic Material Consumption (DMC) Werte stellen vorläufige Ergebnisse berechnet nach der Veränderungsrate von Eurostat dar.

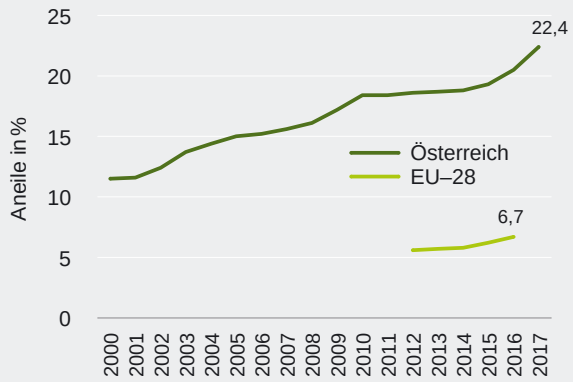
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Der Materialverbrauch startete 2000 auf zu hohem Niveau, um den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zu entsprechen. In einzelnen Jahren zeigte sich ein Rückgang, 2017 erreichte der Verbrauch jedoch beinahe wieder den Wert von 2000. Die Entwicklung wird daher langfristig tendenziell negativ eingeschätzt. In den letzten beiden Beobachtungsjahren stieg der Materialverbrauch wieder leicht an, was kurzfristig zu einer tendenziell negativen Bewertung des Verlaufs führt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Jahre 2016 und 2017 auf vorläufigen Daten nach Schätzungen von Eurostat beruhen, die sich noch ändern können."

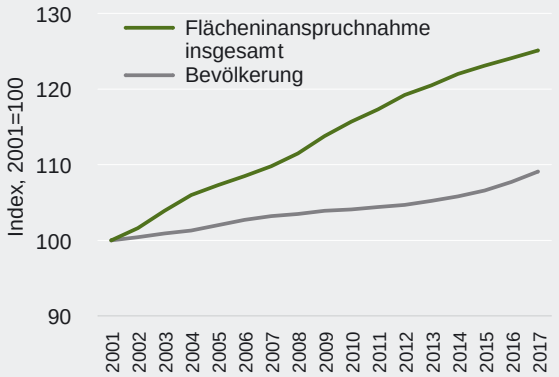
In Österreich sank der inländische Materialverbrauch im Zeitraum 2000 bis 2017 (vorläufige Schätzung durch Eurostat) um 1,5 %. Das reale BIP wuchs im selben Zeitraum um 28,6 %, was einer erhöhten Materialeffizienz entspricht. Der inländische Materialverbrauch sank von 2007 auf 2008 um 10,6 %, während das reale BIP um 1,5 % wuchs, damit wurde eine absolute Entkoppelung vom BIP erreicht. Seit dem Jahr 2011 blieb der DMC beinahe konstant. 2017 gab es einen Anstieg von 2,6 % auf rund 180 Mio. t.

Schlüsselindikator Flächen mit biologischer Bewirtschaftung



Q: BMNT: Grüner Bericht. Fläche laut INVEKOS; Eurostat (geringfügig abweichend: Ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion).

Schlüsselindikator Flächeninanspruchnahme insgesamt



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes, Bevölkerung zu Jahresbeginn; Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Inanspruchnahme am 1.1. des Jahres (ab 2013: 31.12. des Jahres).

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die starke Ausweitung der Bio-Flächen wird langfristig als sehr positiv gesehen. Österreich befindet sich auch im internationalen Vergleich auf hohem Niveau (2016: EU-28: 6,7% Bio-Fläche, Österreich: rund 21%). Die kurzfristige Entwicklung der Bio-Flächen in Österreich mit dem deutlichen Anstieg in den Jahren 2016 und 2017 wird ebenfalls sehr positiv bewertet."

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die Bodenversiegelung stellt eines der größten Umweltprobleme dar und ist ein nahezu irreversibler Prozess. Der kontinuierliche Anstieg der Flächeninanspruchnahme durch Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen wird daher langfristig eindeutig negativ bewertet. Kurzfristig zeigt sich eine Abschwächung des Trends, die Entwicklung der letzten 3 Jahre wird daher als tendenziell negativ gesehen."

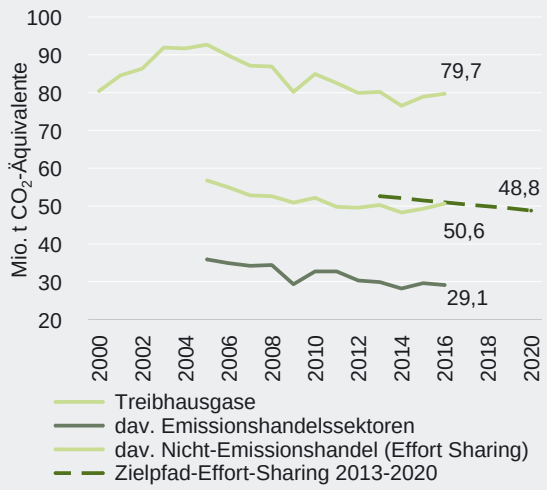
In Österreich hat sich von 2000 bis 2017 der Anteil der Flächen, welche biologisch bewirtschaftet wurden, an den gesamten landwirtschaftlich genutzten Flächen (ohne Almen), von 11,5 % auf 22,4 % erhöht. Der Anteil der biologisch bewirtschafteten Flächen zeigte vor allem in den Jahren 2002 bis 2005 und 2007 bis 2010 sowie seit 2015 ein deutliches Wachstum.

Rund 90 % der biologisch bewirtschafteten Flächen in Österreich werden über ÖPUL gefördert (Maßnahme 20, früher 1). Die Stagnation des Anteils der Flächen in den Perioden 2000/2001, 2006 und 2011 bis 2014 ist Großteils auf das Auslaufen der Verpflichtungen im Rahmen des jeweiligen Agrar-Umweltprogramms ÖPUL zurückzuführen. Ab dem Start der neuen Periode wurden starke Anstiege der Bio-Flächen verzeichnet: von 2015 auf 2016 +5,9 % sowie von 2016 auf 2017 +9,0 %.

Die Flächeninanspruchnahme insgesamt nahm in den Jahren 2001 bis 2017 um 25,1 % zu (durchschnittlich 1,4 % pro Jahr), insgesamt entspricht dies einer Zunahme von 1.132 km² für den gesamten Zeitraum. Damit wuchs die Flächeninanspruchnahme im Beobachtungszeitraum deutlich schneller als die österreichische Bevölkerung (+9,1 %).

Die gesamte tägliche Flächenneuinanspruchnahme (Bau-, Verkehrsflächen und sonstige) lag in der Periode 2014 bis 2017 bei durchschnittlich 12,9 Hektar (ha) pro Tag. Mit der Flächeninanspruchnahme geht die voranschreitende Bodenversiegelung einher, d. h. die Bedeckung des Bodens durch wasserundurchlässige Schichten (z. B. Asphalt). Der Gesamtversiegelungsgrad der Siedlungs- und Verkehrsflächen in Österreich betrug 2017 41,2 %.

Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen (in Mio. t CO_2-Äquivalenten)



Q: Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowie KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst.

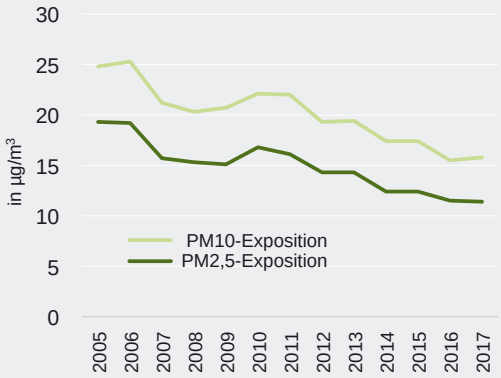
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die THG-Emissionen sind über die gesamte Periode 2000 - 2016 auf zu hohem Niveau, die Entwicklung wird daher langfristig tendenziell negativ eingeschätzt, auch wenn sich seit 2006 ein leichter Rückgang zeigt. Die kurzfristige Entwicklung der gesamten THG wird durch den Anstieg von 2014 auf 2016 negativ bewertet. Der Wert 2016 der Emissionen des Nicht-Emissionshandels liegt mit 50,6 Mio.t nur mehr knapp unter der erlaubten Höchstmenge für 2016 laut Klimaschutzgesetz (51 Mio.t), bei einer Beibehaltung des Trends der letzten Jahre wird das Ziel von 48,8 Mio.t nicht erreicht werden."

Die THG-Emissionen stiegen von 2000 (80,4 Mio. t CO_2-äquiv.) bis 2005 (92,7 Mio. t CO_2-äquiv.) deutlich an. Ab 2006 bis 2014 gab es dagegen einen Rückgang um 17,5 % und damit eine Entkoppelung von der Wirtschaftsleistung (BIP). Eine Ausnahme zeigt dabei der Anstieg des Jahres 2010, hier wurde der extreme Rückgang des Krisenjahrs 2009 (mit hohen Rückgängen an Energie) kompensiert. Von 2014 auf 2015 stiegen die Emissionen dagegen um 3,1 % und von 2015 auf 2016 um 1,0 % an, damit wurde der Abwärtstrend nicht fortgesetzt. Die Emissionen blieben jedoch mit 79,7 Mio. t CO_2-äquiv. knapp unter dem Ausgangswert von 2000 (80,4 Mio. t CO_2-äquiv.).

Schlüsselindikator Mittlere Exposition durch $PM_{2,5}$, bevölkerungsgewichtet (Feinstaub, in µg/m³)



Q: Umweltbundesamt.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

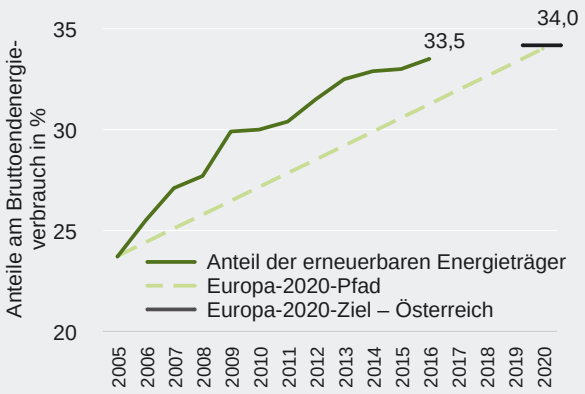
KF LF

„Die bevölkerungsgewichtete $PM_{2,5}$-Exposition hängt von den inländischen $PM_{2,5}$-Emissionen, den meteorologischen Bedingungen, von Fernverfrachtung aus dem benachbarten Ausland sowie von den Emissionen von gasförmigen Vorläufersubstanzen im In- und Ausland ab. Die $PM_{2,5}$-Belastung ist von 2005 bis 2017 deutlich zurückgegangen, die langfristige Entwicklung wird daher sehr positiv beurteilt. Der kurzfristige Trend 2015 - 2017 ist leicht sinkend, was zu einer tendenziell positiven Einschätzung führt."

Von 2005 – 2017 ging die bevölkerungsgewichtete Belastung durch $PM_{2,5}$ von 19 µg/m³ auf 11 µg/m³ zurück , das bedeutet einen Rückgang von -41 %. Mit Ausnahme des Jahres 2010 zeigt sich dabei ein abnehmender Trend. Im Jahr 2017 lag die bevölkerungsgewichtete Belastung mit 11,4 µg/m³ geringfügig unter jener des Vorjahres mit 11,5 µg/m.

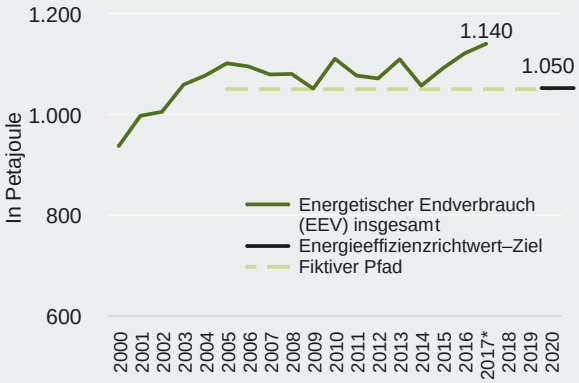
Die jährlichen Veränderungen sind dabei stark durch die unterschiedlichen meteorologischen Bedingungen bestimmt. Ab der aktuellen Studie kann aufgrund einer neuen Berechnung des Umweltbundesamts als Schlüsselindikator für Luftschadstoffe die jährliche bevölkerungsgewichtete Exposition durch $PM_{2,5}$ verwendet werden. Für die Berechnung der bevölkerungsgewichteten Belastung durch $PM_{2,5}$ (Feinstaub) wurden topographische Daten sowie Messdaten von Feinstaub und Bevölkerungsdaten miteinander in Beziehung gesetzt.

Schlüsselindikator Anteil der erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. - Anrechenbare Erneuerbare laut Richtlinie 2009/28/EG.

Schlüsselindikator Energetischer Endverbrauch



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. - * Werte für 2017 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die Zuwächse an erneuerbaren Energien fallen zunehmend geringer aus, jedoch liegen die Werte sowohl kurzfristig als auch langfristig über dem linearen Zielpfad - deshalb fällt die kurzfristige Bewertung tendenziell positiv aus. Zukünftige Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils werden immer schwieriger umsetzbar sein. Der gesamte Zeitraum wird sehr positiv bewertet."

Der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch in Österreich stieg von 33,0 % im Jahr 2015 auf 33,5 % im Jahr 2016 (letztverfügbares Jahr). Dabei lag die Entwicklung des Erneuerbaren-Anteils im gesamten Zeitraum über dem linearen Zielpfad für das nationale Ziel von 34 % laut der Europa 2020 Strategie. Der Einsatz von Energie aus erneuerbaren Quellen nahm dabei seit 2005 um 45 % zu.

Der Einsatz von Energie aus erneuerbaren Quellen nahm seit 2005 um rund ein Drittel zu, während der Bruttoendenergieverbrauch nahezu konstant blieb, dies führte zu einer deutlichen Anteilserhöhung. Im internationalen Vergleich lag Österreich mit einem Anteil von 33,5 % für das Jahr 2016 wesentlich über dem Durchschnitt der EU-28 mit 17,0 %.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

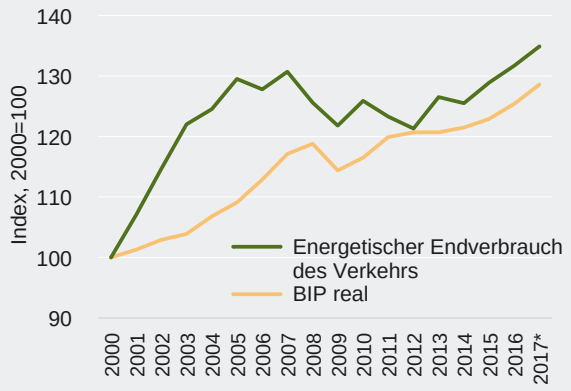
KF LF

„Unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels liegt der Energieverbrauch auf zu hohem Niveau. Insbesondere der Zuwachs in den Jahren 2000 - 2005 wird negativ gesehen. Wichtig wäre nicht nur eine Stabilisierung des Verbrauchs, sondern auch eine Reduktion unter das Ausgangsniveau. Das Fehlen beider Faktoren führt zu einer tendenziell negativen Beurteilung der langfristigen Entwicklung. Die kurzfristige Entwicklung zeigt von 2015 auf 2017 (vorläufiges Ergebnis) einen deutlichen Anstieg und liegt über dem Energieeffizienzrichtwert, sie wird daher negativ beurteilt."

Für das Jahr 2017 weist die vorläufige Energiebilanz für den energetischen Endverbrauch (EEV) eine erste Schätzung von 1.140 PJ aus. Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von knapp 2 %. Hauptursachen dafür waren das erhöhte Verkehrsaufkommen und in geringerem Maße die – bedingt durch die tieferen Außentemperaturen in der Heizperiode – um rund 1 % höhere Heizgradsumme.

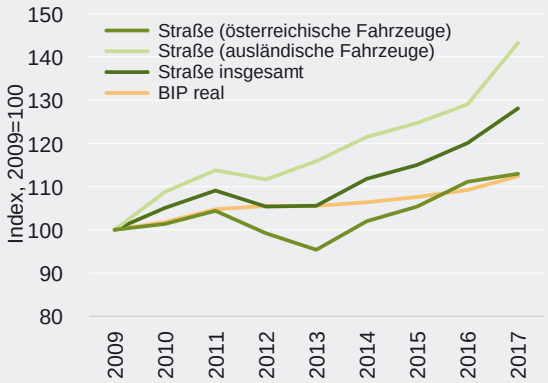
Während die Entwicklung von Energieverbrauch und realem BIP über lange Jahre sehr ähnlich verlief, zeigte sich seit dem Jahr 2006 für ersteren ein Einbremsen des Wachstums. Ab 2015 stieg der EEV jedoch wieder kontinuierlich an und lag damit 2017 (vorläufige Schätzung) mit 1.140 PJ deutlich über dem Energieeffizienzrichtwert von 1.050 PJ.

Schlüsselindikator Energieverbrauch des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR. - * Energiewerte für 2017 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Güterverkehrsstatistik, VGR.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die starke Steigerung des Energieverbrauchs des Verkehrs insbesondere in den Jahren 2000 bis 2007 verläuft konträr zu den langfristigen Zielen zur Begrenzung des Klimawandels. Es sind keine energieeinsparenden Strukturänderungen (z.B. Verlagerung des Transports von der Straße auf Schiene) erkennbar. Der langfristige Trend, der deutlich über dem BIP-Wachstum liegt, wird daher negativ beurteilt. Kurzfristig zeigt sich zwischen 2015 und 2017 (vorläufiges Ergebnis) ein deutlicher Anstieg, der ebenfalls negativ bewertet wird."

Der gesamte Energieverbrauch des Verkehrs stieg in den Jahren 2000 bis 2017 (vorläufiges Ergebnis) um 34,9 %, während das reale BIP im selben Zeitraum mit 28,6 % schwächer wuchs. In den Jahren 2000 bis 2005 kam es im Vergleich zum BIP zu einem deutlich stärkeren Anstieg des EEV. Davon abweichend gab es in den Jahren 2006 und 2008 trotz ansteigender Wirtschaftsleistung erste Abnahmen des verkehrsbedingten Energieverbrauchs. Im Krisenjahr 2009 fiel der Verbrauch auf das Niveau von 2003 zurück.

Die vorläufige Energiebilanz weist, nach einem Anstieg von 2,2 % für 2016, für das Jahr 2017 einen neuerlichen deutlichen Anstieg (+2,4 %) im Vergleich zum Vorjahr aus. Damit wird der höchste Verbrauch der Zeitreihe seit 2000 erreicht.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

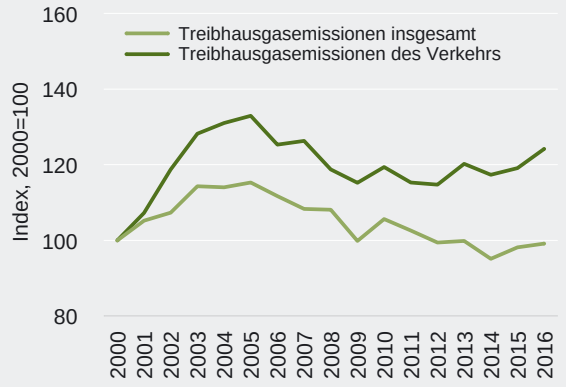
KF

„Die kurzfristige Entwicklung der Transportleistung des Lkw-Verkehrs mit dem deutlichen Anstieg in den Jahren 2015 - 2017 wird negativ eingeschätzt. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind."

Im Zeitraum 2009 bis 2017 wuchs die Transportleistung auf der Straße mit österreichischen und ausländischen Fahrzeugen insgesamt um 28,1 %, das reale BIP wuchs im Vergleichszeitraum um 12,5 %. Dabei stieg die Transportleistung mit ausländischen Fahrzeugen mit 43,2 % deutlich stärker an als jene mit österreichischen Fahrzeugen (13,0 %). Der überdurchschnittlich hohe Anstieg der Transportleistung ausländischer Fahrzeuge laut Daten der konsolidierten Straßengüterverkehrsstatistik von 11,0 % (2017) wirkt sich auch auf den Anstieg der Straße insgesamt von 6,7 % aus. Für österreichische Fahrzeuge zeigte sich in den Jahren 2012 und 2013 ein Rückgang von 5,0 % bzw. 3,8 %, der jedoch in den folgenden drei Jahren mit deutlichen Zuwächsen (2017 +1,7 %) mehr als ausgeglichen wurde.

Seit 2009 zeigt sich kaum die gewünschten Anteilsverschiebungen von der Straße zu Schiene und Schiff. Der Anteil der Straße betrug 2009 62,2 % und lag 2017 63,1 %. Mit der Bahn wurde jeweils etwas über ein Drittel der Transportleistung erbracht, auf die Schifffahrt entfielen 2017 anteilig 3,0 %.

Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA; Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowei KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

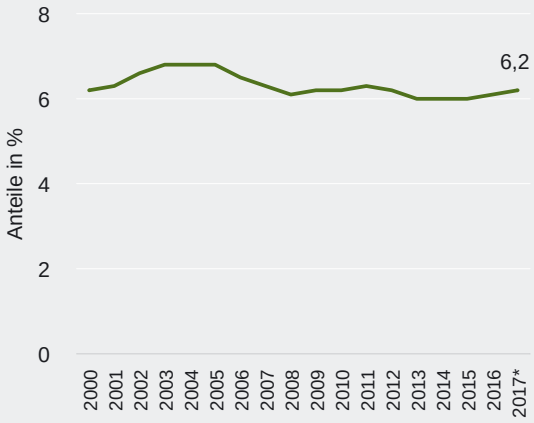
KF LF

„Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs sind über die gesamte Periode 2000 - 2016 auf zu hohem Niveau, die Entwicklung wird daher langfristig negativ eingeschätzt, auch wenn sich 2006 bis 2009 ein Rückgang zeigte. Die kurzfristige Entwicklung der THG des Verkehrs mit dem starken Anstieg im letzten Jahr wird ebenfalls negativ bewertet."

Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs wuchsen im gesamten Zeitraum 2000 bis 2016 mit 24,2 % stark, während die Treibhausgasemissionen insgesamt im selben Zeitraum sogar um 0,9 % sanken. Der Sektor Verkehr wies damit im Jahr 2016 Treibhausgasemissionen im Ausmaß von rund 23 Mio. Tonnen CO_2-Äquivalenten auf. Ein besonders starker Anstieg zeigt sich bis zum Jahr 2005, danach gab es weitgehend einen abnehmenden Trend. Dagegen zeigte sich in den Jahren 2015 und 2016 wieder ein Anstieg von 3,1 % bzw. 1,0 %.

Die Ursachen für die starke Steigerung der Emissionen im Verkehrssektor – vor allem in den Jahren 2000 bis 2005 - sind hauptsächlich im Anstieg der inländischen Fahrleistung im Straßenverkehr und dem steigenden Kraftstoffexport im Tank (Tanktourismus), zu suchen. Die Emissionen des Verkehrssektors werden wie der Energieverbrauch nach dem Inlandsprinzip, also auf Basis der in Österreich abgesetzten Treibstoffmengen, berechnet.

Schlüsselindikator Ökosteueranteil an den Steuern insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Öko-Steuern, Steuerstatistiken. Anteil an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Pflichtsozialbeiträgen nach Abzug der veranlagten Beträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist. - * Werte für 2017 stellen vorläufige Ergebnisse dar. Daten nach nationaler Definition inklusive Grundsteuer B.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die Öko-Steueranteile zeigen im gesamten Verlauf keine wesentlichen Veränderungen. Die Entwicklung wird daher sowohl kurz- als auch langfristig als neutral eingeschätzt. Nach den Berechnungen von Eurostat liegt Österreich 2016 mit einem Anteil von 5,5 % unter dem Durchschnitt der EU-28 mit 6,1 % (Daten jeweils ohne Berücksichtigung der Grundsteuer B). Dies lässt den Schluss zu, dass Potenzial für weitere Ökosteuern vorhanden ist. Allerdings werden ökologisch relevante Gebühren (wie Mauten oder Abfallgebühren) dabei nicht berücksichtigt."

Die gesamten Einnahmen aus Ökosteuern beliefen sich für 2017 (erste Schätzung) auf rund 9,5 Mrd. Euro, im Jahr 2016 wurden knapp 9,1 Mrd. Euro lukriert. Der Anteil der Ökosteuern an den Steuereinnahmen insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge) blieb von 2000 (6,2 %) bis 2017 (6,2 %) weitgehend konstant. Der höchste Öko-Anteil an den gesamten Steuereinnahmen war in den Jahren 2003 – 2005 mit 6,8 % zu verzeichnen, damals wurde der Mineralölsteuersatz erhöht. Im Jahr 2017 (vorläufiges Ergebnis) waren die Umweltsteuern um 5 % höher als im Jahr davor, das gesamte Steueraufkommen stieg dagegen nur um 3,5 %. Dies führte zu einem marginal erhöhten Ökosteueranteil (2016 6,1 % und 2017 vorläufig 6,2 %).

Sonderkapitel Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit

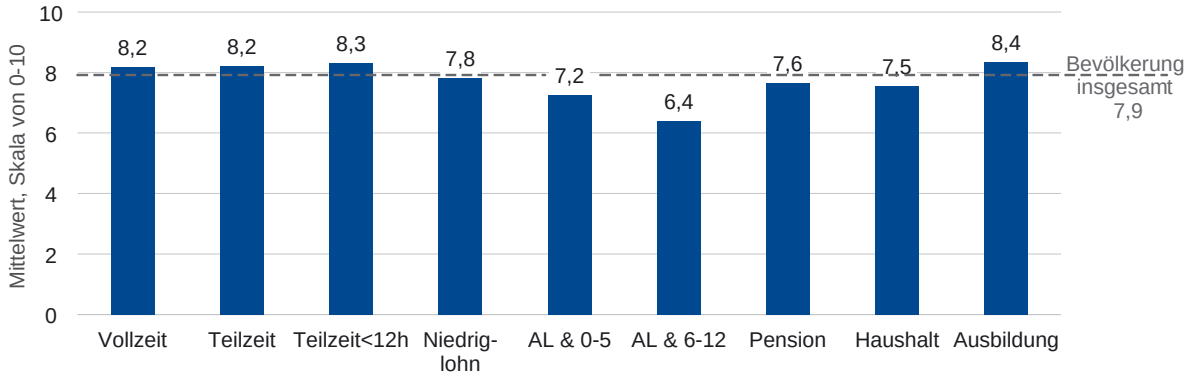
Das diesjährige Sonderkapitel zu *WgÖ*? beschäftigt sich im Detail mit Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit. Das Kapitel betrachtet eingehend die Arbeitsrealitäten der Österreicherinnen und Österreicher. Ein Beitrag des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) stellt zu Beginn die Entwicklung und die Struktur des Arbeitskräfteangebots, der Arbeitskräftenachfrage sowie der Arbeitslosigkeit dar. Auf Basis eines Sondermoduls zur Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung 2015 werden danach für Wie geht's Österreich? relevante Ergebnisse zur Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung zusammengefasst Der dritte Teil liefert eine Analyse des Zusammenhanges von Erwerbstätigkeit mit verschiedenen Aspekten des subjektiven Wohlbefindens.

Der erste Teil des Sonderkapitels widmet sich – dem Bereich Materieller Wohlstand folgend - eingehend den Entwicklungen auf dem österreichischen Arbeitsmarkt in den Jahren 2005 bis 1017. Diese war in den letzten Jahren unter anderem von den Auswirkungen der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geprägt, da nach einer vorläufigen Erholung der österreichischen Wirtschaft eine mehrjährige Phase geringen Wirtschaftswachstums folgte. Der Strukturwandel der Wirtschaft ließ die Nachfrage nach manuellen, vielfach von gering qualifizierten Arbeitskräften ausgeübten Tätigkeiten weiter zurückgehen, die Arbeitslosigkeit stieg deutlich auf 6,0 % (2016). Erst 2017 kam es nach Jahren des Anstiegs zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 5,5 % (siehe auch der entsprechende Schlüsselindikator). Gleichzeitig zur verhaltenen Dynamik auf der Nachfrageseite kam es in Österreich in den vergangenen Jahren, bedingt durch internationale Migration, grenzüberschreitendes Pendeln und zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren – zu einem markanten Anstieg des Arbeitskräfteangebots. Das Sonderkapitel beschäftigt sich mit genau jenen Aspekten, die auf der Nachfrageseite und auf der Angebotsseite hinter dem Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich bis 2016 stehen und die den österreichischen Arbeitsmarkt der vergangenen Jahre prägen.

Erwerbstätigkeit stellt jedoch, wie eingangs bereits erwähnt, über die Sicherung des Lebensstandards hinaus, einen zentralen Bestandteil der Lebensqualität dar. Wie in Teil zwei des Sonderkapitels diskutiert, sind für die individuelle Zufriedenheit mit der Arbeitssituation verschiedene Faktoren mit entscheidend, wie einerseits die Quantität der Arbeit im Verhältnis zum Arbeitszeitwunsch und andererseits die Qualität der Arbeit. Letzteres betrifft beispielsweise die vom Arbeitnehmer erwartete Flexibilität hinsichtlich der Arbeitszeit, Autonomie in der Arbeit oder häufiges Arbeiten unter Zeitdruck. Die Ergebnisse des Mikrozensus Sondermoduls 2015 zeigen, dass, wenngleich der Großteil der Erwerbstätigen mit der Arbeitszeitsituation zufrieden ist (72,0 %), fast jede bzw. jeder Fünfte (19,5 %) die Arbeitszeit gerne reduzieren würde. Die Zufriedenheit mit der Arbeitszeit fällt umso höher aus, je geringer die erwartete Flexibilität vonseiten der Arbeitgeberinnen und -geber ist. Zwei Fünftel (40,5 %) der Erwerbstätigen werden zumindest einmal im Monat dazu aufgefordert, länger zu bleiben oder früher zu kommen. Rund ein Zehntel (11,1 %) der Erwerbstätigen arbeitet immer unter Zeitdruck.

Wie sich dar Erwerbsstatus auf die Lebensqualität auswirken kann, wird im dritten Teil dieses Sonderkapitels untersucht. Dabei werden die Dimensionen „subjektives Wohlbefinden", „Gesundheit" und „soziale Teilhabe und Armut" anhand ausgewählter Indikatoren genauer beleuchtet. Als ein wesentlicher Indikator wurde die subjektive Lebensqualität, gemessen auf einer Skala von 0-11,

Allgemeine Lebenszufriedenheit



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung.

gewählt. 2017 lag die mittlere Zufriedenheit bei 7,9 von 10 Punkten und damit auf dem Niveau der beiden Vorjahre der beiden Vorjahre (siehe auch der entsprechende Schlüsselindikator). Die Ergebnisse zeigen, dass arbeitslose Personen eine deutlich geringere subjektive Lebenszufriedenheit anführen, als Voll- und Teilzeitbeschäftigte. Diese Unterschiede sind auch im Vergleich zu Personen in einer prekären Beschäftigungsform – Erwerbstätigkeit im Ausmaß von weniger als zwölf Wochenstunden oder Niedriglohnbeschäftigung – sichtbar. Zudem wird gezeigt, dass unterschiedliche Einkommensverhältnisse, Alter und weitere soziodemographische Merkmale nur einen Teil der Unterschiede erklären können.

Neben Wohlstand und Lebensqualität wird in Wie geht's Österreich? der Bereich Umwelt abgebildet. Ein Indikator, der hier mit dem Arbeitsmarkt im weiteren Sinn in Verbindung steht, ist jener der Beschäftigten in der umweltorientierten Produktion und Dienstleistung. Rund 183.000 Beschäftigte waren im Jahr 2016 (vorläufige Ergebnisse) in der Umweltwirtschaft tätig. Der vorliegende Indikator misst die direkte Produktion von Umweltprodukten und Umweltdienstleistungen. Informationen zu den indirekten Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft sind nicht daraus abzuleiten. Zudem steht die ökologische Komponente der Nachhaltigkeit im alleinigen Fokus. Die soziale Komponente – etwa gemessen aus der Qualität der Arbeitsplätze im Umweltbereich – ist nicht Teil des Konzepts und demgemäß auch aus den Daten nicht abzuleiten. Dieser Aspekt wird daher im Sonderkapitel nicht weiter verfolgt.



Einleitung

„Wie geht's Österreich?" (fortan *WgÖ?*) von Statistik Austria liefert seit 2012 konzise und weitreichende Informationen zu verschiedenen Dimensionen von Wohlstand und Fortschritt. Indikatoren zu den Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt ergänzen das Bruttoinlandsprodukt (BIP) und tragen damit zu einem breiteren Verständnis der Wohlstands- und Fortschrittsentwicklung in Österreich bei.

Statistische Indikatoren stellen eine wesentliche Ressource für Politik, Wirtschaft und Öffentlichkeit dar. Sie unterstützen dabei, evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen, und ermöglichen Vergleiche über die Zeit, über verschiedene Länder, soziale Gruppen oder Industriezweige. Sie tragen zu erhöhter Transparenz und Messbarkeit bei und stellen nicht zuletzt auch ein wichtiges Kommunikationsinstrument dar. Die breite Einsetzbarkeit von Indikatoren bringt allerdings auch potentielle Nachteile mit sich. Es besteht das Risiko, durch den Anspruch, möglichst viele Themenfelder möglichst genau abbilden zu wollen, an Punktgenauigkeit und Schärfe zu verlieren. Durch die große Anzahl von Indikatoren besteht die Gefahr der Unübersichtlichkeit und eines damit einhergehenden Relevanzverlustes. Auf der anderen Seite birgt die Herangehensweise einer Konzentrierung auf einen oder einige wenige sehr prominente „Superindikatoren" das Risiko, nur noch Teilaussagen aus einem ganz bestimmten Blickwinkel treffen zu können.

Exemplarisch zum Ausdruck kommt dieses Dilemma in der (national und international) breit geführten Debatte über die Grenzen des Bruttoinlandsprodukts (BIP) als Indikator für Wohlstand und Fortschritt.

Das BIP als die eine Zahl besticht durch seine methodische Eleganz und Klarheit, seine internationale Vergleichbarkeit, seine schnelle zeitliche Verfügbarkeit und vor allem durch seine leichte Kommunizierbarkeit. Andererseits ist seine starke Fokussierung auf die Produktion zu kritisieren: Im ausschließlichen Blick auf das Wachstum des BIP werden viele Aspekte des Wohlstands vernachlässigt. Eine Vielzahl an neu entwickelten Indikatoren soll diese Nachteile ausgleichen und Aufschluss über das Wohlergehen der Gesellschaft geben.

Mit dem Projekt „Wie geht's Österreich?" liefert Statistik Austria einen Beitrag zur verständlichen und umfassenden Darstellung von Wohlstand und Fortschritt in Österreich.

30 Schlüsselindikatoren ergänzen das BIP um weitere Informationen zum materiellen Wohlstand, wie Einkommen oder Konsum der Haushalte, umfassen subjektiv und objektiv gemessene Aspekte der Lebensqualität und erweitern die Betrachtung um Umweltagenden wie Ressourcenverbrauch und Emissionen.

Anfang 2008 wurde auf Initiative des damaligen französischen Präsidenten Sarkozy die Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts („Stiglitz-Kommission") gegründet. Diese empfahl in ihrem Bericht („Stiglitz-Sen-Fitoussi Report", Stiglitz et al. 2009) eine multidimensionale Betrachtung des Fortschritts einer Gesellschaft.[18] In der sogenannten „Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development" [19] arbeiteten hohe Repräsentantinnen und Repräsentanten der Mitgliedstaaten – unter Teilnahme von Statistik Austria – daran, diese Vorgaben im offiziellen statistischen System umzusetzen.

Statistik Austria hat im Jahr 2012 ein Set von Indikatoren entwickelt, das die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, unter Berücksichtigung verfügbaren statistischen Datenmaterials aus offiziellen Quellen, beleuchtet. Dabei wurden die Empfehlungen der Sponsorship Group für Österreich weitgehend umgesetzt (siehe Pesendorfer et al. 2012). Weitere Zielindikatoren auf EU-Ebene (z. B. Europa 2020-Indikatoren[20]) und nationaler Ebene[21] flossen ebenfalls in die ursprüngliche Auswahl ein. Die Auswahl der Indikatoren wurde in einem breiten Kommunikationsprozess mit nationalen Expertinnen und Experten sowie Vertreterinnen und Vertretern von Forschungsinstitutionen, Interessensvertretungen und Ministerien abgestimmt. Im Zuge des Statistiktags 2012 wurde Wie geht's Österreich? erstmals der Öffentlichkeit präsentiert. Seit 2013 erscheint jährlich ein Bericht, welcher die Schlüsselindikatoren zu *WgÖ?* analysiert und durch zusätzliche Informationen erweitert. Zudem wird der Bericht durch wechselnde Sonderthemen ergänzt.

Die Indikatoren werden jährlich einem Konsolidierungsprozess mit den wichtigsten Stakeholdern unterzogen und geringfügig überarbeitet, um den aktuellen Gegebenheiten Rechnung zu tragen. Im Jahr 2017 erfolgte eine umfassende Anpassung und Überarbeitung des Indikatorensets. In mehreren Workshops mit externen Expertinnen und Experten wurde die Indikatorenauswahl diskutiert und gegebenenfalls geändert, wobei auch die UN Agenda 2030 Berücksichtigung fand. Für 2018 ergaben sich Anpassungen der Schlüsselindikatoren in den Dimensionen „Wohnen" sowie „Klimawandel, Emissionen".

Die aktuellen Fortschritts- und Wohlstandsindikatoren sind auf einem Webabschnitt der Homepage von Statis-

18 http://ec.europa.eu/eurostat/documents/118025/118123/Fitoussi+Commission+report
19 http://ec.europa.eu/eurostat/web/ess/about-us/measuring-progress
20 http://ec.europa.eu/eurostat/web/europe-2020-indicators
21 Beispielsweise das MONE-Indikatorenset (aktuell: BMLFUW 2015)

tik Austria unter der Bezeichnung „Wie geht's Österreich?" abrufbar (www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich). Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht den Vergleich der Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Messgrößen zu Wohlstand und Fortschritt nach eigener Auswahl. Zusätzlich sind Detailinformationen zu den einzelnen Indikatoren verfügbar. Dabei wird etwa auf Fragen der Verteilung, des subjektiven Wohlbefindens oder des Ressourcenverbrauchs eingegangen.

Ein externes Expertengremium liefert jährlich eine Bewertung der ausgewählten Schlüsselindikatoren, welche eine schnelle Einschätzung der Entwicklung der Indikatoren erlaubt.

Der aktuelle Bericht gliedert sich wie folgt: Kapitel 1 zeichnet den Hintergrund des *WgÖ?*-Indikatorensets. In Kapitel 2 werden die Entwicklungen des Bereichs „materieller Wohlstand" untersucht. Kapitel 3 setzt sich mit dem Themenfeld „Lebensqualität" auseinander und diskutiert die jeweiligen Indikatoren im Zeitverlauf. Kapitel 4 widmet sich umfassend dem Bereich Umwelt. In Kapitel 5 wird Österreich im EU-Vergleich dargestellt und analysiert. Kapitel 6 gibt einen abschließenden Ausblick. Das Sonderkapitel 2018 widmet sich dem Thema „Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit" und seiner Bedeutung für *WgÖ?*.



1

Was ist „Wie geht’s Österreich“

Hintergrund

Bewertung der Schlüsselindikatoren

Kommunikation

Internationale Entwicklungen

1.1
Hintergrund Indikatorenset BIP + 30

Das Projekt „Wie geht's Österreich?" (*WgÖ?*) wurde in Folge der Debatten zur Wohlstands- und Fortschrittsmessung auf EU-Ebene vom fachstatistischen Generaldirektor der Statistik Austria, Konrad Pesendorfer, initiiert und wird seither von einem Team aus Expertinnen und Experten[22] mehrerer Fachbereiche unter der Koordination der Stabsstelle Analyse umgesetzt und weiterentwickelt. Statistik Austria hat 2012 in Ergänzung zum BIP ein Set von 30 Indikatoren entwickelt, das die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, unter Berücksichtigung der Verfügbarkeit statistischen Datenmaterials aus offiziellen Quellen, bestmöglich abbildet.

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die bekannteste Kennziffer für die gesamtwirtschaftliche Aktivität. In den 1930er Jahren entwickelt, wird es laufend sowohl von politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern als auch in der öffentlichen Debatte weltweit als Maßstab für die gesamtgesellschaftliche Entwicklung und den Fortschritt im Allgemeinen herangezogen. Während das BIP die aggregierte Produktion eines Landes umfassend abbildet, sagt es jedoch wenig darüber aus, wer von wirtschaftlichem Erfolg profitiert, wie sich das Wirtschaftswachstum über die Gesellschaft verteilt oder welche ökologischen Konsequenzen sich aus bestimmten wirtschaftlichen Aktivitäten ergeben.

Im November 2007 veranstaltete daher die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, dem Club of Rome, dem WWF und der OECD eine Konferenz mit dem Titel „Beyond GDP" („Jenseits des BIP"). Es herrschte eine breite Übereinkunft seitens politischer Entscheidungsträgerinnen und -träger, Wirtschafts- und Umweltexpertinnen und -experten sowie der Zivilgesellschaft, dass Indikatoren entwickelt werden müssen, die das BIP ergänzen und dadurch dazu beitragen, die politische Entscheidungsfindung durch umfassendere Informationen zu unterstützen.

Anfang 2008 wurde die Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts („Stiglitz-Kommission") vom damaligen französischen Präsidenten Sarkozy initiiert.

> Die Stiglitz-Kommission empfahl in ihrem Bericht („Stiglitz-Sen-Fitoussi Report", Stiglitz et al. 2009)[23] die multidimensionale Betrachtung des Fortschritts einer Gesellschaft.

Durch Informationen über die Entwicklung materieller Aspekte auf Haushaltsebene sowie durch Indikatoren über verschiedene Dimensionen der Lebensqualität und der umweltbezogenen Nachhaltigkeit soll ein breites Bild von Wohlstand und Fortschritt einer Gesellschaft entstehen.

In der sogenannten „Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development"[24] arbeiteten hohe Repräsentantinnen und Repräsentanten der Mitgliedstaaten – unter Teilnahme von Statistik Austria – zusammen mit dem Ziel, diese Vorgaben im offiziellen statistischen System umzusetzen. Drei Task Forces wurden beauftragt, konkrete Vorschläge in den Feldern „Haushaltsperspektive & Verteilungsaspekte", „Lebensqualität" und „umweltorientierte Nachhaltigkeit" auszuarbeiten, bestehende Statistiken besser zu nutzen oder neue Statistiken und Indikatoren zu entwickeln. Eine vierte Task Force wurde zur Behandlung von Querschnitts- und übergreifenden Themen sowie zur Konsolidierung des abschließenden Berichts („Sponsorship Report", Eurostat 2011) eingesetzt.

Die ursprüngliche Auswahl der Schlüsselindikatoren für *WgÖ?* folgte den Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports (Stiglitz et al. 2009) und insbesondere jenen des Eurostat Sponsorship Reports (Eurostat 2011). Weitere Zielindikatoren auf EU-Ebene (z. B. Europa 2020-Indikatoren[25]) und Indikatoren nationaler Projekte[26] flossen ebenfalls in die Auswahl ein. Die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt werden jeweils durch

[22] Aktuell Alexandra Wegscheider-Pichler (Stabsstelle Analyse: Projektleitung), Walter Hyll (Stabsstelle Analyse), Catherine Prettner (Stabsstelle Analyse) sowie Sacha Baud (Direktion Raumwirtschaft), Nadja Lamei (Direktion Bevölkerung), Ferdinand Leitner (Direktion Volkswirtschaft), Eva Milota (Direktion Raumwirtschaft) und andere.

[23] http://ec.europa.eu/eurostat/documents/118025/118123/Fitoussi+Commission+report

[24] http://ec.europa.eu/eurostat/web/ess/about-us/measuring-progress

[25] http://ec.europa.eu/eurostat/web/europe-2020-indicators

[26] Beispielsweise das MONE-Indikatorenset (BMLFUW 2013 und 2015a)

mehrere Dimensionen (z. B. Produktion, Bildung und Ressourcen) dargestellt.

Neben dem BIP wurden weitere 30 Schlüsselindikatoren ausgewählt. Diese stellen die zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimensionen von *WgÖ?* dar und unterliegen auch der Bewertung durch das externe Expertengremium.

Bei der Auswahl der Indikatoren für das Projekt *WgÖ?* wurde darauf geachtet, nur wenige zentrale Schlüsselindikatoren auszuwählen, was neben der notwendigen Schwerpunktsetzung auch den Mut zur Lücke erforderte. Relevanz, Verständlichkeit, Kommunizierbarkeit und Zeitnähe wurden als allgemeine Auswahlkriterien festgelegt. Zusätzliche Kriterien stellen seit 2017 die Bewertbarkeit der Indikatoren, die Beibehaltung von Europa 2020 Indikatoren sowie die Bevorzugung von UN Agenda 2030 Indikatoren dar. Indikatoren sollen zudem – wo dies möglich und sinnvoll ist – im internationalen Kontext dargestellt werden. Im vorliegenden Bericht findet sich daher ein eigenes Kapitel, das Österreich im europäischen Vergleich darstellt. Die Anzahl von 30+1 Schlüsselindikatoren soll auch in Zukunft nicht überschritten werden.

Der Aufbau von *WgÖ?* sowie die Indikatorenauswahl wurden 2017 in mehreren Workshops mit externen Expertinnen und Experten umfassend diskutiert und überarbeitet. Als wesentlichste Änderung erfolgte die Verschiebung der Dimension „Arbeit" vom Bereich Lebensqualität in den Bereich Materieller Wohlstand. Zudem wurden die Dimensionen der Lebensqualität reduziert und jedem der drei Bereiche jeweils 10 bzw. 11 (Umwelt) Indikatoren zugeordnet (siehe auch Statistik Austria, 2017, Überarbeitungsprozess S. 48). Im Rahmen eines Runden Tisches fand im Juni 2017 eine Konsolidierung des aktualisierten Indikatorensets mit den Stakeholdern (wissenschaftlicher Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessenvertretungen) des Projekts *WgÖ?* statt.

Für den aktuellen Bericht ergeben sich zwei Änderungen in den Schlüsselindikatoren: in der Dimension „Wohnen" der Lebensqualität wird der Indikator zur Wohnkostenüberbelastung als neuer Schlüsselindikator herangezogen, während der Indikator zum sehr schlechten Wohnstandard nunmehr als Zusatzinformation geführt wird[27]. In der Dimension „Klimawandel, Emissionen" wurde der Indikator „PM_{10}-Emissionen insgesamt" durch den Indikator „$PM_{2,5}$-Exposition (Belastung) bevölkerungsgewichtet" ersetzt. Zudem wird ab dem vorliegenden Bericht der Beginn der Zeitreihen (sofern Daten verfügbar) von 1995 auf 2000 geändert. Diese Änderung betrifft vor allem die langfristige Bewertung der Indikatoren und wurde vom Bewertungsgremium für 2018 festgelegt.

Grafik 1
Indikatorenset BIP + 30 (Schlüsselindikatoren)

Wohlstand	Lebensqualität	Umwelt
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real	Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung	Inländischer Materialverbrauch
Arbeitsproduktivität	Subjektiver Gesundheitszustand	Flächen mit biolog. Bewirtschaftung
Nicht bezahlte Arbeit	Frühzeitige Sterblichkeit	Flächeninanspruchnahme
Einkommen privater Haushalte pro Kopf	Tertiärquote	Treibhausgasemissionen
Konsum privater Haushalte pro Kopf	Frühe Schul- u. Ausbildungsabgänger	Feinstaub-Exposition $PM_{2,5}$ (neu)
Erwerbstätigenquote	Physisches Unsicherheitsempfinden	Erneuerbare Energieträger
Arbeitslosenquote	Tötungsrate	Energetischer Endverbrauch
Hohe/niedrige Bruttojahreseinkommen	Vertrauen in das politische System	Energieverbrauch des Verkehrs
Gender Pay Gap	Wohnkostenüberbelastung (neu)	Transportleistung des Lkw-Verkehrs
S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis	Subjektive Lebenszufriedenheit	THG-Emissionen des Verkehrs
		Ökosteueranteile

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

[27] Diese Änderung wurde im Rahmen des Runden Tisches 2018 besprochen.

Die Schlüsselindikatoren sind in Grafik 1 abgebildet. Da die Entscheidung für einen bestimmten Schlüsselindikator immer auch einen Kompromiss darstellt, werden diese durch zusätzliche Indikatoren ergänzt. Sie dienen dazu, weitere Informationen bereitzustellen und unterschiedliche Aspekte eines Phänomens sichtbar zu machen.

Die laufende Einbindung der zentralen Stakeholder (wissenschaftlicher Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessenvertretungen) im Rahmen von „Runden Tischen" ist ein Grundpfeiler des Projekts und garantiert eine möglichst breite nationale Abstimmung und Akzeptanz des Indikatorensets. Weitere Informationen zur Entstehungsgeschichte liefert die Internetseite[28] sowie der Hintergrundbericht „Wie geht's Österreich – Messung von Wohlstand- und Fortschritt – Implementierung der SSF / ESS Empfehlungen" (Pesendorfer et al. 2012).

[28] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich/was_ist_wie_gehts_oesterreich/index.html

1.2 Bewertung der Schlüsselindikatoren

Das grundlegende Ziel eines Indikatorensets zu Fortschritt und Wohlstand ist es, positive oder negative Trends etwa in Bezug auf die Nachhaltigkeit der Entwicklung eines Landes aufzuzeigen. Die Bewertung der Schlüsselindikatoren ermöglicht es, auch bei rascher Lektüre einen Eindruck zu gewinnen, wie sich die abgebildeten Dimensionen verändert haben. Mögliche Problembereiche der Vergangenheit werden auf einen Blick sichtbar. Die Bewertung wird von einer Gruppe externer Expertinnen und Experten aus unabhängigen Forschungsinstitutionen durchgeführt.

Bewertung mittels Symbolen wird als kommunikatives Mittel bei der Darstellung von Indikatoren im Europäischen Statistischen System vielfach eingesetzt. Zum Thema „Getting Messages Across Using Indicators" veröffentlichte Eurostat (2014) ein Handbuch, das sich mit Fragen der Indikatorbewertung auseinandersetzt. Eurostat bewertet beispielsweise die Entwicklung der EU-SDG-Indikatoren mittels roten und grünen Pfeilen (zuletzt: Eurostat 2017)[29]. Im Zuge von *WgÖ?* wird die Entwicklung oder das Niveau von Indikatoren (zumeist in Bezug auf Referenz- oder Zielgrößen) bewertet, die indirekt durch politische Maßnahmen und Strategien oder andere (soziale, ökonomische oder umweltrelevante) Phänomene wie etwa die Wirtschaftskrise beeinflusst werden können.

Bei der Bewertung von Indikatoren wird der Verhaltenskodex für Europäische Statistiken berücksichtigt und hier insbesondere die Grundsätze der Unabhängigkeit, der Unparteilichkeit und der Objektivität (Eurostat 2011). Statistik Austria nimmt deshalb auf die Bewertung der einzelnen Indikatoren keinen Einfluss.

Die Bewertung der Schlüsselindikatoren wird von einer Gruppe externer Expertinnen und Experten aus unabhängigen Forschungsinstitutionen (siehe Übersicht 1) durchgeführt.

Bewertet werden dabei nur jene Schlüsselindikatoren, für die eine zumindest dreijährige Zeitreihe verfügbar ist. Die Bewertungen werden im Rahmen eines Bewertungsgesprächs durch das genannte Gremium jährlich akkordiert und festgelegt.

Übersicht 1
Gremium externer Expertinnen und Experten

Institution	Expertin / Experte
Institut für höhere Studien	Helmut Hofer
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	Angela Köppl
Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung	Sandra Bilek-Steindl
Umweltbundesamt (Bewertung der Umweltindikatoren)	Andreas Berthold
Wirtschaftsuniversität Wien	Karin Heitzmann
Wirtschaftsuniversität Wien	Markus Hametner

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

Die Bewertung erfolgt gemäß einer 5-teiligen Skala (siehe Übersicht 2). Gegenstand sind kurzfristige (KF) und langfristige (LF) Entwicklungen der Vergangenheit: Während die kurzfristige Perspektive auf die letzten drei verfügbaren Jahre fokussiert, bezieht sich die langfristige Bewertung auf die gesamte verfügbare Zeitreihe eines Indikators. Eine langfristige Beurteilung wird nur dann durchgeführt, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind.

Da jeder Indikator jeweils nur einen Aspekt von Wohlstand und Fortschritt abdeckt, sind Bewertungen dort schwierig, wo verschiedene Entwicklungen im Widerspruch zueinander stehen. Beispielsweise kann eine Entwicklung, die wirtschaftlich als positiv zu sehen ist, negative Folgen für die Umwelt haben und vice versa. Um dennoch eine konsistente Bewertung durchführen zu können, wurde vom Expertengremium beschlossen, dass jeder Indikator weitgehend für sich beurteilt wird und nicht in Bezug auf seine Wirkung in anderen Bereichen. Dabei gelangt der Bewertungsmodus laut Übersicht 3 zur Anwendung.

Steigender Konsum etwa würde demnach ungeachtet seiner negativen Auswirkungen auf andere Bereiche (wie Verschuldung, Ressourcenverbrauch etc.) positiv bewertet werden. Ob Nachhaltigkeitsaspekte erfüllt wurden, muss durch Einbeziehung von Indikatoren wie Energieverbrauch oder Arbeitslosigkeit überprüft werden. Dieses Vorgehen folgt den Empfehlungen von Stiglitz et al.

[29] http://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/8461633/KS-04-17-780-EN-N.pdf/f7694981-6190-46fb-99d6-d092ce04083f - Weitere Beispiele für die Bewertung von Nachhaltigkeits- oder Wohlstandsindikatoren gibt es etwa von Deutschland, den Niederlanden u. a.

Übersicht 2
Bewertungsskala

5-teilige Bewertungsskala		
	KF	sehr gute Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Zielerreichung bei fortlaufendem Trend gewährleistet oder übertroffen
	LF	der langfristige Trend zeigt eine deutlich positive und nachhaltige Entwicklung bzw. gewährleistet die Erreichung etwaiger definierter Ziele
	KF	tendenziell positive Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Trend in die richtige Richtung betreffend Ziel, jedoch unter notwendigem Verlauf
	LF	der langfristige Trend ist tendenziell positiv zu bewerten bleibt aber moderat bzw. hinter der notwendigen Entwicklung in Bezug auf die Zielerreichung zurück
	KF	minimale Veränderungen bzw. gleichbleibender Status
	LF	der langfristige Trend lässt keine eindeutige positive oder negative Entwicklung erkennen
	KF	tendenziell negative Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Trend in die falsche Richtung betreffend Ziel; Zielerreichung nicht gewährleistet/schwierig
	LF	der langfristige Trend ist tendenziell negativ zu bewerten bzw. entwickelt sich leicht gegenläufig in Bezug auf die Zielerreichung
	KF	deutlich negative Entwicklung der letzten 2 Jahre im Vergleich zum vorangegangenen bzw. Trend stark in die falsche Richtung betreffend Ziel, Zielerreichung unwahrscheinlich
	LF	der langfristige Trend ist deutlich negativ zu bewerten bzw. entwickelt sich stark gegenläufig in Bezug auf die Zielerreichung

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich? - KF = Kurzfristige Bewertungder letzten 3 Jahre, LF = Langfristige Bewertung der gesamten Zeitreihe (mindestens 10 Jahre, längstens ab 2000).

(2009, S. 16f), zur Beurteilung der Nachhaltigkeit des materiellen Wohlstands die sozialen und ökologischen Indikatoren den Wirtschaftskennzahlen gegenüberzustellen.

Übersicht 3
Bewertungsmodus

Grundlegendes
Es wird grundsätzlich der Verlauf des Indikators bewertet, die Einbeziehung einer Referenzgröße (z. B. BIP, internationaler Vergleich) kann die Bewertung um eine Stufe verbessern/ verschlechtern.
Das absolut mögliche Niveau wird mitberücksichtigt (z. B.: Abflachen der Kurve bei Werten nahe 0 oder 100%)
Kurzfrist / Langfrist
Kurzfrist: die letzten 3 verfügbaren Jahre
Langfrist: die gesamte Zeitreihe sofern mindestens 10 Jahre verfügbar sind
Voraussetzung für die Bewertung
Der Indikator muss eindeutig (normativ) interpretierbar sein.
Modus der Bewertung
Die Bewertung bezieht sich grundsätzlich auf die normative Interpretation der Zeitreihe bzw. ein extern vorgegebenes Ziel (z. B. Europa 2020). Im ersten Fall kann eine zusätzliche Referenzgröße zur Bewertung herangezogen werden (z. B. BIP und Ressourcenverbrauch, absolute und relative Entkopplung). Im zweiten Fall wird die Entwicklung in Bezug auf das Ziel bewertet, weshalb keine weitere Referenzgröße notwendig ist.

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Liegen den Indikatoren vereinbarte politische Zielsetzungen wie die Europa 2020-Ziele (Europäische Kommission 2010) zugrunde, kann die Entfernung vom oder die Erreichung des Zielpfads als wichtiges Beurteilungskriterium herangezogen werden. Die Bewertungen dieser Art sind intuitiv verständlich und ergeben gemeinsam betrachtet ein Gesamtbild der Entwicklung des Indikatorensets.

Die Zuordnung einzelner Bewertungskategorien zu den Schlüsselindikatoren darf nicht als eine abschließende Beurteilung oft sehr komplexer Sachverhalte missverstanden werden, sondern soll vielmehr dazu anregen, eine weiterführende Diskussion über die Hintergründe und Rahmenbedingungen der Entwicklung einzelner Indikatoren auszulösen.

1.3 Kommunikation und Dissemination

Kommunikation, Aufbereitung und Verbreitung des Datenmaterials spielen eine wichtige Rolle, um die Themen Fortschritt und Wohlstand sichtbar und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Die Kommunikation des Indikatorensets *WgÖ?* richtet sich an verschiedene Usergruppen, die unterschiedliche Zugänge zu den Indikatoren und Informationen benötigen.

Zum einen sollen interessierte Privatpersonen angesprochen werden, die sich über die Webseite einen schnellen Überblick über Entwicklung und Tendenz verschiedener Indikatoren verschaffen wollen. Zum anderen soll das Set die interessierte Fachwelt zu wissenschaftlichen Analysen mit den Indikatoren anregen, die detaillierte Ergebnisse über Zusammenhänge und Einflussgrößen zu Tage fördern können. Drittens dient das *WgÖ?*-Set politischen Entscheidungsträgerinnen und -trägern aber auch Medienvertreterinnen und -vertretern dazu, sich umfassend und schnell über die relevanten Entwicklungen der vergangenen Jahre zu informieren. Letztere benötigen unter Umständen mehr Detailtiefe als die breite Öffentlichkeit, jedoch schnellere und weniger detaillierte Information als wissenschaftliche Nutzerinnen und Nutzer.

Parallel zur Entwicklung der Indikatoren wurde an der grafischen Umsetzung auf der Website von Statistik Austria gearbeitet. Der entsprechende Abschnitt ist seit 2012 unter www.statistik.at/wie-gehts-oesterreich online und wird regelmäßig aktualisiert.

Die Darstellung der Indikatoren erfolgt auf drei Ebenen: Eine interaktive Überblicksgrafik ermöglicht an oberster Ebene den Vergleich der vergangenen Entwicklung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Schlüsselgrößen zu Wohlstand und Fortschritt (Grafik 5). Die Schlüsselgrößen können vom Nutzer selbst gewählt werden.

Auf der nächsten Ebene (Grafik 6) wird die zeitliche Entwicklung (sofern Daten vorhanden) der Schlüsselindikatoren dargestellt und eine Interpretation des jeweiligen Indikators angeboten. Seit 2017 werden keine Sub-Indikatoren mehr auf Ebene 2 ausgewiesen, sondern als Zusatzindikatoren auf Ebene 3 der Webseite dargestellt. Dies ermöglicht eine klare Unterscheidung zwischen Schlüssel- und weiteren Indikatoren.

Grafik 2
Ebene 1 der Webseite



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Auf der untersten Ebene schließlich sind zusätzliche Detail- und Metainformationen zu den jeweiligen Inhalten abrufbar.[30]

Grafik 3
Ebene 2 der Webseite



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

[30] Siehe beispielsweise Zusatzinformationen zu den Verteilungsaspekten: http://www.statistik.at/web_de/statistiken/wohlstand_und_fortschritt/wie_gehts_oesterreich/materieller_wohlstand/04/index.html#1_2

Das Indikatorenset wird seit 2013 jährlich in einem umfassenden Bericht zu „Wie geht's Österreich?" inhaltlich analysiert und grafisch dargestellt. Daneben wird auch eine Kurzfassung angeboten. Artikel in den Statistischen Nachrichten von Statistik Austria und diverse Zeitschriftenbeiträge sowie Vorträge ergänzen den Disseminationsprozess.

Seit 2017 werden einzelne Themen in sogenannten „Statistics Briefs" unterjährig thematisch behandelt. Erschienen sind beispielsweise Statistics Briefs zur Armut, zum Materialverbrauch, zum subjektiven Wohlbefinden oder zur Umwelt[31].

Der Konsultationsprozess erfolgt laufend in enger Abstimmung mit Expertinnen und Experten, Vertreterinnen und Vertretern von Institutionen sowie interessierten Datennutzerinnen und -nutzern aus Politik und Wirtschaft. „Wie geht's Österreich?" ist als dynamischer Prozess zu verstehen. Die Zusammenstellung der Schlüsselindikatoren bleibt Gegenstand von Diskussionen und kann gegebenenfalls überdacht und verändert werden.

Statistik Austria lädt daher dazu ein, Kommentare und Weiterentwicklungsvorschläge zu diesem Projekt an die Adresse wie-gehts-oesterreich@statistik.gv.at zu senden.

[31] http://www.statistik.at/web_de/services/statistics_brief/index.html

1.4 Internationale Entwicklungen

Die Ziele für nachhaltige Entwicklung der UN Agenda 2030 stellen weltweit einen wesentlichen neuen politischen Rahmen zur Beendigung aller Formen von Armut, zur Bekämpfung von Ungleichheiten und zur Bewältigung des Klimawandels dar, der auf globaler, regionaler und nationaler Ebene behandelt wird. Die UN Agenda 2030 wurde im September 2015 von der Generalversammlung der Vereinten Nationen anerkannt. Auch die EU weist die Bedeutung der Ziele für nachhaltige Entwicklung für Europa aus[32].

Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) bildet die aggregierte Produktion eines Landes umfassend ab, sagt aber wie erwähnt wenig über Verteilungswirkungen oder negative ökologische Konsequenzen, die sich aus bestimmten wirtschaftlichen Aktivitäten ergeben, aus. Eine dynamische Produktion steigert kurzfristig die Einkommen einer Volkswirtschaft, verbraucht allerdings auch Ressourcen und kann dabei mittelfristig die Lebensqualität durch Umweltschäden beeinträchtigen. Aus diesem Grund ist in den vergangenen Jahren in vielen Ländern eine Debatte darüber in Gang gekommen, was Fortschritt im 21. Jahrhundert bedeutet und wie gesellschaftliches Wohlbefinden gemessen werden soll.

Eine Reihe von Initiativen (z. B. How's Life? (OECD), BES (ISTAT), National Well-being (ONS)) befasste sich daher schon bisher auf internationaler Ebene mit der Messung und Interpretation von Wohlstand, Lebensqualität und sozialem und nachhaltigem Fortschritt einer Gesellschaft. Allen Initiativen gemeinsam ist der Grundgedanke, dass die Messung von Wohlstand und gesellschaftlichem Fortschritt ein breiteres Feld abdecken muss, als es das Bruttoinlandsprodukt gemeinhin vermag.

1.4.1 Die UN Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung

Die Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung wurde am 25. September 2015 im Zuge des United Nations Sustainable Development Summit von der Vollversammlung bzw. den Staatsoberhäuptern der UN-Mitgliedsstaaten in New York verabschiedet. Dem Gipfel vorausgegangen ist die Erarbeitung weltweiter Entwicklungsziele, die für 15 Jahre gelten und die 2015 ausgelaufenen Millennium Development Goals (MDGs) ablösten. Im Gegensatz zu den MDGs sind SDGs universell gültig d. h. sie betreffen Entwicklungsländer ebenso wie die westlichen Industriestaaten. Im Zentrum der Sustainable Development Goals (SDG) steht eine breite und mehrdimensionale Auffassung vom Wohlbefinden der Menschen wie auch ein ausbalanciertes Bild der ökonomischen, sozialen und umweltrelevanten Aspekte der Nachhaltigkeit. Die Open Working Group on Sustainable Development Goals (OWG) hat dafür nach einem 16-monatigen Konsultations- und Verhandlungsprozess 17 Ziele (Goals, siehe Grafik 7) mit 169 Zielvorgaben (targets)[33] vorgeschlagen.

Grafik 4
17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung



Q: UN, http://unstats.un.org/sdgs/

Eine große Herausforderung stellt das Monitoring der SDGs dar, das durch die den Zielvorgaben (targets) zugeordneten Indikatoren geschieht. Die Inter-Agency and Expert Group on SDG Indicators (IAEG-SDGs) wurde mit der Ausarbeitung eines globalen SDG-Indikatorenrahmenwerks betraut. Der daraus resultierende Vorschlag bestehend aus 244 Indikatoren (bzw. 232 Indikatoren mit teilweiser Mehrfachnennung) wurde während der Sitzung der UN Statistical Commission (48. Sitzung, März 2017) angenommen. Eine weitere Detailabstimmung der Indikatoren durch die IAEG-SDGs wird in den nächsten Jahren erfolgen. Zudem wird laufend überprüft, ob bisher noch fehlende Indikatoren durch methodische und inhaltliche Verbesserungen die Voraussetzungen erfüllen, um zukünftig im Set Verwendung zu finden. Durch diese Indikatoren soll es möglich sein, festzustellen, ob

[32] http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/sdi/overview
[33] https://sustainabledevelopment.un.org/?menu=1300

die beabsichtigten Verbesserungen tatsächlich eintreten, bzw. wo möglicherweise noch größere Anstrengungen erforderlich sind. Für Europa in der IAEG-SDGs vertreten sind: Frankreich, Deutschland, Niederlande und Schweden.

Das internationale Indikatorenrahmenwerk soll durch regionale und nationale Indikatorensets ergänzt werden. Eurostat entwickelte daher eine Liste von 100 EU SDG Indikatoren für das regionale Monitoring der UN Agenda 2030. Dieses Indikatorenset wurde mittels eines breit und umfassend angelegten Prozesses entwickelt. Eurostat ging dabei jedoch vom Prinzip der Zuordnung der Indikatoren zu Targets (Unterzielen) ab und beschloss, seine Indikatoren nur den 17 Zielen zuzuordnen. Zudem ist jedes der 17 Ziele jeweils mit maximal sechs Indikatoren zu messen. 2018 wurde der zweite Indikatorenbericht veröffentlicht (Eurostat, 2018), zudem steht eine umfassende Website zur Verfügung[34].

Unabhängige nationale statistische Ämter sollen auf nationaler Ebene eine Schlüsselrolle beim Monitoring der Agenda 2030 einnehmen. Als Leitfaden dafür präsentierte der Economic and Social Council der UNECE im Juli 2017 die "Conference of European Statisticians Road Map on Statistics for Sustainable Development Goals" (CES Road Map on statistics for SDGs, UNECE 2017). Für Österreich hat dem folgend Statistik Austria die Erstellung der nationalen SDG-Indikatorentabellen übernommen. Die im Dezember 2017 erstmals veröffentlichten Tabellen[35] wurden basierend auf dem globalen SDG-Indikatorenrahmenwerk der IAEG-SDGs und in enger Abstimmung mit dem Europäischen Statistischen System 2017 erstellt.

Die Agenda 2030 hatte während des Überarbeitungsprozesses 2017, wie bereits kurz erwähnt, auch einen Einfluss auf die Indikatorenauswahl für *WgÖ?*. Das Sonderkapitel 2017 (Statistik Austria, 2017) befasste sich daher explizit mit der Agenda 2030 im Kontext von *WgÖ?*.

1.4.2 EU Beyond GDP Prozess

Im November 2007 veranstaltete die Europäische Kommission gemeinsam mit dem Europäischen Parlament, dem Club of Rome, dem WWF und der OECD eine Konferenz mit dem Titel „Beyond GDP" („Jenseits des BIP"). Es herrschte breite Zustimmung seitens politischer Entscheidungsträgerinnen und -träger, Wirtschafts- und Umweltexpertinnen und -experten sowie der Zivilgesellschaft, dass die Notwendigkeit besteht Indikatoren als Ergänzung zum BIP zu entwickeln, die dazu beitragen sollen, die politische Entscheidungsfindung durch umfassendere Informationen zu unterstützen. Zentrales Ziel der Beyond-GDP Konferenz war es, zu klären, welche Kennzahlen Fortschritt am ehesten zu messen vermögen und wie man sie bestmöglich in den politischen Entscheidungsprozess integrieren und in der öffentlichen Debatte verankern könne.

Am 20. August 2009 veröffentlichte die Europäische Kommission ihre Mitteilung „Das BIP und mehr: Die Messung des Fortschritts in einer Welt im Wandel" (Europäische Kommission 2009c). Die Mitteilung - ein direktes Ergebnis der „Beyond GDP" Konferenz – skizziert in fünf Schlüsselaktionen wie Fortschrittsindikatoren so verbessert werden könnten, dass sie soziale, technische und politische Entwicklungen optimal abbilden. Am 21. September 2009 bestätigte der Umweltrat, dass zunehmend Einigkeit darüber bestünde, das BIP durch zusätzliche Indikatoren zu ergänzen, die ein genaueres Bild der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Fortschritte zeichnen. Er beauftragte daher die Kommission mit Arbeiten zu diesem Thema.

In der Mitteilung der Kommission wurde ein Aktionsplan für die EU mit fünf wesentlichen Handlungsfeldern vorgestellt, die unmittelbar oder in naher Zukunft umgesetzt werden sollen:

- Ergänzung des BIP durch ökologische und soziale Indikatoren (d. h. einen umfassenden Index, der die Bereiche Umwelt, Lebensqualität und Wohlergehen abdeckt)
- Informationen in Beinahe-Echtzeit für die Entscheidungsfindung (möglichst zeitnahe ökologische und soziale Indikatoren)
- Genauere Berichterstattung über Verteilung und Ungleichheiten
- Entwicklung eines europäischen Anzeigers für nachhaltige Entwicklung
- Einbeziehung von ökologischen und sozialen Anliegen in die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen.

In den letzten Jahren wird im Rahmen der Beyond GDP Initiative[36] vorrangig an der Weiterentwicklung von Indikatoren gearbeitet (etwa zur Messung von Umweltbelastungen) sowie an der Datenaktualität speziell der Umweltindikatoren. Sogenannte „early estimates" werden beständig weiterentwickelt. Dies führte u.a. dazu, dass für den Schlüsselindikator „inländischer Materialverbrauch" heuer bereits aktuelle Daten für 2017 vorliegen. Bei der Berücksichtigung von Maßzahlen wird auch auf den UN Agenda 2030 Prozess (siehe unten) eingegangen.

[34] https://ec.europa.eu/eurostat/web/sdi
[35] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/internationales/agenda2030_sustainable_development_goals/un-agenda2030_monitoring/index.html
[36] http://ec.europa.eu/environment/beyond_gdp/index_en.html

1.4.3
ESS (Europäisches Statistisches System) and Measuring Progress – Stiglitz, Sen, Fitoussi und Sponsorship Group

Am 14. September 2009 wurde der abschließende Bericht der Kommission zur Messung der Wirtschaftsleistung und des sozialen Fortschritts („Stiglitz-Kommission") vorgelegt. Die Kommission wurde Anfang 2008 auf Initiative des französischen Präsidenten Sarkozy mit dem Ziel ins Leben gerufen, die wachsende Kluft zwischen den klassischen Wirtschaftskennzahlen auf der einen Seite und der individuellen, subjektiven Wahrnehmung von Fortschritt und Wohlbefinden auf der anderen Seite zu verringern. Die Stiglitz-Kommission empfahl in ihrem Bericht, die Betrachtung des Fortschritts einer Gesellschaft durch Informationen über die Entwicklung des Wohlstands auf Ebene der privaten Haushalte sowie durch Indikatoren über verschiedene Dimensionen der Lebensqualität und der umweltbezogenen Nachhaltigkeit zu ergänzen.

Am 21. Oktober 2009 betonte der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN), dass die Bemühungen um eine bessere Verzahnung wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Statistiken verstärkt werden müssten, und begrüßte den Beitrag, den die Mitteilung der Europäischen Kommission und der Bericht der Stiglitz-Kommission leisteten.

Das oberste Statistikgremium der EU, der Ausschuss des Europäischen Statistischen Systems (ESSC), initiierte daraufhin ein gemeinschaftliches Projekt mit dem Ziel, die Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports sowie die Kommunikation der Europäischen Kommission (GDP & Beyond) in konkrete Handlungsfelder für das ESS zu übersetzen.

Organisiert wurde die Ausarbeitung von Handlungsfeldern basierend auf den Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports in Form einer sogenannten „Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development", in der hohe Repräsentantinnen und Repräsentanten der Mitgliedstaaten – unter Teilnahme von Statistik Austria – mit dem Ziel zusammenarbeiteten, das offizielle statistische System den sich verändernden Bedürfnissen anzupassen.

Drei Task Forces wurden beauftragt, konkrete Vorschläge in den Feldern „Haushaltsperspektive & Verteilungsaspekte", „Lebensqualität" und „umweltorientierte Nachhaltigkeit" auszuarbeiten, bestehende Statistiken besser zu nutzen oder neue Statistiken und Indikatoren zu entwickeln. Eine vierte Task Force wurde zur Behandlung von Querschnitts- und übergreifenden Themen sowie zur Konsolidierung des abschließenden Berichts (Sponsorship Report) eingesetzt.[37]

Im November 2011 wurden vom Europäischen Statistischen System (ESS) die Empfehlungen der Sponsorship Group übernommen. Die Vorschläge laut Sponsorship Report wurden damit ein integraler Teil des Europäischen Statistischen Programms 2013-2017[38].

1.4.4
EU Europa 2020 Strategie

Die Schaffung von intelligentem, nachhaltigem und integrativem Wachstum, also der Berücksichtigung eines mehrdimensionalen Ansatzes von Fortschritt und Entwicklung, wurde infolge auch von der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010) verfolgt. Durch wirksamere Investitionen in Forschung, Bildung und Innovation, durch eine entschlossene Ausrichtung auf eine kohlenstoffarme Wirtschaft und eine wettbewerbsfähige Industrie, aber auch durch die vorrangige Schaffung von Arbeitsplätzen und die Bekämpfung von Armut und Ausgrenzung soll dieses Ziel bis 2020 erreicht werden. Ein System der wirtschaftspolitischen Steuerung wurde eingerichtet, um politische Maßnahmen auf europäischer und nationaler Ebene zu koordinieren. Fünf ehrgeizige Kernziele wurden vom Europäischen Rat am 17. Juni 2010 beschlossen und stehen im Zentrum der Strategie[39] (siehe Übersicht 8).

Eine wesentliche Leitinitiative unter Europa 2020 betrifft ein „Ressourcenschonendes Europa" mit dem Scoreboard zur Ressourceneffizienz[40].

Im Oktober 2014 wurde aufbauend auf dem Klima- und Energiepaket 2020 von den EU-Staats- und Regierungschefs ein Rahmen für die Klima- und Energiepolitik bis 2030 angenommen[41]: Darin verfolgt die EU drei Hauptziele:

- Senkung der Treibhausgasemissionen um mindestens 40 % (gegenüber dem Stand von 1990);
- Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energiequellen auf mindestens 27 %;
- Steigerung der Energieeffizienz um mindestens 27 %.

[37] http://ec.europa.eu/eurostat/web/ess/about-us/measuring-progress
[38] http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=OJ:L:2013:039:0012:0029:EN:PDF
[39] http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/targets/index_de.htm
[40] http://ec.europa.eu/eurostat/web/europe-2020-indicators/resource-efficient-europe/context
[41] http://ec.europa.eu/clima/policies/strategies/2030/index_de.htm

2018 wurde die mittlerweile fünfte Publikation zu den Europa 2020 Indikatoren „smarter, greener, more inclusive - indicators to support the Europe 2020 strategy" veröffentlicht (Eurostat 2018). Die Publikation enthält auch Länderprofile mit den nationalen Europa 2020-Zielen.

Europa 2020 und eine Reihe anderer Initiativen (z. B. PROGRESS[42]; Sozialinvestitionspaket 2013[43] u. v. a.) zeigen, dass auch die europäische Politik ihren Fokus über das Wirtschaftswachstum hinaus auf spezifische Handlungsfelder und Dimensionen des ökonomischen, sozialen und umweltverträglichen Lebens richtet.

1.4.5
OECD Better Life Initiative

Im Mai 2011 wurde anlässlich des 50. Geburtstags der OECD die Better Life Initiative ins Leben gerufen, in der man die Aktivitäten der Organisation zur Wohlstands- und Fortschrittsmessung zusammenfasste. Die Better Life Initiative baut auf dem OECD Rahmen für die Analyse von Wohlbefinden und gesellschaftlichem Fortschritt auf, der sowohl die materiellen Lebensbedingungen als auch die Lebensqualität in ihren verschiedenen Dimensionen berücksichtigt.

Die OECD-Initiative umfasst „How's Life?"[44] inklusive einer breit angelegten Forschungsagenda und das interaktive Tool „Your Better Life Index" (BLI)[45]. How's Life? fasst die Entwicklungen von Indikatoren zum Wohlbefinden von Individuen und Haushalten zusammen und analysiert Zusammenhänge und Einflüsse. Der Fokus wird dabei insbesondere auf die Dimensionen der Lebensqualität gelegt, wie sie von Stiglitz et. al. (2009) vorgeschlagen wurden. Untersucht werden sowohl durchschnittliche Lebensbedingungen der Haushalte als auch spezifischer Bevölkerungsgruppen in der OECD. Die Guidelines zur Messung von Subjektivem Wohlbefinden (OECD 2013b) stellten in diesem Zusammenhang den ersten Versuch dar, internationale Empfehlungen zur Erhebung, Publikation und Analyse von subjektiven „well-being" Daten bereitzustellen.

Neben dieser stark analytischen Dimension setzt die OECD mit dem BLI verstärkt auf Kommunikation und Breitenwirksamkeit ihrer Initiative. Dieser Index ermöglicht es, die Situation in den verschiedenen OECD-Staaten zu visualisieren. Der BLI ist ein interaktives Instrument, durch das man herausfinden kann, wie Länder im Vergleich abschneiden und das es ermöglicht, die einzelnen Komponenten des Wohlbefindens nach eigenen Vorstellungen zu gewichten.

1.4.6
OECD Green Growth Strategie

Im Juni 2009 unterzeichneten die Ministerinnen und Minister aus 34 Ländern eine Erklärung zu umweltverträglichem Wachstum, der zufolge sie beabsichtigen, ihre „Anstrengungen zur Verfolgung umweltverträglicher Wachstumsstrategien im Rahmen ihrer Reaktion auf die Krise und in der Zeit danach zu verstärken, und anerkennen, dass Umweltverträglichkeit und Wachstum Hand in Hand gehen können". Sie stimmten der Erteilung eines Mandats an die OECD zu, eine Strategie für umweltverträgliches Wachstum zu entwickeln, die wirtschaftliche, ökologische, soziale, technologische und entwicklungsspezifische Aspekte zu einem umfassenden Rahmenkonzept vereint[46].

Mit der „Green Growth Strategy"[47] kommt die OECD diesem Mandat nach. Umweltverträgliches Wachstum bedeutet dabei, Wirtschaftswachstum und Entwicklung zu fördern und gleichzeitig sicherzustellen, dass Naturgüter weiter die Ressourcen und Umweltleistungen liefern können, die Voraussetzung für unser Wohlergehen sind. Um dies zu erreichen, sollen Investitionen und Innovationen herbeigeführt werden, die ein dauerhaftes und nachhaltiges Wachstum unterstützen.

Das oberste Ziel der Strategie für umweltverträgliches Wachstum ist die Schaffung von Anreizen, die zur Erhöhung des Wohlergehens beitragen, indem sie:

- das Ressourcenmanagement verbessern und die Produktivität steigern;
- eine Verlagerung der Wirtschaftstätigkeit im Interesse größtmöglicher langfristiger Vorteile für die Gesellschaft fördern;
- zur Entwicklung neuer Methoden zur Erfüllung dieser beiden Ziele – d. h. zu Innovationen – führen.

[42] http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=en&catId=327
[43] http://ec.europa.eu/social/BlobServlet?docId=9761&langId=en
[44] http://www.oecd.org/berlin/publikationen/hows-life.htm
[45] http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/#/11111111111
[46] http://www.oecd.org/greengrowth/towards-green-growth-9789264111318-en.htm - Background
[47] http://www.oecd.org/greengrowth/



2

Materieller Wohlstand

Deutliches Wachstum des BIP pro Kopf real

BIP pro Kopf wuchs 2017 real um 1,9%

Geringer Zuwachs beim Einkommen

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte stieg real pro Kopf um 0,1 %

Rückgang der Arbeitslosenquote

Arbeitslosenquote sank 2017 auf 5,5 %

2.1
Dimensionen des materiellen Wohlstands

Der materielle Wohlstand eines Landes wird häufig mit der Höhe des Bruttoinlandsprodukts (BIP) assoziiert, und tatsächlich kann der ökonomische Entwicklungsstand eines Landes gut daran abgelesen werden. Das BIP ist immer noch die verbreitetste Kennzahl wirtschaftlicher Performance. Es bildet die aggregierte Angebotsseite einer Volkswirtschaft ab. Die Berechnung des BIP beruht auf internationalen Standards, die durch das ESVG 2010 aktualisiert wurden. Als zentrale Kennziffer für die Produktionsseite der Wirtschaft findet sich das BIP auch im Indikatorenset *WgÖ*? wieder. Der Lebensstandard der Bevölkerung lässt sich daran aber nicht automatisch ablesen. Der materielle Wohlstand eines Landes wird nicht nur von der Größe der wirtschaftlichen Produktion bestimmt, sondern auch vom Einkommen und den Konsummöglichkeiten seiner Bevölkerung sowie von der Einkommens- und Vermögensverteilung.

Wie der Stiglitz-Report (Stiglitz et al. 2009, S.85) verdeutlicht, korreliert das Niveau des BIP mit vielen Indikatoren des Lebensstandards. Dieser Zusammenhang ist jedoch nicht universal und wird schwächer, wenn bestimmte Wirtschaftssektoren betrachtet werden. Darüber hinaus kann das BIP naturgemäß auch nicht alle Aspekte von Wohlstand und Fortschritt in einer Gesellschaft abbilden, manche weisen gar negative Korrelationen auf. Wie in der Mitteilung der Europäischen Kommission an den Rat und das Europäische Parlament (Europäische Kommission 2010c, S.2) zum Thema „Das BIP und mehr" festgehalten, misst dieses „weder die Nachhaltigkeit im Umweltbereich noch die soziale Integration. Diese Einschränkungen müssen aber berücksichtigt werden, wenn das BIP in politischen Analysen und Diskussionen herangezogen wird". Folglich ist die Konzentration auf diesen einen Indikator unzureichend, wenn Aussagen über das Wohlbefinden der Bevölkerung getroffen werden sollen.

Inwiefern lässt sich aber der materielle Wohlstand der Bevölkerung durch andere Kennzahlen besser beleuchten? Die Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009) stellen klar, dass grundlegende Informationen bereits im umfassenden System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) erfasst werden; es bedarf also lediglich einer expliziteren Darstellung einzelner Bereiche. Fünf konkrete Vorschläge werden genannt, die kurz- bis mittelfristig mit neuen Daten operationalisiert werden müssen:

- Verschiebung des Fokus von der Produktion auf Einkommen und Konsum
- Gemeinsame Betrachtung von Einkommen und Konsum mit Vermögen
- Hervorhebung der Haushaltsperspektive
- Mehr Gewicht auf der Verteilung von Einkommen, Konsum und Vermögen
- Erweiterung der Einkommenskennzahlen um Nichtmarktaktivitäten

Der Schlussbericht der Eurostat Sponsorship Group (Eurostat 2011) greift diese Punkte auf. Er skizziert, wie vorhandene Daten der VGR künftig so aufbereitet werden können, dass die Entwicklung des materiellen Lebensstandards der privaten Haushalte besser abgebildet wird. Demnach ist das verfügbare Einkommen um soziale Sachtransfers (z. B. Gratiskindergarten) zu erweitern. Die Darstellung des Konsums von Haushalten hat detaillierter zu erfolgen. Zudem soll die Verteilung von Einkommen und Vermögen besser abgebildet und auch jene Produktion, die nicht am „Markt" stattfindet (wie etwa Haushaltsarbeit oder Kinderbetreuung), dargestellt werden.

Grafik 5
Dimensionen des materiellen Wohlstands



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?.

Die Daten für die Indikatoren des materiellen Wohlstands liefert zu einem großen Teil die VGR. Aus der VGR stammen, neben dem Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, der Konsum der privaten Haushalte pro Kopf sowie das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf jeweils dargestellt in der preis- bzw. kaufkraftbereinigten Entwicklung. Um den Empfehlungen von Stiglitz et al. (2009) gerecht zu werden, wurde die Dimension Produktion durch die Dimension unbezahlte Produktion ergänzt. Erweitert wurde das Set um die Indikatoren der inflationsbereinigten Entwicklung hoher und niedriger Bruttoeinkommen unselbständiger Beschäftigter aus

Lohnsteuer- und Hauptverbandsdaten sowie dem S80/S20 Einkommensquintilsverhältnis aus dem EU-SILC Datensatz (dem Verhältnis des Einkommensanteils der reichsten 20% mit jenem der ärmsten 20%) und dem Gender Pay Gap aus der Verdienststrukturerhebung, um Aspekte der Einkommensverteilung abzudecken. Weiters wurde nach den Rückmeldungen der Stakeholder das Indikatorenset um die Arbeitsproduktivität ergänzt, um dem BIP auf Produktionsseite auch die produktive menschliche Arbeitsaktivität gegenüberzustellen.

Unter Berücksichtigung der oben genannten Empfehlungen wurden ursprünglich fünf Dimensionen im Themenfeld materieller Wohlstand für das *WgÖ?*-Set definiert. 2017 wurde das Indikatorenset von *WgÖ?* wesentlich überarbeitet. Im Zuge dieser Überarbeitung kam es zu einer Verschiebung der Dimension produktive Aktivitäten und Arbeit vom Bereich Lebensqualität zum materiellen Wohlstand, durch welche der Bereich materieller Wohlstand nun sechs Dimensionen beinhaltet.

Übersicht 4
Schlüsselindikatoren des Materiellen Wohlstands mit Bewertung

Materieller Wohlstand	kurzfristig	langfristig
Bruttoinlandsprodukt pro Kopf real		
Arbeitsproduktivität		
Nicht bezahlte Arbeit	–	–
Einkommen privater Haushalte pro Kopf		
Konsum privater Haushalte pro Kopf		
Erwerbstätigenquote		
Arbeitslosenquote		
Hohe / niedrige Bruttojahreseinkommen		
Gender Pay Gap		
S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis		

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

2.2 Produktion

Die marktwirtschaftliche Produktion stellt einen wesentlichen Pfeiler der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung dar. Markttransaktionen bilden den Angelpunkt der wirtschaftlichen Leistung eines Landes. Zu berücksichtigen ist, dass nicht für alle Güter Preise existieren und andererseits Externalitäten (wie etwa Umweltschäden), die in der Produktion oder auch im Konsum entstehen, nicht ausreichend in den Marktpreisen reflektiert werden.

Im gesamten Indikatorenset *WgÖ?* bildet das BIP (real, pro Kopf) den Ausgangspunkt, dem weitere 30 Schlüsselindikatoren gegenübergestellt werden. Es gibt den innerhalb einer Periode in einer Volkswirtschaft hergestellten Wert aller Waren und Dienstleistungen (abzüglich Vorleistungen) an.

Das BIP ist ein Indikator für die – überwiegend – marktwirtschaftliche Produktion. Für den Wohlstand ist die Produktionsleistung einer Volkswirtschaft insofern von Bedeutung, als sich davon die zur Verteilung gelangenden Einkommen herleiten, die wiederum für die Bedürfnisbefriedigung zur Verfügung stehen. Ökonomische Wohlfahrt oder gar ein gesellschaftliches Wohlbefinden (so ein solches existiert) können durch das BIP alleine jedoch nicht hinreichend beschrieben werden.

Als Zusatzindikatoren werden in der Dimension Produktion auch das BIP zu laufenden und konstanten Preisen dargestellt.

Für eine breitere Betrachtung des materiellen Wohlstands ist es analytisch von Bedeutung, wie sich maßgebliche Indikatoren im Vergleich zum Produktionsmaß BIP entwickeln. Als zweiter zentraler Indikator der Produktionsdimension wurde daher die Arbeitsproduktivität gewählt. Sie drückt das Verhältnis der geleisteten Arbeitsstunden zum realen BIP aus und gibt Aufschluss darüber, in welchem Ausmaß der Produktionsfaktor Arbeit eingesetzt werden muss, um ein bestimmtes Produktionsniveau zu erreichen bzw. wie sich die Effizienz des Arbeitseinsatzes im Zeitverlauf entwickelt.

2.2.1 Schlüsselindikator Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf

Das BIP ist die in monetären Einheiten ausgedrückte Wirtschaftsleistung, die von gebietsansässigen produzierenden Einheiten in einer Referenzperiode erbracht wird. Um eine Verzerrung des Produktionsvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird als Schlüsselindikator das BIP preisbereinigt („real") ausgewiesen. Das BIP wird hier aus zwei Gründen pro Einwohner gezeigt: einerseits wird der Einfluss der Bevölkerungsentwicklung auf Änderungen des BIP-Niveaus im Zeitverlauf berücksichtigt, andererseits wird der Vergleich mit Ländern unterschiedlicher Bevölkerungszahlen möglich.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

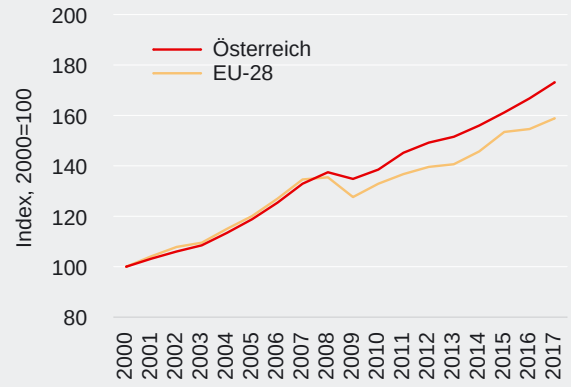
„Der langfristige Verlauf des BIP pro Kopf seit 2000 zeigt bis 2008 einen kontinuierlichen Anstieg. Nach dem krisenbedingten Einbruch verlief die Entwicklung jedoch eher flach. Langfristig wird der Verlauf daher nur tendenziell positiv gesehen. Da das BIP pro Kopf seit 2015 wieder positive Wachstumsraten aufweist (allerdings langsamer als für die EU-28) fällt auch die Bewertung der kurzfristigen Entwicklung tendenziell positiv aus."

Das BIP pro Kopf wuchs reale seit 2000 um durchschnittlich etwa 0,9% pro Jahr. Nach einem kontinuierlichen Wachstum bis zum Jahr 2008 (durchschnittlich 1,7% p.a.) brachte das Jahr 2009 im Zuge der weltweiten Wirtschafts- und Finanzkrise den stärksten realen Rückgang des BIP in der Nachkriegszeit (pro Kopf -4,0%). Gründe dafür lagen im durch den internationalen Konjunktureinbruch bedingten Nachfragerückgang, der den heimischen Export v.a. zu Beginn 2009 massiv einbrechen ließ. Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-28 und insbesondere zur ebenfalls exportorientierten deutschen Wirtschaft, kam Österreich aber gut durch das Krisenjahr, da die Industrieproduktion hierzulande weniger stark zurückging als im Nachbarland (BMWFJ, 2010). Dies zeigt sich auch in Grafik 6: In den Jahren 2009-2011 konnten wieder Wachstumsimpulse erzielt werden. In Österreich erreichte die Wirtschaftsleistung 2011 sogar erneut das Vorkrisenniveau.

Nach der Erholung in den Jahren 2010 und 2011 verlor das Wirtschaftswachstum ab dem Jahr 2013 jedoch deutlich an Dynamik, was sich in Verbindung mit stärkeren Bevölkerungszuwächsen in diesem Zeitraum in einer rückläufigen Entwicklung des BIP pro Kopf niederschlug (siehe auch Grafik 7), 2013 und 2014 schrumpfte das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf. Erst seit 2015 konnte wieder ein positives Wachstum pro Kopf erreicht werden, im Jahr 2017 wuchs das BIP pro Kopf erstmals wieder deutlich um 1,9%. Verwendungsseitig entwickelte sich 2017 die Nachfrage nach Investitionsgütern am kräftigsten, aber auch von der Konsumnachfrage, die sich nach dem Krisenjahr 2009 eher gedämpft entwickelt hatte, gingen 2017 das zweite Jahr in Folge wieder Impulse aus und auch die Steigerung der Exportnachfrage fiel deutlich stärker aus als in den Jahren davor.

Grafik 6

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real)



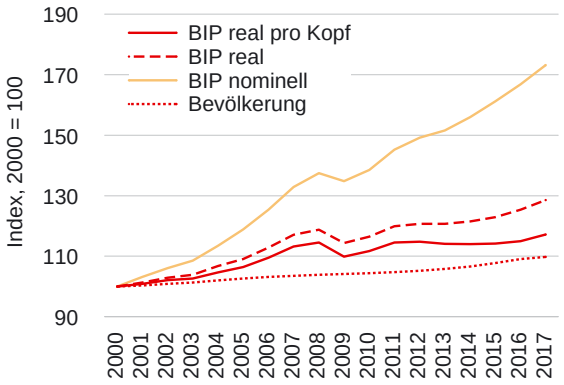
Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Das Wachstum des BIP pro Kopf der EU-28 im Zeitraum 2000-2017 war um rund 3,6%-Punkte höher als in Österreich. Das durchschnittliche Wachstum in diesem Zeitraum betrug für die EU-28 rund 1,1% pro Jahr, für Österreich 0,9%. EU-weit befand sich die Wirtschaftsleistung zuletzt im Aufwärtstrend. 2017 wuchs die Wirtschaft der EU-28 inflationsbereinigt und pro Kopf um 2,3%, Österreich lag dabei mit 1,9% im Mittelfeld. Betrachtet man jedoch das Niveau des BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards, so nahm Österreich 2017 im EU-28-Vergleich hinter Luxemburg, Irland und den Niederlanden erneut den vierten Platz ein.

Grafik 7 zeigt die Entwicklung des nominellen und realen BIP, des realen BIP pro Kopf sowie die Bevölkerungsentwicklung seit 2000. Obgleich die österreichische Wirtschaft seit 2010 durchschnittlich um 1,4% pro Jahr wuchs, lag das Bevölkerungswachstum im selben Zeitraum bei durchschnittlich 0,7%, wodurch das reale BIP pro Kopf eine geringe durchschnittliche Wachstumsrate von 0,7% verzeichnete. Im Vergleich zum Vorjahr wuchs die österreichische Wirtschaft 2017 um 2,6%, die Bevölkerung um 0,6%, und das reale BIP pro Kopf um 1,9%.

Grafik 7

Bruttoinlandsprodukt (real), Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (real), Bruttoinlandsprodukt (nominell) und Bevölkerungsentwicklung



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

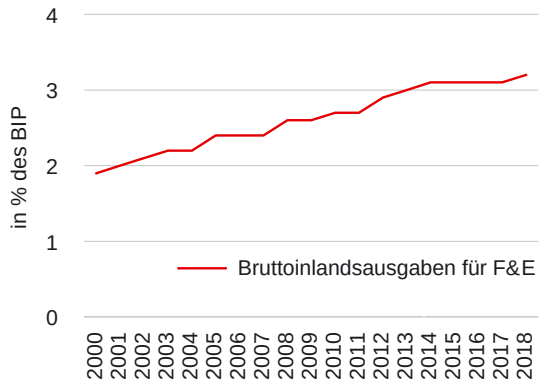
2.2.2 Forschungsquote

Eines der Ziele der Europa 2020-Strategie der Europäischen Union ist die Erhöhung der Forschungsquote der EU auf 3% des BIP. Stärkere Investitionen in Forschung und Entwicklung sollen dazu beitragen, das Wachstum der Wirtschaft intelligent[48] zu gestalten. Das nationale Ziel für Österreich sieht die Erhöhung der Forschungsquote auf 3,76% des BIP vor. Wie aus Grafik 8 ersichtlich, liegt die Forschungsquote in Österreich 2018 noch darunter bei 3,19% des BIP. Seit 2000 konnten die Ausgaben für Forschung und Entwicklung in % des BIP ausgehend von 1,89% jedoch deutlich erhöht werden.

Es ist zu betonen, dass die Höhe der Ausgaben für Forschung und Entwicklung alleine noch nicht ausreicht, um zu beurteilen, wie intelligent das Wachstum in einer Volkswirtschaft auch tatsächlich gestaltet wird. Dies hängt unter anderem immer auch davon ab, ob die Ausrichtung der Investitionen auf die wesentlichen Herausforderungen der Gesellschaft, wie Klimawandel, Energie- und Ressourceneffizienz, Gesundheit und demografischer Wandel, gewährleistet ist.

[48] Als intelligentes Wachstum bezeichnet die Europa 2020-Strategie bessere Leistungen der EU in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation, digitale Gesellschaft, siehe http://ec.europa.eu/europe2020/europe-2020-in-a-nutshell/priorities/smart-growth/index_de.htm

Grafik 8
Bruttoinlandsausgaben für F&E in % des BIP



Q: STATISTIK AUSTRIA, F&E Statistik.

2.2.3 Schlüsselindikator Arbeitsproduktivität

In der Arbeitsproduktivität kommt der Wirkungsgrad der konkreten menschlichen Arbeit bei der Produktion materieller Güter und Dienstleistungen zum Ausdruck. Sie stellt das Verhältnis der produzierten Warenmengen zu der für ihre Produktion erforderlichen gesellschaftlichen Arbeit dar. Gemessen wird sie an der Menge der in einer bestimmten Zeit hergestellten Güter und Dienstleistungen und an der Arbeitszeit, die für die Herstellung einer bestimmten Menge dieser Gebrauchswerte gesellschaftlich notwendig ist.

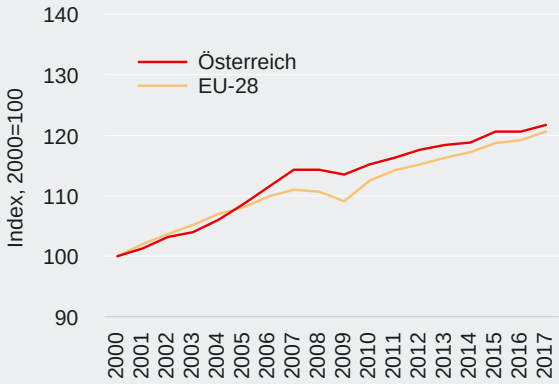
Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Der langfristige Verlauf der Arbeitsproduktivität seit 2000 weist durchwegs nach oben und ist daher positiv zu sehen. Da die Entwicklung 2016 stagnierte und erst 2017 wieder ein Anstieg der Arbeitsproduktivität verzeichnet wurde, fällt die kurzfristige Bewertung nur tendenziell positiv aus."

Die gesamtwirtschaftliche Arbeitsproduktivität je geleisteter Arbeitsstunde stieg von 2000 bis 2017 um durchschnittlich 1,2% pro Jahr. Im Krisenjahr 2009 war ein minimaler Produktivitätsrückgang (-0,7%) zu beobachten. 2010 bis 2013 gab es wieder einen deutlichen Anstieg der Arbeitsproduktivität. Nach einem minimalen Plus 2014 wuchs die Arbeitsproduktivität 2015 stark um 1,6% zum Vorjahr. 2016 kam es zu keinem Anstieg der Arbeitsproduktivität, erst 2017 konnte die Arbeitsproduktivität wieder um 0,9% erhöht werden. Im Vergleich zu Österreich, sank die Arbeitsproduktivität der gesamten EU-28 2009 stärker (-1,4%), stieg aber seither kontinuierlich an und verzeichnete 2017 ein Wachstum von 1,1%.

Grafik 9
Arbeitsproduktivität (BIP je geleisteter Arbeitsstunde)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR; Eurostat.

Beeinflusst wird die Arbeitsproduktivität beispielsweise durch den durchschnittlichen Qualifikationsgrad oder die Produktionserfahrung der Arbeitskräfte, aber auch durch den technologischen Fortschritt in der Produktion. Andere Einflussfaktoren sind etwa die Entwicklungsstufe der Serien- und Massenproduktion, oder die Spezialisierung des Produktionsprozesses.

Bei der Interpretation der Arbeitsproduktivität ist jedoch Vorsicht geboten. Die Bezeichnung impliziert nicht, dass mit der Messung der Produktivität auch das Zurechnungsproblem gelöst sei. So ist eine Erhöhung der Arbeitsproduktivität in der Regel primär nicht die Folge einer Leistungssteigerung des Faktors Arbeit, sondern wird vielmehr durch eine Vermehrung, beziehungsweise Verbesserung, des Einsatzes der Betriebsmittel bedingt sein. Dabei spielt die Wirkung des technischen Fortschrittes eine wesentliche Rolle. Die Leistungssteigerung des Faktors Arbeit beeinflusst die Arbeitsproduktivität nur sekundär.

2.3 Unbezahlte Produktion

Viele Dienstleistungen, die Haushalte für den Eigenbedarf produzieren, scheinen in klassischen Einkommens- und Produktionskennzahlen nicht auf. Dennoch stellen sie einen wichtigen Teil der ökonomischen Aktivität dar. Zu diesen Aktivitäten zählen z.B. putzen, kochen, Kinder- und Altenbetreuung, Arbeitswege u. a. Die Stiglitz-Kommission fordert daher, dass vollständige Haushaltskonten als Satelliten der VGR das Bild ökonomischer Produktion vervollständigen.

Die Dimension der Nichtmarktproduktion liefert im Zeitverlauf auch wichtige Informationen über die Entwicklung der Funktion von Haushalten in der Gesellschaft. So werden viele Dienstleistungen, die früher von Familienmitgliedern ausgeführt wurden, heute am Markt erworben. Diese Veränderung kommt in steigenden Einkommen (wie in den VGR gemessen) zum Ausdruck, stellt jedoch lediglich eine Verschiebung der Nichtmarkt- auf die Marktproduktion dar. In diesem Fall wird nicht mehr produziert, sondern mehr Produktion gemessen, die aber auch entsprechend entlohnt wird.

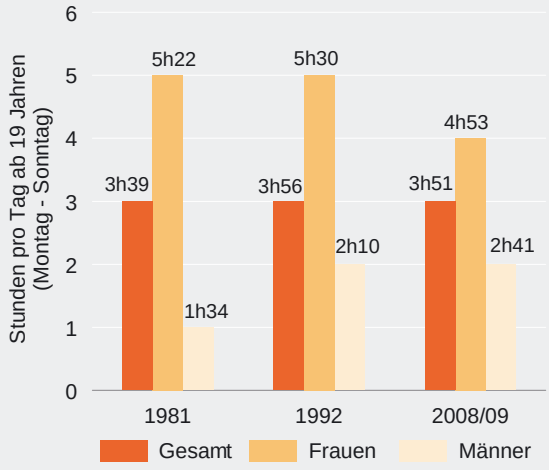
2.3.1 Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit

„Unbezahlte Arbeit" setzt sich aus den Aktivitäten Haushaltsführung, Kinderbetreuung und Freiwilligenarbeit zusammen. Die Darstellung der Ergebnisse erfolgt in Stunden und Minuten für einen durchschnittlichen Tag (Montag bis Sonntag). Es wurden die Hauptaktivitäten über alle Personen in Österreich ab 19 Jahren ausgewertet. Die aktuellen Daten stammen aus der Zeitverwendungserhebung 2008/09. Neue Daten zur Zeitverwendung liegen zurzeit nicht vor.

Die Struktur der nicht-bezahlten Arbeit hat sich seit 1981 stark verändert (siehe Grafik 10). Insgesamt blieb die Zeit, die für Nicht-Marktproduktion aufgebracht wurde, fast gleich. Frauen brachten zuletzt (2008/09) weniger Zeit für diese Art der unbezahlten Arbeit auf als noch 1981, Männer jedoch deutlich mehr. Dennoch bleibt ein klarer Geschlechterunterschied: Frauen leisteten 2008/09 im Schnitt pro Tag immer noch deutlich mehr an unbezahlter Arbeit, nämlich fast doppelt so viel wie Männer. Insgesamt brachten Frauen 4h53 pro Tag im Durchschnitt für nicht-bezahlte Arbeit auf, während es bei den Männern 2h41 waren. Während Frauen deutlich mehr Zeit für unbezahlte Arbeit aufwenden, gehen sie in geringerem Stundenausmaß bezahlter Arbeit nach. Fast die Hälfte der berufstätigen Frauen und fast drei Viertel der berufstätigen Frauen mit Kindern arbeitet in Teilzeit.

Grafik 10

Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit: Haushaltsführung, Kinderbetreuung, Freiwilligenarbeit



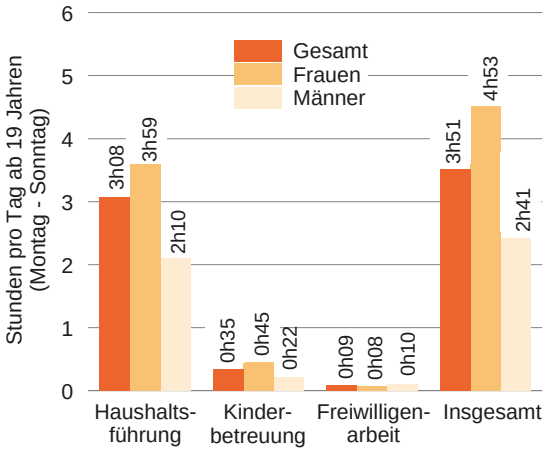
Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

Ein Blick in die einzelnen Tätigkeitsbereiche der unbezahlten Arbeit zeigt, dass ein Großteil der Zeit für die Haushaltsführung aufgebracht wurde, wobei hier wiederum ein deutlicher Geschlechterunterschied zu sehen ist: Während Frauen im Durchschnitt knapp 4 Stunden täglich für diese Aktivität aufbrachten, waren es bei den Männern nur 2 Stunden 10 Minuten.

Die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen ist für 2020 geplant. Derzeit arbeitet Statistik Austria im Rahmen einer Task Force unter der Führung von Eurostat an der Weiterentwicklung der Guidelines für diese neue Erhebungswelle. Ob Österreich an der Erhebungswelle 2020 mitwirken wird, ist derzeit noch offen und hängt von der nationalen Finanzierung ab.

Grafik 11

Unbezahlte Arbeit nach Art (2008/09)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

2.4 Einkommen der privaten Haushalte

Stiglitz et. al. (2009) fordern, für die Bewertung des materiellen Wohlstands eines Landes insbesondere die privaten Haushalte in den Blick zu nehmen. Kennzahlen zum Konsum und den Einkommen der Haushalte liefern hierfür wichtige Informationen. Die verfügbaren VGR-Daten zeigen für viele Länder der OECD und auch für Österreich, dass sich die Entwicklung der realen Haushaltseinkommen bzw. des -konsums im Zeitverlauf häufig anders darstellt als jene des realen BIP.

Die Haushaltsdaten der VGR ermöglichen die Berücksichtigung von Zahlungsströmen zwischen den Sektoren (wie etwa von den Haushalten abgeführte Steuern, von der öffentlichen Hand erhaltene Sozialleistungen oder Zinszahlungen an bzw. von Finanzinstituten). Darüber hinaus reflektieren die Daten staatlich bereitgestellte Sachtransfers wie etwa Gesundheitsdienstleistungen oder den Zugang zu Bildungseinrichtungen, die in Haushaltsbefragungen wie Mikrozensus oder EU-SILC nicht einbezogen werden (es wird ausschließlich nach den monetären Einkommen gefragt). Dadurch wird im internationalen Vergleich auch die staatliche Umverteilung berücksichtigt.

Die erste Empfehlung der Stiglitz-Kommission (2009, S. 12) lautet daher: „When evaluating material well-being, look at income and consumption rather than production". Während produktionsbezogene Indikatoren jeweils auf die Angebotsseite fokussieren, betreffen Einkommen und Konsum das originäre Ziel der Produktion, nämlich den Lebensstandard der Menschen eines Landes zu erhöhen. Dabei wird der Konsum (wie auch die Sparmöglichkeiten) vom Einkommen, das den Haushalten zur Verfügung steht, bestimmt. Das Haushaltseinkommen liefert somit ein Maß der für den Konsum und das Sparen verfügbaren Ressourcen eines Haushalts. Übersteigt der Konsum das verfügbare Einkommen, müssen entweder die Verbindlichkeiten erhöht oder die Aktiva vermindert werden. In beiden Fällen sinkt das Nettovermögen.

In den meisten EU-Staaten werden von den Regierungen bzw. Sozialversicherungen öffentliche Dienstleistungen und Güter entweder gratis oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt. Solche Sachleistungen erhöhen implizit das Einkommen bzw. den Konsum jener Haushalte, die davon profitieren.

Durch die Verwendung verfügbarer aggregierter VGR-Daten kann die Entwicklung des materiellen Lebensstandards eines „durchschnittlichen (privaten) Haushalts" dargestellt werden. Da das Verhältnis von öffentlichen und privat erstandenen Gütern und Dienstleistungen von Land zu Land variiert und auch die Sozialversicherungen unterschiedlich ausgestaltet sind, ist es besonders für den internationalen Vergleich wichtig, soziale Sachtransfers zu berücksichtigen. In den VGR werden die Sachtransfers im „verfügbaren Haushaltseinkommen" und beim „Konsum der privaten Haushalte" nach dem Verbrauchskonzept erfasst. Zwei Zusatzindikatoren zur Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Aufkommensseite und der Verwendungsseite zeigen das Verhältnis von Arbeitnehmerentgelten, monetären Sozialleistungen und sozialen Sachtransfers.

2.4.1 Schlüsselindikator Haushaltseinkommen

Für den Wohlstand der privaten Haushalte ist jenes Einkommen maßgeblich, das ihnen nach der Einkommensumverteilung für die Befriedigung ihrer Bedürfnisse zur Verfügung steht. Die vom Staat und von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bereitgestellten sozialen Sachtransfers (v.a. Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen) werden beim Verbrauchskonzept als einkommensäquivalent behandelt.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die langfristige Entwicklung des Indikators ist neutral zu bewerten. Zwar sind die realen Haushaltseinkommen heute höher als 2000, allerdings zeigt der Vergleich mit dem BIP-Wachstum, dass sich die Einkommen der anderen Sektoren (Unternehmen, Staat) deutlich stärker entwickelten, als die Einkommen der privaten Haushalte. Da die Entwicklung insbesondere von 2016 auf 2017 im Gegensatz zum BIP pro Kopf sehr flach verlief, fällt die kurzfristige Bewertung neutral aus."

Gäbe es die Leistungen von Staat und privaten Organisationen ohne Erwerbszweck nicht, müssten die Einkommen ohne Sachtransfers nämlich genau um diesen Betrag höher sein, um das gleiche Wohlstandsniveau zu errei-

chen. Die Berücksichtigung der Transferströme erleichtert zeitliche Vergleiche bei unterschiedlichen oder sich ändernden wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen und vervollständigt die Untersuchung der Rolle des Staates bei der Einkommensumverteilung. Da die Kaufkraft des Einkommens über die Zeit durch Preisänderungen verzerrt ist, wird das Einkommen kaufkraftbereinigt (d.h. „real") ausgewiesen.[49]

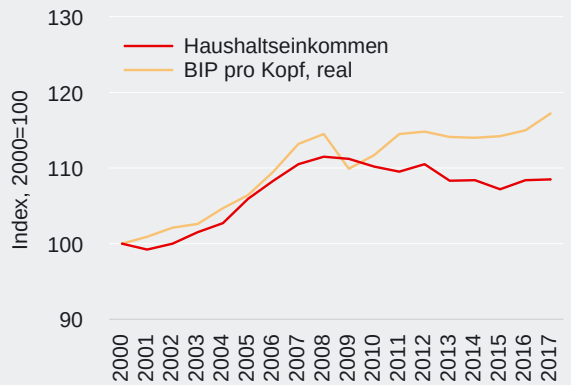
Wie im Stiglitz-Bericht (2009, S.94) angemerkt, führt das Phänomen der Globalisierung zu großen Unterschieden zwischen Einkommens- und Produktionsmaßen. Niveau und Entwicklung der Einkommen sind für den Lebensstandard der Menschen im Land wesentlicher als Höhe und Entwicklung der Produktion, weil Teile des in der Produktion generierten Einkommens ins Ausland fließen und manche Bewohnerinnen und Bewohner Einkommen aus dem Ausland beziehen. Das BIP als Indikator für die Produktion muss daher um Einkommensindikatoren ergänzt werden.

Das reale verfügbare Einkommen der Haushalte pro Kopf (inkl. sozialer Sachtransfers, nach dem Verbrauchskonzept) wuchs von 2000 bis 2017 durchschnittlich um 0,5% pro Jahr. Die Kaufkraft der Haushalte entwickelte sich damit schwächer als die gesamte erbrachte Wirtschaftsleistung (reales BIP pro Kopf: durchschnittlich +0,9% pro Jahr) wie aus Grafik 12 ersichtlich. Die Einkommensentwicklung war zwischen dem Krisenjahr 2009 und 2017 insgesamt rückläufig (durchschnittlich -0,3% pro Jahr), jedoch wirkte sich das Krisenjahr weit weniger negativ aus als dies beim BIP der Fall war. Nach einem deutlichen Anstieg 2016, stiegen die verfügbaren Einkommen 2017 nur geringfügig um 0,1 %. Die im Vergleich zum BIP schwächere Einkommensentwicklung im Beobachtungszeitraum ist, neben dem Einbruch der Vermögenseinkommen im Zuge der Wirtschaftskrise, vor allem auf die mäßigen Zuwächse der nominellen Arbeitnehmerentgelte sowie auf die im EU-Vergleich hohe Inflation zurückzuführen.

Grafik 13 zeigt die Zusammensetzung der verfügbaren Einkommen auf der Aufkommensseite (Komponenten, aus denen sich das gesamte Haushaltseinkommen zusammensetzt) im Zeitverlauf. Die Haupteinkommensquelle der privaten Haushalte (nach dem Verbrauchskonzept) war 2017 die unselbständige Arbeit (46,4%). Die sozialen Sachtransfers trugen rund ein Zehntel (12,2%) zum Haushaltseinkommen (vor Abzug von Abschreibungen, Steuern und Sozialbeiträgen) bei. Zu diesen Sachtransfers zählen wie erwähnt Gesundheits- oder Bildungsleistungen. 22,6% der Einkommen speisten sich aus monetären Sozialleistungen und sonstigen laufenden Transfers, wobei die Sozialleistungen, zu denen etwa Kinderbetreuungsgeld, Arbeitslosenunterstützung oder

Grafik 12

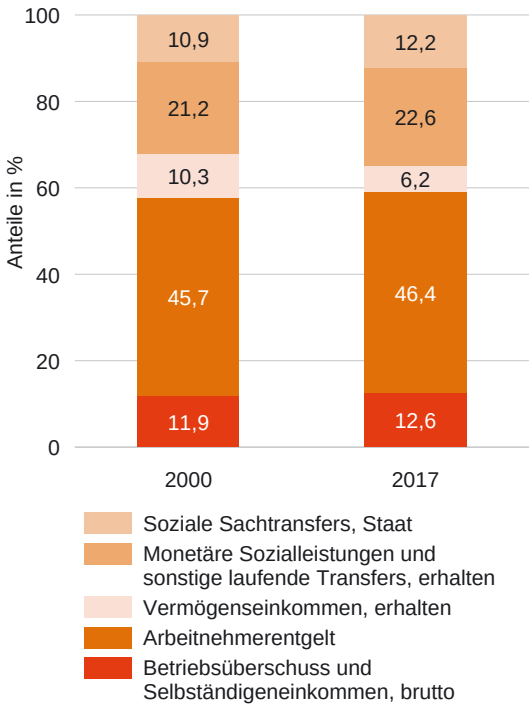
Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte pro Kopf (real, Verbrauchskonzept)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

Grafik 13

Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens (Verbrauchskonzept), Aufkommensseite (2000 und 2017)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

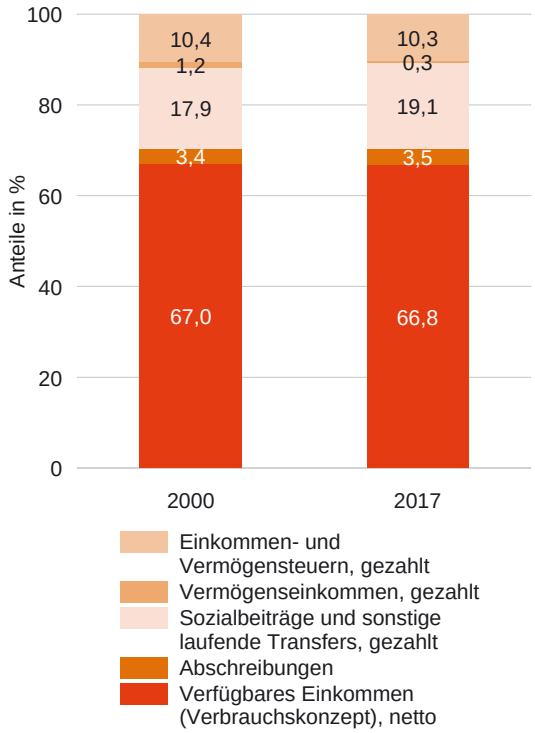
[49] Zur Bereinigung der Einkommen wird der Konsumdeflator herangezogen, ein impliziter Preisindex des Konsums der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept.

Familienbeihilfe zählen, den überwiegenden Teil ausmachten. 12,6% stammen aus Betriebsüberschüssen und Selbständigeneinkommen. 6,2% flossen schließlich den Haushalten in Form von Vermögenseinkommen (z. B. Zinsen oder Dividenden) zu. Im Vergleich zu 2000 zeigen sich bei der Zusammensetzung der Einkommen kaum Veränderungen. Lediglich der Anteil der Vermögenseinkünfte ging von 10,3% auf 6,2% zurück, während die Anteile der sozialen Sachtransfers sowie der monetären Sozialleistungen leicht anstiegen.

Auf der Verwendungsseite leitet sich das verfügbare Einkommen (nach dem Verbrauchskonzept) wie folgt ab (Grafik 14): 66,8% der Summe aus Primäreinkommen und sozialen Sachtransfers hatten die privaten Haushalte 2017 für Konsumzwecke netto zur Verfügung. Von den gesamten Einkommenszuflüssen wurden 10,3 % für Einkommen- und Vermögenssteuern, 19,1 % für Sozialbeiträge und sonstige laufende Transfers sowie 3,8 % für Abschreibungen, Zinsen und Pachten verwendet. Auch auf der Verwendungsseite zeigen sich kaum Unterschiede in der Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens zu 2000.

Grafik 14

Zusammensetzung des verfügbaren Einkommens auf der Verwendungsseite (2000 und 2017)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

2.5
Konsum der privaten Haushalte

Der Konsum nach dem Verbrauchskonzept (Individualkonsum) umfasst jene Güter, die den privaten Haushalten zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse unmittelbar dienen. Er entspricht dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die den privaten Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehen, selbst wenn der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanziert wird (Sachtransfers).

Um eine Verzerrung des Konsumvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird der Konsum analog zum Einkommen preisbereinigt ausgewiesen.[50] Zudem wird der Schlüsselindikator als Konsum real pro Kopf gezeigt.

Durch die Darstellung des Konsums je Einwohner wird einerseits der Einfluss der Bevöl-kerungsentwicklung auf Änderungen des Gesamtkonsums im Zeitverlauf berücksichtigt, andererseits wird dadurch der internationale Vergleich ermöglicht.

Zwei Zusatzindikatoren zu den Konsumausgaben privater Haushalte geben Aufschluss über die Zusammensetzung der Konsumausgaben nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers, sowie die monatlichen Verbrauchsausgaben nach Einkommen.

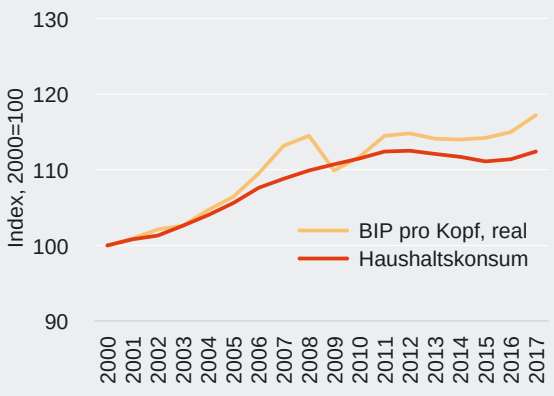
Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Der langfristige Verlauf des privaten Konsums seit 2000 ist eingeschränkt positiv zu sehen. Zwar wurden 2017 von den privaten Haushalten pro Kopf mehr Waren und Dienstleistungen zur Befriedigung ihrer Bedürfnisse erworben als 2000, allerdings war diese Entwicklung weniger dynamisch als jene des BIP. Die kurzfristige Bewertung fällt aufgrund des Anstiegs seit 2015 ebenfalls tendenziell positiv aus."

Der reale Konsum pro Kopf nach dem Verbrauchskonzept (inkl. soziale Sachtransfers) wuchs seit 2000 durchschnittlich um 0,7% pro Jahr (siehe Grafik 15). Das durchschnittliche BIP-Wachstum pro Kopf von 2000 bis 2017 fiel mit 0,9% p.a. etwas kräftiger aus. Der Haushaltskonsum pro Kopf konnte jedoch im Gegensatz zum BIP auch im Krisenjahr 2009 leicht zulegen (+0,7% pro Kopf), während das reale BIP pro Kopf einen starken Einbruch erlitt (-4,0%). Das lag einerseits an wirtschaftspolitischen Maßnahmen (z.B. „Ökoprämie" bei Anschaffung eines neuen Pkw) und andererseits daran, dass die Arbeitnehmereinkommen, die ja den Hauptbestandteil der Haushaltseinkommen ausmachen, weniger konjunkturreagibel sind, als etwa Betriebsüberschuss oder Vermögenseinkommen. In den Jahren danach wuchs der reale Konsum pro Kopf verhaltener als das BIP. 2016 stieg der private Konsum erstmals seit 2012 im Vergleich zum Vorjahr wieder leicht an, 2017 wuchs er um 0,9 %.

Grafik 15

Konsum der privaten Haushalte pro Kopf (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

2.5.1
Schlüsselindikator Haushaltskonsum

Ob und in welchem Ausmaß die privaten Haushalte ihre Bedürfnisse befriedigen können, ist ein wesentlicher Aspekt bei der Beurteilung von Wohlstand. Für die privaten Haushalte stehen neben den verfügbaren Einkommen auch die vom Staat und von den privaten Organisationen ohne Erwerbszweck bereitgestellten sozialen Sachtransfers (v. a. Gesundheits- und Bildungsdienstleistungen) zum Konsum zur Verfügung. Um darzustellen, welche Güter den Haushalten tatsächlich für den Konsum (=Bedürfnisbefriedigung) zur Verfügung stehen, eignet sich daher der Indikator Konsum der privaten Haushalte nach dem Verbrauchskonzept.

[50] Der implizite Preisindex des Konsums der privaten Haushalte folgt nach dem Verbrauchskonzept.

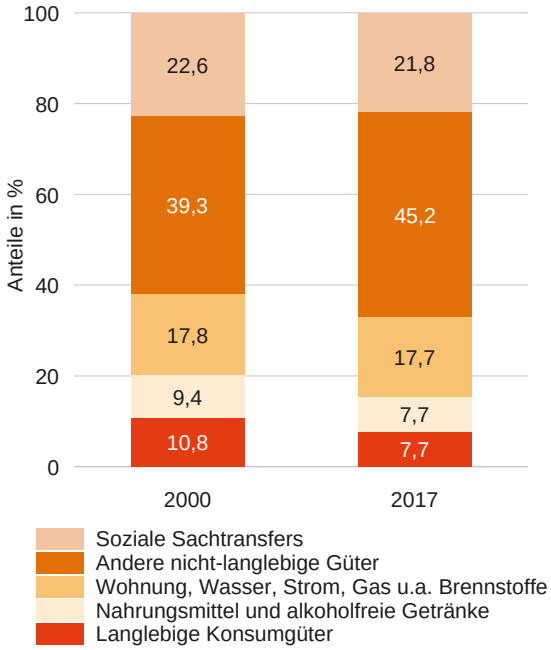
Ein Großteil des Konsums der privaten Haushalte entfiel 2017 auf nicht-dauerhafte Konsumgüter. Selbst nach Abzug der Ausgaben für Wohnen und Nahrungsmittel umfasste diese Position noch 45,2% des privaten Konsums nach dem Verbrauchskonzept.

Nahrungsmittel und nicht-alkoholische Getränke machten 2017 7,7% des Konsums aus, ebenso wie der Anteil langlebiger Konsumgüter (wie beispielsweise Möbel und Haushaltsgeräte, Kraftfahrzeuge, Motorräder, Fahrräder oder Informationsverarbeitungsgeräte) mit 7,7%. Auf das Wohnen entfielen 17,7% des Haushaltsausgabens. Diese umfassen Ausgaben für Miete, Strom, Wasser und Heizung. 21,8% des Konsums schließlich speisten sich aus sozialen Sachtransfers. Wie erwähnt, werden soziale Sachtransfers dem Konsum der Haushalte nach dem Verbrauchskonzept zugerechnet. Es handelt sich dabei um den Konsum von Gütern, die den privaten Haushalten vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck unentgeltlich oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt werden. Andere nicht langlebige Konsumgüter, d.h. kurzlebige Konsumgüter (beispielsweise Bekleidung und Schuhe), Verbrauchsgüter (beispielsweise Güter für die Körperpflege) oder Dienstleistungen (beispielsweise im Bereich Freizeit, Unterhaltung, Kultur) machten insgesamt 45,2% der Konsumausgaben aus (Grafik 19).

Seit 2000 veränderte sich die Struktur des Konsums nur leicht. Der Posten „Wohnung, Wasser, Strom, etc." ging von 17,8% auf 17,7% zurück. Der Konsum langlebiger Konsumgüter fiel von rund 10,8% auf 7,7% zurück. Auch die Ausgabenposition „soziale Sachtransfers" hat sich leicht reduziert: 2000 betrug ihr Anteil am Gesamtkonsum 22,6%, 2017 waren es 21,8%. Die größte Position der anderen nicht-langlebigen Konsumgüter lag 2000 bei 39,3 %, 2017 waren es 45,2 %.

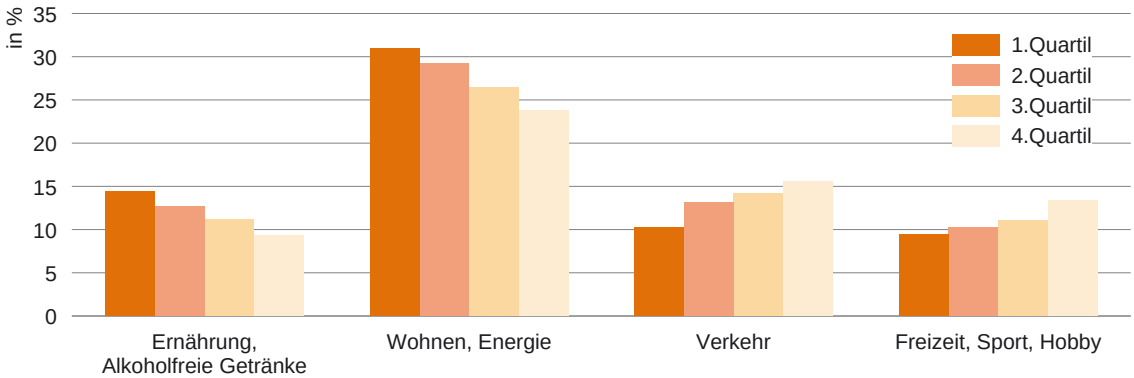
Die monatlichen Verbrauchsausgaben unterscheiden sich jedoch erheblich nach Einkommensgruppen. Als Zusatzinformation wurden daher mit der Überarbeitung des Indikatorensets 2017 die Verbrauchsausgaben der Haushalte nach Einkommensquartilen aufgenommen. Wie aus Grafik 17 ersichtlich, verschieben sich mit geringem Einkommen die Anteile der Ausgaben der Haushalte verstärkt zu den Grundbedürfnissen Wohnen und Ernährung. 31,0% bzw. 14,4% für Wohnen bzw. Ernährung im untersten Einkommens-Quartil stehen 23,8% bzw. 9,3% im obersten Einkommens-Quartil gegenüber. Einkommensstarke Haushalte geben dagegen mehr für Verkehr und Freizeit aus (10,2 % bzw. 9,4% im untersten Quartil gegenüber 15,6% bzw. 13,4% im obersten Quartil).

Grafik 16
Konsumausgaben der privaten Haushalte (Inlandskonzept) nach Gütergruppen und sozialen Sachtransfers (2000 und 2017)



Q: STATISTIK AUSTRIA, VGR.

Grafik 17
Monatliche Verbrauchsausgaben nach Quartilen der Äquivalenzeinkommen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Konsumerhebung 2014/15. - 1) Äquivalenzeinkommen und -ausgaben sind nach folgendem Schema berechnet: Erste erwachsene Person = 1, jede weitere Person im Haushalt ab 14 Jahren = 0,5, Kinder unter 14 Jahren = 0,3. - 2) Um einen Vergleich des Mietaufwands zwischen Haushalten mit unterschiedlichen Wohnformen (Eigentum/Miete) zu ermöglichen, werden für Erstwohnungen, für die keine tatsächlichen Mietausgaben existieren (Haus-, Wohnungseigentum, mietfreie Objekte) fiktive Mietwerte errechnet.

2.6
Produktive Aktivitäten und Arbeit

Produktive Aktivitäten umfassen sowohl bezahlte Arbeit als auch nicht-bezahlte Tätigkeiten. Da die Datenlage für letztere aber eher lückenhaft ist, zielen die hier diskutierten Indikatoren auf den Arbeitsmarkt. Erwerbstätigkeit ist sowohl eine der wichtigsten Grundlagen für den materiellen Lebensstandard als auch ein zentraler Bestandteil der Lebensqualität. Die Dimension Produktive Aktivitäten und Arbeit kann daher ebenso dem Bereich materieller Wohlstand wie dem Bereich der Lebensqualität zugeordnet werden. Mit dem Überarbeitungsprozess 2017 wurde die Dimension in den materiellen Wohlstand verschoben (siehe Kapitel 1.2).

Es ist jedoch zu betonen, dass Arbeit nicht nur die materielle Grundlage des Lebens in Form eines regelmäßigen Einkommens liefert, sondern darüber hinaus die Möglichkeit bietet, sich zu entwickeln, spezifische Fähigkeiten zu erwerben und sich in der Gesellschaft als nützlich zu erweisen. Insofern geht die Teilnahme am Arbeitsmarktgeschehen über den Aspekt der finanziellen Absicherung eines Haushalts hinaus.

WgÖ?-Schlüsselindikatoren für die Dimension produktive Aktivitäten und Arbeit sind die Erwerbstätigenquote, die auch den Schlüsselindikator der Europa 2020 Strategie für den Bereich Arbeitsmarkt darstellt, und die Arbeitslosenquote. Als Zusatzinformation wird die Jugendarbeitslosenrate dargestellt.

2.6.1
Schlüsselindikator Erwerbstätigenquote

Zur erwerbstätigen Bevölkerung zählen alle Personen zwischen 20 und 64 Jahren, die zum Zeitpunkt der Befragung mindestens eine Stunde pro Woche gegen Entgelt oder zur Erzielung eines Gewinns arbeiteten oder nicht arbeiteten, aber einen Arbeitsplatz hatten, von dem sie vorübergehend abwesend waren. Präsenz- und Zivildiener gehen nicht in die Berechnung der Erwerbstätigenquote ein.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

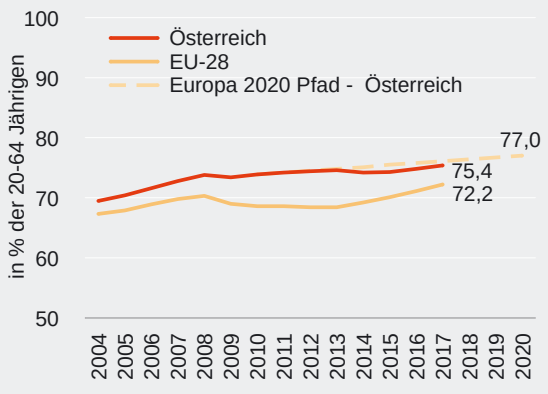
„Seit 2004 erhöhte sich die Erwerbstätigenquote etwas. Die langfristige Entwicklung wird damit als tendenziell positiv eingeschätzt. Seit 2015 steigt die Erwerbstätigenquote wieder leicht an und nähert sich damit dem Europa 2020-Zielpfad an, wodurch die kurzfristige Bewertung ebenfalls tendenziell positiv ausfällt."

Im Zuge der Europa 2020 Strategie wurde die Erwerbstätigenquote als Leitindikator für die Beschäftigung definiert:

Bis 2020 sollen 75% der 20- bis 64-Jährigen in Erwerbstätigkeit stehen. Das nationale Ziel liegt bei 77%. Die Wahl des Indikators wurde in der Mitteilung der Kommission (Europäische Kommission, 2010) damit begründet, dass Beschäftigung multiple Effekte auf die Aspekte „wirtschaftliche Entwicklung", „Lebensqualität" und „soziale Eingliederung" hat und somit einen Eckstein der sozioökonomischen Entwicklung darstellt.

2017 lag die Erwerbstätigenquote in Österreich bei 75,4%. Von 2004 bis 2008 war ein kontinuierlicher Anstieg dieser Quote zu beobachten. Im Wirtschafts- und Finanzkrisenjahr 2009 gab es einen leichten Einbruch, der jedoch u.a. durch arbeitsmarktpolitische Maßnahmen wie Kurzarbeit abgefedert werden konnte. Nach einem erneuten Rückgang 2014, stieg die Erwerbstätigenquote seit 2015 wieder an, zuletzt um 0,6 %-Punkte. In der EU-28 gab es ebenfalls zwischen 2004 und 2008 einen deutlichen

Grafik 18
Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen

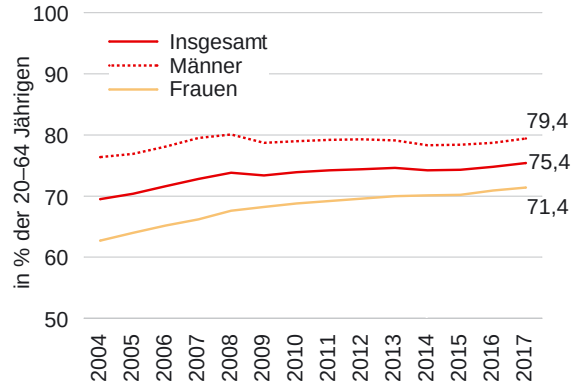


Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Anstieg der Erwerbstätigenquote. Der krisenbedingte Einbruch im Jahr 2009 konnte in den letzten Jahren aufgeholt werden, 2017 lag die durchschnittliche EU-28-Quote bei 72,2 % (2008 bei 70,3 %).

Der Trend zu einer höheren Erwerbsbeteiligung von Frauen hält dabei weiter an, wenngleich dieser überwiegend auf einer Zunahme der Teilzeitarbeit beruht. Auch im nationalen Reformprogramm der Bundesregierung (BKA, 2018) wird die mit dem Konjunkturaufschwung verbundene Entspannung auf dem Arbeitsmarkt im Jahr 2017 dargestellt, insbesondere bei Jugendlichen. Die Schwerpunkte der Arbeitsmarktpolitik der neuen Bundesregierung liegen bei Maßnahmen für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Maßnahmen zur Steigerung der Erwerbsbeteiligung von Frauen.

Grafik 19
Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

In Österreich lag die Erwerbstätigenquote der Frauen 2017 bei 71,4 %. Jene der Männer betrug 79,4 %. Die Quote der Männer stieg zwischen 2009 und 2013 nur geringfügig an, ging 2014 leicht zurück und stieg seit 2015 wieder an. Die Erwerbstätigenquote der Frauen lag 2004 noch bei 63 % und stieg seit 2009 jährlich um durchschnittlich 0,6 %. Der Abstand zwischen der Erwerbstätigenquote von Frauen und Männern war aber auch 2017 mit 8%-Punkten noch beträchtlich.

Zur Erreichung des Europa 2020 Ziels wurden auf europäischer Ebene einige Maßnahmen gesetzt, die mit den Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Europäischen Fonds für die Anpassung an die Globalisierung unterstützt werden (European Commission 2012). Darunter fallen Maßnahmen wie die Anpassung der Qualifikation der Arbeitnehmerinnen und -nehmer und der Unternehmen an sich verändernde Umweltfaktoren, die Bekämpfung insbesondere der Jugendarbeitslosigkeit, die berufliche Integration beeinträchtigter Personen oder die Integration arbeitsmarktferner Personen.

2.6.2 Schlüsselindikator Arbeitslosigkeit

Die Arbeitslosenquote ist als der prozentuale Anteil der Arbeitslosen zwischen 15 und 74 Jahren an den Erwerbspersonen (Erwerbstätige + Arbeitslose) definiert. Dabei werden die Kriterien der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zugrunde gelegt. Beim ILO-Konzept gilt eine Person als erwerbstätig, wenn sie in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet oder wegen Urlaub, Krankheit usw. nicht gearbeitet hat, aber ansonsten einer Beschäftigung nachgeht. Personen in Elternkarenz mit aufrechtem Dienstverhältnis[51], gelten als erwerbstätig. Als arbeitslos gilt, wer in diesem Sinne nicht erwerbstätig ist, aktive Schritte zur Arbeitssuche tätigt und kurzfristig zu arbeiten beginnen kann.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die langfristige Bewertung fällt neutral aus, da über den gesamten Beobachtungszeitraum keine wesentliche Veränderung der Arbeitslosenquote erkennbar ist. Die kurzfristige Bewertung der Arbeitslosenquote fällt aufgrund des Rückgangs im Zeitraum 2015 bis 2017 und des im europäischen Vergleich niedrigen Niveaus tendenziell positiv aus."

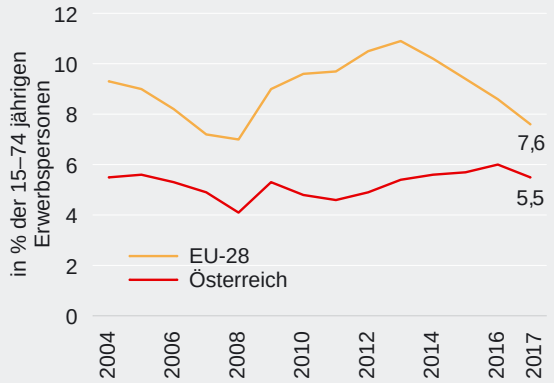
In Österreich verlief die Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 2004 in mehreren Phasen. Nach einem kontinuierlichen Rückgang der Quote zwischen 2004 und 2008, stieg diese 2009 krisenbedingt wieder an. In den Jahren darauf entspannte sich die Arbeitsmarktsituation etwas. Nach einem Anstieg der Arbeitslosenrate 2012-2016, ging die Arbeitslosigkeit 2017 aufgrund der besseren konjunkturellen Lage erstmals wieder zurück auf 5,5 %. Teil des diesjährigen Sonderkapitel beschäftigt sich ausführlich mit den angebotsseitigen und nachfrageseitigen Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt in Österreich.

Arbeitslosigkeit stellt in der Europäischen Union nach wie vor eine der größten Herausforderungen dar. Nach Jahren ökonomischer Krise und der Rückkehr der Rezession 2012, erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU-28 2013 einen neuen Spitzenwert von 10,9%. Seither ging die Quote jedoch wieder zurück und lag 2017 bei 7,6%, bei insgesamt sehr unterschiedlichen Entwicklungen in den Mitgliedstaaten (siehe Kapitel 5.2)

[51] Bis zu einer Karenzierungsdauer von maximal 22 Monaten.

Grafik 20

Arbeitslosigkeit der 15-74-Jährigen (ILO-Definition)



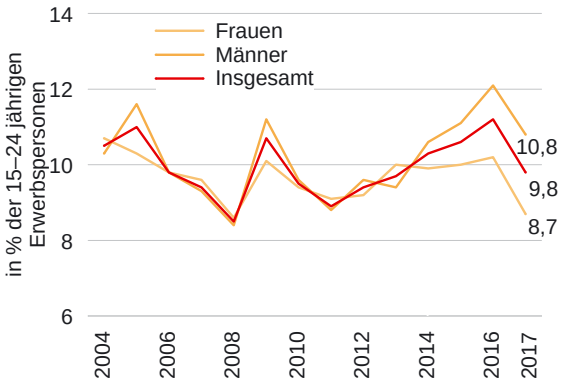
Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

Auch ein Blick auf die Jugendarbeitslosigkeit zeigt eine ähnliche Entwicklung: Die Situation für junge Menschen zwischen 15 und 24 ist in Österreich vor wie nach der Wirtschaftskrise deutlich günstiger als in den meisten Vergleichsländern und in der EU-28 insgesamt. In der EU ging die Jugendarbeitslosenquote jedoch bereits seit 2014 deutlich zurück auf 16,8% in 2017 (2013 lag sie noch bei 23,7 %). In Österreich konnte erst 2017 ein Rückgang der Jugendarbeitslosenrate erreicht werden. Dieser fällt dafür sehr deutlich aus, die Jugendarbeitslosenrate sank 2017 um 1,4 %-Punkte auf 9,8 %.

Die duale Ausbildung (Lehre) sowie eine Reihe von Initiativen wie beispielsweise die Ausbildungsgarantie konnten dazu beitragen, das Problem der Jugendarbeitslosigkeit in Österreich vergleichsweise gering zu halten. Begünstigend kommen ein gut funktionierendes System der schulischen beruflichen (Aus-) Bildung sowie demographische Faktoren hinzu. (BMASK 2014). Zudem gilt für Jugendliche in Österreich seit Juli 2017 die Ausbildungspflicht, welche sicherstellt, dass Jugendliche auch nach Erfüllung der allgemeinen Schulpflicht eine weitere Ausbildung erhalten.

Grafik 21

Arbeitslosigkeit der 15-24-Jährigen (ILO-Definition)



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Auch seitens der Europäischen Union wurden Initiativen gesetzt, die sich teilweise an den österreichischen Maßnahmen orientieren: Vom Europäischen Rat wurde im Februar 2013 eine Beschäftigungsinitiative für junge Menschen angeregt. Diese stellt eine Ergänzung zu anderen Projekten dar, die auf nationaler Ebene durchgeführt und teils vom Europäischen Sozialfonds unterstützt werden. Der Rat (Europäische Kommission 2012) schlägt in seiner Empfehlung die Einführung einer Jugendgarantie vor, mit dem Ziel, allen unter 25-Jährigen innerhalb von vier Monaten nach Abschluss ihrer formalen Ausbildung oder nach Verlust ihres Arbeitsplatzes ein gutes Angebot für eine Arbeits-, Ausbildungs- oder Praktikumsstelle bzw. für eine Weiterbildung machen zu können.

2.7 Verteilungsaspekte

Fragen der Verteilung materieller Ressourcen und gesellschaftlicher Disparitäten stehen immer wieder im Blickpunkt des öffentlichen Diskurses. Dies betrifft insbesondere verteilungspolitisch relevante Themen der Fiskal- und Steuerpolitik, der Lohnpolitik oder der Sozialpolitik. Die Bewertung des materiellen Wohlstands kann nicht bei der Darstellung durchschnittlicher (aggregierter) Einkommen stehenbleiben, sondern muss auch deren Verteilung widerspiegeln. Einkommen, Konsum und Wohlstand müssen daher jeweils von Indikatoren flankiert werden, die diesen Aspekt reflektieren.

Verteilungsmaße sind daher auch ein wesentlicher Teil des *WgÖ?*-Indikatorensets. Eine objektive Beschreibung der Einkommensverteilung erfordert eine klare Unterscheidung zwischen Einkommen vor und nach staatlichen (aber auch privaten) Transfers. Die für *WgÖ?* ausgewählten Schlüsselindikatoren versuchen beide Aspekte der Verteilung näherungsweise zu beleuchten: Der erste Schlüsselindikator stellt die Entwicklung der hohen und niedrigen preisbereinigten Bruttojahreseinkommen der unselbständig Beschäftigten dar. Er beleuchtet somit die primäre (unmittelbar aus dem Marktprozess entstehende) Verteilung der Einkommen (unselbständig Erwerbstätiger) auf Basis von Lohnsteuerdaten. Wichtiges Entscheidungskriterium für diese Maßzahl war insbesondere die hohe Qualität der Quelle. Als zweiter Schlüsselindikator wurde das Verhältnis des obersten zum untersten Einkommensquintils der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen gewählt. Dieser Indikator gibt Aufschluss über die sekundäre (also die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen berücksichtigende) Verteilung auf Basis von Haushaltsdaten (EU-SILC). Als dritter Schlüsselindikator gibt der Gender Pay Gap, welcher geschlechtsspezifische Unterschiede in der Lohnstruktur misst, Auskunft über die Ungleichverteilung der Einkommen von Frauen und Männern.

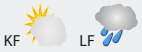
Die Dimension Verteilung ist im *WgÖ?*-Indikatorenset somit mit insgesamt drei Schlüsselindikatoren vertreten: der realen Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen, dem S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis und dem Gender Pay Gap.

Schließlich wird über die Verteilung der Einkommen hinaus, auf Basis des von der OeNB erhobenen Household, Finance and Consumption Survey auch Auskunft über die Verteilung der Vermögen gegeben. Drei Zusatzindikatoren zur Vermögensverteilung ergänzen das Indikatorenset in der Dimension Verteilung.

2.7.1 Schlüsselindikator Hohe und niedrige Bruttojahreseinkommen

Gezeigt wird die Entwicklung der inflationsbereinigten Bruttojahreseinkommen von unselbständig Erwerbstätigen. Dabei werden das unterste und das oberste Einkommens-Quartil einander gegenübergestellt.[52]

Gremium externer Expertinnen und Experten:



„Seit 2000 kann ein Auseinanderdriften von niedrigen und hohen Einkommen der unselbständig Erwerbstätigen beobachtet werden. Diese Entwicklung wird daher in der Langfristbetrachtung kritisch bewertet. Die kurzfristige Bewertung fällt neutral aus, da die Spreizung der hohen und niedrigen Einkommen trotz des deutlichen Anstiegs der Teilzeitquote seit 2013 nahezu unverändert blieb."

Die alleinige Betrachtung der Lohneinkommen reicht freilich nicht aus, um die Frage befriedigend zu beantworten, ob eine Schere bei der Verteilung materieller Ressourcen insgesamt aufgeht. Jedoch sind die Lohneinkommen in den Lohnsteuer- bzw. Hauptverbandsdaten vollständig enthalten und liefern insofern eine solide Grundlage für die Verteilung innerhalb der Gruppe der unselbständig Beschäftigten.

Grafik 22 zeigt die inflationsbereinigte Entwicklung der hohen und niedrigen Einkommen. Hier ist ersichtlich, dass die Einkommen des ersten Einkommensquartils[53] bis 2005 deutlich zurückgegangen sind, aber bis 2007 wieder etwas

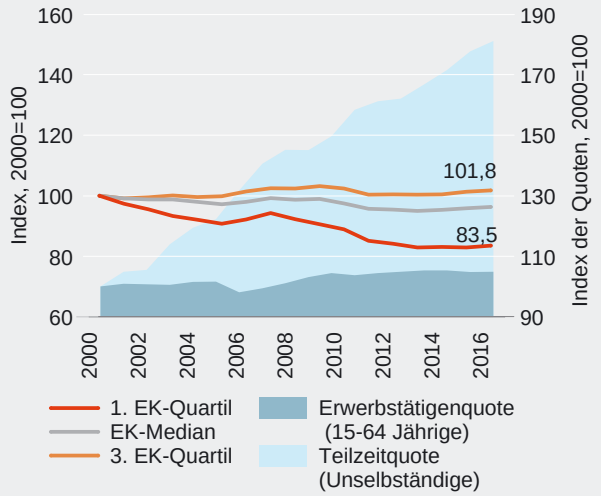
[52] Quartile teilen die Verteilung in vier gleich große Gruppen, so dass jeweils 25 % der Daten in die vier durch die Quartilsgrenzen (1. Quartil, Median und 3. Quartil) bestimmten Gruppen fallen. Das erste Einkommenquartil gibt somit jene Einkommensgrenze an, unter der die Einkommen von 25 % der unselbständig Beschäftigten liegen. Das oberste Einkommensquartil jene Einkommensgrenze, unter der die Einkommen von 75 % der unselbständig Beschäftigten liegen.

[53] Dieser Wert entspricht der Grenze, unter der die 25 % der niedrigsten Einkommen liegen.

aufholten. Seit 2008 gingen diese Einkommen wieder stark zurück und lagen 2016 16,5% unter jenen des Jahres 2000. Die Einkommen des obersten Quartils stiegen seit 2000 um insgesamt 1,8% an.

Grafik 22

Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real)



Q: STATISTIK AUSTRIA, 2016, Lohnsteuer-/HV-Daten und Verbraucherpreisindex 1996, MZ-Arbeitskräfteerhebung. - Erwerbstätigenquote: Zeitreihenbruch im Jahr 2004. - Lehrlinge sind ausgeschlossen.

Die Darstellungsweise aggregierter Jahreseinkommen führt dazu, dass sich Struktureffekte wie steigende Teilzeitquoten oder Saisonarbeit, aber auch der Eintritt billiger Arbeitskräfte in den Arbeitsmarkt insbesondere in den unteren Einkommensgruppen abbilden.

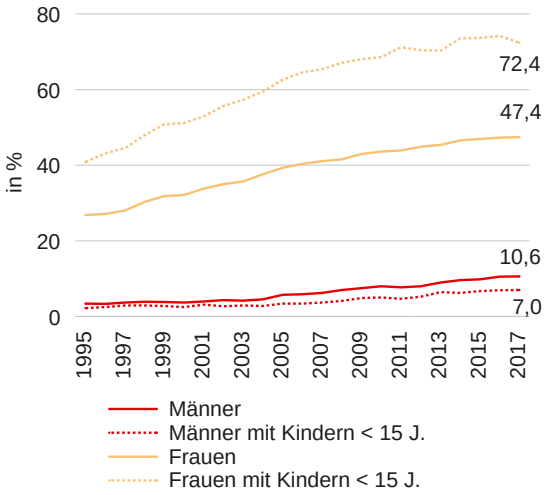
So stieg beispielsweise die Erwerbstätigenquote (der 15-64-Jährigen) zwischen 2000 und 2016 von 68,3% auf 71,5%. Die Teilzeitquote der unselbständig Beschäftigten stieg zwischen 2000 und 2016 von 16,4% auf 28,9% und lag um 75,5% über dem Ausgangswert (indizierte Werte in Grafik 22 zu sehen).

Das Auseinanderdriften hoher und niedriger Bruttojahreseinkommen kann daher nicht in erster Linie auf eine wachsende Ungleichheit zurückgeführt werden, sondern reflektiert vor allem eine veränderte Struktur des Arbeitsmarkts.

Grafik 23 verdeutlicht die Veränderung der Struktur des Arbeitsmarkts und stellt die Bedeutung von Teilzeitbeschäftigung für Männer und Frauen mit und ohne Kinder unter 15 Jahren dar. Während die Teilzeitquote bei den Frauen insgesamt 2017 bei 47,4% lag (seit 2000 Anstieg um 15,3%-Punkte), waren es bei den Männern nur 10,6% (Anstieg um 6,9%-Punkte). Die Teilzeitquote der Frauen mit Kindern stieg seit 2000 von 51,2% auf 72,4%. Bemerkenswert ist auch, dass während über den gesamten Beobachtungszeitraum deutlich mehr Frauen mit Kindern in Teilzeit arbeiteten als Frauen insgesamt, es sich bei den Männern entgegengesetzt verhielt und die Teilzeitquote der Männer mit Kindern niedriger war als jene der Männer insgesamt.

Grafik 23

Teilzeitquoten der 15-64-Jährigen insgesamt und mit Kindern, nach Geschlecht



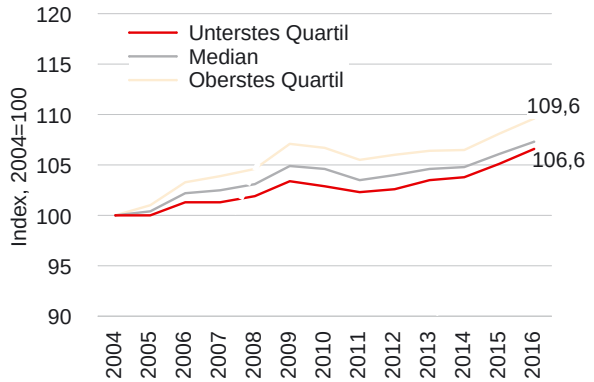
Q: STATISTIK AUSTRIA. - Bis 2003 Mikrozensus, Durchschnitt der Erhebungen im März, Juni, September und Dezember. - Ab 2004 Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung.

Teilweise kann der Einfluss dieser Struktureffekte auf die Einkommensentwicklung ausgeblendet werden, wenn nur jene Personen berücksichtigt werden, die ganzjährig vollzeitbeschäftigt waren. Wie die folgende Grafik 24 zeigt, stiegen die inflationsbereinigten Einkommen des untersten Quartils (ganzjährig vollzeitbeschäftigt) zwischen 2004 und 2009 leicht, gingen in den Folgejahren wieder zurück, und wuchsen seit 2014 wieder. 2016 lagen sie 6,6% über dem Ausgangsniveau von 2004. Eine ähnliche Entwicklung ist auch für das oberste Quartil zu beobachten. Allerdings stiegen die Einkommen hier bis 2009 weit stärker an und lagen 2016 immerhin rund 9,6% über dem Ausgangswert von 2004. Somit ist ersichtlich, dass sich die Schere auch bei Ausblendung der arbeitsmarktbezogenen Struktureffekte zwischen hohen und niedrigen Einkommen (bei unselbständig Beschäftigten) leicht geöffnet hat.

Betrachtet man die Bruttostundenverdienste von Beschäftigten in der Privatwirtschaft auf Basis der alle vier Jahre stattfindenden Verdienststrukturerhebung, so zeigt sich, dass der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten von 14,1% (2006) auf 14,8% (2014) gestiegen ist, im Vergleich zu 2010 (15,1%) ging der Anteil der Niedriglohnbeschäftigten zuletzt jedoch leicht zurück.[54]

Grafik 24

Entwicklung der hohen und niedrigen Bruttojahreseinkommen (real) der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten



Q: STATISTIK AUSTRIA, 2013, Lohnsteuer-/HV-Daten und VPI.

2.7.2 Schlüsselindikator Verhältnis der Einkommensquintile (S80/S20)

Quantilsverhältnisse beschreiben das Verhältnis des Einkommens gleich großer Einkommensgruppen. Der *WgÖ*? Schlüsselindikator S80/S20 vergleicht den Einkommensanteil der reichsten 20% mit jenem der ärmsten 20%. Je stärker der Quotient von 1 abweicht, desto ungleicher sind die Einkommen zwischen diesen beiden Bevölkerungsgruppen verteilt.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

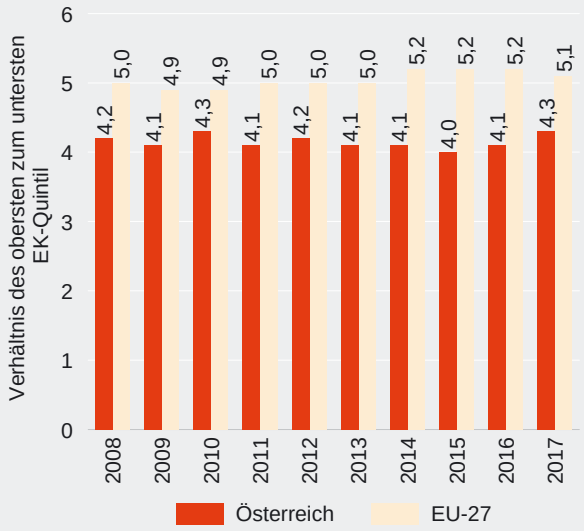
„Da sich das Einkommensquintilsverhältnis seit 2008 kaum verändert hat, wird die langfristige Entwicklung der sekundären Haushaltseinkommen neutral eingestuft. Die Bewertung der kurzen Frist (2015 bis 2017) fällt aufgrund des Anstieges seit 2015 tendenziell negativ aus."

Unter „Einkommen" wird hier das äquivalisierte verfügbare Netto-Haushaltseinkommen (inkl. monetärer Sozialtransfers aber ohne Sachtransfers) verstanden. Um Haushalte unterschiedlicher Größe und Zusammensetzung vergleichbar zu machen, wird das äquivalisierte Haushaltseinkommen berechnet. Damit wird das verfügbare Haushaltseinkommen dem Einkommen einer alleinstehenden Person vergleichbar gemacht.[55] Der Referenzzeitraum ist das Jahr vor der Befragung, d.h. aus der derzeit aktuellen Befragung des Jahres 2018 stehen Daten zum Einkommen im Jahr 2017 zur Verfügung.[56]

Das Einkommensquintilsverhältnis wird in Grafik 25 abgebildet. Zwischen 2008 und 2017 lässt sich keine Öffnung der Einkommensschere aus den Daten ablesen. Zuletzt waren die sekundären Einkommen[57] des reichsten Einkommensquintils 4,3 mal so hoch, wie jene des ärmsten. Dieser Wert ist seit Beginn der Beobachtungsreihe 2008 praktisch unverändert, 2017 kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einem (auf 95%-Niveau jedoch nicht signifikanten) leichten Anstieg von 4,1 auf 4,3.

Grafik 25

S80/S20 Einkommensquintil-Verhältnis der verfügbaren Netto-Jahreshaushaltseinkommen (Personen bis 64 Jahre)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

[54] Zu den Niedriglohnbeschäftigten zählt, wer weniger als zwei Drittel des Medianlohns verdient (Niedriglohngrenze: 2006 7,65 €, 2010 8,52 €, 2014 9,24 € brutto pro Stunde).

[55] Dabei geht man einerseits von einer gewissen Kostenersparnis bei zunehmender Haushaltsgröße aus (ein 2-Personen-Haushalt braucht nicht 2 Kühlschränke), andererseits wird das Alter der Haushaltsmitglieder berücksichtigt: die erste Person erhält ein Gewicht von 1, jede weitere (erwachsene) Person 0,5 und Kinder unter 14 Jahren 0,3.

[56] Die Jahreszahlen in Grafik 25 beziehen sich auf das Referenzjahr.

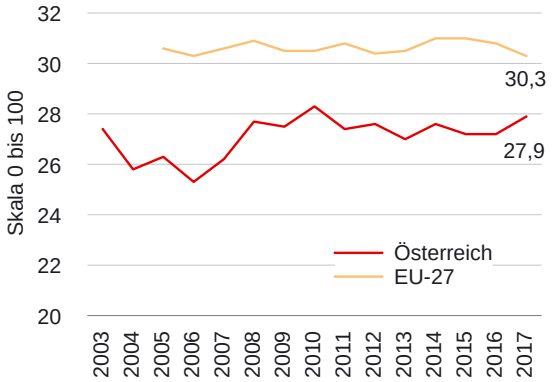
[57] Verfügbare Einkommen inkl. erhaltener und abzüglich geleisteter Privattransfers.

Verteilungsdaten auf Mikro-Datenbasis (aus Haushaltserhebungen) sind aus unterschiedlichen Gründen mit Vorsicht zu interpretieren: Insbesondere ist von einer Unterschätzung der Ungleichverteilung auszugehen, da Haushalte mit sehr hohen Einkommen und Vermögen schwierig für Erhebungen zu gewinnen sind bzw. von einer Zufallsstichprobe kaum erfasst werden können.

Stärkere Aussagekraft gewinnt der Indikator im EU-Vergleich: Im Durchschnitt hatte die EU-Bevölkerung im obersten Quintil rund fünfmal mehr Einkommen, als jene im untersten. Österreich befand sich 2017 mit einem Verhältnis von 4,3 deutlich unter EU-Durchschnitt. Das P90 / P10-Verhältnis gibt im Vergleich dazu das Verhältnis der Grenzen des neunten Dezils zu dem des ersten Dezils an.[58] Auch dieser Wert hat sich seit 2008 wenig geändert und liegt für Österreich 2017 bei 3,3.

Eine weitere zentrale Kennzahl für die Einkommenskonzentration ist der Gini-Koeffizient. Er nimmt bei totaler Gleichverteilung der Einkommen den Wert 0 und bei totaler Konzentration auf einen Einzelfall 100 an. Grafik 29 stellt die Entwicklung des Gini-Koeffizienten für das verfügbare Äquivalenzeinkommen in Österreich und der EU-27 im Zeitraum 2003-2017 dar.[59] Nach dem durch die Verwendung von Verwaltungsdaten für die Einkommenserhebung bedingten Zeitreihenbruch in 2008, liegt

Grafik 26
Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2000-2017; Eurostat. - Zeitreihenbruch 2008.

der Gini-Koeffizient in Österreich seit 2009 relativ stabil auf etwa demselben Niveau wie zu Beginn des Beobachtungszeitraumes. Dabei fällt die Einkommenskonzentration 2017 in Österreich mit einem Gini-Koeffizienten von 27,9 geringer aus als im EU-27 Durchschnitt (30,3).

Im Vergleich dazu liegt der Gini-Koeffizient vor Sozialtransfers, Abgaben und Privattransfers bei 37,5 – also deutlich über jenem des verfügbaren Äquivalenzeinkommens der Haushalte von 27,9.

2.7.3 Schlüsselindikator Gender Pay Gap

Der Gender Pay Gap wurde 2016 zum Schlüsselindikator des *WgÖ?*-Indikatorensets aufgewertet. Der geschlechtsspezifische Lohnunterschied (ohne Anpassungen) beschreibt die Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der männlichen und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Der Gender Pay Gap misst demnach den Anteil, den Frauen brutto pro Stunde weniger verdienen als Männer.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Da sich der Gender Pay Gap in den vergangenen 10 Jahren kontinuierlich an den Vergleichswert der EU-27 annähert, wird die langfristige Entwicklung als tendenziell positiv eingestuft. Auch die Bewertung der kurzen Frist fällt aufgrund des Rückgangs seit 2014 tendenziell positiv aus, wenngleich die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede im internationalen Vergleich nach wie vor sehr hoch ausfallen und der Rückgang nur sehr langsam voran geht."

Der Schlüsselindikator „Gender Pay Gap" ist einer aus einer Reihe von Gender Equality Indikatoren, die zur Messung der Geschlechtergleichstellung in der EU herangezogen werden. Der Indikator bezieht sich auf alle unselbständig Beschäftigten in Unternehmen mit 10 und mehr Beschäftigten in der Privatwirtschaft. Beschäftigte in der Land- und Forstwirtschaft sowie in der öffentlichen Verwaltung werden nicht berücksichtigt.

Basis für die Berechnung sind die Bruttostundenverdienste, da diese aussagekräftige Vergleiche unabhängig von der Arbeitszeit (Voll-/Teilzeit) ermöglichen. Der Schlüsselindikator wurde als „unbereinigt" (ohne Anpas-

[58] Im Vergleich zum Einkommensquintilsverhältnis S80/S20 vergleicht der Indikator P90 / P10 nicht die Summe der höchsten Einkommen mit jenen der niedrigsten, sondern setzt die Grenzwerte, die das unterste und das oberste Dezil bestimmen, ins Verhältnis. Für die EU-Länder wird der Verteilungsindikator des Einkommensquintilsverhältnis jedoch häufiger betrachtet.

[59] Für das Aggregat der EU-28 stehen die Daten erst ab 2010 zur Verfügung, zur Darstellung dieses Indikators wird daher das Aggregat der EU-27 (ohne Kroatien) verwendet.

sungen) definiert, d.h. er berücksichtigt keine Unterschiede im Hinblick auf die Beschäftigungsstruktur, sondern stellt ein Gesamtbild der geschlechtsspezifischen Lohnungleichheiten am Arbeitsmarkt dar.

Gemäß dem EU-Indikator „Gender Pay Gap" betrug der geschlechtsspezifische Verdienstunterschied (ohne Anpassungen) gemessen an den Bruttostundenverdiensten in der Privatwirtschaft 2016 in Österreich 20,1 % (siehe Grafik 27). Seit Beginn des Beobachtungszeitraums 2006 (25,5%) ist dieser Wert langsam aber kontinuierlich zurückgegangen. Dennoch schlagen sich die damit verbundenen Einkommensnachteile sowie die unterschiedlichen Beschäftigungschancen von Frauen und Männern letztlich in für Frauen niedrigeren Pensionen und in einem höheren sozialen Risiko nach wie vor deutlich nieder (Lamei & Skina-Tabue 2011).

Als Zusatzinformation wird dem Gender Pay Gap in unbereinigter Form der „bereinigte" Gender Pay Gap gegenüber gestellt[60]. Berücksichtigt man den Einfluss verschiedener Faktoren auf den Gender Pay Gap, so zeigt sich, dass basierend auf den Daten der Verdienststrukturerhebung 2014 insgesamt 8,6%-Punkte durch beobachtbare Unterschiede erklärt werden können. Der größte Teil des erklärten Lohnunterschieds kann dabei auf die branchen- und berufsspezifische Segregation des Arbeitsmarktes zurückgeführt werden. Ein weiterer Teil beruht auf Unterschieden betreffend das Ausbildungsniveau, das Alter, die Dauer der Unternehmenszugehörigkeit, das Ausmaß der Beschäftigung oder die Art des Arbeitsvertrags. Der große Rest von 13,6%-Punkten – der bereinigte Gender Pay Gap – kann dagegen nicht durch die im Modell enthaltenen Merkmale erklärt werden.

Der Vergleich verdeutlicht, dass der geschlechtsspezifische Lohnunterschied in Österreich nur zum Teil die Folge von strukturellen Ungleichheiten ist (Geisberger & Glaser 2014). Bei der Interpretation ist zudem zu berücksichtigen, dass die Bereinigung um beobachtbare Faktoren letztlich eine rein rechnerische ist, da geschlechtsspezifische Ungleichheiten auf dem Arbeitsmarkt bewusst herausgerechnet werden. Real bleiben die Unterschiede und damit auch das Lohngefälle bestehen. Weiter ist zu bedenken, dass fast die Hälfte der Frauen und fast drei Viertel der Frauen mit Kindern in Teilzeit arbeiten (siehe Grafik 23), sodass die Monatsgehälter von Frauen noch weiter unter jenen der Männer liegen und damit auch die Pensionshöhe.

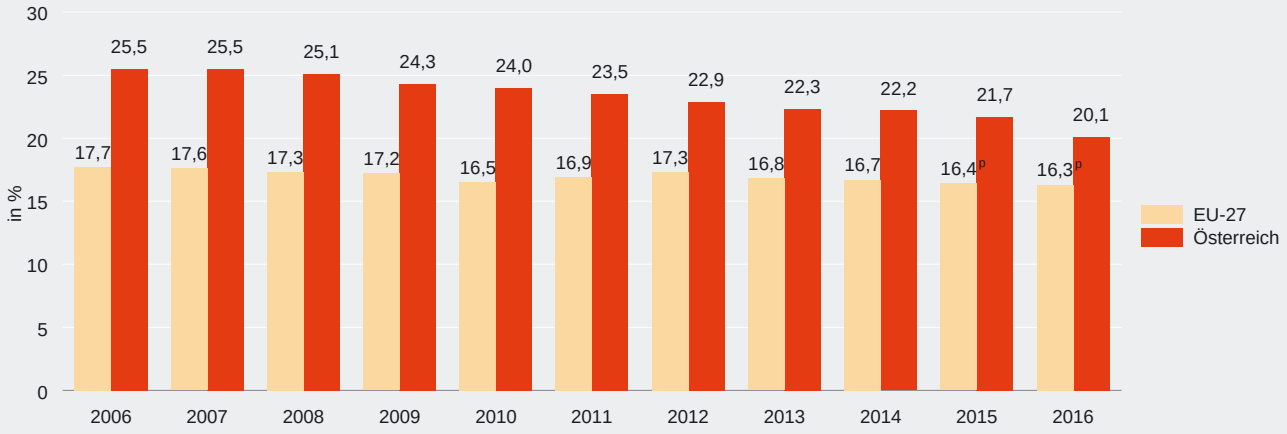
Betrachtet man den Gender Pay Gap im internationalen Vergleich, dann zählt Österreich zu den Ländern mit den größten Lohn- und Gehaltsunterschieden. Auch 2016 fiel der geschlechtsspezifische Lohnunterschied in der EU-27 mit durchschnittlich 16,3 % deutlich geringer aus als in Österreich, das im EU-Vergleich 2016 an fünfter Stelle steht –vor dem Vereinigten Königreich (21,0 %), Deutschland (21,5%), der Tschechischen Republik (21,8%) und Estland (25,3%) (siehe auch Kapitel 5.2).

2.7.4 Verteilung der privaten Vermögen

Die hier gezeigten Daten zur Vermögensverteilung in Österreich stammen aus dem 2014 von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) durchgeführten Hou-

Grafik 27

Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (unbereinigt)



Q: STATISTIK AUSTRIA; Eurostat. - Geschlechtsspezifischer Lohnunterschied (ohne Anpassungen) - Unterschied zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten von Frauen und Männern. - p = vorläufig

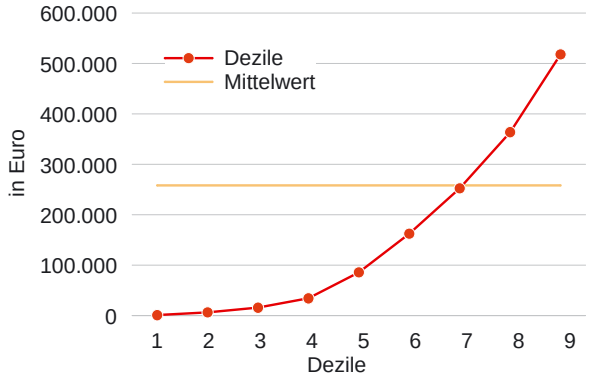
[60] Das Lohndifferential wurde mit Hilfe der Oaxaca-Blinder-Dekomposition in einen erklärten und einen unerklärten Teil zerlegt. Der erklärte Teil bezeichnet jenen Teil des Gender Pay Gap, der auf die ungleiche Verteilung von Frauen und Männern hinsichtlich der beobachteten Merkmale zurückgeführt werden kann. Der unerklärte Teil ist dagegen jener Teil, der nicht auf den in das Modell einbezogenen sozioökonomischen Faktoren beruht.

sehold Finance and Consumption Survey (HFCS)[61]. Im HFCS werden Sachvermögen (z.B. Immobilien, Unternehmenseigentum, Fahrzeuge, Wertgegenstände), Finanzvermögen (Wertpapiere, Girokonten, Spareinlagen etc.) und die Verschuldung privater Haushalte erfasst (siehe Fessler et al. 2012). Das Bruttovermögen bezeichnet demgemäß die Summe von Sach- und Finanzvermögen. Nach Abzug der Verschuldung erhält man das Nettovermögen.

Das Nettovermögen beschreibt die Vermögenslage eines Haushalts am besten. Eine Beschränkung darauf würde jedoch die Zusammensetzung des Vermögens eines Haushalts außer Acht lassen. Im Folgenden werden daher beide Vermögensaspekte berücksichtigt.

Grafik 28 zeigt Dezile und den Mittelwert des Nettovermögens in Österreich. Die neun Dezile zerlegen die Menge der Haushalte in zehn umfanggleiche Teile. Entsprechend liegen dann beispielsweise unterhalb des dritten Dezils 30% aller Haushalte.

Grafik 28
Dezile und Mittelwert des Nettovermögens (2014)

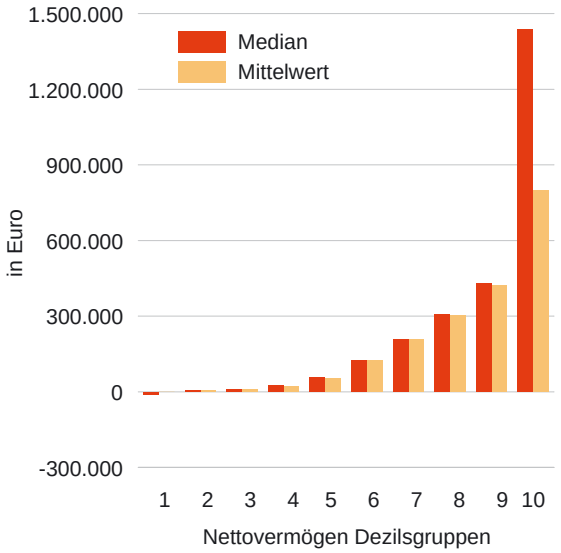


Q: OeNB, HFCS-Austria 2014.

Jeder Punkt in der Grafik repräsentiert eine Vermögensgrenze, die ein Dezil vom nächsten trennt. Das unterste Zehntel der Haushalte lag 2014 unterhalb einer Nettovermögensgrenze von rund 1.000 Euro (anders formuliert verfügen die ärmsten 10% der Haushalte über ein Nettovermögen von jeweils weniger als 1.000 Euro). Die Nettovermögensgrenze unterhalb derer sich 50% (5. Dezil bzw. Median) der Haushalte befanden, betrug rund 86.000 Euro. Die reichsten 10 % der Haushalte, welche über dem Grenzwert des 9. Dezils lagen, hielten jeweils Vermögen von über 518.000 Euro. Erst in diesen reichsten 10 % der Haushalte wurden Nettovermögen von über 1 Mio. Euro erfasst, wobei es hier zu großen Datenunsicherheiten und Erfassungsproblemen kam (siehe Fessler et al., 2016). Grafik 28 verdeutlicht die markante Ungleichverteilung des Nettovermögens. Im Gegensatz zum Median (5. Dezil), der bei rund 86.000 Euro lag, lag der Mittelwert des Nettovermögens bei rund 258.000 Euro (etwa 70 % der Haushalte verfügten über weniger).

Grafik 29 stellt Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens innerhalb der Dezilsgruppen dar. Daraus lässt sich erkennen, dass jene 10 % der Haushalte mit dem niedrigsten Nettovermögen im Durchschnitt sogar ein negatives Nettovermögen aufwiesen. Der Mittelwert lag in dieser Gruppe bei rund -11.600 Euro. Es zeigt sich darüber hinaus eine deutliche Streuung nach oben, d. h. Mittelwert und Median fielen bei den 10 % der Haushalte mit dem höchsten Nettovermögen weit auseinander. Während Median und Mittelwert in der Vermögensgruppe darunter (unterhalb des 9. Dezils) noch nahe bei 400.000 Euro lagen, hielten die Haushalte der reichsten 10 % im Median 801.000 Euro, aber im Durchschnitt bereits über 1,4 Mio. Euro an Nettovermögen.

Grafik 29
Mediane und Mittelwerte des Nettovermögens der Dezilsgruppen (2014)



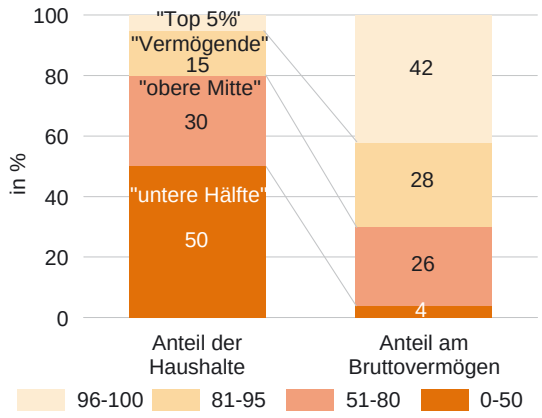
Q: OeNB, HFCS-Austria 2014.

Grafik 30 veranschaulicht die Verteilung der Bruttovermögen. Hier werden die privaten Haushalte nach ihrem Bruttovermögen in vier Gruppen unterteilt: i) „untere Hälfte“, ii) „obere Mitte“, iii) „Vermögende“ und iv) „Top 5%“. Aus der Darstellung geht hervor, dass die 50% der Haushalte mit den niedrigsten Bruttovermögen (untere Hälfte) einen Anteil von 4% am gesamten Bruttovermögen hielten. Die 30% der „oberen Mitte“ besaßen 26% und die 15% „vermögenden“ Haushalte 28% des Gesamtbruttovermögens.

[61] Die Ergebnisse der dritten Welle der Erhebung des HFCS stehen für Österreich zum Zeitpunkt der Veröffentlichung von Wie geht's Österreich 2018 noch nicht zur Verfügung, http://www.hfcs.at/

Den größten Anteil hielten mit 42% die 5% der Haushalte mit dem höchsten Bruttovermögen.

Grafik 30
Verteilung der Bruttovermögen



Q: OeNB, HFCS-Austria 2014.



3 Lebensqualität

Ausgrenzungsgefährdung relativ konstant

2017 waren 18,1 % der Bevölkerung in Österreich von Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung betroffen, 2016 18,0 %

Wohnkostenüberbelastung gestiegen

Der Anteil der Personen mit Wohnkostenüberbelastung hat sich im Zeitraum 2008 bis 2017 von 6,1 % auf 7,1 % erhöht

Lebenszufriedenheit auch 2017 sehr hoch

37,9 % bewerteten ihre Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10 mit 9 oder 10

3.1 Lebensqualität

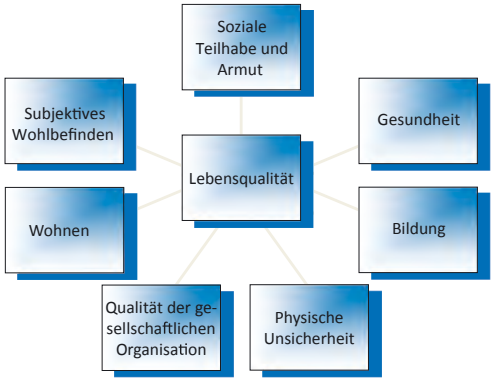
Der Bevölkerung ein "gutes Leben" zu ermöglichen, ist ein zentrales Ziel der öffentlichen Politik. Lebensqualität ist jedoch ein vielschichtiger Begriff und umfasst je nach Blickwinkel objektive und subjektive Aspekte. Was unter diesem guten Leben zu verstehen ist, ist nicht eindeutig definiert und Gegenstand von Kontroversen. Eine dieser Debatten bezieht sich auf die Frage, inwiefern sich Lebensqualität über objektive Indikatoren wie Einkommen, Bildung und Gesundheit überhaupt erfassen lässt, oder ob immer auch subjektive Einschätzungen und auch Gewichtungen miteinbezogen werden müssen.

Der Stiglitz-Bericht vereint diese Zugänge und betont, dass Lebensqualität über ökonomische Produktion und Lebensstandard hinausgeht. Sie umfasst demnach die gesamte Bandbreite an (subjektiven und objektiven) Faktoren, die beeinflussen, was Menschen über den materiellen Fokus hinaus in ihrem Leben wertschätzen (Stiglitz et al. 2009, S. 41). Viele Bedingungsfaktoren menschlichen Wohlbefindens können demnach nicht monetarisiert werden. Kennzahlen zur Lebensqualität sind jedoch gar nicht darauf ausgerichtet, konventionelle ökonomische Indikatoren zu ersetzen, sondern ermöglichen es stattdessen, politische Diskussionen zu bereichern und die Gesellschaft über die Lebensbedingungen der Bürgerinnen und Bürger zu informieren.

Während die Frage, worin Lebensqualität zum Ausdruck kommt und was ihre Komponenten sind, eine lange philosophische Tradition hat, geht es gegenwärtig darum, diese Debatte in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen und mit statistischem Datenmaterial zu unterfüttern. Dafür mussten pragmatische Entscheidungen getroffen werden. Der Sponsorship Report leitet aus den Empfehlungen des Stiglitz-Berichts eine Operationalisierung von Lebensqualität in 8+1 Dimensionen ab und formuliert eine vorläufige Liste mit dazugehörigen Schlüsselindikatoren. Eurostat übernimmt diese Vorgehensweise in seiner Lebensqualitäts-Berichterstattung[62], verwendet an anderen Orten[63] aber auch Lebensqualitätskonzepte, die aus elf Dimensionen bestehen.

Für *WgÖ?* wurden insgesamt zehn Indikatoren gewählt, die sieben Dimensionen der Lebensqualität zugeordnet werden (siehe Grafik 31). Im Vergleich zum Vorjahrsbericht (*WgÖ?* 2017) wurde einen Änderung in der Dimension Wohnen vorgenommen. Hier wurde der Indikator „Wohnkostenüberbelastung" zum Schlüsselindikator ernannt, während der bisherige Schlüsselindikator „Sehr schlechter Wohnstandard" zur Zusatzinformation zurückgestuft wurde.

Grafik 31
Dimensionen der Lebensqualität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Übersicht 5
Schlüsselindikatoren der Lebensqualität mit Bewertung

Lebensqualität	kurzfristig	langfristig
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung		
Subjektiver Gesundheitszustand		
Frühzeitige Sterblichkeit		
Tertiärquote		
Frühe Schul- u. Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger		
Physisches Unsicherheitsempfinden		
Tötungsrate		
Vertrauen in das politische System	–	–
Wohnkostenüberbelastung		
Subjektive Lebenszufriedenheit		–

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Übersicht 5 stellt die zehn Schlüsselindikatoren dar, von denen aufgrund verfügbarer Zeitreihen neun bewertbar sind.

[62] https://ec.europa.eu/eurostat/web/gdp-and-beyond/quality-of-life
[63] http://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/qol/index_de.html

Im vorliegenden Bericht werden zur einfacheren und anschaulicheren Darstellung jene subjektiven Indikatoren, die auf einer elfstufigen Skala basieren (z. B. von 0 „überhaupt nicht zufrieden" bis 10 „vollkommen zufrieden"), in drei Kategorien – niedrig, mittel und hoch – untereilt. Die Grenzwerte für diese Zusammenfassung entsprechen dabei jenen, die für Eurostat entwickelt und im Bericht über die EU-Ergebnisse des EU-SILC Moduls Wohlbefinden (2013) angewendet wurden. Da keine theoretischen bzw. externen Kriterien auf internationaler Basis vorhanden waren, wurde ein verteilungsbasierter Ansatz gewählt. Beispielsweise bedeutet das für die Lebenszufriedenheit, dass die Ausprägungen, die jeweils von den 20 % zufriedensten Personen im EU-Durchschnitt gewählt werden, als hoch klassifiziert wurden. Das waren bei den Zufriedenheiten die Werte 9 und 10. Am unteren Ende der Skala wurden jene Ausprägungen als niedrig klassifiziert, die von den circa 20 % unzufriedensten Personen gewählt wurden. Das sind die Ausprägungen 0 bis 5. Bei 6 bis 8 liegt also eine mittlere Zufriedenheit vor, die auf circa 60 % der europäischen Bevölkerung zutrifft (vgl. Eurostat 2015b). Demnach wird die Frage nach der Lebenszufriedenheit, die von den Respondentinnen und Respondenten auf einer Skala von 0 für „überhaupt nicht zufrieden" bis 10 für „vollkommen zufrieden" beantwortet wurde, also in niedrige (0 bis 5), mittlere (6 bis 8) und hohe (9 bis 10) Zufriedenheit gruppiert. Alle anderen Zufriedenheitsfragen bedienen sich ebenso dieser Grenzwerte. Jene für die Fragen nach dem Vertrauen in Institutionen oder andere Personen, bei denen ebenfalls eine elfstufige Skala verwendet wurde, basieren ebenso auf der 20:60:20-Verteilung. Das ergibt für das Vertrauen in Institutionen und in andere Personen mit niedrig: 0-4; mittel: 5-6; hoch: 7-10 andere Grenzwerte als für die Zufriedenheitsfragen.

Die Analysen dieses Kapitels basieren in erster Linie auf Daten der Europäischen Erhebung zu Einkommen und Lebensbedingungen EU-SILC[64]. Weitere verwendete Datenquellen sind z. B. die Arbeitskräfteerhebung (MZ-AKE), die Todesursachenstatistik und die Zeitverwendungserhebung 2008/09. All diese Daten werden bei Statistik Austria erhoben und aufbereitet. Der Fokus liegt auf hoch relevanten Indikatoren, die u. a. dem politischen Monitoring nationaler und internationaler Schlüsselziele dienen (z. B. Europa 2020). Außerdem werden Maßzahlen berücksichtigt, die weiterreichende Analysen etwa nach Geschlechtsunterschieden oder nach Einkommensquintilen ermöglichen. Wenn nicht anders darauf hingewiesen wird, bezieht sich „Bevölkerung" auf Personen in privaten Haushalten in Österreich.

[64] European Statistics on Income and Living Conditions, http://ec.europa.eu/eurostat/web/income-and-living-conditions/overview bzw. www.statistik.at/silcinfo

3.2
Soziale Teilhabe und Armut

Materielle Lebensbedingungen, aber auch die soziale Eingebundenheit, die nicht zuletzt durch diese ermöglicht wird und dieselbe wiederum beeinflusst, bilden den Rahmen, in der sich Lebensqualität entfalten kann. Obwohl Europa und speziell Österreich zu den wohlhabendsten Regionen der Welt gehören, zeigt sich, dass viele Haushalte Schwierigkeiten haben, mit ihren finanziellen Ressourcen ein Auslangen zu finden. Darüber hinaus fehlt vielen Menschen die soziale Eingebundenheit, um solche Notlagen abzufedern und ganz allgemein Hilfe in schwierigen Lebenssituationen zu erhalten. Andersherum hindern mangelnde materielle Ressourcen Menschen oft daran, am sozialen Leben teilzunehmen und stabile Beziehungen aufzubauen und zu pflegen. Deswegen werden diese beiden Aspekte in dieser Dimension gemeinsam behandelt.

Probleme mit den vorhandenen Mitteln auszukommen, niedriger Lebensstandard und Deprivation beschränken sich nicht auf Haushalte mit geringer Erwerbsintensität oder ökonomischer Inaktivität. Oft reichen materielle Probleme tief in die sogenannte Mittelschicht, da viele Faktoren (wie zum Beispiel hohe Lebenshaltungskosten, Schulden, Energiepreise etc.) dazu beitragen können, dass das Einkommen nicht mehr ausreicht, um in adäquater Weise an der Gesellschaft teilzuhaben.

Im Zuge der Europa 2020 Strategie wurde als soziales Kernziel formuliert, bis 2020 europaweit die Zahl der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten um 20 Millionen Menschen zu reduzieren (Ausgangswert 2008: rund 120 Millionen). Als Teil dieser Strategie wurde 2010 die Europäische Plattform gegen Armut und soziale Ausgrenzung ins Leben gerufen.

Konkrete Maßnahmen liegen zwar in der Kompetenz der nationalen Regierungen, die Plattform versucht jedoch, diese Bemühungen zu unterstützen, indem sie „best practices" identifiziert und den wechselseitigen Erfahrungsaustausch fördert. Politische Koordination, der Dialog zwischen den Stakeholdern, Funding und strategische Partnerschaften sind wichtige Bestandteile dieses Prozesses.

In Anerkennung der zentralen Bedeutung des Europa 2020 Ziels und dieser Initiativen ist „Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung" auch im *WgÖ?-Set* als Schlüsselindikator der Dimension soziale Teilhabe und Armut definiert. Ergänzt wird dieser Indikator um Zusatzinformationen zu den einzelnen Teilaspekten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung und um die verfestigte Mehrfachausgrenzungsgefährdung, um darüber hinaus auch individuelle zeitliche Entwicklungen und nicht nur Gesamttrends abzubilden. Dieser Indikator ist auch Bestandteil der österreichischen Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung. Datenbasis für seine Berechnung ist EU-SILC mit seiner Längsschnittkomponente. Die soziale Teilhabe wird schließlich über den Indikator „Tragfähigkeit sozialer Beziehungen" erfasst, bei dem danach gefragt wird, ob man Verwandte, Freunde oder Nachbarn hat, die man um Hilfe bitten kann. Diese Frage wurde zuletzt in SILC 2015 im Sondermodul zur sozialen und kulturellen Teilhabe gestellt.

Auf Grundlage der Einkommens- und Lebensbedingungen-Statistikverordnung (ELStV) wurden in der Erhebung EU-SILC 2012 erstmals Verwaltungsdaten zur Berechnung von Komponenten des Haushaltseinkommens sowie für die Hochrechnung verwendet. Um das Monitoring des Europa 2020 Ziels zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung trotz Umstellung auf Verwaltungsdaten mit EU-SILC 2012 zu gewährleisten, hat Statistik Austria durch eine Rückrechnung von EU-SILC 2008-2011 mit Verwaltungsdaten eine neue Zeitreihe der Indikatoren erstellt. Diese im Oktober 2014 revidierten Werte werden in den entsprechenden Grafiken zur Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ausgewiesen.

3.2.1
Schlüsselindikator Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung

Als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet gelten all jene Personen, die zumindest von einem der drei folgenden Teilaspekte der Armut betroffen sind: relative monetäre Armut, Deprivation oder geringe Erwerbsintensität im Haushalt.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die nationale Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung ist deutlich niedriger als jene der EU-28. Die Armuts- oder

Ausgrenzungsgefährdungsquote hat sich in der langfristigen und kurzfristigen Betrachtung leicht verringert. Da die absolute Verringerung von 136.000 Personen (2017 im Vergleich zu 2008) aber deutlich unter der nationalen Zielvorgabe von 235.000 Personen liegt, fällt die langfristige und kurzfristige Bewertung nur neutral aus. Generell wird angemerkt, dass die absolute Zielvorgabe dynamische Entwicklungen bspw. der Bevölkerung nicht ausreichend berücksichtigen kann."

Konkret umfasst die Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten daher Personen, auf die zumindest eines der folgenden drei Merkmale zutrifft:

1. Personen, deren Haushalt über ein Einkommen verfügt, das unter 60 % des nationalen Medianeinkommens liegt[65]

2. Personen, deren Haushalt nach EU-Definition erheblich materiell depriviert ist, also vier oder mehr der folgenden neun Merkmale aufweist:

   a. Es bestehen Zahlungsrückstände bei Miete, Betriebskosten oder Krediten

Folgende Dinge sind finanziell nicht leistbar:

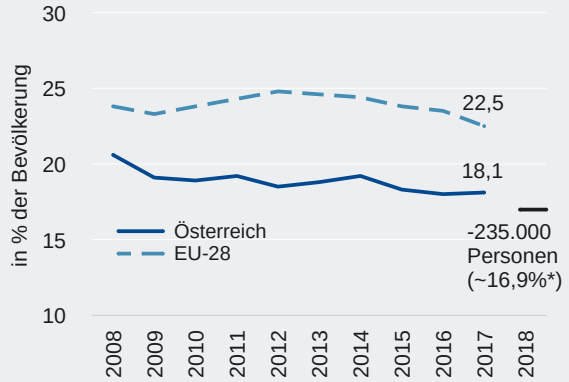
   b. einmal im Jahr auf Urlaub zu fahren
   c. unerwartete Ausgaben in Höhe von 1.160 Euro (EU-SILC 2016) zu tätigen
   d. die Wohnung angemessen warm zu halten
   e. jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder vergleichbare vegetarische Speisen zu essen
   f. ein Pkw
   g. eine Waschmaschine
   h. ein Fernsehgerät
   i. ein Festnetztelefon oder Handy

3. Personen, die jünger als 60 Jahre alt sind und in einem (nahezu) erwerbslosen Haushalt leben.

In Österreich ist hinsichtlich der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung eine Tendenz in die gewünschte Richtung zu beobachten: Der Anteil der armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Bevölkerung reduzierte sich von 20,6% im Jahr 2008 auf 18,1 % im Jahr 2017, das entspricht 1.563.000 Personen (siehe Grafik 32[66]). In den letzten drei Jahren hat sich der Anteil um 0,2 %-Punkte verringert: 2015 waren 18,3% armuts- oder ausgrenzungsgefährdet (2016 18%). In der nationalen Umsetzung des Europa 2020 Ziels wird eine Verringerung der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung um 235.000 Personen innerhalb von zehn Jahren angestrebt (vgl. BKA 2017[67]). Basis für den Beobachtungszeitraum ist das Jahr 2008 – jenes Jahr, dessen Daten zum Zeitpunkt der Vereinbarung der Strategie im Jahr 2010 für alle Länder verfügbar waren. Das Ende der „Europa 2020 Strategie" wird EU-weit – auf Grund der etwas späteren Datenverfügbarkeit als in Österreich – mit der Erhebung EU-SILC 2018 zusammenfallen. Seit 2008 (20,6 %) ist in Österreich eine sinkende Tendenz der von sozialer Ausgrenzung gefährdeten Personen erkennbar (2017: 18,1%), die Zahl hat sich um 136.000 Personen verringert. Um dieses Ziel zu erreichen, müsste die Zahl der Betroffenen noch um weitere 99.000 Personen verringert werden. Zu beachten sind dabei allerdings die jährlichen Schwankungsbreiten auf Grund der Stichprobenerhebung: So lag 2017 die statistische Schwankungsbreite für Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung mit 95 % Vertrauenswahrscheinlichkeit bei +/- 125.000 Personen. Dementsprechend ist auch die Reduktion mit einem statistischen Fehler behaftet und kann strenggenommen nicht genau beziffert werden, die sinkende Tendenz ist jedoch aufgrund der mehrjährigen Entwicklung relativ abgesichert.

Grafik 32

Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde. - *) In der nationalen Umsetzung des Europa 2020-Ziels wird eine absolute Verringerung um 235.000 Personen für 2018 angestrebt. Der hier ausgewiesene Wert stellt einen fiktiven relativen Zielwert dar, der auf dem absoluten Zielwert von 235.000 Personen in Relation zum Bevölkerungsstand basiert.

Das Risiko, zur Gruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten zu gehören, ist in unterschiedlichen Bevölkerungsgruppen unterschiedlich hoch. So zeigt Grafik 33,

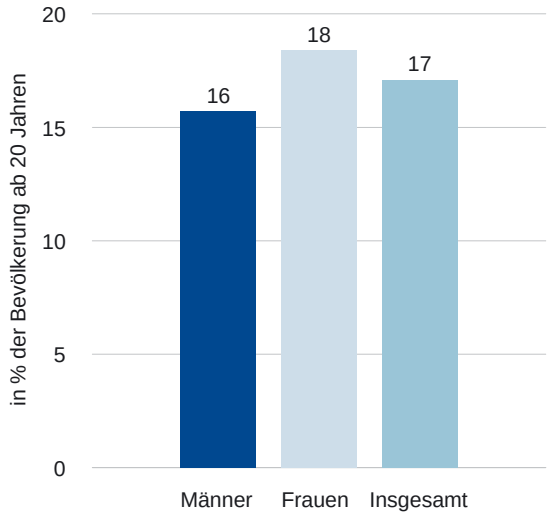
[65] Die Armutsgefährdungsschwelle für einen Einpersonenhaushalt beträgt 2017 1.238 Euro pro Monat. Sie erhöht sich um 618 Euro für jeden weiteren Erwachsenen und um 371 Euro für jedes Kind unter 14 Jahren.

[66] Auf Grundlage der Einkommens- und Lebensbedingungen-Statistikverordnung (ELStV) wurden in der Erhebung EU-SILC 2012 erstmals Verwaltungsdaten zur Berechnung von Komponenten des Haushaltseinkommens sowie für die Hochrechnung verwendet. Um das Monitoring des Europa 2020 Sozialziels trotzdem zu gewährleisten, hat Statistik Austria durch eine Rückrechnung von EU-SILC 2008-2011 mit Verwaltungsdaten im Oktober 2014 eine neue, hier verwendete Zeitreihe der Indikatoren erstellt.

[67] Bundeskanzleramt (2017). Nationales Reformprogramm Österreich. https://www.bundeskanzleramt.gv.at/kernziele-europa-2020 (abgerufen am 16.07.2018).

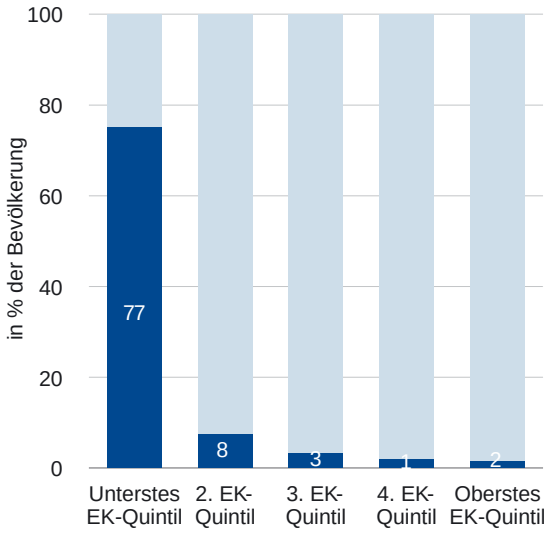
dass im Jahr 2017 in der Bevölkerung ab 20 Jahren mehr Frauen (18 %) ausgrenzungsgefährdet waren als Männer (16 %). Zum Teil hängt dies damit zusammen, dass Frauen in bestimmten Lebenssituationen (als Alleinerzieherinnen oder als Pensionistinnen mit geringer Pension) ein erhöhtes Armuts- oder Ausgrenzungsrisiko aufweisen. Es ist allerdings zu beachten, dass Geschlechterunterschiede im Haushaltszusammenhang nur eingeschränkt erkennbar sind und auf Grund des verwendeten Konzepts systematisch unterschätzt werden (da von einer gleichen Verteilung der Ressourcen innerhalb des Haushalts ausgegangen wird).

Grafik 33
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung der Bevölkerung ab 20 Jahren nach Geschlecht (2017)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017.

Grafik 34
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung nach Einkommensquintilen (2017)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

Betrachtet man den Anteil der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten in den verschiedenen Einkommensklassen des äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommens (siehe Grafik 34) so zeigt sich erwartungsgemäß, dass im untersten Einkommensquintil die Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung am höchsten ist. 77 % der Bevölkerungsgruppe mit dem niedrigsten äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommen waren 2017 armuts- oder ausgrenzungsgefährdet. Bemerkenswert ist jedoch, dass auch ein höheres Haushaltseinkommen nicht vollständig vor Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung schützt. So waren im zweiten Einkommensquintil noch 8 % und immerhin noch 3 % der Personen im dritten Einkommensquintil betroffen.

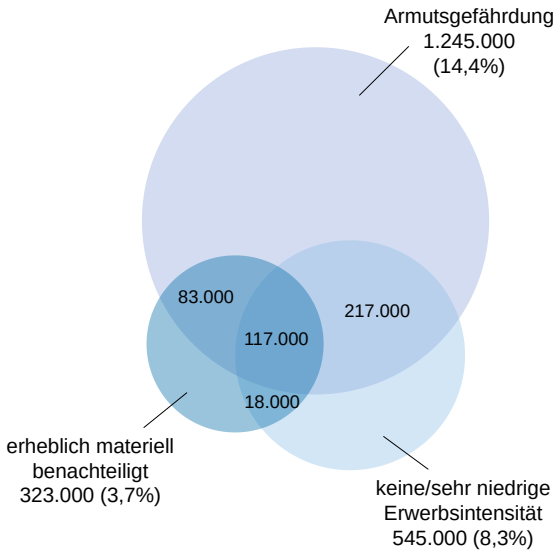
Erklärbar ist das u. a. damit, dass Einkommen bzw. Erwerbslosigkeit zeitversetzt auf die ökonomische Situation und den materiellen Lebensstandard wirken können. Von Relevanz sind daher (1) die Frage, ob mehrere dieser Faktoren gleichzeitig wirksam sind und sich daher eine größere Intensität der Problemlagen zeigt und (2) eine längerfristige Betrachtung, um die Frage zu beantworten, ob Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung temporär oder andauernd ist.

3.2.2 Aspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung

Wie oben bereits beschrieben, gilt eine Person dann als armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, wenn sie entweder ein niedriges Haushaltseinkommen hat oder unter erheblicher materieller Deprivation leidet oder in einem Haushalt mit geringer Erwerbsintensität lebt. Unter den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten machten die armutsgefährdeten (Einkommen unter 60 % des nationalen Medianeinkommens) Personen mit 14,4 % der Bevölkerung den größten Teil aus (entspricht 1.245.000 Personen).

Der entsprechende Anteil der Personen in Haushalten mit geringer Erwerbsintensität betrug 8,3 % (545.000) und der erheblich materiell Deprivierten 3,7 % (entspricht 323.000 Personen). Grafik 35 zeigt, dass ein relevanter Teil (27,8 % bzw. 434.00) der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten gleich von mindestens zwei Aspekten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung betroffen waren. Besonders deutlich ist dies bei den erheblich materiell benachteiligten Personen: fast 70 % dieser Personen hatten entweder ein Haushaltseinkommen unter der Armutsgefährdungsschwelle und / oder waren von geringer Erwerbsintensität im Haushalt betroffen.

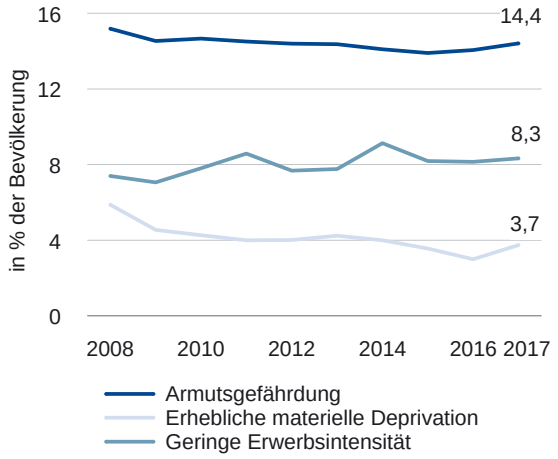
Grafik 35
Aspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (2017)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017.

Grafik 36 zeigt nun, wie sich die Betroffenheit von den verschiedenen Aspekten der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung in den letzten Jahren entwickelt hat.

Grafik 36
Aspekte der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im Zeitvergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

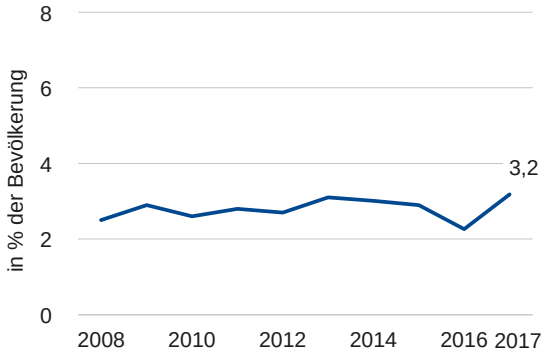
Bezüglich der Armutsgefährdung und der erheblichen materiellen Deprivation sind seit 2008 Rückgänge zu verzeichnen – bei der erheblichen materiellen Deprivation mehr noch als bei der Armutsgefährdung. Bei beiden hat es zuletzt einen leichten Anstieg gegeben, der allerdings auch auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein könnte. Die Betroffenheit von geringer Erwerbsintensität zeigt einen deutlich variableren Verlauf, zuletzt mit Werten über dem Niveau von 2008.

3.2.3 Verfestigte (Mehrfach)-Ausgrenzungsgefährdung

Dieser Indikator wurde als einer von 21 Leitindikatoren für soziale Eingliederung aufgenommen (inzwischen „Indikatoren für Armut und soziale Ausgrenzung"), die von Statistik Austria für das BMASGK unter Beteiligung der nationalen Armutsplattform entwickelt wurden (siehe Till et al. 2015). Als verfestigt mehrfach-ausgrenzungsgefährdet gelten Personen, die in mindestens zwei der drei Bereiche der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung (siehe oben) über mindestens zwei aufeinander folgende Jahre benachteiligt sind. Der Fokus auf verfestigte Benachteiligung in mehreren Bereichen rückt die Intensität der Benachteiligung in den Vordergrund.

Wenn eine erhöhte Intensität der Armutslagen – gemessen über „Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung" – und eine Verfestigung, also das Andauern dieses Zustandes, zusammenfallen, liegt nicht nur eine soziale Benachteiligung besonders großen Ausmaßes vor, es besteht auch die zunehmende Gefahr, nicht mehr angemessen am sozialen Leben teilnehmen zu können und Grundbedürfnisse nicht mehr decken zu können. Im Jahr 2017 waren 3,2 % der österreichischen Bevölkerung von verfestigter Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung betroffen (siehe Grafik 37). Das entspricht einem Anstieg gegenüber dem Vorjahr um 0,9 %-Punkte.

Grafik 37
Verfestigte Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

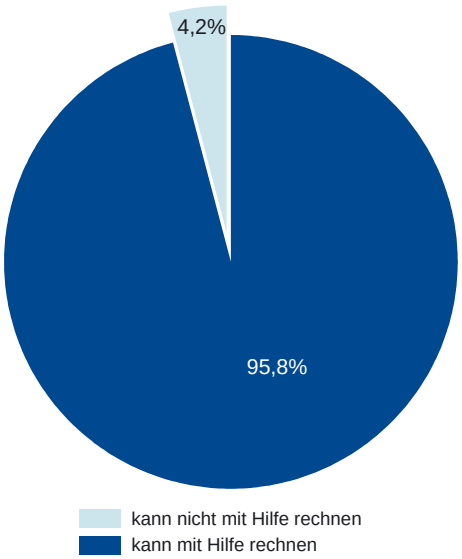
3.2.4
Tragfähigkeit sozialer Beziehungen

Als Indikator für die „Soziale Teilhabe" wurde die Tragfähigkeit sozialer Beziehungen herangezogen. Hierfür stehen Daten des EU-SILC Sondermoduls Soziale und kulturelle Teilhabe 2015 zur Verfügung. Folgende Frage wurde den interviewten Personen gestellt: „Haben Sie Verwandte, Freunde oder Nachbarn, die Sie um Hilfe bitten können?"

Soziale Beziehungen gehören zu den Grundpfeilern gesellschaftlichen Zusammenhalts und somit zu einer hohen Lebensqualität. Gute soziale Beziehungen können darüber hinaus helfen, materielle Engpässe zu bewältigen. Dauerhafte soziale Isolation hingegen führt zur Exklusion von einer adäquaten Teilhabe an der Gesellschaft und kann insbesondere im Alter zu Versorgungsproblemen führen. Andersherum können eine schlechte materielle Situation und eine geringe Erwerbsbeteiligung wiederum zur sozialen Isolation beitragen. Soziale Teilhabe ist für die Einschätzung der Lebensbedingungen von besonderer Relevanz: In Österreich werden Familie, Freunde und Freizeit nach der Gesundheit als die wichtigsten Lebensbereiche wahrgenommen (Europäische Kommission 2007).

Wie Grafik 38 zeigt, konnten 2015 4,1 % der Personen nicht auf tragfähige soziale Beziehungen bauen. 2013 waren es 3 %.

Grafik 38
Tragfähigkeit sozialer Beziehungen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2015)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015, Modul soziale und kulturelle Teilhabe.

3.3 Gesundheit

Gesundheit ist laut WHO ein Zustand völligen physischen, mentalen und sozialen Wohlbefindens und nicht lediglich die Abwesenheit einer Krankheit oder eines Gebrechens. Sie stellt eine unverzichtbare Bedingung des individuellen Wohlergehens wie auch der gesellschaftlichen Prosperität dar.

Bezüglich der Dimension Gesundheit steht eine Reihe von Indikatoren und Daten zur Verfügung. Eurostat veröffentlicht auf seiner Webpage „GDP and beyond" zur Gesundheit im Bereich „Lebensqualität" zehn Indikatoren, die den Themen „Gesundheitsstatus" (z. B. Lebenserwartung), „Gesundheitsdeterminanten" (z. B. Gesundheitsverhalten) und „Zugang zum Gesundheitswesen" zugeordnet sind.

Als erster Schlüsselindikator für den Gesundheitszustand der Bevölkerung wurde für *WgÖ?* die subjektive Gesundheit ausgewählt, wie sie in EU-SILC erfragt wird. Hier werden auch sozioökonomische Unterschiede in Bezug auf Gesundheit beleuchtet. Dieser Indikator ist in den obengenannten Indikatoren bei dem Gesundheitsstatus enthalten.

Der zweite Schlüsselindikator, die Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten zwischen 30 und 69 Jahren, stellt diesem Indikator ein objektives Gegenstück zur Seite. Nicht übertragbare potentiell tödliche Krankheiten wie Krebs, Herz-Kreislauf-Erkrankungen, Diabetes oder chronische Erkrankungen der unteren Atemwege stellen schwerwiegende Gesundheitsprobleme in der entwickelten Welt dar.

Der Indikator zur frühzeitigen Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten wurde nach dem Vorbild des internationalen SDG Indikators 3.4.1 aus der UN Agenda erstellt und seit 2017 in das Indikatorenset aufgenommen.

Mit steigender Lebenserwartung gewinnt der Gesundheitszustand für die Lebensqualität zusätzlich an Bedeutung. In einer Lebensphase, in der das Risiko schlechter Gesundheit steigt und ihr negativer Einfluss auf die Lebensqualität mitunter drastisch zunimmt, wird sie zu einem essenziellen Faktor. Aus diesem Grund wird als Zusatzinformation die gesunde Lebenserwartung dargestellt, d.h. die Anzahl der weiteren Jahre, die eine 65-jährige Person erwarten kann ohne chronische Krankheit zu leben (in Relation zu ihrer gesamten verbleibenden Lebenserwartung).

3.3.1 Schlüsselindikator subjektive Einschätzung des Gesundheitszustandes

Der Schlüsselindikator „subjektive Gesundheitseinschätzung" basiert auf der Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?" (Antwortmöglichkeiten: Sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, sehr schlecht). Befragt werden Personen ab 16 Jahren, in Ausnahmefällen sind Angaben durch Haushaltsangehörige zulässig.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Weder in der längeren Frist seit 2004, noch in der Betrachtung der Entwicklung seit 2015 sind bei diesem Indikator signifikante Veränderungen wahrzunehmen. Es traten also weder spürbare Verbesserungen noch Verschlechterungen auf, weshalb sowohl die langfristige Entwicklung als auch jene seit 2015 neutral eingestuft wird."

Die Selbsteinschätzung des allgemeinen Gesundheitszustandes in jährlichen Erhebungen liefert einen guten Indikator für das allgemeine Wohlbefinden einer Bevölkerung. Diese Frage bezieht sich auf physische, aber auch auf psychische und soziale Aspekte von Gesundheit.

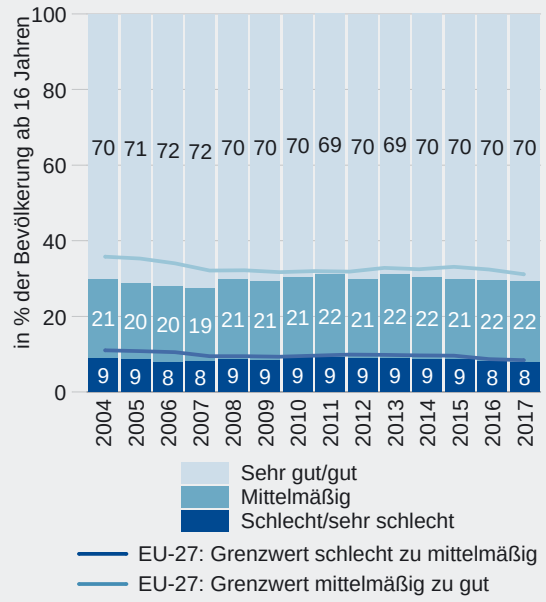
Grafik 39 zeigt, dass der subjektive Gesundheitszustand der österreichischen Bevölkerung in den letzten Jahren relativ konstant geblieben ist. So liegt der Anteil der Personen mit sehr guter oder guter Gesundheit seit 2004 bei rund 70 % und betrug auch 2017 wieder 70,4 %. 8 % stuften ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht ein. Grafik 39 zeigt außerdem, dass Personen in Österreich durchschnittlich eine bessere subjektive Gesundheit aufweisen als im EU-27-Durchschnitt.

Im Bericht zur Gesundheitsbefragung 2014 des Bundesministeriums für Gesundheit und von Statistik Austria (2015) wird angemerkt, dass hinsichtlich des subjektiv empfundenen Gesundheitszustandes seit 1991 ein positiver Trend festzustellen ist, der noch stärker ausfällt, wenn man die Alterung der Gesellschaft mit berücksichtigt.

Auch wenn sich also in den letzten Jahren keine deutlichen Veränderungen des subjektiven Gesundheitszustandes der Bevölkerung ausmachen ließen, so bilden Fragen zum subjektiven Gesundheitszustand doch langfristige Entwicklungen ab.

Grafik 39

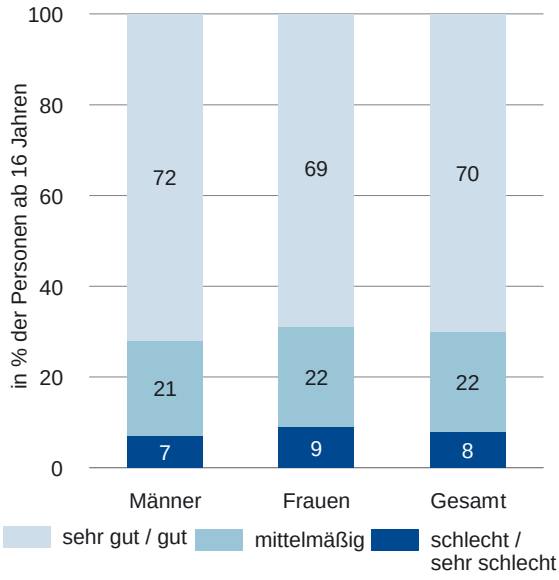
Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren in Österreich und der EU-27*



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011. - * EU-28 ohne Kroatien, Daten für Kroatien liegen nicht ab Beginn der Zeitreihe vor.

Grafik 40

Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Geschlecht (2017)

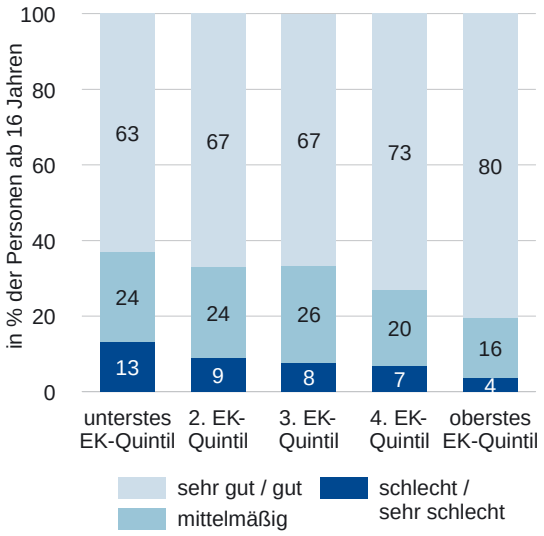


Q:STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017.

Frauen schätzten ihren Gesundheitszustand etwas schlechter ein als Männer (Grafik 40). Während 2017 72 % der Männer angaben, über eine sehr gute bzw. gute Gesundheit zu verfügen, waren es bei den Frauen nur 69 %. Dieser Unterschied kann teilweise mit der höheren Lebenserwartung der Frauen erklärt werden, da gesundheitliche Probleme im höheren Alter vermehrt auftreten. Zur Deutung dieser Diskrepanz wird außerdem oft die besondere Aufmerksamkeit von Frauen auf ihren körperlichen Zustand sowie ein erhöhtes Gesundheitsbewusstsein genannt (Kuhlmann & Kolip 2005).

Grafik 41

Subjektiver Gesundheitszustand der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2017)



Q:STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

Noch deutlichere Unterschiede zeigen sich zwischen verschiedenen Einkommensgruppen (Grafik 41). Während im Fünftel der Bevölkerung mit dem niedrigsten äquivalisierten Einkommen nur 63 % der Personen angaben, bei sehr guter oder guter Gesundheit zu sein, waren es im obersten Einkommensquintil 80 %. Gleichzeitig schätzten 13 % des untersten Einkommensquintils ihren Gesundheitszustand als schlecht oder sehr schlecht ein, während dieser Anteil in den höheren Einkommensquintilen wesentlich geringer ausfiel (4. EK-Quintil: 7 %, oberstes EK-Quintil: 4 %). Dieses Ergebnis wirft wichtige Fragen nach Lebensgewohnheiten, gesundheitlicher Vorsorge aber vor allem auch nach den Arbeits- und Lebensbedingungen unterschiedlicher sozialer Gruppen auf, die einer detaillierteren Analyse bedürfen. Auch Leoni (2015) weist in einer europaweiten Studie auf den sozialen Gradienten im Gesundheitszustand der Bevölkerung hin, d. h. sozioökonomisch Bessergestellte sind tendenziell gesünder als Schlechtergestellte. Österreich zählt dieser und auch früheren Studien folgend zu den europäischen Ländern mit einem

niedrigen Maß an sozialer Ungleichheit im Gesundheitszustand der älteren Bevölkerung.

3.3.2 Schlüsselindikator frühzeitige Sterblichkeit durch nicht-übertragbare Erkrankungen

Der Schlüsselindikator „frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten" beschreibt die Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten – vor allem Krebs, Krankheiten des Herz-Kreislauf-Systems, Diabetes und chronische Erkrankungen der unteren Atemwege - in der Gruppe der 30- bis 69-Jährigen.

Die Sterblichkeit gehört zu den wichtigsten objektiven Gesundheitsindikatoren. Die frühzeitige Sterblichkeit, also die Sterblichkeit der Bevölkerung mittleren Alters, ist dabei von besonderem Interesse. In dieser Bevölkerungsgruppe sind vorwiegend nicht-übertragbare Erkrankungen die häufigsten Todesursachen. Unter den Indikatoren der SDGs findet sich daher unter 3.4.1 die „Sterblichkeit durch die wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten der 30- bis 69-jährigen Personen" als zentraler Indikator.

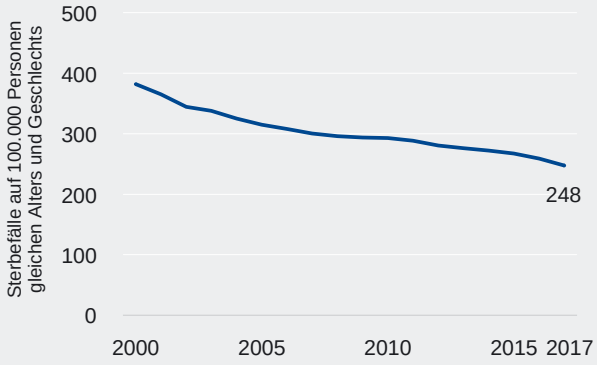
Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die frühzeitige Sterblichkeit an den wichtigsten nicht-übertragbaren Krankheiten (30-69 Jahre) ging seit 2000 stark zurück, weshalb die langfristige Bewertung sehr positiv ausfällt. In den letzten Jahren konnte wieder ein ausgeprägter Rückgang verzeichnet werden, weshalb die kurzfristige Entwicklung ebenfalls sehr positiv bewertet wird."

Die Sterblichkeit wird üblicherweise mittels altersstandardisierter Sterberaten beschrieben. Diese standardisierte Sterberate berücksichtigt sowohl die insgesamt wachsende Bevölkerung als auch ihre kontinuierliche Alterung und macht damit die unterschiedlichen Sterbebedingungen vergleichbar.

Die altersstandardisierte Sterberate gibt an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der Bevölkerung in der betreffenden Berichtsperiode dem einer international vorgegebenen Standardbevölkerung entsprochen hätte. Der vergleichsstörende Einfluss der Besonderheiten des jeweiligen Altersaufbaues der Bevölkerung ist dadurch ausgeschaltet, d. h. diese Maßzahl ermöglicht einen fairen Vergleich zwischen den Jahren und den Geschlechtern.

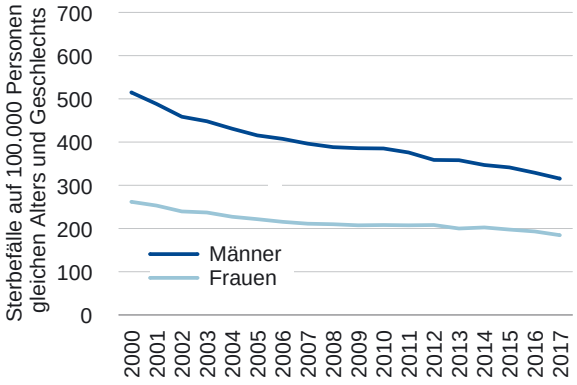
Grafik 42
Frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

Wie in Grafik 42 zu sehen, hat die frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten seit 2000 kontinuierlich und deutlich abgenommen und lag zuletzt 2017 bei 248 auf 100.000 Personen zwischen 30 und 69 Jahren (berechnet in Bezug auf die Normbevölkerung). 2000 betrug der Wert noch 382. Das ist ein Rückgang um mehr als 35 %. Auch innerhalb der letzten drei Jahre konnte ein Rückgang verzeichnet werden. 2015 gab es 267 frühzeitige Sterbefälle auf 100.000 Personen und 2016 259. Grafik 43 zeigt, dass Männer eine deutlich höhere frühzeitige Sterblichkeit an diesen Krankheiten haben als Frauen, wobei die Sterblichkeit bei den Männern stärker zurückgegangen ist als bei den Frauen. Damit hat die Geschlechterdifferenz seit 2000 um 48% abgenommen. 2017 lag die frühzeitige Sterblichkeit bei den Frauen bei 185, bei den Männern bei 315 auf 100.000 Personen gleichen Alters und Geschlechts (Grafik 43). 2015 betrug diese noch 198 bei den Frauen und 341 bei den Männern.

Grafik 43
Frühzeitige Sterblichkeit an nicht-übertragbaren Krankheiten, 30- bis 69-Jährige nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

3.3.3
Gesunde Lebenserwartung

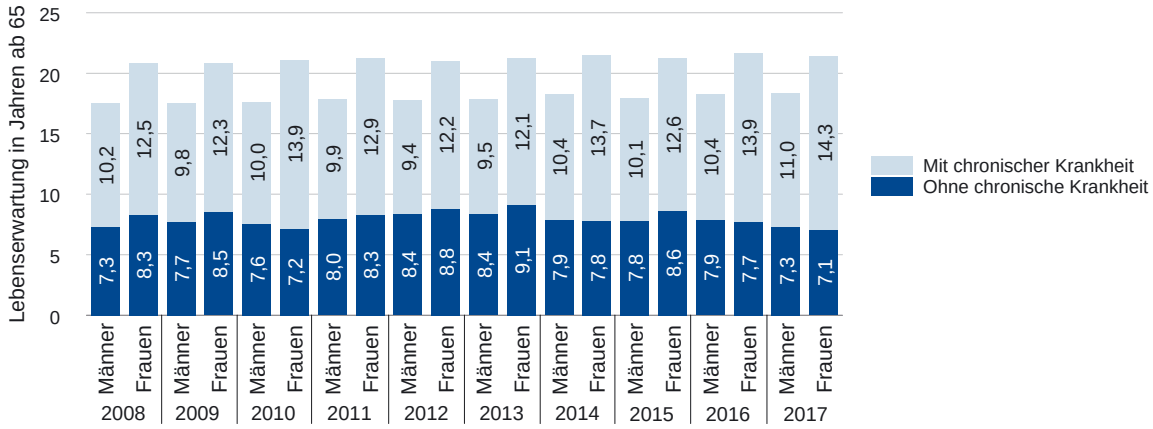
Der Indikator „gesunde Lebenserwartung", wie er hier verwendet wird, beschreibt, wie viele Jahre eine 65 -jährige Person noch erwarten kann ohne chronische Krankheit zu leben. Er wird auf Basis von EU-SILC berechnet und die entsprechende Frage lautete zwischen 2008 und 2013: „Haben Sie eine chronische, also dauerhafte Krankheit oder ein chronisches, also dauerhaftes gesundheitliches Problem?" bzw. ab 2014: „Haben Sie eine dauerhafte Krankheit oder ein chronisches Gesundheitsproblem? (Damit gemeint sind Krankheiten oder gesundheitliche Probleme, die sechs Monate andauern oder voraussichtlich andauern werden.)".

Während bei Maßen der Sterblichkeit die generelle verbleibende Lebenserwartung im Vordergrund steht, hat sich in letzter Zeit die Überzeugung durchgesetzt, dass das Ziel der Politik nicht nur ein „Mehr an Jahren", sondern auch ein „Mehr an Gesundheit" in den verbleibenden Lebensjahren sein soll. Hier spielen Indikatoren zur sogenannten „gesunden Lebenserwartung", d.h. zu Anzahl an Jahren, die man noch erwarten kann, gesund zu leben, eine zentrale Rolle. Gesundheit kann dabei auf verschiedene Weise definiert und gemessen werden. Für diesen Bericht wurde eine Entscheidung für die Lebenserwartung ohne chronische Krankheit getroffen, da hier eine ausreichend lange weitgehend konsistente Zeitreihe zur Verfügung steht.

Berechnet wurde dieser Indikator durch Anwendung der Werte aus EU-SILC zur Häufigkeit chronischer Krankheit auf die jeweiligen Sterbetafeln. Theoretisch stehen für diesen Indikator bereits Werte ab 2003 zur Verfügung, vor 2008 führte aber eine abweichende Fragestellung „ Haben Sie eine chronische Krankheit?" zu einem deutlich sichtbaren Zeitreihenbruch, so dass die Entscheidung getroffen wurde, diese Werte nicht darzustellen.

Grafik 44 zeigt, dass 2017 eine 65-jährige Frau erwarten konnte, noch 7,1 Jahre in Gesundheit und weitere 14,3 mit einer chronischen Krankheit zu leben. Berücksichtigt man statistische Schwankungsbreiten und den Zeitreihenbruch ab 2014 aufgrund der neuen Formulierung der Frage, ist über den Zeitverlauf hier kaum ein Trend erkennbar. Gut sichtbar ist jedoch der Unterschied zwischen Frauen und Männern. Frauen haben eine deutlich höhere Lebenserwartung als Männer, allerdings zeigen sich diese Unterschiede nicht im selben Maße bei der gesunden Lebenserwartung. Frauen verbringen also einen größeren Anteil ihrer nach 65 noch verbleibenden Lebenszeit chronisch krank.

Grafik 44
Gesunde Lebenserwartung ab 65 Jahren



Q: STATISTIK AUSTRIA, Sterbetafeln, EU-SILC.- Die Werte für die Jahre 2014-2016 sind gegenüber der letzten Publikation revidiert worden. Aufgrund der neuen Formulierung der Frage gibt es ab 2014 einen Zeitreihenbruch.

3.4 Bildung

Bildung und Wissen gelten als zentrale Faktoren individueller und gesellschaftlicher Entwicklung. Eine gerechte Verteilung von Bildungschancen ist grundlegend für die Vermeidung sozialer Schieflagen. Das Bildungsniveau ist außerdem zentral für die Wirtschaftskraft eines Landes. Die Verbesserung der Qualität des Bildungssystems und Anreize zu höherer Bildungsbeteiligung gehören deshalb sowohl national als auch international zu den strategischen Zielsetzungen der Politik. Darüber hinaus soll die Mobilität junger Menschen im gesamten Bildungssystem wie auch in Bezug auf nicht-formales Lernen gefördert werden (Rat der EU 2011).

Ein hohes Bildungsniveau der Bevölkerung ist aber nicht nur ein zentraler Faktor für die wirtschaftliche Entwicklung eines Landes, sondern spielt auch eine wichtige Rolle für die soziale Teilhabe und die politische Partizipation.

Stiglitz et al. (2009, S.165) betonen, dass Bildung instrumentellen Charakter für das Erreichen einer Reihe weiterer Ziele hat (z. B. höheres Einkommen, bessere soziale Teilhabe etc.), wovon sowohl die Individuen selbst, als auch die Gesellschaft als Ganzes profitieren. Darüber hinaus erweitern kognitive Fähigkeiten und Fertigkeiten die Freiheiten und Möglichkeiten von Individuen ungeachtet ihres Einflusses auf spätere Verdienstmöglichkeiten und die ökonomische Entwicklung.

Schlüsselindikatoren der Dimension Bildung sind die Tertiärquote der Bevölkerung zwischen 30 und 34 Jahren (Altersgruppe, in der in der Regel von einer abgeschlossenen Tertiärausbildung ausgegangen werden kann) und als Gegenstück die frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, also die Personen, die zu einem hohen Prozentsatz voraussichtlich keinen sekundären Bildungsabschluss erlangen werden.

Ergänzt werden diese Schlüsselindikatoren durch den Zusatzindikator Teilnahme an allgemeiner und beruflicher Weiterbildung, der den Aspekt des lebenslangen Lernens in den Fokus rückt.

3.4.1 Schlüsselindikator Tertiärquote

Die Tertiärquote stellt den Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschulstudium oder einem nicht-akademischen tertiären Abschluss als höchster abgeschlossener Bildung an der Gesamtgruppe der 30- bis 34-Jährigen dar. Gemäß Europa 2020 Strategie soll bis 2020 der Anteil der 30- bis 34-Jährigen, die über einen Tertiärabschluss verfügen, EU-weit bei mindestens 40 % liegen.

Als nationales Ziel wurde eine Quote von 38 % festgelegt. Dieses nationale Ziel stammt noch aus einer Zeit (vor 2013) als BHS-Abschlüsse noch nicht zu den Tertiärabschlüssen gezählt wurden (ISCED 1997) und somit die österreichische Tertiärquote deutlich niedriger war. Als Tertiärabschluss werden grundsätzlich Abschlüsse der ISCED-Kategorien 5 bis 8 nach ISCED 2011 (ab 2014) bzw. 5a und 5b sowie 6 nach ISCED97 (bis 2013) gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbildenden Akademien sowie auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse und die Reife- und Diplomprüfung an berufsbildenden höheren Schulen. Unter der ISCED97 wurde bei Abschlüssen der berufsbildenden höheren Schulen (BHS wie z. B. HTL, HAK etc.) zwischen Kolleg und anderen BHS-Formen unterschieden, die ISCED 4a zugeordnet waren, aber im Rahmen des nationalen Monitorings als Tertiärabschluss gezählt werden konnten (siehe hierzu: BKA 2012, S. 10). Mit Einführung der ISCED 2011 gelten die BHS-Abschlüsse jedoch generell als tertiär. Der erfolgreiche Abschluss der dritten Klasse einer fünfjährigen BHS-Form wird als Abschluss der Sekundarstufe gewertet.

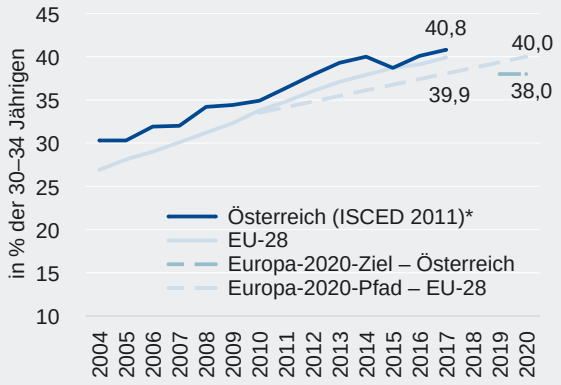
Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die Tertiärquote stieg seit 2004 stark an. Diese enthält jedoch auch BHS-Abschlüsse, weshalb die langfristige Entwicklung als tendenziell positiv bewertet wird. Die Entwicklung seit 2015 zeigt einen leichten Anstieg. Da das nationale Ziel zudem bereits erreicht wurde und der Anteil über dem EU-Wert liegt, wird die kurzfristige Entwicklung ebenfalls als tendenziell positiv bewertet."

Grafik 45 zeigt, dass 2017 40,8 % der 30- bis 34-Jährigen einen Tertiärabschluss aufweisen konnten. Zwar gibt es durch die neue Kategorisierung der Bildungsabschlüsse

(ISCED 2011) einen Zeitreihenbruch, dennoch zeigt sich seit 2004 ein deutlicher Anstieg der Quote. Lediglich 2015 ist die Tertiärquote im Vergleich zum Vorjahr etwas zurückgegangen, um 2017 den bislang höchsten Stand zu erreichen. Solche Schwankungen können aufgrund der kleinen Personengruppe im Alter zwischen 30 und 34 Jahren in der Stichprobe auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein und sollten daher mit Vorsicht interpretiert werden.

Grafik 45
Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat. - * Bildungsabschlüsse bis 2013 gemäß ISCED 1997 + äquivalente Bildungsabschlüsse, ab 2014 gemäß ISCED 2011.

Durchaus interpretiert werden kann der langfristige Trend, der auf die Auswirkung der Umsetzung des Bologna-Prozesses zurückzuführen sein dürfte. Durch die Einführung des Bachelors schließen mehr Personen ein Studium auch tatsächlich ab (und das früher) und die entsprechenden Absolventinnen und Absolventen rücken nun in die Altersgruppe 30+ vor.

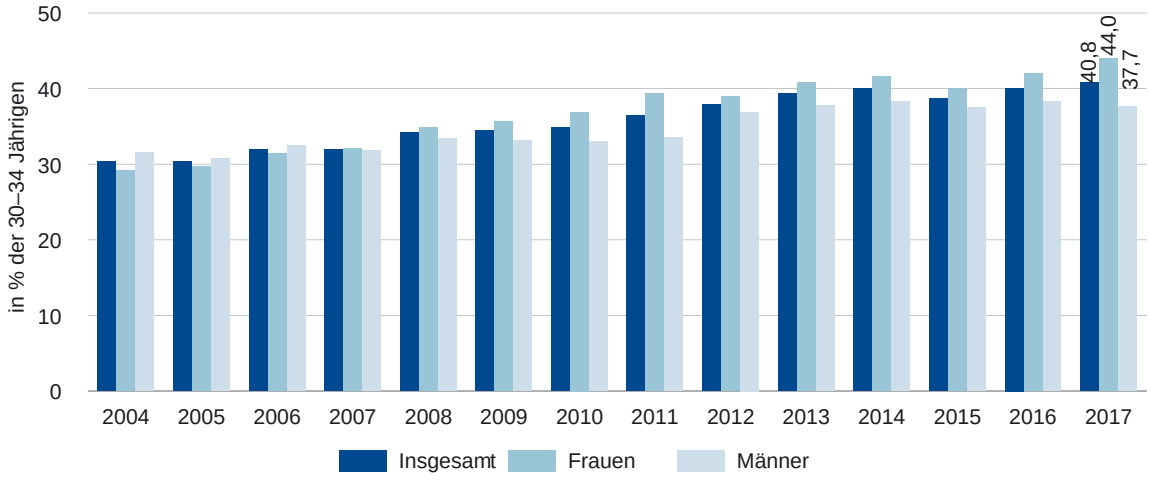
Betrachtet man die Tertiärquote der 30- bis 34-Jährigen nach Geschlecht, so zeigt Grafik 46, dass seit 2007 die jungen Frauen die jungen Männer überholt haben. Dieser Trend setzt sich fort: 2017 lag die Differenz zwischen den Geschlechtern bei mehr als 6 %-Punkten.

3.4.2 Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger

Der Schlüsselindikator frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und abgänger bezeichnet Personen zwischen 18 und 24 Jahren, die nur die untere Sekundarstufe (Sekundarstufe I) absolviert haben – eventuell ohne diese erfolgreich abzuschließen – und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen.

Will man den Anteil der Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss in der Bevölkerung langfristig senken, so gilt es, die Zahl der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger so gering wie möglich zu halten. Entsprechend wurde im Rahmen der Europa 2020 Strategie das EU-Ziel formuliert, dass der Anteil der 18- bis 24-Jährigen, die über keinen Bildungsabschluss der Sekundarstufe II (Obere Sekundarstufe/Oberstufe) verfügen und gleichzeitig an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen, maximal 10 % betragen darf.

Grafik 46
Tertiärquote der 30-bis 34-Jährigen nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat. - Bildungsabschlüsse bis 2013 gemäß ISCED 1997 + äquivalente Bildungsabschlüsse, ab 2014 gemäß ISCED 2011.

Als nationales Ziel wurde hier eine Quote von 9,5 % vereinbart, die bereits im Jahr 2009 unterschritten wurde.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

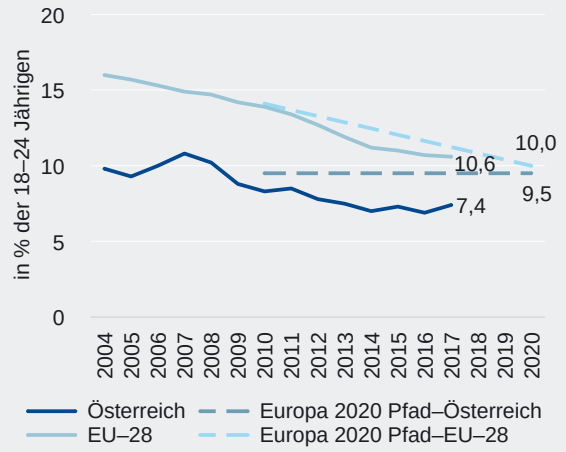
KF LF

„Da die Quote der frühzeitigen Schulabgängerinnen und Schulabgänger vor allem seit 2007 stark sank und sich deutlich unter dem EU 2020-Zielwert für Österreich befindet, wird die langfristige Entwicklung als sehr positiv bewertet. Die kurzfristige Betrachtung fällt neutral aus, da der Unterschreitung des Zielwertes ein Anstieg der Quote gegenübersteht."

2017 waren in Österreich 7,4 % der jungen Erwachsenen zwischen 18 und 24 Jahren ohne Sekundarabschluss und befanden sich auch nicht in einer weiterführenden Ausbildung (Grafik 47). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet das einen geringen Anstieg um 0,5 %-Punkte, der aber auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein kann. EU-weit waren 2017 10,6 % der 18- bis 24-Jährigen frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgänger/innen. Auch hier konnte der Anteil im Beobachtungszeitraum deutlich reduziert werden (2004: 16 %). Daten bis 2013 beruhen auf der ISCED97, ab 2014 wird die ISCED 2011 zur definitorischen Abgrenzung von Sekundarstufe I und II verwendet.

Grafik 47

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige

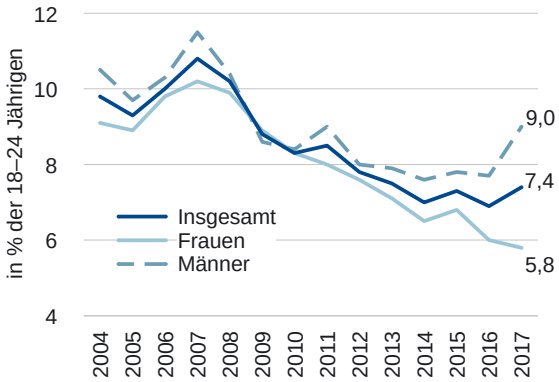


Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Betrachtet man die Anzahl der frühzeitigen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger nach Geschlecht, so zeigt sich in den letzten Jahren, dass weniger junge Frauen als Männer die Schule ohne Sekundarabschluss verlassen (siehe Grafik 48). Langfristig sollte sich daher die Überrepräsentation der Frauen unter Personen mit höchstens Pflichtschulabschluss weiter verringern (unter der Annahme, dass dieser Effekt nicht durch geschlechtsspezifische Unterschiede in der Nutzung des zweiten Bildungswegs neutralisiert wird).

Grafik 48

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger, 18- bis 24-Jährige nach Geschlecht



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung.

3.4.3 Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung

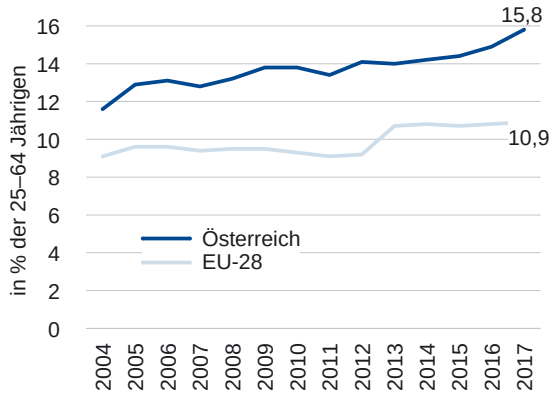
Dieser Indikator stellt den Anteil der Personen der Altersgruppe 25-64 Jahre dar, die in den vier Wochen vor der Befragung an Weiterbildungsaktivitäten teilgenommen haben. Solche umfassen formale und nicht-formale Bildungs- und Trainingstätigkeiten.

Lebenslanges Lernen umfasst alle Aktivitäten, die im Laufe des Lebens (nach Abschluss der Anfangsausbildung) und aus einer persönlichen, sozialen oder beschäftigungsbezogenen Motivation heraus mit dem Ziel unternommen werden, die eigenen Kenntnisse, Fähigkeiten und Kompetenzen zu verbessern. Die Absicht etwas „Spezifisches" zu lernen unterscheidet diese Aktivitäten von Nicht-Lernaktivitäten wie kulturellen oder sportlichen Freizeitbeschäftigungen, die eher durch beiläufiges Lernen gekennzeichnet sind.

Der strategische Rahmen für eine europäische Kooperation zur allgemeinen und beruflichen Bildung formuliert als Zielmarke für das Jahr 2020, dass zumindest 15 % der Erwachsenen zwischen 25 und 64 Jahren an Aktivitäten, die unter „lebenslanges Lernen" subsumiert werden können, teilnehmen.

Grafik 49

Teilnahme an beruflicher und allgemeiner Weiterbildung der 25- bis 64-Jährigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Seit 2004 stieg der Anteil der Personen der Altersgruppe 25-64 Jahre, die an beruflichen oder allgemeinen Weiterbildungsaktivitäten teilnahmen, sowohl in Österreich als auch in der EU an (siehe Grafik 49). 2017 wurde das Ziel von 15 % überschritten: 15,8 % nahmen an solchen Aktivitäten teil und somit über 4 %-Punkte mehr als zu Beginn des Beobachtungszeitraumes. In der EU lag der Anteil bei 10,9 %, wobei hier insbesondere seit 2013 ein deutlicher Anstieg, teilweise allerdings bedingt durch Fragebogenänderungen in einigen Ländern, zu verzeichnen ist.

3.5 Physische Unsicherheit

Unsicherheit ist eine Quelle für Sorgen und Ängste, die sich negativ auf die Lebensqualität auswirken. Das Gefühl der Verletzbarkeit oder die Angst, Opfer von kriminellen Handlungen zu werden, können das persönliche Freiheitsempfinden drastisch beeinträchtigen. Die Themen Gewalt, persönliches Sicherheitsempfinden und Lebensqualität hängen daher eng miteinander zusammen.

Physische Unsicherheit bezieht sich auf sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur die offensichtlichsten Ausformungen. Gewalt und physische Unsicherheit im Alltag betreffen hingegen deutlich mehr Menschen. Dabei ist sowohl der Aspekt des subjektiven Unsicherheitsempfindens als auch jener der objektiven Sicherheit bzw. Unsicherheit, wie sie etwa in der Kriminalstatistik abgebildet wird, von Bedeutung. Die subjektive Unsicherheit ist hier durch den Indikator „physisches Unsicherheitsempfinden" aus EU-SILC abgedeckt, die objektive Sicherheit wird mit der Tötungsrate aus der Todesursachenstatistik abgebildet.

3.5.1 Schlüsselindikator physisches Unsicherheitsempfinden

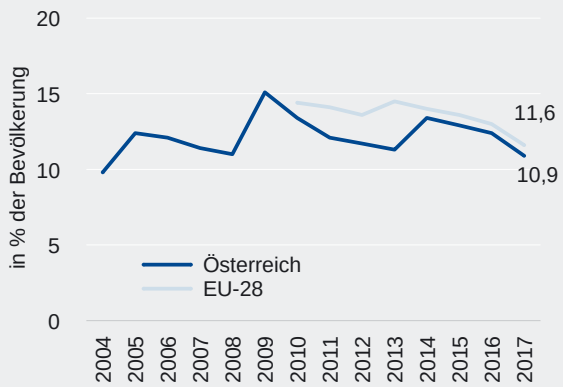
Physisches Unsicherheitsempfinden wird in EU-SILC durch die folgende Frage erfasst: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?".

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die längerfristige Entwicklung seit 2004 zeigt im Trend nur wenig Veränderung und wird daher neutral bewertet. Da in den letzten drei Jahren ein deutlicher Rückgang festzustellen ist, wird die kurzfristige Veränderung als sehr positiv bewertet."

10,9 % der Bevölkerung gaben 2017 an, in ihrer Wohngegend Probleme durch Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus zu haben, was einen Rückgang von 1,5 %-Punkten gegenüber dem Vorjahr darstellt (siehe Grafik 50). Vergleicht man die Werte für Österreich mit den EU-Werten, so zeigt sich, dass sich Österreicherinnen und Österreicher in ihrer Wohngegend sicherer fühlen (und immer sicherer gefühlt haben) als EU-Bürgerinnen und EU-Bürger im Durchschnitt.

Grafik 50
Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung

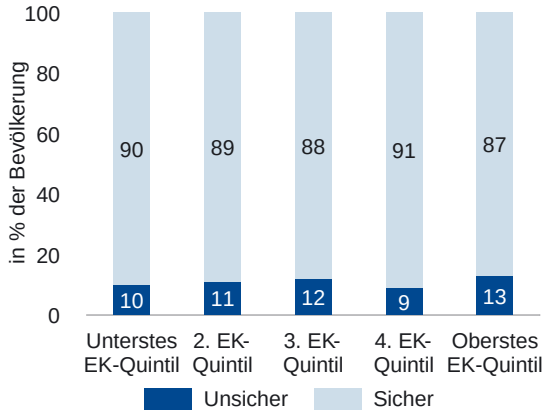


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC; Eurostat. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

Eine Betrachtung nach Haushaltseinkommen zeigt, dass sich Personen im obersten Einkommensquinti in ihrer Wohnumgebung tendenziell eher unsicherer fühlen (siehe Grafik 51). Während in der Quintilsgruppe mit dem niedrigsten Einkommen der Anteil der Personen, die Kriminalität, Vandalismus und Gewalt in der Wohnumgebung wahrnehmen, für 2017 bei 10 % lag, wies das einkommensreichste Fünftel eine Betroffenheit von 13 % auf. Allerdings ist nicht unbedingt davon auszugehen, dass sich diese Haushalte tatsächlich in höherem Maße in von Kriminalität und Vandalismus belasteten Wohngegenden befinden, sondern sich die Einschätzung und Wahrnehmung der Wohnumgebung unterscheidet. Das Kriminalitätsfurcht-Paradoxon beschreibt, dass sich Personen eher vor Kriminalität fürchten, wenn sie selbst seltener von Kriminalität betroffen sind. Die Furcht vor Kriminalität hängt also nicht mit der tatsächlichen Kriminalitätsbelastung (objektiviert etwa durch Kriminalstatistik) zusammen (vgl. Ziegleder et al. 2011, S. 27ff).

Grafik 51

Physisches Unsicherheitsempfinden der Bevölkerung nach Einkommensquintilen (2017)



Q:STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Einkommensquintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

3.5.2 Schlüsselindikator Tötungsrate

Der Schlüsselindikator umfasst die Kategorie „tätlicher Angriff" nach den international standardisierten Codes X85 bis Y09 sowie Y87.1 und wird altersstandardisiert[68] berechnet. Das bedeutet, dass die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt wurde.

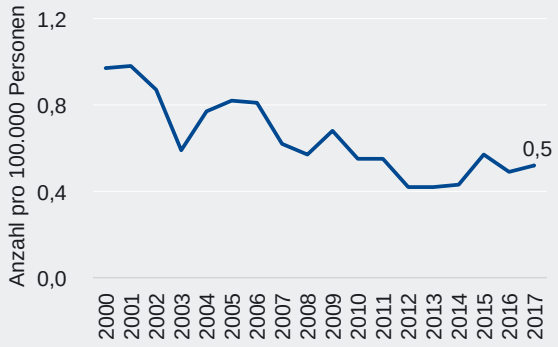
Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Da die Tötungsrate seit 2000 stark zurückging, wird die langfristige Entwicklung als sehr positiv bewertet. Trotz des schon recht niedrigen Niveaus konnte von 2015 auf 2017 ein weiterer leichter Rückgang beobachtet werden, weshalb die kurzfristige Entwicklung als tendenziell positiv eingestuft wird."

Die schlimmste Form der physischen Unsicherheit ist die objektive Gefahr, durch Mord, Totschlag oder vorsätzliche Verletzung zu Tode zu kommen. Die Daten aus der Todesursachenstatistik, die bei ihrer Berechnung der „Mordrate" (Totschläge und Verletzung mit Todesfolgen eingeschlossen) die kontinuierliche Alterung der Bevölkerung bei der Berechnung des Indikators berücksichtigt, zeigen, dass dieses Risiko seit 2000 in Österreich kontinuierlich gesunken ist (siehe Grafik 52). Während Anfang der 2000er Jahre noch ungefähr durchschnittlich eine von 100.000 Personen durch Mord, Totschlag und vorsätzlich zugefügte Verletzungen zu Tode kam, waren es 2017 auf 100.000 Personen nur noch 0,5 vorsätzlich Getötete (2014 sogar nur 0,4).

Grafik 52

Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag und Verletzungen mit Todesfolgen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Todesursachenstatistik.

[68] Die standardisierte Rate gibt an, wie viele Sterbefälle aufgrund der jeweils herrschenden Sterblichkeitsverhältnisse auf 100.000 Lebende entfallen wären, wenn der Altersaufbau der nationalen Bevölkerung (gleichen Geschlechts) in der betreffenden Berichtsperiode dem der gewählten Standardbevölkerung entsprochen hätte. Der vergleichsstörende Einfluss der Besonderheiten des jeweiligen nationalen Altersaufbaues ist dadurch ausgeschaltet. Als Standardbevölkerung wurde die Europa-Standardbevölkerung von Eurostat verwendet.

3.6 Qualität der gesellschaftlichen Organisation

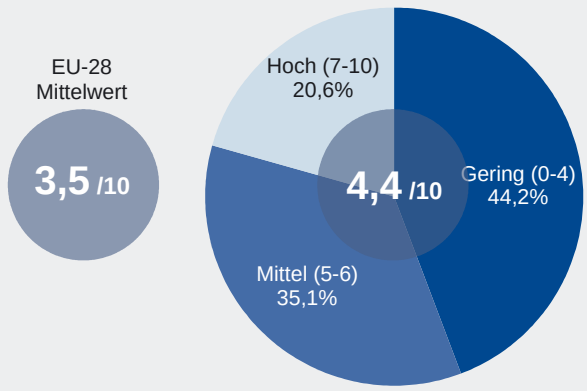
Das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die öffentlichen Institutionen, ebenso wie die politische und zivile Teilhabe, fördert das gesellschaftliche Zusammenleben und die soziale Kohäsion. Das reibungsfreie Funktionieren des sozio-institutionellen Gefüges ermöglicht somit auch eine größere Effizienz und Effektivität der öffentlichen Politik. Dies steht in einem direkten Zusammenhang mit der Stellung des Individuums in der Gesellschaft, seinen interpersonalen Verbindungen, sozialen Netzen und schließlich mit der Lebensqualität. Das institutionelle und interpersonale Vertrauen wird durch den transparenten Austausch mit öffentlichen und privaten Einrichtungen des politischen, sozialen und ökonomischen Lebens gestärkt.

Vertrauen steht und fällt mit der organisatorischen und inhaltlichen Fähigkeit der Institutionen, auf die Bedürfnisse der Bevölkerung zu reagieren. Intransparenz und Korruption kann das Vertrauen in die Möglichkeit, eine gleichberechtigte Gesellschaft zu realisieren, dramatisch erschüttern.

Nach 2008 und 2009 enthielt zuletzt das EU-SILC Sondermodul 2013 eine Frage zum Vertrauen in das politische System, das hier als Schlüsselindikator herangezogen wird. Aufgrund unterschiedlicher Antwortskalen und Fragewortlaute sind die Jahre 2008/09 und 2013 jedoch nicht vergleichbar. Das entsprechende Item lautete 2013: „Ich nenne Ihnen nun einige Institutionen. Bitte sagen Sie mir zu jeder, wie sehr Sie ihr persönlich vertrauen. Antworten Sie bitte wieder auf einer Skala von 0 bis 10, hier steht 0 für „vertraue gar nicht" und 10 für „vertraue voll und ganz". Wie sehr vertrauen Sie persönlich dem politischen System in Österreich?"

Grafik 53

Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren auf einer Skala von 0-10 (2013)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden; Eurostat.

3.6.1 Schlüsselindikator Vertrauen in das politische System

Bei der Bewertung des Vertrauens in das politische System dominieren niedrige und mittlere Ausprägungen. 20,6 % gaben ein hohes Vertrauen in das politische System an (Werte von 7-10), 35,1 % wählten Werte zwischen 5 und 6 und 44,2 % hatten nur geringes Vertrauen. Ein Viertel entschied sich für die mittlere Ausprägung 5.

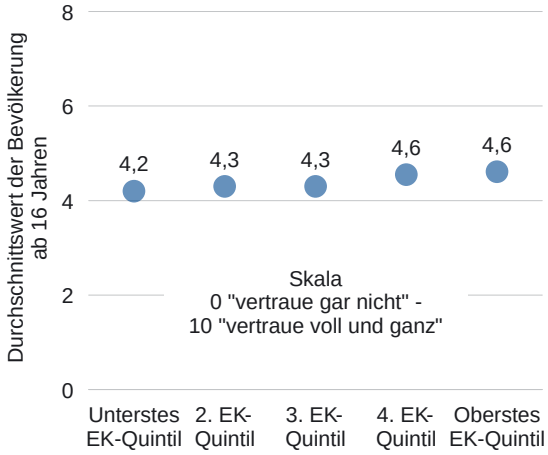
Allerdings gaben auch 12 % an, überhaupt kein Vertrauen in das politische System zu haben (Ausprägung 0) und nur 2 % vertrauten dem politischen System hierzulande voll und ganz (Ausprägung 10). Der Durchschnittswert lag in Österreich bei 4,4 (von 10), in der EU-28 lag dieser mit 3,5 noch deutlich darunter (siehe Grafik 53).

Es ist anzunehmen, dass die Antwortverteilung bei den Fragen zum Vertrauen deswegen so stark von der Verteilung bei den Zufriedenheitsfragen abweicht, da hier im Gegensatz zur Zufriedenheit, die das Individuum von innen her erlebt, das Objekt der Bewertung extern ist, d. h. außerhalb des Individuums liegt.

In der durchschnittlichen Beurteilung des politischen Systems zeigen sich zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen geringe Unterschiede (Grafik 54). So lag das mittlere Vertrauen in das politische System im untersten Einkommensquintil bei einem Mittelwert von 4,2, während sich im obersten Einkommensquintil ein Mittelwert von 4,6 ergab.

Grafik 54

Vertrauen in das politische System der Bevölkerung ab 16 Jahren nach Einkommensquintilen (2013)



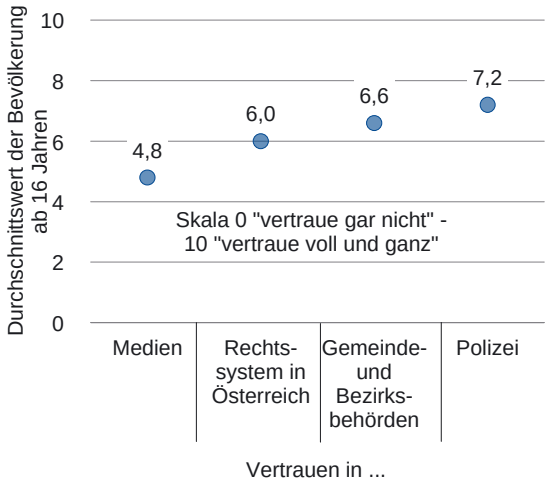
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

3.6.2 Vertrauen in öffentliche Institutionen

Über das Vertrauen in das politische System hinaus, wurde im EU-SILC Sondermodul 2013 auch das Vertrauen in einzelne Institutionen erhoben. Grafik 55zeigt, dass Menschen in Österreich der Polizei in einem deutlich höherem Maße vertrauen (Mittelwert 7,2) als beispielsweise den Medien (4,8). Zwischen diesen beiden liegt das Vertrauen in das Rechtssystem (6) und in die Gemeinde- und Bezirksbehörden (6,6).

Grafik 55

Vertrauen in öffentliche Institutionen der Bevölkerung ab 16 Jahren (2013)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden.

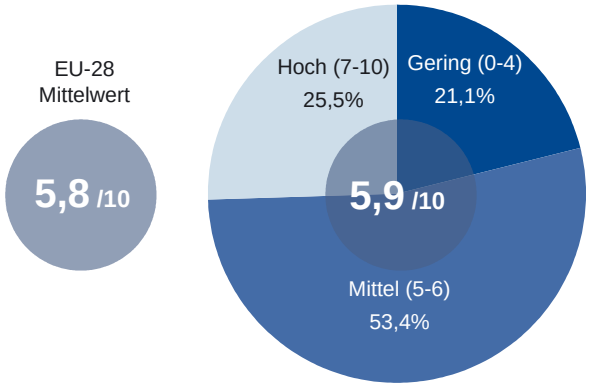
3.6.3 Vertrauen in andere

Vertrauen ist ein Kernelement der Beziehungen von Individuum und ihrer sozialen Interaktionen. Es leitet sich aus der Erwartung ab, die jemand gegenüber einem „anderen" hat. Diese Erwartung ist wiederum eine Funktion des Ausmaßes, in dem Vertrauen in der persönlichen Historie früherer sozialer Interaktionen eines Individuums honoriert wurde, und hat starke Auswirkungen auf viele Lebensaspekte (siehe z. B. Lewicki und Tomlinson 2003).

Das Vertrauen in andere zu messen, trägt dazu bei zu zeigen, wie Menschen gegenüber ihrer unmittelbaren Gemeinschaft aber auch gegenüber der Gesellschaft insgesamt eingestellt sind. Es kann insofern zur hier diskutierten Dimension gezählt werden, als Vertrauen ein konstitutiver Bestandteil funktionierender Gesellschaften und effizienter staatlicher Organisation darstellt. Die Bedeutung von Vertrauen für die gesellschaftliche Qualität wurde u. a. von Ward und Meyer (2009) näher untersucht.

Grafik 56

Vertrauen in andere der Bevölkerung ab 16 auf einer Skala von 0-10 (2013)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2013, Modul Wohlbefinden; Eurostat.

Die im EU-SILC Sondermodul 2013 gestellte Frage nach dem Vertrauen in andere bezieht sich nicht auf eine spezifische Personengruppe. Wie auch bei den anderen Vertrauensfragen wurden die Respondentinnen und Respondenten hier aufgefordert, auf einer Skala von 0 „vertraue überhaupt nicht" bis 10 „vertraue vollkommen" das Vertrauen in andere zu bewerten. Der Durchschnittswert lag bei 5,9 und somit zwar höher als jener des Vertrauens in das politische System oder die Medien, jedoch bemerkenswerterweise noch unter jenem in das Rechtssystem oder die Polizei. 25,5 % hatten ein hohes Vertrauen in andere (Werte 7-10), 53,4 % berichteten mittlere Vertrauenswerte (5-6) und 21,1 % vertrauten anderen nur sehr wenig und wählten Werte zwischen 0 und 4 (siehe Grafik 56).

3.7 Wohnen

An der Dimension „Wohnen" wird deutlich, wie stark die drei Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt ineinander greifen: wie Menschen wohnen, hängt in starkem Umfang von ihren materiellen Ressourcen ab. Gleichzeitig beeinflussen Umweltbedingungen in der Wohnumgebung die Lebensqualität. In der Dimension Wohnen finden sich sowohl Indikatoren zur Qualität und Kosten der Wohnung als auch zur natürlichen Wohnumgebung.

Eurostat veröffentlicht neben einer neunstufigen Gliederung der Dimensionen der Lebensqualität, in der Wohnen und die materiellen Lebensbedingungen zusammengefasst sind, auch eine elfstufige Gliederung, in der Wohnen zusätzlich zur natürlichen Wohnumgebung eine eigene Dimension darstellt[69].

Um die besondere Bedeutung des Wohnens für den Bereich Lebensqualität in *WgÖ?* sichtbar zu machen, wird als neuer Schlüsselindikator die „Belastung durch hohe Wohnkosten" herangezogen. Ergänzt wird diese Schlüsselvariable um Zusatzinformationen zur Umweltbelastung in der Wohnumgebung und zum Wohnstandard.

3.7.1 Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung

Der neue Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung, wie er auch für die nationalen Eingliederungsindikatoren verwendet wird, beschreibt den Anteil der Bevölkerung, deren Wohnungsaufwand 40% des Haushaltseinkommens übersteigt. Als Wohnungsaufwand zählen dabei alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, wobei Wohn- und Mietbeihilfen sowohl vom Wohnungsaufwand wie auch dem Haushaltseinkommen abgezogen werden.

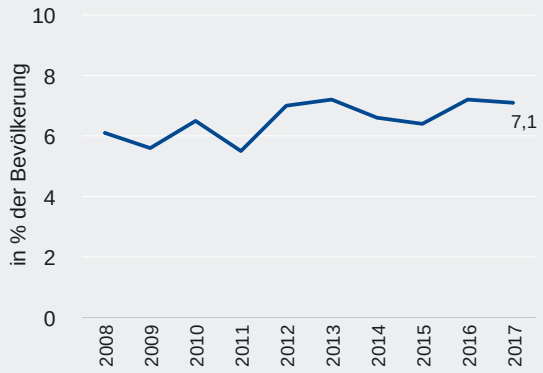
Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Der langfristige Verlauf der Wohnkostenüberbelastung zeigt einen steigenden Trend und ist daher tendenziell negativ zu sehen. Die kurzfristige Betrachtung fällt ebenso tendenziell negativ aus, da sich der Anteil der betroffenen Bevölkerung zwischen 2015 und 2017 weiter erhöht hat."

Dass sich das Thema Wohnen nicht nur von der Seite der Wohnbedingungen sondern auch von der Seite der Wohnkosten betrachten lässt, kommt auch in der Formulierung „bezahlbarer Wohnraum" in Goal 11.1 der SDGs zum Tragen. Gerade in großen Städten sind die Mietkosten teilweise so hoch, dass sie selbst bei bescheidenen Wohnbedürfnissen einen beachtlichen Teil des Einkommens in Anspruch nehmen und somit anderweitige Konsummöglichkeiten stark einschränken.

Grafik 57 zeigt, dass sich der Anteil der Personen mit Wohnkostenüberlastung seit 2008 erhöht hat: 2008 waren 6,1% der Bevölkerung von einer Wohnkostenüberbelastung betroffen, 2017 hat sich der Anteil um 1%-Punkt auf 7,1% erhöht. Der Anstieg ist über die Jahre hinweg nicht graduell erfolgt. Seit 2012 scheint sich der Anteil bei rund 7% einzupendeln. 2015 konnte ein Rückgang auf 6,4% verzeichnet werden, um 2016 auf 7,2% zu steigen und im Folgejahr 2017 geringfügig auf 7,1% zu sinken.

Grafik 57
Wohnkostenüberbelastung

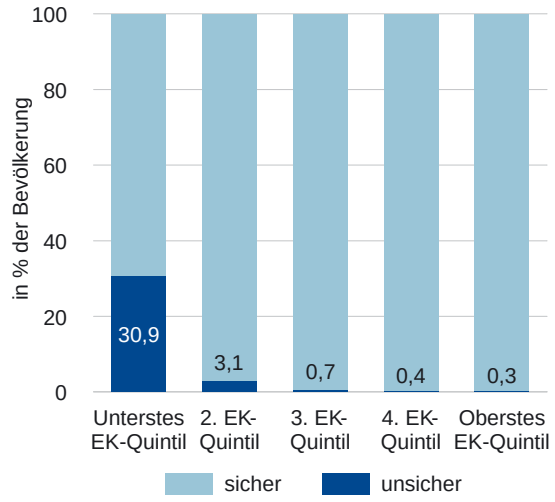


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Die Daten der Periode 2008-2011 können gegenüber früheren Veröffentlichungen abweichen, da 2014 eine Rückrechnung auf Basis der seit 2012 für EU-SILC verwendbaren Verwaltungsdaten vorgenommen wurde.

[69] http://ec.europa.eu/eurostat/cache/infographs/qol/index_de.html

Betrachtet man die Wohnkostenüberbelastung in den verschiedenen Einkommensklassen des äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommens (Grafik 58) so zeigt sich erwartungsgemäß, dass im untersten Einkommensquintil die Belastungswahrscheinlichkeit am höchsten ist. Knapp ein Drittel der Bevölkerungsgruppe mit dem niedrigsten äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommen war 2017 von einer Wohnkostenüberbelastung betroffen. Aus Grafik 61 wird auch ersichtlich, dass die Wohnkostenüberbelastung fast ausschließlich diese Einkommensgruppe betrifft.

Grafik 58
Wohnkostenüberbelastung nach Einkommensquintilen (2017)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

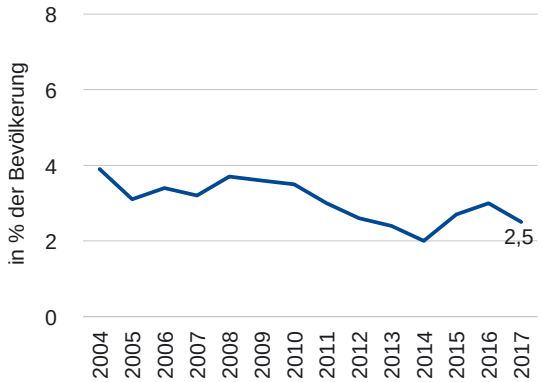
3.7.2 Sehr schlechter Wohnstandard

Von sehr schlechtem Wohnstandard wird gesprochen, wenn zwei der folgenden vier Merkmale zutreffen: (1) kein Badezimmer in der Wohnung (2) keine Toilette in der Wohnung (3) Probleme durch feuchte Wände oder Fußböden, Fäulnis in Fensterrahmen oder Fußböden, undichtes Dach (4) Probleme durch dunkle Räume.

Die UN schlägt bezüglich des Ziels 11.1 der Agenda 2030 „Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren" den folgenden Indikator vor: „Proportion of urban population living in slums, informal settlements or inadequate housing". Der von Statistik Austria verwendete Indikator „sehr schlechter Wohnstandard" wird auch für die nationalen Eingliederungsindikatoren herangezogen.

Grafik 59 zeigt, dass 2017 2,5 % der österreichischen Gesamtbevölkerung in Wohnungen mit einem sehr schlechten Wohnstandard gelebt haben. Der Anteil sank seit 2008, ist aber 2015 und 2016 wieder angestiegen. 2017 gab es wieder einen Rückgang. Schwankungen dieser Größenordnung können hier jedoch auch auf Stichprobeneffekte zurückzuführen sein.

Grafik 59
Sehr schlechter Wohnstandard



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

3.7.3 Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung

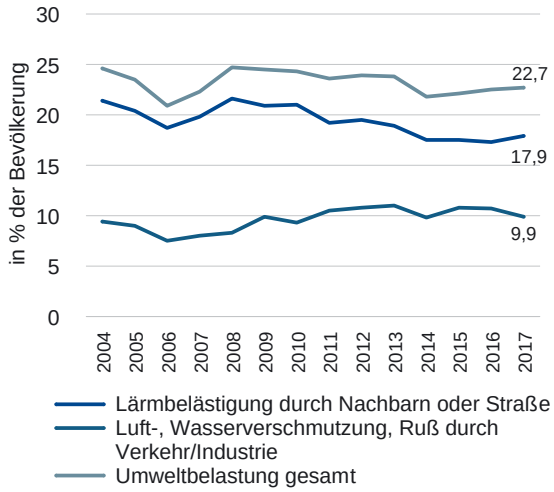
Probleme wie Abgase, Ruß oder sonstige Luftverschmutzungen, aber insbesondere auch die Belastung durch Lärm (durch Nachbarn oder Verkehr), können eine Reihe von Schäden nach sich ziehen und sich negativ auf die physische und psychische Gesundheit auswirken. Operationalisiert wird diese Dimension über den Indikator „subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung".

Der Indikator bezieht sich auf die beiden EU-SILC-Fragen: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Luft- oder Wasserverschmutzung, Ruß oder anderen Umweltproblemen wie Rauch, Staub oder Gestank?" und „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Lärmbelästigung durch Nachbarn oder von der Straße (durch Verkehr, Gewerbe- oder Industriebetriebe)?". Antwortet die Auskunftsperson für den Haushalt zumindest auf eine der beiden Fragen mit ja, so wird für alle Haushaltsmitglieder Umweltbelastung in der Wohnumgebung angenommen.

Grafik 60 zeigt, dass 2017 22,7 % aller Personen Umweltbelastungen in der Wohnumgebung wie Lärm oder Luftverschmutzung wahrnahmen. Dieser Wert bewegt sich damit auf dem Niveau der Vorjahre.

Die Belastung ging dabei, wie ebenfalls aus Grafik 60 ersichtlich, zu einem Großteil auf Lärm zurück: 2017 waren 17,9 % der Wohnbevölkerung durch Lärm von Nachbarn oder der Straße belastet. Im Vergleich zu den Vorjahren ist dieser Anteil ebenfalls relativ konstant geblieben. Luft und Wasserverschmutzung sowie Ruß führten 2017 bei 9,9 % zu Belastungen.

Grafik 60
Subjektive Umweltbelastung in der Wohnumgebung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC. - Mit Verwaltungsdaten rückgerechnete Werte für 2008-2011.

Bei der Interpretation der Schwankungen zwischen den Jahren ist freilich Vorsicht geboten. Wetterbedingt und je nach Befragungszeitpunkt können subjektive Einschätzungen zu Umweltbedingungen sehr unterschiedlich ausfallen. So ist die Lärmbelastung durch Verkehr in den Sommermonaten beispielsweise wesentlich geringer, als in der Hauptarbeitszeit. Lange Winter wiederum führen zu einer stärkeren Feinstaubbelastung und besonders zu vermehrter Berichterstattung in den Medien, was wiederum die Wahrnehmung beeinflussen kann. Deswegen können keine Rückschlüsse gezogen werden, ob sich die Situation auch tatsächlich objektiv verbessert hat. Einen Hinweis gibt die objektiv gemessene Staubbelastung (Feinstaub), die in Kapitel 4.3.2 im Bereich Umwelt diskutiert wird.

3.8
Subjektives Wohlbefinden

Subjektives Wohlbefinden umfasst eine große Bandbreite verschiedener Aspekte, die von der reflektierten Bewertung des eigenen Lebens über die Gefühls- und Emotionszustände einer Person bis hin zu Fragestellungen nach dem Lebenssinn reichen. Wie subjektives Wohlbefinden gemessen werden kann, wird mittlerweile auch in der offiziellen Statistik intensiv diskutiert. Die OECD (2013b) veröffentlichte Leitlinien zur Messung subjektiven Wohlbefindens um eine diesbezüglich größere Konsistenz in den offiziellen Statistiken zu erreichen.

Eurostat (2014b)[70] fasst die Bedeutung dieser neuen Daten wie folgt zusammen: *„Das BIP und mehr*[71]*, die Empfehlungen der SSF-Kommission*[72]*, die Sponsorship-Group zur Messung des Fortschritts*[73] *und das Sofia-Memorandum*[74] *betonen sämtlich die Bedeutung der Erhebung qualitativ hochwertiger Daten über die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen und die zentrale Rolle von Statistiken über Einkommen und Lebensbedingungen (SILC) im Rahmen dieser verbesserten Messung. Die Erhebung von Mikrodaten im Zusammenhang mit dem Wohlbefinden ist daher ein vorrangiges Ziel. Im Mai 2010 unterstützten sowohl die Arbeitsgruppe Lebensbedingungen als auch die Indikatoren-Untergruppe des Ausschusses für Sozialschutz den Vorschlag von Eurostat zur Erhebung von Mikrodaten zum Wohlbefinden im Rahmen des Moduls der SILC 2013, um dieser Forderung gerecht zu werden.“*

Im Rahmen von EU-SILC 2013 wurde erstmals EU-weit ein Sondermodul zur Erhebung des subjektiven Wohlbefindens umgesetzt. Es enthält eine Reihe subjektiver Fragen zu den verschiedenen Aspekten des Wohlbefindens (Zufriedenheitsfragen, Stimmungsfragen etc.). In der österreichischen Erhebung zu EU-SILC werden bereits seit 2004 Fragen zur Lebensqualität gestellt.

Der *WgÖ?*-Schlüsselindikator zu dieser Dimension ist die „Gesamte Lebenszufriedenheit“. Er liefert einen Hinweis darauf, inwieweit die Erwartungen und Bedürfnisse der Menschen in Österreich erfüllt werden.

Flankiert wird dieser Indikator von Indikatoren zur Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen, die teilweise regelmäßig in der österreichischen Erhebung zu EU-SILC erhoben werden und teilweise einmalig 2013 und/oder 2015 erhoben wurden. Daten zur Freizeit aus der Zeitverwendungserhebung ergänzen diese Indikatoren.

3.8.1
Schlüsselindikator Gesamte Lebenszufriedenheit

Der Indikator Lebenszufriedenheit misst, wie eine Person ihr Leben als Gesamtes bewertet. Der Begriff „Leben“ umfasst somit sämtliche Lebensbereiche dieser Person zu einem bestimmten Zeitpunkt. Es wird daher nicht angestrebt, den momentanen emotionalen Zustand der Auskunftsperson abzufragen, sondern ein reflektiertes und breites Urteil über den Grad ihrer allgemeinen Zufriedenheit mit diesem Leben zu erhalten.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF

„Der Mittelwert der Jahre 2015 bis 2017 zeigt keine Veränderung, während der Anteil der sehr unzufriedenen Personen zwischen 2016 und 2017 erkennbar zurückgeht. Die kurzfristige Entwicklung wird daher als tendenziell positiv bewertet. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind.“

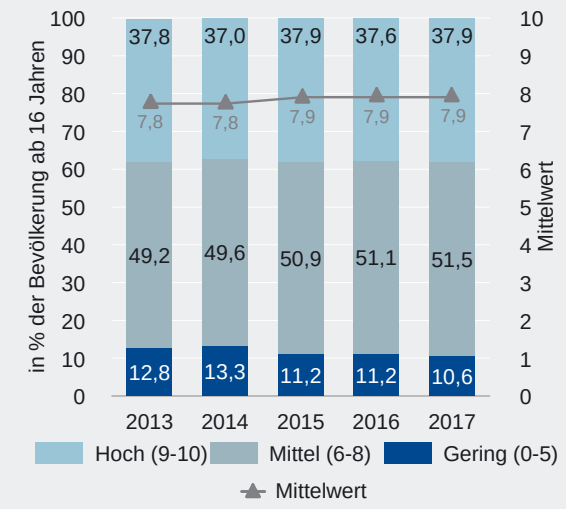
EU-SILC stellt die entsprechende Frage seit 2013 mit 11-stufiger Antwortskala. Die Frage lautet: Ich möchte Ihnen nun einige Fragen zu Ihrem Wohlbefinden und Ihrer Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen stellen. Zunächst aber ganz allgemein gefragt: „Wie zufrieden sind Sie mit Ihrem Leben insgesamt? Bitte antworten Sie auf einer Skala von 0 bis 10, wobei 0 für „überhaupt nicht zufrieden“ und 10 für „vollkommen zufrieden“ steht.“

[70] https://ec.europa.eu/eurostat/web/gdp-and-beyond/quality-of-life
[71] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/initiativen_zur_fortschrittsmessung/gdp_and_beyond/index.html
[72] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/initiativen_zur_fortschrittsmessung/stiglitz_sen_fitoussi/index.html
[73] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/initiativen_zur_fortschrittsmessung/euro_statistisches_system_stiglitz_sen_fitoussi/index.html
[74] https://ec.europa.eu/eurostat/documents/8131721/8131772/Sofia-memorandum-final.pdf

2017 lag die mittlere Zufriedenheit bei 7,9 von 10 Punkten und damit auf dem Niveau der beiden Vorjahre (siehe Grafik 61). Der Anteil der Personen mit einer geringen Zufriedenheit (fünf oder weniger) liegt mit 10,6% auf dem geringsten Niveau seit 2013. Während die Gruppe der mittel und hoch Zufriedenen auch Personen umfasst, die schwierige Lebensumstände haben, aber aus verschiedenen Gründen trotzdem angeben, dass sie zufrieden sind (siehe dazu Ponocny et al. 2015), ist bei der unzufriedenen Gruppe tatsächlich davon auszugeben, dass die meisten Personen objektiv belastet sind.

Grafik 61

Allgemeine Lebenszufriedenheit auf einer Skala von 0-10



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC.

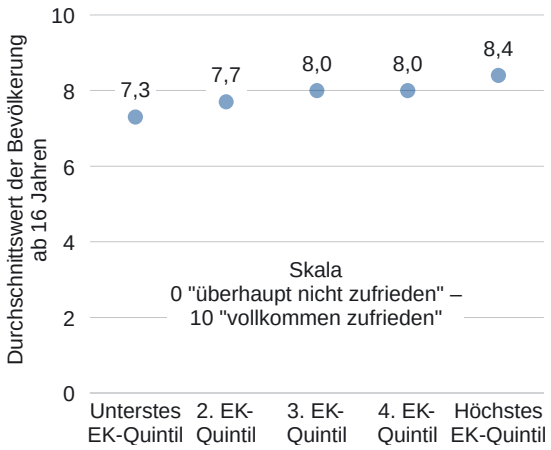
Vergleicht man die österreichischen Daten mit den EU-28-Werten von 2013, so liegt der Mittelwert für Österreich (7,8) über dem EU-Wert von 7,1.[75] Besonders deutlich ist der Abstand beim Anteil der sehr Zufriedenen: während in Österreich 37,8 % in diese Kategorie fallen, sind es im EU-28-Durchschnitt nur 21,7 %.

Hinsichtlich des Geschlechts zeigen sich bei der allgemeinen Lebenszufriedenheit nur geringe Unterschiede. Frauen sind im Mittel etwas zufriedener als Männer, der Anteil der hoch Zufriedenen liegt 2017 bei den Frauen bei 38,9%, bei den Männern hingegen nur bei 36,7 %.

Grafik 62 zeigt, dass die Lebenszufriedenheit im reichsten Einkommensfünftel am höchsten ist und mit steigendem Einkommen zunimmt. Während die unterste Einkommensgruppe 2017 eine mittlere Lebenszufriedenheit von 7,3 von 10 aufwies, lag der entsprechende Mittelwert in der obersten Einkommensgruppe bei 8,4 von 10.

Grafik 62

Allgemeine Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen (2017)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017. - EK-Quintile beziehen sich auf das äquivalisierte Netto-Haushaltseinkommen pro Jahr. Jede Gruppe umfasst 20% der Bevölkerung.

Weitere Analysen zur allgemeinen Lebenszufriedenheit finden sich im diesjährigen Sonderkapitel (siehe Kapitel A.3.3). Im Fokus steht dabei auch der Zusammenhang zwischen Erwerbsstatus und Lebensqualität. Die Ergebnisse zeigen, dass Personen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, ein deutlich geringeres Niveau an Lebenszufriedenheit aufweisen.

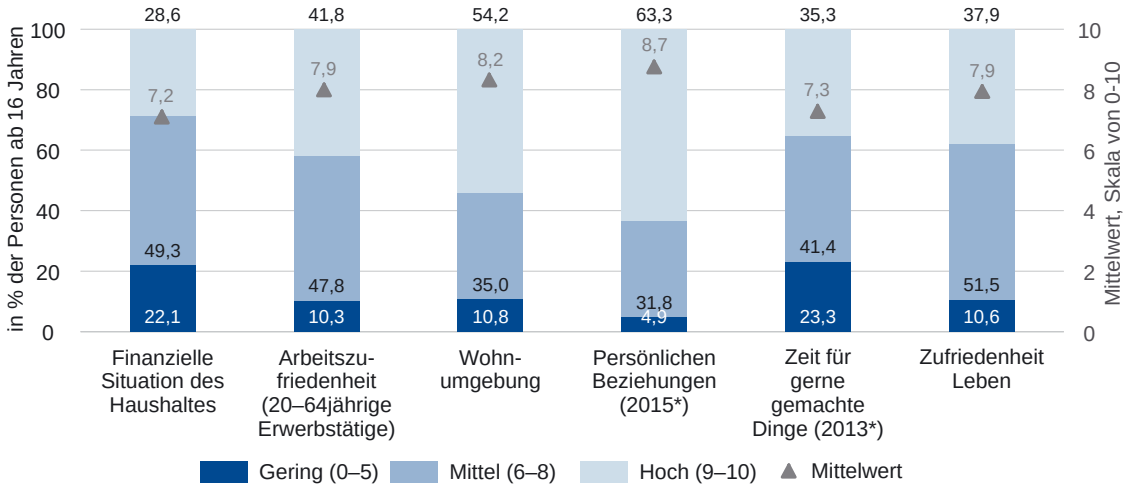
3.8.2 Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen

Zufriedenheiten mit verschiedenen Lebensbereichen wie Einkommen, Wohnumgebung und soziale Beziehungen ermöglichen Aufschlüsse darüber, wie bestimmte objektive Lebensbedingungen subjektiv erfahren werden, geben aber - wie bei den persönlichen Beziehungen - auch Auskunft über Lebensbereiche, die sich gar nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand objektiv erfassen lassen.

Im nationalen Fragenteil zu EU-SILC finden sich jährlich Fragen zur Arbeitszufriedenheit, zur Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushaltes und zur Zufriedenheit mit der Wohnsituation. Darüber hinaus wurden 2013 im Modul zur Lebensqualität einige weitere Fragen zur Zufriedenheit gestellt, unter anderem zur Zufriedenheit mit der Zeit für gerne gemachte Dinge. Die Frage „Wie zufrieden sind Sie mit Ihren persönlichen Beziehungen, z. B. zu Familie, Freunden, Kollegen, Kolleginnen?“

[75] Daten zur allgemeinen Lebenszufriedenheit sind für die EU nur für 2013 verfügbar.

Grafik 63
Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen (2017)



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017, sowie 2013 und 2015. - * Zuletzt verfügbare Werte.

wurde sowohl 2013 als auch 2015 im Sondermodul „Soziale und kulturelle Teilhabe" gestellt. In Grafik 63 finden sich die Werte von 2017 bzw. des jeweils aktuellsten verfügbaren Jahres.

Wie Grafik 63 zeigt, ist die Zufriedenheit mit den persönlichen Beziehungen am höchsten. Fast zwei Drittel der Personen wählten hier auf der 11-stufigen Skala zwischen 0 und 10 eine 9 oder eine 10, der Mittelwert lag bei 8,7. Auch mit ihrer Wohnumgebung sind die Menschen in Österreich sehr zufrieden, 54 % wählten hier eine 9 oder 10. Bezüglich der Arbeitszufriedenheit, bei der sich ebenfalls hohe Werte finden (42 % sind sehr zufrieden), muss berücksichtigt werden, dass nur Personen befragt wurden, die auch wirklich erwerbstätig waren, also eine Personengruppe, der es vergleichsweise gut geht. Den höchsten Anteil gering Zufriedener findet man bei der Zeit für gerne gemachte Dinge, hier gaben 23,3 % einen Wert von 5 oder geringer an. Der Mittelwert lag bei 7,3.

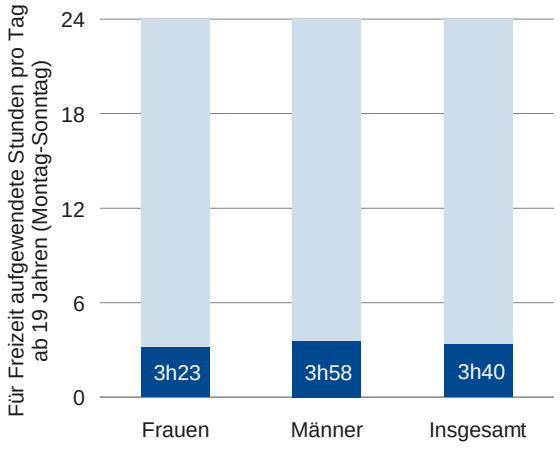
Die niedrigste durchschnittliche Zufriedenheit findet sich mit 7,2 bei der finanziellen Situation des Haushalts. Über 22% führten zudem eine geringe Zufriedenheit für diesen Aspekt an. Auch der Anteil an Personen mit einer hohen Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushaltes fällt mit knapp 29% am geringsten aus.

3.8.3 Freizeitaktivitäten

Das objektive Gegenstück zur Zufriedenheit mit der Zeit für gerne gemachte Dinge stellt die verfügbare Zeit für Freizeitaktivitäten dar. Die diesbezüglich letztverfügbaren Daten stammen aus der Zeitverwendungserhebung 2008/2009.

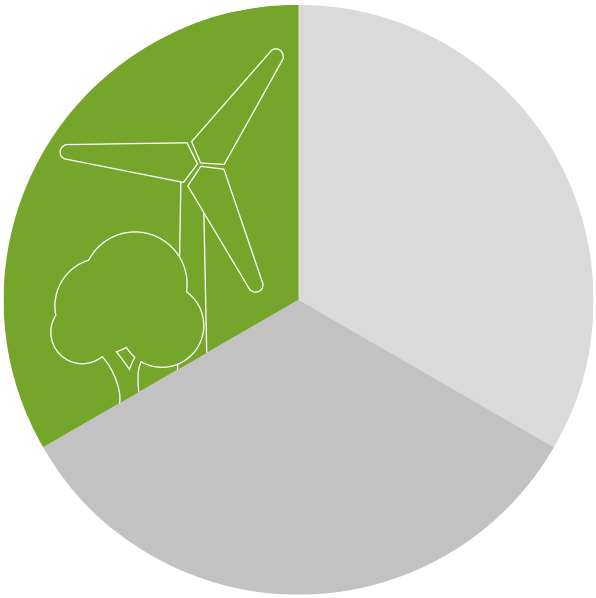
In der Zeitverwendungserhebung werden für 2008/09 die folgenden Tätigkeiten als Freizeitaktivitäten gewertet: Kulturelle Aktivitäten; Unterhaltung, öffentliche Festveranstaltungen; Ausflug; Spazierengehen; Wandern, Laufen; Radfahren (als Sport); Sonstige sportliche Betätigung; Fitness, Gymnastik; Jagen, Fischen, Sammeln in der Natur; Hobbys; Musizieren; Beschäftigung mit dem Computer, technische Hobbys; Spiele; Computerspiele; Zeitungen, Zeitschriften lesen; Bücher lesen; Sonstiges Lesen; Fernsehen (inkl. DVDs & Videos); Musik hören; Informationsbeschaffung mittels Computer; Wege – Kultur; Wege – Sport; Wege – Hobbys; Wege – Mediennutzung. Nichtstun wird jedoch nicht zur Freizeit gezählt. Da es gemeinsam mit dem Nickerchen abgefragt wird, werden diese in der Zeitverwendungserhebung der Kategorie „Schlaf" zugeordnet. Unter Freizeitaktivitäten fallen hier also nur aktive Tätigkeiten.

Grafik 64
Freizeitaktivitäten der Bevölkerung ab 19 Jahren nach Geschlecht (2008/09)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Zeitverwendungserhebung 2008/09.

Grafik 64 zeigt, dass Personen ab 19 Jahren im Durchschnitt pro Tag (inklusive Wochenende) 3 Stunden und 40 Minuten Zeit zur freien Verfügung hatten. Frauen hatten mit 3 Stunden 23 Minuten über eine halbe Stunde weniger Freizeit als Männer (3h58). Dies dürfte vor allem damit zu tun haben, dass Frauen nach wie vor mehr Zeit mit Haushalt, Kinderbetreuung und Freiwilligenarbeit verbringen (Frauen 4h53; Männer 2h41). Gegenüber 1981, als Frauen im Durchschnitt knapp 5 ½ Stunden für diese Tätigkeiten aufwendeten und Männer nur 1 ½ Stunden, deuten diese Zahlen auf eine allmähliche Angleichung hin.



4

Umwelt

Anteil der Bio-Fläche deutlich gestiegen

Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche stieg auf 22,4% im Jahr 2017 (2000: 11,5 %)

Zunehmender Energieverbrauch

Energetischer Endverbrauch stieg von 937 PJ im Jahr 2000 auf rund 1.140 PJ im Jahr 2017

Dimension Verkehr kritisch

Energetischer Endverbrauch, Lkw-Transportleistung und Treibhausgasemissionen stiegen zuletzt deutlich an

4.1
Umwelt und Nachhaltigkeit

Umweltindikatoren zeigen die Entwicklung von Ressourcenverbrauch oder Emissionen auf, die infolge wirtschaftlicher und sozialer Aktivitäten (wie Industrieproduktion oder Verkehr) entstehen. Stellt man diese Indikatoren beispielsweise dem Konsum der Haushalte gegenüber, werden die Aspekte von Wohlstand und Fortschritt – materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt – umfassend betrachtet. Dabei wird noch der Aspekt der „Nachhaltigkeit", also die intra- und intergenerationelle Perspektive mit einbezogen.

Umweltdaten beziehen sich sowohl auf physische als auch auf monetäre Größen, da sich die Umweltstatistik vor allem mit den sozialen und ökonomischen Aktivitäten und deren Auswirkungen auf Umweltsysteme sowie dem Zustand und den Veränderungen der Medien (Boden, Wasser, Luft, etc.) beschäftigt. Die Umweltstatistik ermöglicht damit einen breiten Blick auf die ökologischen Dimensionen von *Wohlstand und Fortschritt*. Aspekte wie Ressourcenverbrauch, Emissionen oder das Verkehrsaufkommen werden genauer betrachtet.

Ob eine Gesellschaft ihr Wirtschaftswachstum schadstoffarm oder zu Lasten zukünftiger Generationen erzeugt, lässt sich durch die Ergänzung materieller und sozialer Faktoren mit den ökologischen Komponenten feststellen.

Um multidimensionalen, weltweit auftretenden Umweltproblemen wie dem Klimawandel begegnen zu können, wurde das Konzept der „Nachhaltigkeit" entwickelt. Dieses gewann durch die Einbeziehung inter- und intragenerationeller Gerechtigkeitsüberlegungen sowie einer tragfähigen ökonomischen Perspektive für die Umweltthematik zunehmend an Bedeutung. Nachhaltigkeit wurde erstmals 1987 im *"Brundtland-Bericht" (United Nations Report of the World Commission on Environment and Development, 1987, Kapitel I, Absatz 3) umfassend formuliert: „Sustainable development is development that meets the needs of the present without compromising the ability of future generations to meet their own needs."*

Nachhaltigkeit bezeichnet also gemeinhin die Herausforderung, den derzeitigen Lebensstandard für zukünftige Zeiträume und spätere Generationen mindestens aufrechtzuerhalten, wenn nicht gar zu verbessern.

Sie umfasst alle Bereiche von Wohlstand und Fortschritt und reflektiert darüber hinaus Zukunftskomponenten – wie beispielsweise die Konsequenzen des Klimawandels – aus einer globalen Perspektive. Für Stiglitz et al. (2009, S. 16f, S. 61f) ist die Messung und Bewertung der Nachhaltigkeitskomponente von Wohlstand und Fortschritt von zentraler Bedeutung. Das gegenwärtige Wohlbefinden hat sowohl mit ökonomischen Ressourcen (wie Einkommen) als auch mit sozialen Aspekten der Lebensqualität (z. B. Bildung und Gesundheit) zu tun. Die Nachhaltigkeit vor allem der ökonomischen Ressourcen hängt davon ab, ob sie an künftige Generationen weitergegeben werden können.

Diese vorausblickende Perspektive vervielfacht die Schwierigkeiten, die bereits in den vorangehenden Kapiteln im Zusammenhang mit der Messung von Wohlstand und Fortschritt erwähnt wurden (z. B. Kapitel 2.1). Stiglitz et al. (ebd. S. 17) gehen davon aus, dass eine Unterscheidung zwischen der Beurteilung des gegenwärtigen Wohlbefindens und jener der Nachhaltigkeit notwendig ist: *„The assessment of sustainability is complementary to the question of current well-being or economic performance, and must be examined separately."* Zudem wird festgehalten, dass ein einzelner Indikator nicht alle relevanten Informationen zum gegenwärtigen Wohlbefinden und den Nachhaltigkeitsaspekten aufzeigen kann.

Deshalb wird von Stiglitz et al. (ebd. S. 17f) speziell der Umweltaspekt der Nachhaltigkeit separat betont: *„Recommendation 12: The environmental aspects of sustainability deserve a separate follow-up based on a well-chosen set of physical indicators. In particular there is a need for a clear indicator of our proximity to dangerous levels of environmental damage (such as associated with climate change or the depletion of fishing stocks)."*

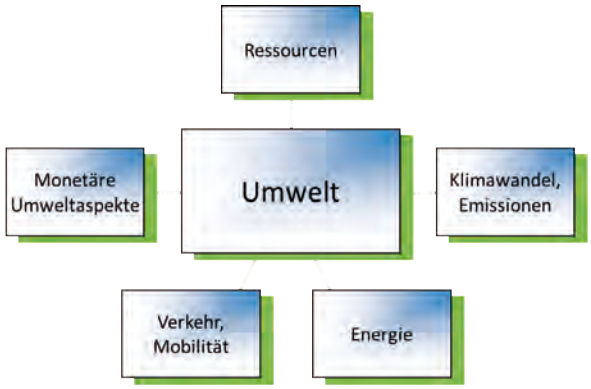
Eine der Leitinitiativen der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010 S. 3) bezieht sich auf die Schaffung einer ressourcenschonenden Wirtschaftsweise in Europa. Diese Leitinitiative bildet die Grundlage für Maßnahmen, die eine Umstellung auf ein ressourcenschonendes und kohlenstoffarmes Wirtschaften erleichtern sollen. Unter anderem soll damit die Sicherung der Versorgung mit wesentlichen Ressourcen sowie die Bekämpfung des Klimawandels erreicht werden.

Wesentlich für einen nachhaltigen Wohlstand und Fortschritt ist eine verminderte und effiziente Nutzung von Ressourcen, die zudem zu einer Verringerung von negativen Emissionen (wie etwa Treibhausgasen) führt. Mit dem Konzept der *Entkoppelung* wird die Entwicklung der (ökologischen) Nachhaltigkeit durch Indikatoren messbar.

Von *absoluter* Entkoppelung spricht man, wenn die betreffende Umweltauswirkung (z. B. Materialverbrauch) stabil oder abnehmend ist, während der Wirtschaftsindikator (zumeist das BIP) zunimmt. Die Entkoppelung ist *relativ*, wenn die Wachstumsrate des Materialverbrauchs positiv ist, jedoch geringer als jene der wirtschaftlichen Variable.

Im Themenfeld Umwelt für das *WgÖ?*-Set wurden die folgenden fünf Dimensionen definiert (Grafik 65).

Grafik 65
Dimensionen der Umwelt



Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Die fünf Dimensionen aus Grafik 65 entsprechen weitgehend den Umweltthemenbereichen[76] der EU-Strategie für nachhaltige Entwicklung (Europäische Kommission 2001), welche „Klimawandel und Energie", „Natürliche Ressourcen", „Nachhaltiger Verkehr" sowie „Nachhaltige Produktions- und Konsumstrukturen" als Dimensionen vorgeschlagen hat.

Den fünf Dimensionen wurden ein bis drei Schlüsselindikatoren zugeordnet. Schlüsselindikatoren sind die aus Sicht der Stakeholder zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimension und unterliegen auch der Bewertung durch das externe Bewertungsteam.

Dies folgt der bereits erwähnten Forderung der Beschränkung auf wenige wesentliche Merkmale, auch wenn für eine vollständige Abdeckung aller Umweltaspekte weitere Indikatoren notwendig wären. Die 11 Schlüsselindikatoren des Bereichs Umwelt werden noch durch Zusatzindikatoren inhaltlich ergänzt. Für 2018 ergab sich eine Änderung eines Schlüsselindikators: in der Dimension *„Klimawandel, Emissionen"* wurde der Indikator „PM_{10}-Emissionen insgesamt" durch den Indikator „$PM_{2,5}$-Exposition (Belastung) bevölkerungsgewichtet" ersetzt.

Übersicht 6
Schlüsselindikatoren der Umwelt mit Bewertung

Umwelt	kurzfristig	langfristig
Inländischer Materialverbrauch		
Flächen mit biolog. Bewirtschaftung		
Flächeninanspruchnahme		
Treibhausgasemissionen		
Feinstaub-Exposition ($PM_{2,5}$)		
Erneuerbare Energieträger		
Energetischer Endverbrauch		
Energieverbrauch des Verkehrs		
Transportleistung des Lkw-Verkehrs		–
Emissionen des Verkehrs		
Ökosteueranteile		

Q: STATISTIK AUSTRIA, Wie geht's Österreich?

Zu beachten ist, dass es zwischen den Dimensionen keine eindeutige inhaltlich Abgrenzung geben kann, sondern thematische Überschneidungen der Zugehörigkeit von Indikatoren möglich sind. Überschneidungen bestehen z. B. für Energieträger wie Öl oder Gas, welche in einer eigenen Dimension *„Energie"* geführt werden, jedoch genauso eine wichtige *Ressource* darstellen. Indikatoren zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs (Dimension *„Verkehr"*) oder zum Energieverbrauch (Dimension *„Energie"*) sind auch für die Dimension *„Klimawandel, Emissionen"* inhaltlich relevant.

Der Fokus bei der Auswahl der Indikatoren zu *WgÖ?* liegt auf physischen Daten. Die Dimension *„monetäre Umweltaspekte"* kommt der Aufforderung der Task Force „Environmental Sustainability" der Sponsorship Group (Eurostat 2011) nach, verstärkt die Umweltgesamtrechnungen für die Messung von Wohlstand und Fortschritt heranzuziehen. Die Bedeutung der Umweltgesamtrechnungen für die Darstellung von Nachhaltigkeitsaspekten wird auch von der Europäischen Kommission (2013b) hervorgehoben.

[76] http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/sdi/indicators

Als Datenquellen dienen hauptsächlich Umweltdaten von Statistik Austria. Ergänzend werden für Umweltbereiche, die unter die Agenden des Umweltbundesamts (z. B. Luftschadstoffe) oder des Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (BMNT, z. B. Fläche der Bio-Landwirtschaft) fallen, die entsprechenden Daten dieser Institutionen verwendet. Datenlücken ergeben sich für Bereiche wie Biodiversität, Bodenqualität (Emissionen), Wasserentnahme oder Klimawandelanpassungskosten, für die derzeit keine aggregierten Werte aus offiziellen Statistikquellen vorliegen.

Die stärkere Berücksichtigung der Zukunftskomponente im Bereich Umwelt führt dazu, dass bei der Bewertung der Umweltindikatoren neben der Dynamik dem absoluten Niveau der Umweltwerte eine große Relevanz beigemessen wird.

Der Schwerpunkt der Umweltbetrachtung liegt damit – im Vergleich zu den Bereichen materieller Wohlstand und Lebensqualität – etwas stärker auf der langfristigen als auf der kurzfristigen Entwicklung.

Beispielsweise müsste bezüglich des Ziels, den Klimawandel zu begrenzen, der Energieverbrauch unter den Wert von 2000 gesenkt werden. Auch wenn sich in den Jahren 2006 bis 2015 eine Stabilisierung des Verbrauchs zeigt, bleibt das Problem, dass der Energieverbrauch insgesamt im europäischen Vergleich immer noch zu hoch ist (Österreich 135 Gigajoule pro Kopf, EU-28 91 Gigajoule pro Kopf). Dies liegt vor allem an dem Zuwachs in den Jahren 2000 - 2005 und führte zu einer tendenziell negativen Beurteilung des langfristigen Verlaufes durch das Expertengremium (siehe auch Kapitel 1.3).

4.2 Ressourcen

Bei (natürlichen) Ressourcen handelt es sich um Bestandteile der Natur, die vom Menschen direkt oder indirekt genutzt werden bzw. potentiell genutzt werden können und die die Grundlagen für derzeitiges und zukünftiges Leben bilden. Viele dieser Ressourcen, wie Minerale, Lebensräume oder auch Tierarten sind begrenzt – wenn sie erschöpft oder vernichtet werden, sind sie für immer verschwunden. Eine Vielzahl anthropogen verursachter Umweltschäden ist auf den gestiegenen Verbrauch natürlicher Ressourcen zurückzuführen.

Die schonende, effiziente Ressourcennutzung und die Vermeidung ökologischer und sozialer Belastungen sind notwendig für eine nachhaltige Entwicklung.

Die zunehmende Produktion, der Transport und der Konsum von Rohstoffen führen zu Umweltproblemen wie dem anthropogenen Klimawandel, der Flächenversiegelung, dem Verlust der Artenvielfalt, der Bodenerosion, der Produktion von Abfällen oder der Luftverschmutzung.

Eine der sieben Leitinitiativen innerhalb der Europa 2020 Strategie widmet sich dem Thema „ressourcenschonendes Europa" (Europäische Kommission 2011b). Sie sieht eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs in der EU und damit eine absolute Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum vor[77]. Der sparsame und effiziente Umgang mit natürlichen Ressourcen und die absolute Entkoppelung des Ressourceneinsatzes vom Wirtschaftswachstum gelten als wesentliche Schlüsselstrategie für eine nachhaltige Entwicklung.

In Österreich wurde im Jahr 2011 ein Ressourceneffizienz-Aktionsplan (REAP) entwickelt (BMLFUW 2012). Dieser legt Ziele zur Effizienzsteigerung bei der Nutzung natürlicher Ressourcen fest, identifiziert wesentliche Handlungs- und Aktionsfelder und schlägt Maßnahmen für eine konkrete Erhöhung der Ressourceneffizienz vor. Langfristig soll die österreichische Wirtschaftsentwicklung vom Ressourcenverbrauch und den damit einhergehenden Umweltauswirkungen entkoppelt werden. Dazu ist es laut REAP erforderlich, die Ressourceneffizienz in Österreich mittelfristig, also bis zum Jahr 2020, um mindestens 50 % anzuheben und somit den Ressourcenverbrauch insgesamt deutlich zu reduzieren.

Eine Kategorisierung von Ressourcen bietet das UN System of Environmental-Economic Accounting (SEEA)[78] mit folgender Auflistung:

- mineralische Ressourcen
- Energieressourcen
- Land- und Bodenressourcen
- Holzressourcen
- aquatische Ressourcen
- sonstige biologische Ressourcen
- Wasserressourcen.

Während einige dieser Komponenten bereits sehr gut im Rahmen der Naturvermögensrechnungen abgebildet werden (beispielsweise mineralische oder Energieressourcen), liegen für andere Kategorien keine passenden Daten aus der amtlichen Statistik vor.

Für die Abbildung des Bereichs Ressourcen wurden drei Schlüsselindikatoren herangezogen: der wichtigste Indikator ist der *inländische Materialverbrauch*, welcher mineralische, und Energie, Holz und sonstige biologische Ressourcen sowie zu einem Teil auch aquatische Ressourcen umfasst (Energieressourcen werden zudem explizit im Bereich Energie dargestellt). Der Indikator *„Flächen mit biologischer Bewirtschaftung"* bezieht sich auf Komponenten der Land- und Bodenressourcen sowie der „sonstigen biologischen Ressourcen". Die Problematik der Flächenversiegelung, welche ebenfalls die Land- und Bodenressourcen betrifft, wird durch den Indikator *Flächeninanspruchnahme insgesamt (*durch Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen) abgedeckt.

Für Wasserressourcen (z. B. Wasserentnahme oder Wasserverwendung) stehen in Österreich kaum Daten zur Verfügung. Langfristig ist auf europäischer Ebene die Entwicklung einer Wassergesamtrechnung geplant, welche den Wasserverbrauch VGR-konform abbilden soll.

[77] Absolute Entkoppelung bedeutet, dass der Materialverbrauch) stabil oder abnehmend ist, während der Wirtschaftsindikator (zumeist das BIP) zunimmt. Die Entkoppelung ist relativ, wenn die Wachstumsrate des Materialverbrauchs positiv ist, jedoch geringer als jene der wirtschaftlichen Variable.

[78] http://unstats.un.org/unsd/envaccounting/seeaRev/SEEA_CF_Final_en.pdf.

4.2.1
Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch

Der Schlüsselindikator inländischer Materialverbrauch (DMC = Domestic Material Consumption) aus der Materialflussrechnung der Statistik Austria stellt die im Inland verbrauchte Materialmenge dar. Dies betrifft den Verbrauch jenes Materials, das in Produktionsprozessen und im Endverbrauch in Österreich konsumiert wird. Indirekte Materialflüsse sind nicht enthalten.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

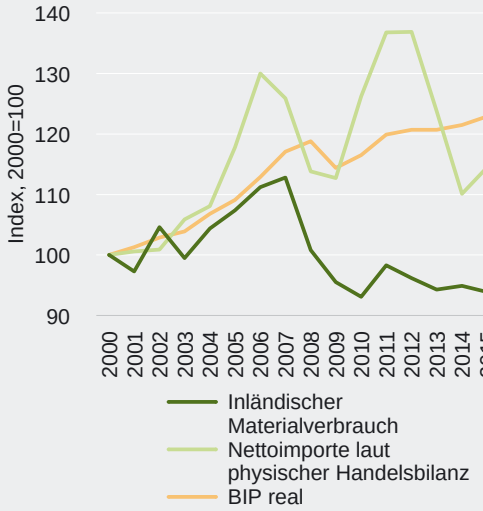
„Der Materialverbrauch startete 2000 auf zu hohem Niveau, um den Zielen einer nachhaltigen Entwicklung zu entsprechen. In einzelnen Jahren zeigte sich ein Rückgang, 2017 erreichte der Verbrauch jedoch beinahe wieder den Wert von 2000. Die Entwicklung wird daher langfristig tendenziell negativ eingeschätzt. In den letzten beiden Beobachtungsjahren stieg der Materialverbrauch wieder leicht an, was kurzfristig zu einer tendenziell negativen Bewertung des Verlaufs führt. Zu berücksichtigen ist dabei, dass die Jahre 2016 und 2017 auf vorläufigen Daten nach Schätzungen von Eurostat beruhen, die sich noch ändern können."

Der DMC zeigt die Entwicklung der vier wichtigen Ressourcenströme Biomasse, metallische Erze, nichtmetallische Minerale und fossile Energieträger. Definiert wird der DMC als die jährliche Menge an Rohstoffen, die im Inland gewonnen wird, zuzüglich aller physischen Einfuhren und abzüglich aller physischen Ausfuhren. Indirekte Ressourcenflüsse, die nicht direkt in den importierten Gütern stecken, aber während ihrer Herstellung in anderen Ländern verbraucht wurden – sogenannte Vorleistungen – sind nicht im DMC enthalten.

Flächenversiegelung, Bodenerosion oder Luftverschmutzung sind einige Umweltprobleme, die auf den zunehmenden Materialverbrauch zurückgeführt werden können. Zudem entsteht eine zunehmende Verknappung nicht erneuerbarer Rohstoffe.

In Österreich sank der Materialverbrauch im Zeitraum 2000 bis 2017 (vorläufige Schätzung durch Eurostat) um 1,5 %. Das reale BIP wuchs im selben Zeitraum um 28,6 %, was einer erhöhten Materialeffizienz (BIP/DMC) entspricht (siehe Grafik 66). Nach einer Wachstumsperiode von 2003 bis 2007 zeigte sich 2008 bis 2010 ein Rückgang des DMC. Der inländische Materialverbrauch sank von 2007 auf 2008 um 10,6 %, während das reale BIP um 1,5 % wuchs, damit wurde eine absolute Entkoppelung vom BIP erreicht. Seit dem Jahr 2011 blieb der DMC beinahe konstant. Laut ersten Berechnungen von Eurostat gab es 2017 einen Anstieg von 2,6 %. Der DMC betrug damit laut erster Schätzung 2017 rund 180 Mio. t.

Grafik 66
Inländischer Materialverbrauch (DMC)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung, VGR, Eurostat. - * DMC-Werte stellen vorläufige Ergebnisse berechnet nach der Veränderungsrate von Eurostat dar.

Entsprechend den Zielen des europäischen Fahrplans für ein „ressourcenschonendes Europa" (Europäische Kommission 2011b), soll der DMC langfristig reduziert werden, also absolut von der Wirtschaftsentwicklung entkoppelt werden[79]. Kurzfristig soll die Materialeffizienz gesteigert werden, der Verbrauch soll also zumindest langsamer wachsen als die Gesamtwirtschaft (relative Entkoppelung).

Die Entkoppelung von Materialverbrauch und BIP kann durch einen effizienteren Materialeinsatz, eine Verlagerung von Konsum zu materialextensiveren Gütern oder auch durch eine Auslagerung der Güterproduktion ins Ausland erreicht werden. Einen Hinweis auf letzteres gibt die Entwicklung der Nettoimporte laut der physischen Handelsbilanz (physical trade balance = PTB). Die physischen Nettoimporte errechnen sich aus den Importen abzüglich der Exporte. Positive Werte bedeuten demnach, dass ein Land die Zulieferung von Materialien aus dem Ausland benötigt. Österreich hatte im Jahr 2000 einen Nettoimport von 27,3 Mio. Tonnen (t), welcher bis 2015 (letztverfügbares Jahr) auf 31,2 Mio.t anstieg. Die Nettoimporte erhöhten sich damit von 2000 bis 2015

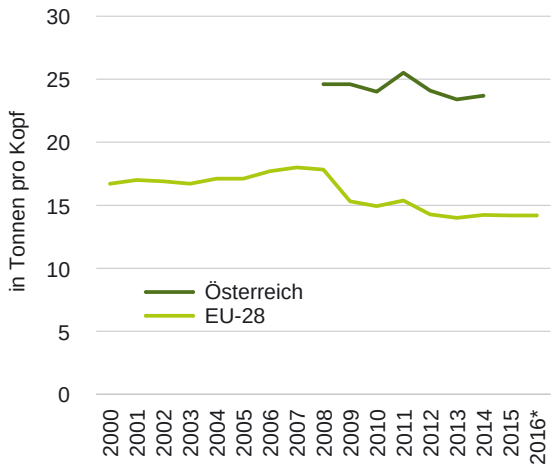
[79] Eine absolute Entkoppelung bedeutet einen Rückgang des Ressourcenverbrauchs bei gleichzeitigem Wachstum der Wirtschaft.

um 14,5 %, während der DMC 2015 sogar unter dem Ausgangswert 2000 lag (Grafik 66).

In einer vollständigen Berechnung und Analyse des Ressourcenverbrauchs eines Landes müssten zusätzlich die materiellen und energetischen Vorleistungen, die mit der Produktion der importierten aber auch der exportierten Güter einhergehen, berücksichtigt werden. Vor allem hochindustrialisierte Länder wie Österreich spezialisieren sich international eher auf die Produktion im höher verarbeitenden Bereich, dadurch werden materialintensive Produktionsschritte zunehmend ausgelagert. Der Indikator RMC (Raw Material Consumption, Rohmaterialverbrauch) berücksichtigt die materiellen Vorleistungen der Importe und Exporte und erfasst damit auch Auslagerungseffekte. Durch Importe lagern Industrieländer wie Österreich einen erheblichen Teil des durch ihren Konsum bedingten Ressourcenverbrauchs (und der damit verbundenen Umweltbelastung) in die (vor)produzierenden Länder aus.

Der RMC – die Summe aller genutzten Ressourcen inklusive der Vorleistungen – liegt in Österreich, wie in anderen Importländern, deutlich über dem DMC, der keine Vorleistungen berücksichtigt. Werden alle genutzten Materialien berücksichtigt, erhöht sich der Materialverbrauch 2013 (letztverfügbares Jahr des nationalen RMC) von rund 21 Tonnen pro Kopf (laut DMC) auf 24 Tonnen pro Kopf (laut RMC) und Jahr. Der Vergleichswert der EU-28 liegt bei 14 Tonnen pro Kopf (siehe).

Grafik 67
Rohmaterialverbrauch im EU-Vergleich (Tonnen pro Kopf)



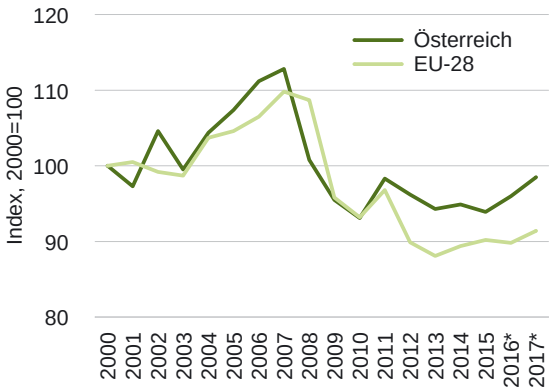
Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung; Eurostat. * Werte stellen vorläufige Ergebnisse von Eurostat dar.
Anmerkung: Methodische Unterschiede zwischen Eurostat und Österreich sind vorhanden, können aber für die Betrachtung der Entwicklung der Zeitreihe vernachlässigt werden.

Der Rohmaterialverbrauch übersteigt den Materialverbrauch, weil mehr Material in der Erzeugung der von Österreich importierten Güter eingesetzt wird, als Material in Österreich für die Erzeugung von Gütern für den Export verwendet wird. In der Beurteilung der globalen Ressourcennutzung und des jeweiligen Beitrages eines Landes ist es daher zukünftig entscheidend, die Vorleistungen des Außenhandels zu berücksichtigen.

Der DMC bestand 2015 zu einem Großteil (57,6 %) aus nichtmetallischen Mineralen, unverarbeitet und verarbeitet (vorrangig Baurohstoffe). 23,4 % des österreichischen Materialverbrauchs entfielen 2015 auf Biomasse, 14,3 % auf fossile Energieträger (unverarbeitet und verarbeitet). Metalle hatten mit 4,3 % den geringsten Anteil am Materialverbrauch, sind aber im Hinblick auf Umweltauswirkungen vor allem wegen des hohen Material- und Energieaufwandes, mit dem ihr Abbau und ihre Veredelung verbunden sind, von großer Bedeutung (Gierlinger 2017).

Im internationalen Vergleich (siehe Grafik 68) verlief die Entwicklung des inländischen Materialverbrauchs bis 2010 weitgehend parallel zu jener mit dem Durchschnitt der EU-28-Länder. Allerdings erreichten letztere von 2011 auf 2013 im Durchschnitt einen deutlich stärkeren Rückgang als Österreich. Betrachtet man die Veränderung von 2000 bis 2017 (vorläufige Schätzung), dann nahm der DMC für alle EU-Staaten um 8,6 % ab, in Österreich betrug die Reduktion 1,8 %.

Grafik 68
Inländischer Materialverbrauch im EU-Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Materialflussrechnung; Eurostat. - * Werte stellen vorläufige Ergebnisse von Eurostat dar.

Anzumerken ist, dass ein Ländervergleich immer auch durch die Datenqualität beeinflusst ist. Die Höhe des Ressourcenverbrauchs hängt auch vom Umfang der erfassten Materialflüsse und Datenrevisionen ab. Die Datenqualität der österreichischen Materialflussanalyse ist als sehr hoch anzusehen, während es in einigen Ländern noch zu deutlichen Untererfassungen kommt. Seit 2012 ist die Methode der Materialflussrechnung international standardisiert (UN System of Environmental Economic Accounting – SEEA[80]).

[80] http://unstats.un.org/unsd/envaccounting/seea.asp

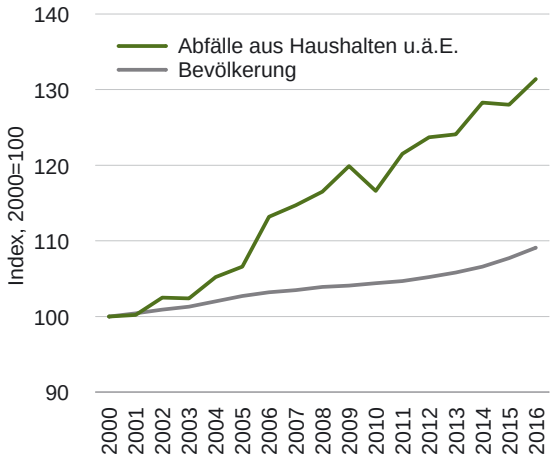
Seit dem Jahr 2013 müssen diese Daten von allen Mitgliedsländern des Europäischen Statistischen Systems (ESS) verpflichtend an Eurostat berichtet werden (EU-Verordnung 691/2011), was die internationale Vergleichbarkeit erhöhte.

4.2.2 Abfälle aus Haushalten

Ein Teil der eingesetzten Ressourcen wird in Form von Emissionen und Abfällen (z. B. auch als Dünger) in die Natur zurück verbracht. Grafik 69 zeigt einen Teilbericht dieser Residuen, nämlich die „Abfälle aus Haushalten und ähnlichen Einrichtungen" nach Daten des Umweltbundesamts. Diese entsprechen im Wesentlichen dem Begriff der „Siedlungsabfälle".

D. h. diese Abfälle stammen aus Haushalten, aus Verwaltungseinrichtungen, aus Kindergärten, Schulen, Krankenhäusern, aus dem Kleingewerbe und landwirtschaftlichen Betrieben und von sonstigen Stellen, sofern diese an die kommunale Müllabfuhr angeschlossen sind. Im Jahr 2016 fielen in Haushalten und ähnlichen Einrichtungen im ersten Behandlungsweg knapp 4,3 Mio. Tonnen Abfälle an. Das Abfallaufkommen von „Siedlungsabfällen" hat damit seit 2000 um 31,4 % zugenommen und ist deutlich stärker gewachsen als die österreichische Bevölkerung mit 9,1 %.

Grafik 69
Siedlungsabfälle aus Haushalten (inklusive Abfälle aus haushaltsähnlichen Einrichtungen)



Q: Statistik Austria, Bevölkerungsstatistik: Bevölkerung im Jahresdurchschnitt; Umweltbundesamt.

Der zehnte Umweltkontrollbericht (Umweltbundesamt 2013) führt verschiedene Ursachen für das steigende Abfallaufkommen an, etwa den Anstieg der Wohnbevölkerung, die Abnahme der durchschnittlichen Haushaltsgröße oder abfallintensiveres Kaufverhalten der Konsumenten (z. B. Zunahme an Einwegprodukten, Fertiggerichten etc.).

Das Gesamtaufkommen der österreichischen Abfälle betrug für das Jahr 2016 62,1 Mio. Tonnen. Abfälle aus Haushalten und haushaltsähnlichen Einrichtungen machen damit 6,9 % des gesamten Abfallaufkommens aus.

4.2.3 Schlüsselindikator Flächen mit biologischer Bewirtschaftung

Der Indikator „Flächen mit biologischer Bewirtschaftung" bezieht sich auf die gesamte ökologisch bewirtschaftete Fläche (ohne Almen) in Österreich. Der Indikator wird als Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche dargestellt.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die starke Ausweitung der Bio-Flächen wird langfristig als sehr positiv gesehen. Österreich befindet sich auch im internationalen Vergleich auf hohem Niveau (2016: EU-28: 6,7% Bio-Fläche, Österreich: rund 21%). Die kurzfristige Entwicklung der Bio-Flächen in Österreich mit dem deutlichen Anstieg in den Jahren 2016 und 2017 wird ebenfalls sehr positiv bewertet."

Das österreichische Agrar-Umweltprogramm (aktuell: ÖPUL 2015[81]) soll die umweltschonende Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Flächen in einem sehr breiten Rahmen fördern. Die Maßnahme 20 zur biologischen Wirtschaftsweise[82] laut ÖPUL soll mit ihrer naturnahen extensiven Produktionsweise zur Schonung von Böden und Gewässern sowie zur Förderung der Ressource Biodiversität beitragen.[83]

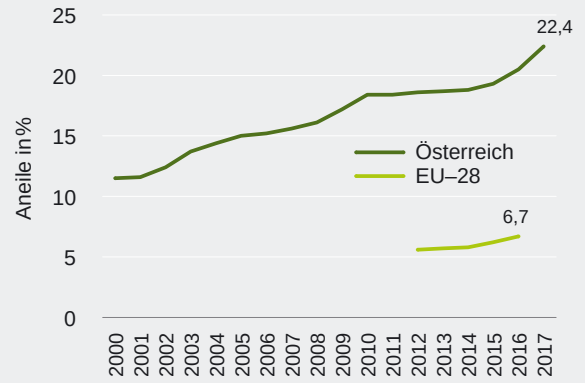
Eine intensive Landwirtschaft bringt Umweltprobleme wie erhöhte Nitratgehalte im Trinkwasser, Artenrückgang bei Pflanzen

[81] Österreichischen Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft https://www.bmnt.gv.at/land/laendl_entwicklung/oepul/oepul2015.html
[82] Gemäß der Verordnung (EG) Nr. 834/2007 über die ökologische/biologische Produktion.
[83] Zur ÖPUL Maßnahmenerläuterung siehe: https://www.ama.at/getattachment/4a7c22e1-bcb4-42bc-bab1-fea6b904b6a2/SRL_OEPUL_2015.pdf

und Tieren, Belastung der Lebensmittel mit Schadstoffen und eine zunehmende Bodenerosion mit sich.

In Österreich hat sich von 2000 bis 2017 der Anteil der Flächen, welche biologisch bewirtschaftet wurden, an den gesamten landwirtschaftlich genutzten Flächen (ohne Almen), von 11,5 % auf 22,4 % erhöht. Der Anteil der biologisch bewirtschafteten Flächen zeigte vor allem in den Jahren 2002 bis 2005 und 2007 bis 2010 sowie seit 2015 ein deutliches Wachstum (siehe Grafik 70).

Grafik 70
Flächen mit biologischer Bewirtschaftung (Anteile an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche)



Q: BMNT, Grüner Bericht. Fläche ohne Almen laut INVEKOS für geförderte Biobetriebe; Eurostat (geringfügig abweichend aufgrund Datenverfügbarkeit: ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion).

Rund 90 % der biologisch bewirtschafteten Flächen in Österreich werden über ÖPUL gefördert (Maßnahme 20, früher 1). Die Stagnation des Anteils der Flächen in den Perioden 2000/2001, 2006 und 2011 bis 2014 ist Großteils auf das Auslaufen der Verpflichtungen im Rahmen des jeweiligen Agrar-Umweltprogramms ÖPUL zurückzuführen. Auch bei einem aktuell bereits erfolgten Umstieg eines landwirtschaftlichen Betriebs auf die ökologische Wirtschaftsweise ist eine Aufnahme in das ÖPUL-Programm erst wieder seit dem Start der neuen Periode 2015 möglich. Von 2015 auf 2016 (+5,9%) sowie von 2016 auf 2017 (+9,0%) wurde ein deutlicher Anstieg der Flächen verzeichnet, der Anteil an der gesamten landwirtschaftlichen Fläche (ohne Almen) erreichte damit 2017 22,4 %.

Die biologische Wirtschaftsweise soll durch reduzierte Düngung, Verzicht auf chemisch-synthetische Pflanzenschutzmittel und vielfältige Fruchtfolgen zur Förderung der Biodiversität im tierischen und pflanzlichen Bereich beitragen. Eine schonende Bodenbearbeitung soll die Bodengesundheit fördern. Darüber hinaus werden durch die Verringerung des Einsatzes von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln der Schutz des Grundwassers und eine Reduktion der Emissionen in die Luft angestrebt. Eine besonders tierfreundliche Haltung der Nutztiere sowie eine weitgehende Kreislaufwirtschaft am Betrieb sind ebenfalls Ziele dieser ÖPUL-Maßnahme. Das ÖPUL-Programm wird vom Bund im Rahmen des Österreichischen Entwicklungsprogramms für den ländlichen Raum für den jeweiligen Programmzeitraum im gesamten Bundesgebiet angeboten[84]. Mit 2015 wurde ÖPUL 2015/2020 wirksam[85]. Die Maßnahme zur biologischen Wirtschaftsweise stellt auch für die 5. Periode ein Kernstück des ÖPUL dar; trotz gesunkener Gesamtmittel sind für Bio-Betriebe erhöhte Mittel vorgesehen.

Im EU-Vergleich hatte Österreich im Jahr 2016 (letztverfügbares Jahr) flächenmäßig den mit Abstand größten Anteil an Biobetrieben: Rund 21 % der landwirtschaftlichen Fläche wurde biologisch bewirtschaftet, danach folgen Schweden Estland mit jeweils 18 %. Der Durchschnitt in der EU-28 lag 2016 bei 6,7 % der landwirtschaftlich genutzten Fläche. Betrachtet wird hier aus Gründen der Datenverfügbarkeit die ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion.

Informationen über Entwicklungen der Bio-Flächen lassen naturgemäß keinen direkten Schluss auf den Zustand der biologischen Vielfalt oder des Bodens zu. Allerdings liegen aus der offiziellen Statistik keine Daten zu den genannten Ressourcen vor. Der Indikator wurde daher ausgewählt, um zumindest näherungsweise die Ressourcen Boden(qualität) und Biodiversität abzubilden. Zudem entspricht der Schlüsselindikator damit weitgehend dem SDG-Indikator 2.4.1 „Proportion of agricultural area under productive and sustainable agriculture“.

4.2.4 Schlüsselindikator Flächeninanspruchnahme

Der Schlüsselindikator zur Flächeninanspruchnahme bildet die Entwicklung von Flächennutzungen ab und stellt damit einen wesentlichen Aspekt bei der Betrachtung von Land- und Bodenressourcen dar. Die natürliche Ressource Boden ist begrenzt vorhanden, eine zunehmende Inanspruchnahme (etwa für Bauzwecke) führt zu Verknappung. Ein gravierendes Umweltproblem stellt dabei die voranschreitende Bodenversiegelung dar, d. h. die Abdeckung des Bodens durch wasserundurchlässige Schichten (z. B. Asphalt).

[84] Gemäß Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds (ELER).
[85] https://www.bmlfuw.gv.at/land/laendl_entwicklung/oepul/oepul2015.html

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die Bodenversiegelung stellt eines der größten Umweltprobleme dar und ist ein nahezu irreversibler Prozess. Der kontinuierliche Anstieg der Flächeninanspruchnahme durch Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen wird daher langfristig eindeutig negativ bewertet. Kurzfristig zeigt sich eine Abschwächung des Trends, die Entwicklung der letzten 3 Jahre wird daher als tendenziell negativ gesehen."

Die gesamte Flächeninanspruchnahme wird in die Kategorien Bauflächen (versiegelte Flächen, z. B. Gebäude und begrünte Flächen, z. B. Hausgärten), Verkehrsflächen (Großteils versiegelte Straßen- oder Eisenbahnanlagen, Verkehrsrandflächen, Parkplätze) und sonstige Flächen (Freizeitflächen und Abbauflächen) unterteilen (neue Klassen) [86].

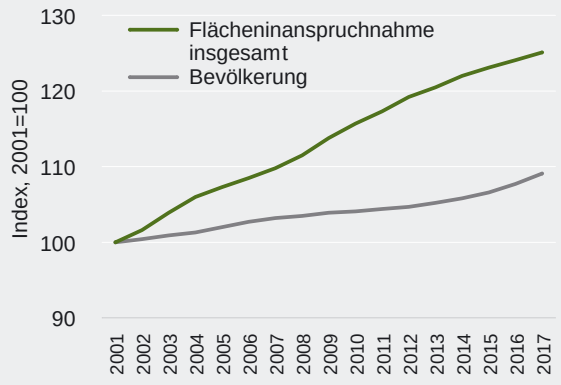
Die Ressource Boden stellt ein nicht vermehrbares und nicht erneuerbares Gut dar. Einmal versiegelt, kann Boden nur mit großem technischem und finanziellem Aufwand wieder renaturiert werden.

Die Flächeninanspruchnahme insgesamt nahm in den Jahren 2001 bis 2017 um 25,1 % zu (durchschnittlich 1,4 % pro Jahr), insgesamt entspricht dies einer Zunahme von 1.132 km² für den gesamten Zeitraum. Damit wuchs die Flächeninanspruchnahme im Beobachtungszeitraum deutlich schneller als die österreichische Bevölkerung (+9,1 %) (Grafik 71). Die gesamte tägliche Flächenneuinanspruchnahme (Bau-, Verkehrsflächen und sonstige) lag in der Periode 2014 bis 2017 bei 12,9 Hektar (ha) pro Tag. Mit der Flächeninanspruchnahme geht die voranschreitende Bodenversiegelung einher, d. h. die Bedeckung des Bodens durch wasserundurchlässige Schichten (z. B. Asphalt). Der Gesamtversiegelungsgrad der Siedlungs- und Verkehrsflächen in Österreich betrug 2017 41,2 %.

Nach den Daten des Umweltbundesamts erreichte die gesamte Flächeninanspruchnahme für Bau-, Verkehrs- und sonstige Zwecke 2017 5.642 km² der österreichischen Bundesfläche. Dies entspricht 18,1 % des *Dauersiedlungsraums*, welcher den für Landwirtschaft, Siedlung und Verkehrsanlagen verfügbaren Raum umfasst.[87] Durch die naturräumlichen und topografischen Faktoren ist der Dauersiedlungsraum in Österreich auf nur ca. 37 % der gesamten Landesfläche beschränkt.

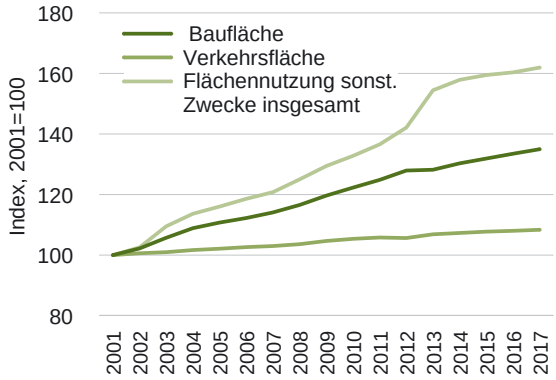
Von den insgesamt 5.642 km² der gesamten Flächeninanspruchnahme entfielen 2017 rund 3.185 km² auf Bauflächen (56,5 %), 2.070 km² wurden für Verkehrsflächen genutzt (36,7 %). Der Rest der Flächennutzung von 6,9 % (387 km²) entfiel auf die Kategorie „Flächennutzung sonstige Zwecke insgesamt".

Grafik 71
Flächeninanspruchnahme insgesamt



Q: STATISTIK AUSTRIA, Statistik des Bevölkerungsstandes: Bevölkerung zu Jahresbeginn; Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Inanspruchnahme am 1.1. des Jahres (ab 2013: 31.12. des Jahres).

Grafik 72
Flächeninanspruchnahme: Bau-, Verkehrs- und sonstige Flächen



Q: Umweltbundesamt, Flächeninanspruchnahme (neue Klassen) modifiziert nach © Regionalinformation BEV, Inanspruchnahme jeweils am 1.1. des Jahres (ab 2013: 31.12. des Jahres).

Bauflächen erfuhren von 2001 bis 2017 einen deutlich stärkeren Anstieg (+35,0 %) als Verkehrsflächen (+8,3 %), was u. a. eine vermehrte Nachfrage nach Wohnraum widerspiegelt (siehe Grafik 72). Die geringe Abnahme der Verkehrsflächen im Jahr 2012 (0,2 %) entstand aufgrund einer Neudefinition der Klassenzuordnung: Forststraßen wurden

[86] http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/raumordnung/rp_flaecheninanspruchnahme/rp_definitionen/

[87] Dauersiedlungsraum besteht aus einem potenziell für Siedlungszwecke nutzbaren Raum mit den Benützungsarten Baufläche, landwirtschaftlich genutzte Flächen, Gärten, Weingärten; Nutzungen Straßenverkehrsanlagen, Verkehrsrandflächen, Parkplätze, Schienenverkehrsanlagen, Betriebsflächen, Abbauflächen, Freizeitflächen, Friedhöfe).

bisher den „Straßenflächen" zugeordnet, seit 2012 gehören sie jedoch zur Nutzungsart „Wald". Die Kategorie „Flächennutzung sonstige Zwecke insgesamt" wies im Zeitverlauf 2001 bis 2016 den höchsten Zuwachs (+62,0 %) auf.

Die gesamte Flächenneuinanspruchnahme stieg im Durchschnitt der Jahre 2014 – 2017 um 12,9 ha/Tag. Davon entfielen auf Bau- bzw. Verkehrsflächen eine Steigerung von 10,2 ha/Tag bzw. 1,7 ha/Tag. Die „Flächennutzung sonstige Zwecke insgesamt" stieg um 0,9 ha/Tag. Dies bedeutet ein Einbremsen des Anstiegs der Neuinanspruchnahme im Vergleich zur Vorperiode 2010 – 2013, wo der Anstieg durchschnittlich 20,1 ha/Tag betrug.

Durch die Bebauung werden die vielfältigen Aufgaben der Ressource Boden auf eine einzige Funktion als Standort für Siedlungs- und Verkehrsnutzungen reduziert. Dies entzieht der Land- und Forstwirtschaft produktive Flächen, führt zu Verlusten an Lebensraum für Pflanzen und Tiere und beeinträchtigt damit die biologische Vielfalt. Boden erfüllt auch Regelungsfunktionen in Stoffkreisläufen, etwa die Speicherung von Energie und Stoffen (z. B. Wasser oder CO_2-Speicherung (Kohlenstoffdioxid) und deren Umwandlung und Transport (z. B. Ausfiltern von Stoffen aus dem Niederschlags-, Sicker- und Grundwasser) (Lanegger & Fröhlich 2014). Entsprechende Rückbaumaßnahmen – wie von bebauten Flächen in Grünland – werden nur sehr selten durchgeführt.

Eine wesentliche Ursache für die zunehmende Bodenversiegelung stellt der gesellschaftliche und wirtschaftliche Wandel dar. Eine Steigerung des Lebensstandards wirkt sich laut Lanegger & Fröhlich (2014 S. 11) über die Steigerung der Wohnnutzfläche pro Kopf auf die Flächeninanspruchnahme aus. Beispielsweise stieg die durchschnittliche Wohnfläche der Hauptwohnsitzwohnungen von 86,3 m² im Jahr 1994 auf 99,3 m² im Jahr 2016 (Zucha et al., 2017).

Die Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes 2002 („NSTRAT" 2002 S. 70) enthielt in ihrem Leitziel 13 „Verantwortungsvolle Raumnutzung und Regionalentwicklung" die Absicht, bis 2010 die tägliche Inanspruchnahme durch zusätzliche Bau- und Verkehrsflächen auf maximal 2,5 ha zu reduzieren[88]. Trotz Nichterreichung des genannten Zieles hält das Nachfolgeprogramm ÖSTRAT 2011 (Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung 2011 S. 19) weiter an diesem Ziel fest und verlangt, dass mittelfristig der Zuwachs der Flächeninanspruchnahme auf ein Zehntel des „heutigen Wertes" reduziert werden soll. Ein Zeithorizont wurde jedoch nicht festgelegt. Der tägliche Verbrauch für die gesamte Flächenneuinanspruchnahme mit 12,9 ha für den Durchschnitt der Jahre 2014 – 2017 lag damit zwar deutlich unter dem Wert der Vorperiode 2010 – 2013 (20,1 ha/Tag), aber immer noch ein Mehrfaches über dem Ziel der Nachhaltigkeitsstrategie.

[88] Die Problemstellung zu Leitziel 13 gibt einen Durchschnittsverbrauch von 25 Hektar pro Tag für zusätzliche Flächeninanspruchnahme an. Das Ziel formuliert eine Reduktion des Zuwachses dauerhaft versiegelter Flächen auf maximal ein Zehntel (2,5 ha/Tag) des heutigen Wertes bis zum Jahr 2010.

4.3
Klimawandel, Emissionen

Vom Menschen verursachte Veränderungen des globalen und regionalen Klimas werden unter dem Begriff Klimawandel bzw. anthropogene Klimaänderung (oder auch globale Klimaerwärmung) zusammengefasst. Treibhauswirksame Emissionen verschiedener Gase wie Kohlenstoffdioxid (CO_2) oder Methan (CH_4) bewirken nach Auffassung von Klimaexpertinnen und Experten einen Anstieg der durchschnittlichen Temperaturen auf der Erde. Der IPCC (Intergovernmental Panel on Climate Change 2013) weist in seinem Bericht zum Klimawandel 2013 darauf hin, dass der vom Menschen verursachte Einfluss auf das Klima eindeutig festzustellen ist.

Vor allem durch die Nutzung fossiler Energien (Erdöl, Erdgas, Braun- und Steinkohle) für Mobilität, Industrie und Raumwärme oder durch die landwirtschaftliche Produktion werden entsprechende Emissionen freigesetzt. (Schadstoff)Emissionen sind dabei als Austräge aus Produktion, Distribution und Konsum definiert, die an Umweltmedien wie Luft, Wasser oder Boden abgegeben werden. Beispiele dafür sind, neben den genannten gasförmigen Schadstoffemissionen aus Verkehr und Hausbrand, flüssige Emissionen aus Altlasten, aber auch der Straßenlärm.

Österreich ist zum einen durch die hohe Bedeutung klimasensitiver Wirtschaftssektoren (z. B. Tourismus) und zum anderen durch seine geographische Lage besonders exponiert gegenüber dem Klimawandel[89]. Die Temperatur in Österreich ist seit 1880 um ca. 2 °C gestiegen und liegt damit beträchtlich über der weltweiten Temperaturerhöhung von ca. 0,9 °C. Die Auswirkungen zeigen sich bereits deutlich, unter anderem durch den Rückgang der Gletscher, längere Vegetationsperioden sowie durch die Zunahme von Temperatur und Wetterextremen. Dementsprechend hält die Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel folgendes fest (BMLFUW, 2017, S. 5):

Der Klimawandel macht sich in Österreich immer deutlicher bemerkbar, er ist durch Messungen und Beobachtungen belegt und geht rascher vor sich als im globalen Mittel.

Auswirkungen des Klimawandels werden als *Klimafolgen* bezeichnet. Klimafolgen betreffen beispielsweise die durchschnittliche Erwärmung der Atmosphäre mit entsprechenden Auswirkungen wie Hitzewellen, Verschiebungen der Vegetationsperioden, den Rückgang der Schnee- und Eismengen, den Anstieg des globalen Meeresspiegels, Veränderungen im Wasserkreislauf und vieles mehr.

Der größte Beitrag zum Klimawandel erfolgt über die ansteigende Treibhausgaskonzentration in der Atmosphäre.

Zentrales Ziel der aktuellen Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung ist die Reduktion von Treibhausgasemissionen. Österreich soll nach der aktuellen Strategie seine Treibhausgasemissionen bis 2030 um 36% gegenüber 2005 reduzieren (BMNT & BMVIT, Juni 2018).

Neben dem Klimaschutz ist die Anpassung an klimawandelbedingte Auswirkungen die notwendige zweite Säule der Klimapolitik. Die österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel (BMLFUW 2017, Teil 1 – Kontext, S. 5) bemerkt in ihrer Einleitung: *„Der Klimawandel ist eine der größten umweltpolitischen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. …… Bereits heute sind weitreichende Klimaänderungen zu beobachten. Um die Folgen des Klimawandels zu verringern bzw. zu vermeiden, sind rechtzeitig geeignete Anpassungsmaßnahmen umzusetzen. Gelingt dies nicht, ist mit beträchtlichen Schäden und Kosten zu rechnen."*

Ein Subziel der Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010) betrifft den Klimawandel und sieht die Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 % gegenüber 1990 vor (siehe auch Kapitel 1.1 sowie Kapitel 4.1). Der Indikator *Treibhausgasemissionen* ist daher als Schlüsselindikator für den Bereich Klimawandel, Emissionen zu sehen. Zur Darstellung der Entwicklung der Luftschadstoffe wird der neue Schlüsselindikator der bevölkerungsgewichteten *$PM_{2,5}$-Exposition (Feinstaub)* verwendet.

Das Ergebnis der Pariser Klimakonferenz (COP21) vom Dezember 2015 wird als Durchbruch in der internationalen Klimapolitik gesehen[90]: das Klimaschutzabkommen

[89] http://www.klimawandelanpassung.at/ms/klimawandelanpassung/de/klimawandelinoe/
[90] https://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf

von Paris (UN FCCC, 2015) beinhaltet das Klimaziel, den weltweiten Temperaturanstieg gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung auf deutlich unter 2°C zu begrenzen (siehe auch Kettner et al., 2016). Im Juli 2016 wurde das Klimaschutzabkommen von Paris vom Nationalrat ratifiziert[91].

Aggregierte Daten über Emissionen in Grund- und Oberflächengewässer sowie Boden liegen derzeit aus offiziellen Statistikquellen nicht in vergleichbarer Qualität zu den Treibhausgasen vor. Für das Medium Wasser zeigt ein neu entwickelter Indikator zur Wasserqualität für den Durchschnitt des Zeitraums 2013-2015 für 80,4 % der Grund- und Oberflächengewässer eine gute Qualität an. Dieser Indikator entspricht dem SDG-Indikator 6.3.2 (Percentage of bodies of water with good ambient water quality). Bei Vorliegen einer Zeitreihe in entsprechender Qualität könnten diese Daten in das Indikatorenset aufgenommen werden. Weitere Umweltaspekte (beispielsweise Lärm[92]) werden wegen der bereits erwähnten Beschränkung auf ein überschaubares Set an Indikatoren nicht berücksichtigt.

4.3.1 Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen)

Der Schlüsselindikator beschreibt die Entwicklung der treibhauswirksamen Emissionen nach dem Inlandsprinzip. Erfasst werden demnach sämtliche Emissionen im Inland, egal ob sie von Inländern oder Ausländern verursacht werden. Als nationales Ziel im Rahmen von Europa 2020 soll in Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, eine Reduktion der Treibhausgasemissionen von 16 % gegenüber dem Jahr 2005 erreicht werden.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

„Die THG-Emissionen sind über die gesamte Periode 2000 - 2016 auf zu hohem Niveau, die Entwicklung wird daher langfristig tendenziell negativ eingeschätzt, auch wenn sich seit 2006 ein leichter Rückgang zeigt. Die kurzfristige Entwicklung der gesamten THG wird durch den Anstieg von 2014 auf 2016 negativ bewertet. Der Wert 2016 der Emissionen des Nicht-Emissionshandels liegt mit 50,6 Mio.t nur mehr knapp unter der erlaubten Höchstmenge für 2016 laut Klimaschutzgesetz (51 Mio.t), bei einer Beibehaltung des Trends der letzten Jahre wird das Ziel von 48,8 Mio.t nicht erreicht werden."

Treibhausgasemissionen beeinflussen den Energiehaushalt der Atmosphäre durch die Absorption von Infrarot-Strahlung[93]. Die Reduktion von Treibhausgasemissionen ist ein zentrales Ziel der aktuellen Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung (BMNT & BMVIT, Juni 2018).

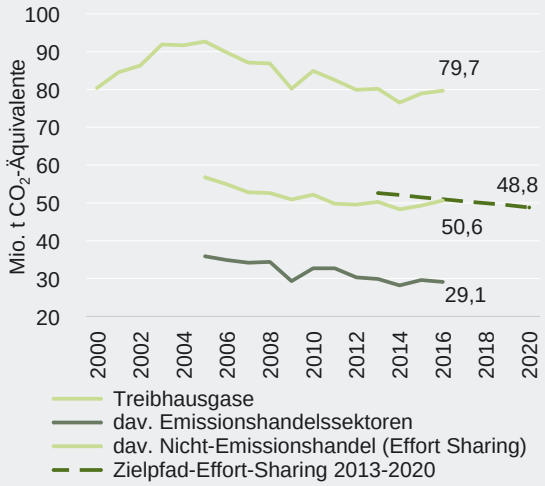
Die Treibhausgasemissionen Kohlenstoffdioxid (CO_2), Methan (CH_4), Distickstoffoxid (N_2O) sowie fluorierte Treibhausgase sind die treibende Kraft des Klimawandels.

Zu den fluorierten Treibhausgasen (F-Gase) zählen vollfluorierte Kohlenwasserstoffe (FKWs), teilfluorierte Kohlenwasserstoffe (HFKWs) sowie Schwefelhexafluorid (SF_6).

Die Treibhausgasemissionen (THG-Emissionen) stiegen von 2000 (80,4 Mio. t CO_2-äquiv.) bis 2005 (92,7 Mio. t CO_2-äquiv.) deutlich an. Ab 2006 bis 2014 gab es dagegen einen Rückgang um insgesamt 17,5 % und damit eine Entkoppelung von der Wirtschaftsleistung (BIP). Eine Ausnahme zeigt dabei der Anstieg des Jahres 2010, hier wurde der extreme Rückgang des Krisenjahrs 2009 (mit hohen Rückgängen des Bruttoinlandsverbrauchs an Energie) kompensiert. Von 2014 auf 2015 stiegen die Emissionen dagegen um 3,1 % und von 2015 auf 2016 um 1,0% an, damit wurde der Abwärtstrend nicht fortgesetzt. Die

Grafik 73

Treibhausgasemissionen (in Mio. t CO_2-Äquivalenten)



Q: Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowie KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst.

[91] https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXV/I/I_01193/index.shtml
[92] Für Umweltbelastungen in der Wohnumgebung siehe auch das Kapitel 3.10 Wohnen.
[93] http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/klima/klimaschutz/

Emissionen blieben jedoch mit 79,7 Mio. t CO_2-äquiv. unter dem Ausgangswert von 2000 (80,4 Mio. t CO_2-äquiv.).

Unter dem Kernziel „Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft" ist in der Europa 2020 Strategie für die EU-28 das Teilziel *„Verringerung der Treibhausgasemissionen um 20 % gegenüber dem Niveau von 1990"* festgelegt. Dabei wird zwischen dem Emissionshandelssektor und dem Nicht-Emissionshandelsbereich unterschieden:

- Emissionshandelssektor: Der Rückgang von 20 % muss EU-weit vorwiegend im Emissionshandelssektor erreicht werden, welcher Anlagen in der Stromerzeugung sowie der Industrie (z. B. Zementfabriken) mit hohem Energieverbrauch umfasst (Europäische Kommission 2009a). Aktuell wird von der EU für den Emissionshandelssektor für 2020 ein Rückgang von 21% gegenüber 2005 angegeben, für 2030 wurde eine Senkung um 43% im Vergleich zum Jahr 2005 festgelegt.[94]

- Nicht-Emissionshandelsbereich: Für Quellen außerhalb des Emissionshandels (Verkehr, Raumwärme, Landwirtschaft, Teile der Industrie) ist die Verpflichtung zur Emissionssenkung im *„Effort-Sharing"* auf die Mitgliedstaaten aufgeteilt (Europäische Kommission 2009b). Die *„Effort-Sharing-Decision"* legt verbindliche jährliche Treibhausgas-Emissionsziele für die Mitgliedstaaten für den Zeitraum 2013-2020 fest. Für die gesamte EU-28 soll damit eine Reduktion von 10 % im Vergleich zum Jahr 2005 erreicht werden.

Im Jahr 2016 entfielen von den Gesamtemissionen 50,6 Mio. t CO_2-Äquiv. auf den Nicht-Emissionshandelsbereich und 29,1 Mio. t CO_2-Äquiv. auf den Emissionshandelssektor. Im gesamten Zeitverlauf 2005 bis 2015 lag der Rückgang des Emissionshandelssektors mit 18,9 % deutlich über jenem des Nicht-Emissionshandelssektors mit 10,9 %.

Von 2015 auf 2016 sanken die Emissionen des Emissionshandelssektors um 1,7 %. Ein Grund für den Rückgang war u.a. im Bereich der Energiegewinnung die Schließung eines Kohlekraftwerkblocks (Umweltbundesamt 2018a, S. 9). Betrachtet man den Nicht-Emissionshandelsbereich laut Klimaschutzgesetz, so liegen die Emissionen 2016 um 2,7% über jenen des Vorjahres und damit noch knapp mit 0,4 Mio. Tonnen unter der erlaubten Höchstmenge für 2016 (51,0 Mio. Tonnen). Wie Kettner-Marx et al. (2018) genauer anführen, stiegen insbesondere die Emissionen des Verkehrssektors und jene im Gebäudebereich.

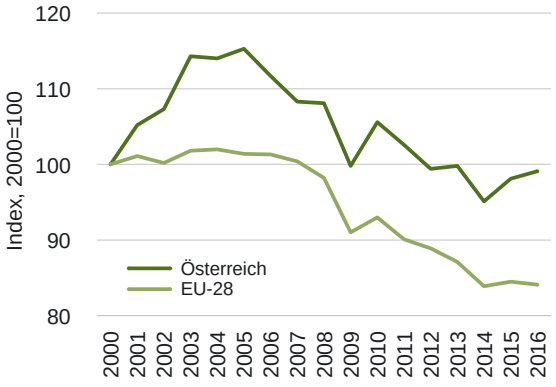
Für Österreich wurde als nationales Ziel im *„Effort-Sharing"* festgelegt, die THG-Emissionen in den Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, um mindestens 16 % gegenüber dem Jahr 2005 zu reduzieren.

Zur Umsetzung dieses nationalen Ziels trat im November 2011 das österreichische Klimaschutzgesetz (KSG, Bundesgesetz BGBl 106/2011) für nationale Emissionen, die nicht dem Emissionshandel unterliegen, in Kraft. Es legte die Höchstmengen von THG-Emissionen für den Verpflichtungszeitraum 2008 bis 2012 fest. Die Novelle des KSG (BGBl I Nr. 94/2013) schreibt jährliche Höchstmengen entsprechend den 1996 IPPC-Richtlinien nach Sektoren für den Verpflichtungszeitraum 2013 bis 2020 fest. Diese Höchstmengen wurden im Rahmen einer weiteren Novelle (KSG-Novelle 2015, BGBl I Nr. 128/2015) entsprechend den aktuellen 2006 IPCC-Richtlinien für nationale Treibhausgasinventuren angepasst.

Mit 50,6 Mio. t CO_2-Äquiv. liegen die Emissionen der Sektoren, die nicht dem Emissionshandel unterliegen im Jahr 2016 knapp unter der erlaubten Höchstmenge von 51,0 Mio. t CO_2-Äquiv. laut KSG-Novelle 2015 (Grafik 74). Janger et al. (2015, S. 57) weisen im Monitoring-Bericht zum Nationalen Reformprogramm (Umsetzung der Europa 2020 Strategie) darauf hin, dass das Erreichen der Europa 2020 Ziele eng mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft verbunden ist. Die Wirtschaftskrise 2009 hat ein Einhalten der Emissionsziele deutlich erleichtert. Ein ansteigendes Wirtschaftswachstum in den kommenden Jahren würde laut Janger et al. (2015) ambitionierte Maßnahmen zur Emissionseinsparung erfordern.

Während sich in Österreich die THG-Emissionen im Vergleich zu 2000 nur knapp reduzierten, zeigte sich für die gesamte EU-28 von 2000 bis 2015 ein deutlicher Rückgang von 15,9 % (siehe Grafik 74). Der Einbruch der Emissionen im Jahr 2009 wurde in der EU-28 im Jahr nach der Krise kaum wettmacht, in den Folgejahren sanken die Emissionswerte weiter ab.

Grafik 74
Entwicklung der Treibhausgasemissionen im EU-Vergleich



Q: Umweltbundesamt; Eurostat.

[94] https://ec.europa.eu/clima/policies/ets_de

Die Treibhausgasemissionen unterliegen der Berichtspflicht des Umweltbundesamts, welches jährlich umfassende Emissionsberichte erstellt[95]. Weitere Informationen zu den Themen Energieverbrauch und Verkehr finden sich in den Dimensionen „*Energie*“ und „*Verkehr*“.

Wie in Kapitel 4.2.1 bereits erwähnt sollten in einer vollständigen Berechnung und Analyse des Materialverbrauchs eines Landes zusätzlich die materiellen und energetischen Vorleistungen, die durch die Produktion der importierten aber auch der exportierten Güter entstehen, berücksichtigt werden. Dies betrifft ebenso die damit einhergehenden Emissionen. Vor allem hochindustrialisierte Länder wie Österreich spezialisieren sich international eher auf die Produktion im höher verarbeitenden Bereich; dadurch werden emissionsintensive Produktionsschritte zunehmend ausgelagert. Diese Emissionen sind dadurch in den nationalen Emissionsbilanzen nicht erfasst (siehe auch Kapitel 4.2.1).

Wenn umfassend bewertet werden soll, ob sich eine Gesellschaft in Richtung Dekarbonisierung entwickelt, müssen daher auch die Außenhandelsbeziehungen eines Landes miteinbezogen werden. Die Expertengruppe für *WgÖ?* hat deshalb die zukünftige Betrachtung von konsumbasierten Treibhausgasemissionen angeregt. Eine erste Untersuchung der Arbeitsgruppe „Consumption-based GHG Accounting“ des Climate Change Center Austria (AG CBA, 2017) zeigt, dass die konsumbasierten Emissionen im Zeitraum 1997 - 2013 mit rund 110 bis 130 Millionen Tonnen CO_2-Äquivalenten in etwa 50 bis 60 % über den produktionsbezogenen (territorialen) Emissionen lagen.

4.3.2 Schlüsselindikator Luftschadstoffe: $PM_{2,5}$-Exposition (Belastung durch Feinstaub)

Der neue Schlüsselindikator beschreibt die bevölkerungsgewichtete Belastung durch $PM_{2,5}$ in Österreich. Dieser Schadstoff besteht aus Staubpartikel in inhalierbarer Größe, welche sowohl bei kurzfristiger als auch langfristiger Aufnahme eine Gesundheitsgefährdung darstellen. Die Daten werden vom Umweltbundesamt anhand von Messergebnissen der Immissionsbelastung, topographischen Daten und Bevölkerungsdaten bestimmt und stehen ab 2005 zur Verfügung.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die bevölkerungsgewichtete $PM_{2,5}$-Exposition hängt von den inländischen $PM_{2,5}$-Emissionen, den meteorologischen Bedingungen, von Fernverfrachtung aus dem benachbarten Ausland sowie von den Emissionen von gasförmigen Vorläufersubstanzen im In- und Ausland ab. Die $PM_{2,5}$-Belastung ist von 2005 bis 2017 deutlich zurückgegangen, die langfristige Entwicklung wird daher sehr positiv beurteilt. Der kurzfristige Trend 2015 - 2017 ist leicht sinkend, was zu einer tendenziell positiven Einschätzung führt.“

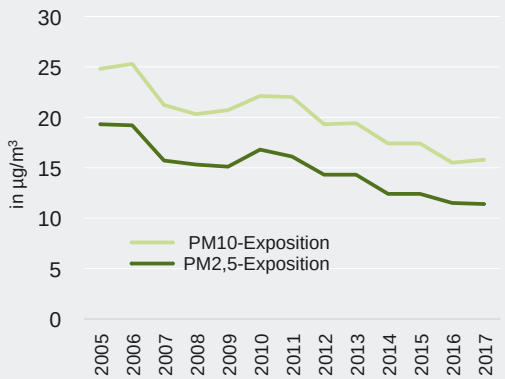
Im Kapitel 3.7 zur Lebensqualität wird die subjektive Belastung durch Luft- und Wasserverschmutzung sowie Ruß in der Dimension „*Wohnen*“ als Zusatzinformation dargestellt. Für 2017 gaben 9,9 % der befragten Personen Belastungen durch Luft und Wasserverschmutzung oder Ruß in ihrer Wohnumgebung an. Demgegenüber stellt der Indikator zur bevölkerungsgewichteten $PM_{2,5}$-Exposition die tatsächlich gemessene Staubbelastung dar. Feinstaub hat gravierende gesundheitliche Auswirkungen, sowohl was eine akute Exposition (z. B. Entzündungsreaktionen der Lunge) als auch eine Langzeit-Exposition (z. B. Zunahme von Atemwegsymptomen) betreffen (siehe Spangl & Nagl 2017).

Durch Luftverunreinigungen können nicht nur die Atemwege, sondern auch das Herz-Kreislauf-System in Mitleidenschaft gezogen werden.

Von 2005 – 2017 hat die bevölkerungsgewichtete Belastung durch $PM_{2,5}$ von 19 µg/m³ auf 11 µg/m³ abgenommen (41 %). Im Jahr 2017 war die $PM_{2,5}$-Belastung in etwa gleich hoch wie im Jahr zuvor (Grafik 75). Mit Ausnahme des Jahres 2010 zeigt sich dabei ein abnehmender Trend. Im Jahr 2017 lag die bevölkerungsgewichtete Belastung

Grafik 75

Mittlere Exposition durch $PM_{2,5}$, bevölkerungsgewichtet (Feinstaub, in µg/m³)



Q: Umweltbundesamt.

[95] http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/luft/emissionsinventur/emiberichte/

mit 11,4 µg/m^3 geringfügig unter jener des Vorjahres mit 11,5 µg/m. Die jährlichen Veränderungen sind dabei stark durch die unterschiedlichen meteorologischen Bedingungen bestimmt.

Ab der aktuellen Studie kann aufgrund einer neuen Berechnung des Umweltbundesamts als Schlüsselindikator für Luftschadstoffe anstatt der PM_{10}-Emissionen insgesamt die jährliche bevölkerungsgewichtete Exposition durch $PM_{2,5}$ verwendet werden. Dies entspricht besser den für den SDG-Indikator 11.6.2 und den im „Better Life Index" der OECD verwendeten Daten. Für die aktuelle Berechnung der bevölkerungsgewichteten Belastung durch $PM_{2,5}$ und PM_{10} (Feinstaub) wurden topographische Daten sowie Messdaten von Feinstaub und Bevölkerungsdaten miteinander in Beziehung gesetzt (siehe Spangl & Nagl 2017).

Die Staubbelastung wird anhand der Masse verschiedener Größenfraktionen beschrieben, die Partikelgröße ist dabei für die gesundheitlichen Auswirkungen der Staubbelastung von Bedeutung:

- *$PM_{2,5}$* enthält 50 % der Partikel mit einem Durchmesser von 2,5 µm, einen höheren Anteil kleinerer Teilchen und einen niedrigeren Anteil größerer Teilchen. $PM_{2,5}$ ist eine Teilmenge von PM_{10}. Partikel dieser Größe sind maximal so groß wie Bakterien. $PM_{2,5}$ dringen am tiefsten in den Atemwegstrakt ein, können bis in die Lungenbläschen gelangen, und verursachen damit die größten Gesundheitsschäden aller Staubteilchen.

- *PM_{10}* enthält 50 % der Partikel mit einem Durchmesser von 10 µm, einen höheren Anteil kleinerer Teilchen und einen niedrigeren Anteil größerer Teilchen. Partikel dieser Größe sind maximal so groß wie Zellen, können tief in die Lunge gelangen und sind daher besonders gesundheitsschädlich.

Wesentliche anthropogene (durch den Menschen verursachte) Emissionsquellen für Feinstaub sind Verbrennungsprozesse (v.a. Energieumwandlung, Industrie, Verkehr, Haushalte) und die Manipulation von Materialien sowie der Bergbau. Nennenswerte Emissionen werden auch durch die Bearbeitung landwirtschaftlicher Flächen und die Tierhaltung freigesetzt. Zusätzlich gibt es auch natürliche Quellen wie Bodenerosion, Vegetation (Absonderung von Pollen, Sporen), Waldbrände oder Vulkanismus. Neben den innerösterreichischen Staubemissionen sind noch weitere Quellen für die Belastung in der Außenluft verantwortlich, wie z. B. Fernverfrachtung oder Winderosion. Diese Quellen sind nicht in der Emissionsinventur des Umweltbundesamts enthalten (Umweltbundesamt 2016, S. 20ff).

Die $PM_{2,5}$ Belastung in der Außenluft, d.h. die Immission (die an Luftgütemessstellen gemessen wird) und in weiterer Folge die Exposition wird also nicht nur durch die österreichischen $PM_{2,5}$ Emissionen, d.h. den Schadstoffausstoß direkt an der Quelle bestimmt, sondern auch durch PM-Ferntransport aus dem Ausland, durch Sekundärpartikelbildung aus gasförmigen Vorläufersubstanzen (z.T. im Inland, z.T. im Ausland) sowie durch natürliche Quellen.

Grenzwerte wurden für die (auch meteorologisch beeinflusste, punktuell gemessene) Belastung in der Außenluft festgelegt, mit der EU-Luftqualitätsrichtlinie (RL 2008/50/EG) sowie dem österreichischen Immissionsschutzgesetz-Luft (IG-L; BGBl. I Nr. 77/2010).

4.4 Energie

Die Dimension „Energie" bezieht sich vorrangig auf den Einsatz erneuerbarer und fossiler Energieträger sowie deren effizienter Nutzung. Während erneuerbare Energien aus Windkraft, Solarenergie oder Wasserkraft sich kaum erschöpfen bzw. für lange Zeit nutzbar sind, unterliegen die fossilen Energieträger wie Öl, Gas und Kohle einer natürlichen Begrenzung. Erneuerbare Energiequellen gelten daher, neben dem sparsamen und effizienten Einsatz von Energie, als wichtigste Säule einer nachhaltigen Energiewirtschaft.

Fossile Brennstoffe werden aus natürlichen Vorkommen gewonnen, die im Laufe der Erdgeschichte aus Biomasse entstanden sind. Analog wird der Begriff fossil auch für sämtliche sekundären Brennstoffe verwendet, die aus einem fossilen (Roh-)Brennstoff hergestellt werden. Produkte aus *erneuerbaren Energiequellen* werden dagegen (mit Ausnahme der Erdwärme) direkt oder indirekt aus Energieströmen, die noch andauern oder bis vor kurzem angedauert haben, in Verbindung mit der ständig verfügbaren Sonnenenergie oder der auf der Schwerkraft beruhenden Energie gewonnen. Der Energiewert von Biomasse z. B. entsteht aus der von Pflanzen während des Wachstums angereicherten Sonnenenergie[96].

Energieaufbringung und Energieverbrauch verursachen massive Umweltbelastungen wie Treibhausgas- und Feinstaub-Emissionen, aber auch Flächenverbrauch. Weitere Probleme betreffen beispielsweise die zunehmende Importabhängigkeit und die Ressourcenverknappung.

Eine nachhaltige Entwicklung benötigt ein Energiesystem, das Energie effizient nutzt und hauptsächlich erneuerbare Energien wie Wasserkraft oder Biomasse einsetzt. Der vermehrte Einsatz von heimischen erneuerbaren Energieträgern fördert zudem eine zunehmende Eigenversorgung Österreichs.

Die steigende Importabhängigkeit, der Druck (endliche) Energieressourcen auszubeuten, die gesicherte Versorgung aller Konsumentinnen und Konsumenten mit Energie zu erschwinglichen Preisen und der Klimawandel spielen auch auf EU-Ebene[97] eine bedeutende Rolle. Die Europa 2020 Strategie (Europäische Kommission 2010) enthält dementsprechend im Kernziel „Klimawandel und nachhaltige Energiewirtschaft" die Teilziele einer Erhöhung des Anteils erneuerbarer Energien auf 20 %, für jedes Mitgliedsland – abhängig von Ausgangslage und Möglichkeiten – wurden nationale Ziele verbindlich vereinbart, die zwischen 10 % und 49 % liegen. Zudem wurde eine Steigerung der Energieeffizienz um 20 % für die EU-28 insgesamt festgelegt.

Die aktuelle Klima- und Energiestrategie der Bundesregierung sieht den Ausbau der erneuerbaren Energien sowie eine erhöhte Energieeffizienz als wesentliche Faktoren zur Erreichung von Klima- und Energiezielen an (BMNT & BMVIT, Juni 2018).

Am 9. Juli 2014 wurde das Energieeffizienzpaket des Bundes (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) mit der erforderlichen Verfassungsmehrheit vom Nationalrat beschlossen. Es enthält im Artikel 1 das Bundesgesetz über die Steigerung der Energieeffizienz bei Unternehmen und dem Bund (Bundes-Energieeffizienzgesetz). Dieses beinhaltet u. a. folgende – über die Energiestrategie hinausgehende – Ziele:

- Stabilisierung des Endenergieverbrauchs auf 1.050 Petajoule (PJ)
- Kumulatives Endenergieeffizienzziel von 310 PJ durch anrechenbare Energieeffizienzmaßnahmen in den Jahren 2014 bis einschließlich 2020.

Das nationale Ziel im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben von Europa 2020 für erneuerbare Energieträger liegt bei einem Anteil von 34 % bis 2020. In der aktuellen Klima- und Energiestrategie wird das Ziel genannt, den Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch bis 2030 auf einen Wert von 45–50 % anzuheben (BMNT & BMVIT, Juni 2018).

Für den Bereich Energie liegen umfassende Daten aus den *Energiebilanzen von Statistik Austria*[98] vor. Die Energiedaten werden nach dem *Inlandsprinzip* erhoben.

[96] Siehe Standard-Dokumentation – Metainformationen Energiebilanzen für Österreich und die Bundesländer ab 1970 (1988) Bearbeitungsstand: 27.07.2016 http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html
[97] http://europa.eu/legislation_summaries/energy/index_de.htm
[98] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html

Dies bedeutet, dass alle in Österreich abgesetzten Energieträger in den Energiebilanzen berücksichtigt werden, unabhängig davon, wer diese Energieträger erwirbt und wo sie eingesetzt werden.

Die Energiebilanzen stehen jährlich im November für das Vorjahr zur Verfügung, zusätzlich wurde im April 2018 eine vorläufige Energiebilanz mit ersten Berechnungen des Gesamtenergieverbrauchs für 2017 veröffentlicht. Alle Energiedaten für das Jahr 2017 stellen damit eine vorläufige Schätzung dar. Eine vorläufige Schätzung für den Anteil der Erneuerbaren Energieträger liegt aus Datengründen nicht vor.

Den Schlüsselindikator für den gesamten Energieverbrauch Österreichs bildet im *WgÖ?*-Set der *energetische Endverbrauch* (EEV). Der EEV ist jene Energiemenge, die dem Verbraucher für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird (Raumheizung, Beleuchtung und EDV, mechanische Arbeit, etc.). Als weiterer Schlüsselindikator wird die Entwicklung des Anteils der *erneuerbaren Energieträger* gezeigt. Daten zur *Energieintensität* als Maßzahl der Energieeffizienz ergänzen die beiden Schlüsselindikatoren.

4.4.1 Schlüsselindikator erneuerbare Energieträger

Der Indikator zeigt den Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger laut Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG am Bruttoendenergieverbrauch. Erneuerbare Energien stammen aus Energiequellen, die sich entweder kurzfristig von selbst erneuern (z. B. Biomasse) oder deren Nutzung nicht zur Erschöpfung der Quelle beiträgt (z. B. Solarenergie, Wasserkraft). Die aus erneuerbaren Energiequellen erzeugten sekundären Energieträger (Elektrizität, Wärme, Kraftstoff) werden dabei ebenfalls als erneuerbare Energien bezeichnet.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die Zuwächse an erneuerbaren Energien fallen zunehmend geringer aus, jedoch liegen die Werte sowohl kurzfristig als auch langfristig über dem linearen Zielpfad - deshalb fällt die kurzfristige Bewertung tendenziell positiv aus. Zukünftige Maßnahmen zur Erhöhung des Anteils werden immer schwieriger umsetzbar sein. Der gesamte Zeitraum wird sehr positiv bewertet."

Als anrechenbare erneuerbare Energien laut Erneuerbaren-Richtlinie (Richtlinie 2009/28/EG zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen) gelten:

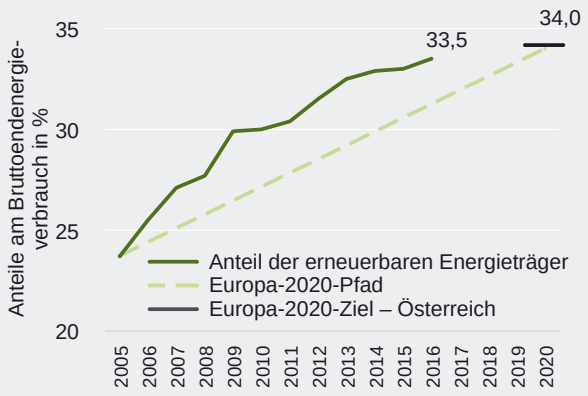
1. der energetische Endverbrauch (EEV) von biogenen Energieträgern, Solar-, Erd- und Umgebungswärme, Biokraftstoffen,

2. die Erzeugung von Strom und Fernwärme aus biogenen Energieträgern, Solar-, Erd- und Umgebungswärme, Wasserkraft normalisiert ohne die Erzeugung aus gepumptem Zufluss, Windkraft normalisiert sowie Photovoltaik[99].

Im Rahmen des Europa 2020 Ziels ist für Österreich eine Anteilssteigerung der erneuerbaren Energien auf 34 % am Bruttoendenergieverbrauch entsprechend der Methodik der Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG verbindlich vorgesehen.

In der aktuellen Klima- und Energiestrategie wird das Ziel genannt, den Anteil erneuerbarer Energie am Bruttoendenergieverbrauch bis 2030 auf einen Wert von 45–50 % anzuheben (BMNT & BMVIT, Juni 2018).

Grafik 76
Anteil der erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. - Anrechenbare Erneuerbare laut Richtlinie 2009/28/EG.

[99] Bei der Berechnung des Beitrags der Wasserkraft und der Windkraft für die Zwecke der Richtlinie 2009/28/EG werden die Auswirkungen klimatischer Schwankungen durch die Verwendung einer im Anhang derselben angeführten Normalisierungsregel geglättet.

Wie Grafik 76 zeigt, stieg der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger am Bruttoendenergieverbrauch in Österreich von 33,0% im Jahr 2015 auf 33,5% im Jahr 2016 (letztverfügbares Jahr). Dabei lag die Entwicklung des Erneuerbaren-Anteils im gesamten Zeitraum über dem linearen Zielpfad für das nationale Ziel von 34 %. Der Einsatz von Energie aus erneuerbaren Quellen nahm dabei seit 2005 um 45% zu. Im internationalen Vergleich lag Österreich mit einem Anteil von 33,5 % (2016) deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 mit 17,0 %.

Der Bruttoendenergieverbrauch errechnet sich aus der Summe von EEV + Eigenverbrauch von Strom und Fernwärme der Strom- und Fernwärmeproduzenten + Transportverlusten von Strom und Fernwärme + nichtenergetischem Einsatz im Hochofen[100].

Den höchsten Anteil an den anrechenbaren erneuerbaren Energien hatte 2016 traditionell die Erzeugung von Strom aus Wasserkraft (36,4 %), gefolgt von der festen Biomasse (29,6 %). Die erneuerbare Fernwärme stellt knapp 10 % der anrechenbaren erneuerbaren Energien (siehe Biermayr 2017, S. 6). Die energetische Nutzung von Ablaugen erreichten 7,3 %, Biokraftstoffe hatten einen Anteil von 5,7 % an den erneuerbaren Energieträgern. Windkraft, Solarthermie, Umweltwärme, Biogas, Geothermie und Photovoltaik erreichten gemeinsam über 11 %.

Laut Biermayr (2017, S. 6) lag der Gesamtumsatz im Bereich der Technologien zur Nutzung Erneuerbarer 2016 bei 7,2 Mrd. Euro, insgesamt waren dafür rund 41.600 Beschäftigte tätig. Der verstärkte Einsatz erneuerbarer Energien fördert die Umstrukturierung der Gesellschaft in Richtung eines nachhaltigen Wirtschafts- und Energiesystems. Die Nutzung der zumeist regional anfallenden erneuerbaren Energieträger erhöht den nationalen Selbstversorgungsgrad mit Energie und reduziert die Abhängigkeit von – hauptsächlich fossilen – Energieimporten.

4.4.2 Schlüsselindikator energetischer Endverbrauch

Der energetische Endverbrauch (EEV) ist jene Energiemenge, die dem Verbraucher (Haushalte, Gewerbe und Industrie, Verkehr, Dienstleistungen,Landwirtschaft) für die Umsetzung in Nutzenergie zur Verfügung gestellt wird, also Benzin/Diesel für Pkws, elektrische Energie für Elektrogeräte, Gas und Fernwärme für Raumwärme etc. Die Datenerhebung erfolgt nach dem Inlandsprinzip.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

KF LF

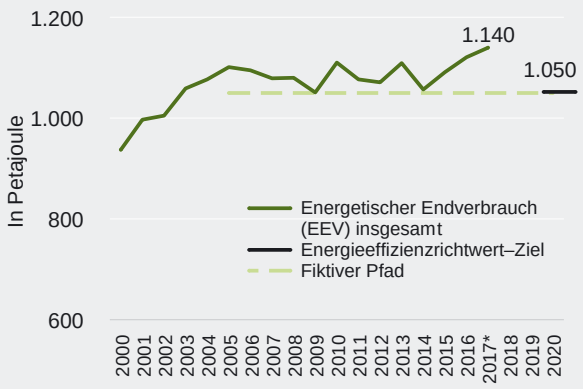
„Unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels liegt der Energieverbrauch auf zu hohem Niveau. Insbesondere der Zuwachs in den Jahren 2000 - 2005 wird negativ gesehen. Wichtig wäre nicht nur eine Stabilisierung des Verbrauchs, sondern auch eine Reduktion unter das Ausgangsniveau. Das Fehlen beider Faktoren führt zu einer tendenziell negativen Beurteilung der langfristigen Entwicklung. Die kurzfristige Entwicklung zeigt von 2015 auf 2017 (vorläufiges Ergebnis) einen deutlichen Anstieg und liegt über dem Energieeffizienzrichtwert, sie wird daher negativ beurteilt.“

Der EEV ist für den Bereich Umwelt ein zentraler Indikator, da er Niveau und Entwicklung einer wichtigen Komponente des Energieverbrauchs beschreibt und sich zudem zu einem großen Teil aus fossilen und somit nicht erneuerbaren Energieträgern zusammensetzt. Er stellt neben dem Bruttoinlandsverbrauch eine Schlüsselposition in der Österreichischen Energiebilanz[101] dar und umfasst alle (sofern notwendig) umgewandelten Energieformen (z. B. Elektrizität aus Wasserkraft).

Das Bundes-Energieeffizienzgesetz (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) sieht vor, dass der heimische energetische Endverbrauch im Jahr 2020 1.050 Petajoule (PJ) nicht überschreitet (Energieeffizienzrichtwert).

Für das Jahr 2017 weist die vorläufige Energiebilanz für den EEV eine erste Schätzung von 1.140 PJ aus (Grafik 77).

Grafik 77
Energetischer Endverbrauch



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik. - * Werte für 2017 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

[100] Siehe Standard-Dokumentation – Metainformationen Energiebilanzen für Österreich und die Bundesländer ab 1970 (1988) Bearbeitungsstand: 27.07.2016.

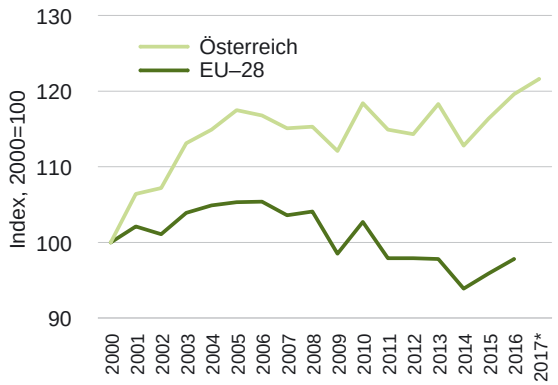
[101] http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html

Dies bedeutet im Vergleich zum Vorjahr ein Plus von knapp 2 %. Hauptursachen dafür waren das erhöhte Verkehrsaufkommen und in geringerem Maße die - bedingt durch die tieferen Außentemperaturen in der Heizperiode - um rund 1% höhere Heizgradsumme.

Der EEV wuchs von 2000 bis 2017 mit 21,6 % etwas verhaltener als das reale BIP (+28,6 %). Während die Entwicklung von Energieverbrauch und realem BIP über lange Jahre sehr ähnlich verlief, zeigte sich seit dem Jahr 2006 für ersteren ein Einbremsen des Wachstums. Ab 2015 stieg der EEV jedoch wieder kontinuierlich an und lag damit 2017 (vorläufige Schätzung) mit 1.140 PJ deutlich über dem Energieeffizienzrichtwert von 1.050 PJ. Um den Zielwert von 1.050 PJ zu erreichen, müsste bei dem aktuellen Ausgangswert von 1.140 PJ der EEV von 2018 bis 2020 jährlich um 2,7 % zurückgehen.

Im Vergleich zum Durchschnitt der EU-28, deren EEV 2016 unter dem Ausgangswert von 2000 lag, nahm der österreichische energetische Endverbrauch in den Jahren 2000 bis 2016 mit +18,7 % einen ungünstigeren Verlauf. Vor allem im Zeitraum 2000 – 2005 sowie in den letzten Jahren stieg der nationale EEV sehr stark an, während die EU-28 ein deutlich geringeres Wachstum verzeichnete (siehe Grafik 78).

Grafik 78
Energetischer Endverbrauch im EU-Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat. - * Werte für 2017 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

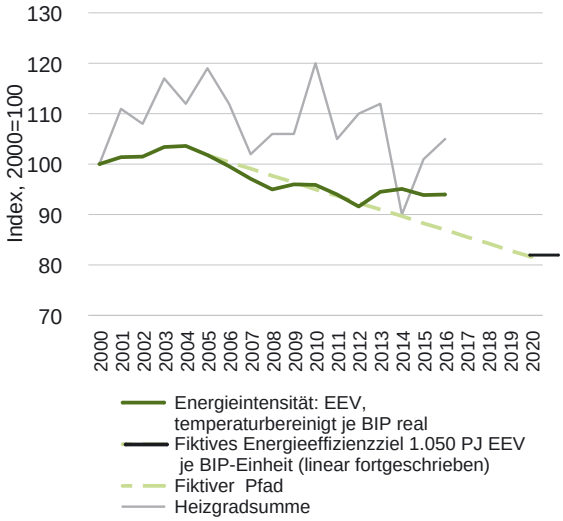
Die Senkung des Energieverbrauchs und der Energieeinfuhr, um damit die Versorgungssicherheit zu verbessern, ist ein Ziel des Bundes-Energieeffizienzgesetzes. Die Festlegung des nationalen energetischen Endverbrauchs auf 1.050 PJ (Energieeffizienzrichtwert) für das Jahr 2020 fördert zudem die nationale Zielerreichung betreffend erneuerbarer Energien und Energieeffizienz im Rahmen der Europa 2020 Strategie (siehe auch nachfolgendes Kapitel zur Energieeffizienz). Dieser Energieeffizienzrichtwert stellt dabei den nach Art. 3[102] der Energieeffizienzrichtlinie der EU (2012/27/EU) mittels Prognosemethoden errechneten und notifizierten Indikationswert dar.

4.4.3 Energieintensität

Als Maßzahl für die effiziente Nutzung von Energie wird die Energieintensität verwendet. Sie stellt dar, inwieweit der Energieverbrauch von Wirtschaftsgrößen (z. B. BIP) entkoppelt ist. Der Indikator beschreibt die Entwicklung des temperaturbereinigten EEV[103] in Relation zum realen Bruttoinlandsprodukt.

Mittels Temperaturbereinigung werden jene Verbrauchseffekte geglättet, die sich aus den jährlich schwankenden klimatischen Bedingungen ergeben. Aus umweltpolitischer Sicht sollte die Energieintensität sinken, also eine deutliche Entkoppelung von energetischem Endverbrauch und wirtschaftlicher Entwicklung das Ziel sein. Für die Temperaturbereinigung des Indikators sind Informationen zum Raumwärmeverbrauch aus der Nutzenergieanalyse notwendig, deren letztverfügbares Datenjahr 2016 ist.

Grafik 79
Energieintensität



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR.

[102] Artikel 3, Energieeffizienzziele: (1) Jeder Mitgliedstaat legt ein indikatives nationales Energieeffizienzziel fest, das sich entweder auf den Primärenergie- oder den Endenergieverbrauch oder auf die Primärenergie- oder Endenergieeinsparungen oder auf die Energieintensität bezieht. Die Mitgliedstaaten übermitteln diese Ziele an die Kommission gemäß Artikel 24 Absatz 1 und Anhang XIV Teil 1. Dabei drücken sie diese Ziele auch als absoluten Wert des Primärenergieverbrauchs und des Endenergieverbrauchs im Jahr 2020 aus und erläutern, wie und auf Grundlage welcher Daten dieser Wert berechnet wurde.

[103] Die Datenerhebung erfolgt nach dem Inlandsprinzip.

Wie Grafik 79 darstellt, zeigt die Energieintensität Österreichs – d. h. die Entwicklung des temperaturbereinigten EEV relativ zur Entwicklung des realen BIP – ab dem Jahr 2005 bis 2012 einen fallenden Trend. Dies bedeutet eine Entkoppelung des Energieverbrauchs von der Wirtschaftsleistung. Je stärker die Energieintensität sinkt, desto weniger Energie wird pro Wirtschaftsgröße eingesetzt; d. h. desto effizienter wird Energie genutzt. Von diesem Trend wichen die Jahre 2013 und 2014 allerdings deutlich ab, hier nahm durch den Anstieg des EEV bei gleichzeitig geringem BIP-Wachstum die Energieintensität zu. In den Jahren 2015 und 2016 blieb die Energieintensität beinahe konstant.

Die Effekte durch jährlich schwankende klimatische Bedingungen wurden mittels Temperaturbereinigung des Energieverbrauchs weitgehend geglättet. Die „Energieeffizienz" bei diesem Indikator kann sich jedoch langfristig auch rein dadurch wandeln, dass sich die Sektorenzusammensetzung verändert. D. h. eine verhältnismäßig stärkere Zunahme von Dienstleistungen im Vergleich zur energieintensiven Sachgüterproduktion würde sich positiv auf die Energieeffizienz auswirken. Dies ist jedoch an einem top-down Indikator nicht ablesbar.

Das Energieeffizienzpaket des Bundes (Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014) enthält im Artikel 1 das Bundesgesetz über die Steigerung der Energieeffizienz bei Unternehmen und dem Bund (Bundes-Energieeffizienzgesetz). Letzteres enthält in § 4. (1) folgende gesamtstaatliche Ziele und Richtwerte:

Ziel der Republik Österreich ist es, die Energieeffizienz derart zu steigern, dass

1. der auf ein Regeljahr bezogene Endenergieverbrauch in Österreich im Jahr 2020 die Höhe von 1.050 PJ (Energieeffizienzrichtwert) nicht überschreitet;
2. ein Beitrag für unionsrechtlich verbindliche, über das Jahr 2020 hinausgehende Energieeffizienzziele geleistet wird;
3. ein kumulatives Endenergieeffizienzziel von 310 PJ durch gemäß der Richtlinie 2012/27/EU zusätzliche anrechenbare Energieeffizienzmaßnahmen in den Jahren 2014 bis einschließlich 2020, davon 159 PJ durch Beiträge der Energielieferanten sowie 151 PJ durch strategische Maßnahmen, erreicht wird und
4. bis zum 31. Dezember 2016 österreichweit gemäß der Richtlinie 2006/32/EG anrechenbare Maßnahmen von insgesamt mindestens 80,4 PJ nachgewiesen werden können.

Das Bundes-Energieeffizienzgesetz wurde im Sonderkapitel Umwelt „Aspekte von Energieverbrauch und Energieeffizienz" im *WgÖ?*-Bericht 2014 genauer analysiert (siehe Statistik Austria, 2014, Sonderkapitel E.7.1).

Die Stabilisierung des Energieverbrauchs auf 1.050 PJ ergäbe (siehe Grafik 77) – unter der Annahme eines zwischen 2017 und 2020 mit einer Wachstumsrate von 1,4 % fortgeschriebenen Bruttoinlandsprodukts (BIP) sowie eines linearen Zielpfads – einen fiktiven Indexwert von 80,3 für das Jahr 2020[104]. Dieser fiktive Zielpfad wird in den Jahren 2006 bis 2012 knapp erreicht und in einigen Jahren sogar unterschritten. Ab dem Jahr 2013 liegt die Energieintensität jedoch deutlich über dem fiktiven Pfad. Diese Überschreitung erklärt sich einerseits aus dem in den Jahren 2013 bis 2015 nur gering wachsenden realen BIP, und andererseits aus dem seit 2013 ansteigenden temperaturbereinigten EEV.

[104] Die Wachstumsrate von 1,4 % wurde dem Bericht von Kratena et al. (2013, S. 27) zu den Energieszenarien bis 2030 entnommen. Dieser postuliert für sein WEM-Szenario („With Existing Measures") eine Wachstumsrate des BIP von durchschnittlich jährlich 1,4 % für den Zeitraum 2012 – 2020.

4.5
Verkehr, Mobilität

Die Ökologisierung des Verkehrssystems stellt ein wesentliches Element auf dem Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung dar. Verkehr und Mobilität sind wichtige Grundvoraussetzungen für soziale Interaktionen und wirtschaftliche Aktivitäten innerhalb einer Gesellschaft, verursachen jedoch erhebliche Umweltprobleme (z. B. Flächenverbrauch, Emissionen). Das Konzept der nachhaltigen Mobilität zielt u. a. darauf ab, den Verbrauch fossiler Energie und damit die CO_2-Emissionen des Verkehrssektors absolut zu senken. Dies soll die Emissionen des Verkehrs vom Wirtschaftswachstum entkoppeln (Meyer 2007).

(Räumliche) Mobilität betrifft dabei die potentielle und realisierte Beweglichkeit von Menschen, Lebewesen und Dingen, also die Befriedigung von Bedürfnissen durch Raumveränderung (z. B. Einkauf im Supermarkt). Der Verkehr liefert das Instrument (z. B. Auto, Bus), welches man für die konkrete Umsetzung der Mobilität benötigt. Verkehr stellt also die zielgerichtete Ortsveränderung von Personen, Gütern, Nachrichten unter Verwendung von Energie und Information dar und ist daher auch gut messbar[105].

Obwohl durch technologische Verbesserungen der Schadstoffausstoß der einzelnen Fahrzeuge durchaus reduziert wurde, nahm der Energieverbrauch insgesamt durch das kontinuierlich wachsende Verkehrsaufkommen und die steigende Anzahl der gefahrenen Kilometer in den letzten Jahren gravierend zu.

Der Abgasausstoß durch Verkehrsaktivitäten – speziell durch den Einsatz fossiler Energien – verursacht eine Vielzahl von Luftschadstoffen und Treibhausgasen.

Verkehr ist ein wesentlicher Treiber des anthropogenen Klimawandels. Der Verbrauch fossiler Ressourcen, die Lärmbelastung, der Flächenverbrauch für Verkehrswege, die Zerschneidung zusammenhängender Lebensräume oder die Gefährdung durch Verkehrsunfälle sind weitere Problemfelder des Verkehrs.

Das Konzept der nachhaltigen Mobilität – umgesetzt durch das Instrument eines nachhaltigen Verkehrssystems – enthält ökonomische, soziale und ökologische Kriterien und stellt damit eine Schlüsselstrategie für eine nachhaltige Entwicklung dar. Ein nachhaltiges Verkehrssystem soll Wirtschaft und Gesellschaft in ihrer Entwicklung und Leistungsfähigkeit nicht beeinträchtigen, da Mobilität und der Zugang zu Märkten Grundfunktionen globalisierter Volkswirtschaften darstellen. Nachhaltiger Verkehr soll Mobilität für alle gleichermaßen ermöglichen und den Zugang zu Märkten, Kultur- und Freizeitaktivitäten sozial ausgewogen gestalten. Zudem soll ein nachhaltiges Verkehrssystem den Erfordernissen des Umweltschutzes und der sozialen Gerechtigkeit entsprechen. Es soll also die Gesundheit der Menschen nicht durch Luftschadstoffe und Lärm belasten, die Funktionsfähigkeit der ökologischen Systeme (z. B. der Wälder) nicht durch Schadstoffe gefährden und die Stabilität des Klimas nicht beeinträchtigen (Meyer 2007).

Der Verkehr mit seinen Auswirkungen stellt auch im internationalen Kontext eine wichtige Größe für die Umweltaspekte der Nachhaltigkeit dar. Die EU-Strategie für Nachhaltige Entwicklung (Europäische Kommission 2001) sieht den „Nachhaltigen Verkehr" als eine Schlüsselherausforderung an.

Wiewohl „Verkehr" naturgemäß von den privaten Haushalten sowie öffentlichen und wirtschaftlichen Akteuren verursacht wird, bilden Statistiken wie die Energiebilanz oder die Treibhausgasinventur Verkehr funktional als eigenen Sektor ab.

Dieser Verkehrssektor ist einer der bedeutendsten Verbraucher fossiler Energie und damit eine wichtige Einflussgröße auf den Klimawandel.

Der Schlüsselindikator zum *Energieverbrauch des Verkehrs* bezieht sich auf die Entwicklung des gesamten Verkehrsbereichs. Der Schlüsselindikator der *„Transportleistung des Lkw-Verkehrs"* bildet einen wesentlichen Bereich des Straßenverkehrs ab. Als neuer Schlüsselindikator werden seit 2017 die *Treibhausgasemissionen des Verkehrs* dargestellt. Zusatzinformationen betreffen den Treibstoffver-

[105] http://www.zukunft-mobilitaet.net/3892/analyse/unterschied-verkehr-mobilitaet/

brauch der privaten Pkws sowie die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel. Für beide Indikatoren liegen Daten aus dem Mikrozensus Energieeinsatz der Haushalte bzw. dem Mikrozensus Umweltbedingungen, Umweltverhalten vor. Die zusätzliche Betrachtung dieser Indikatoren wurde vom *WgÖ?*-Expertengremium angeregt.

4.5.1 Schlüsselindikator Energieverbrauch des Verkehrs

Der Schlüsselindikator bildet den energetischen Endverbrauch (EEV)[106] des gesamten Verkehrssektors nach dem Inlandsprinzip ab. Er deckt somit den Energieverbrauch von Eisenbahn, Straßenverkehr, Transport in Rohrfernleitungen, Schifffahrt sowie den Flugverkehr ab. Wie eingangs erwähnt wird der Verkehr „funktional" als eigener Sektor dargestellt, die jeweiligen Verbräuche (z.B. Benzin, Diesel) werden also nicht den eigentlichen Verursachern (beispielsweise Haushalte oder Industriesektoren) zugeordnet[107].

Gremium externer Expertinnen und Experten:

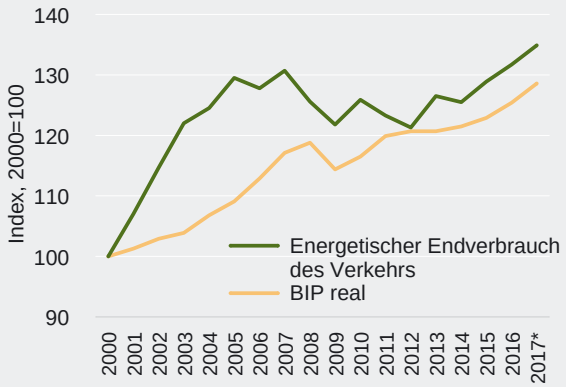
KF LF

„Die starke Steigerung des Energieverbrauchs des Verkehrs insbesondere in den Jahren 2000 bis 2007 verläuft konträr zu den langfristigen Zielen zur Begrenzung des Klimawandels. Es sind keine energieeinsparenden Strukturänderungen (z.B. Verlagerung des Transports von der Straße auf Schiene) erkennbar. Der langfristige Trend, der deutlich über dem BIP-Wachstum liegt, wird daher negativ beurteilt. Kurzfristig zeigt sich zwischen 2015 und 2017 (vorläufiges Ergebnis) ein deutlicher Anstieg, der ebenfalls negativ bewertet wird."

Der EEV des Verkehrs hatte im Jahr 2017 (vorläufige Schätzung) einen Anteil von knapp 35 % am gesamten EEV Österreichs und stellte damit die wichtigste Verbrauchsgruppe dar.

Der gesamte Energieverbrauch der Traktion (=Verkehr) stieg in den Jahren 2000 bis 2017 um 34,9 %, während das reale BIP im selben Zeitraum mit 28,6 % schwächer wuchs (Grafik 80). In den Jahren 2000 bis 2005 kam es im Vergleich zum BIP zu einem deutlich stärkeren Anstieg des EEV. Davon abweichend gab es in den Jahren 2006 und 2008 trotz ansteigender Wirtschaftsleistung erste Abnahmen des verkehrsbedingten Energieverbrauchs. Im Krisenjahr 2009 fiel der Verbrauch auf das Niveau von 2003 zurück. Die vorläufige Energiebilanz weist, nach einem Anstieg von 2,2 % für 2016 für das Jahr 2017 einen neuerlichen deutlichen Anstieg (+2,4 %) im Vergleich zum Vorjahr aus. Damit wird der höchste Verbrauch der Zeitreihe seit 2000 erreicht.

Grafik 80
Energieverbrauch des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik, VGR. - * Energiewerte für 2017 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Zum Teil lässt sich der im Vergleich zum BIP überproportionale Anstieg des EEVs durch den „Treibstoffexport im Kfz-Tank" (preisbedingter Kraftstoffexport) und den Transitverkehr erklären. Bei der Erfassung des Energieverbrauchs des Verkehrs wird das Inlandsprinzip laut Österreichischer Energiebilanz angewandt, d. h. alle in Österreich in Verkehr gebrachten Energieträger werden berücksichtigt, unabhängig davon, wer diese Energieträger erwirbt und einsetzt. Entscheidend ist beispielsweise der Absatz von Benzin und Diesel an österreichischen Tankstellen, unabhängig davon, wo diese verfahren werden.

In Österreich getankter Treibstoff, der im Ausland verbraucht wird, ist daher in den Daten erfasst, während im Ausland getankter, aber in Österreich verfahrener Diesel und Benzin nicht enthalten ist.

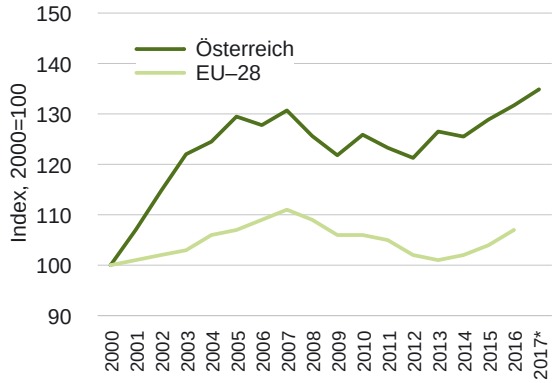
Laut Umweltbundesamt (2014, S. 131) lag der Anteil dieses „Tanktourismus" im Jahr 1995 noch unter 10 % und stieg bis 2012 auf rund 30 % an. Dies begründet sich in den – im Vergleich mit den Nachbarländern – relativ günstigen Treibstoffpreisen. Umgekehrt ist zu beachten, dass auch im Ausland getankter Diesel und Benzin, der im Inland verfahren wird, nicht in den Daten enthalten ist.

[106] Siehe auch Indikator energetischer Endverbrauch.

[107] Eine Ausnahme bildet die Energiegesamtrechnung der Statistik Austria, welche Traktionsenergieträger dem jeweiligen Wirtschaftsbereich zurechnet, der diese verbraucht, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiegesamtrechnung/index.html

Die Einführung der Substitutionsverpflichtung von fossilen Kraftstoffen durch Biokraftstoffe gemäß der Biokraftstoffrichtlinie 2003/30/EG führte dazu, dass 2016 4,7 % des EEV des Verkehrssektors durch Biodiesel oder Bioethanol gedeckt wurden (2005: 0,3 %). Die Erneuerbaren-Richtlinie 2009/28/EG schreibt vor, dass bis 2020 jeder Mitgliedstaat mindestens 10 % der im Verkehr eingesetzten Energie durch erneuerbare Energien wie Biokraftstoffe oder auch Ökostrom aufzubringen hat. Laut Gollner (2017) lag im Jahr 2016 der Anteil anrechenbarer Erneuerbarer im Verkehr (nachhaltig produzierte Biotreibstoffe inkl. elektrischer Energie) an den Treibstoffen insgesamt, berechnet nach Vorgaben der Europäischen Kommission, bei 8,7 %. Biermayr (2017 S. 6) geht davon aus, dass durch die Nutzung erneuerbarer Energien im Sektor Treibstoffe / Verkehr im Jahr 2016 Treibhausgase im Ausmaß von 1,7 Mio. t CO_2-Äquiv. vermieden werden konnten.

Grafik 81
Energieverbrauch des Verkehrs im EU-Vergleich



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat. - * Werte für 2017 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Im internationalen Vergleich ist die Zunahme des verkehrsbedingten Energieverbrauchs in Österreich mit 31,7 % im Zeitraum 2000 – 2016 (letztverfügbares Jahr der internationalen Daten) sehr hoch. Im Durchschnitt der EU-28 Länder betrug die Steigerungsrate im selben Zeitraum 6,6 % (siehe auch Kapitel 5.4). Hier kann wieder auf das Phänomen des „Treibstoffexports im Kfz-Tank" verwiesen werden. Dass der Ansatz „Tanktourismus" jedoch nicht ausreicht, um den starken Anstieg des EEV des Sektors Verkehr zu erläutern, zeigt der folgende Indikator zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs, der sich auf das Verkehrsaufkommen in Österreich beschränkt.

4.5.2 Schlüsselindikator Transportleistung des Lkw-Verkehrs

Der Schlüsselindikator zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs zeigt als einen Aspekt des Verkehrsaufkommens den Straßengüterverkehr in Österreich. Dargestellt wird die Entwicklung der Transportleistung, also das Transportaufkommen verknüpft mit der Wegstrecke (in Tonnen-km), auf österreichischem Territorium. Gezeigt werden die Daten laut Güterverkehrsstatistik.

Gremium externer Expertinnen und Experten:

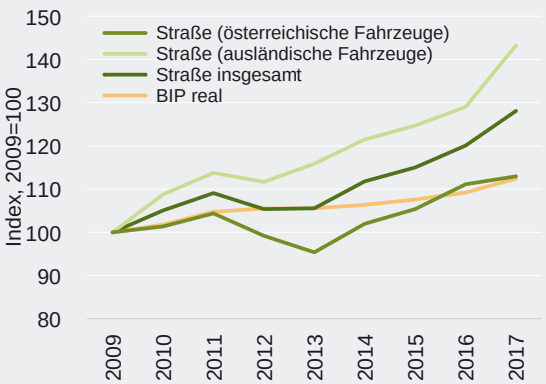
KF

„Die kurzfristige Entwicklung der Transportleistung des Lkw-Verkehrs mit dem deutlichen Anstieg in den Jahren 2015 - 2017 wird negativ eingeschätzt. Eine langfristige Bewertung erfolgt erst, wenn Daten für wenigstens 10 Jahre vorhanden sind."

Die Transportleistung von nicht in Österreich registrierten Güterkraftfahrzeugen wird von Statistik Austria seit 2012 mittels eines eigens entwickelten Entfernungsmodells auf Basis der von Eurostat zur Verfügung gestellten konsolidierten Straßengüterverkehrsstatistik errechnet. Ab dem Datenjahr 2009 liegen valide Daten der Transportleistung der EU-28 sowie der Schweiz, Norwegen und Liechtenstein auf österreichischem Territorium vor.

Im Zeitraum 2009 bis 2017 wuchs die Transportleistung auf der Straße mit österreichischen und ausländischen Fahrzeugen insgesamt um 28,1 %, das reale BIP wuchs im Vergleichszeitraum um 12,5 %. Dabei stieg die Transportleistung mit ausländischen Fahrzeugen mit 43,2 % deutlich stärker an als jene mit österreichischen Fahrzeugen (13,0 %). Der überdurchschnittlich hohe Anstieg der Transportleistung ausländischer Fahrzeuge laut Daten der konsolidierten Straßengüterverkehrsstatistik für das Jahr 2017 von 11,0% wirkt sich auch auf den Gesamtanstieg mit österreichischen und ausländischen Fahrzeugen von 6,7% aus. Für österreichische Fahrzeuge zeigte sich in den Jahren 2012 und 2013 ein Rückgang von 5,0 % bzw. 3,8 %, der jedoch in den folgenden drei Jahren mit deutlichen Zuwächsen (2017 +1,7 %) mehr als ausgeglichen wurde.

Grafik 82
Transportleistung des Lkw-Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA, Güterverkehrsstatistik, VGR.

Diese Schwankungen können zum Teil durch den extrem kalten und schneereichen Winter 2012/2013 bzw. durch die folgenden – bezogen auf die Messgeschichte – durchschnittlich sehr warmen Winter erklärt werden.

Seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union bildet eine Erhebung von Statistik Austria zum Straßengüterverkehr die Verkehrsleistung österreichischer Unternehmen mit in Österreich zugelassenen Straßengüterfahrzeugen[108] im In- und Ausland ab. Die Straßengüterverkehrserhebungen in den anderen Mitgliedstaaten der EU erfolgen auf die gleiche Weise. Eurostat führt die Ergebnisse der Mitgliedstaaten zu einer konsolidierten europäischen Straßengüterverkehrsstatistik zusammen, die wiederum den statistischen Institutionen der einzelnen Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellt wird, damit das Gesamtaufkommen im Straßengüterverkehr auf dem jeweiligen Hoheitsgebiet darstellt werden kann (Karner & Scharl 2012). Dies betraf naturgemäß 1995 nur Daten der Mitgliedsstaaten der EU-15. Erst durch die EU-Erweiterungen 2004 und 2007 wurde eine weitgehende Abdeckung der Güterkraftfahrzeuge des Europäischen Verkehrsraums inklusive Osteuropa erreicht. Ab dem Datenjahr 2009 konnten auch Informationen von Kroatien und der Schweiz zur jeweiligen Verkehrsleistung in Österreich berücksichtigt werden (siehe Karner & Scharl 2012 sowie Karner & Scharl 2014).

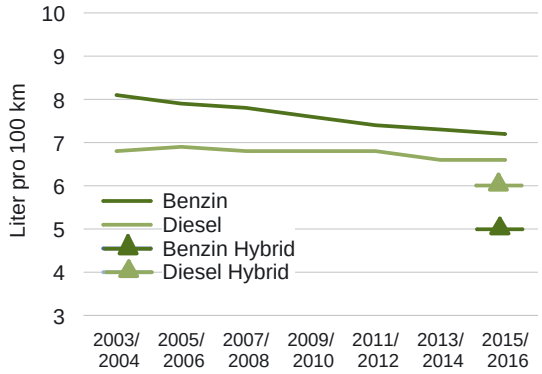
Durch die Herausgabe des Weißbuchs „Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum" der Europäischen Kommission (2011b) soll vorrangig die Reduktion der Emissionen aus dem Verkehr erreicht werden. Einer der Strategievorschläge dazu betrifft die stärkere Nutzung energieeffizienterer Verkehrsträger. 2017 lag die gesamte Transportleistung des Güterverkehrs bei 65,9 Mrd. Tonnen-km (ohne Transport in Rohrfernleitungen). Auf Österreichs Straßen betrug die Transportleistung demnach 41,6 Mrd. Tonnen-km, wovon bereits 55,8 % auf ausländische Fahrzeuge entfielen. Auf der Schiene wurden 22,3 Mrd. Tonnen-km und auf der Donau 2 Mrd. Tonnen-km erbracht.

Somit zeigen sich seit 2009 kaum die gewünschten Anteilsverschiebungen von der Straße zu Schiene und Schiff. Der Anteil der Straße betrug 2009 62,2 % und lag 2017 bei 63,1 %. Mit der Bahn wurde jeweils etwas über ein Drittel der Transportleistung erbracht, auf die Schifffahrt entfielen 2017 anteilig 3,0 %.

4.5.3 Treibstoffverbrauch privater Pkw

Die Befragung zum Mikrozensus Energieeinsatz der Haushalte erhebt auch die Fahrleistung und den Treibstoffeinsatz von privaten Haushalten. Betrachtet man den Treibstoffverbrauch der privaten Pkw, so zeigt sich im Vergleichszeitraum ein kontinuierlicher Rückgang des Verbrauchs (Grafik 83). Dabei war der Rückgang bei Diesel-Pkw mit rund 3 % weniger deutlich als bei Benzin-Pkw mit über 11 %. Diesel-Pkw liegen in der Periode 2015/2016 bei einem durchschnittlichen Verbrauch von 6,6 Liter pro 100 km, Benzin-Pkw bei 7,2 Liter pro 100 km. Der Verbrauch von Pkw mit Benzin-Hybrid (5,1 Liter pro 100 km) bzw. Diesel-Hybrid (5,6 Liter pro 100 km) für die Periode 2015/2016[109] liegt jeweils deutlich unter jenem der konventionellen Fahrzeuge.

Grafik 83
Treibstoffverbrauch des privaten Pkw-Verkehrs (Liter pro 100 km)



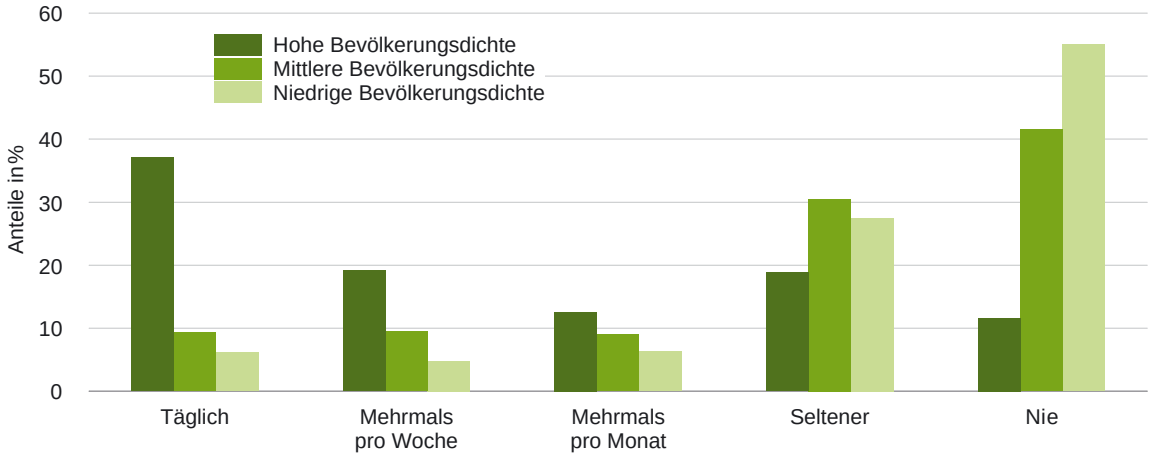
Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik: Mikrozensus Energieeinsatz der Haushalte.

4.5.4 Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel

Ein Blick auf die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel rundet die Betrachtung ab. Die Mikrozensuserhebung (2015) zu Umweltbedingungen und Umweltverhalten zeigt, dass die Benützung öffentlicher Verkehrsmittel stark von der vorhandenen Infrastruktur abhängt, welche in dicht besiedelten Gebieten besser ausgebaut ist als in gering besiedelten Gebieten (Baud – Milota, 2017, S. 102). In dicht besiedelten Gebieten verwenden 37,1 % der befragten Personen täglich die öffentlichen Verkehrsmittel (19,3 % mehrmals pro Woche), während in niedrig besiedelten Gebieten nur 6,1 % der täglichen Fahrten damit bewältigt werden (4,8 % mehrmals pro Woche, siehe Grafik 84). Im Gegenzug dazu wird in niedrig besiedelten Gebieten der Großteil der täglichen Fahrten mit dem Auto zurückgelegt: 45 % fahren damit täglich, 36,1 % mehrmals pro Woche. Der Anteil der Autonutzung sinkt in Gebieten mit hoher Bevölkerungsdichte deutlich auf 19,3 % (täglich), bzw. 27,5 % (mehrmals pro Woche).

[108] Lkws ab 2 Tonnen Nutzlast bzw. Sattelzugmaschinen.
[109] Die Daten für Hybridfahrzeuge sind nur für die aktuelle Periode 2015/2016 verfügbar.

Grafik 84
Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel für tägliche Wege



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltstatistik: Mikrozensus Umweltbedingungen, Umweltverhalten.

4.5.5 Schlüsselindikator Treibhausgasemissionen des Verkehrs

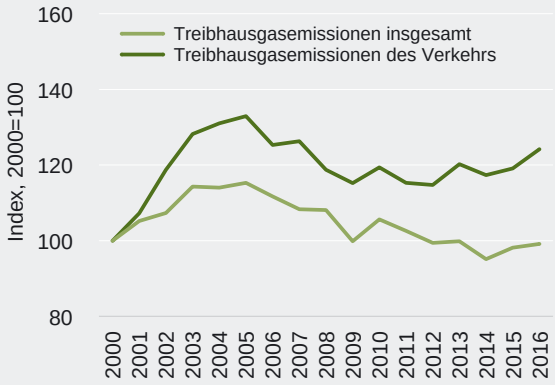
Der Schlüsselindikator zeigt die Entwicklung der Treibhausgasemissionen des gesamten Verkehrssektors laut Daten des Umweltbundesamts. Wie bereits erwähnt wird der Verkehr „funktional" als eigener Sektor dargestellt, sein Anteil an den gesamten Treibhausgasemissionen lag 2016 bei 28,9 %. Die Emissionen des Verkehrssektors werden wie der Energieverbrauch nach dem Inlandsprinzip, also auf Basis der in Österreich abgesetzten Treibstoffmengen, berechnet.

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die Treibhausgasemissionen des Verkehrs sind über die gesamte Periode 2000 - 2016 auf zu hohem Niveau, die Entwicklung wird daher langfristig negativ eingeschätzt, auch wenn sich 2006 bis 2009 ein Rückgang zeigte. Die kurzfristige Entwicklung der THG des Verkehrs mit dem starken Anstieg im letzten Jahr wird ebenfalls negativ bewertet."

Wie Grafik 85 zeigt, wuchsen die Treibhausgasemissionen des Verkehrs im gesamten Zeitraum 2000 bis 2016 mit 24,2 % stark, während die Treibhausgasemissionen insgesamt im selben Zeitraum sogar um 0,9 % sanken. Der Sektor Verkehr wies damit im Jahr 2016 Treibhausgasemissionen im Ausmaß von rund 23 Mio. Tonnen CO_2-Äquivalenten auf. Ein besonders starker Anstieg zeigt sich bis zum Jahr 2005, danach gab es mit Ausnahme einiger Jahre einen abnehmenden Trend. Dagegen zeigte sich in den Jahren 2015 und 2016 wieder ein Anstieg von 3,1 % bzw. 1,0 %.

Grafik 85
Treibhausgasemissionen des Verkehrs



Q: STATISTIK AUSTRIA; Umweltbundesamt nach Klimaschutzgesetz (BGBl I Nr. 94/2013) sowei KSG-Novelle (BGBl I Nr. 128/2015). - Die Daten 2005 bis 2012 wurden entsprechend der ab 2013 gültigen Abgrenzung des Emissionshandels angepasst.

Die Ursachen für die starke Steigerung der Emissionen im Verkehrssektor – vor allem in den Jahren 2000 bis 2005 – sind laut Umweltbundesamt (2016, S. 62f) im Anstieg der inländischen Fahrleistung im Straßenverkehr und dem steigenden Kraftstoffexport im Tank (Tanktourismus), zu suchen. Wie bereits erwähnt lag der geschätzte Anteil des „Tanktourismus" im Jahr 1995 noch unter 10 % und stieg bis 2012 auf rund 30 % an (Umweltbundesamt (2014, S. 131).[110] Die deutliche Emissionsminderung von 2005 auf

[110] Die Schätzungen zum Tanktourismus liegen nur punktuell vor und können nicht für die Erstellung eines Indikators herangezogen werden.

2006 (-5,7 %) ist hauptsächlich auf die Substitutionsverpflichtung fossiler Kraftstoffe durch Biokraftstoffe gemäß Biokraftstoffrichtlinie 2003/30/EG zurückzuführen. Im Krisenjahr 2009 gingen die Emissionen deutlich zurück, im Jahr darauf stiegen die Emissionen aus dem Verkehrssektor wieder an, im Wesentlichen wegen der erhöhten Nachfrage nach Gütertransportleistung als Folge der wirtschaftlichen Erholung. Der Rückgang der Emissionen seit 2010 ist u. a. auf einen verringerten Kraftstoffabsatz aufgrund steigender Kraftstoffpreise (insbesondere von 2010 auf 2011) zurückzuführen. Die Emissionsabnahme 2014 (2,4 %) ist auf den Rückgang des fossilen Kraftstoffabsatzes sowie den Anstieg des Absatzes von Biokraftstoff zurückzuführen. In den Jahren 2015 und 2016 gab es einen Anstieg von 3,1 % bzw. 1,0%.

Die Einführung der Substitutionsverpflichtung von fossilen Kraftstoffen durch Biokraftstoffe gemäß der Biokraftstoffrichtlinie 2003/30/EG führte wie bereits erwähnt laut Gollner (2017) dazu, dass im Jahr 2016 der Anteil anrechenbarer Erneuerbarer im Verkehr (inkl. elektrischer Energie) an den Treibstoffen insgesamt, bei 8,7 % lag. Durch die Nutzung der erneuerbarer Energien im Sektor Treibstoffe / Verkehr konnten laut Biermayr (2017 S. 6) im Jahr 2016 Treibhausgase im Ausmaß von 1,7 Mio. t CO_2-Äquiv. vermieden werden.

In der aktuellen Klima- und Energiestrategie wird angestrebt, die Emissionen bis 2030 um rund 7,2 Mio.t CO_2-Äquivalenten auf rund 15,7 Mio.t CO_2-Äquivalenten zu senken (BMNT & BMVIT, Juni 2018).

4.6
Monetäre Umweltaspekte

In den „monetären Umweltaspekten" sind die ökonomischen Konten der Umweltgesamtrechnungen (Ökosteuern, Umweltschutzausgabenrechnung und umweltorientierte Produktion und Dienstleistung) enthalten. Diese Umweltgesamtrechnungen sind mit der VGR kompatibel und ermöglichen somit eine integrierte Analyse der wechselseitigen Wirkungen von Ökonomie und Ökologie.

Als Schlüsselindikator fungieren die *Ökosteuern,* welche auf die Besteuerung von Bemessungsgrundlagen abzielen, die nachgewiesene negative Auswirkungen auf die Umwelt haben. Informationen zu den *Umweltschutzausgaben,* also den Aufwendungen des öffentlichen und privaten Sektors sowie der privaten Haushalte für den Umweltschutz sowie zur *Umweltwirtschaft* (umweltorientierte Produktion und Dienstleistung), welche den Umsatz mit umweltrelevanten Anlagen und Gütern sowie Bau- und Dienstleistungen abbildet, ergänzen diesen Bereich.

Die Task Force „Environmental Sustainability"[111] der Sponsorship Group (Eurostat 2011) empfiehlt explizit die Verwendung der Umweltgesamtrechnung für die Messung von Wohlstand und Fortschritt.

Die Bedeutsamkeit der Indikatoren auf internationaler Ebene bekundet sich auch darin, dass alle drei Bereiche Module der EU-Verordnung 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen (Ökosteuern) bzw. der EU-Verordnung 538/2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen (Umweltschutzausgaben, umweltorientierte Produktion und Dienstleistung) sind. Die Europäische Kommission (2013b) hebt im Bericht zum Fortschritt zu „GDP and beyond" die Relevanz der Umweltgesamtrechnungen im Prozess um die Umweltaspekte der Nachhaltigkeit hervor.

4.6.1
Schlüsselindikator Ökosteueranteil am gesamten Steueraufkommen

Der Schlüsselindikator bildet jenes Steueraufkommen als Anteil an den Steuereinnahmen insgesamt ab, dessen Besteuerungsgrundlagen eine nachgewiesene negative Auswirkung auf die Umwelt haben. Die Besteuerung betrifft beispielsweise ein Produkt, das die Umwelt verschmutzt oder die Natur bedroht, oder aber nicht-erneuerbare Ressourcen verbraucht (z. B. Mineralöl, Kohle).

Gremium externer Expertinnen und Experten: KF LF

„Die Öko-Steueranteile zeigen im gesamten Verlauf keine wesentlichen Veränderungen. Die Entwicklung wird daher sowohl kurz- als auch langfristig als neutral eingeschätzt. Nach den Berechnungen von Eurostat liegt Österreich 2016 mit einem Anteil von 5,5 % unter dem Durchschnitt der EU-28 mit 6,1 % (Daten jeweils ohne Berücksichtigung der Grundsteuer B). Dies lässt den Schluss zu, dass Potenzial für weitere Ökosteuern vorhanden ist. Allerdings werden ökologisch relevante Gebühren (wie Mauten oder Abfallgebühren) dabei nicht berücksichtigt."

Für die Ökosteuern liegt eine erste Schätzung des Gesamtaufkommens 2017 aus den Steuern und Sozialbeiträgen vor. Die Daten zu den Ökosteuerkomponenten „Wiener Baumschutzgesetz" sowie „Landschaftsschutz- und Naturschutzabgabe" wurden anhand der Vorjahresdaten fortgeschrieben.

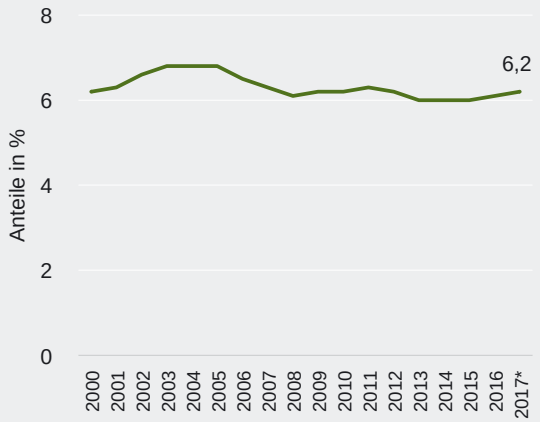
Die gesamten Einnahmen aus Ökosteuern beliefen sich nach dieser Vorausrechnung für 2017 auf rund 9,5 Mrd. Euro, im Jahr 2016 wurden knapp 9,1 Mrd. Euro lukriert. Der Anteil der Ökosteuern an den Steuereinnahmen insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge) blieb von 2000 (6,2 %) bis 2017 (6,2 %) konstant (Grafik 86). Der höchste Öko-Anteil an den gesamten Steuereinnahmen war in den Jahren 2003 – 2005 mit 6,8 % zu verzeichnen, damals wurde der Mineralölsteuersatz erhöht. Im Jahr 2017 (vorläufiges Ergebnis) waren die Umweltsteuern um

[111] http://ec.europa.eu/eurostat/documents/7330775/7339383/TF2-Final-report-Environment-Sustainability/5f3bebae-ca5d-40d5-b0d2-01d925c0cbf8

5 % höher als im Jahr davor, das gesamte Steueraufkommen stieg dagegen nur um 3,5 %. Dies führte zu einem marginal erhöhten Ökosteueranteil (2016 6,1 % und 2017 vorläufig 6,2 %).

Grafik 86

Ökosteueranteil an den Steuern insgesamt (inklusive tatsächliche Sozialbeiträge)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Öko-Steuern, Steuerstatistiken. Anteil an den Gesamteinnahmen aus Steuern und Pflichtsozialbeiträgen nach Abzug der veranlagten Beträge, deren Einziehung unwahrscheinlich ist. - * Werte für 2017 stellen vorläufige Ergebnisse dar. Daten nach nationaler Definition inklusive Grundsteuer B.

Bereits 1998 wurde auf internationaler Ebene (Europäische Kommission, OECD und Internationale Energieagentur) ein einheitliches Konzept zur Erfassung der Ökosteuern (Eco-Taxes) geschaffen[112]. Das alleinig ausschlaggebende Kriterium für Ökosteuern ist eine nachgewiesene schädliche Wirkung der Bemessungsgrundlage auf die Umwelt und nicht etwa eine allfällige Zweckwidmung der aufgebrachten Mittel oder der Name einer Steuer. In diesem Zusammenhang wurden auch ein gemeinsamer Kontenrahmen und eine Klassifikation der Ökosteuern mit dem Ziel festgelegt, vergleichbare Daten für alle Mitgliedsländer zu erhalten. Seit 2011 ist die Berechnung der Ökosteuern Bestandteil der EU-Verordnung 691/2011 und die Datenübermittlung an Eurostat somit verpflichtend.

Da die Höhe der Umweltsteuern per se noch nichts über ihre Umweltauswirkung aussagt, wurde der Indikator als Anteil der betreffenden Steuern an den gesamten Steuereinnahmen (inklusive tatsächlicher Sozialbeiträge) dargestellt. Ökosteuern können einerseits im Zeitverlauf ansteigen, weil die Bemessungsgrundlage (z. B. Mineralöl) vermehrt verbraucht wird. Andererseits kann der Anstieg auch in einer Erhöhung des Steuersatzes begründet liegen. Zudem werden Umweltabgaben (überwiegend Mengensteuern) in der Regel nicht jährlich, sondern in größeren Abstanden angepasst. Eine Bewertung des Ökosteueranteils an den gesamten Steuereinnahmen kann – im Hinblick auf eine ökologische Steuerreform – vorgenommen werden[113].

Das Konzept der ökologischen Steuerreform besagt, dass einerseits höhere Steuern auf umweltschädigende Vorgänge besonders im Bereich Verkehr und Energie entsprechende Lenkungseffekte durch höhere Preise der besteuerten Produkte erzielen und sich somit positiv auf die Umwelt auswirken (z. B. weniger Autofahren durch höhere Benzinkosten). Das so erzielte zusätzliche Steueraufkommen soll andererseits zu einer Senkung der Steuern auf Arbeit (Lohnnebenkosten) führen (siehe beispielsweise Kletzan-Slamanig et al. 2008).

Der Grundgedanke hinter den Ökosteuern ist einerseits die Förderung des Natur- und Klimaschutzes, andererseits geht es aber auch darum, den Verbrauch begrenzter Ressourcen (z. B. nicht-erneuerbare Energieträger) zu reduzieren. Es soll eine größere Kostenwahrheit in der Nutzung der Umweltressourcen entstehen, welche einen bewussteren Umgang mit der Umwelt erzeugt. Bei einem Großteil der Ökosteuern handelt es sich demgemäß um Verbrauchssteuern (etwa Mineralölsteuer oder Energieabgabe).

Österreich weicht in seiner Kalkulation der Ökosteuern etwas von den EU-Berechnungen ab, da die Grundsteuer B (als Besteuerung des Flächenverbrauchs) zusätzlich als Ökosteuer definiert ist. Für den europäischen Vergleich werden Steuern auf Grund und Boden, auch wenn sie wie in Österreich auf den Flächenverbrauch abzielen, nicht als Ökosteuern berücksichtigt. In den meisten Ländern gibt es nur Kapitalsteuern auf Grund und Boden, ein Einbeziehen der Grundsteuern wäre daher verzerrend. Aus demselben Grund werden auf europäischer Ebene auch keine Steuern auf die Förderung von Erdöl und Erdgas betrachtet, da diese für wenige Länder von hoher, für die meisten EU Länder aber von geringer Bedeutung sind. National sind diese Steuern jedoch zu berücksichtigen.

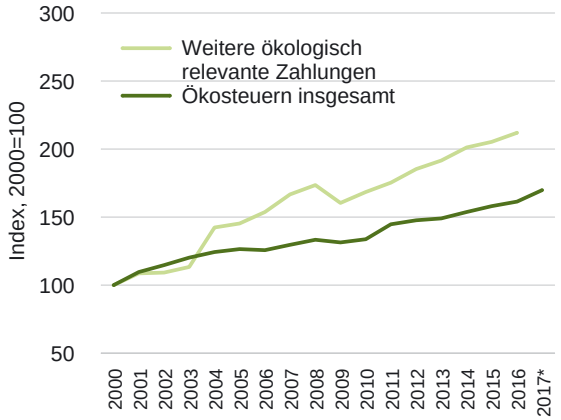
Im internationalen Vergleich lag Österreich im Jahr 2016 nach der EU-Definition (ohne Grundsteuer B) mit einem Anteil am gesamten Steueraufkommen von 5,5 % unter dem Durchschnitt der EU-28 Länder mit 6,1 %. Betrachtet man dagegen den Anteil der Ökosteuern am Bruttoinlandsprodukt (nominell), so zeigt sich, dass Österreich im Jahr 2016 mit 2,4 % Anteil genau der Durchschnittswert der EU-28 erreichte (siehe auch Kapitel 5.4).

Nicht berücksichtigt werden bei dieser Betrachtung die weiteren ökologisch relevanten Zahlungen (wie Maut, Abfall- und Abwassergebühren). Diese fallen, da es sich nicht um Steuern nach dem Konzept der VGR (Volkswirt-

[112] Europäische Union, 1998: „A tax whose tax base is a physical unit (or a proxy of it) that has a proven specific negative impact on the environment".
[113] Dies wurde vom Expertengremium explizit angeregt.

schaftlichen Gesamtrechnung) handelt, nicht unter die Definition der Öko-Steuern laut internationalen Richtlinien. Da diese Gebühren zweckgebunden sind, ist die ökologische Treffsicherheit durchaus höher als bei den Steuern. In einem Nebenkonto wird deshalb das Aufkommen der ökologisch relevanten Zahlungen für Österreich ausgewiesen. Dieses verzeichnete von 2000 bis 2016 (letztverfügbares Jahr) eine deutlich stärkere Zunahme (+112 %) im Vergleich zu den Ökosteuern mit 61,4 % (Grafik 87). Die Gebühren beliefen sich 2016 auf 4,4 Mrd. Euro und erreichten damit bereits knapp 50 % der Höhe der Ökosteuern.

Grafik 87
Ökosteuern und umweltrelevante Zahlungen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Öko-Steuern. - * Werte für 2017 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

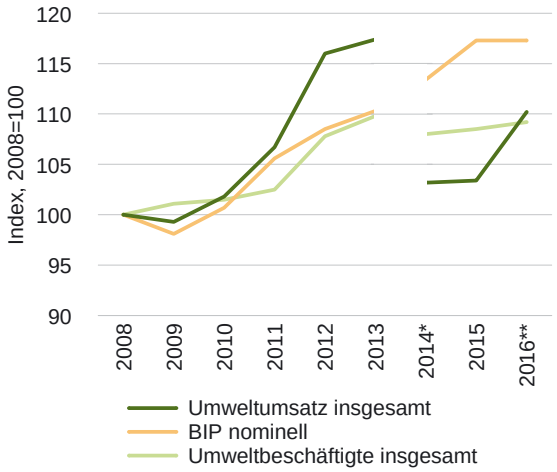
Eine ergänzende Betrachtung der umweltrelevanten Gebühren wäre zukünftig auch im internationalen Vergleich wichtig, da manche Länder etwa die Eindämmung des Abfallaufkommens mit steuerlichen Instrumenten behandeln, während Österreich dies über Gebühren regelt. Außerdem können Umgestaltungen von fiskalischen Instrumenten zu Änderungen der Höhe des Umweltsteueraufkommens führen. Im Jahr 2004 wurde beispielsweise anstelle der Straßenbenützungsabgabe (Umweltsteuer) die Lkw-Maut (Mauten sind keine Umweltsteuern) eingeführt, zudem wurde die Kfz-Steuer (Umweltsteuer) gesenkt. Mit dieser Maßnahme wurde also das Umweltsteueraufkommen reduziert, obwohl das Gesamtaufkommen an ökologisch relevanten Zahlungen erhöht wurde. Derzeit liegen aber EU-weit keine konsistenten Daten zu den weiteren umweltrelevanten Zahlungen vor.

4.6.2 Umweltorientierten Produktion und Dienstleistung

Der Indikator zur Umweltwirtschaft zeigt in Ergänzung der monetären Umweltaspekte den Umweltumsatz der „umweltorientierten Produktion und Dienstleistung" in Österreich. Damit wird die direkte Größe der Umweltwirtschaft dargestellt. Sie umfasst die Produktion von Gütern, Technologien und Dienstleistungen zur Reduktion oder Beseitigung von klassischen Umweltproblemen wie Luft- oder Wasserverunreinigung und zur Schonung natürlicher Ressourcen wie Naturgas oder Holz.

Im Jahr der Wirtschaftskrise 2009 konnte sich die Umweltwirtschaft mit einem Umsatzminus von knapp 0,7 % deutlich besser behaupten als die Gesamtwirtschaft mit -1,9 % des nominellen BIP (Grafik 88).

Grafik 88
Entwicklung Umweltumsatz und -beschäftigte



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung, VGR. - * Umweltumsatz: Bruch in der Zeitreihe; ** die Werte für 2016 stellen vorläufige Ergebnisse dar.

Bei der Interpretation der Ergebnisse muss beachtet werden, dass in die Daten ab dem Jahr 2011 neue Umweltgüter sowie Unternehmen aufgenommen wurden, weshalb die Veränderungen gegenüber dem Zeitraum 2008 – 2010 zum Teil auch in der neuen Grundgesamtheit begründet liegen und ein Vergleich daher nur bedingt möglich ist. Durch eine Überarbeitung der Definition kam es 2014 zu einem Bruch in der Zeitreihe. Auf der Basis der revidierten Daten wurden im Jahr 2015 32,1 Mrd. Euro und im Jahr 2016 nach den vorläufigen Zahlen 34,2 Mrd. Euro umgesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr kam es damit 2016 zu einem Umsatzwachstum von 6,5 %.

61,4 % des Umsatzes sind dem Ressourcenmanagement zuzurechnen, dazu gehören etwa die Produktion von Recyclingtechnologien oder die Erzeugung von Strom aus erneuerbarer Energie. 38,6 % des Umsatzes entfielen 2016 auf Umweltschutzaktivitäten (Baud 2017). Der vorliegende Indikator misst die direkte Produktion von Umweltprodukten und Umweltdienstleistungen. Informationen wie z. B. die indirekten Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft oder die Qualität der Umweltarbeitsplätze sind aus den Daten nicht abzuleiten.

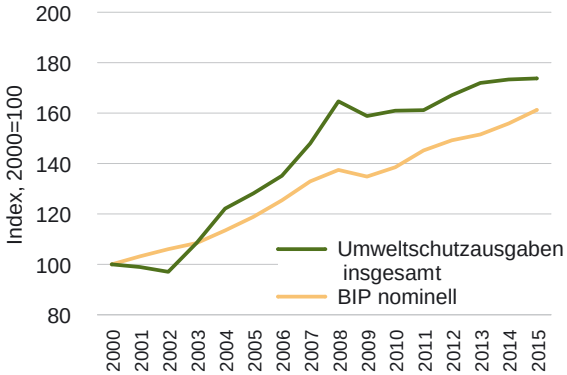
4.6.3 Umweltschutzausgaben

Die Umweltschutzausgaben umfassen alle Maßnahmen und Aktivitäten, die von privaten Haushalten, sowie öffentlichen und wirtschaftlichen Akteuren zur Vermeidung, Verringerung und Beseitigung von Umweltbelastungen und allen anderen Formen von Umweltschädigungen getätigt werden (SERIEE Handbuch 1994, § 2006)[114]. Die Umweltschutzausgaben werden im Rahmen der Umweltschutzausgabenrechnung der Statistik Austria erhoben.

Die nationalen Umweltschutzausgaben beliefen sich 2015 (letztverfügbares Jahr) auf insgesamt 12,1 Mrd. Euro (inklusive EU-Transferleistungen und Förderungen). Im Vergleich zum nominellen BIP (+61,2 %) stiegen die Umweltschutzausgaben von 2000 bis 2015 stärker an (+73,8 %). Speziell in den Jahren 2002 bis 2008 war eine markante Wachstumsperiode sichtbar (Grafik 89). Das Jahr 2009 verzeichnete dagegen einen Rückgang zum Vorjahr (-3,5 %), der im Jahr 2010 nur teilweise (+1,3 %) wieder ausgeglichen wurde. Im letztverfügbaren Jahr 2015 blieben die Umweltschutzausgaben mit +0,2 % beinahe konstant, das bedeutet ein geringes Plus von knapp 24 Mio. Euro.

Umweltschutzausgaben betreffen einerseits vorab getätigte Maßnahmen für den Umweltschutz, die Umweltverschmutzung oder Ressourcenverbrauch vermeiden oder vermindern sowie Maßnahmen, um Schäden bereits im Vorfeld zu verhindern (etwa Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energie, ressourceneffizientere Produktionsanlagen). Eine Steigerung dieser Ausgaben wirkt sich positiv auf die natürliche Umwelt aus. Andererseits können hohe Umweltschutzausgaben auch auf eine stark verschmutzte Umwelt hinweisen, die entsprechend hohe Aufwendungen zur Reinigung erfordert. Umgekehrt können niedrige Umweltschutzausgaben sowohl ein Hinweis auf geringe Maßnahmen für den Umweltschutz als auch auf eine sehr saubere Umwelt sein.

Grafik 89
Umweltschutzausgaben



Q: STATISTIK AUSTRIA, Umweltschutzausgaben, VGR.

Die Höhe der nationalen Umweltschutzausgaben lässt also nicht unbedingt auf den Umweltzustand schließen. Aufwendungen des öffentlichen und privaten Sektors für den Umweltschutz stellen jedoch einen wichtigen Aspekt ökologisch relevanter Aktivitäten einer Volkswirtschaft dar (siehe Aichinger 2017).

[114] SERIEE (Système Européen de Rassemblement de l´Information Economique sur l´Environnement) stellt ein EU weit harmonisiertes System von Eurostat zur Sammlung umweltbezogener Wirtschaftsdaten dar. Es setzt sich aus einer Reihe von Satellitenkonten zusammen, die eine Verknüpfung der Umweltdaten mit der Wirtschaftsstatistik und der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) ermöglichen sollen. (Eurostat, 1994).



5

Wie geht‘s Österreich im EU-Vergleich?

Reduktion der Arbeitslosenquote

Die Arbeitslosenquote ging 2017 für die EU-28 auf 7,6%, für Österreich auf 5,5% zurück.

Ausgrenzungsgefährdung unter EU-Niveau

Österreich liegt mit einer Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung von 18,1% im EU-Vergleich 2017 an 9. Stelle (EU-28: 22,5%)

Hohe Ressourcenverbräuche

Materialverbrauch lag 2017 bei 21 Tonnen (EU-28: 13,6 Tonnen), Energieverbrauch pro Kopf ist Viert-höchster in der EU

5.1
Österreich im europäischen Kontext

***WgÖ?* dient dazu, ein möglichst differenziertes Bild des österreichischen Wohlstands und Fortschritts zu zeichnen. Allerdings kann dieses nur in einem internationalen Kontext umfassend bewertet werden. Das folgende Kapitel diskutiert daher für ausgewählte Indikatoren die Position Österreichs im EU Vergleich. Nach wie vor nimmt Österreich heute in vielen Bereichen eine Spitzenposition ein, wie etwa in etlichen Dimensionen der Lebensqualität. Dennoch zeigt vor allem ein Blick auf die Entwicklung seit dem Krisenjahr 2009 auch Schwächen des österreichischen Modells von Wohlstand und Fortschritt auf.**

Die vergangenen drei Jahre waren in Europa von einer wirtschaftlichen Erholung geprägt. Zwar lag die Arbeitslosenquote im EU-Durchschnitt auch 2017 noch auf einem beunruhigenden Niveau von 7,6%, doch war diese Zahl zuletzt rückläufig. Das reale Wirtschaftswachstum erreichte EU-weit 2017 2,4 % und auch die Eurozone wuchs 2017 um 2,4%.

Ein Blick auf die hiesigen wirtschafts- und sozialpolitischen Fundamentaldaten zeigt, dass Österreich auch 2017 hinter der europäischen Entwicklung zurückblieb. Pro Kopf wuchs das reale BIP in Österreich 2017 um 1,9 %, das reale BIP pro Kopf der EU-28 hingegen um 2,3 %. Die Arbeitslosigkeit war in Österreich 2017 mit 5,5% im EU-Vergleich zwar nach wie vor niedrig (für die EU-28 lag die Arbeitslosenquote bei 7,6%), stieg jedoch seit 2012 kontinuierlich an und lag zuletzt 2016 auf dem höchsten Wert seit Beginn des Beobachtungszeitraums, 2017 kam es erstmals zu einem Rückgang.

Der Fokus der politischen Entscheidungsträgerinnen und -träger liegt häufig auf dem ökonomischen Aufschwung, an dem sie nicht zuletzt gemessen werden. Dennoch gibt es viele Gründe, über die traditionellen wirtschaftlichen Indikatoren hinauszublicken. Es ist in Krisenzeiten wichtig, jene Bevölkerungsgruppen zu identifizieren, die besonders von krisenhaften Entwicklungen betroffen sind. Dies kann mit herkömmlichen ökonomischen Kennzahlen alleine nicht geleistet werden. Ein Blick über das BIP hinaus kann dazu beitragen, die vielfältigen Wirkungen von Wohlbefinden und Fortschritt auf unterschiedliche Lebensaspekte zu quantifizieren und zu vergleichen, woraus allgemeine Politikempfehlungen abgeleitet werden können. Im Kontext eingeschränkten fiskalischen Spielraums müssen Regierungen zudem nach neuen Wegen streben, das Wohlbefinden der Bevölkerung sicherzustellen. Nicht zuletzt sollten auch umweltrelevante Aspekte wie steigender Energieverbrauch oder zunehmendes Verkehrsaufkommen und ihre Auswirkungen auf Wohlstand und Fortschritt betrachtet werden. Materialverbrauch und Energieverbrauch pro Kopf sind beispielsweise deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 angesiedelt. Positiv kann gezeigt werden, dass der Anteil der erneuerbaren Energieträger in Österreich der viert-höchste in der EU-28 ist.

5.2
Materieller Wohlstand im EU-Vergleich

Der materielle Wohlstand Österreichs ist bekanntermaßen einer der höchsten weltweit. Dennoch ist auch hier ein Blick auf die Entwicklung der vergangenen Jahre aufschlussreich. Im Folgenden wird die Entwicklung der wichtigsten Schlüsselindikatoren des Materiellen Wohlstands für Österreich im EU-Vergleich dargestellt.

In der Dimension Produktion wird dem realen BIP pro Kopf dabei das BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards zur Seite gestellt um die internationale Vergleichbarkeit in Bezug auf den materiellen Wohlstand zu gewährleisten[115]. In den meisten EU-Staaten werden von den Regierungen bzw. Sozialversicherungen öffentliche Dienstleistungen und Güter entweder gratis oder zu wirtschaftlich nicht signifikanten Preisen zur Verfügung gestellt. Solche Sachleistungen erhöhen implizit das Einkommen bzw. den Konsum jener Haushalte, die davon profitieren. Der Indikator real verfügbare Haushaltseinkommen pro Kopf inklusive sozialer Sachtransfers gibt Aufschluss über die sekundäre (also die staatlichen Umverteilungsmaßnahmen berücksichtigende) Verteilung. Bei der Betrachtung des real verfügbaren Einkommens der Haushalte pro Kopf ist es besonders für den internationalen Vergleich wichtig, soziale Sachtransfers zu berücksichtigen. In den VGR werden die Sachtransfers im „verfügbaren Haushaltseinkommen" nach dem Verbrauchskonzept erfasst.

Der Konsum nach dem Verbrauchskonzept (Individualkonsum) umfasst jene Güter, die den privaten Haushalten zur Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Mitglieder unmittelbar dienen. Er entspricht dem Wert der Waren und Dienstleistungen, die den privaten Haushalten tatsächlich zur Verfügung stehen, selbst wenn der Erwerb dieser Waren und Dienstleistungen vom Staat oder von privaten Organisationen ohne Erwerbszweck finanziert wird (Sachtransfers). Um eine Verzerrung des Konsumvolumens durch Preisänderungen auszuschließen, wird der Konsum analog zum Einkommen preisbereinigt ausgewiesen. Zudem wird der Schlüsselindikator als Konsum real pro Kopf gezeigt.

Um eine Aussage über die Verteilungsaspekte im EU-Vergleich treffen zu können, wird die Verteilung der verfügbaren Netto-Haushaltseinkommen und der Gender Pay Gap in Österreich in diesem Kapitel den Ergebnissen der EU-28 Länder gegenüber gestellt.

Produktion – Bruttoinlandsprodukt

Gemessen am nominellen BIP pro Kopf in Kaufkraftstandards (KKS) nahm Österreich 2017 im EU-28-Vergleich hinter Luxemburg, Irland und den Niederlanden erneut den vierten Platz ein. Somit zählt Österreich bei Berücksichtigung der Kopfzahl nach wie vor zu den wirtschaftskräftigsten Ländern der EU – noch vor Dänemark, Deutschland und Schweden. Seit Beginn des Beobachtungszeitraumes befindet sich Österreich gemessen am nominellen BIP pro Kopf in KKS unter den stärksten sechs Volkswirtschaften, seit 2003 auf dem fünften und seit 2009 auf dem vierten Platz (Grafik 90).

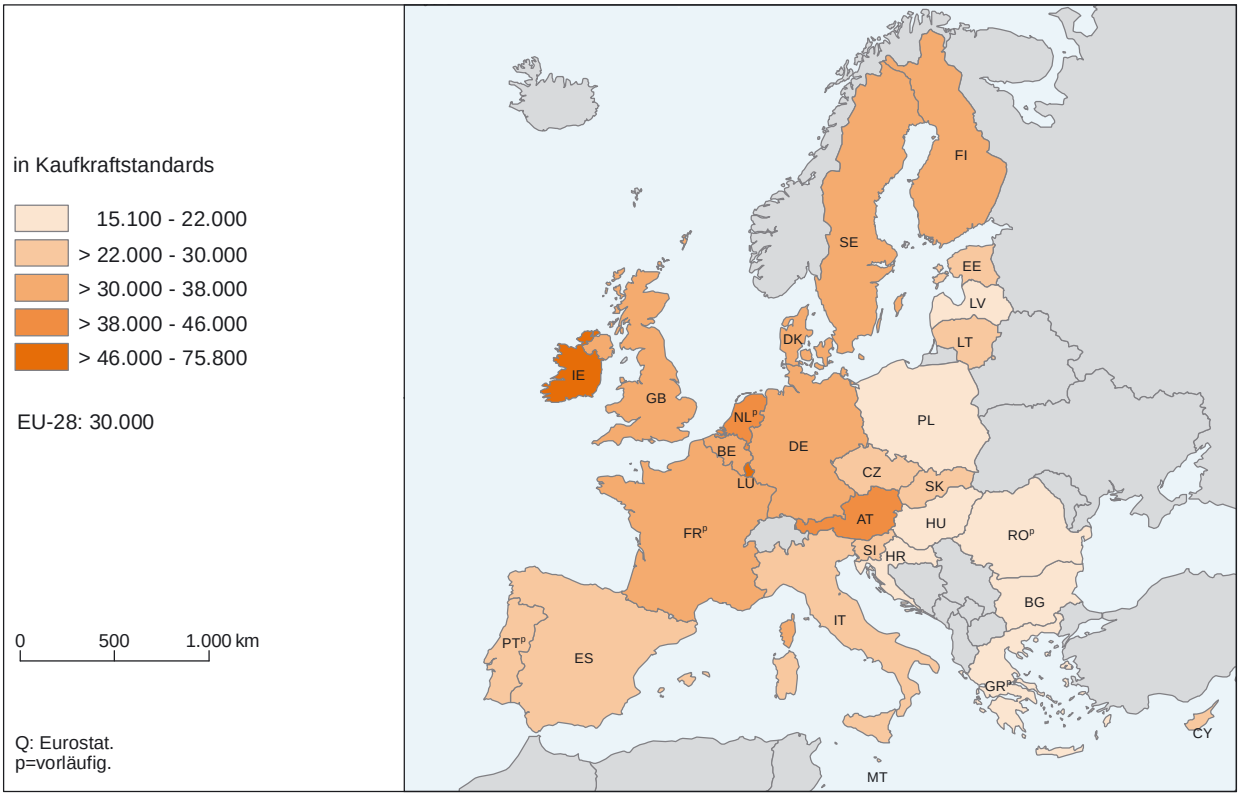
Das stärkste BIP pro Kopf in KKS weist Luxemburg auf und stellt damit einen Spezialfall im EU-Vergleich dar. 2017 lag der Wert Luxemburgs bei 75.700 und betrug somit mehr als das 2,5-fache des Vergleichswertes für die EU-28 (30.000). Das BIP Luxemburgs ist aber insofern zu relativieren als knapp die Hälfte aller in Luxemburg Beschäftigten Grenzgänger (also nicht in Luxemburg wohnhaft) sind. Bei den Berechnungen zu den Kaufkraftstandards pro Kopf wird dann folglich nur die Hälfte (nämlich jene in Luxemburg wohnhaften Personen) einbezogen. Auf der anderen Seite sind Bulgarien (15.100), Kroatien (18.400) und Rumänien (18.700) 2017 jene EU-Länder mit dem niedrigsten BIP in KKS.

Betrachtet man das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, so zeigt sich für Österreich eine relativ verhaltene Entwicklung seit 2012. Nach einem leichten Rückgang 2013 und 2014, wuchs das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf in Österreich 2015 um 0,2% und 2016 um 0,8%. 2017 wuchs das BIP pro Kopf real wieder deutlich um 1,9%. Damit liegt Österreich etwa im Mittelfeld. Grafik 91 stellt die Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf 2017 für die EU-28-Länder dar. Zu den Ländern mit den höchsten Wachstumsraten zählen 2017 neben Irland (6,0%) vor allem die osteuropäischen Länder, allen voran Rumänien (7,6%) und die baltischen Staaten Litauen und Lettland (5,8%) sowie Estland (4,9%).

[115] Kaufkraftparität bedeutet, dass die Kaufkraft verschiedener Währungen anhand eines repräsentativen Warenkorbs bestimmt und die Kennzahlen anhand dieser Kaufkraft verglichen werden.

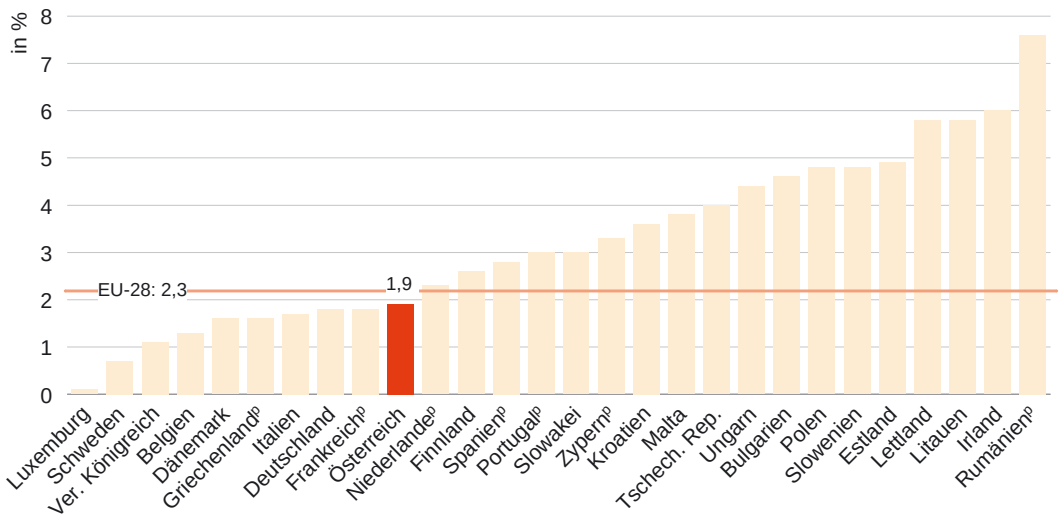
Grafik 90

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf (nominell) im EU-Vergleich (2017)



Grafik 91

Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts pro Kopf der EU-28-Länder 2017



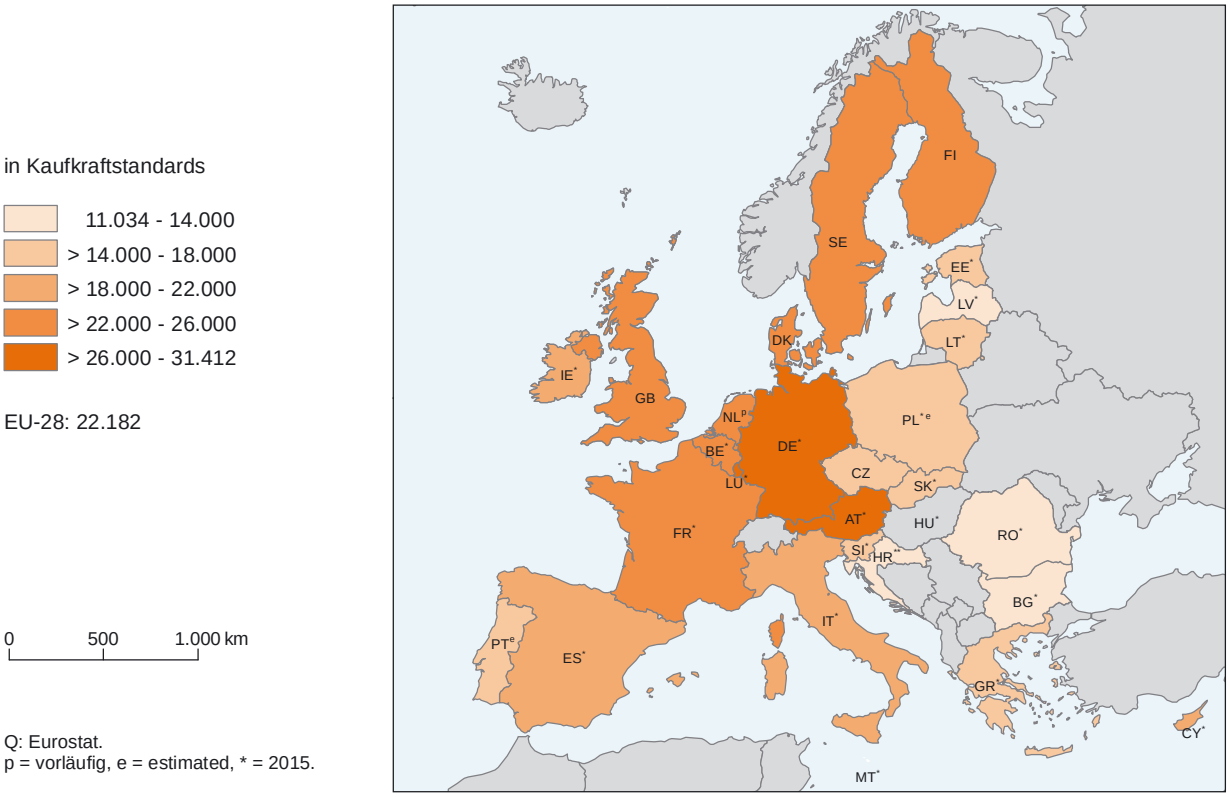
Q: STATISTIK AUSTRIA; Eurostat.

Verfügbares Einkommen der privaten Haushalte

Zum Zeitpunkt der Veröffentlichung stehen die Daten zu den verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte für die meisten Länder nur für 2016 zu Verfügung. Aus Gründen der Vergleichbarkeit wird daher das verfügbare Einkommen des Jahres 2016 dargestellt.

2016 betrug das real verfügbare Haushaltseinkommen pro Kopf laut Daten von Eurostat in Österreich inklusive sozialer Sachtransfers (Bildungsleistungen, Gesundheit etc.) 26.660 Euro in Kaufkraftstandards. Dies war nach Luxemburg (31.412 Euro) und Deutschland (27.969 Euro) der zweithöchste Wert in der Europäischen Union. Dahinter reihten sich Frankreich (24.924 Euro), Belgien (24.468

Grafik 92
Verfügbare Haushaltseinkommen (Verbrauchskonzept) (2016)



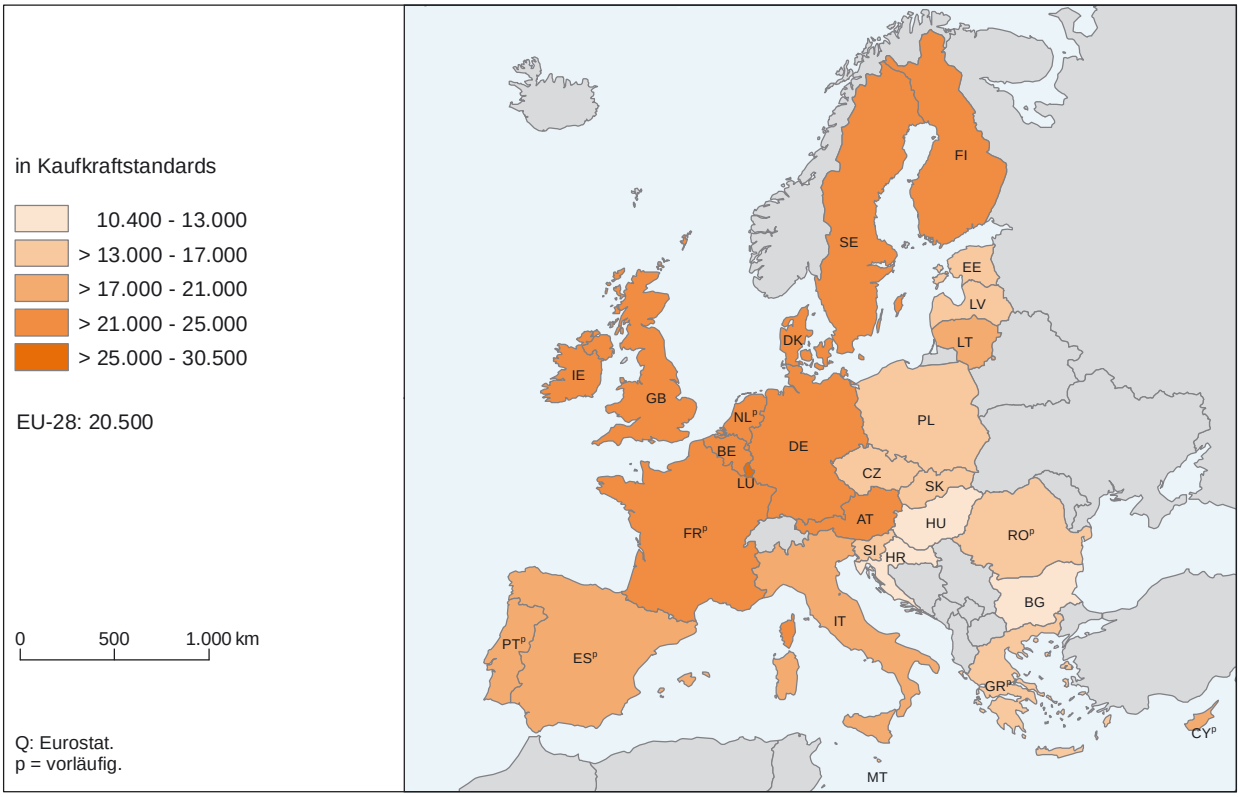
Q: Eurostat.
p = vorläufig, e = estimated, * = 2015.

Euro), Schweden (24.257 Euro) und Finnland (24.093 Euro) ein. Die geringsten Pro-Kopf-Einkommen in KKS wurden EU-weit in Bulgarien (11.034 Euro), Rumänien (12.241 Euro) und Lettland (13.442 Euro) lukriert.

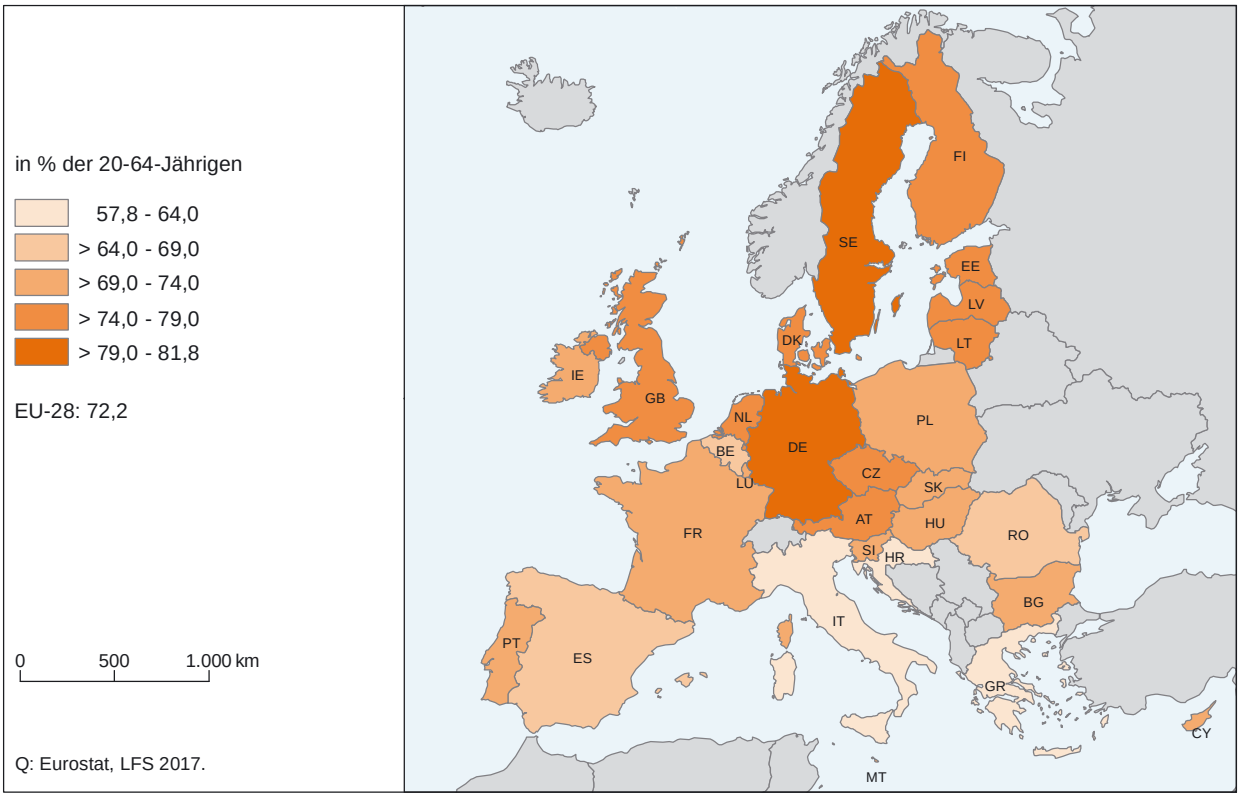
Konsum der privaten Haushalte

Wie auch bei den real verfügbaren Haushaltseinkommen pro Kopf, war Österreich auch beim Konsum der privaten Haushalte 2017 unter den Spitzenreitern. Mit durchschnittlichen 24.600 Euro pro Person in Kaukraftstandards (KKS) war Österreich nach Luxemburg (30.500 Euro) an zweiter Stelle unter den EU-Ländern mit dem höchsten Konsum der privaten Haushalte (inklusive sozialer Sachtransfers wie Bildung oder Gesundheit). Nach Österreich folgten das Vereinigte Königreich (24.500 Euro), Deutschland (24.300 Euro) und Dänemark (24.200 Euro). Am wenigsten konsumierten die privaten Haushalte in Bulgarien (10.400 Euro), Ungarn (12.200) und Kroatien (12.400 Euro).

Grafik 93
Konsum der privaten Haushalte (2017)



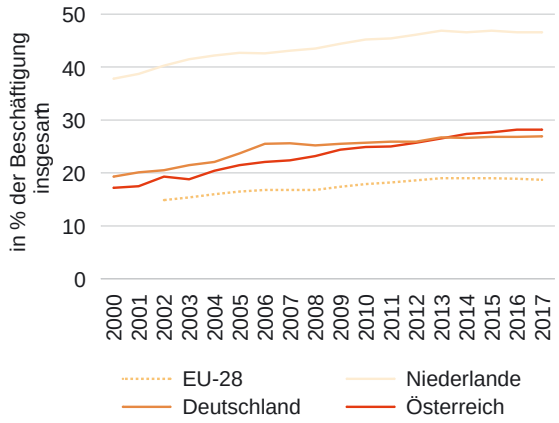
Grafik 94
Erwerbstätigkeit der 20-64-Jährigen im EU-Vergleich (2017)



Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit

Auch bei der Erwerbstätigkeit schneidet Österreich 2017 mit einem Anteil von 75,4% der 20-64-Jährigen vergleichsweise gut ab und liegt auf Platz 9. Höhere Beschäftigungsquoten gab es 2017 in Litauen (76,0%), Dänemark (76,9%), Niederlande (78,0%), im Vereinigten Königreich (78,2%), in der Tschechischen Republik (78,5%), Estland (78,7 %), Deutschland (79,2%) und Schweden (81,8%). Die niedrigsten Quoten hatten Griechenland (57,8%), Italien (62,3%), Kroatien (63,6%) und Spanien (65,5%).

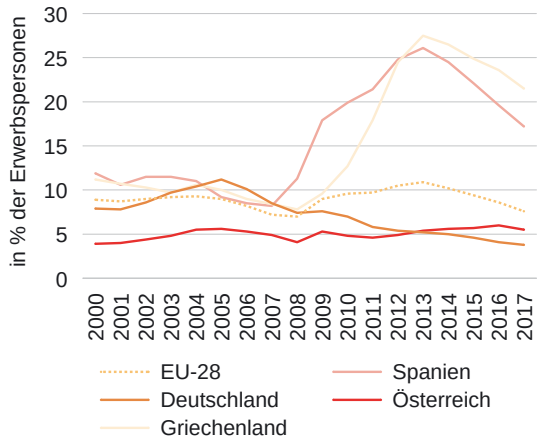
Grafik 95
Entwicklung der Teilzeit-Erwerbstätigenquote der 20-64-Jährigen ausgewählter Länder



Q: STATISTIK AUSTRIA, LFS 2017; Eurostat

Österreich und Deutschland gehörten 2017 zugleich zu jenen drei Ländern mit der höchsten Teilzeitquote (28,2% bzw. 26,9%), jedoch mit großem Abstand zu den Niederlanden, wo es einen traditionell sehr hohen Anteil an Teilzeitbeschäftigten gibt (2017: 46,6%). Der allgemeine Anstieg der Teilzeit hängt einerseits mit der steigenden Erwerbstätigkeit der Frauen zusammen, andererseits war der Anstieg seit 2009 auch ein Nebeneffekt der Krise, wo in vielen Ländern durch die Maßnahme der Kurzarbeit einem (noch stärkeren) Anwachsen der Arbeitslosigkeit entgegengewirkt werden konnte.

Grafik 96
Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) ausgewählter EU-Länder im Zeitverlauf

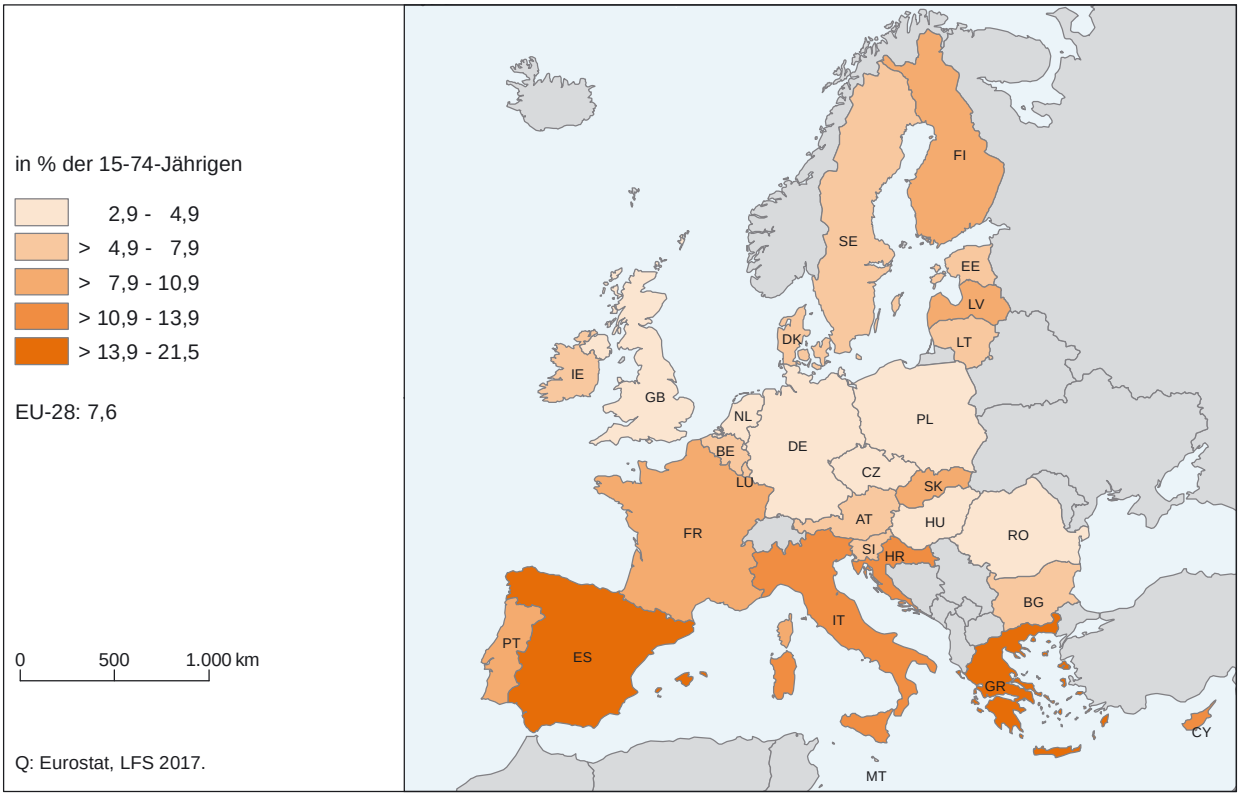


Q: STATISTIK AUSTRIA, LFS 2017; Eurostat

Dennoch stellt Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union nach wie vor eine der größten Herausforderungen dar. Nach Jahren ökonomischer Krise und der Rückkehr der Rezession 2012, erreichte die Arbeitslosigkeit in der EU 2013 einen neuen Spitzenwert (10,9%). Seit 2013 ging die Quote jedoch wieder zurück. Im Jahr 2017 waren 7,6% der europäischen Erwerbsbevölkerung trotz Arbeitswillens ohne Beschäftigung (Grafik 96).

Besonders hohe Werte erreichte die Arbeitslosigkeit in Süd- und Osteuropa, die Spitzenreiter waren wie schon in den Jahren zuvor Griechenland (21,5%), Spanien (17,2%) und Italien (11,2%), gefolgt von Kroatien und Zypern (11,1%). Österreich liegt 2017 mit einer Arbeitslosenrate von 5,5% im EU-Vergleich an neunter Stelle unter den Ländern mit einer relativ niedrigen Arbeitslosenrate. Im Gegensatz zu Deutschland, wo die Arbeitslosigkeit seit 2009 rückläufig ist (bis 2017 -3,8%-Punkte), gab es in Österreich 2011-2016 eine ansteigende Tendenz (+0,9%-Punkte). Im EU-28-Durchschnitt ging die Quote 2017 im Vergleich zum Vorjahr um einen Prozentpunkt zurück. Dieser Rückgang der Arbeitslosigkeit war 2017 in unterschiedlicher Ausprägung in allen EU-Ländern zu beobachten.

Grafik 97
Arbeitslosigkeit (ILO-Definition) im EU-Vergleich (2017)

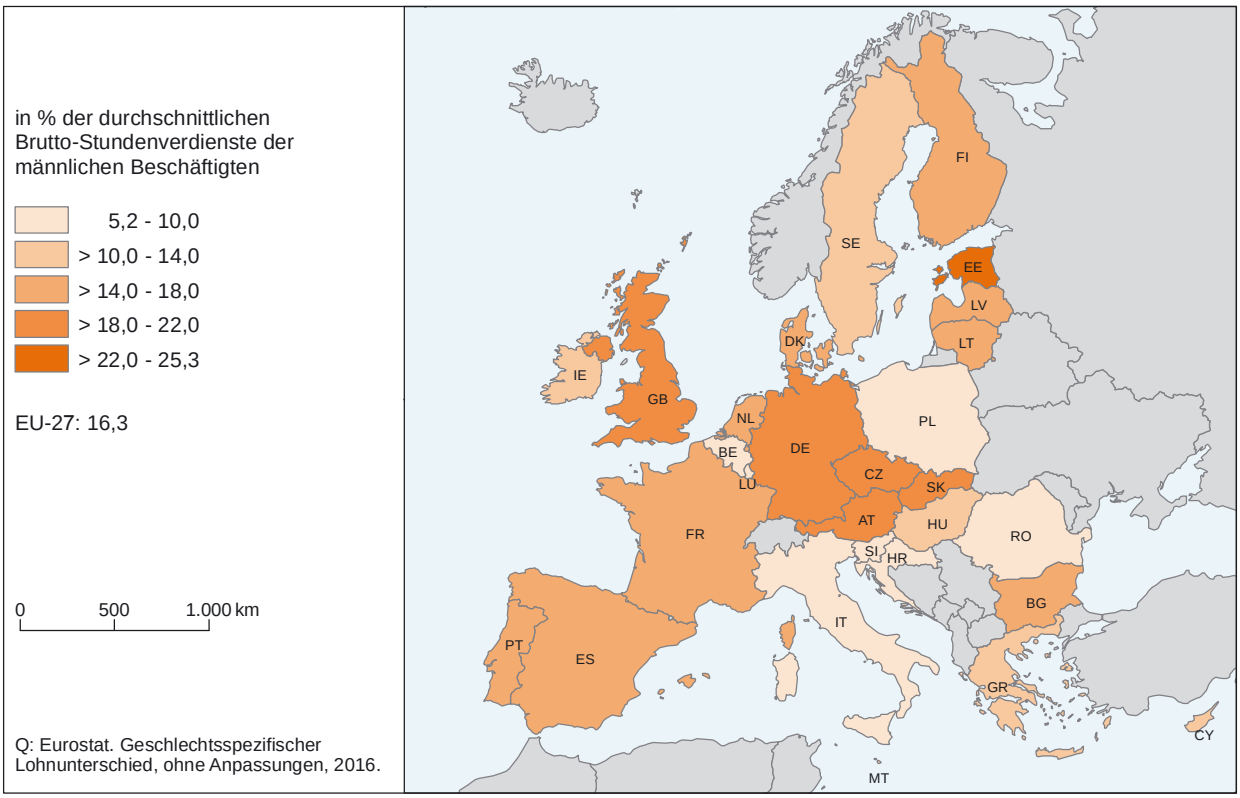


Die Position Österreichs im EU-Vergleich wird auch in Grafik 96 deutlich, welche den Zeitverlauf der Arbeitslosenraten Österreichs, Deutschlands und der EU-28 im Gegensatz zur jenen Spaniens und Griechenlands darstellt. Während die Arbeitslosigkeit in Österreich seit 2000 insgesamt einen leichten Anstieg verzeichnete, ging die Arbeitslosigkeit in Deutschland im selben Zeitraum (und mit der Ausnahme des Krisenjahres 2009 seit 2006 kontinuierlich) zurück. Damit liegt die Arbeitslosenrate in Österreich 2017 1,6%-Punkte über dem Niveau von 2000 (3,9%) auf 5,5%. In Deutschland konnte die Quote ausgehend von 7,9% in 2000 auf 3,8% in 2017 mehr als halbiert werden. Mit einem drastischen Anstieg der Arbeitslosenrate im Zuge der Wirtschaftskrise und ihren Folgen waren die EU-Länder Spanien und Griechenland konfrontiert. Nach einem Anstieg von 17,9%-Punkten in Griechenland und 8,2%-Punkten in Spanien im Zeitraum 2009-2013, konnte seither wieder ein Rückgang erreicht werden. Das Niveau der Arbeitslosenraten ist in beiden Ländern jedoch auch 2017 noch sehr hoch und deutlich über dem EU-Schnitt von 7,6%.

Ein wichtiger Verteilungsindikator, bei welchem Österreich traditionell jedoch schlecht abschneidet, ist der Gender Pay Gap (Grafik 98). Der geschlechtsspezifische Lohnunterschied (ohne Anpassungen) beschreibt die Differenz zwischen den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der männlichen und der weiblichen Beschäftigten in Prozent der durchschnittlichen Bruttostundenverdienste der männlichen Beschäftigten. Im EU-Vergleich findet sich Österreich unter jenen Ländern mit sehr hohen Lohnunterschieden zwischen Männern und Frauen, wenngleich sich die Position Österreichs zuletzt etwas verbesserte. Lag Österreich beim Gender Pay Gap 2014 noch an vorletzter Stelle, so befindet es sich mit 20,1 % 2016 hinter Estland (25,3 %), der Tschechischen Republik (21,8 %) und Deutschland (21,5 %) auf dem vierten Platz. Die geschlechtsspezifischen Lohnunterschiede fielen in den EU-27 (ohne Kroatien) im Durchschnitt mit zuletzt 16,3 % deutlich geringer aus. Spitzenreiter der lohnbezogenen Gleichstellung waren Luxemburg (5,5%), Rumänien (5,2%) und Italien (5,3%)

Die Unterschiede zwischen den Ländern haben mit einer Reihe komplexer Faktoren zu tun, die in wechselseitiger Beziehung zueinander stehen: Einflusselemente wie etwa Unterschiede in den Frauenerwerbsquoten, Teilzeitquoten, oder der Einfluss der sektoralen Segregation u. a. variieren teilweise beträchtlich zwischen den Mitgliedstaaten. Der Gender Pay Gap ist daher immer in Verbindung mit weiteren Kontextfaktoren zu interpretieren. So weisen die Daten zur Erwerbsintegration von Frauen darauf hin, dass Länder mit einem niedrigen Gender Pay Gap, wie Italien oder Malta, tendenziell eine niedrigere Frauenerwerbsquote aufweisen als Länder mit einem hohen geschlechtsspezifischen Lohnunterschied. Für Österreich, aber auch für andere Länder wie die Niederlande, das Vereinigte Königreich oder Deutschland ist ein gegenteiliger Effekt zu beobachten. In diesen Ländern kann sowohl ein hoher Gender Pay Gap als auch eine hohe Frauener-

Grafik 98
Gender Pay Gap im EU-Vergleich (2016)



werbsquote beobachtet werden. Zudem geht die hohe Frauenerwerbsquote in diesen Ländern gleichzeitig mit einer hohen Teilzeitquote der Frauen einher. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen stellt somit in einigen Ländern einen relevanten Faktor dar. Die Tatsache, dass eine hohe Erwerbsbeteiligung von Frauen jedoch nicht zwangsläufig zu einem hohen Gender Pay Gap führt, zeigt das Beispiel der skandinavischen EU-Mitgliedstaaten Schweden und Dänemark. In beiden Ländern liegt der geschlechtsspezifische Lohnunterschied trotz hoher Frauenerwerbsquoten und hoher Teilzeitbeschäftigung der Frauen unter EU-Durchschnitt (Geisberger & Glaser 2014).

5.3
Lebensqualität im EU-Vergleich

Österreich nimmt im EU-Vergleich in den meisten Dimensionen der Lebensqualität nach wie vor eine herausragende Rolle ein. In diesem Kapitel soll, wie auch schon beim materiellen Wohlstand, die Position Österreichs herausgestrichen und die österreichische Entwicklung gegenüber anderen, vergleichbaren EU-Ländern untersucht werden.

Soziale Teilhabe und Armut

Im EU-Vergleich lag Österreich 2017 bei den Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten im unteren Mittelfeld und mit 18,1% deutlich unter dem EU-Durchschnitt von rund 22,5% (Grafik 99). Die höchsten Anteile an armuts- oder ausgrenzungsgefährdeten Personen hatten Bulgarien (38, 9%), Rumänien (35,7%) und Griechenland (34,8%).

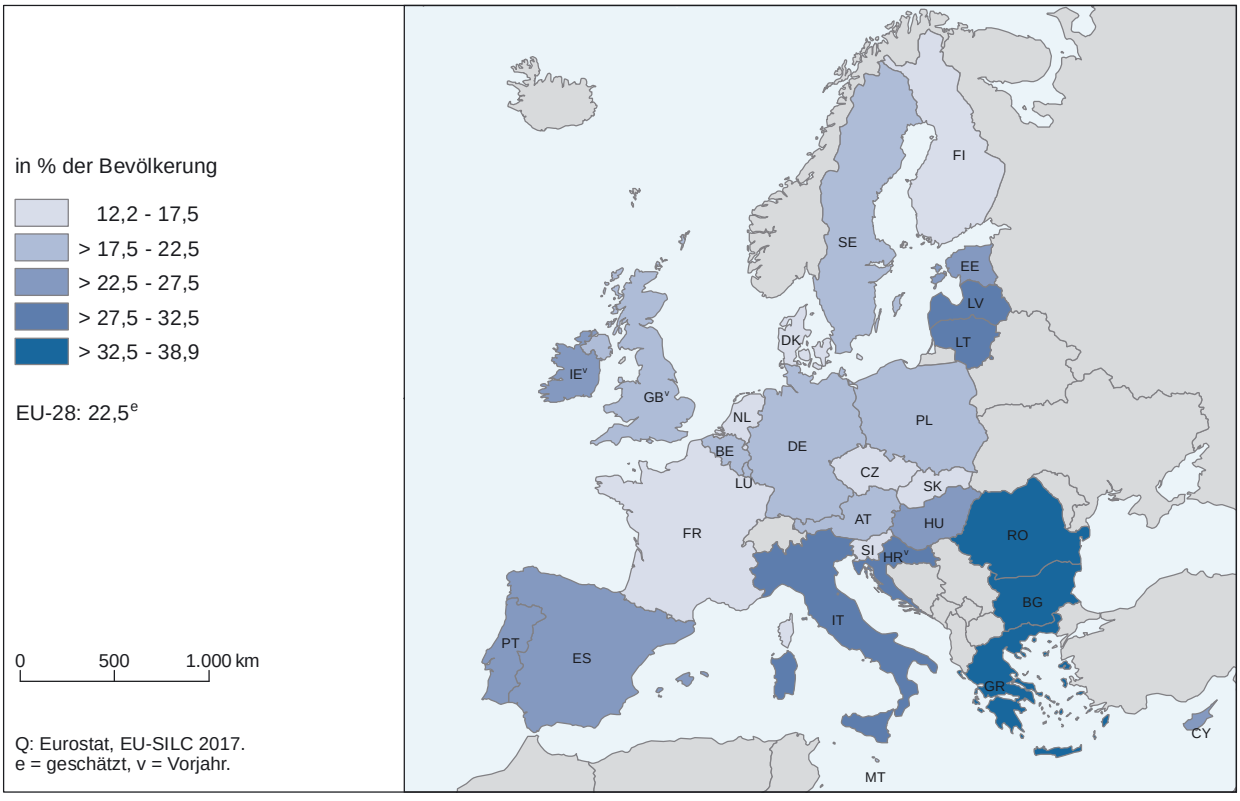
EU-weit sollten gemäß der Europa 2020 Strategie 20 Millionen Menschen aus der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung gebracht werden. Der Anteil an Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten hat sich von 2010 auf 2017 jedoch nur leicht verringert. In der EU-28 waren 2010 23,8% armuts- oder ausgrenzungsgefährdet, im Jahr 2017 waren immer noch 22,5% der Bevölkerung davon betroffen.

Gesundheit

Der Schlüsselindikator „subjektive Gesundheitseinschätzung" basiert europaweit auf der EU-SILC-Frage: „Wie ist Ihre Gesundheit im Allgemeinen?" (Antwortmöglichkeiten: sehr gut, gut, mittelmäßig, schlecht, sehr schlecht). Befragt werden Personen ab 16 Jahren, in Ausnahmefällen sind Angaben durch Haushaltsangehörige zulässig.

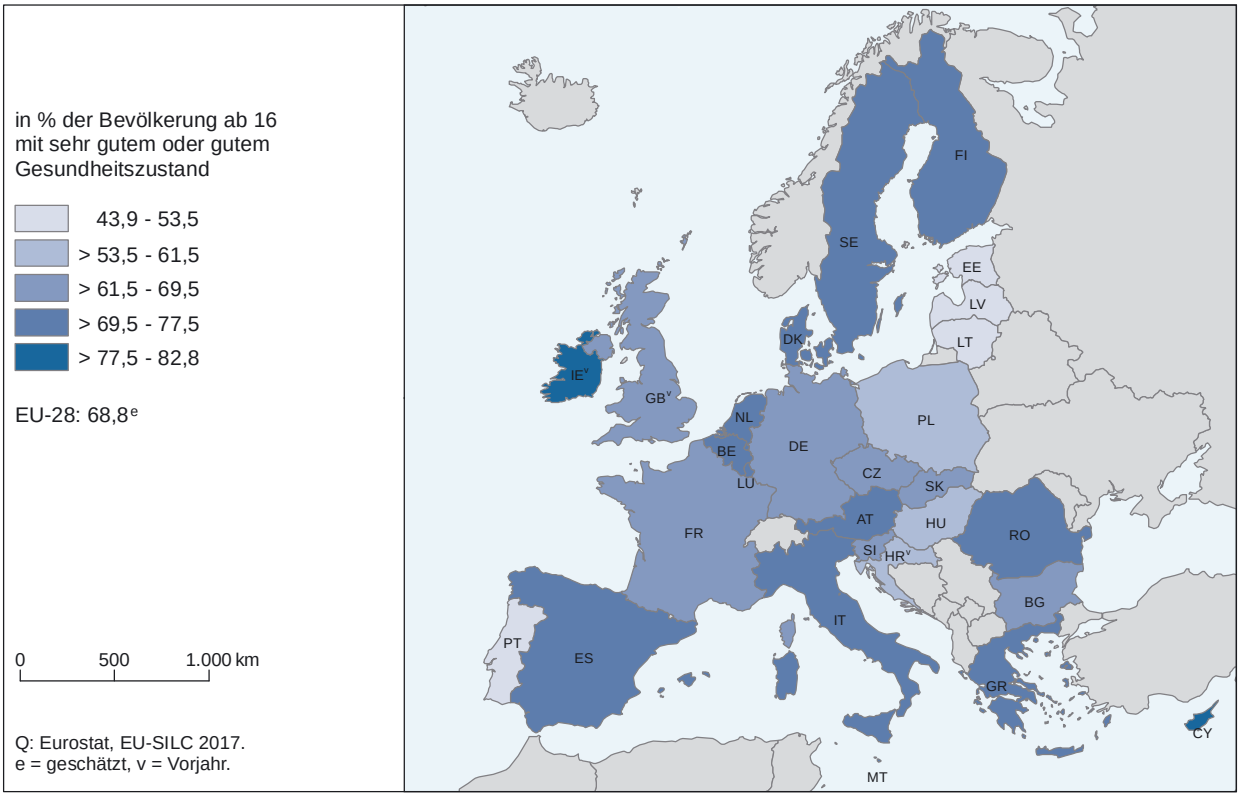
Grafik 100 zeigt den EU-Ländervergleich für den Indikator subjektive Gesundheit. EU-weit gaben 2017 zwei Drittel oder 68,8% an, bei sehr guter oder guter Gesundheit

Grafik 99
Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdung im EU-Vergleich (2017)



Q: Eurostat, EU-SILC 2017.
e = geschätzt, v = Vorjahr.

Grafik 100
Subjektiver Gesundheitszustand der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2017)



zu sein. Österreich befand sich mit 70,4% im EU-Mittelfeld. Spitzenreiter waren Irland (82,8%), Zypern (78,1%) und Italien (77%). Den geringsten Anteil an Personen mit sehr guter oder guter Gesundheit hatte Litauen mit 43,9%.

8,5% der EU-Bevölkerung ab 16 Jahren empfanden ihre Gesundheit demgegenüber als schlecht oder sehr schlecht. Österreich lag mit 8% unter dem EU-Durchschnitt. Die höchsten Raten schlechter oder sehr schlechter Gesundheit wiesen Kroatien (18,7%), Lettland (16,9%) und Litauen (16,2%) auf.

Bildung

Die Tertiärquote stellt den Prozentanteil der 30- bis 34-Jährigen mit Hochschulabschluss oder einem nicht-akademischen tertiären Bildungsabschluss an der Gesamtgruppe der 30- bis 34-jährigen Bevölkerung dar. Als Tertiärabschluss werden grundsätzlich Abschlüsse der ISCED-Kategorien 5 bis 8 nach ISCED 2011 (ab 2014) bzw. 5a und 5b sowie 6 nach ISCED97 (bis 2013) gewertet. Neben akademischen Abschlüssen (Bachelor, Master etc.) zählen hierzu in Österreich Abschlüsse der berufsbildenden und lehrerbildenden Akademien sowie auch Meister- und Werkmeisterabschlüsse und die Reife- und Diplomprüfung an berufsbildenden höheren Schulen.

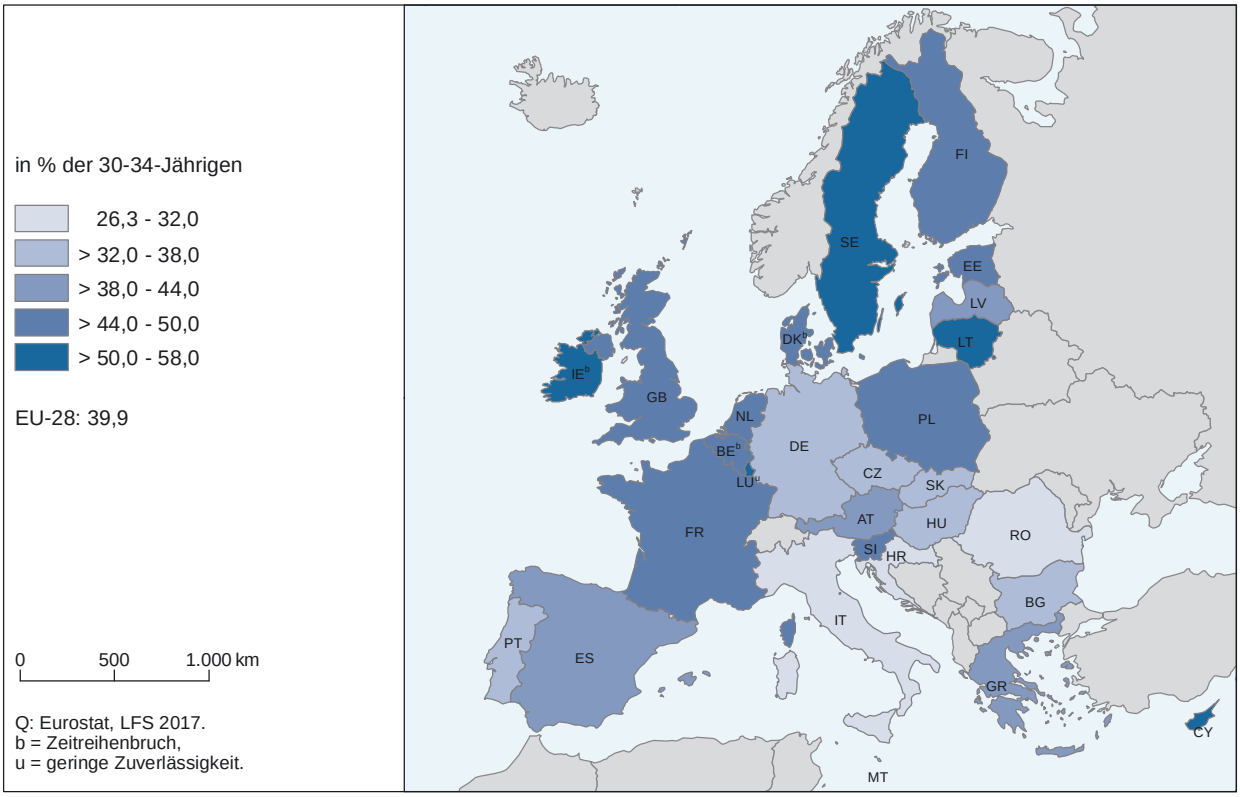
Unter der ISCED97 wurde bei Abschlüssen der berufsbildenden höheren Schulen in Österreich (BHS wie z. B. HTL, HAK etc.) zwischen Kolleg und anderen BHS-Formen unterschieden, die ISCED 4a zugeordnet waren, aber im Rahmen des nationalen Monitorings als einem Tertiärabschluss gleichwertig gezählt werden konnten (siehe hierzu: BKA 2012, S.10). Mit Einführung der ISCED 2011 gelten die BHS-Abschlüsse jedoch generell als tertiär.

Im internationalen Vergleich lag Österreich bei der Tertiärbildung der 30- bis 34-Jährigen mit 40,8% (unter Einbeziehung der berufsbildenden höheren Schulen) 2017 knapp über dem EU-Durschnitt von 39,9% (Grafik 101). EU-Spitzenreiter waren Litauen (58%), Zypern (55,9%) und Irland (53,5%). Die niedrigsten Tertiärquoten hatten Italien (26,9%) und Rumänien (26,3%).

Der zweite wichtige Indikator im Bereich Bildung, der auch ein Bildungsziel der Europa 2020 Strategie unterfüttert, ist die Quote der frühen Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger (Grafik 102). Als solche werden Personen zwischen 18 und 24 Jahren bezeichnet, die nur die untere Sekundarstufe (Sekundarstufe I) absolviert haben – eventuell ohne diese erfolgreich abzuschließen – und an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen.

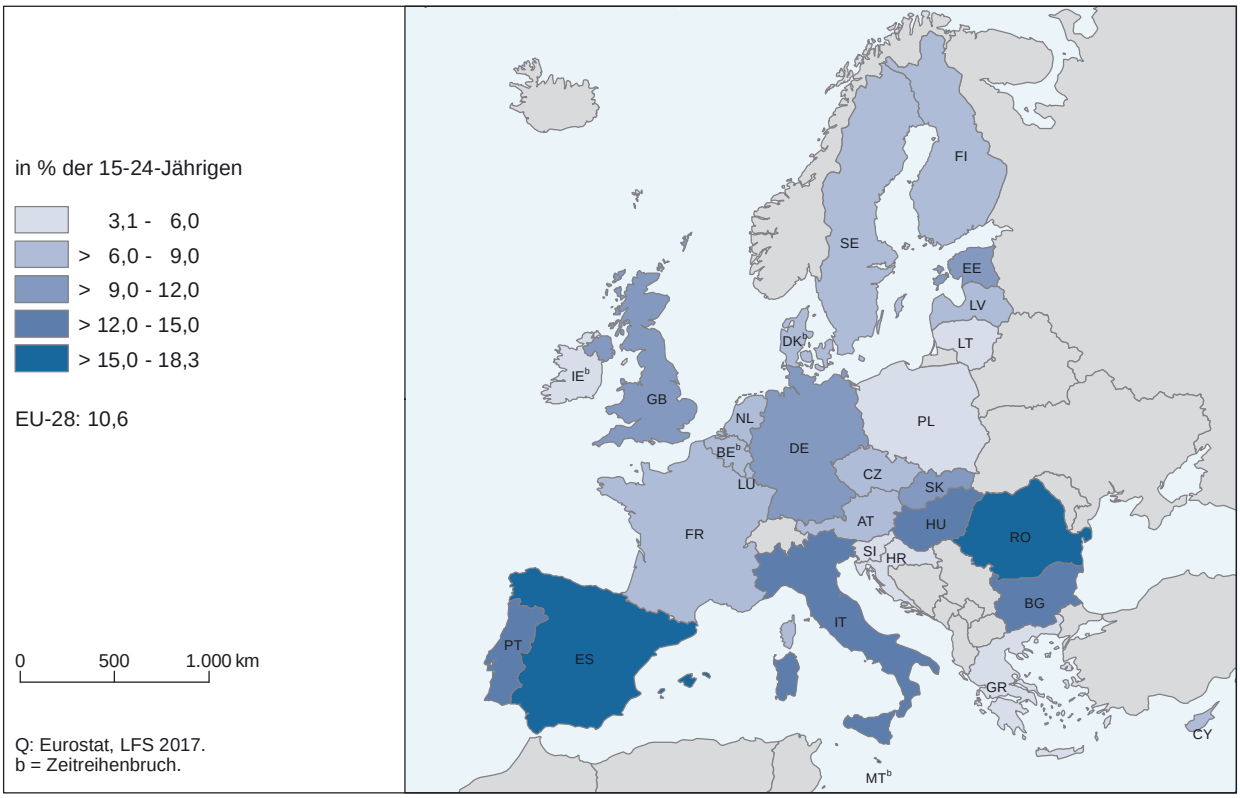
Grafik 101

Tertiärquote der 30-34-Jährigen im EU-Vergleich (2017)



Grafik 102

Frühzeitige Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger im EU-Vergleich (2017)



Österreich lag 2017 mit 7,4% im europäischen Vergleich im niedrigen Mittelfeld. Im Durchschnitt gab es 2017 10,6% frühe Schul- und Ausbildungsabgängerinnen und -abgänger in den EU-28. Die niedrigste Quote erreichte Slowenien (4,3%). Kroatien wies eine noch niedrigere Rate auf (3,1%), allerdings wurde hier eine andere Zählmethode angewendet, wodurch die Daten nicht vergleichbar sind. Die höchsten Anteile zeigten Rumänien (18,1%) und Spanien (18,3%).

Physische Unsicherheit

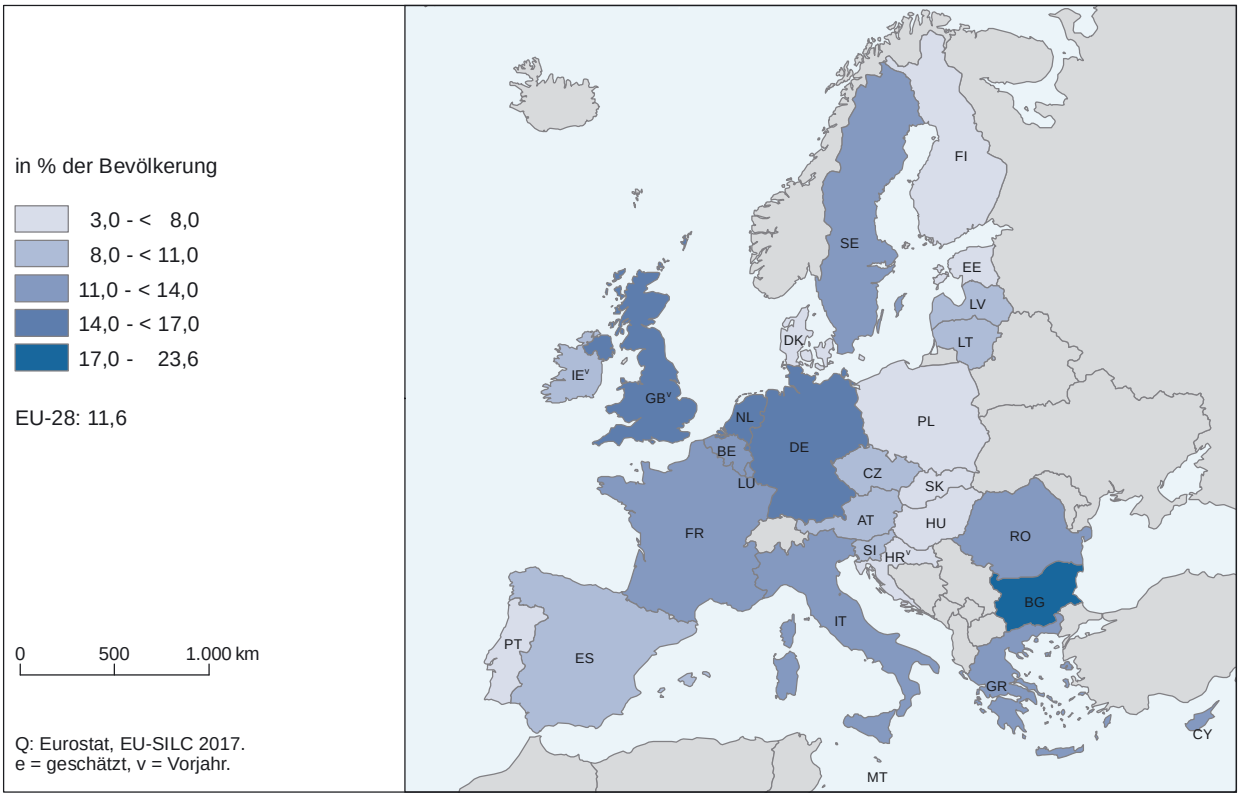
Physische Unsicherheit bezieht sich auf sämtliche externe Faktoren, die die physische Integrität einer Person gefährden. Verbrechen und Unfälle sind dabei nur die offensichtlichsten Ausformungen. Auch im Alltag sind Menschen mit Gewalt und physischer Unsicherheit konfrontiert. Dabei ist sowohl der Aspekt des subjektiven Unsicherheitsempfindens als auch jener der objektiven Sicherheit bzw. Unsicherheit, wie sie etwa in der Kriminalstatistik abgebildet wird, von Bedeutung. Die subjektive Unsicherheit ist hier durch den Indikator „physisches Unsicherheitsempfinden" aus EU-SILC abgedeckt. Die entsprechende Frage lautet: „Haben Sie in Ihrer Wohngegend Probleme mit Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus?". Die objektive Sicherheit wird durch den Subindikator der Tötungsrate aus der Todesursachenstatistik abgebildet.

Im europäischen Vergleich lag der Anteil der in Österreich lebenden Personen, die sich von Gewalt, Kriminalität oder Vandalismus in ihrer Wohnumgebung bedroht fühlten, mit 10,9% im Jahr 2017 im Mittelfeld (Grafik 103). Die höchsten Quoten wiesen Bulgarien (23,6%), das Vereinigte Königreich (16,8%) und die Niederlande (15%) auf. Am wenigsten von Kriminalität, Gewalt oder Vandalismus in der Wohngegend fühlte sich hingegen die Wohnbevölkerung in Kroatien (3%), Polen (5,4%) und der Slowakei (6,2%) bedroht.

Im EU-SILC Sondermodul 2013 zum Wohlbefinden wurden EU-weit auch Daten zum subjektiven Sicherheitsempfinden erhoben. Die Respondentinnen und Respondenten wurden gefragt, wie sicher sie sich fühlen, wenn sie nachts in ihrer Wohngegend alleine unterwegs sind. In Österreich fühlten sich 81% sehr sicher oder sicher, im EU-Durchschnitt waren es mit 75% etwas weniger. 90% oder mehr fühlten sich in Slowenien, Finnland oder den Niederlanden sehr sicher oder sicher. Am häufigsten fühlten sich demgegenüber Personen in Bulgarien (50%), Griechenland (40%) und Portugal (39%) unsicher oder sehr unsicher.

Objektive Informationen zur Sicherheitslage eines Landes liefert der Indikator „Todesfälle aufgrund von Mord, Totschlag oder Verletzungen" (Grafik 106). Die aktuellsten vergleichbaren Daten stammen aus dem Jahr 2015. Österreich gehörte mit 0,6 Todesfällen pro 100.000 Personen zu den Ländern mit den niedrigsten Tötungsraten weltweit.

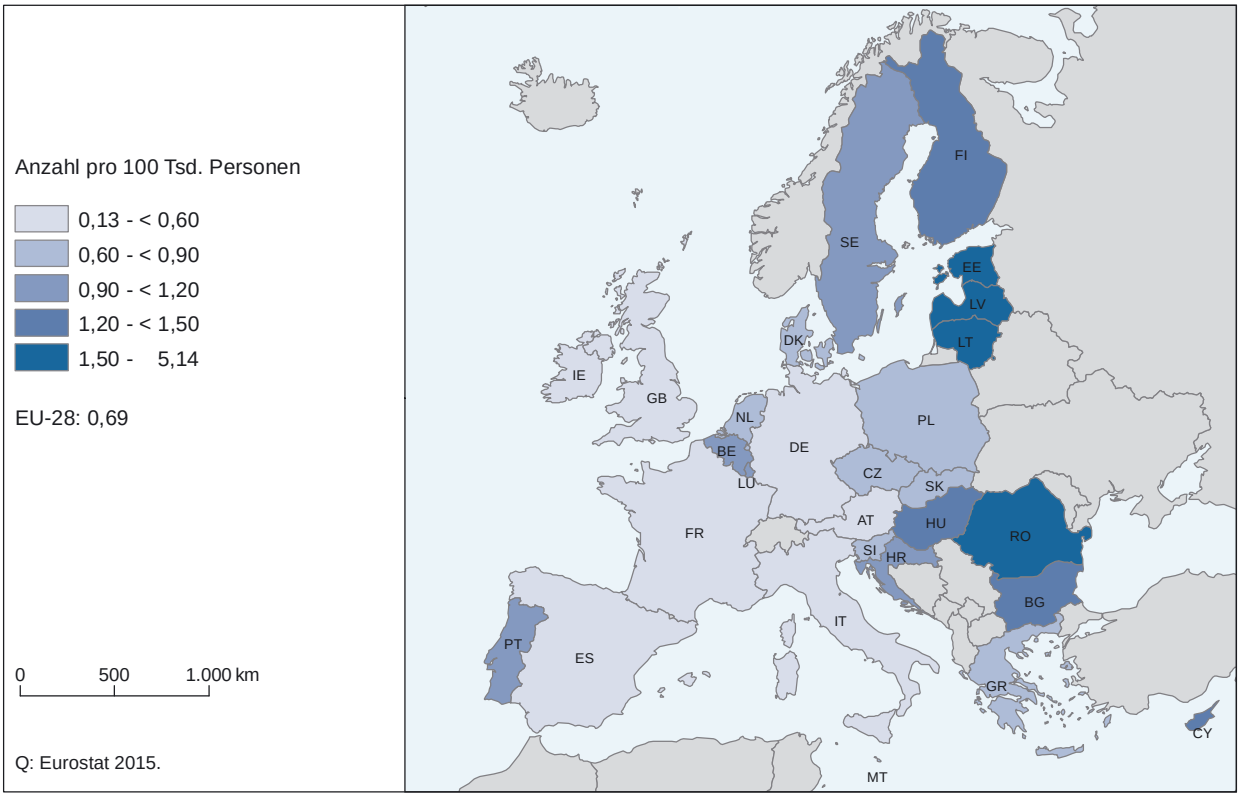
Grafik 103
Physisches Unsicherheitsempfinden im EU-Vergleich (2017)



Q: Eurostat, EU-SILC 2017.
e = geschätzt, v = Vorjahr.

Grafik 104

Todesfälle aufgrund von Mord, Todschlag und Verletzungen im EU-Vergleich (2015)



Im EU-Vergleich wies das Vereinigte Königreich mit 0,1 die niedrigste Rate auf, was insbesondere vor dem Hintergrund bemerkenswert ist, dass das Vereinigte Königreich beim Unsicherheitsempfinden vergleichsweise sehr hohe Quoten erreicht. Die höchsten Tötungsraten hatten die drei Baltischen Staaten Estland (3,6 pro 100.000 Personen), Litauen (4,1) und Lettland (5,1). Auch hier zeigt sich eine Diskontinuität mit dem Schlüsselindikator: alle drei Länder liegen bei der gefühlten Unsicherheit deutlich unter dem EU-28 Durchschnitt. Zwischen der gefühlten Unsicherheit innerhalb eines Landes und der Tötungsraterate kann also keine Verbindung beobachtet werden.

Qualität der gesellschaftlichen Organisation

Wie sehr vertrauen die in der EU lebenden Personen dem politischen System? Erstmals wurde diese Frage 2013 im EU-SILC Sondermodul zum Wohlbefinden gestellt. Im internationalen Vergleich zeigt sich hier, dass jene Länder, die von der Wirtschafts- und Finanzkrise hart getroffen wurden, nur sehr geringes Vertrauen in das politische System haben. Zugleich ist – wie auch bei vielen anderen Indikatoren zur Lebensqualität – ein deutliches Nord-Südgefälle zu beobachten (Grafik 107): Die niedrigsten Mittelwerte auf einer Skala von 0 „vertraue überhaupt nicht" bis 10 „vertraue vollkommen" wurden in Portugal (1,7 von 10), Slowenien (1,8 von 10), Spanien (1,9 von 10), Griechenland (2,0) und Italien (2,1 von 10) gemessen. Österreich lag mit einem Mittelwert von 4,4 von 10 möglichen Punkten über dem EU-Durchschnitt von 3,5. Die höchsten Vertrauenswerte genossen die politischen Systeme in den Ländern Niederlande (5,5), Schweden (5,5), Malta (5,7), Dänemark (5,9) und Finnland (6,0).

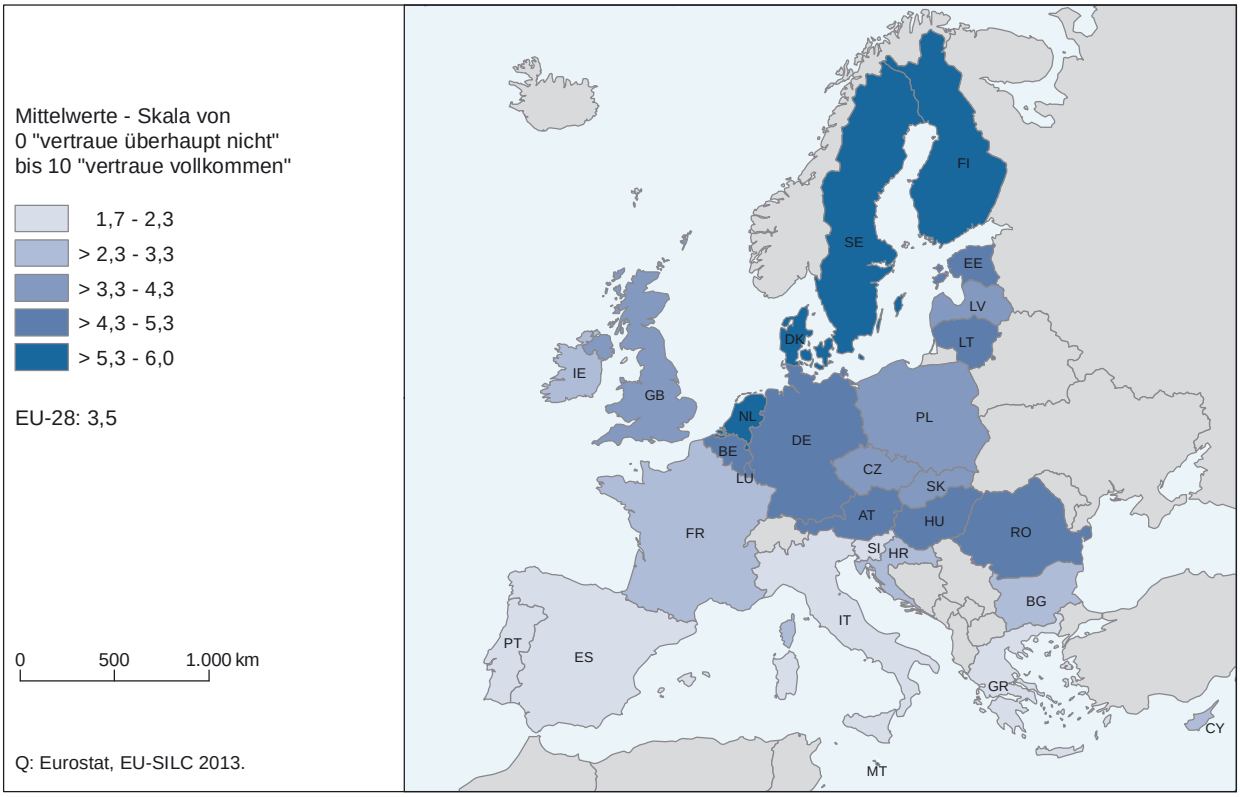
Analysen auf Basis der EU-Daten zeigten, dass Vertrauenswerte in das politische System nur wenig zwischen unterschiedlichen Alters- oder Einkommensgruppen variieren. Tendenziell haben sehr junge Menschen (16-24 Jahre) und Personen im höchsten Einkommensdrittel ein etwas höheres durchschnittliches Vertrauen als die restliche Bevölkerung. (Eurostat 2015b, S.199ff).

Wohnen

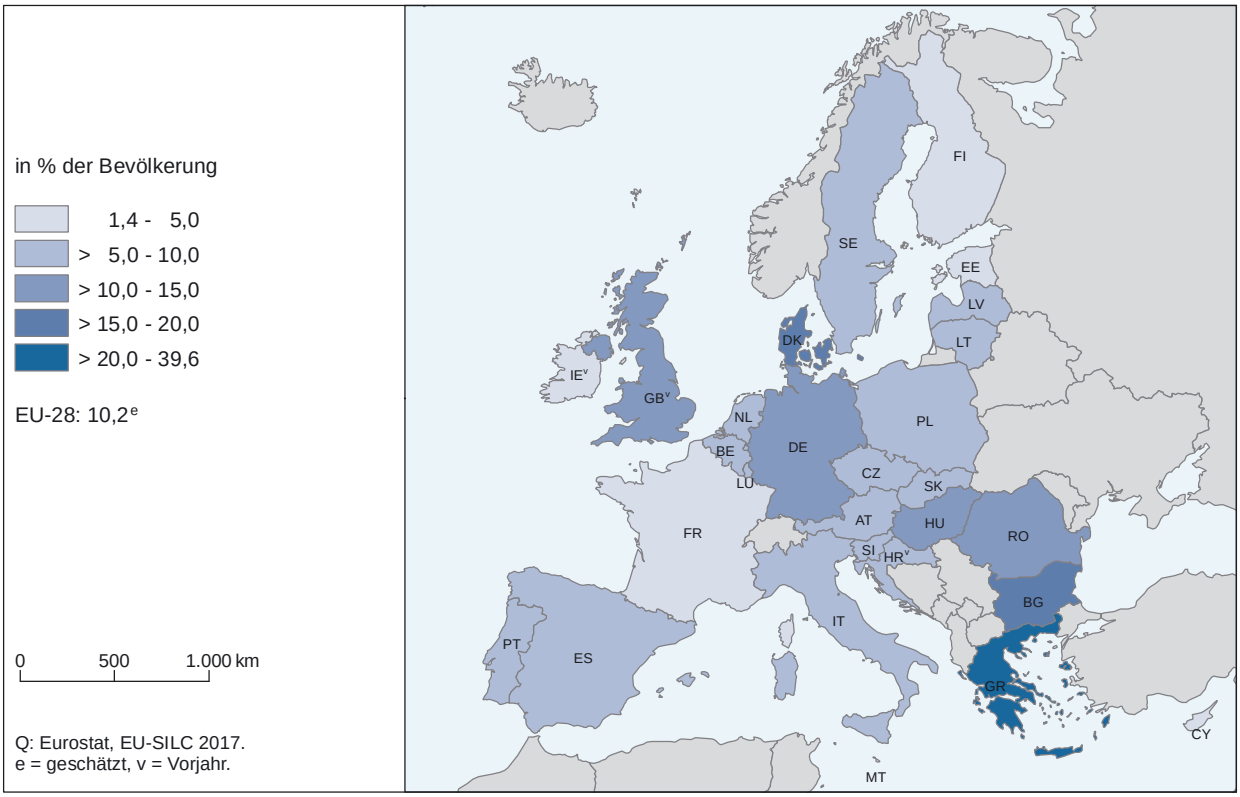
Für die Dimension „Wohnen" wurde dieses Jahr ein neuer Schlüsselindikator verwendet. Der neue Schlüsselindikator Wohnkostenüberbelastung beschreibt den Anteil der Bevölkerung, deren Wohnungsaufwand 40% des Haushaltseinkommens übersteigt. Als Wohnungsaufwand zählen dabei alle Ausgaben für Miete, Betriebskosten, Heizung, Energie und Instandhaltung sowie Zinszahlungen für Kredite zur Schaffung oder Sanierung von Wohnraum, wobei Wohn- und Mietbeihilfen sowohl vom Wohnungsaufwand wie auch dem Haushaltseinkommen abgezogen werden.

2017 waren im Durchschnitt in der EU-28 10,2% der Bevölkerung von einer Wohnkostenüberbelastung betroffen

Grafik 105
Vertrauen in das politische System der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)



Grafik 106
Wohnkostenüberbelastung im EU-Vergleich (2017)



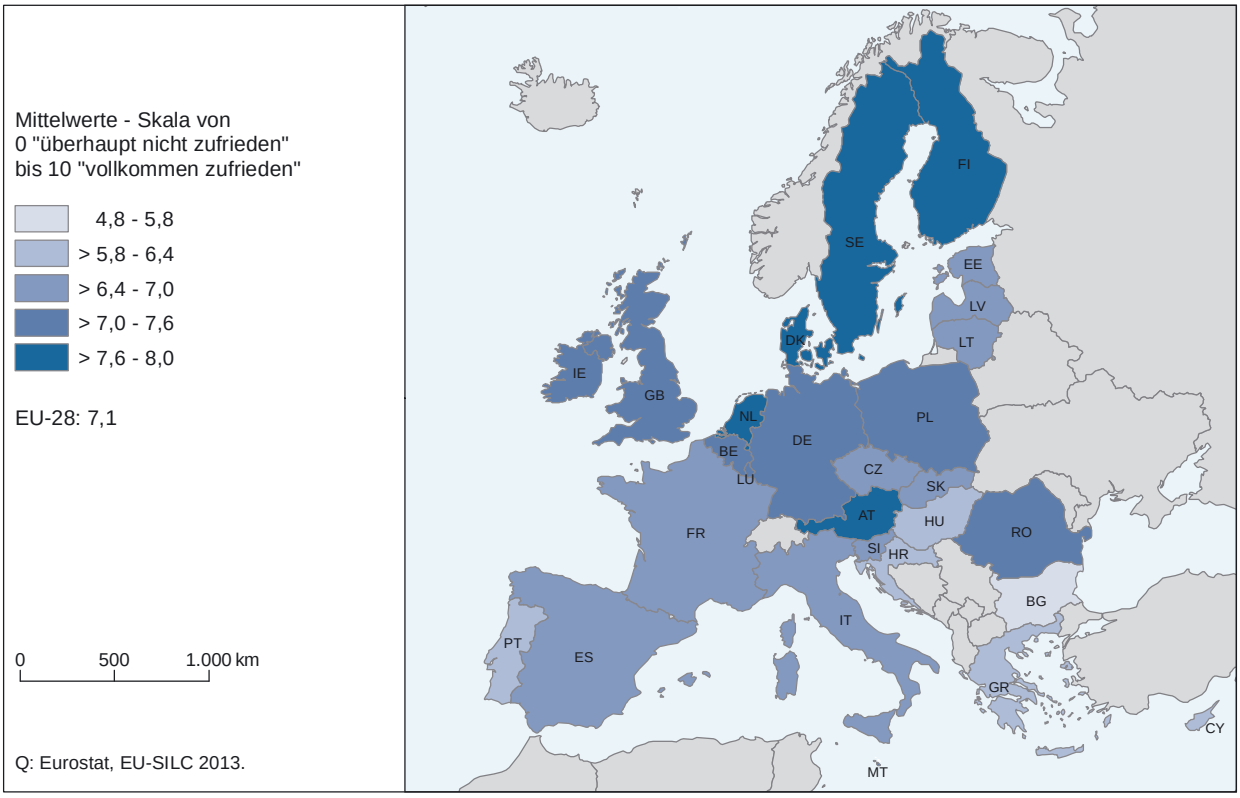
(Grafik 108). Der Anteil der Personen mit einer Wohnkostenüberbelastung betrug in Österreich 7,1%. Griechenland (39,6%) wies den größten Anteil an Personen mit Wohnkostenüberbelastung auf, gefolgt – mit einem relativ großen Abstand – von Bulgarien (18,9%). Den geringsten Anteil hatte Malta mit 1,4%.

Subjektives Wohlbefinden

Bei der Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 nahm Österreich mit einem durchschnittlichen Wert von 7,8 auf einer Skala von 0 „überhaupt nicht zufrieden" bis 10 „vollkommen zufrieden" im EU-Vergleich 2013 einen Spitzenplatz ein (Grafik 109), der nur noch von den skandinavischen Ländern Schweden (7,9), Dänemark und Finnland (jeweils 8,0 von 10) übertroffen wurde. Am unteren Ende des Länder-Rankings fanden sich die Staaten Bulgarien (4,8 von 10), Ungarn (6,1), Griechenland, Zypern, und Portugal (alle 6,2 von 10). Der EU-28 Durchschnittswert der Lebenszufriedenheit lag bei 7,1.

Somit zeigt sich, dass die durchschnittliche Lebenszufriedenheit deutlich zwischen den EU-Staaten variiert. Noch deutlicher vielen diese Unterschied aus, wenn man die Anteile der Personen mit geringer Lebenszufriedenheit (Werte von 0-5) vergleicht: Diese rangierten von 6% in den Niederlanden bis zu 64% in Bulgarien. In Österreich lag dieser Anteil 2013 bei 13%. Die Anteile der Personen mit hoher Lebenszufrieden (Werte von 9-10) reichten auf der anderen Seite von 6% in Bulgarien (gefolgt von Ungarn mit 11%) bis hin zu 43% in Dänemark. In Österreich lag der Anteil der Personen mit sehr hoher Lebenszufriedenheit bei 38%, im EU-28-Durchschnitt waren es dagegen nur 22%.

Grafik 107
Lebenszufriedenheit der Personen ab 16 Jahren im EU-Vergleich (2013)



Q: Eurostat, EU-SILC 2013.

5.4
Umwelt im EU-Vergleich

Im aktuellen Kapitel wird die Entwicklung von Umwelt-Indikatoren im europäischen Zusammenhang betrachtet. Wie im Kapitel 5.2 gezeigt, ist der materielle Wohlstand in Österreich einer der höchsten in der EU. Ein starker Industriesektor und eine hohe Exportorientierung haben jedoch auch einen Einfluss auf Materialverbrauch, Emissionsausstoß oder Energieeinsatz eines Landes. Unter dem ökologischen Blickwinkel von Wohlstand und Fortschritt zeigt sich Österreichs Position in der EU durchwachsen. Materialverbrauch und Energieverbrauch pro Kopf sind beispielsweise deutlich über dem Durchschnitt der EU-28 angesiedelt. Positiv kann gezeigt werden, dass der Anteil der erneuerbaren Energieträger in Österreich der viert-höchste in der EU-28 ist.

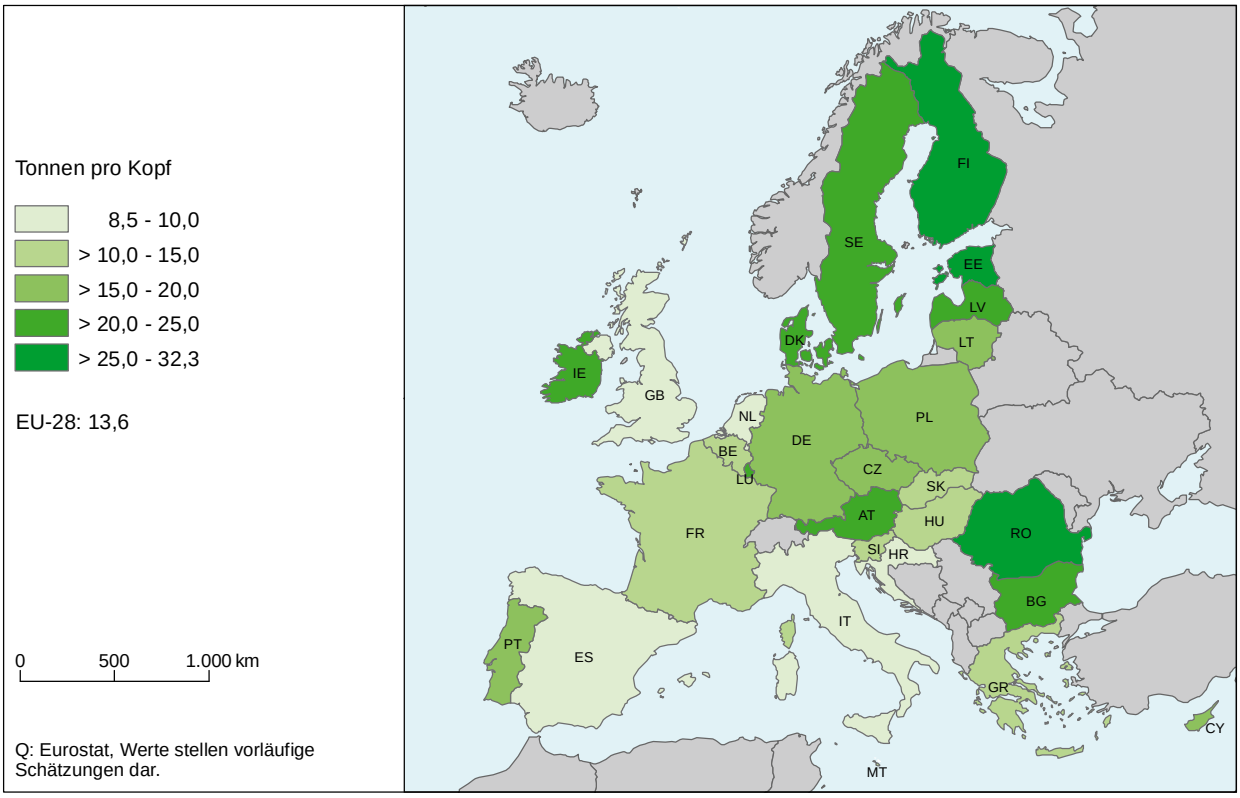
Ob ein Land seinen Wohlstand und Fortschritt nachhaltig generiert oder nicht, wird beispielsweise von der Bevölkerungsdichte, dem Rohstoffvorkommen oder der Spezialisierung auf bestimmte Wirtschaftssektoren beeinflusst. Auch geografische und klimatische Gegebenheiten spielen eine Rolle, etwa beim Materialverbrauch für den Hausbau oder dem Energieeinsatz für Heizen und zunehmend auch Kühlen.

Ressourcen

Der durchschnittliche Ressourcenverbrauch einer Österreicherin oder eines Österreichers lag laut vorläufiger Schätzung durch Eurostat 2017 bei rund 21 Tonnen und war damit deutlich höher als der Durchschnitt der EU-28 mit 13,6 t/Kopf. Die verschiedenen europäischen Länder weisen generell sehr unterschiedliche Materialverbräuche pro Kopf auf: während an einem Ende Italien (8,5 Tonnen pro Person) und Spanien (8,7 Tonnen pro Person) nur sehr geringe Verbräuche aufweisen, benötigte Finnland 32,3 Tonnen je Einwohnerin bzw. Einwohner (Grafik 108).

Viele unterschiedliche Faktoren wirken auf den Ressourcenverbrauch eines Landes: die Wirtschaftsleistung, die Bevölkerungsdichte, das Vorherrschen bestimmter Wirtschaftszweige sowie die Ausstattung mit natürlichen

Grafik 108
Inländischer Materialverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2017)



Q: Eurostat, Werte stellen vorläufige Schätzungen dar.

Ressourcen. Ressourcenreiche, exportorientierte Länder haben tendenziell einen sehr hohen Ressourcenverbrauch. Länder mit geringer Ressourcenausstattung, die von Importen abhängig sind, haben meist einen niedrigeren Materialverbrauch, da diese vorgelagerten Ströme beim DMC nicht berücksichtigt werden. Der sehr hohe pro Kopf Verbrauch von Finnland lässt sich beispielsweise zum Teil mit einer der niedrigsten Bevölkerungsdichten in ganz Europa sowie mit klimatischen Bedingungen, die hohe materielle Investitionen in den Wohnbau notwendig machen, erklären (Eisenmenger et al. 2015 S.29ff, S.41).

Der österreichische DMC pro Kopf liegt vor allem in zwei Materialgruppen über dem EU-Mittelwert: Biomasse und nichtmetallische Mineralien:

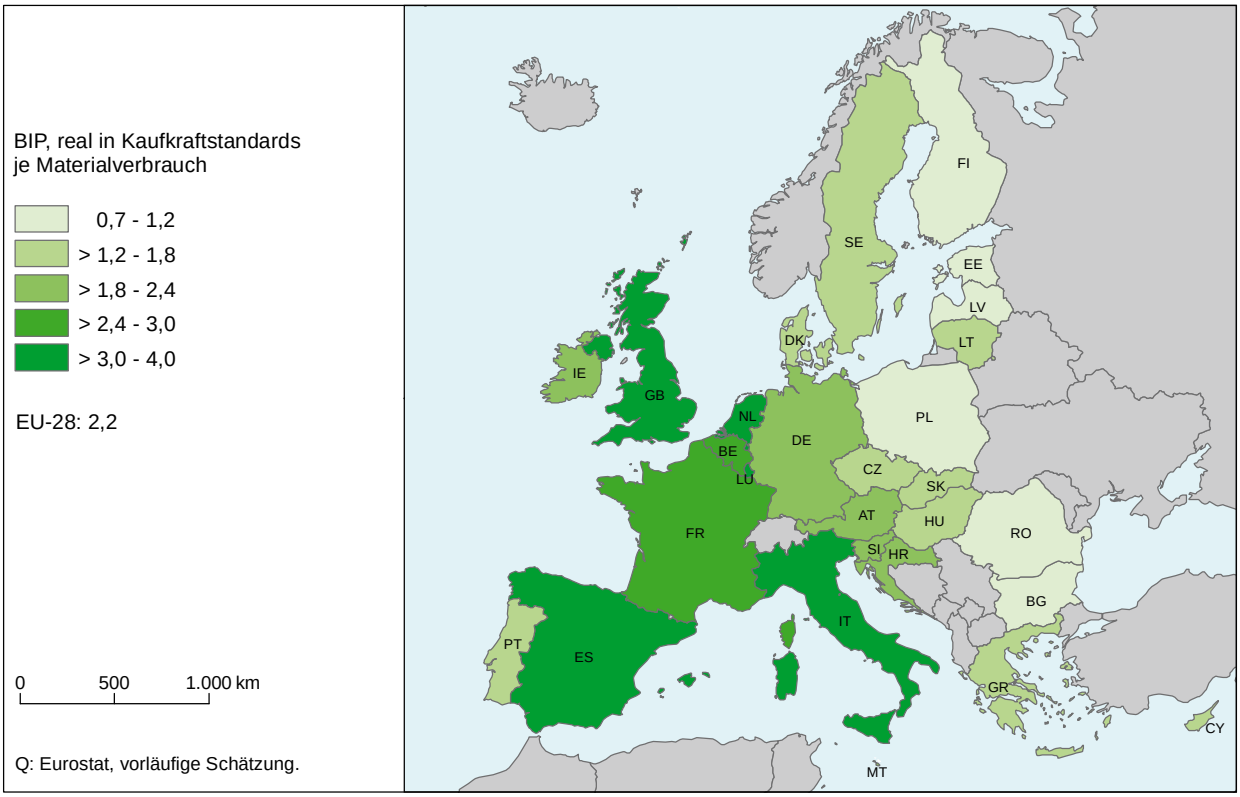
- Die vergleichsweise große Bedeutung der Viehwirtschaft in Österreich erklärt zum Teil den überdurchschnittlichen Verbrauch an Biomasse. Bezogen auf die Bevölkerung wird in Österreich mehr Vieh gehalten als in den übrigen EU-Ländern, entsprechend hoch ist der Umsatz an Grünfutter und anderen Futtermitteln. Darüber hinaus ist auch die Produktion der Forstwirtschaft in Österreich höher als in anderen Ländern der EU.

- Eine materialaufwändige Bauweise sowohl bei Gebäuden (z.B. Wärmeisolierung) als auch bei Straßen und sonstiger Verkehrsinfrastruktur (z.B. höhere Anforderungen aufgrund von Temperaturschwankungen) ist auf Klima und Geländestruktur der von den Alpen geprägten heimischen Landschaft zurückzuführen. Dies bedingt u.a. den erheblichen Verbrauch an nichtmetallischen Mineralien – vor allem an Baurohstoffen (siehe Eisenmenger et al. 2015 S.29ff).

Eine der sieben Leitinitiativen der Europa 2020 Strategie widmet sich dem Thema „ressourcenschonendes Europa" (Europäische Kommission 2011a). Sie sieht eine Reduktion des Ressourcenverbrauchs in der EU und damit eine absolute Entkoppelung von Ressourcenverbrauch und Wirtschaftswachstum vor.[115] In einigen Jahren gibt es zwar gegenläufige Entwicklungen des ökonomischen und ökologischen Indikators (z.B. Dänemark 2011, Österreich 2008, 2012, 2013). Die angestrebte absolute Entkoppelung des Materialverbrauchs vom BIP wurde jedoch bisher noch nicht umfassend erreicht.

Interessant ist in diesem Zusammenhang die Betrachtung der Ressourcenproduktivität, also des Bruttoinlandsprodukts (BIP, real, KKS) je DMC (inländischer Materialverbrauch). Die Ressourcenproduktivität lag 2017 laut vorläufiger Berechnungen von Eurostat in Österreich mit 1,8 Euro BIP (real, kaufkraftbereinigt) je kg Materialverbrauch etwas unter der EU-28 (2,2). Das bedeutet, innerhalb der

Grafik 109
Ressourcenproduktivität im EU-Vergleich (2017)



[115] Eine absolute Entkoppelung bedeutet einen Rückgang des Ressourcenverbrauchs bei gleichzeitigem Wachstum der Wirtschaft.

EU-28 werden Ressourcen effektiver eingesetzt, also je Einheit eingesetzten Materials mehr BIP erwirtschaftet als in Österreich. Dies resultiert aus dem gezeigten überdurchschnittlichen Materialverbrauch in Österreich, der trotz hohem nationalen BIP zu einer niedrigen Ressourcenproduktivität führt (Grafik 109).

Wie bereits in Kapitel 4.2.1 erwähnt, ist ein Ländervergleich immer auch durch die Datenqualität beeinflusst. Die Höhe des Ressourcenverbrauchs hängt auch vom Umfang der erfassten Materialflüsse und von Datenrevisionen ab. Datenqualität und Erfassungsgrad der österreichischen Materialflussanalyse sind dabei als sehr hoch anzusehen.

Flächen mit biologischer Bewirtschaftung

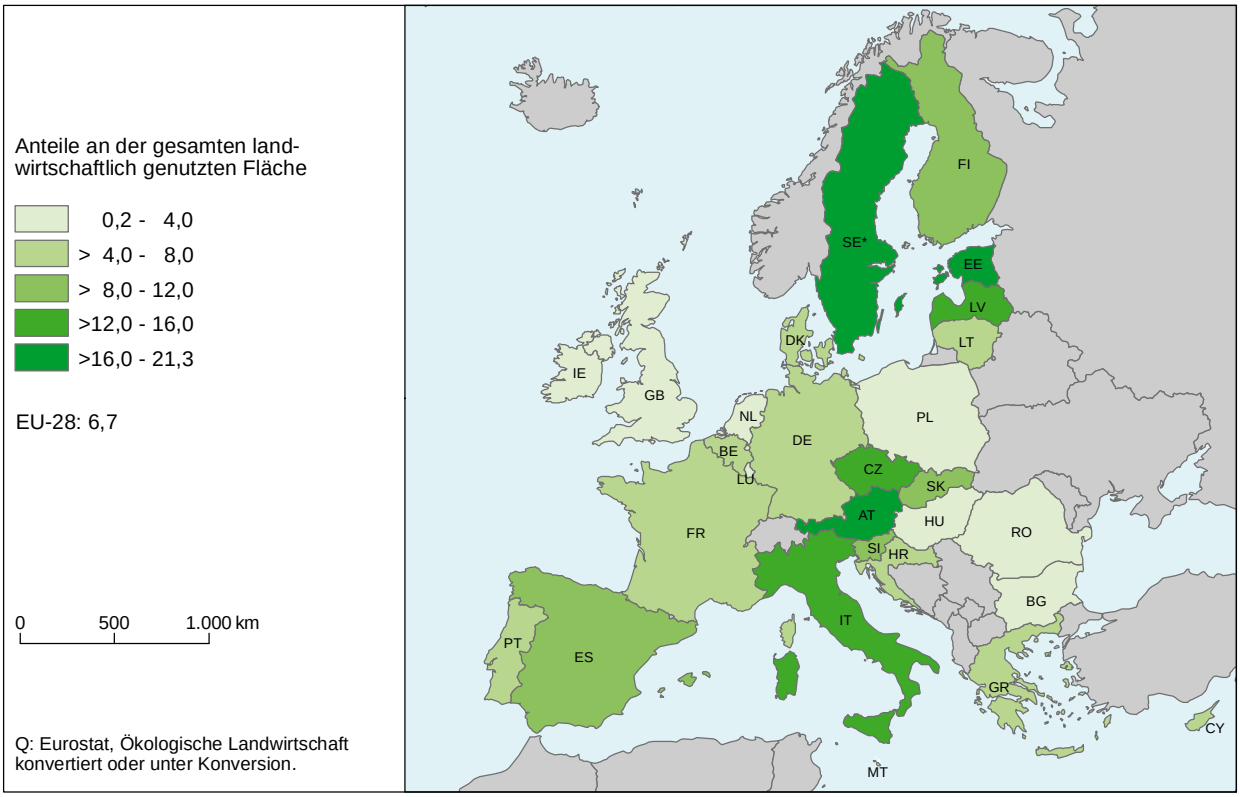
Im EU-Vergleich hatte Österreich im Jahr 2016 flächenmäßig den mit Abstand größten Anteil an Biobetrieben[116]: Rund 21% der landwirtschaftlich genutzten Fläche wurde biologisch bewirtschaftet, der Durchschnitt in der EU-28 lag 2016 (letztverfügbares Jahr) bei 6,7%. An zweiter Stelle folgen Schweden mit 18,3 und Estland mit 18% Bio-Anteil an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche. Den geringsten Anteil der Bio-Fläche an der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche weisen Malta, Irland und Rumänien auf, die jeweils unter 2% blieben (Grafik 110).

Klimawandel, Emissionen

Die geografische Lage und die Wirtschaftsstruktur eines Landes beeinflussen nicht nur den Materialverbrauch sondern auch Emissionen wie die Treibhausgas-Emissionen oder die $PM_{2,5}$-Emissionen (Feinstaub). Hat ein Land einen hohen Anteil an energieintensiver (Schwer-)Industrie und/oder Petrochemie oder große Viehbestände, so gehen diese beispielsweise mit höheren THG-Emissionen einher. Auch ein hoher Transitverkehr führt zu höheren Emissionen.

Die nationalen THG-Emissionen lagen, gemessen an der Bevölkerungszahl, im Jahr 2016 mit über 9 Tonnen CO_2-Äquiv. pro Kopf etwas über dem Durchschnitt der EU-28 mit 8,7 Tonnen (ohne Berücksichtigung von JI/CDM Programmen, Grafik 110). Am höchsten waren die Pro-Kopf-Emissionen in Luxemburg (19,8 Tonnen CO_2-Äquiv.). Hier kommt das – beim BIP-Vergleich in Kapitel

Grafik 110
Anteil der biologisch bewirtschafteten Fläche im EU-Vergleich (2016)

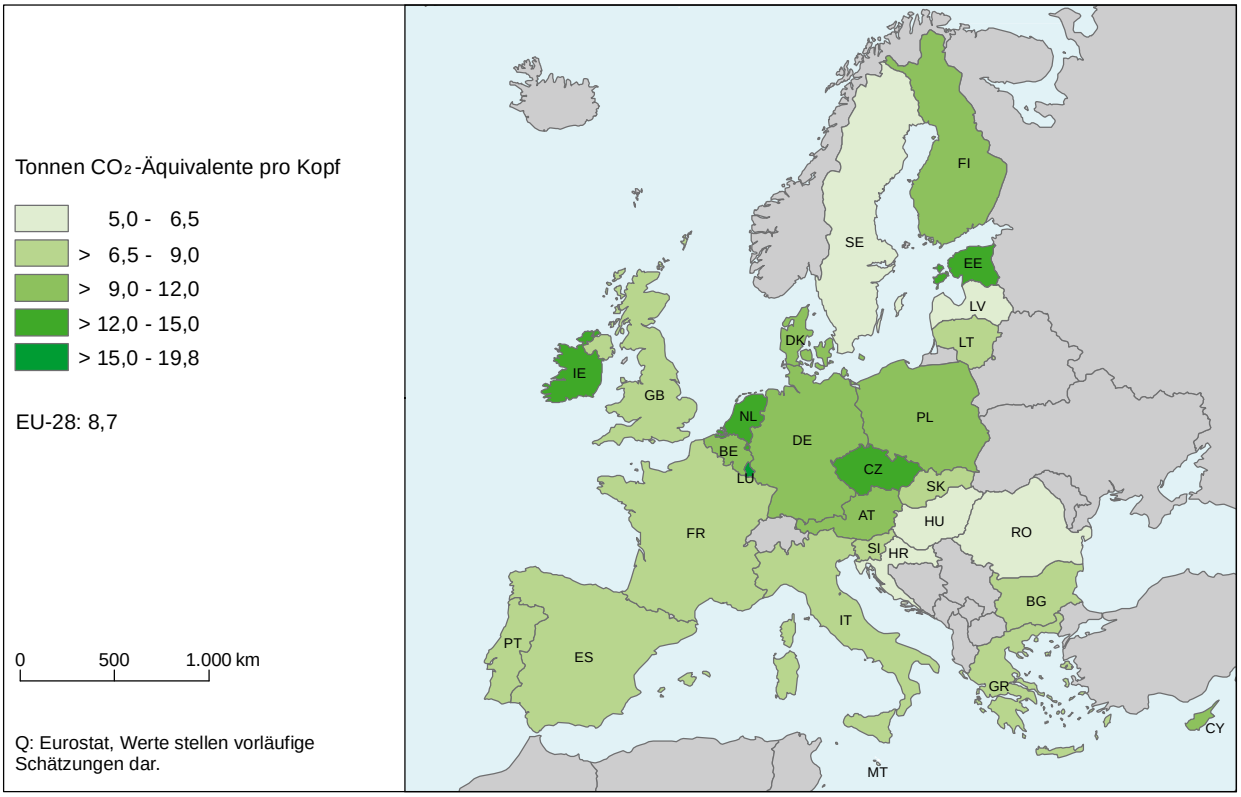


Q: Eurostat, Ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion.

[116] Betrachtet wird hier aus Gründen der Datenverfügbarkeit die ökologische Landwirtschaft konvertiert oder unter Konversion. Für den nationalen Datenteil wird nur der Anteil der bereits konvertierten Bio-Landwirtschaft betrachtet, die Werte liegen damit geringfügig unter jenen im EU-Vergleich.

Grafik 111

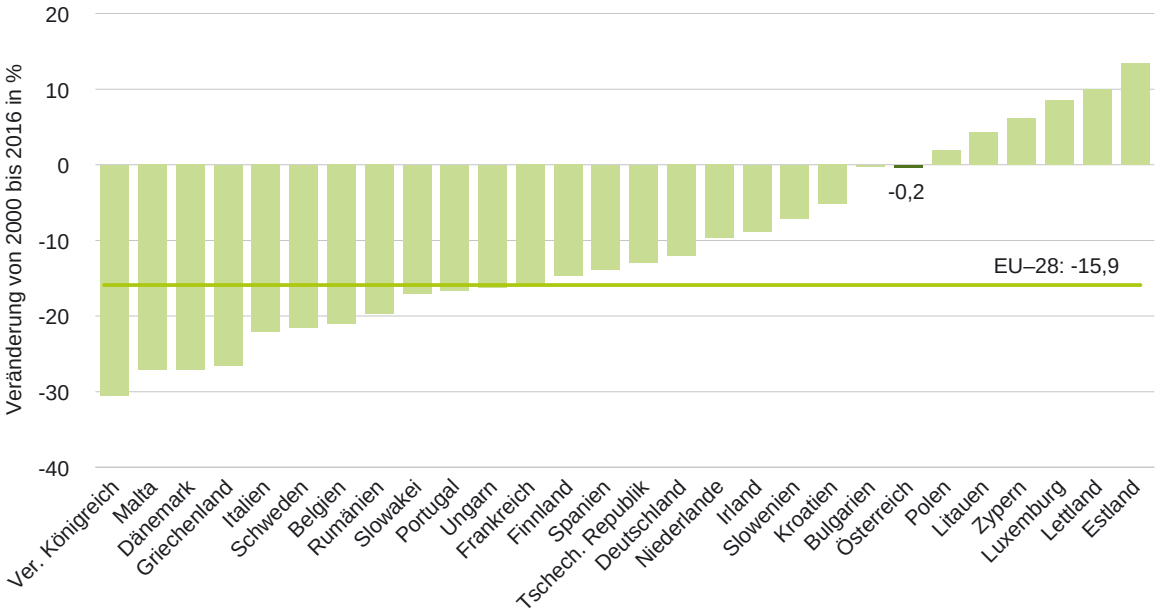
Treibhausgasemissionen pro Kopf im EU-Vergleich (2016)



Q: Eurostat, Werte stellen vorläufige Schätzungen dar.

Grafik 112

Entwicklung der Treibhausgasemmisionen (2000 bis 2016)



Q: EUROSTAT. - Inklusive indirektes CO_2, ohne LULUCF und Memo-Positionen, einschließlich internationaler Flugverkehr.

5.2 bereits erwähnte – Problem der Grenzgänger[117] wieder zum Tragen. Knapp die Hälfte aller in Luxemburg Beschäftigten sind nicht in Luxemburg wohnhaft. Diese verursachen bei ihren Tätigkeiten in Luxemburg Emissionen und verbrauchen Ressourcen. Bei den Berechnungen der THG-Emissionen pro Kopf werden jedoch nur die in Luxemburg als wohnhaft gemeldeten Personen einbezogen[118].

Mit etwas Abstand zu Luxemburg folgten Estland (15 Tonnen CO_2-Äquiv. pro Kopf) und Irland (13,5 Tonnen CO_2-Äquiv. pro Kopf). Am niedrigsten waren die Werte in Malta mit 5 und Schweden mit 5,6 Tonnen CO_2-Äquiv. pro Kopf.

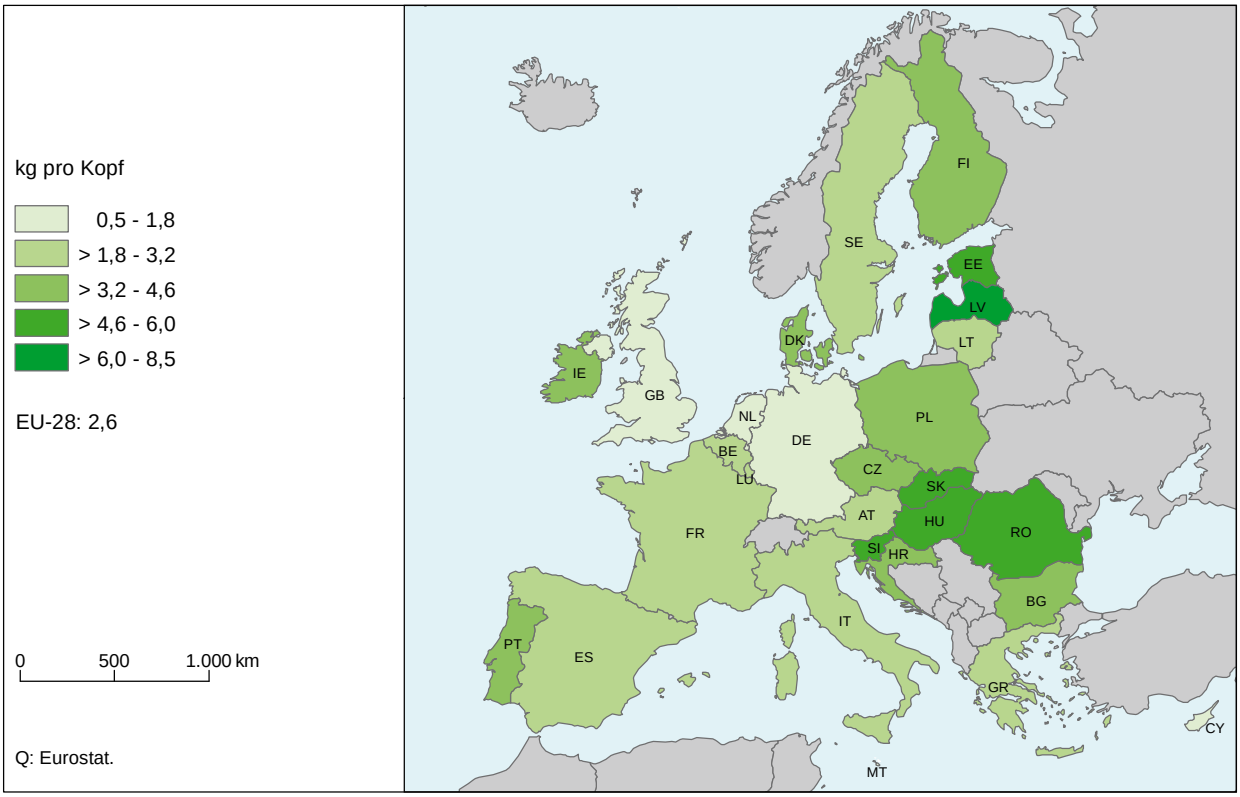
Wie in Kapitel 4.3.1 gezeigt, reduzierten sich die THG-Emissionen in der EU-28 von 2000 bis 2016 um 15,9%, während in Österreich in diesem Zeitraum eine Reduktion von 0,2% erfolgte. Im Vereinigten Königreich (-30,5%) und Malta (-27,1%) gab es seit 2000 starke Rückgänge, wohingegen in Estland der Anstieg 13,4% ausmachte.

Die nationalen $PM_{2,5}$-Emissionen (Feinstaub, angezeigt als Gesamtemissionen des jeweiligen nationalen Hoheitsgebiets) lagen, gemessen an der Bevölkerungszahl, im Jahr 2016 mit 2,0 kg pro Kopf etwas unter dem Durchschnitt der EU-28 mit 2,6 kg[119]. Am höchsten waren die Feinstaub-Emissionen in Lettland (8,3 kg pro Kopf). Auch Rumänien, Estland und Slowenien waren mit jeweils knapp 6 kg pro Kopf deutlich über dem EU-Durchschnitt. Die niedrigsten Werte wiesen Malta (0,6 kg pro Kopf) und die Niederlande (0,7 kg pro Kopf) auf (Grafik 113).

Energie

Das nach einer Spitze im Jahr 2006 erreichte Absinken der nationalen THG-Emissionen auf das Niveau von 2000 wurde u.a. durch den verstärkten Einsatz erneuerbarer Energieträger bewirkt. Erfreulich zeigt sich dementsprechend der Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger im EU-Vergleich. Nur wenige EU-Staaten setzen in einem ähnlich hohen Ausmaß erneuerbare Energieträger ein wie Österreich (siehe Grafik 114). Dies begründet sich unter anderem in der günstigen topografischen Situation und dem Vorhandensein der Ressourcen Wasserkraft und Biomasse, die seit jeher maßgeblich zur Energiegewinnung herangezogen wurden. Während im Durchschnitt der EU-28 im Jahr 2016 lediglich 17%

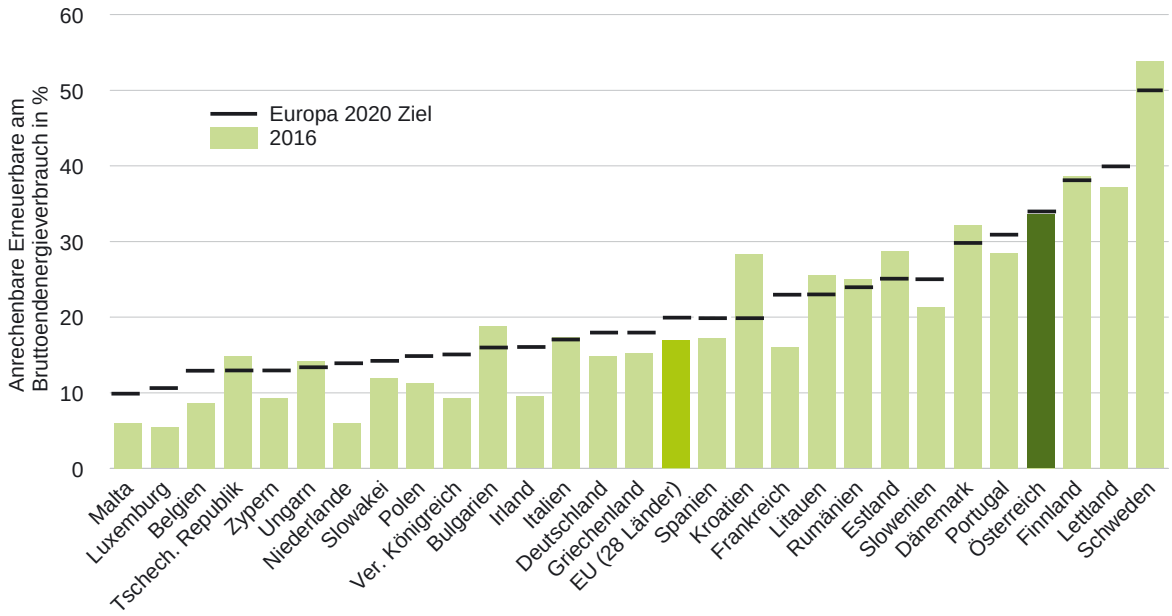
Grafik 113
Gesamte $PM_{2,5}$-Emissionen pro Kopf (Feinstaub) im EU-Vergleich (2016)



[117] „Grenzgänger" sind Arbeitnehmer, die im Gebiet eines Mitgliedstaats beschäftigt (Beschäftigungsstaat) sind, und im Gebiet eines anderen Mitgliedstaats wohnen.
[118] Dieses Phänomen ist für andere EU-Staaten weitgehend vernachlässigbar.
[119] In Kapitel 4.3.2 wird heuer erstmals die bevölkerungsgewichtete $PM_{2,5}$-Exposition ausgewiesen, die auf internationaler Ebene aber nur für die städtische Bevölkerung vorliegen. Deshalb wird hier weiter auf die $PM_{2,5}$-Emissionen zurückgegriffen.

Grafik 114

Anteil der anrechenbaren erneuerbaren Energieträger (2016) und Europa 2020 Ziel im EU-Vergleich



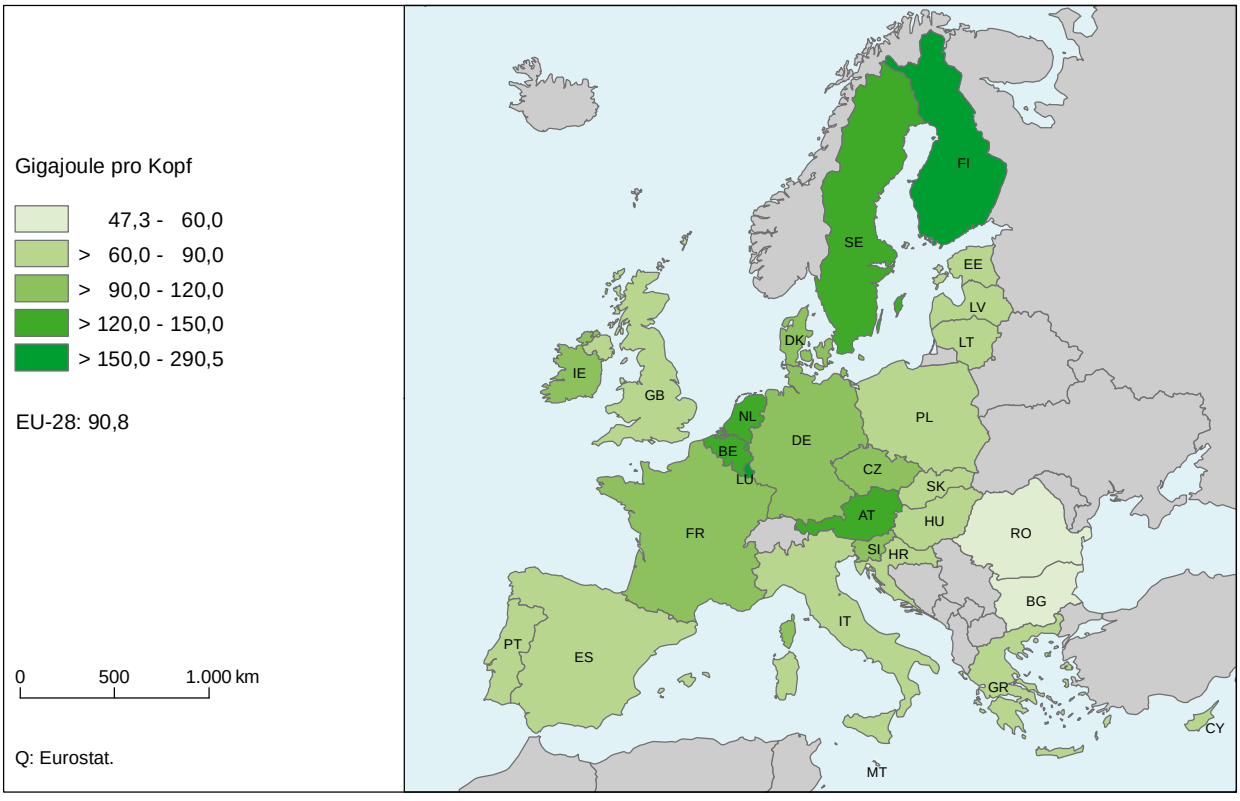
Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat. - Anrechenbare Erneuerbare laut Richtlinie 2009/28/EG.

erneuerbare Energien genutzt wurden, lag der Vergleichswert in Österreich bei 33,5 %.

Österreich liegt auch mit seinem nationalen Ziel von 34 % für 2020 deutlich über den Zielvorgaben der EU-28 mit 20 %. Nur drei Länder (Finnland, Lettland und Schweden) haben einen höheren Anteil an erneuerbaren Energieträgern und streben noch höhere Ziele als Österreich an. Wie in Kapitel 4.4.1 gezeigt, scheint auch eine Zielerreichung im Jahr 2020 aus heutiger Sicht wahrscheinlich.

Grafik 115

Energetischer Endverbrauch pro Kopf im EU-Vergleich (2016)



Trotz des hohen Anteils an erneuerbaren Energieträgern sollte nicht vernachlässigt werden, dass der energetische Endverbrauch (EEV) Österreichs noch immer zu einem großen Teil aus fossilen Energieträgern besteht und unter dem Aspekt der langfristigen Ziele zur Begrenzung des Klimawandels auf zu hohem Niveau liegt. Der EEV wuchs zwar von 2000 bis 2016 mit knapp 20% etwas verhaltener als das reale BIP (+25,4%), in der gesamten EU-28 zeigte sich jedoch im gleichen Zeitraum ein Rückgang unter den Ausgangswert von 2000 (-2,2%). Betrachtet man den gesamten EEV je Einwohner, hat Österreich dieser Entwicklung folgend, einen im EU-Vergleich sehr hohen Energieeinsatz pro-Kopf. Gemeinsam mit Luxemburg (hier wieder ein Verweis auf das Grenzgängerproblem, analog der THG-Emissionen pro-Kopf), Finnland, Schweden und Belgien hat Österreich die höchsten Verbräuche an Endenergie. Am anderen Ende der Skala liegen Rumänien, Bulgarien und Malta (Grafik 115).

Neben den klimatischen Bedingungen, die einen Einsatz von Energie für Raumwärme beeinflussen, und dem Energieverbrauch der Industrie, ist auch der Energieverbrauch des Verkehrs, mit einem Anteil von rund einem Drittel am Gesamtaufkommen von Energie, ein wesentlicher Indikator für *WgÖ?* (siehe Kapitel 4.5.1).

Verkehr, Mobilität

Die Zunahme des verkehrsbedingten Energieverbrauchs in Österreich war mit 31,7% (2000–2016) sehr hoch (Grafik 116). Im Durchschnitt der EU-28 Mitgliedsstaaten betrug die Steigerungsrate im selben Zeitraum nur 6,6%. Deutlich unter diesem Durchschnittswert der Entwicklung lagen vor allem die vier bevölkerungsreichsten Länder der EU (Deutschland, Italien, Vereinigtes Königreich, Frankreich). Auch der nationale pro Kopf Verbrauch liegt mit rund 44 GJ deutlich über jenem der EU-28 mit 30 GJ je Einwohnerin und Einwohner.

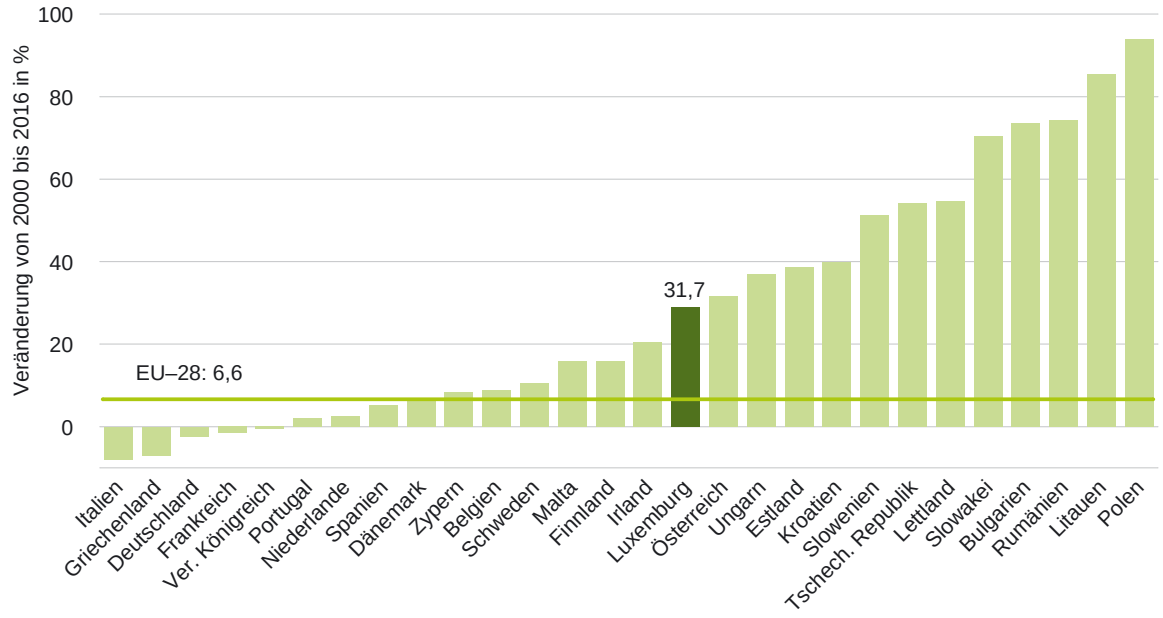
Zum Teil lässt sich der starke Anstieg des nationalen EEVs des Verkehrs durch den Tanktourismus (preisbedingter Kraftstoffexport) und den Transitverkehr erklären. Es werden alle in Österreich in Verkehr gebrachten Energieträger berücksichtigt, d.h. in Österreich getankter Treibstoff, der im Ausland verbraucht wird, ist in den Daten erfasst. Umgekehrt ist aber auch im Ausland getankter Diesel und Benzin, der im Inland verfahren wird, nicht in den Daten enthalten.

Dass der Ansatz „Tanktourismus" nicht ausreicht, um den im Vergleich zu EU-28 starken Anstieg des EEV des Sektors Verkehr zu erläutern, zeigt der Indikator zur Transportleistung des Lkw-Verkehrs. Dieser stellt die Entwicklung des Verkehrsaufkommens auf österreichischen Straßen dar (Kapitel 4.5.2), vergleichbare Daten liegen aus der konsolidierten Straßengüterverkehrsstatistik ab 2009 vor. Die Lkw-Transportleistung auf österreichischem Territorium stieg von 2009 bis 2017 mit 28,1% ebenfalls deutlich stärker als das nominelle BIP mit 12,5%.

Monetäre Umweltaspekte

Als letzter Indikator wird der Anteil der Ökosteuern an den gesamten Steuereinnahmen im EU-Vergleich betrachtet. Im Länderdurchschnitt der EU-28 wurden 2016 6,1% der Steuereinnahmen durch Ökosteuern erbracht (siehe

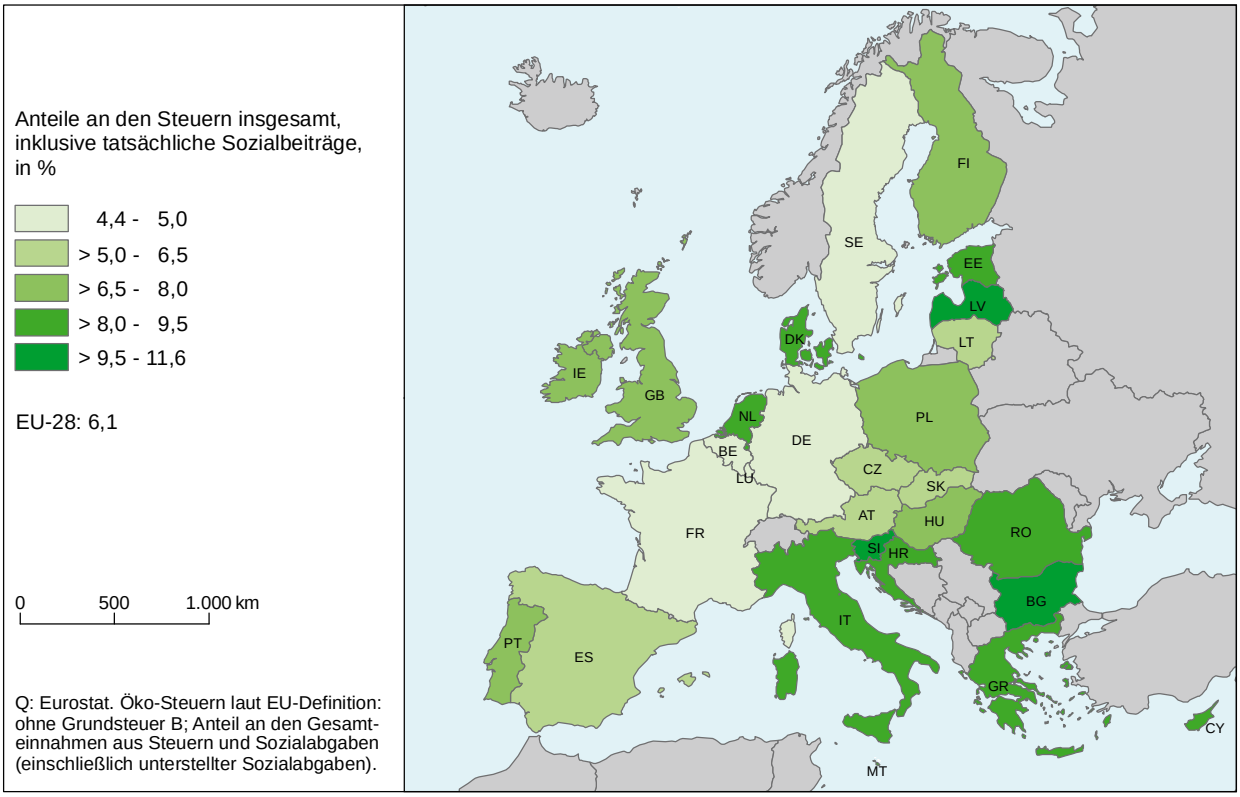
Grafik 116
Veränderung des Energieverbrauch des Verkehrs im EU-Vergleich (2000 bis 2016)



Q: STATISTIK AUSTRIA, Energiestatistik; Eurostat.

Grafik 117

Ökosteueranteile im EU-Vergleich (EU-Definition, 2016)

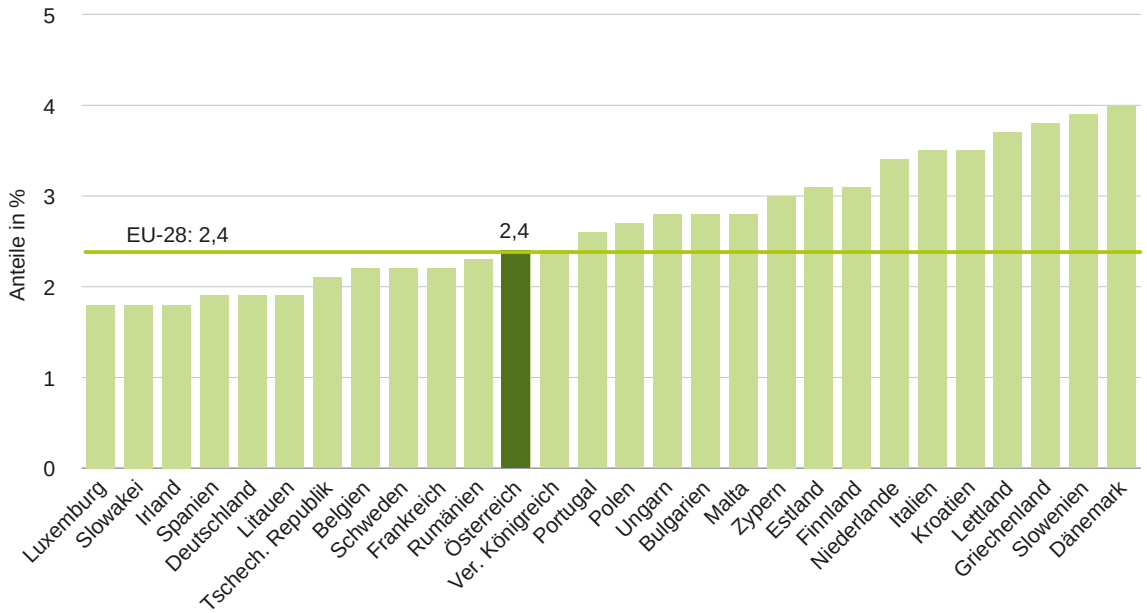


Grafik 117). Die höchsten Ökosteueranteile wiesen Lettland (11,6%), Slowenien (10,5) und Bulgarien (9,6%) aus, die niedrigsten Anteile zeigten Luxemburg (4,4%) und Deutschland (4,6%).

Österreich lag nach EU-Definition (ohne Grundsteuer B) mit einem Anteil am gesamten Steueraufkommen von 5,5% unter dem Durchschnitt der EU-28 von 6,1%. Dies

Grafik 118

Ökosteueranteile am nominellen BIP im EU-Vergleich (EU-Definition 2015)



Q: STATISTIK AUSTRIA; Eurostat. - Öko-Steuern laut EU-Definitionen: ohne Grundsteuer B.

lässt den Schluss zu, dass auf nationaler Ebene noch Potenzial für weitere Ökosteuern vorhanden wäre.

Die Höhe des Anteils der Ökosteuern an den gesamten Steuereinnahmen wird einerseits durch das Aufkommen ökologisch relevanter Steuern und andererseits durch das gesamte Steueraufkommen bestimmt. Ein im internationalen Vergleich hohes gesamtes Steueraufkommen führt zu einem geringeren Anteil an Ökosteuern. Eine weitere Betrachtungsweise stellt daher die (nominellen) Ökosteuern dem nominellen BIP gegenüber. Der Anteil der österreichischen Ökosteuern am nominellen BIP liegt mit 2,4% gleichauf mit dem Niveau der EU-28. Hohe Ökosteueranteile im BIP mit jeweils rund 4% weisen Dänemark, Slowenien und Griechenland auf. Luxemburg, Slowakei und Irland liegen dagegen deutlich unter 2 % (Grafik 118).

Nicht berücksichtigt werden bei dieser Betrachtung allerdings die weiteren ökologisch relevanten Zahlungen (wie Mauten, Abfall- und Abwassergebühren). Diese fallen, da es sich nicht um Steuern nach dem Konzept der VGR (Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung) handelt, nicht unter die Definition der Öko-Steuern laut internationalen Richtlinien. Eine ergänzende Betrachtung der umweltrelevanten Gebühren wäre zukünftig auch im internationalen Vergleich wichtig, da manche Länder etwa die Eindämmung des Abfallaufkommens mit steuerlichen Instrumenten behandeln, während Österreich dies über Gebühren regelt. Außerdem können Umgestaltungen von fiskalischen Instrumenten zu Änderungen der Höhe des Umweltsteueraufkommens führen. Derzeit liegen aber EU-weit keine konsistenten Daten zu den weiteren umweltrelevanten Zahlungen vor (siehe auch Kapitel 4.6.2).



6 Ausblick

6.1
Rahmenbedingungen

Statistik Austria greift bei der Entwicklung von *WgÖ?* ausschließlich auf bereits vorhandenes Datenmaterial aus offiziellen Statistikquellen zurück, im Rahmen des Projekts sind keine eigenen Datenentwicklungen vorgesehen. Dieser Ansatz lässt freilich einige Felder offen, für die in Zukunft dringend Informationen benötigt werden. Weitere Aspekte der Verteilung von Einkommen und Vermögen, Fragen der Governance oder Daten zum Wasserverbrauch sind nur einige Beispiele. Datenentwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene ermöglichen die Weiterentwicklung des Indikatorensets und die mittel- und langfristige Schließung von Datenlücken. Jährliche Runde Tische sowie der Überarbeitungsprozess 2017 garantieren, dass neue Datenfelder entsprechend in *WgÖ?* Berücksichtigung finden.

Statistik Austria bildet im Rahmen von *WgÖ?* die Bereiche materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt mit verfügbaren Daten bestmöglich ab. Das darin abgebildete Set der Indikatoren untergliedert sich in Schlüsselindikatoren und Zusatzinformationen. Schlüsselindikatoren sind die aus Sicht der Stakeholder zentralen Maßzahlen der jeweiligen Dimension, welche auch der Bewertung unterliegen. Neben dem BIP wurden weitere 30 Schlüsselindikatoren ausgewählt.

Da die Entscheidung für einen bestimmten Schlüsselindikator immer auch einen Kompromiss darstellt, werden diese durch Zusatzindikatoren ergänzt. Sie dienen dazu, zusätzliche Informationen bereitzustellen und unterschiedliche Aspekte eines Phänomens sichtbar zu machen.

Die Schließung von Datenlücken ist dabei eine der wichtigen Herausforderungen in der Weiterentwicklung des Indikatorensets. Statistik Austria kann jedoch aus rechtlichen und finanziellen Gründen nicht von sich aus tätig werden, um neue Daten speziell für *WgÖ?* zu generieren, sondern ist auf eine Beauftragung für neue Statistiken oder Erhebungen von außen angewiesen.

Die ursprüngliche Auswahl der Schlüsselindikatoren folgte den Empfehlungen des Stiglitz-Sen-Fitoussi Reports (Stiglitz et al. 2009) und insbesondere jenen des Eurostat Sponsorship Reports (Eurostat 2011). Weitere Zielindikatoren auf EU-Ebene (z.B. Europa 2020-Indikatoren[120]) und nationale Projekte flossen ebenfalls in die Auswahl ein.

Die Indikatoren wurden seither jährlich im Rahmen eines „Runden Tisches" einem Konsolidierungsprozess mit den wichtigsten Stakeholdern unterzogen. Dabei wurde das Indikatorenset laufend überarbeitet und angepasst, auch dabei wurde wieder auf bereits vorhandene Daten und neue Datenentwicklungen zurückgegriffen. Im Jahr 2017 wurde wie erwähnt eine grundlegende Revision des Indikatorensets unter Einbeziehung der Stakeholder und vor dem Hintergrund internationaler (etwa UN Agenda 2030) und nationaler Entwicklungen durchgeführt. Es erfolgte eine Evaluierung der verwendeten Indikatoren durch ein unabhängiges Expertengremium. Bei der Überarbeitung des Indikatorensets wurden die konzeptionellen Vorgaben von *WgÖ?* berücksichtigt. Die Einbindung der zentralen Stakeholder (wissenschaftliche Institutionen, Bundesministerien, NGOs und Interessenvertretungen) war dabei wieder ein Grundpfeiler des Projekts.

[120] http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/europe-2020-indicators/europe-2020-strategy/headline-indicators-scoreboard

6.2
Datenlücken und Weiterentwicklung

Im Folgenden werden, gegliedert nach den drei Bereichen materieller Wohlstand, Lebensqualität und Umwelt, Datenlücken und wesentliche Entwicklungen auf nationaler und internationaler Ebene thematisiert.

Materieller Wohlstand

Unbezahlte Produktion

In der Dimension Unbezahlte Produktion gibt der Schlüsselindikator Zeitaufwand für unbezahlte Arbeit Auskunft über jene Form der Produktion, die nicht über den Markt abgewickelt wird. Die Darstellung von Nichtmarktaktivitäten ist ein wesentlicher Bestandteil der Forderungen der Stiglitz-Kommission. Der Schlüsselindikator der Dimension Unbezahlte Produktion beruht auf Daten der Zeitverwendungserhebung aus 2008/2009. Die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen ist für 2020 geplant. Derzeit arbeitet Statistik Austria im Rahmen einer Task Force unter der Führung von Eurostat an der Weiterentwicklung der Guidelines für diese neue Erhebungswelle. Ob Österreich an der Erhebungswelle 2020 mitwirken wird, ist derzeit noch offen und hängt von der nationalen Finanzierung ab. Um nationale Zeitvergleiche und internationale Datenvergleiche zu ermöglichen, ist eine österreichische Beteiligung an der nächsten Welle von großer inhaltlicher Bedeutung und jedenfalls anzustreben.

Verteilungsfragen

Verteilungsfragen werden sowohl im Stiglitz-Sen-Fitoussi Bericht (Stiglitz et al. 2009) als auch im Bericht der Sponsorship Group (Eurostat 2011) größte Bedeutung zuerkannt. Die Dimension Verteilung im Bereich materieller Wohlstand enthält als Schlüsselindikatoren den aus der Lohnsteuerstatistik stammenden Indikator Entwicklung hoher und niedriger Bruttojahreseinkommen, das Einkommensquintils-Verhältnis der verfügbaren äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommen (S80/S20) aus EU-SILC sowie den Gender Pay Gap aus der Verdienststrukturerhebung. Als Zusatzindikator wird in der Dimension Verteilung der Gini-Koeffizient des verfügbaren äquivalisierten Netto-Haushaltseinkommen aus EU-SILC sowie die Verteilung des Vermögens durch die Dezile des Nettovermögens und die Verteilung des Bruttovermögens auf Basis des von der OeNB durchgeführten „Household Finance and Consumption Survey“ (HFCS) dargestellt. Diese Indikatoren bilden die Verteilungsfragen aus verschiedenen Blickwinkeln ab.

Vermögen

Aus offiziellen Datenquellen standen bis 2012 keine validen Informationen zum Vermögen privater Haushalte zur Verfügung. Auf der Grundlage eines Beschlusses des EZB-Rats vom September 2008 führte das „Household Finance and Consumption Network“ (HFCN) eine gemeinsame Erhebung zu den Finanzen und dem Konsum privater Haushalte im Euroraum durch. Das Projekt wurde in Österreich von der Oesterreichischen Nationalbank (OeNB) in enger Zusammenarbeit mit den anderen nationalen Zentralbanken des Eurosystems und der EZB realisiert (OeNB 2012). Der HFCS ist die erste umfassende Erhebung auf Haushaltsebene, die Geldvermögen, Immobilienvermögen und Schulden der Haushalte gemeinsam erfasst und dadurch Analysen der Nettovermögen und der damit verbundenen Risikotragfähigkeit von Haushalten ermöglicht (Fessler et al. 2012, S.26). Die Einbeziehung von HFCS-Daten in das *WgÖ?*-Set wurde gemeinsam mit den Stakeholdern beschlossen (siehe Kapitel 2.5). Im Zeitraum Juni 2014 bis Februar 2015 wurde die zweite Welle der Erhebung durchgeführt (siehe auch Fessler et al. 2016, Statistik Austria 2016, Sonderkapitel). Die Ergebnisse der 2018 durchgeführten 3. Welle des HFCS stehen zum Veröffentlichungszeitpunkt von Wie geht's Österreich? 2018 noch nicht zu Verfügung und können daher erst im kommenden Jahr berücksichtigt werden.

NPOs in der VGR

Derzeit werden Privathaushalte und Private Organisationen ohne Erwerbszweck (Non-Profit Organisation, NPO) in der VGR teilweise zusammengefasst. Daraus ergibt sich eine Verzerrung der diesbezüglichen Indikatoren. Dies betrifft etwa das im *WgÖ?*-Set enthaltende verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Daher wurde von Statistik Austria und dem Institut für Sozialpolitik an der Wirtschaftsuniversität Wien eine gemeinsame Erhebung über Non-Profit Organisationen durchgeführt. Ziel dieser auf freiwilliger Basis beruhenden wiederholten Befragung von NPOs ist es, sowohl die zentralen Indikatoren zu aktualisieren, die im Rahmen einer bereits im Jahr 2006 durchgeführten Erhebung ermittelt wurden, als auch durch den Einbau von neuen Fragen die allgemeine Datengrundlage für diesen Bereich zu erweitern und eine schärfere Abgrenzung vom Sektor der privaten Haushalte (S.14) zu ermöglichen. Ab September 2017 liegen aus der VGR erstmalig getrennte Werte dafür vor, da die Zeitreihe jedoch erst mit 2012 beginnt, wird die getrennte Darstellung im aktuellen Bericht jedoch noch nicht übernommen.

Lebensqualität

Aspekte der Lebensqualität

Durch die 2017 erfolgte Neustrukturierung des Bereichs Lebensqualität schlagen sich einige Datenmängel, wie z.B. die fehlende durchgängige Erhebung von Indikatoren zu sozialen Beziehung und Freizeitmöglichkeiten, nicht mehr bis auf Ebene der Schlüsselindikatoren durch. Trotzdem wäre hier eine wiederholte Befragung durch zukünftige EU-SILC Sondermodule bzw. eine Aufnahme einzelner Indikatoren in die regelmäßige Befragung wünschenswert. Bezüglich der Freizeitqualität gibt es hier bereits konkrete Überlegungen.

Governance und Grundrechte

Nach wie vor keinen bewertbaren Schlüsselindikator gibt es für die Dimension Vertrauen ins politische System. Im EU-SILC Sondermodul 2013 wurden hier zum ersten Mal vergleichbare Daten für alle EU-28 Länder zum Thema Vertrauen in die Institutionen Politik, Polizei und Medien erhoben. Im österreichischen Fragebogen waren darüber hinaus auch Fragen zum Vertrauen in das Rechtssystem und in die Gemeinde- und Bezirksbehörden enthalten (in *WgÖ?* inkludiert). Aus den offiziellen Datenquellen stehen ansonsten aber wenige Informationen über soziale Rechte sowie über die Zufriedenheit mit den Institutionen oder der Regierungsarbeit zur Verfügung. Allerdings wären bei dieser sensiblen Thematik Untersuchungen notwendig, die klären können, wie Fragen dieser Art bei den Respondentinnen und Respondenten verstanden werden. Was wird etwa mit dem politischen System assoziiert? Die Regierung, das Parlament oder das demokratische System insgesamt? Wird das Vertrauen in das Rechtssystem oder die Polizei auf Basis persönlicher Erfahrungen oder allgemeiner Kriterien bewertet etc.

Der Bericht der Sponsorship Group empfiehlt künftig u.a. die Einbeziehung von Verwaltungsdaten und Daten aus dem European Quality of Life Survey (EQLS)[121], die nicht zur offiziellen Statistik zählen. Die Eurostat Expert Group on Quality of Life schlägt auf ihrer Webseite[122] außerdem einige Indikatoren vor, für die derzeit noch kein Datenmaterial zur Verfügung steht. Darunter fallen die Indikatoren „active citizenship", Mitsprachrecht und „erlebte Diskriminierung. Vorschläge zur Operationalisierung sind in Ausarbeitung. Außerdem wird hier auch der Gender Pay Gap genannt, den *WgÖ?* als Verteilungsindikator führt.

Freizeit

Seit 2017 gibt es in *WgÖ?* keine eigene Dimension zum Thema Freizeit mehr und der Indikator zu Freizeitaktivitäten aus dem Zeitverwendungserhebung findet sich in der Dimension Subjektives Wohlbefinden. Wie erwähnt ist die nächste internationale Erhebungswelle der Zeitverwendungserhebungen für 2020 geplant Da Freizeit als zentraler Komponenten der Lebensqualität verstanden werden muss, ist auch an dieser Stelle auf die dringende Notwendigkeit einer österreichischen Beteiligung an der nächsten Welle bzw. auf regemäßige Zeitverwendungserhebungen hinzuweisen.

Umwelt

Biodiversität

Aggregierte Daten zur Biodiversität in Österreich liegen aus der amtlichen Statistik nicht vor. Vom Umweltbundesamt wird ab dem Berichtsjahr 2007 der Indikator „High Nature Value Farmland" (HNVF)[123] erstellt. Dieser Indikator beschreibt die Ausdehnung von Landwirtschaftsflächen mit hohem Naturwert, die sich durch eine hohe Biodiversität bzw. durch das Auftreten von Arten mit hohem Schutzinteresse charakterisieren. Abgebildet werden „HNVF Typ 1 (extensiv landwirtschaftlich genutzte Flächen mit naturnaher Vegetation) und Typ 2 (Mosaiklandschaften mit einer räumlich eng verzahnten Mischung unterschiedlicher Nutzungen, die teilweise auch extensiven Charakter haben sollen)". Dabei wird speziell der Zusammenhang zwischen extensiven landwirtschaftlichen Nutzungsformen und biologischer Vielfalt postuliert. Bei entsprechender statistischer Validität und ausreichender Etablierung könnte dieser Indikator mittelfristig als Indikator für die Biodiversität genutzt werden.

Ein weiterer Indikator, der im Zusammenhang mit Biodiversität genannt wird, ist jener zu den geschützten Gebieten für biologische Vielfalt. Dies sind Gebiete, die unter die Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie (FFH-Richtlinie) der EU, Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen, fallen. Wesentliches Ziel der FFH-Richtlinie ist die Erhaltung und Wiederherstellung der biologischen Vielfalt. Dieses Ziel soll mit dem Aufbau des europäischen Schutzgebietsnetzes Natura 2000 erreicht werden. Die Mitgliedstaaten sind verpflichtet, Gebiete zu nennen, zu erhalten und zu entwickeln, in denen

[121] EQLS wird von der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions durchgeführt und ist keine offizielle Quelle des ESS.

[122] http://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php/Quality_of_life_indicators_-_governance_and_basic_rights

[123] Siehe Bartel et al. 2015, http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/landnutzung/landnutzungbiologischevielfalt/highnaturevaluefarmland/.

Arten und Lebensräume von europaweiter Bedeutung vorkommen. In Österreich wurden laut Umweltbundesamt 219 Natura-2000-Gebiete vorgeschlagen: 171 Gebiete wurden nach der FFH-Richtlinie ausgewiesen, 98 Gebiete nach der Vogelschutzrichtlinie, Doppelnennungen sind möglich. Bisher sind 196 Gebiete rechtlich verordnet (Stand 2015). Diese umfassen rund 14% der Bundesfläche[124].

Bodenqualität (Emissionen)

Das Umweltbundesamt[125] liefert mit dem Bodeninformationssystem „BORIS" österreichweite Informationen über den Zustand der Böden und deren Belastung mit Schadstoffen auf dezentraler Ebene. Aggregierte Daten über die Schadstoffbelastung der Böden analog den Luftemissionen gibt es derzeit in Österreich aus offiziellen Statistikquellen nicht.

Minderungskosten für den Klimawandel bzw. Klimawandelanpassungskosten

Die Entwicklung einer geeigneten harmonisierten Datenerhebung zur Abbildung der Minderungskosten für bzw. Anpassungskosten an den Klimawandel wird von Eurostat im Rahmen der Environmental Transfers Task Force diskutiert. Entsprechende Daten könnten zukünftig in das Indikatorenset aufgenommen werden. Ab welchem Zeitpunkt diese vorhanden sein werden, kann aus heutiger Sicht aber noch nicht eingeschätzt werden (siehe beispielsweise Eurostat, 2011a).

Tanktourismus (Kraftstoffexport im Tank)

Vom Umweltbundesamt liegen Schätzungen für den Tanktourismus vor. Treibhausgasemissionen und Energieverbrauch werden nach dem Inlandsprinzip erhoben, d.h. erfasst werden sämtliche Emissionen bzw. sämtlicher Treibstoffabsatz im Inland, egal ob von Inländern oder Ausländern verursacht bzw. genutzt. Eine ergänzende Darstellung des Kraftstoffexports im Tank für die Dimension Verkehr wurde daher von der Expertengruppe angeregt. Die Schätzungen zum Tanktourismus liegen jedoch nur punktuell vor und können laut Auskunft des Umweltbundesamts nicht für die Erstellung eines Indikators herangezogen werden.

Wasserentnahme und verbrauch, Wasserqualität

Aktuelle Daten zur (Trink-)Wasserentnahme und -verwendung sind derzeit nicht vorhanden. Langfristig ist auf europäischer Ebene die Entwicklung einer Wassergesamtrechnung im Rahmen der Umweltgesamtrechnungen geplant, welche beispielsweise den Wasserverbrauch nach Wirtschaftsaktivitäten abbilden soll. Für das Medium Wasser liegt ein neu entwickelter Indikator zur Wasserqualität der Grund- und Oberflächengewässer für den Durchschnitt des Zeitraums 2013-2015 vor. Dieser Indikator entspricht dem SDG-Indikator 6.3.2 (Percentage of bodies of water with good ambient water quality). Bei Vorliegen einer Zeitreihe in entsprechender Qualität könnten diese Daten in das Indikatorenset aufgenommen werden.

[124] http://www.umweltbundesamt.at/umweltschutz/naturschutz/ffh_richtlinie/
[125] http://www.umweltbundesamt.at/umweltsituation/boden/boris/



Literaturverzeichnis

Aichinger, A. (2017). Umweltschutzausgaben Österreichs 2015. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria.

Altzinger, W., Lamei, N., Rumplmaier, B., Schneebaum, A. (2013). Intergenerationelle soziale Mobilität in Österreich. Statistische Nachrichten, 1/2013, 48-62.

Anand, S., Sen, A. (2000). Human Development and Economic Sustainability. World Development, 28(12), 2029-2049.

AG CBA (2017): Die Notwendigkeit einer konsumbezogenen Betrachtung der Treibhausgasemissionen Österreichs. Arbeitsgruppe „Consumption based GHG accounting". Climate Change Center Austria (CCCA). Wien

Bartel, A., Schwarzl, B, Süßenbacher, E., (2015). „High Nature Value Farmland" in Österreich, Auswertungen zum LE07-13 Indikator für die Jahre 2007 - 2013. Umweltbundesamt. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Baud, S., (2018). Umweltgesamtrechnungen, Modul Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung (EGSS) 2016. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria.

Baud, S., Milota, E., (2017). Umweltbedingungen, Umweltverhalten 2015, Ergebnisse des Mikrozensus. Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Wien: Statistik Austria.

Bauer, A. & Blauensteiner, S. & Einfalt, J. (2013). Census 2011. Gebäude- und Wohnungszählung Ergebnisse zu Gebäuden und Wohnungen aus der Registerzählung. Wien: Statistik Austria.

Biermayr, P. (2017). Erneuerbare Energie in Zahlen. Die Entwicklung erneuerbarer Energie in Österreich im Jahr 2015. Wien: BMNT, Bundesministerium für Nachhaltigkeit und Tourismus.

BKA, Bundeskanzleramt Österreich (2012). Nationales Reformprogramm Österreich. http://www.bka.gv.at/DocView.axd?CobId=47619.

BKA, Bundeskanzleramt Österreich (2018). Nationales Reformprogramm Österreich. https://www.bundeskanzleramt.gv.at/documents/131008/787823/15_5_nrp2018.pdf/28b63d35-6a18-4e32-b73e-785487cb881e

BMASK, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (2014). Sozialbericht 2013-2014 – Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen. Wien: BMASK.

BMGFJ, Bundesministerium für Gesundheit, Familie und Jugend & Statistik Austria (2007). Sozio-demographische und sozio- ökonomische Determinanten von Gesundheit. Wien: BMGFJ.

BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2011b). Bundes-Abfallwirtschaftsplan (BAWP) 2011. Wien: BMLFUW. http://www.bundesabfallwirtschaftsplan.at/

BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2012). Ressourceneffizienz Aktionsplan (REAP), Wegweiser zur Schonung natürlicher Ressourcen. Wien: BMLFUW. http://www.bmlfuw.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/ressourceneffizienz/aktionsplan_ressourceneffizienz/aktionsplan.html

BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2015). Indikatoren-Bericht MONE 2015. Auf dem Weg zu einem nachhaltigen Österreich. Wien: BMLFUW. https://www.nachhaltigkeit.at/bewertung/MONE

BMLFUW, Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2017). Österreichische Strategie zur Anpassung an den Klimawandel, Aktualisierte Version Jänner 2017, Teil 1 – Kontext, Wien. https://www.bmnt.gv.at/umwelt/klimaschutz/klimapolitik_national/anpassungsstrategie/strategie-kontext.html.

BMNT, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (2018). Grüner Bericht 2018. Bericht über die Situation der österreichischen Land- und Forstwirtschaft, Wien: BMNT.

BMNT & BMVIT, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus und Bundesministerium für Verkehr, Innovation und Technologie (2018), Die österreichische Klima- und Energiestrategie – mission 2030, Bundesministeriums für Nachhaltigkeit und Tourismus (2018), Wien. https://mission2030.info/wp-content/uploads/2018/06/Klima-Energiestrategie.pdf

BMWFJ, Bundesministerium für Wirtschaft, Familie und Jugend & BMLFUW, Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft (2010). Energie Strategie Österreich – Maßnahmenvorschläge. Wien. http://www.energiestrategie.at/, http://www.energiestrategie.at/images/stories/pdf/longversion/energiestrategie_oesterreich.pdf.

BMWFW, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (2015). Wirtschaftsbericht Österreich 2014. Wien: BMWFW.

Bowling, A. (2005). Ageing well. Birkshire: McGraw-Hill.

Bundesgesetz über eine nachhaltige Abfallwirtschaft (Abfallwirtschaftsgesetz 2002 – AWG 2002), BGBl. I Nr. 102, 16. Juli 2002.

Bundesgesetz BGBl. Nr. 185/1993 i.d.F. 35/2012 Bundesgesetz über die Förderung von Maßnahmen in den Bereichen der Wasserwirtschaft, der Umwelt, der Altlastensanierung, zum Schutz der Umwelt im Ausland und über das österreichische JI/CDM-Programm für den Klimaschutz sowie der Energieeffizienz (Umwelt- und Energieeffizienzförderungsgesetz - UFG) (Umweltförderungsgesetz – UFG).

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 77/2010, Bundesgesetz, mit dem das Immissionsschutzgesetz-Luft und das Bundesluftreinhaltegesetz geändert werden und das Bundesgesetz über ein Verbot des Verbrennens biogener Materialien außerhalb von Anlagen aufgehoben wird (Immissionsschutzgesetz-Luft).

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 75/2011, über die Förderung der Elektrizitätserzeugung aus erneuerbaren Energieträgern (Ökostromgesetz 2012 – ÖSG 2012).

Bundesgesetz BGBl 106/2011 zur Einhaltung von Höchstmengen von Treibhausgasemissionen und zur Erarbeitung von wirksamen Maßnahmen zum Klimaschutz (Klimaschutzgesetz 2011).

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 11/2012 Kundmachung des Bundesministers für Wirtschaft, Familie und Jugend über das Inkrafttreten des Ökostromgesetzes 2012.

Bundesgesetz BGBl. I Nr. 94/2013, mit dem das Klimaschutzgesetz BGBl. I Nr. 106/2011 geändert wird.

Bundesgesetzblatt I Nr. 72/2014, mit dem das Bundes-Energieeffizienzgesetz, das Bundesgesetz, mit dem der Betrieb von bestehenden hocheffizienten KWK-Anlagen über KWK-Punkte gesichert wird, und das Bundesgesetz, mit dem zusätzliche Mittel für Energieeffizienz bereitgestellt werden, erlassen sowie das Wärme- und Kälteleitungsausbaugesetz und das KWK-Gesetz geändert werden (Energieeffizienzpaket des Bundes).

Donald, M. N. & Havighurst, R. J. (1959). The meanings of leisure. Social Forces, 37(4), 355-360.

Doyal, L., & Gough, I. (1991). A theory of human need. New York: Palgrave Macmillan.

Eisenmenger, N., Krausmann F., Milota, E. & Schaffartzik, A. (2015). Ressourcennutzung in Österreich – Bericht 2015. Wien: Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft (Hrsg.).

Eurofound (2012). Fifth European Working Conditions Survey. Luxembourg: Publications Office of the European Union.

Europäische Kommission (2001). Communication from the Commission. A Sustainable Europe for a Better World: A European Union Strategy for Sustainable Development. Brussels. http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/site/en/com/2001/com2001_0264en01.pdf

Europäische Kommission (2007): „Special Eurobarometer 273/Wave 66.3. European Social Reality". Report. http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/ebs/ebs_273_de.pdf

Europäische Kommission (2009a). EU-Maßnahmen gegen den Klimawandel, Das Emissionshandelssystem der EU. http://ec.europa.eu/clima/publications/docs/ets_de.pdf

Europäische Kommission (2009b). „Effort-Sharing"-Entscheidung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Anstrengungen der Mitgliedstaaten zur Reduktion ihrer Treibhausgasemissionen mit Blick auf die Erfüllung der Verpflichtungen der Gemeinschaft zur Reduktion der Treibhausgasemissionen bis 2020 (406/2009/EG). http://ec.europa.eu/clima/policies/effort/index_en.htm

Europäische Kommission (2009c): Mitteilung der Kommission an den Rat und das Europäische Parlament - Das BIP und mehr. Brüssel, den 20.8.2009 KOM(2009) 433 endgültig.

Europäische Kommission (2010a). Mitteilung der Kommission – Europa 2020 Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, KOM(2010) 2020 endgültig, Brüssel. http://www.statistik.at/web_de/static/mitteilung_der_kommission_europa_2020_070151.pdf; http://ec.europa.eu/europe2020/index_de.htm

Europäische Kommission (2011a). Fahrplan für ein ressourcenschonendes Europa, Mitteilung der Kommission an das Europäische Parlament, den Rat, den Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschuss und den Ausschuss der Regionen, KOM(2011) 571 endgültig, Brüssel.

Europäische Kommission (2011b). Fahrplan zu einem einheitlichen europäischen Verkehrsraum – Hin zu einem wettbewerbsorientierten und ressourcenschonenden Verkehrssystem" der Europäischen Kommission, KOM (2011) 144, Brüssel.

Europäische Kommission (2012). Vorschlag für eine Empfehlung des Rates zur Einführung einer Jugendgarantie, COM(2012) 729 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2013b). Commission Staff Working Document, Progress on "GDP and beyond" actions, SWD(2013) 303 final, Volume 1, Brüssel.

Europäische Kommission (2014). Bestandsaufnahme der Strategie Europa 2020 für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum, COM(2014) 130 final, Brüssel.

Europäische Kommission (2015): Standard Eurobarometer - Public Opinion. http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb_arch_en.htm.

Europäische Kommission (2016a) Factsheet on the Commission's proposal on binding greenhouse gas emission reductions for Member States (2021-2030), Brüssel, http://ec.europa.eu/transport/node/4033_fr

Europäische Kommission (2016b). A European Strategy for Low-Emission Mobility, https://ec.europa.eu/transport/sites/transport/files/themes/strategies/news/doc/2016-07-20-decarbonisation/com%282016%29501_en.pdf

Europäische Union (1998). Doc. Eco-taxes/98/1, Arbeitspapier, Luxemburg.

European Commission (2012). Communication from the Commission - Annual Growth Survey 2013, COM(2012) 750 final, Brüssel. http://ec.europa.eu/europe2020/pdf/ags2013_en.pdf

Eurostat Task Force "Environmental sustainability" of the Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development (2011). Report of the Task Force. http://ec.europa.eu/eurostat/documents/7330775/7339383/TF2-Final-report-Environment-Sustainability/5f3bebae-ca5d-40d5-b0d2-01d925c0cbf8

Eurostat (1994). SERIEE Système Européen de Rassemblement de l'Information Économique sur l'Environnement, Handbuch Version 1994, Luxembourg.

Eurostat (2008). Harmonised European time use surveys - 2008 Guidelines. Methodologies and Working Papers, Eurostat, Office for Official Publications of the European Communities, Brüssel.

Eurostat (2010). Europa in Zahlen. Eurostat Jahrbuch 2010. Luxemburg: Eurostat.

Eurostat (2011). Sponsorship Group on Measuring Progress, Well-being and Sustainable Development – Final Report adopted by the European Statistical System Committee. http://ec.europa.eu/eurostat/web/ess/about-us/measuring-progress

Eurostat (2011a). Climate Change: Reflection about the work of Eurostat on statistics related to mitigation and adaptation, Luxemburg.

Eurostat (2014a). Getting messages across using indicators - A handbook based on experiences from assessing Sustainable Development Indicators, Manuals and Guidelines, Luxembourg: Publications Office of the European Union

Eurostat (2014b). Lebensqualität - Kontext, http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/gdp-and-beyond/quality-of-life/.

Eurostat (2015a). MIP Indicators. http://ec.europa.eu/eurostat/web/macroeconomic-imbalances-procedure/indicators.

Eurostat (2015b). Quality of Life - Facts and Views. Luxembourg: Publication Office of the European Union.

Eurostat (2015c): GDP and Beyond: Report and plan to 2020. Doc PG 2015/56/4.3. 56th Meeting of the Partnership Group Stockholm / Sweden 20 March 2015.

Eurostat (2018): Sustainable development in the European Union — Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context — 2018 edition, ISBN: 978-92-79-88744-4, Luxembourg: Publication Office of the European Union, https://ec.europa.eu/eurostat/web/products-statistical-books/-/KS-01-18-656

Eurostat (2018): Smarter, greener, more inclusive? Indicators to support the Europe 2020 Strategy, Luxembourg: Publication Office of the European Union. http://ec.europa.eu/eurostat/de/web/europe-2020-indicators/europe-2020-strategy/publications

Eurostat/OECD (2015): Eurostat-OECD compilation guide on land estimation. Eurostat Manuals and Guidelines. Luxembourg: Publications Office of the European Union, 2015.

EU-Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates vom 20. September 2005 über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER).

EU-Verordnung (EG) Nr. 834/2007 des Rates vom 28. Juni 2007 über die ökologische/biologische Produktion und die Kennzeichnung von ökologischen/biologischen Erzeugnissen und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 2092/91.

EU-Verordnung Nr. 691/2011 des europäischen Parlaments und des Rates vom 6. Juli 2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen.

EU-Verordnung Nr. 538/2014 des europäischen Parlaments und des Rates vom 16. April 2014 zur Änderung der Verordnung (EU) Nr. 691/2011 über europäische umweltökonomische Gesamtrechnungen.

Fessler, P., Lindner, P., Schürz, M. (2016). Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2014: Erste Ergebnisse für Österreich (zweite Welle). Oesterreichische Nationalbank.

Fessler, P., Mooslechner, P. & Schürz, M. (2012). Household Finance and Consumption Survey des Eurosystems 2010. Erste Ergebnisse für Österreich. Geldpolitik & Wirtschaft, Q3, 26-67.

Gierlinger, S. (2017). Umweltgesamtrechnungen Modul Materialflussrechnung (Zeitreihe 2000 bis 2015). Projektbericht im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Wien: Statistik Austria.

Geisberger, T. (2011). The gender pay gap: evidence from Austria. Presented at the Conference of European Statisticians, United Nations, Economic and Social Council, 12-14 March 2012. Geneva/CH.

Geisberger, T. & Glaser, T. (2014). Geschlechtsspezifische Verdienstunterschiede - Analysen zum „Gender Pay Gap" auf Basis der Verdienststrukturerhebung 2010, Statistische Nachrichten, 3/2014, 215-226.

Gollner, M. (2017). Energiedaten Österreich 2016, Änderung wichtiger Kennzahlen und Einflussfaktoren im Vergleich zum Vorjahr, Studie im Auftrag von Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft, Bundesministerium für Wissenschaft, Forschung und Wirtschaft, Wien: Statistik Austria.

Huppert, F. A., & So, T. T. (2013). Flourishing across Europe: Application of a new conceptual framework for defining well-being. Social Indicators Research, 110(3), 837-861.

IPCC Intergovernmental Panel on Climate Change (2013). Summary for Policymakers. In: Climate Change 2013: The Physical Science Basis. Contribution of Working Group I to the Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change [Stocker, T.F., D. Qin, G.-K. Plattner, M. Tignor, S.K. Allen, J. Boschung, A. Nauels, Y. Xia, V. Bex and P.M. Midgley (eds.)]. Cambridge University Press, Cambridge, United Kingdom and New York, NY, USA. -

Jackson, T. (2011). Prosperity without growth: Economics for a finite planet. London: Routledge.

Janger, J., Bock-Schappelwein, J., Böheim, M., Famira-Mühlberger, U., Horvath, Th., Kletzan-Slamanig, D., Schratzenstaller, M., Hofmarcher-Holzhacker, M. (2015). Monitoring auf Austria's Efforts Within the Europe 2020 Strategy, Update 2014-15. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Karner, T. & Scharl, S. (2012). Von einer nationalen zu einer europäischen Straßengüterverkehrsstatistik in Österreich, Statistische Nachrichten 12/2012, 1016-1025.

Karner, T. & Scharl, S. (2014). Straßengüterverkehrsstatistik im Wandel der Zeit, Statistische Nachrichten 6/2014, 490-496.

Kettner, C., Kirchner, M., Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F. (2016). Aktuelle Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft. Sonderthema: das Klimaschutzabkommen von Paris. WIFO-Monatsberichte, 2016, 89(7), S. 511-524, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Kettner-Marx, C., Kirchner, M., Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A., Meyer, I., Sinabell, F., Sommer, M. (2018). Schlüsselindikatoren zu Klimawandel und Energiewirtschaft 2018. WIFO-Monatsberichte, 2018, 91(7), S. 507-524, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Keyes, C. L. (2002). The mental health continuum: From languishing to flourishing in life. Journal of health and social behavior, 43 (6), 207-222.

Kletzan, D., Köppl, A., Kratena, K., Wüger, M. (2002). Nachhaltige Strukturen im privaten Konsum, Wifo-Studie im Auftrag der Bundesministerien für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft sowie für Verkehr, Innovation und Technologie, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Kletzan-Slamanig, D., Köppl, A. & Kratena, K. (2008). Ziele und Optionen der Steuerreform: Optionen für eine Ökologisierung des österreichischen Steuersystems. Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Kratena, K., Meyer, I., Wüger, m. (2009): Ökonomische, technologische und soziodemographische Einflussfaktoren der Energienachfrage, WIFO-Monatsberichte 7/2009, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Kratena, K., Meyer, I., Sommer, M.W. (2013). Energy Scenarios 2030, Model Projections of Energy Demand as a Basis to Quantify Austria's Greenhouse Gas Emissions, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung (WIFO).

Kuhlmann, E. & Kolip, P. (2005). Gender und Public Health. Juventa: Weinheim.

Kyoto-Protokoll – Klimaschutzabkommen, am 11.12.1997 beim Weltklimagipfel in Kyoto (Japan) beschlossen, http://unfccc.int/kyoto_protocol/items/2830.php.

Lamei, N. & Skina-Tabue, M. (2011). Lebensstandard aus Geschlechterperspektive - Indikatoren zu Einkommen, Armutsgefährdung und Lebenslagen von Frauen und Männern, Statistische Nachrichten 12/2011, 1205-1215.

Lanegger, J. & Fröhlich, G. (2014). Bodenlos? Flächeninanspruchnahme in Österreich: Ursachen-Folgen-Lösungsansätze. Wien: Kammer für Arbeiter und Angestellte für Niederösterreich.

Leoni, T. (2015). Soziale Unterschiede in Gesundheit und Inanspruchnahme der Gesundheitsversorgung. WIFO.

Lewicki, R. J., & Tomlinson, E. C. (2003). Trust and trust building. Beyond intractability, 305-315. http://www.beyondintractability.org/essay/trust-building

Meyer, I. (2007): Nachhaltige Mobilität und Klimaökonomie, WIFO-Monatsberichte 4/2007, S. 375-388, Wien: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung.

Meyer, B., Meyer, M., Meyer zu Holte, I.(2010). Die ökologischen und ökonomischen Wirkungen eines nachhaltigeren Konsums in Deutschland, Bildungsinitiative Mut zur Nachhaltigkeit, Osnabrück: 2010 Stiftung Forum für Verantwortung, ASKO EUROPA-STIFTUNG, Europäische Akademie Otzenhausen gGmbH.

Nachhaltigkeitsstrategie des Bundes (NSTRAT 2002) - „Österreichische Strategie für Nachhaltige Entwicklung" (2002), https://www.nachhaltigkeit.at/nstrat.

Nordhaus, W. D. & Tobin, J. (1972). Is growth obsolete? In W.D. Nordhaus & J.Tobin (1972), Economic Research: Retrospect and Prospect Vol. 5: Economic Growth (pp. 1-80). Cambridge MA: NBER.

OECD (2013a). OECD Economic Surveys: Austria 2013. Paris: OECD Publishing. http://dx.doi.org/10.1787/eco_surveys-aut-2013-en

OECD (2013b). OECD Guidelines on Measuring Subjective Well-being. Paris: OECD Publishing.

OECD (2013c). OECD Framework for Statistics on the Distribution of Household Income, Consumption and Wealth. Paris: OECD Publishing. http://dx.doi.org/10.1787/9789264194830-en.

OECD (2013d). OECD Guidelines for Micro Statistics on Household Wealth. Paris: OECD Publishing. http:/dx.doi.org/10.1787/9789264194878-en

ÖPUL Österreichischen Programm zur Förderung einer umweltgerechten, extensiven und den natürlichen Lebensraum schützenden Landwirtschaft, https://www.ama.at/getattachment/4a7c22e1-bcb4-42bc-bab1-fea6b904b6a2/SRL_OEPUL_2015.pdf

ÖSTRAT Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung - Arbeitsprogramm 2011ff des Bundes und der Länder (2011). http://www.bmlfuw.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/strategien_programme/oestrat.html

Pesendorfer, K., Eiffe, F. & Wegscheider-Pichler, A. (2012). Wie geht's Österreich? Messung von Wohlstand- und Fortschritt - Implementierung der SSF / ESS Empfehlungen. Wien: Statistik Austria. https://www.statistik.at/web_de/static/hintergrundbericht_wie_gehts_oesterreich_070146.pdf

Ponocny, I. et al. (2015). Are most people happy? Exploring the meaning of subjective well-being ratings, Journal of happiness studies, Open access: http://link.springer.com/article/10.1007/s10902-015-9710-0

Rat der Europäischen Union (2011). Schlussfolgerungen des Rates zur Rolle der allgemeinen und beruflichen Bildung bei der Durchführung der Strategie „Europa 2020", Amtsblatt der Europäischen Union 2011/C 70/01

Richtlinie 92/43/EWG des Rates vom 21. Mai 1992 zur Erhaltung der natürlichen Lebensräume sowie der wildlebenden Tiere und Pflanzen (Fauna-Flora-Habitat-Richtlinie - FFH-Richtlinie).

Richtlinie 2003/30/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 8. Mai 2003 zur Förderung der Verwendung von Biokraftstoffen oder anderen erneuerbaren Kraftstoffen im Verkehrssektor (Biokraftstoffrichtlinie).

Richtlinie 2006/32/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 5. April 2006 über Endenergieeffizienz und Energiedienstleistungen und zur Aufhebung der Richtlinie 93/76/ EWG des Rates.

Richtlinie 2008/50/EG des europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2008 über Luftqualität und saubere Luft für Europa (EU-Luftqualitätsrichtlinie).

Richtlinie 2009/28/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. April 2009 zur Förderung der Nutzung von Energie aus erneuerbaren Quellen (Erneuerbaren-Richtlinie).

Richtlinie 2012/27/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2012 zur Energieeffizienz, zur Änderung der Richtlinien 2009/125/EG und 2010/30/EU und zur Aufhebung der Richtlinien 2004/8/EG und 2006/32/EG.

Schaffartzik, A., Krausmann, F. & Eisenmenger, N. (2011). Der Rohmaterialbedarf des österreichischen Außenhandels. Social Ecology Working Paper 125, IFF Social Ecology, Wien.

Seligman, M. (2011). Flourish: A new understanding of happiness, well-being-and how to achieve them. Boston: Nicholas Brealey.

Sen, A. K. (2009). Ökonomische Ungleichheit. Marburg: Metropolis.

Sevilla, A., Gimenez-Nadal, J. & Gershuny, J. (2012). Leisure Inequality in the United States: 1965—2003. Demography, 49(3), 939-964.

Song-Klein, Y. (2012). Gesundheit und Umwelt. http://www.gesundheit.de/medizin

Spangl, W., Nagl, Ch. (2017). PM_{10}- und $PM_{2,5}$- Exposition der Bevölkerung in Österreich. REP-0634, ISBN: 978-3-99004-451-3, , Wien: Umweltbundesamt. http://www.umweltbundesamt.at/aktuell/publikationen/publikationssuche/publikationsdetail/?pub_id=2235

Statistik Austria (2007). Österreichische Gesundheitsbefragung 2006/2007 - Hauptergebnisse und methodische Dokumentation. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2016). Standard-Dokumentation - Metainformationen Energiebilanzen für Österreich und die Bundesländer ab 1970 (bzw. ab 1988) Bearbeitungsstand: 27.07.2016 http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html

Statistik Austria (2013). Eiffe, F., Gärtner, K., Wegscheider-Pichler, A., Oismüller, A., Plate, M.. Wie geht's Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2014). Eiffe, F., Gärtner, K., Wegscheider-Pichler, A., Kettner, C. (WIFO), Kletzan-Slamanig, D. (WIFO). Wie geht's Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2014). Standard-Dokumentation – Metainformationen zur Kfz-Statistik, Bearbeitungsstand: 21.03.2014 http://www.statistik.at/web_de/statistiken/verkehr/strasse/kraftfahrzeuge_-_neuzulassungen/index.html

Statistik Austria (2015). Eiffe, F., Gärtner, K., Wegscheider-Pichler, Leitner, F., Schachl, Th. Wie geht's Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2016). Wegscheider-Pichler, Gärtner, K., Prettner, C., Heuberger, R., Jurasszovich, T., Schwarz, K., Thomasberger, M., Aichholzer, J.; Fessler, P. (OeNB), Schürz, M. (OeNB). Wie geht's Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria (2017). Wegscheider-Pichler, Gärtner, K., Prettner, C., Leitner B.,. Wie geht's Österreich? - Indikatoren und Analysen. Wien: STATISTIK AUSTRIA.

Statistik Austria und Bundesministerium für Gesundheit (2015). Österreichische Gesundheitsbefragung 2014. Hauptergebnisse des Austrian Health Interview Survey (ATHIS) und methodische Dokumentation. Wien: Statistik Austria.

Statistik Austria. Energiegesamtrechnung (Energy Accounts) http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiegesamtrechnung/index.html

Statistik Austria. Materialflussrechnung. http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/materialflussrechnung/index.html

Statistik Austria. Öko-Steuern, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/oeko-steuern/index.html

Statistik Austria. Umweltorientierte Produktion und Dienstleistung, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/umweltorientierte_produktion_und_dienstleistung/index.html

Statistik Austria. Umweltschutzausgabenrechnung, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/umwelt/umweltschutzausgaben/index.html

Statistik Austria. Kraftfahrzeuge - Bestand, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/verkehr/strasse/kraftfahrzeuge_-_bestand/index.html

Statistik Austria. Österreichische Energiebilanzen, http://www.statistik.at/web_de/statistiken/energie_und_umwelt/energie/energiebilanzen/index.html

Stiglitz, J., Sen, A. & Fittousi, J. (2009). Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress https://ec.europa.eu/eurostat/documents/118025/118123/Fitoussi+Commission+report

Till, M.; Baldaszti, E. & Eiffe, F. (2012). Indikatoren für soziale Eingliederung in Österreich – Endbericht. Wien: Statistik Austria.

Till, M, Klotz, J., Zucha, V. (2015). Eingliederungsindikatoren 2014 Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich. Studie der Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz, Wien: Statistik Austria.

Umweltbundesamt (2013). Zehnter Umweltkontrollbericht. Umweltsituation in Österreich. Reports Bd. REP-0410. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2014). Pazdernik, K.; Anderl, M.; Freudenschuß, A.; Haider, S.; Jobstmann, H.; Kohlbach, M.; Köther, T.; Kriech, M.; Lampert, C.; Moosmann, L.; Pinterits, M.; Poupa, S.; Schmid, C.; Stranner, G.; Schwaiger, E.; Schwarzl, B.; Weiss, P. & Zechmeister, A. Austria's National Inventory Report 2014. Submission under the United Nations Framework Convention on Climate Change and under the Kyoto Protocol, Bd. REP-0475. Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2016). Anderl, M., Gangl, M., Haider, S., Moosmann, L., Pazdernik, K., Poupa, St., Purzner, M., Schieder, W., Schmid, C., Stranner, G., Zechmeister, A. Emissionstrends 1990-2014, Ein Überblick über die Verursacher von Luftschadstoffen in Österreich. (Datenstand 2016). Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2018a). Austria's annual greenhouse gas inventory 1990–2017, Submission under Regulation (EU) No 525/2013, REP-0638, Wien: Umweltbundesamt.

Umweltbundesamt (2017b). Austria's Informative Inventory Report (IIR) 2017, Submission under the UNECE Convention on Long-range Transboundary Air Pollution and Directive (EU) 2016/2284, Wien: Umweltbundesamt.

UN System of Environmental Economic Accounting – SEEA. http://unstats.un.org/unsd/envaccounting/seea.asp

UNECE (2010). Measuring Quality of Employment. Geneva: United Nations.

UNECE (2011). The Canberra Group Handbook on Household Income Statistics, Second Edition, ECE/CES/11,Geneva.

UNECE (2015): Handbook on Measuring Quality of Employment - A Statistical Framework, Expert Group on Measuring the Quality of Employment, ECE/CES/BUR/2014/OCT/22, CES Bureau, Geneva (Switzerland), 21. May 2015 - DRAFT.

UNECE (2017): Economic and Social Council, Conference of European Statisticians' Road Map on Statistics for Sustainable Development Goals, First Edition, Prepared by the Steering Group on Statistics for SDGs, https://www.unece.org/fileadmin/DAM/stats/documents/ece/ces/2017/CES_Road_Map_for_SDGs_First_Edition_final.pdf

UNEP, United Nations Environment Program (2011). Decoupling natural resource use and environment impacts from economic growth, a Report of the Working Group on Decoupling to the International Resource Panel. http://www.bmlfuw.gv.at/umwelt/nachhaltigkeit/ressourceneffizienz/ressourcennutzung_zahlen-und-fakten/decoupling.html

UN FCCC, United Nations Framework Convention on Climate Change, Adoption of the Paris Agreement, Conference of the Parties, Paris December 2015. https://unfccc.int/resource/docs/2015/cop21/eng/l09r01.pdf

United Nations (1987) United Nations Report of the World Commission on Environment and Development; "Brundtland-Bericht". Our Common Future.

Verordnung des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft über Deponien (Deponieverordnung 2008) BGBl. II Nr. 39/2008, geändert durch BGBl. II Nr. 185/2009, zuletzt geändert durch BGBl. II Nr. 178/2010

Ward, P., & Meyer, S. (2009). Trust, social quality and wellbeing: a sociological exegesis. Development and Society, 38(2), 339-363.

WHO (2015). Health and human rights. http://www.who.int/hhr/en/

Ziegleder, D./ Kudlacek, D./ Fischer, T. (2011). Zur Wahrnehmung und Definition von Sicherheit durch die Bevölkerung. Erkenntnisse und Konsequenzen aus der kriminologisch-sozialwissenschaftlichen Forschung. Schriftenreihe Forschungsforum Öffentliche Sicherheit.

Zucha, V., Heuberger, R., Leitner, B., Ghassemi-Bönisch, S., Vollman, K. (2017). Wohnen - Zahlen, Daten und Indikatoren der Wohnstatistik, Wien: Statistik Austria.



Wie geht's Österreich? – Sonderkapitel

Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit

Begutachteter Beitrag

Inhalt

A.1
Einleitung und Überblick 194

A.1.1 Einleitung 196
A.1.2 Arbeitskräfteangebot 197
A.1.3 Arbeitskräftenachfrage 200
A.1.4 Arbeitslosigkeit und alternative Indikatoren 201
A.1.5 Schlussbemerkungen 204

A.2
Arbeitsmarkt und Arbeitsorganisation 205

A.2.1 Einleitung 205
A.2.2 Arbeitszeitwunsch 205
A.2.3 Kontaktaufnahme in der Freizeit 208
A.2.4 Überstunden 208
A.2.5 Möglichkeit, kurzfristig ein bis zwei Stunden frei zunehmen 210
A.2.6 Autonomie in der Arbeit 210
A.2.7 Arbeiten unter Zeitdruck 211
A.2.8 Schlussbemerkungen 212

A.3
Lebensqualität und Erwerbsstatus 213

A.3.1 Einleitung 213
A.3.2 Beschreibung der verwendeten Daten 214
A.3.3 Erwerbsstatus und Lebenszufriedenheit 215
A.3.4 Erwerbsstatus und Gesundheit 217
A.3.5 Erwerbsstatus und soziale Teilhabe 218
A.3.6 Multivariate Analyse 220
A.3.7 Schlussbemerkungen 228

A.4
Literatur 230

Grafiken

Grafik A.1 Arbeitslosigkeit der 15-74-Jährigen (ILO-Definition) 194
Grafik A.2 Allgemeine Lebenszufriedenheit 195
Grafik A.3 Entwicklung des BIP und wichtiger Arbeitsmarktkennzahlen 196
Grafik A.4 Beitrag von Zuwanderung, Bevölkerungsentwicklung und Änderungen des Erwerbsverhaltens zur Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes in Österreich (2005 bis 2017) 199
Grafik A.5 Arbeitslosenquote nach unterschiedlich breit definierter Arbeitslosigkeit, nach Geschlecht 203
Grafik A.6 Erwerbstätige nach gewünschter Arbeitszeit, Geschlecht und durchschnittlichen Normalarbeitsstunden 206
Grafik A.7 Erwerbstätige nach Aufforderung, früher zu kommen/später zu gehen 207
Grafik A.8 Erwerbstätige nach Aufforderung, früher zu kommen/später zu gehen 207
Grafik A.9 Kontaktaufnahme in der Freizeit 208
Grafik A.10 Überstunden 209
Grafik A.11 Autonomie in der Arbeit 210
Grafik A.12 Erwerbstätige nach Arbeit unter Zeitdruck und Wirtschaftszweigen 211

Grafik A.13 Allgemeine Lebenszufriedenheit 216
Grafik A.14 Zufriedenheit mit Wohnsituation und mit Hauptbeschäftigung 216
Grafik A.15 Zufriedenheit mit finanzieller Situation des Haushaltes und persönlichem Einkommen 217
Grafik A.16 Gesundheit 217
Grafik A.17 Kontakt zum bzw. Unterstützung vom informellen sozialen Netzwerk 218
Grafik A.18 Gesellschaftliches Engagement 219
Grafik A.19 Mindestens ein Besuch von Kino und Sportveranstaltung in den letzten zwölf Monaten 220
Grafik A.20 Mindestens ein Besuch von Kulturstätten und Live-Veranstaltungen in den letzten zwölf Monaten 220

Übersichten

Übersicht A.1 Konzeptionelle Unterschiede zwischen Administrativdaten und Befragungsdaten im Arbeitsmarktbereich 197
Übersicht A.2 Zahl an Erwerbspersonen und Erwerbsquote in Österreich 2005 und 2017 198
Übersicht A.3 Zahl an Erwerbstätigen und Beschäftigungsquote in Österreich 2005 und 2017 200
Übersicht A.4 Zahl an Arbeitslosen und Arbeitslosenquote in Österreich 2005 und 2017 202

Tabellen

Tabelle A 1 Mittelwerte der Kontrollvariablen 221
Tabelle A 2 Zufriedenheit 223
Tabelle A 3 Gesundheit 224
Tabelle A 4 Soziale Teilhabe 226
Tabelle A 5 Kulturelle Teilhabe 227

A.1
Einleitung und Überblick

Das Sonderkapitel zu *Wie geht's Österreich?* 2018 zu Arbeitsmarkt und Arbeitslosigkeit betrachtet eingehend die Lage auf dem österreichischen Arbeitsmarkt und beschäftigt sich darüber hinaus näher mit den Arbeitsrealitäten der Österreicherinnen und Österreicher. Zudem werden Auswirkungen verschiedener Arbeitsmarktindikatoren auf die Lebensqualität und die Lebenszufriedenheit untersucht. Eingangs stellt im ersten Unterkapitel ein Beitrag des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung (WIFO) die Entwicklung und die Struktur des Arbeitskräfteangebots, der Arbeitskräftenachfrage sowie der Arbeitslosigkeit dar. Nachfolgend werden einige zentrale Ergebnisse eines Sondermoduls zum Mikrozensus 2015 zur Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung zusammengefasst, welche von besonderer Relevanz im Kontext von *Wie geht's Österreich?* sind. Schließlich liefert das dritte Unterkapitel eine Analyse des Zusammenhanges von Erwerbstätigkeit mit verschiedenen Aspekten des subjektiven Wohlbefindens.

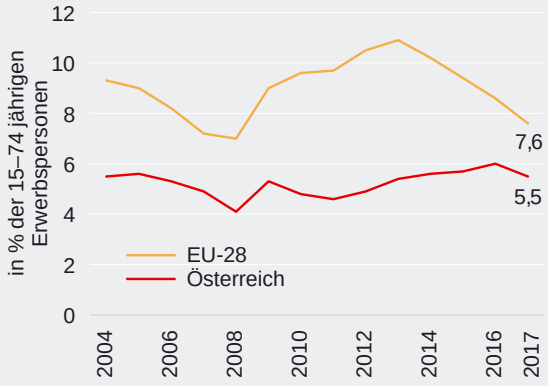
Im Rahmen von *WgÖ?* stellen in der Dimension „Produktive Aktivitäten und Arbeit" die Erwerbstätigenquote und Arbeitslosenquote die Schlüsselindikatoren dar (siehe Kapitel 2.6). Erwerbstätigkeit und aktive Teilnahme am Arbeitsmarkt sind jedoch nicht nur eine der wichtigsten Grundlagen für den materiellen Lebensstandard, sondern auch ein zentraler Bestandteil der Lebensqualität. Arbeit liefert nicht nur die materielle Grundlage des Lebens in Form eines regelmäßigen Einkommens, sondern bietet darüber hinaus die Möglichkeit, sich zu entwickeln, spezifische Fähigkeiten zu erwerben und sich in der Gesellschaft als nützlich zu erleben. Insofern geht die Teilnahme am Arbeitsmarktgeschehen über den Aspekt der finanziellen Absicherung eines Haushalts hinaus und die Dimension „Produktive Aktivitäten und Arbeit" kann ebenso dem Bereich materieller Wohlstand wie dem Bereich der Lebensqualität zugeordnet werden. Das vorliegende Sonderkapitel möchte ein umfassenderes Bild zum Thema Arbeitsmarkt zeichnen, das nicht nur aktuelle Entwicklungen darstellt, sondern darüber hinaus auch auf Arbeitsbedingungen eingeht und die Bedeutung des Lebensbereichs Arbeit für die Lebensqualität beschreibt.

Die große Bedeutung der Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt für die gesamtgesellschaftliche und individuelle Wohlfahrt spiegelt sich auf europäischer Ebene u.a. in der Europa 2020 Strategie für ein intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum der EU wieder, für welche die Steigerung der Erwerbsbeteiligung ein Kernziel ist. Wenngleich sich die Erwerbstätigenquote seit 2014 wieder dem Europa 2020 Zielpfad annähert und die Arbeitslosigkeit in der Europäischen Union in den vergangenen Jahren rückläufig war, stellen die Arbeitsmarktintegration und die Reduktion der Arbeitslosigkeit in Europa nach wie vor eine der größten Herausforderungen dar. Mit der nationalen Umsetzung der Europa 2020 Strategie verbunden ist insbesondere die stärkere Integration von Jugendlichen, älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, Geringqualifizierten und Migrantinnen und Migranten in den Arbeitsmarkt.

Der österreichische Arbeitsmarkt war in den letzten Jahren unter anderem von den Auswirkungen der internationalen Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise geprägt, da nach einer vorläufigen Erholung der österreichischen Wirtschaft eine mehrjährige Phase geringen Wirtschaftswachstums folgte. Der Strukturwandel der Wirtschaft ließ die Nachfrage nach manuellen, vielfach von gering qualifizierten Arbeitskräften ausgeübten Tätigkeiten weiter zurückgehen und die Arbeitslosigkeit stieg deutlich auf 6,0 % (2016). Erst 2017 kam es nach Jahren des Anstiegs erstmals wieder zu einem Rückgang der Arbeitslosenquote auf 5,5 % (siehe Grafik A.1).

Grafik A.1

Arbeitslosigkeit der 15-74-Jährigen (ILO-Definition)



Q: STATISTIK AUSTRIA, MZ-Arbeitskräfteerhebung; Eurostat.

Gleichzeitig zur verhaltenen Dynamik auf der Nachfrageseite kam es in Österreich in den vergangenen Jahren, bedingt durch internationale Migration, grenzüberschreitendes Pendeln und zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren – zu einem markanten Anstieg des Arbeitskräfteangebots. Der erste Teil des Sonderka-

pitels beschäftigt sich mit genau jenen Aspekten, die auf der Nachfrageseite und auf der Angebotsseite hinter dem Anstieg der Arbeitslosigkeit in Österreich bis 2016 stehen und die den österreichischen Arbeitsmarkt der vergangenen Jahre prägen.

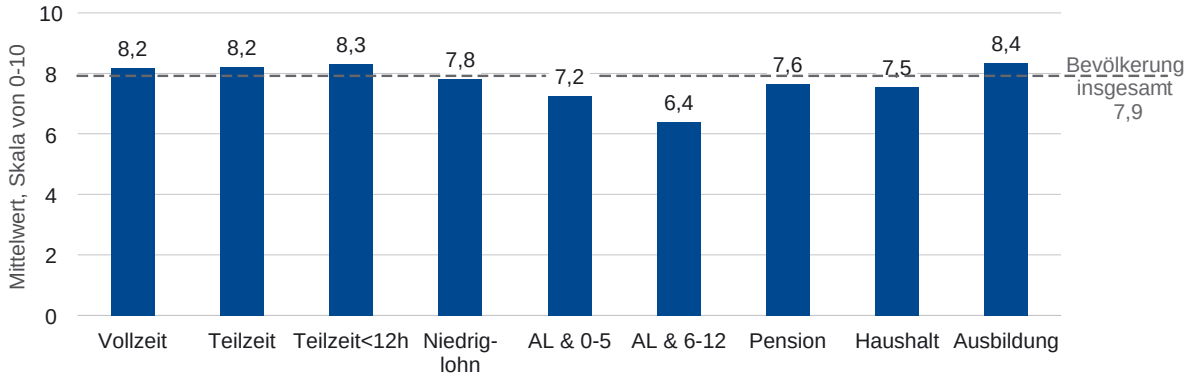
Erwerbstätigkeit stellt jedoch wie eingangs bereits erwähnt, über die Sicherung des Lebensstandards hinaus, einen zentralen Bestandteil der Lebensqualität dar. Wie in Teil zwei des Sonderkapitels diskutiert, sind für die individuelle Zufriedenheit mit der Arbeitssituation verschiedene Faktoren mit entscheidend, wie einerseits die Quantität der Arbeit im Verhältnis zum Arbeitszeitwunsch und andererseits die Qualität der Arbeit. Letzteres betrifft beispielsweise die vom Arbeitgeber erwartete Flexibilität hinsichtlich der Arbeitszeit, Autonomie in der Arbeit oder häufiges Arbeiten unter Zeitdruck. Die Ergebnisse des Mikrozensus Sondermoduls 2015 zeigen, dass wenngleich der Großteil der Erwerbstätigen mit der Arbeitszeitsituation zufrieden ist (72,0 %), fast jede bzw. jeder Fünfte (19,5 %) die Arbeitszeit gerne reduzieren würde. Die Zufriedenheit mit der Arbeitszeit fällt umso höher aus, je geringer die erwartete Flexibilität vonseiten der Arbeitgeberinnen und -geber ist. Zwei Fünftel (40,5 %) der Erwerbstätigen werden zumindest einmal im Monat dazu aufgefordert, länger zu bleiben oder früher zu kommen. Rund ein Zehntel (11,1 %) der Erwerbstätigen arbeitet immer unter Zeitdruck.

Wie sich dar Erwerbsstatus auf die Lebensqualität auswirken kann, wird im dritten Teil dieses Sonderkapitel als untersucht. Dabei werden die Dimensionen „subjektives Wohlbefinden", „Gesundheit" und „soziale Teilhabe und Armut" anhand ausgewählter Indikatoren genauer beleuchtet. Als ein wesentlicher Indikator wurde die subjektive Lebensqualität, gemessen auf einer Skala von 0-10, gewählt. 2017 lag die mittlere Zufriedenheit bei 7,9 von 10 Punkten und damit auf dem Niveau der beiden Vorjahre (siehe auch Kapitel 3.8).

Die Ergebnisse zeigen, dass arbeitslose Personen eine deutlich geringere subjektive Lebenszufriedenheit anführen, als Voll- und Teilzeitbeschäftigte. Diese Unterschiede sind auch im Vergleich zu Personen in einer prekären Beschäftigungsform – Erwerbstätigkeit im Ausmaß von weniger als zwölf Wochenstunden oder Niedriglohnbeschäftigung – sichtbar. Zudem wird gezeigt, dass unterschiedliche Einkommensverhältnisse, Alter und weitere soziodemographische Merkmale nur einen Teil der Unterschiede erklären können.

Der dritte Bereich von *Wie geht's Österreich?* betrifft die Umweltsituation. Ein Indikator, der hier mit dem Arbeitsmarkt im weiteren Sinn in Verbindung steht, sind die Beschäftigten in der umweltorientierten Produktion und Dienstleistung. Rund 183.000 Beschäftigte waren im Jahr 2016 (vorläufige Ergebnisse) in der Umweltwirtschaft tätig. Der vorliegende Indikator misst die direkte Produktion von Umweltprodukten und Umweltdienstleistungen. Informationen zu den indirekten Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft sind nicht daraus abzuleiten. Zudem steht im alleinigen Fokus die ökologische Komponente der Nachhaltigkeit. Die soziale Komponente – etwa gemessen aus der Qualität der Arbeitsplätze im Umweltbereich – ist nicht Teil des Konzepts und demgemäß auch den Daten nicht abzuleiten (siehe auch Kapitel 4.6.2). Dieser Aspekt wird daher in den nachfolgenden Unterkapiteln nicht weiter verfolgt.

Grafik A.2
Allgemeine Lebenszufriedenheit



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung.

A.3
Arbeitslosigkeit und deren Ursachen in Österreich

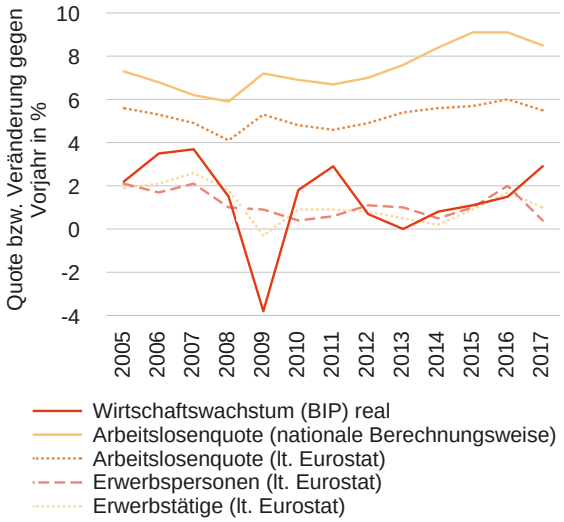
Gastbeitrag Julia Bock-Schappelwein, Thomas Horvath, Ulrike Huemer – WIFO

Die jüngere Vergangenheit am österreichischen Arbeitsmarkt ist gekennzeichnet von einem steigenden und sich in der Zusammensetzung – in Folge der Alterung der Erwerbsbevölkerung, internationaler Wanderungsbewegungen, Änderungen im Erwerbs- und Bildungsverhalten sowie in den gesetzlichen und institutionellen Rahmenbedingungen – ändernden Arbeitskräfteangebot. Auf Ebene der Arbeitskräftenachfrage beeinflussen die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die starke internationale Verflechtung der heimischen Wirtschaft und der fortschreitende wirtschaftliche Strukturwandel Ausmaß und Struktur der Arbeitskräftenachfrage. Allerdings überragte insbesondere in den konjunkturschwachen Jahren 2012 bis 2015 die Zunahme des Angebotes an Arbeitskräften jene der Arbeitskräftenachfrage, was dazu führte, dass die Arbeitslosigkeit stieg, sich verfestigte und zu Rückzugstendenzen am Arbeitsmarkt beitrug. Im Folgenden wird das Arbeitsmarktgeschehen der Jahre 2005 bis 2017 auf Basis der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebungsdaten nachgezeichnet.

A.1.1 Einleitung

Der österreichische Arbeitsmarkt war in den letzten Jahren von einer Reihe markanter Entwicklungen geprägt (siehe Grafik A.3): Auf den Gütermärkten löste die internationale Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise in den Jahren 2008/09 die stärkste Rezession seit dem Zweiten Weltkrieg aus (-3,8 % BIP Rückgang 2009), auf die, nach einer raschen Erholung der österreichischen Wirtschaft, eine mehrjährige Phase geringen Wirtschaftswachstums folgte (2012-2015 durchschnittlich +0,7 % BIP Wachstum). Auf dem Arbeitsmarkt nahm das Arbeitskräfteangebot – bedingt durch internationale Migration, grenzüberschreitendes Pendeln und zunehmende Erwerbsbeteiligung von Frauen und Älteren – markant zu, der Strukturwandel der Wirtschaft ließ die Nachfrage nach manuellen, vielfach von gering qualifizierten Arbeitskräften ausgeübten Tätigkeiten zurückgehen und die Arbeitslosigkeit stieg deutlich. 2017 sank die Arbeitslosenquote erstmals seit 2011 wieder, liegt jedoch nach wie vor deutlich über dem Vorkrisenniveau.

Grafik A.3
Entwicklung des BIP und wichtiger Arbeitsmarktkennzahlen



Q: Eurostat, AMS, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, WIFO-Berechnungen. Nationale Berechnung der Arbeitslosenquote: Arbeitslose laut AMS geteilt durch das unselbständige Arbeitskräfteangebot (Unselbständig Beschäftigte plus Arbeitslose). Zusammenspiel von allgemeiner wirtschaftlicher Entwicklung und Arbeitsmarktgeschehen: In Phasen mit hohem Wirtschaftswachstum sinkt die Arbeitslosenquote typischerweise deutlich und steigt in der Rezession (Finanz- und Wirtschaftskrise 2008/09) bzw. in Jahren mit geringer Konjunkturdynamik (2012 bis 2015). Unter dem Begriff Erwerbspersonen werden Erwerbstätige und Arbeitslose subsumiert.

Zur Beobachtung des Arbeitsmarktgeschehens stehen in Österreich Administrativdaten vom Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger und vom AMS sowie Befragungsdaten von Statistik Austria (Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung) zur Verfügung. Sie unterscheiden sich (siehe Übersicht A.1) nicht nur in der Erhebungsmethode, sondern auch in der Definition und der Operationalisierung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit wodurch sowohl die Größenordnung als auch die zeitliche Dynamik unterschiedlicher Arbeitsmarktgrößen zwischen den Datenquellen variiert. Welche Datenquelle für eine Untersuchung herangezogen wird, hängt somit von der jeweiligen Fragestellung ab. Der vorliegende Beitrag stützt sich auf die Befragungsdaten von Statistik Austria, da die im Mikrozensus erhobenen Personenmerkmale einen tieferen Einblick in die Entwicklung und Zusammensetzung von Arbeitskräfteangebot und Arbeitskräftenachfrage

Übersicht A.1
Konzeptionelle Unterschiede zwischen Administrativdaten und Befragungsdaten im Arbeitsmarktbereich

	Arbeitskräfteerhebung Mikrozensus	Administrativdaten HV und AMS
Umfang	Inländerkonzept: Wohnbevölkerung (inklusive Auspendler)	Inlandskonzept: Wohnbevölkerung + Einpendler – Auspendler
Datenquelle	Personenbefragung (Stichprobe)	Verwaltungsdaten (Vollerhebung)
Erwerbstätige	Personen, die in der Referenzwoche mindestens eine Stunde gearbeitet haben sowie Personen, die in der Referenzwoche temporär vom Arbeitsplatz abwesend waren (z. B. aufgrund von Urlaub, Krankheit, Mutterschutz, vorübergehende Erwerbsunfähigkeit, Altersteilzeit oder Elternkarenz).	Unselbständige: Voll sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse, d. h. Beschäftigungsverhältnisse über der Geringfügigkeitsgrenze Selbständig: (Pflichtversicherte) Personen in der gewerblichen Wirtschaft, neue Selbständige (seit 1998) und Selbständige und deren mithelfende Angehörige in der Land- und Forstwirtschaft
Arbeitslose	Personen, die in den letzten vier Wochen vor der Befragung aktiv nach Arbeit gesucht haben und innerhalb der nächsten zwei Wochen für eine Arbeitsaufnahme zur Verfügung stehen, gelten als arbeitslos. Das Kriterium der aktiven Arbeitssuche entfällt für erwerbslose Personen mit Jobzusage, sofern sie die Stelle innerhalb der nächsten drei Monate antreten.	Als arbeitslos gelten jene Personen, die beim AMS als arbeitslos vorgemerkt sind (max. geringfügig erwerbstätig) sowie arbeitsfähig und arbeitswillig sind.
Arbeitslosenquote	Eurostat-Berechnung: Arbeitslose, gemessen an den ökonomisch Aktiven (d. h. an den Erwerbspersonen).	Nationale Berechnung: Arbeitslose, gemessen an den unselbständigen Erwerbspersonen (Arbeitslose und unselbständig Beschäftigte).

Q: WIFO – eigene Darstellung.

erlaubt, die wesentlich zum Anstieg der Arbeitslosigkeit nach 2008 geführt haben. Arbeitslosigkeit im Sinne von ungenutztem Arbeitskräftepotenzial, kann zudem in den Befragungsdaten des Mikrozensus breiter definiert werden und marginalisierte sowie entmutigte Personen, aber auch Unterbeschäftigung einschließen und hierdurch eine umfassendere Betrachtung des ungenutzten Arbeitskräftereservoirs bieten.

A.1.2 Arbeitskräfteangebot

In den vergangenen Jahren wuchs das Arbeitskräfteangebot ungeachtet des deutlichen wirtschaftlichen Einbruchs 2009 sowie der mehrjährigen Phase geringen Wachstums 2012 bis 2015 markant (zwischen +0,4 % und +2,0 % p. a.). Im gesamten Zeitraum 2005 bis 2017 betrug die durchschnittliche Wachstumsrate laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung +1,1 % jährlich.

In absoluten Zahlen erhöhte sich das Arbeitskräfteangebot in diesem Zeitraum um +537.400 auf 4,508 Mio. Erwerbspersonen bzw. in der Altersgruppe der 15- bis 64-Jährigen um 498.200 auf 4,433 Mio. Erwerbspersonen. Im Wesentlichen können drei Ursachen für diese starke Ausweitung des Arbeitskräfteangebots in einer mittelfristigen Perspektive (2005-2017) ausgemacht werden:

1. Die Erwerbsbeteiligung von Frauen steigt im Zeitverlauf deutlich, wobei Frauen vom Strukturwandel (zunehmende Bedeutung des Dienstleistungssektors) und ihren steigenden Ausbildungsniveaus profitieren (vgl. Eppel et al. 2018, Fink et al. 2017, Bock-Schappelwein et al., 2017A).

2. Ältere Arbeitskräfte verbleiben als Ergebnis von Reformen im Pensionsversicherungsrecht und den allgemeinen Trends zu höheren Ausbildungen länger am Arbeitsmarkt (Horvath und Mahringer 2016, Mayrhuber und Knittler, 2010).

3. Österreich erlebte in den letzten Jahren eine – selbst im Vergleich zu bisherigen Migrationsbewegungen – markante Ausweitung der Zahl an ausländischen Arbeitskräften aus der EU, insbesondere im Zuge des Auslaufens der Übergangsfristen für die Arbeitnehmerfreizügigkeit für Arbeitskräfte aus den EU-Beitrittsländern des Jahres 2004/2007 zur Jahresmitte 2011 bzw. zu Jahresanfang 2014 (Eppel et al. 2018). Zusätzlich zur Arbeitskräftemigration erreichte die internationale Fluchtmigration aus Afghanistan und Syrien im zweiten Halbjahr 2015 ihren Höhepunkt.

Übersicht A.2
Zahl an Erwerbspersonen und Erwerbsquote in Österreich 2005 und 2017

	Erwerbspersonen (15-64) in 1.000				Erwerbsquote		
	2005	2017	abs. Diff.	in % p.a.	2005	2017	Diff. in Prozentpunkten
Gesamt	**3.934**	**4.433**	**+498**	**+1,0**	**71,1**	**76,1**	**+5,0**
Geschlecht							
Frauen	1.795	2.083	+288	+1,2	64,9	71,8	+6,9
Männer	2.140	2.350	+210	+0,8	77,4	80,4	+3,0
Staatsangehörigkeit							
Österreich	3.529	3.706	+177	+0,4	71,4	76,9	+5,5
Ausland	405	727	+321	+5,0	69,0	72,4	+3,4
Ausbildung							
Gering	696	584	-112	-1,4	51,5	52,1	+0,6
Mittel	2.730	3.011	+281	+0,8	75,9	80,2	+4,3
Hoch	508	837	+330	+4,3	87,2	88,4	+1,2
Alter							
15 bis 24 Jahre	569	536	-32	-0,5	56,7	54,8	-1,9
25 bis 49 Jahre	2.681	2.671	-10	0,0	87,0	89,0	+2,0
50 bis 64 Jahre	685	1.225	+541	+5,0	47,3	66,5	+19,2

Q: WIFO auf Basis Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Ausbildungsniveaus nach nationalen Kategorien: „gering" höchstens Pflichtschulabschluss, „mittel" Lehre, berufsbildende mittlere und höhere Ausbildung, allgemeinbildende höhere Ausbildung, „hoch" Tertiärabschluss. Die den Erwerbsquoten zugrundeliegende Bevölkerung schließt in dieser Darstellung die Präsenz- und Zivildiener mit ein. Präsenz- und Zivildiener zählen im LFS zu den Nicht-Erwerbspersonen.

Frauen

Mit der Veränderung des traditionellen geschlechtsspezifischen Rollenverständnisses, dem Trend zur Höherqualifizierung, der Ausweitung der Beschäftigungsmöglichkeiten im Dienstleistungssektor und gesellschaftspolitischen Reformen stieg die Erwerbsbeteiligung der Frauen in den letzten Jahrzehnten deutlich (Eppel et al., 2018). Wiewohl sich die Erwerbsneigung von Frauen und Männern erheblich angenähert hat, bestehen nach wie vor große geschlechtsspezifische Unterschiede hinsichtlich der Qualität und des Ausmaßes der Erwerbsintegration. Die Beschäftigungszuwächse von Frauen sind größtenteils auf Teilzeitjobs zurückzuführen und auch die geschlechtsspezifische Segmentierung des Arbeitsmarkts ist nach wie vor hoch (Fink et al. 2017, Bock-Schappelwein et al., 2017A, 2017B): Während die Zahl der weiblichen Erwerbspersonen laut Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung zwischen 2005 und 2017 um +305.213 auf 2,112 Mio. anstieg (Männer + 232.224 auf 2,396 Mio.), erhöht sich ihre Teilzeitquote unter den unselbständig Beschäftigten im selben Zeitraum um +7,9 Prozentpunkte auf 48,3 % (Männer +5,3 Prozentpunkte auf 11,0). Damit geht mittlerweile etwa jede zweite Frau, aber nur jeder zehnte Mann, einer Beschäftigung in Teilzeit nach. Beeinflusst wird die geschlechtsspezifische Aufteilung der Erwerbsarbeitszeit in hohem Ausmaß von der ungleichen Verteilung der Betreuungspflichten (Eppel – Famira-Mühlberger – Bock-Schappelwein, 2014, Bock-Schappelwein et al., 2017A, 2017B).

Ältere

Die Erwerbsquote der Älteren (50 bis 64-Jährige: 2005-2017: +19,2 Prozentpunkte auf 66,5 %) stieg in Folge von Reformen im Pensionsversicherungsrecht (Mayrhuber und Knittler, 2010; Mayrhuber, 2006), bei denen vorzeitige Ausstiegspfade aus dem Arbeitsmarkt geschlossen, Altersgrenzen angehoben bzw. Zugangsvoraussetzungen in die Pension verschärft wurden (zu den Pensionsreformen siehe z. B. Blank et. al, 2016 sowie Sanchez-Romero – Sambt – Prskawetz, 2012). Abgesehen von den institutionellen Rahmenbedingungen weisen ältere Erwerbspersonen zunehmend höhere Qualifikationsprofile auf, wodurch deren Anbindung an den Arbeitsmarkt zusätzlich begünstigt wird (Horvath und Mahringer, 2016). In Kombination mit der demographischen Verschiebung in der Altersstruktur der Erwerbsbevölkerung wächst folglich die Zahl älterer Erwerbspersonen markant (50 bis 64 -Jährige +541.000 auf 1,225 Mio. bzw. +5 % jährlich), ganz im Gegensatz zur Entwicklung der Zahl der jüngeren Erwerbspersonen (siehe Tabelle A 2).

Migrantinnen und Migranten

Überproportional stark nahm in den Jahren 2005 bis 2017 das Arbeitskräfteangebot von nicht österreichischen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger (+321.400 auf 726.600 bzw. +5,0 % jährlich) zu. Parallel dazu verschob sich die Zusammensetzung nach Nationalitäten im Zeitverlauf deutlich. Während bis zum Vorkrisenjahr 2008 rund die Hälfte des ausländischen Arbeitskräfteangebots auf Personen aus den beiden traditionellen Gastarbeiterregionen des ehemaligen Jugoslawien und der Türkei entfiel, ist ihr Anteil mittlerweile auf rund ein Drittel gesunken. Verdreifacht hat sich hingegen das Arbeitskräfteangebot von Personen aus den EU-15-Staaten, hauptsächlich Deutschland. Massiv gestiegen ist zudem das Angebot an Arbeitskräften aus den EU-Beitrittsstaaten von 2004 und 2007, insbesondere mit der vollständigen Arbeitsmarktöffnung ab Mai 2011 bzw. Jahresbeginn 2014.

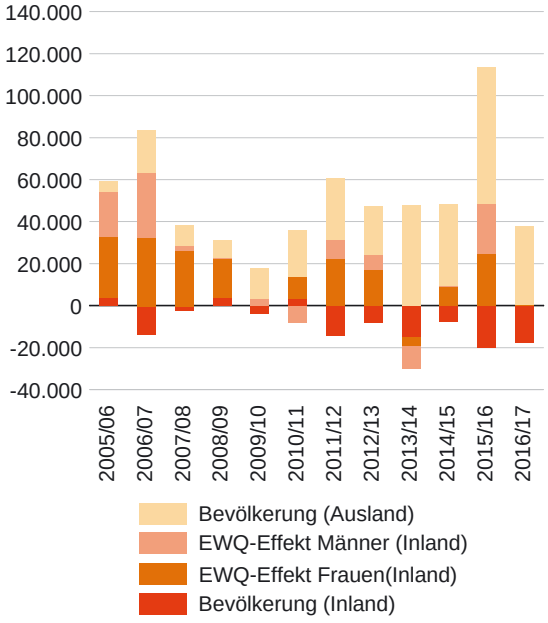
Die Arbeitskräftemigration beschränkt sich allerdings nicht nur auf Personen, die sich in Österreich niederlassen, sondern umfasst zusehends auch Personen, die weiterhin im Ausland leben und für Erwerbszwecke nach Österreich pendeln. Im Jahr 2017 traf dies auf 93.744 Arbeitskräfte oder gut jeden achten unselbständig Beschäftigten mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft zu, im Jahr 2011 auf jeden zehnten. Diese Personengruppe wird in der Arbeitskräfteerhebung nicht erfasst, da sie nicht der Wohnbevölkerung in Österreich zuzurechnen ist. Darunter fallen auch ausländische Personen, insbesondere Frauen, die als Selbständige persönliche Dienstleistungen (insbesondere im Pflegebereich) in Österreich erbringen und ihren Lebensmittelpunkt im Ausland haben.

Genährt wird die Expansion des ausländischen Arbeitskräfteangebots nicht nur durch Arbeitskräftemigration, sondern zusätzlich durch internationale Fluchtmigration wie etwa aus Afghanistan und Syrien, die im zweiten Halbjahr 2015 ihren Höhepunkt erreichte und, zeitlich verzögert, die Zahl der anerkannten Flüchtlinge oder subsidiär schutzberechtigten Personen im Arbeitskräfteangebot merklich erhöhte.

Wie stark Zuwanderung und geändertes Erwerbsverhalten zur Ausweitung des österreichischen Arbeitskräfteangebots beigetragen haben, lässt sich durch eine Dekomposition der Gesamtveränderung des Arbeitskräfteangebotes beschreiben, das neben der quantitativen Veränderung auch Veränderungen in Verhaltensmustern berücksichtigt. Dafür wird die Gesamtveränderung des Arbeitskräfteangebotes in den Jahren 2005 bis 2017 nach vier Kriterien zerlegt:

(1) Bevölkerungseffekt Inland: Jener Teil der Gesamtveränderung des Arbeitskräfteangebots, der – bei konstanter Erwerbsquote – auf die Bevölkerungsentwicklung österreichischer Staatsangehöriger zurückzuführen ist.
(2) Verhaltenseffekt (inländischer) Frauen: Jener Teil der Gesamtveränderung des Arbeitskräfteangebots, der – bei konstanter weiblicher, inländischer Erwerbsbevölkerung – auf die Veränderung der Erwerbsbeteiligung von Frauen mit österreichischer Staatsbürgerschaft zurückzuführen ist (Erwerbsquoten-Effekt = EWQ- Effekt Frauen).
(3) Verhaltenseffekt (inländischer) Männer: Jener Teil der Gesamtveränderung des Arbeitskräfteangebots, der – bei konstanter männlicher, inländischer Erwerbsbevölkerung – auf die Veränderung der Erwerbsbeteiligung von Männern mit österreichischer Staatsbürgerschaft zurück zu führen ist (Erwerbsquoten-Effekt = EWQ-Effekt Männer).
(4) Bevölkerungseffekt Ausland: Jener Teil der Gesamtveränderung des Arbeitskräfteangebots, der auf die quantitativen Veränderungen im Arbeitsangebot von Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft entfällt.

Grafik A.4
Beitrag von Zuwanderung, Bevölkerungsentwicklung und Änderungen des Erwerbsverhaltens zur Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes in Österreich (2005 bis 2017)



Q: WIFO Berechnungen auf Basis Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung.

Die Zerlegung der Arbeitskräfteangebotsentwicklung für die Jahre 2005 bis 2017 zeigt, dass in fast allen Untersuchungsjahren die inländische Bevölkerungsentwicklung einen negativen Beitrag zur Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes leistete, während die Zuwanderung ausschließlich einen positiven Beitrag zur Angebotsausweitung, insbesondere in den letzten Jahren durch die internationale Fluchtmigration, lieferte. Betrachtet man zudem die Rolle der sich ändernden Erwerbsneigung der inländischen Bevölkerung, so fällt der positive Beitrag der steigenden Frauenerwerbsbeteiligung zur Arbeitskräfteangebotsausweitung auf. Auch bei den Männern ist eine Zunahme der Erwerbsbeteiligung zu erkennen, wenn auch in einem quantitativ merklich geringeren Ausmaß (aber ausgehend von einem höheren Niveau als bei den Frauen).

A.1.3
Arbeitskräftenachfrage

Die Nachfrage nach Arbeitskräften stieg in der mittelfristigen Perspektive (2005 bis 2017) kontinuierlich (durchschnittlich 1,1 % pro Jahr). Einzige Ausnahme bildete das Krisenjahr 2009 (-0,3 %); und selbst in den Jahren mit verhaltener Konjunkturdynamik (2012 bis 2015), stieg die Zahl der Erwerbstätigen moderat (durchschnittlich +0,6 % p. a.). 2017 erreichte die Zahl der Erwerbstätigen ein Niveau von 4,260.500 (+513.000 gegenüber 2005 bzw. +1,1 % p. a.), davon waren 3,733.200 unselbständig (+471.100 gegenüber 2005 bzw. +1,1 % p. a.) und 527.300 selbständig beschäftigt (+41.900 gegenüber 2005 bzw. +0,7 % p. a). Die Struktur der Arbeitskräftenachfrage verschob sich im Betrachtungszeitraum weiter in Richtung Dienstleistungsgesellschaft (steigender Anteil an Beschäftigten in den Dienstleistungsbranchen: (2005: 67,2 %, 2017: 71,1 %), bei den selbständigen Beschäftigten gewannen die Ein-Personen-Unternehmen außerhalb der Land- und Forstwirtschaft weiter an Bedeutung.

Übersicht A.3
Zahl an Erwerbstätigen und Beschäftigungsquote in Österreich 2005 und 2017

	Erwerbstätige (15-64) **in 1.000**				**Beschäftigungsquote**		
	2005	2017	abs. Diff.	in % p.a.	2005	2017	Diff. in Prozentpunkten
Gesamt	**3.711**	**4.185**	**+474**	**+1,0**	**67,1**	**71,9**	**+4,8**
Geschlecht							
Frauen	1.689	1.977	+287	+1,3	61,1	68,2	+7,1
Männer	2.022	2.209	+187	+0,7	73,1	75,6	+2,4
Staatsangehörigkeit							
Österreich	3.357	3.538	+181	+0,4	67,9	73,4	+5,5
Ausland	354	647	+293	+5,1	60,3	64,5	+4,1
Ausbildung							
Gering	618	504	-114	-1,7	45,7	44,9	-0,8
Mittel	2.603	2.873	+270	+0,8	72,4	76,5	+4,2
Hoch	491	809	+318	+4,3	84,3	85,4	+1,1
Alter							
15 bis 24 Jahre	506	484	-22	-0,4	50,5	49,4	-1,1
25 bis 49 Jahre	2.549	2.529	-21	-0,1	82,7	84,2	+1,5
50 bis 64 Jahre	656	1.173	+517	+5,0	45,4	63,7	+18,3
Tätigkeitsschwerpunkt							
Analytische Nicht-Routine-Tasks	511,6	768,6	+257,0	+3,5			
Interaktive Nicht-Routine-Tasks	752,7	802,8	+50,2	+0,5			
Kognitive Routine-Tasks	792,4	941,5	+149,1	+1,4			
Manuelle Routine-Tasks	502,4	467,6	-34,9	-0,6			
Manuelle Nicht-Routine-Tasks	1142,2	1194,7	+52,5	+0,4			

Q: WIFO auf Basis Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung. Ausbildungsniveaus: „gering" höchstens Pflichtschulabschluss, „mittel" Lehre, berufsbildende mittlere und höhere Ausbildung, allgemeinbildende höhere Ausbildung, „hoch" Tertiärabschluss. Zur Beschreibung der Tätigkeitsschwerpunkte siehe nachfolgende Seite. Die den Beschäftigungsquoten zugrundeliegende Bevölkerung schließt in dieser Darstellung die Präsenz- und Zivildiener mit ein. Präsenz- und Zivildiener zählen im LFS zu den Nicht-Erwerbspersonen.

Qualifikation

Der Strukturwandel und der verstärkte Einsatz digitaler Technologien sowohl im Produktions- als auch im Dienstleistungsbereich ändert aus einer qualifikatorischen Sicht die Struktur der Arbeitskräftenachfrage (Bock-Schappelwein — Huemer, 2017). An Bedeutung gewinnen vor allem spezifische Qualifikationen und Kompetenzen wie etwa fachliche Qualifikation in Kombination mit IT-Kompetenzen (siehe z. B. Bock-Schappelwein — Famira-Mühlberger — Leoni, 2017); gleichzeitig geraten insbesondere formal gering qualifizierte Personen zunehmend unter Druck. Der Trend zur Höherqualifizierung zeigt sich deutlich: Während der Anteil formal gering qualifizierter Personen an allen Erwerbstätigen in den letzten Jahren zusehends sank, übersteigt seit 2012 der Anteil der Erwerbstätigen mit einem universitären oder vergleichbaren Abschluss (2017: 19 %) den Anteil der Erwerbstätigen mit maximal Pflichtschulabschluss (2017: 12 %). Der Anteil der Erwerbstätigen im mittleren Qualifikationssegment ist dagegen mit rund 70 %, und entgegen dem international beobachtbaren Trend einer „job polarization" (Goos — Manning — Salomons, 2009, 2014), relativ stabil. Dass sich in Österreich die Beschäftigungsperspektiven von Personen mit mittleren Qualifikationen nicht verschlechtern, dürfte im Wesentlichen der heterogenen Zusammensetzung von unterschiedlichen Qualifikationen in diesem Segment in Österreich geschuldet sein (Bock-Schappelwein, 2016).

Tätigkeitsschwerpunkte

Die Veränderungsprozesse in der Wirtschaftsstruktur und in den Produktionsprozessen infolge von strukturellem Wandel, Automatisierung und Digitalisierung finden ihren Niederschlag auch in den nachgefragten Tätigkeitsschwerpunkten der Erwerbstätigen, wie sich aus der Berufsstruktur der Erwerbstätigen in der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung ableiten lässt. Während das Verhältnis zwischen Berufen mit überwiegend Routinetätigkeiten (rund 35 %) und Nicht-Routinetätigkeiten (rund 65 %) zwischen 2005 und 2017 relativ stabil war, kam es innerhalb dieser Tätigkeitsschwerpunkte zu einer Verlagerung von den manuellen zu den nicht-manuellen Tätigkeiten. Insgesamt geht der Trend in Richtung Berufe mit vorwiegend wissensintensiven Nichtroutinetätigkeiten mit hohen Qualifikationsanforderungen, während vor allem manuelle Routinetätigkeiten mit geringen Qualifikationsanforderungen Beschäftigungseinbußen verzeichnen (Bock-Schappelwein — Famira-Mühlberger — Leoni, 2017).

A.1.4
Arbeitslosigkeit und alternative Indikatoren

Die Arbeitslosenquote auf Grundlage der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, die aufgrund konzeptioneller und definitorischer Spezifika im Vergleich zur nationalen, auf administrativen Daten basierenden Berechnung einerseits geringer ausfällt und andererseits träger auf gesamtwirtschaftliche Veränderungen reagiert (siehe Grafik A.3), stieg im Rezessionsjahr 2009 und anschließend ab 2012 als Abbild der verhaltenen konjunkturellen Entwicklung in den Jahren 2012 bis 2015. Erst nach dem Einsetzen des wirtschaftlichen Aufschwungs im Jahr 2016 begann sie 2017 wieder zu sinken (5,5 % – Männer: 5,9 %, Frauen: 5,0 %). Gleichzeitig hat das Konjunkturtief Spuren am Arbeitsmarkt hinterlassen und zu einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit geführt, was sich auch in einer steigenden Zahl an infolge von Arbeitslosigkeit entmutigten Personen niederschlug.

Allen voran Personen ohne eine über die Pflichtschule hinausgehende abgeschlossene Ausbildung waren in den Krisenjahren von der steigenden Arbeitslosigkeit betroffen, insbesondere Männer. Die Arbeitslosenquote unter Personen mit maximal Pflichtschulabschluss (2017: 13,8 %) ist mehr als viermal so hoch wie unter hoch Qualifizierten (2017: 3,4 %). Dazu kommt, dass in den konjunkturschwachen Jahren ab 2012 Berufe mit überwiegend manuellen Routinetätigkeiten, die besonders häufig von Geringqualifizierten ausgeübt werden, noch stärker als bisher unter Druck geraten (Bock-Schappelwein, 2016).

Im Jahr 2017 war die Arbeitslosenquote von Arbeitskräften mit nicht-österreichischer Staatsbürgerschaft (10,9 %) mehr als doppelt so hoch wie jene von Arbeitskräften mit österreichischer Staatsbürgerschaft (4,5 %). Wegen ihrer Konzentration auf Saisonbranchen bzw. konjunkturreagible Branchen waren ausländische Beschäftigte von der schwachen Wachstumsdynamik und vom kräftigen Zustrom an Arbeitskräften nach der Öffnung des Arbeitsmarktes (Mai 2011 für EU-2004 Beitrittsländer und Jänner 2014 für die EU-2007 Beitrittsländer) besonders betroffen. Zum einen wegen direkter Substitutionskonkurrenz (z. B. jüngere versus ältere), zum anderen weil ausländische Arbeitskräfte häufiger zur betrieblichen Randbelegschaft zählen, die in auftragsschwachen Zeiten als erstes abgebaut wird.

Übersicht A.4

Zahl an Arbeitslosen und Arbeitslosenquote in Österreich 2005 und 2017

	Arbeitslose (15-64) in 1.000				Arbeitslosenquote		
	2005	2017	abs. Diff.	in % p.a.	2005	2017	Diff. in Prozentpunkte
Gesamt	**223**	**247**	**+24**	**+0,9**	**5,7**	**5,6**	**-0,1**
Geschlecht							
Frauen	106	106	+1	+0,1	5,9	5,1	-0,8
Männer	118	141	+23	+1,5	5,5	6,0	+0,5
Staatsangehörigkeit							
Österreich	172	168	-4	-0,2	4,9	4,5	-0,4
Ausland	51	79	+29	+3,8	12,5	10,9	-1,6
Ausbildung							
gering	78	81	+2	+0,2	11,3	13,8	+2,6
mittel	128	138	+11	+0,7	4,7	4,6	-0,1
hoch	17	28	+11	+4,4	3,3	3,4	+0,0
Alter							
15-24	63	53	-10	-1,4	11,0	9,8	-1,2
25-49	132	143	+10	+0,6	4,9	5,3	+0,4
50-64	28	52	+24	+5,2	4,1	4,3	+0,1
Dauer der AL							
LZAL (12+ Monate)	57	83	+26	+3,2			

Q: WIFO auf Basis Mikrozensus Arbeitskräfteerhebung, Ausbildungsniveaus: „gering" höchstens Pflichtschulabschluss, „mittel" Lehre, berufsbildende mittlere und höhere Ausbildung, allgemeinbildende höhere Ausbildung, „hoch" Tertiärabschluss.

Hinsichtlich personenbezogener Merkmale waren seit dem Krisenjahr 2009 Männer stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Frauen. In Bezug auf das Alter fällt auf, dass die Arbeitslosenquote Älterer in der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung geringer ist als im Haupterwerbsalter und auch geringer als unter Jugendlichen.

Die Kombination aus schwachem Wirtschaftswachstum, starker Zunahme des Arbeitskräfteangebots und Strukturveränderung am Arbeitsmarkt führten dazu, dass nicht alle arbeitslosen Personen schnell wieder zurück in den Arbeitsmarkt fanden, sondern längerfristig von Arbeitslosigkeit betroffen waren. Es kam zu einer Verfestigung der Arbeitslosigkeit, die im steigenden Anteil an Langzeitarbeitslosen – er kletterte von 25,5 % (2005) auf 33,4 % (2017) – zum Ausdruck kommt. Aufgrund der längerfristig angespannten Arbeitsmarktsituation und der damit verbundenen fehlenden Beschäftigungsperspektive zog sich ein Teil der Arbeitslosen (zeitlich begrenzt) vom Arbeitsmarkt zurück. Diese (wachsende) Gruppe wird erst sichtbar, wenn Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung breiter gefasst wird. Hinweise zur Größe dieser Personengruppe liefern die alternativen Indikatoren der Arbeitslosigkeit, die den in den 1970er Jahren von Shiskin (1976) am Bureau of Labour Statistics in den USA entwickelt wurden (siehe dazu auch Bock-Schappelwein, 2005).

Alternative Indikatoren der Arbeitslosigkeit (Bregger Haugen, 1995):

- U3 entspricht der herkömmlichen Definition der Arbeitslosenquote: Zahl der Arbeitslosen bezogen auf die Zahl der Erwerbspersonen.

U4 bis U6 fassen den Begriff weiter, indem sie auch die versteckte Arbeitslosigkeit quantifizieren:

- U4 umfasst die herkömmliche Arbeitslosenquote einschließlich der entmutigten Personen („discouraged persons") im Zähler und Nenner (Castillo, 1998). Entmutigte sind nicht erwerbstätig, wollen aber arbeiten, sind für den Arbeitsmarkt verfügbar und haben im letzten Jahr eine Stelle gesucht; sie suchen zum Zeitpunkt der Befragung nicht aktiv Arbeit, weil sie glauben, keinen geeigneten Arbeitsplatz zu finden. Diese Personengruppe dürfte, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt bzw. die Arbeitslosenquote sinkt, wieder auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren.
- U5 ergänzt U4 um alle anderen marginal zum Arbeitskräfteangebot zählenden Nichterwerbspersonen („marginally attached persons") im Zähler und Nenner. Diese Messung umfasst überdies jene Personen, die arbeiten wollen und können

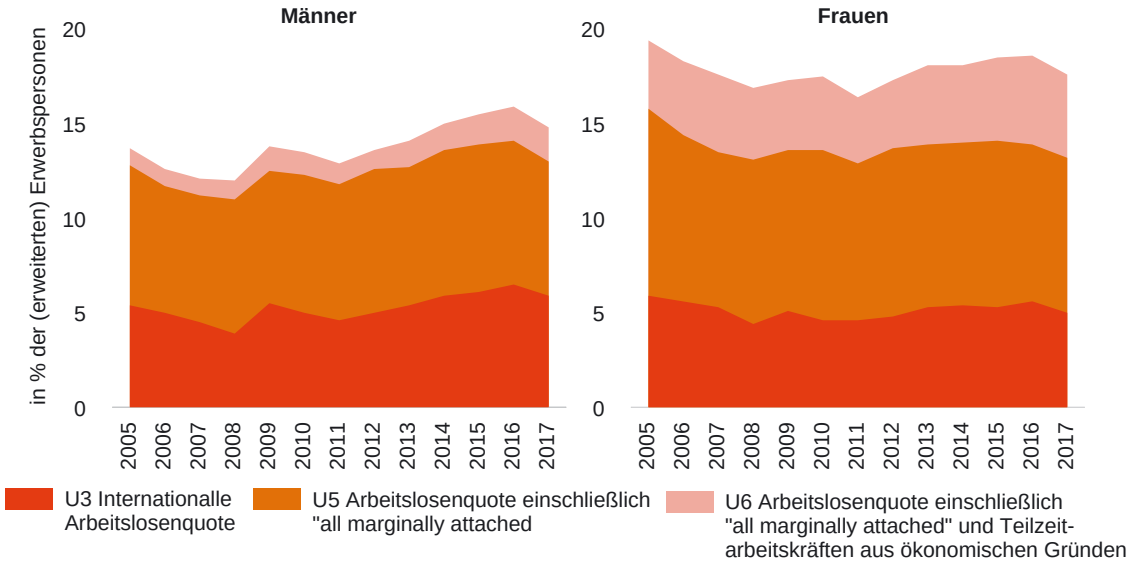
und zeitweise auch einen Arbeitsplatz gesucht haben, unabhängig von den Gründen, warum sie derzeit keinen Arbeitsplatz suchen. Die Gruppe ist weiter vom Arbeitsmarkt entfernt als die Teilgruppe der Entmutigten. Dennoch zählen auch sie zum potentiellen Arbeitskräftereservoir, weil sie (gelegentlich) Arbeit suchen und unter bestimmten Voraussetzungen wieder in den Arbeitsmarkt zurückkehren würden (etwa Frauen mit Kinderbetreuungspflichten).

- Der umfassendste alternative Arbeitslosigkeitsindikator ist U6. Er berücksichtigt über die in U5 abgebildete Arbeitslosigkeit hinaus alle Personen, die unfreiwillig Teilzeit arbeiten (Yamagami, 2002). Dazu zählen u. a. Arbeitskräfte, die zum Zeitpunkt der Untersuchung aus wirtschaftlichen Gründen ihre Arbeitszeit reduzieren müssen oder keine Vollzeitstelle finden (OECD, 1999, Sorrentino, 1993, 1995).

Mit Hilfe dieser Indikatoren, die auf Daten der Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung beruhen, lässt sich dieses potenzielle Arbeitskräftereservoir quantifizieren und bietet damit einen „breiteren" bzw. differenzierteren Blick auf die Arbeitslosigkeit. Die Zahl der entmutigten Personen, die keine geeignete Arbeit finden konnten (U4) stellt eine vergleichsweise kleine Personengruppe dar – sowohl bei Frauen als auch bei Männern. Sie sind nicht erwerbstätig, wollen aber arbeiten, sind also für den Arbeitsmarkt verfügbar. Sie haben jedoch zum Zeitpunkt der Befragung nicht aktiv Arbeit gesucht, weil sie glauben, keinen geeigneten Arbeitsplatz zu finden. Diese Personengruppe dürfte, wenn die Nachfrage nach Arbeitskräften steigt bzw. die Arbeitslosenquote sinkt, wieder auf den Arbeitsmarkt zurückzukehren.

Deutlich größer als die Gruppe der entmutigten Personen fällt die Gruppe der marginalisierten Personen aus (U5), die sich aus den unterschiedlichsten Gründen aus dem Arbeitsmarkt zurückgezogen hat. Dennoch zählen auch sie zum potentiellen Arbeitskräftereservoir, weil sie (gelegentlich) Arbeit suchen und unter bestimmten Voraussetzungen wieder in den Arbeits-markt zurückkehren würden. Frauen finden sich in dieser Gruppe wesentlich häufiger als Männer, weil darunter auch das Ausscheiden aus dem Arbeitsmarkt aufgrund von Betreuungspflichten fällt; andererseits zeigt sich die U5 von Männern dynamisch. Die Arbeitslosenquote nach dieser breiten Definition ist deutlich höher als nach der herkömmlichen Abgrenzung: So wären 2005 14,2 % der Erwerbspersonen arbeitslos gewesen (2008: 12,0 %) und 2017 13,1 %. Berücksichtigt man in einem erweiterten Arbeitslosigkeitsbegriff neben den marginalisierten Personen auch jene, die unfreiwillig Teilzeit arbeiten (U6), so erhält man ein umfassendes Bild von Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung, das sich weit über die aktive Suche nach Arbeit hinaus erstreckt. In der Gruppe der unfreiwillig Teilzeit arbeitenden Personen finden sich neben jenen, die keine Vollzeitstelle finden konnten, auch Arbeitskräfte, die zum Zeitpunkt der Untersuchung aus wirtschaftlichen (oder technischen) Gründen Teilzeit arbeiten, wie etwa im Rahmen von Kurzarbeit. Männer waren insbesondere im Krisenjahr 2009, als sie vielfach Kurzarbeit leisteten, von unfreiwilliger Teilzeitarbeit betroffen. Wird die Arbeitslosigkeit derart umfassend definiert, wäre die Arbeitslosenquote 2005 bei 16,3 % (2008: 14,3 %) gelegen und 2017 bei 16,1 %.

Grafik A.5
Arbeitslosenquote nach unterschiedlich breit definierter Arbeitslosigkeit, nach Geschlecht



Q: Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung, WIFO-Berechnungen. Anders als bei der internationalen Arbeitslosenquote (Arbeitslose bis 74 Jahre und Erwerbstätige bis 64 Jahre) wurden bei U5 und U6 keine Altersabgrenzungen vorgenommen.

A.1.5
Schlussbemerkungen

Die Jahre unmittelbar vor Ausbruch der internationalen Wirtschafts- und Finanzkrise im Jahr 2009 waren gekennzeichnet von einer kräftigen Beschleunigung des Wirtschaftswachstums und sinkender Arbeitslosigkeit. Nach dem Krisenjahr 2009 und einer kurzzeitigen Erholung am Arbeitsmarkt ließ die verhaltene Konjunktur, in Kombination mit einer massiven Arbeitskräfteangebotsausweitung, die Arbeitslosigkeit ab dem Jahr 2012 erneut steigen und teilweise verfestigen und trug überdies dazu bei, dass sich Personen (temporär) aus dem Erwerbsprozess zurückzogen. Denn gerade Personen, die sich keine oder nur geringe Chancen am Arbeitsmarkt ausrechnen, sind von konjunkturellen Schwächephasen besonders betroffen, da sie in diesen Phasen zusätzliche Konkurrenz durch Personen, die erst kürzlich ihren Arbeitsplatz verloren haben, bekommen. Obwohl Frauen häufiger dieser „stillen Reserve" zuzurechnen sind als Männer, zeigt doch die aktuelle Entwicklung, dass diese Gruppe besonders unter Männern wächst und auch ihre Betroffenheit von Unterbeschäftigung zunimmt. Mit ein Grund für diese Entwicklung könnte nämlich sein, dass in den Krisenjahren ab 2012 Arbeitsplätze, die sich durch überwiegend manuelle Routinetätigkeiten auszeichnen, wegfielen, weil sie durch automatisierte oder digitalisierte Prozesse ersetzt worden sind. Für die nahe Zukunft wird erwartet, dass sich dieser Trend weiter fortsetzen dürfte und potenziell standardisierbare Tätigkeiten – sofern es die Rahmenbedingungen zulassen (wirtschaftliches Umfeld, Zugang zu Technologie, Unternehmenspräferenzen etc.) – durch entsprechende Technologien ersetzt werden. Damit verbunden sind einerseits Arbeitsplatzverluste und andererseits Arbeitsplätze mit Arbeitsplatzbeschreibungen, in denen standardisierte Tätigkeiten weniger Bedeutung beigemessen wird und dafür weniger standardisierbare Tätigkeiten wie kommunikative Fähigkeiten einen höheren Stellenwert einnehmen.

Die Bandbreite an Einschätzungen zu den quantitativen Auswirkungen von Automatisierung und Digitalisierung auf die Beschäftigung ist gegenwärtig sehr breit und die Diskussion dazu wird sehr kontroversiell geführt. Entscheidend wird sein, ob der Einsatz digitaler Technologien ganze Berufe obsolet werden lässt oder ob sich der Anpassungsbedarf nur auf bestimmte Tätigkeiten auf einem bestimmten Arbeitsplatz bezieht. Entsprechend variieren die Einschätzungen zu den damit verbundenen Auswirkungen auf die Beschäftigung. Unbestritten sollte allerdings sein, dass es standardisierbare Tätigkeiten sind, die vielfach unter Druck geraten werden, wenn sie nicht ohnehin schon unter Druck geraten sind, und die betroffenen Arbeitskräfte herausfordern werden: manche werden sich einen neuen Arbeitsplatz suchen müssen und andere werden ihren Arbeitsplatz zwar behalten, allerdings mit neuen Aufgaben konfrontiert sein.

A.2
Arbeitsmarkt und Arbeitsorganisation

Autorinnen: Kathrin Baumgartner, Käthe Knittler, Catherine Prettner (Statistik Austria)

Das vorliegende Unterkapitel wirft auf Basis der Ergebnisse des Ad-Hoc Sondermoduls des Mikrozensus 2015 zu Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung einen näheren Blick auf die Arbeitsrealitäten der Österreicherinnen und Österreicher. Dabei werden einige Aspekte der Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung thematisiert, die für die Lebensqualität und die Zufriedenheit mit der Arbeitssituation von besonderer Relevanz sind. Es zeigt sich, dass der Großteil der Erwerbstätigen mit der Arbeitszeitsituation zufrieden ist. Die Zufriedenheit mit der Arbeitszeit fällt dabei umso höher aus, je geringer die erwartete Flexibilität vonseiten der Arbeitgeberinnen und -geber ist und steigt mit der Möglichkeit, sich kurzfristig ein paar Stunden oder Tage frei zu nehmen. Auch die Häufigkeit, mit der unter Zeitdruck gearbeitet werden muss, wirkt sich deutlich negativ auf die Zufriedenheit der Erwerbstätigen aus.

A.2.1
Einleitung

Erwerbstätigkeit und die Möglichkeit sich beruflich zu entfalten sind ein zentraler Bestandteil der Lebensqualität und gehen damit weit über den materiellen Aspekt der Sicherung des Lebensstandards hinaus. Während Arbeitslosigkeit generell mit einer deutlich reduzierten Lebenszufriedenheit verbunden ist (siehe Teil 3 des Sonderkapitels), sind für erwerbstätige Personen viele verschiedene Aspekte des Arbeitsalltags für die individuelle Zufriedenheit mit der Arbeitssituation relevant. Wie im vorangehenden Kapitel angesprochen, ist es für ein vollständiges Bild von Arbeitslosigkeit bzw. Unterbeschäftigung notwendig, in einem erweiterten Arbeitslosigkeitsbegriff auch marginalisierte Personen zu berücksichtigen sowie jene, die unfreiwillig Teilzeit arbeiten. Doch auch darüber hinaus besteht häufig der Wunsch nach mehr oder weniger Arbeitsstunden. Für die Lebensqualität ist jedoch nicht nur die Quantität der Arbeit entscheidend sondern auch die Qualität. Dazu zählen Aspekte wie die von der Arbeitnehmerin/vom Arbeitnehmer erwartete Flexibilität hinsichtlich der Arbeitszeit, Autonomie in der Arbeit oder häufiges Arbeiten unter Zeitdruck. Angesichts zunehmender Flexibilisierung des Arbeitsmarkts und steigender atypische Arbeitsverhältnisse erscheinen diese Aspekte von besonderer Relevanz. Im Rahmen eines Ad-hoc-Moduls des Mikrozensus zu „Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung" wurden ebensolche für die Lebensqualität entscheidenden Rahmenbedingungen von Arbeit im Anschluss an das Mikrozensus Grundprogramm 2015 erfragt. Im Mittelpunkt der Befragung standen dabei jene Elemente, die für die Arbeitszufriedenheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders wichtig sind.

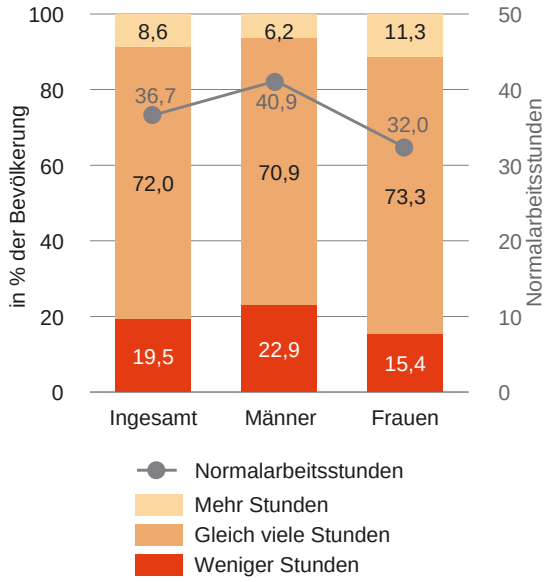
A.2.2
Arbeitszeitwunsch

Während lange Arbeitszeiten das subjektive Wohlbefinden nicht notwendigerweise per se direkt beeinflussen, führen sowohl Überbeschäftigung als auch Unterbeschäftigung (also die Abweichung vom gewünschten Maß an Arbeitszeit) zu einem geringeren subjektiven Wohlbefinden (siehe z.B. Angrave and Charlwood, 2015). Die Ergebnisse des Ad-hoc-Moduls des Mikrozensus 2015 weisen darauf hin, dass der Großteil der Erwerbstätigen mit der Arbeitszeitsituation zufrieden (72,0 %) ist, wenngleich fast jede bzw. jeder Fünfte die Arbeitszeit gerne reduzieren würde (19,5 %) (siehe Grafik A.6). Nur ein kleiner Anteil würde gerne mehr arbeiten (8,6 %). Der Anteil der Erwerbstätigen, die gerne weniger arbeiten würden, ist bei den Männern (22,9 %) stärker ausgeprägt als bei den Frauen (15,4 %). Umgekehrt verhält es sich mit dem Anteil der Erwerbstätigen, die gerne mehr arbeiten würden (6,2 % bei den Männern, 11,3 % bei den Frauen).

Dabei hat das Ausmaß der geleisteten Arbeitsstunden einen Einfluss auf den Wunsch, die Arbeitszeit zu reduzieren. Reduzieren wollen vor allem Vollzeitarbeitskräfte (24,7 %) und Erwerbstätige mit Zweittätigkeit (36,1 %). Teilzeittätige würden lieber Stunden aufstocken (22,7 %). Arbeiten Männer in Teilzeit, so wollen sie um etwa fünf Prozentpunkte häufiger ihre Arbeitsstunden aufstocken als Frauen (Männer 26,7 %; Frauen 21,5 %). Insgesamt wünschen sich Männer mit 22,9 % auch häufiger eine Arbeitszeitreduktion als Frauen (15,4 %).

Grafik A.6

Erwerbstätige nach gewünschter Arbeitszeit, Geschlecht und durchschnittlichen Normalarbeitsstunden



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung - Jahresdurchschnitt 2015. - Bevölkerung in Privathaushalten ohne Präsenz- und Zivildiener.

Der *WgÖ?* Schlüsselindikator der inflationsbereinigten Entwicklung der hohen und niedrigen Einkommen zeigt, dass die Einkommen des ersten Einkommensquartils 2016 16,5 % unter jenen des Jahres 2000 liegen (siehe Kapitel 2.7). Der Vergleich mit der Einkommensentwicklung der ganzjährig Vollzeitbeschäftigten verdeutlicht den Einfluss des hohen Anstiegs der Teilzeitquote im selben Zeitraum (Anstieg von 16,4 % auf 28,9 % 2000-2016). Die Ergebnisse des Ad-Hoc Moduls des Mikrozensus 2015 weisen darauf hin, dass es sich dabei zu einem großen Teil um freiwillige Teilzeittätigkeit handelt.

Auch Bildungs- und Tätigkeitsniveau spielen eine Rolle: Mit steigendem formalem Bildungsabschluss wünschen sich mehr Erwerbstätige eine Arbeitszeitreduktion: 11,2 % der Erwerbstätigen mit Pflichtschulabschluss würden gerne weniger arbeiten (davon 7,4 % mehr als und 3,8 % bis zu fünf Stunden), jedoch mehr als ein Viertel der Erwerbstätigen mit Hochschulabschluss würde die Arbeitszeit gerne reduzieren. Ähnlich zum Bildungsniveau wächst mit höherem Tätigkeitsniveau der Wunsch nach weniger Arbeit, auch wenn damit ein finanzieller Verlust einhergeht, gleichzeitig sinkt der Wunsch nach gleich vielen und nach mehr Stunden. Dementsprechend wünscht sich ein gutes Drittel der Führungskräfte (36,6 %) eine Arbeitszeitreduktion, wobei mehr als ein Viertel sich eine Reduktion um mehr als fünf Arbeitsstunden wünscht (26,8 %).

Im Juli 2018 beschloss die Österreichische Bundesregierung ein Bundesgesetz, mit dem u.a. das Arbeitszeitgesetz geändert wird[1]. Das Gesetz verankert zwar weiterhin 10h als Normalarbeitszeit, sieht jedoch die mögliche Ausweitung auf 12h pro Tag bzw. 60h pro Woche unter gewissen Voraussetzungen vor. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie viele Personen und welche Personengruppen von dieser gesetzlichen Änderung besonders betroffen sind. Hierzu finden sich im Ad-Hoc Modul des Mikrozensus zu „Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung" einige Antworten. Konkret wurde danach gefragt, wie oft Erwerbstätige dazu aufgefordert werden, länger zu bleiben oder früher zu kommen. Die Fragestellung „Wie häufig müssen Sie länger in der Arbeit bleiben oder früher anfangen?" zielte insbesondere auf kurzfristige Änderungen der Arbeitszeit ab. Planmäßige Änderungen sollten nicht erhoben werden, sehr wohl aber sich kurzfristig ergebende oder angeordnete Überstunden, unabhängig davon, ob diese bezahlt werden oder nicht.

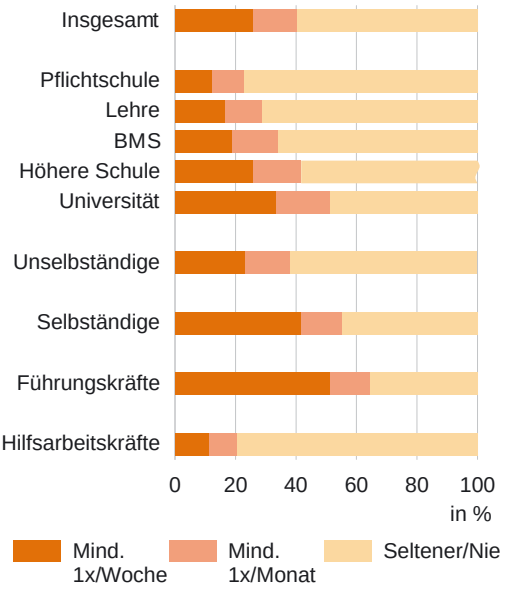
Zwei Fünftel (40,5 % bzw. 1,68 Mio.) der 4,15 Mio. Erwerbstätigen werden zumindest einmal im Monat dazu aufgefordert, länger zu bleiben oder früher zu kommen. Im Fall von unselbständig Erwerbstätigen (82,2 % davon oder 1,38 Mio.) geschieht dies durch die Vorgesetzten, im Fall von Selbständigen (17,7 % davon oder 0,3 Mio.), weil es von ihren Aufgaben bzw. Kundinnen und Kunden verlangt wird. 59,5 % (Männer 55,3 %, Frauen 64,2 %) der Erwerbstätigen werden hingegen nie dazu aufgefordert, länger zu bleiben oder früher zu kommen.

Insgesamt zeigt sich, dass die beiden „extremen" Antwortmöglichkeiten – die Aufforderung zu kurzfristiger Mehrarbeit erfolgt zumindest einmal in der Woche oder selten bzw. nie – stark entlang verschiedener sozioökonomischer Faktoren (u. a. Tätigkeitsniveau, Bildung, Alter etc.) differieren. Insbesondere bestehen starke Unterschiede zwischen den Berufsgruppen, den Tätigkeitsniveaus und in etwas geringerem Ausmaß auch zwischen den Branchen. Den größten Unterschied macht es allerdings, ob jemand selbständig oder unselbständig erwerbstätig ist.

Je höher das Tätigkeitsniveau, umso häufiger erfolgt die Aufforderung, länger zu bleiben oder früher zu kommen. So wird gut ein Drittel der Unselbständigen mit höheren oder führenden Tätigkeiten, aber nur 14,1 % der Erwerbstätigen mit Hilfs- und angelernten Tätigkeiten regelmäßig dazu aufgefordert. Zwischen den Berufsgruppen zeigt sich die größte Spanne abermals zwischen Führungskräften und Hilfsarbeitskräften: Rund ein Zehntel der Hilfskräfte (11,2 %), aber rund jede zweite Führungskraft (51,3 %) wird zumindest einmal in der Woche aufgefordert, länger zu bleiben oder früher anzufangen. Ebenfalls überdurchschnittlich oft werden flexible Arbeitszeiten in akademischen und vergleichbaren Berufen (33,1 %) sowie von Fachkräften in der Land- und Forstwirtschaft (32,4 %) gefordert.

[1] Siehe https://www.parlament.gv.at/PAKT/VHG/XXVI/A/A_00303/index.shtml

Grafik A.7
Erwerbstätige nach Aufforderung, früher zu kommen/später zu gehen

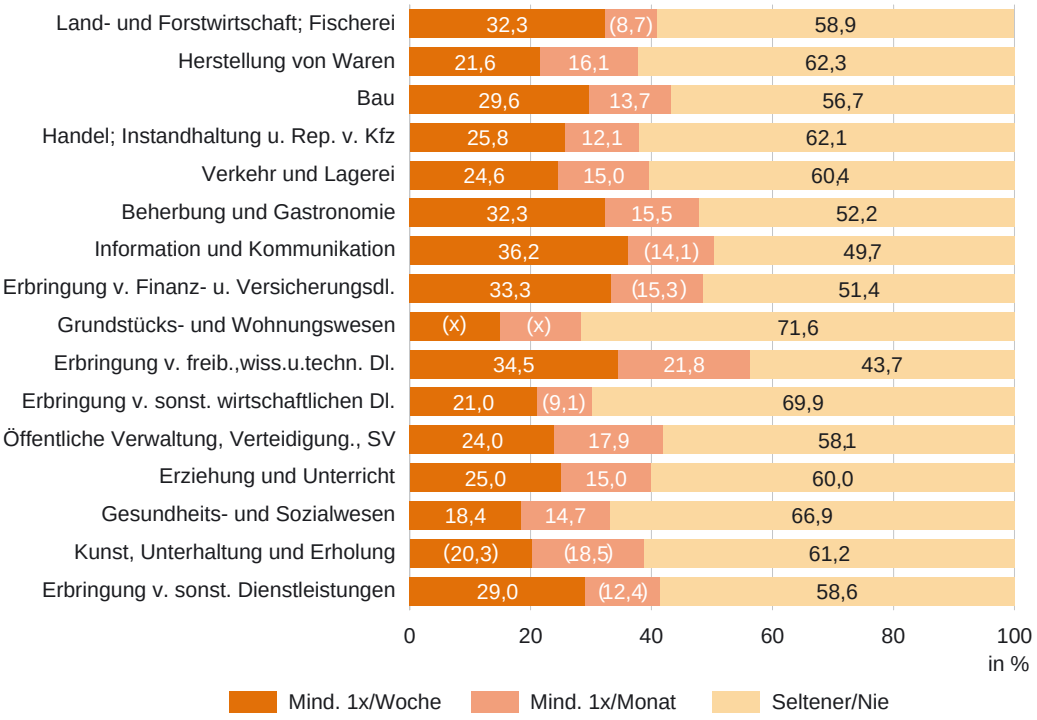


Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung - Jahresdurchschnitt 2015. - Bevölkerung in Privathaushalten ohne Präsenz- und Zivildiener.

Ein deutlicher Zusammenhang besteht auch, teilweise vermittelt über die dahinterliegende Berufs- und Tätigkeitsstruktur, zwischen der formalen Bildung und der erwarteten zeitlichen Flexibilität. Mit der Höhe des formalen Bildungsabschlusses steigt der Anteil an Personen, von denen kurzfristig flexible Arbeitszeiten erwartet werden. Zugleich sinkt mit höherem formalem Bildungsabschluss auch der Anteil der Personen, die niemals zu flexiblen Arbeitszeiten aufgefordert werden. Knapp drei Viertel der Pflichtschulabsolventinnen und -absolventen (72,6 %) werden niemals zum länger Bleiben oder früher Kommen aufgefordert. Demgegenüber liegt der Anteil unter den Personen mit universitärer Ausbildung mit 47,1 % deutlich niedriger.

Je nach Branche und Geschlecht fällt die Wahrscheinlichkeit für flexible Arbeitszeiten sehr unterschiedlich aus. Unter den nach der Zahl der Erwerbstätigen größeren Branchen wird die höchste zeitliche Flexibilität von den Beschäftigten in der frauendominierten Beherbergung und Gastronomie sowie in der Erbringung von freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen erwartet, wobei letztere Branche einen hohen Anteil an Selbständigen aufweist. In beiden Branchen gibt jeweils rund ein Drittel der Beschäftigten an, mehr als einmal in der Woche dazu aufgefordert zu werden, länger zu bleiben oder früher zu kommen. Deutlich seltener erfolgt mindestens einmal in der Woche die Aufforderung zu kurzfristiger Mehrarbeit in anderen großen Branchen wie dem Gesundheits- und Sozialwesen (18,4 %) sowie der Herstellung von Waren (21,6 %). Vollzeitarbeitskräfte werden im Durchschnitt (30,0 %) rund doppelt so häufig wie Teilzeitarbeitskräfte (14,9 %) zumindest einmal in der Woche aufgefordert, länger zu bleiben oder früher zu kommen. Unter den Teilzeitarbeitskräften hängt das Ausmaß der geforderten Flexibilität sehr stark von der wöchentlichen Arbeitszeit ab.

Grafik A.8
Erwerbstätige nach Aufforderung, früher zu kommen/später zu gehen

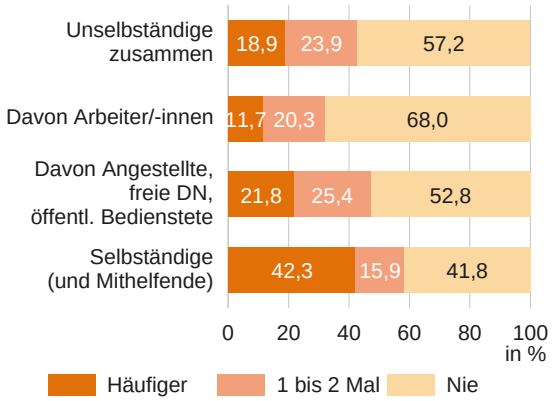


Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus- Arbeitskräfteerhebung. - ( ) Werte sind sehr stark zufallsbehaftet (Variationskoeffizient über 17 %). - (x) Werte sind statistisch nicht interpretierbar (Variationskoeffizient über 25 %).

Erwerbstätige mit weniger als zwölf Stunden in der Woche werden mit deutlichem Abstand am seltensten dazu aufgefordert (7,4 %). Bei Personen mit einer Teilzeitbeschäftigung von mehr als zwölf Wochenstunden ist der Anteilswert gut doppelt so hoch (16,3 %).

Die Zufriedenheit mit der Arbeitszeit fällt umso höher aus, je geringer die erwartete Flexibilität vonseiten der Arbeitgeberinnen und -geber ist. Erwerbstätige, die nie oder selten zum länger Bleiben oder früher Kommen aufgefordert werden, sind zu 60,9 % sehr zufrieden mit ihrer Arbeitszeit; jene, die zumindest einmal im Monat dazu aufgefordert werden, noch zu 53,1 % und jene, die zumindest einmal in der Woche aufgefordert werden, nur noch zu 48,0 %. Dieser negative Zusammenhang zwischen Zufriedenheit mit der Arbeitszeit und der erwarteten Flexibilität der Erwerbstätigen besteht unabhängig davon, ob es sich um Selbständige oder Unselbständige, Vollzeit- oder Teilzeitbeschäftigte handelt.

Grafik A.9
Kontaktaufnahme in der Freizeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung Ad-hoc-Modul „Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung" - Jahresdurchschnitt 2015. - Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren.

A.2.3
Kontaktaufnahme in der Freizeit

Ein weiterer Aspekt zeitlicher Flexibilitätsanforderung gegenüber Erwerbstätigen ist die Frage, ob und wenn ja, wie häufig, in den letzten zwei Monaten vor dem Erhebungszeitpunkt – nie, ein- bis zweimal oder häufiger– Erwerbstätige in ihrer Freizeit bezüglich der Arbeit kontaktiert wurden. Tendenziell weisen jene Personengruppen eine höhere Wahrscheinlichkeit auf, außerhalb der Arbeitszeit dienstlich kontaktiert zu werden, bei denen auch die Wahrscheinlichkeit, aufgefordert zu werden, länger zu bleiben oder früher zu kommen, hoch ist. Selbständige sind eher betroffen als Unselbständige, Männer etwas öfter als Frauen, Erwerbstätige mit hohem Tätigkeitsniveau oder hoher formaler Ausbildung öfter als Erwerbstätige mit niedrigem Tätigkeitsniveau oder niedriger formaler Ausbildung. Insgesamt werden 44,8 % der Erwerbstätigen innerhalb von zwei Monaten zumindest einmal außerhalb der Arbeitszeit bezüglich ihrer Arbeit kontaktiert. Dies betrifft 50,6 % der Männer und 38,4 % der Frauen. Für 27,3 % der Männer und 16,0 % der Frauen erfolgt die Kontaktaufnahme zumindest dreimal in zwei Monaten. Insgesamt wird etwas mehr als die Hälfte der Erwerbstätigen nie in ihrer Freizeit kontaktiert (Männer 49,4 %, Frauen 61,6 %).

Selbständige (42,3 %) werden mehr als doppelt so häufig – zumindest dreimal in zwei Monaten – in ihrer Freizeit kontaktiert wie Unselbständige (18,9 %). Unter den Unselbständigen betrifft dies Angestellte und öffentlich Bedienstete (21,8 %) mehr als doppelt so häufig wie Arbeiterinnen und Arbeiter (11,7 %).

Wie bei der Aufforderung, länger zu bleiben oder früher zu kommen, besteht auch bei der Kontaktaufnahme in der Freizeit ein enger Zusammenhang mit dem Tätigkeitsniveau. Knapp jede bzw. jeder Dritte unselbständig Erwerbstätige (30,7 %) mit höherer oder führender Tätigkeit wird häufig kontaktiert, unter jenen mit Hilfs- und angelernten Tätigkeiten ist es gut jede bzw. jeder Zehnte (11,1 %). Mit der Höhe der formalen Ausbildung steigt ebenfalls die Wahrscheinlichkeit der außerarbeitszeitlichen Kontaktaufnahme. Jeder dritte Mann (32,7 %) und knapp jede vierte Frau (23,1 %) mit höchstens Pflichtschulabschluss wird zumindest einmal in zwei Monaten beruflich in der Freizeit kontaktiert. Bei Personen mit Universitätsabschluss sind es bereits rund zwei Drittel der Männer (64,5 %) und gut die Hälfte der Frauen (52,6 %).

Die Zufriedenheit mit der Arbeitszeit in Bezug auf die eigenen Lebensumstände ist bei Erwerbstätigen, die nie in ihrer Freizeit kontaktiert werden, am höchsten. Rund 60 % dieser Gruppe sind sehr zufrieden. Erfolgt eine Kontaktaufnahme innerhalb der Freizeit, sinkt der Anteil der sehr Zufriedenen. Er liegt aber bei mehr als zweimaliger Kontaktaufnahme in zwei Monaten (52,8 %) ähnlich hoch wie bei jenen, die nur ein bis zweimal in zwei Monaten kontaktiert werden (jeweils 54,0 %).

A.2.4
Überstunden

Überstunden sind die von Vollzeit- wie Teilzeitbeschäftigten über das Ausmaß der Vollzeiterwerbstätigkeit hinaus erbrachten Leistungen. Nur Stunden außerhalb von Gleitzeitregelungen zählen als bezahlte Über- bzw. Mehrstunden. Im Grunde sind geleistete Überstunden bei Vorhandensein einer Sonderregelung immer bezahlt, es sei denn, sie gehen über das vereinbarte Maß hinaus.

Ein klarer Zusammenhang bei geleisteten Überstunden zeigt sich mit dem formalen Bildungsstatus und dem Tätigkeitsniveau: steigen diese, so werden häufiger Überstunden geleistet. Letztgenanntes Merkmal zeigt sich auch nach Berufsgruppen als bedeutend: Führungskräfte leisten am häufigsten Überstunden. Dieses Bild zeigt sich auch bei den entsprechenden Sonderregelungen. Insgesamt haben 15,0 % der unselbständig Beschäftigten im Ad-hoc-Modul – Männer häufiger als Frauen – eine Überstunden-Sonderregelung, dabei dominieren All-in-Verträge.

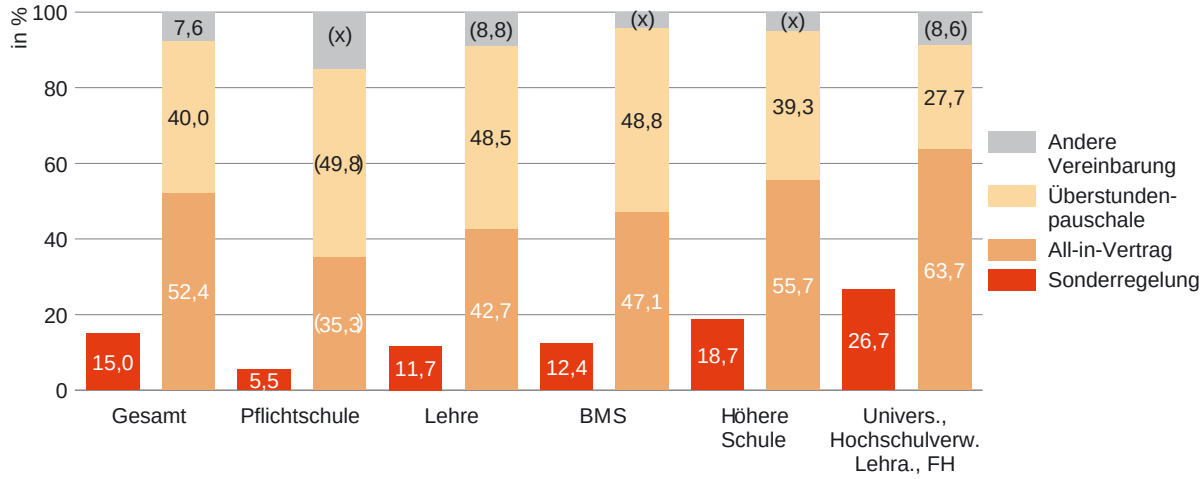
Insgesamt leisteten 19,0 % der unselbständig Erwerbstätigen bezahlte und/oder unbezahlte Überstunden. Am häufigsten werden dabei bis zu drei Überstunden verrichtet, nämlich von 29,1 % aller Überstundenleistenden. Aber auch 15 oder mehr Überstunden werden immerhin von 12 % der Überstundenleistenden erbracht. Von den Personen, die Überstunden verrichten, gibt die Mehrheit an, nur bezahlte Überstunden zu erbringen (79,2 %). Trotzdem darf nicht außer Acht gelassen werden, dass 17 % der geleisteten Überstunden unbezahlte Überstunden sind. Männer leisten zwar um 10,3-Punkte häufiger Überstunden als Frauen (23,9 % im Gegensatz zu. 13,6 %), allerdings liegt der Anteil unbezahlt geleisteter Überstunden bei Frauen höher, nämlich bei 22,9 %, während dieser bei Männern bei 14,0 % liegt.

Wirft man einen Blick auf die Altersstruktur, so sind Überstundenleistende am häufigsten zwischen 25 und 54 Jahre alt: Rund jede bzw. jeder Fünfte der 25- bis 54-Jährigen leistet bezahlte und/oder unbezahlte Überstunden. Junge (bis 25 Jahre) und ältere Arbeitskräfte (ab 55 Jahren) leisten demnach noch nicht so viele bzw. nicht mehr so viele Überstunden wie die Altersgruppe dazwischen.

Mit steigendem formalem Bildungsstatus nimmt – mit Ausnahme der Lehre – die Wahrscheinlichkeit, Überstunden zu leisten beinahe linear zu: Ein Zehntel der Personen mit Pflichtschulabschluss leistet Überstunden (9,2 %), annähernd jede bzw. jeder fünfte Erwerbstätige mit Lehrabschluss (17,4 %) und fast ein Drittel der Personen mit Hochschulabschluss (29,9 %). Dabei ist allerdings der Unterschied zwischen bezahlten und unbezahlten Überstunden zu bedenken: Erwerbstätige mit Hochschulabschluss erbringen zu einem Drittel (31,2 %) nur unbezahlte Überstunden, jede bzw. jeder zehnte Beschäftigte mit Pflichtschulabschluss (11,2 %) und ebenfalls beinahe jede bzw. jeder zehnte Erwerbstätige mit einem Lehrabschluss (8,9 %) erbringen ausnahmslos unbezahlte Überstunden. Somit liegen Personen mit Pflicht- und Lehrabschluss bei den unbezahlten Überstunden unter dem Durchschnitt. Mit höherem Tätigkeitsniveau steigt der Anteil der Überstundenleistenden: 12,2 % der Unselbständigen mit Hilfs- und angelernten Tätigkeiten erbringen Überstunden, im Gegensatz dazu knapp jede bzw. jeder dritte Unselbständige mit höheren bis führenden Tätigkeiten (insgesamt 30,2 %; Männer 35,5 %; Frauen 23,0 %).

Die zwei in Österreich häufigsten Arten von Überstunden-Sonderregelungen sind All-in-Verträge und Überstundenpauschalen. Insgesamt haben 15,0 % aller Unselbständigen der im Ad-hoc-Modul Befragten eine Sonderregelung zu Überstunden im Arbeitsvertrag, das sind 541.600 Personen. Dabei überwiegt der All-in-Vertrag. Bezogen auf alle Beschäftigten mit einer Überstunden- Sonderregelung hat mehr als die Hälfte einen solchen (52,4 %), 40,0 % haben eine Überstundenpauschale und 7,6 % eine andere Vereinbarung.

Grafik A.10
Überstunden



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung Ad-hoc-Modul „Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung" - Jahresdurchschnitt 2015. - Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren.

A.2.5
Möglichkeit, kurzfristig ein bis zwei Stunden frei zunehmen

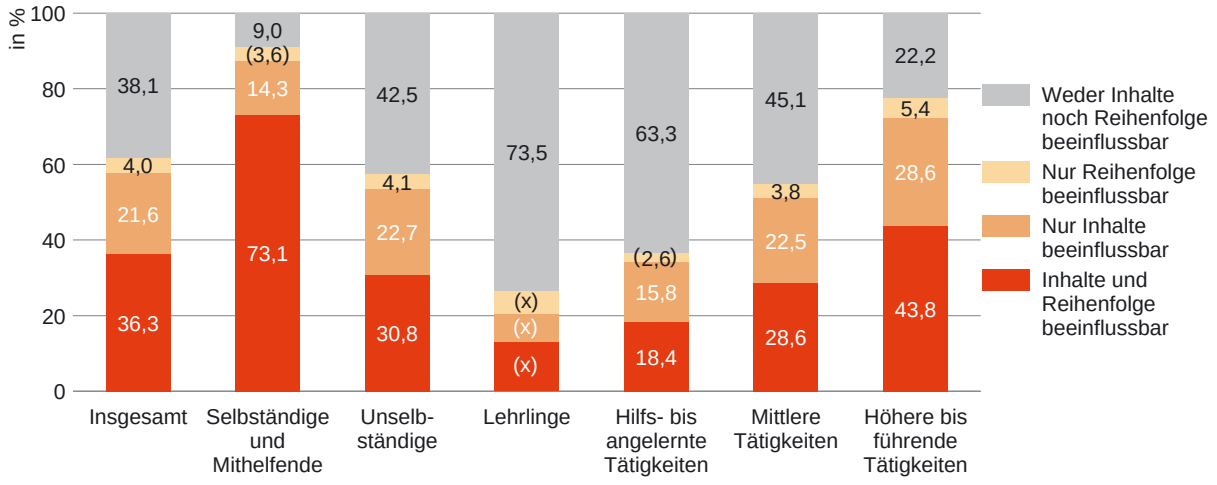
Für knapp die Hälfte der Beschäftigten (2,07 Mio. bzw. 49,9 %) ist es sehr leicht möglich, kurzfristig ein oder zwei Stunden aus persönlichen oder familiären Gründen frei zu nehmen. Eingerechnet sind hier jene, die ihre Arbeitszeit völlig frei gestalten (904.000) können. Männern (52,9 %) fällt dies etwas leichter als Frauen (46,5 %). Mehr als einem Viertel der Beschäftigten (28,6 %) fällt es eher leicht, gut einem Zehntel (13,0 %) eher schwer und knapp einem Zehntel (8,6 %) fällt es sehr schwer, sich kurzfristig frei zunehmen. Sich „kurzfristig" ein bis zwei Stunden freinehmen zu können, ist hier so definiert, dass dies innerhalb eines Tages möglich ist.

Der markanteste Unterschied zeigt sich hier, ebenso wie bei der Frage nach variablen Arbeitszeiten, zwischen Selbständigen und Unselbständigen. Ein paar Stunden frei zunehmen ist für selbständig Erwerbstätige deutlich häufiger sehr oder eher einfach möglich als für unselbständig Erwerbstätige. Die bedeutendsten Einflussfaktoren auf die Möglichkeit kurzfristig zwei Stunden frei zunehmen, sind wiederum, ähnlich wie bei der variablen Arbeitszeit, der Beruf und die Branche sowie das ausgeübte Tätigkeitsniveau. Während es für Selbständige nahezu keinerlei Schwierigkeit darstellt, kurzfristig frei zunehmen –85,8 % fällt dies sehr leicht –, so ist dies nur bei knapp jedem/jeder zweiten unselbständig Beschäftigten (44,5 %) der Fall. Im Gegenzug ist es für 23,9 % der Unselbständigen, aber nur 6 % der Selbständigen eher oder sehr schwer, kurzfristig frei zunehmen. Arbeiter und Arbeiterinnen haben es tendenziell schwerer, sich kurzfristig frei zunehmen als Angestellte, Beamte und Vertragsbedienstete. Je höher das ausgeübte Tätigkeitsniveau, umso einfacher ist es für die Beschäftigten, sich kurzfristig ein bis zwei Stunden frei zunehmen. Dies gilt insbesondere für Männer, bei Frauen zeigt sich dieser Zusammenhang lediglich in abgeschwächter Form. Für rund ein Drittel (30,8 %, Männer 32,0 %, Frauen 29,8 %) der Beschäftigten in Hilfs- und angelernten Tätigkeiten ist es eher schwer oder sehr schwer, sich kurzfristig frei zunehmen. Bei höheren oder führenden Tätigkeiten ist dieser Anteil bei Männern deutlich geringer (11,9 %), bei Frauen dagegen annähernd gleich hoch (27,0 %).

A.2.6
Autonomie in der Arbeit

Inhalt und Reihenfolge der Arbeit können von gut einem Drittel (36,3 %) der Erwerbstätigen beeinflusst werden. Etwas höher fällt der Anteil jener (38,1 %) aus, bei denen beides nicht möglich ist. Bei Frauen ist die Autonomie in der Arbeitsorganisation weniger stark gegeben als bei Männern; 39,6 % der Männer, aber nur 32,6 % der Frauen können Inhalt und Reihenfolge selbst bestimmen. Stärker als nach dem Geschlecht fallen die Unterschiede nach der Staatsangehörigkeit aus; 37,5 % der Österreicher und Österreicherinnen, aber nur 28,6 % der Personen mit einer anderen Staatsangehörigkeit haben eine Einflussmöglichkeit auf Inhalt und Reihenfolge der Arbeit. Ein klarer Zusammenhang besteht zwischen der Autonomie in der Arbeitsorganisation und der Höhe des Tätigkeitsniveaus, in abgeschwächter Form auch mit der formalen Ausbildung sowie mit dem Alter der Erwerbstätigen. Rund die Hälfte der Erwerbstätigen mit Universitätsabschluss, aber nur ein Viertel der Erwerbstätigen mit Pflichtschulabschluss kann Inhalt und Reihenfolge selbst bestimmen. Des Weiteren zeichnen sich markante Unterschiede zwischen Selbständigen und Unselbständigen sowie zwischen Berufsgruppen und Branchen ab.

Grafik A.11
Autonomie in der Arbeit



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung - Ad-hoc-Modul „Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung" - Jahresdurchschnitt 2015. - Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren, die gegenwärtig erwerbstätig ist. - ( ) Werte sind sehr stark zufallsbehaftet (Variationskoeffizient über 17 %). - (x) Werte sind statistisch nicht interpretierbar (Variationskoeffizient über 25 %).

Für Selbständige gehört es (mit 73,1 %) nahezu zur Normalität, sowohl Inhalt als auch Reihenfolge ihrer Arbeit beeinflussen zu können. Weitere 14,3 % der Selbständigen können zumindest die Reihenfolge selbst beeinflussen. Für Unselbständige ist die Wahrscheinlichkeit, weder Inhalt noch Reihenfolge (42,5 %) beeinflussen zu können, etwas höher als die umgekehrte Variante, sowohl Inhalt als auch Reihenfolge (30,8 %) beeinflussen zu können.

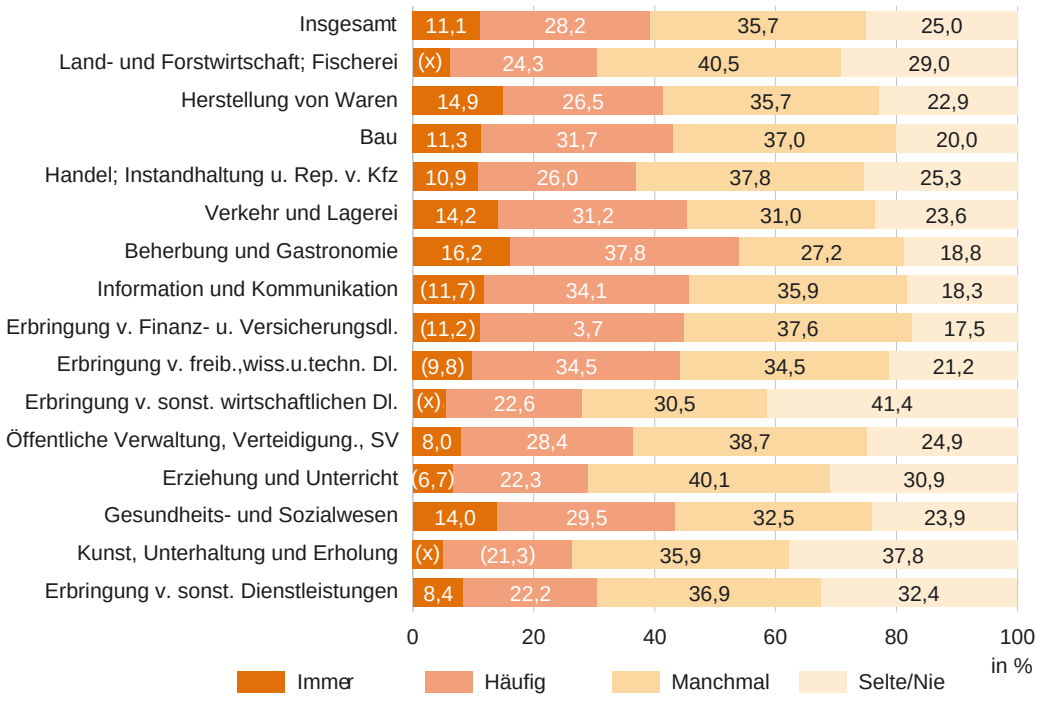
A.2.7
Arbeiten unter Zeitdruck

Häufiges Arbeiten unter Zeitdruck, insbesondere wenn es über einen langen Zeitraum erfolgt, beeinträchtigt die Lebensqualität und auf lange Sicht auch die Gesundheit von Beschäftigten (Biffl et al. 2011). Rund ein Zehntel (11,1 %) der Erwerbstätigen arbeitet immer unter Zeitdruck. Gut ein Viertel (28,2 %) der Erwerbstätigen arbeitet häufig und ein gutes Drittel (35,7 %) manchmal unter Zeitdruck. Für die verbleibenden 25,0 % ist dies nie der Fall. Männer arbeiten etwas öfter immer oder häufig (11,9 % bzw. 29,5 %) unter Zeitdruck als Frauen (10,2 % bzw. 26,9 %). In der Antwortkategorie „immer" stechen einzelne Branchen und Berufsgruppen hervor, ein spezifisches Muster hinsichtlich Tätigkeits- oder Bildungsniveaus ist in dieser Kategorie jedoch nicht erkennbar. Die Branche mit den höchsten Anteilen an Beschäftigten, die immer unter Zeitdruck arbeiten, ist Beherbergung und Gastronomie (16,2 %). Überdurchschnittlich oft wird auch in den Branchen Herstellung von Waren (14,9 %), Gesundheits- und Sozialwesen (14,0 %) sowie Verkehr und Lagerei (14,2 %) ständig unter Zeitdruck gearbeitet.

Unter den Berufsgruppen stechen die Bedienerinnen und Bediener von Maschinen (14,5 %) – hier allerdings nur die männlichen Beschäftigten der Berufsgruppe –, die Dienstleistungs- und Verkaufsberufe (14,1 %) sowie die Handwerks- und verwandten Berufe (13,1 %) mit überdurchschnittlich vielen Erwerbstätigen, die kontinuierlich unter Zeitdruck stehen, hervor. Selbständige mit Arbeitnehmerinnen und -nehmern (16,0 %) stehen ebenfalls besonders häufig ständig unter Zeitdruck. Zwischen der Gesamtgruppe der Selbständigen und Unselbständigen besteht allerdings kein großer Unterschied.

Die Wahrscheinlichkeit, häufig unter Zeitdruck zu arbeiten, steigt mit dem Tätigkeitsniveau, der Berufsqualifikation sowie mit der formalen Bildung. Das Umgekehrte gilt für die Wahrscheinlichkeit, selten oder nie unter Zeitdruck zu arbeiten. Häufig unter Zeitdruck arbeiten ein Fünftel der Unselbständigen mit Hilfs- und angelernten Tätigkeiten und gut ein Drittel jener mit höheren bis führenden Tätigkeiten. Auch unter den Berufsgruppen haben Führungskräfte eine rund doppelt so hohe Wahrscheinlichkeit, häufig unter Zeitdruck zu stehen (44,8 %), wie Hilfsarbeitskräfte (21,4 %). Bei der formalen Bildung zeigt sich ebenfalls ein kontinuierlicher Verlauf: Rund einViertel der Personen mit höchstens einem Pflichtschulabschluss steht häufig unter Zeitdruck, bei Erwerbstätigen mit Universitätsabschluss ist es bereits knapp ein Drittel.

Grafik A.12
Erwerbstätige nach Arbeit unter Zeitdruck und Wirtschaftszweigen



Q: STATISTIK AUSTRIA, Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung - Ad-hoc-Modul „Arbeitsorganisation und Arbeitszeitgestaltung" - Jahresdurchschnitt 2015. - Bevölkerung in Privathaushalten ab 15 Jahren, die gegenwärtig erwerbstätig ist. - ( ) Werte sind sehr stark zufallsbehaftet (Variationskoeffizient über 17 %). - (x) Werte sind statistisch nicht interpretierbar (Variationskoeffizient über 25 %).

Vollzeitarbeitskräfte arbeiten häufiger unter Zeitdruck als Teilzeitarbeitskräfte. So arbeiten 43,1 % der Vollzeit- aber nur 29,7 % der Teilzeitbeschäftigten immer oder häufig unter Zeitdruck. Dieser vergleichsweise niedrigere Anteil unter Teilzeitbeschäftigen ist zu einem Teil auf jene Teilzeitbeschäftigten, die weniger als zwölf Stunden in der Woche arbeiten, zurückzuführen.

Von diesen stehen nur 15,3 % immer oder häufig unter Zeitdruck, unter Teilzeitbeschäftigten mit zwölf oder mehr Stunden in der Woche ist es rund ein Drittel (32,4 %). Zu den Branchen, die durch vergleichsweise wenig Zeitdruck geprägt sind, zählen das Grundstücks- und Wohnungswesen, die Energieversorgung, Kunst und Unterhaltung sowie unter den größeren Branchen Erziehung und Unterricht: Jeweils mehr als 70 % der Beschäftigten arbeiten nur manchmal oder nie unter Zeitdruck. Unter den Berufsgruppen trifft dies auf jeweils knapp 70 % der Fachkräfte in der Land- und Forstwirtschaft, Hilfsarbeitskräfte sowie Bürokräfte und verwandte Berufe zu. Die Häufigkeit, mit der unter Zeitdruck gearbeitet werden muss, wirkt sich deutlich auf die Zufriedenheit der Erwerbstätigen aus. 71,1 % der Befragten, die nie unter Zeitdruck arbeiten, finden, dass die Arbeitszeitgestaltung sehr gut zu ihren persönlichen Lebensumständen passt; bei Personen, die immer unter Zeitdruck arbeiten, sind dagegen nur rund halb so viele sehr zufrieden (38,6 %).

A.2.8 Schlussbemerkungen

Die Ergebnisse des Mikrozensus weisen darauf hin, dass ein Großteil der Befragten mit der Arbeitszeit zufrieden ist. Die Zufriedenheit ist allerdings umso geringer, je höher der Grad der fremdbestimmten und je niedriger der Grad der selbstbestimmten Arbeitszeitflexibilität ist. Insgesamt werden zwei Fünftel der Erwerbstätigen zumindest einmal im Monat dazu aufgefordert, länger zu bleiben oder früher zu kommen. Der Grad an fremd- bzw. selbstbestimmter Flexibilität hängt jedoch stark von der Art des Tätigkeitsniveaus (selbständig versus unselbständig bzw. Branchenzugehörigkeit), von der Position in der Firmenhierarchie (leitende versus nachgeordnete Tätigkeiten) und vom formalen Bildungsabschluss ab. Die Zufriedenheit mit der Arbeitszeit in Bezug auf die eigenen Lebensumstände ist bei Erwerbstätigen, die nie in ihrer Freizeit kontaktiert werden, am höchsten. Etwa 45 % der Erwerbstätigen werden jedoch innerhalb von zwei Monaten zumindest einmal außerhalb der Arbeitszeit kontaktiert. Häufiges Arbeiten unter Zeitdruck beeinträchtigt die Lebensqualität negativ, dies betrifft rund ein Zehntel (11,1 %) der Erwerbstätigen, die angeben, immer unter Zeitdruck zu arbeiten. Darüber hinaus steigt die Zufriedenheit mit der Möglichkeit, sich kurzfristig ein paar Stunden oder Tage frei zu nehmen.

A.3
Lebensqualität und Erwerbsstatus

Autor: Walter Hyll (Statistik Austria)

Das vorliegende Kapitel untersucht auf Basis von Daten aus EU-SILC, wie sich der Erwerbsstatus auf unterschiedliche Dimensionen der Lebensqualität auswirkt. Besonderes Augenmerk wird dabei auf die Lebenszufriedenheit, Gesundheit sowie soziale Teilhabe gerichtet. Die Ergebnisse zeigen, dass Personen, die von Arbeitslosigkeit betroffen sind, ein deutlich geringeres Niveau an Lebenszufriedenheit aufweisen. Mit der Arbeitslosigkeit geht auch eine schlechtere Bewertung des selbsteingeschätzten allgemeinen Gesundheitszustandes einher. Zudem sind arbeitslose Personen eher von einer dauerhaften Krankheit oder von einem chronischen Gesundheitsproblem betroffen. Bezüglich sozialer Teilhabe gibt es ebenso Unterschiede zu erwerbstätigen Personen. So können arbeitslose Personen in einem geringeren Ausmaß mit Hilfe von Verwandten, vom Freundeskreis oder der Nachbarschaft rechnen. Die Teilnahme an Freiwilligenarbeit in oder außerhalb einer Organisation und Aktivitäten in politischen Parteien bzw. Verbänden fallen ebenso geringer aus.

A.3.1
Einleitung

Der Erwerbsstatus und die Lebensqualität einer Person scheinen in einem engen Abhängigkeitsverhältnis zu stehen.[2] Frey (2008) beschreibt beispielsweise, dass Arbeitslosigkeit mit einem Rückgang an Lebenszufriedenheit einhergeht. Auch Clark et al. (2008) zeigen, dass sich Arbeitslosigkeit über Jahre hinweg negativ auf die Lebenszufriedenheit auswirkt, wobei der Effekt bei Männern länger andauert als bei Frauen. In ihren Berechnungen sinkt die Lebenszufriedenheit im ersten Jahr der Arbeitslosigkeit um ca. 0,76 Einheiten bei Männern und ca. 0,53 Einheiten bei Frauen (auf einer Skala von null bis zehn). Hetschko et al. (2014) finden in ihrer Analyse, dass Arbeitslose weniger zufrieden als Erwerbstätige sind (der Unterschied beträgt etwa eine Einheit auf einer Skala von null bis zehn), aber beim Eintritt in die Pension einen deutlichen Zuwachs an Lebenszufriedenheit erfahren. Sie vermuten, dass die Zugehörigkeit zu einer Gruppe und die einhergehende soziale Norm den Nutzen bzw. die Zufriedenheit mitbestimmen. Im erwerbsfähigen Alter ist die soziale Norm, erwerbstätig zu sein. In der Pension gibt es keine Norm mit derartigen Erwartungen.

Nach den Empfehlungen der OECD besteht subjektives Wohlbefinden neben der Komponente Zufriedenheit auch aus den Sub-Dimensionen Glück und Sinn (im Leben). Oismüller und Till (2015) zeigen, dass die Korrelationskoeffizienten zwischen den drei Bereichen zwischen 0,3 und 0,5 liegen. Aus ihrer Untersuchung wird ersichtlich, dass hohes Wohlbefinden gleichzeitig in mehreren Bereichen je nach Erwerbsstatusgruppe sehr unterschiedlich vorkommt. Das Wohlbefinden bei Arbeitslosen ist besonders niedrig. 41 % von ihnen haben in keinem einzigen Bereich ein hohes Wohlbefinden – das sind mehr als doppelt so viele wie in der Gesamtbevölkerung Österreichs. Bei den Erwerbstätigen liegt der Anteil bei 16 %. Auch Tichy (2011) hebt in seiner Arbeit die Rolle von Arbeitslosigkeit für die Lebenszufriedenheit hervor und zeigt ähnliche Befunde auf: Während über 40 % der europäischen Arbeitslosen unzufrieden sind, beträgt der Anteil in der Gesamtbevölkerung etwa 19 %. Mit Verweis auf die internationale Literatur beschreibt Tichy (2011, S. 443) den „puren" Arbeitslosigkeitseffekt quantitativ äquivalent zu einem Sturz vom obersten in das unterste Einkommensquartil.

Lebensqualität zeichnet sich nicht nur durch eine hohe Lebenszufriedenheit aus, sondern wird auch maßgeblich durch den Gesundheitszustand bestimmt. Zahlreiche Studien belegen, dass es einen positiven Zusammenhang zwischen Gesundheitszustand und Arbeitsmarktbeteiligung gibt (für eine Literaturauswertung siehe u.a. Dooley et al. 1996). Cai (2010) bestätigt mit Daten für Australien, dass sich ein guter Gesundheitszustand positiv auf die Erwerbsbeteiligung auswirkt. Umgekehrt kann aber nicht ausgeschlossen werden, dass sich eine hohe Erwerbsintensität in einer Verschlechterung der Gesundheit niederschlägt. Dieser Aspekt wird ebenso von Cai (2010) adressiert, wobei seine Ergebnisse zwischen den Geschlechtern variieren: Während sich die Erwerbsbeteiligung negativ auf die Gesundheit von Männern auswirkt, gibt es einen positiven Effekt bei Frauen. Cai vermutet, dass ein Selbst-Selektionseffekt dazu führen könnte. D.h. es wäre denkbar, dass Frauen, die einer Erwerbstätigkeit nachgehen, gesünder sind als nicht erwerbstätige

[2] Analysen zu den Bestimmungsgründen der Lebenszufriedenheit wurden in erster Linie von Psychologinnen und Psychologen durchgeführt, finden mittlerweile aber auch in anderen Disziplinen Einzug (vgl. Till et al. 2016). Auch Ökonominnen und Ökonomen widmen sich der Lebenszufriedenheit, was auch unter dem Titel Glücksforschung firmiert (z.B.: Easterlin 1974, 2001).

Frauen und sich in Arbeitsplätze selektieren, die sich kaum negativ auf die Gesundheit auswirken.

Neben dem Gesundheitszustand und der Lebenszufriedenheit sind auch die soziale und kulturelle Teilhabe von Bedeutung für die individuelle Lebensqualität. Soziale und kulturelle Teilhabe beschreibt den Prozess der gesellschaftlichen Eingliederung und bezieht sich auf die Integration in soziale Netzwerke, bürgerschaftliches Engagement und Freizeitbeschäftigung (Skina-Tabue 2017). Die Teilnahme an sozialen Netzen und an gemeinschaftlichen Aktivitäten fördert den sozialen Zusammenhalt und gilt gemeinhin als erstrebenswert (Skina-Tabue 2017). Sowohl informelle soziale Kontakte als auch Engagement in Vereinen oder Organisationen ermöglichen den Zugang zu sozialen Netzwerken. Die Bandbreite von gesellschaftlichem Engagement umfasst auch die Tätigkeit in einer politischen Partei oder Verband oder die Teilnahme an einem friedlichen Protest. Neben der sozialen Teilhabe trägt die kulturelle Teilhabe, zu der das Ausüben von Freizeitaktivitäten zählt, zum physischen und psychischen Wohlbefinden und somit zur Lebensqualität bei.

In ihren Analysen zu den Lebensbedingungen von Menschen in Privathaushalten in Österreich zeigen Lamei et al. (2017), dass Personen mit einem hohen Einkommen eine höhere Zufriedenheit mit ihrem Leben anführen und auch zufriedener mit sozialen Beziehungen sind. Auch die Auswertungen von Skina-Tabue (2017) weisen darauf hin, dass tendenziell Personen, die mit ihrem Leben insgesamt zufrieden sind, auch mit ihren sozialen Kontakten zufriedener sind. Gesellschaftliche Beteiligung bietet die Möglichkeit, soziale Kontakte oder soziale Anerkennung zu erhalten. Die Eingebundenheit in soziale Netze verschafft Informationen, Erfahrungen und potenzielle Unterstützungsquellen.

Die Bedeutung von Beziehungsnetzwerken, gesellschaftlichem Engagement und Freizeitaktivitäten hängt von soziodemographischen Faktoren ab (Skina-Tabue 2017). Die Ergebnisse von Skina-Tabue (2017) lassen erkennen, dass sowohl die Qualität der sozialen Teilhabe als auch der Grad der kulturellen Teilhabe in Zusammenhang mit ökonomischen Ressourcen stehen, was sich vor allem für einkommensschwache Bevölkerungsgruppen negativ auswirkt. Generell scheint die Beteiligung an zivilgesellschaftlichen und politischen Prozessen positiv mit dem Einkommen korreliert zu sein (Lamei et al. 2017) und folglich auch vom Erwerbsstatus abzuhängen. Auch die Auswertungen von Lamei et al. (2017) verdeutlichen, dass sich Personen mit niedrigem Einkommen im Vergleich zu Personen mit mittlerem oder hohem Einkommen kaum kostenpflichtige Freizeitaktivitäten leisten können.

Im Fokus der vorliegenden Untersuchung steht der Zusammenhang zwischen Erwerbsstatus und Lebensqualität. Dabei werden die Dimensionen „subjektives Wohlbefinden", „Gesundheit" und „soziale Teilhabe und Armut" anhand ausgewählter Indikatoren genauer beleuchtet. Geht man davon aus, dass Arbeitslosigkeit meist unfreiwillig erfolgt, müsste die Lebensqualität von Arbeitslosen geringer ausfallen. Dementsprechend müsste es auch einen Unterschied in der Lebensqualität zwischen Arbeitslosen und Nichterwerbstätigen (insofern diese freiwillig erfolgt) geben (siehe auch Gerlach und Stephan 2001).

A.3.2
Beschreibung der verwendeten Daten

Die folgenden Analysen basieren auf EU-SILC Daten, wobei die Jahre 2015 und 2017 herangezogen werden.[3] 2015 wurden insgesamt 6.045 Haushalte befragt, in denen 13.213 Personen lebten; 2017 6.090 Haushalte bzw. 12.876 Personen. Die Erhebung 2015 ist von Interesse, da diese ein Sondermodul zur „sozialen und kulturellen Teilhabe" enthält.

Das hier verwendete Merkmal „Erwerbsstatus" wird aus Informationen zur Hauptaktivität zum Befragungszeitpunkt generiert. Neben dem Status Erwerbstätigkeit werden für Vergleichszwecke noch verschiedene Formen der Nichterwerbstätigkeit berücksichtigt. Konkret wird in diesem Beitrag zwischen folgenden Status unterschieden, wobei diese einander ausschließen, d.h. jeder Person wird nur ein Status zugeschrieben: Erwerbstätigkeit in Vollzeit, Erwerbstätigkeit in Teilzeit, arbeitslos, Haupttätigkeit Haushaltsführung (Haushalt), Pension, Ausbildung. Um zusätzlich zwischen prekären Beschäftigungsformen differenzieren zu können, wurden die Unterkategorien „Erwerbstätigkeit im Ausmaß von weniger als zwölf Wochenstunden (Teilzeit < 12 h)" und „Niedriglohnbeschäftigung" gebildet. Die Zuordnung zu Niedriglohnbeschäftigung folgt der „International Labour Organization" (ILO-)Definition. Gemäß ILO-Definition zählen Personen zu den Niedriglohnbeschäftigten, wenn der Bruttostundenlohn von unselbständig Beschäftigten unter der Niedriglohngrenze von 2/3 des Bruttomedianlohns liegt. Arbeitslosigkeit wird in zwei Gruppen unterteilt: derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr (AL & 0-5), derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr (AL & 6-12). Nichterwerbstätigkeit umfasst die Kategorien Haushalt, Pension und Ausbildung.

Die unterschiedlichen Formen der Lebenszufriedenheit werden auf einer Skala von 0 bis 10 gemessen, wobei „0" „überhaupt nicht zufrieden" und „10" „vollkommen zufrieden" bedeutet. Konkret wurden die einzelnen Aspekte der Lebenszufriedenheit durch folgende Fragen erfasst: „Wie zufrieden sind Sie mit …Ihrem Leben insgesamt/…der

[3] Weiterführende Information zu EU-SILC werden auf der Homepage der Statistik Austria bereitgestellt: http://www.statistik.at/web_de/frageboegen/private_haushalte/eu_silc/index.html.

finanziellen Situation Ihres Haushalts/…Ihrem persönlichen Einkommen/…Ihrer Wohnsituation / …Ihrer (zuvor geäußerten) Hauptaktivität?"

Der subjektive Gesundheitszustand basiert auf einer Einschätzung des eigenen Gesundheitszustandes, wobei fünf Ausprägungen möglich sind: 5=sehr gut bis 1=sehr schlecht. Für diesen Beitrag werden aus dieser Information zwei Ausprägungen generiert. Die erste Ausprägung umfasst jene Personen, die einen schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand anführen. In der zweiten Ausprägung werden die restlichen drei Antwortkategorien zusammengefasst. Ergänzt wird diese Information zum allgemeinen Gesundheitszustand mit Angaben zu dauerhaften gesundheitlichen Problemen. Eine Person wird als „chronisch krank" eingestuft, falls diese die Frage „Haben Sie eine dauerhafte Krankheit oder ein chronisches Gesundheitsproblem? (Damit gemeint sind Krankheiten oder gesundheitliche Probleme, die sechs Monate andauern oder voraussichtlich andauern werden.)" mit „Ja" beantwortet. Analog zum subjektiven Gesundheitszustand wird diese Variable – wie auch die nachfolgenden Variablen – in zwei Ausprägungen („Ja" und „Nein") unterteilt.

„Soziale Teilhabe" kann mittels unterschiedlicher Indikatoren gemessen werden. Hierfür stehen Daten des EU-SILC Sondermoduls zur sozialen und kulturellen Teilhabe aus dem Jahr 2015 zur Verfügung. Konkret werden Informationen zur Häufigkeit sowohl von nicht-persönlichen Kontakten (z. B. via Telefon, SMS, Brief, Fax, Internet) als auch von Treffen oder Besuchen mit Verwandten, dem Freundeskreis oder der Nachbarschaft herangezogen. Um die Tragfähigkeit dieser sozialen Beziehungen zu messen, wird folgende Frage verwendet: „Haben Sie Verwandte, Freunde oder Nachbarn, die Sie um Hilfe bitten können?"

Soziale Teilhabe kann auch einen „aktiven" Charakter – in Form von Freiwilligenarbeit und gesellschaftlichen Aktivitäten – besitzen. Diese Aspekte werden mit folgenden Fragen approximiert: „Haben Sie in den letzten zwölf Monaten Freiwilligenarbeit im Rahmen einer Organisation oder eines Vereins geleistet?", „Haben Sie in den letzten zwölf Monaten Freiwilligenarbeit außerhalb einer Organisation oder eines Vereins geleistet (z.B. Hilfe für Menschen und Tiere)?", „Haben Sie in den letzten zwölf Monaten an Aktivitäten einer politischen Partei oder eines Berufsverbands, an einer Demonstration oder an einem friedlichen Protest, z.B. Unterzeichnen einer Petition, teilgenommen?"

Neben der sozialen Teilhabe fließt auch noch die kulturelle Teilhabe in nachfolgende Untersuchung mit ein. Zur Messung der kulturellen Teilhabe dienen folgende Fragen: „Haben Sie in den letzten zwölf Monaten mindestens ein Mal Veranstaltungen wie z.B. Konzerte, Theateraufführungen, eine Oper oder Tanzaufführungen besucht?", „Waren Sie in den letzten zwölf Monaten mindestens ein Mal im Kino?", „Haben Sie in den letzten zwölf Monaten mindestens ein Mal Sportveranstaltungen besucht?", „Haben Sie in den letzten zwölf Monaten mindestens ein Mal historische oder kulturelle Denkmäler, Museen, Kunstgalerien, archäologische Stätten usw. besucht?"

Als Kontrollvariablen werden sowohl demographische als auch sozioökonomische Merkmale hinzugefügt. Die Merkmale umfassen Informationen zu Geschlecht, Alter, Kinder im Haushalt, Bildung, Bildung der Eltern, Familienstand, Haus- bzw. Wohnungseigentum, persönliches Einkommen und (äquivalisiertes) Haushaltseinkommen.

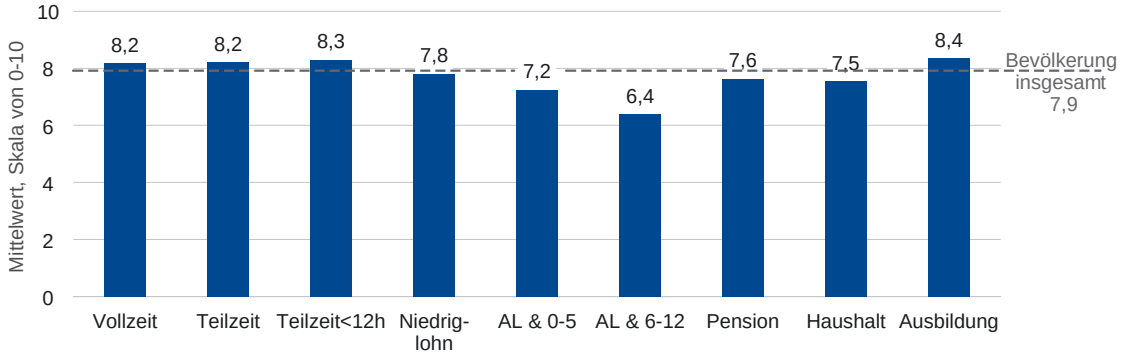
Das den Analysen zur Zufriedenheit und sozialen und kulturellen Teilhabe zugrundeliegende Sample bezieht sich auf Personen ab 16 Jahren. Bei den Analysen zur Gesundheit werden Personen zwischen 20 und 65 Jahren betrachtet, um den Effekt der grundsätzlich höheren Betroffenheit der ab 65-Jährigen zu reduzieren. Auswertungen zur Lebenszufriedenheit und Gesundheit beziehen sich auf das Jahr 2017, Auswertungen zur sozialen und kulturellen Teilhabe auf 2015. Um für Österreich repräsentative Ergebnisse zu erhalten, werden im deskriptiven Teil alle Indikatoren zur Gesundheit und sozialen und kulturellen Teilhabe gewichtet. Bei den Zufriedenheitsindikatoren kommt eine separate (kalibrierte Zufriedenheits-)Gewichtung zur Anwendung.[4] Die multivariate Analyse wird ohne Gewichtungsverfahren durchgeführt und bezieht sich auf die EU-SILC Stichprobe.

A.3.3 Erwerbsstatus und Lebenszufriedenheit

Subjektives Wohlbefinden ist ein Bewertungsmaß der individuellen Lebensumstände. Dieses wird in diesem Beitrag auf Basis von Selbsteinschätzungen der Respondentinnen und Respondenten aus der EU-SILC Umfrage gemessen. Der Erwerbsstatus beeinflusst subjektives Wohlbefinden auf unterschiedliche Weise, bspw. über das Einkommen, soziale Kontakte oder das Selbstwertgefühl. In Kapitel 3.8 wurde bereits auf den Schlüsselindikator „gesamte Lebenszufriedenheit" für die Gesamtbevölkerung eingegangen. Der Mittelwert betrug 2017 7,9 und war damit auf dem Niveau der beiden Vorjahre. In Grafik A.13 wird die durchschnittliche Zufriedenheit mit dem Leben für jede Statusgruppe dargestellt. Arbeitslose weisen die geringste Lebenszufriedenheit auf. Sie sind weniger zufrieden als Erwerbstätige und auch weniger zufrieden als Nichterwerbstätige. Es stellt sich die Frage, ob sich die Dauer des Verbleibs in Arbeitslosigkeit auf die Lebenszufriedenheit auswirkt. Betrachtet man ausschließlich die Gruppe der Arbeitslosen, so zeigt sich, dass je länger Personen im Vorjahr arbeitslos waren, desto geringer die Lebenszufriedenheit ausfällt.

[4] Detaillierte Informationen dazu finden sich in Glaser - Till (2010).

Grafik A.13
Allgemeine Lebenszufriedenheit



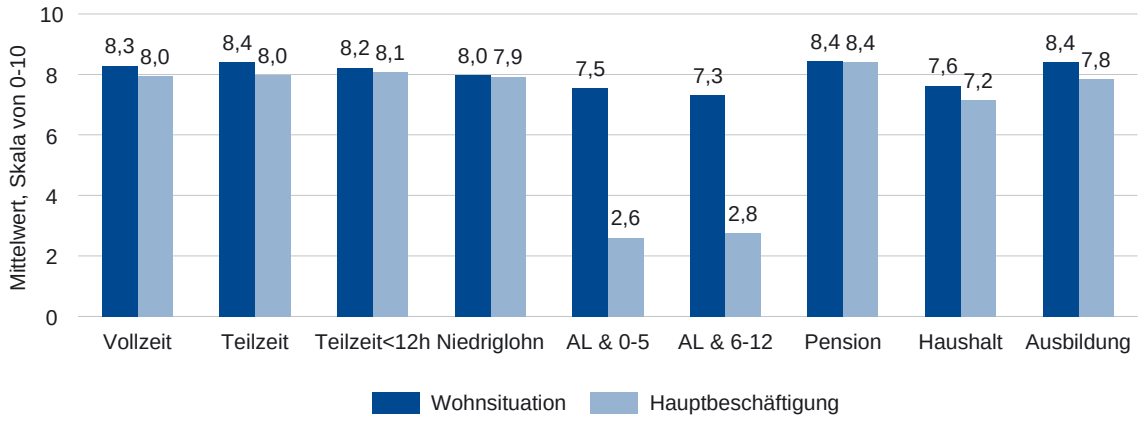
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017. Durchschnittliche Zufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 10. Personen ab 16 Jahren. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung.

Der Unterschied zu erwerbstätigen Personen in Vollzeit beträgt eine Einheit (auf einer Skala von null bis zehn) für Arbeitslose, die bis zu sechs Monate im Vorjahr arbeitslos waren (AL & 0-5), und fast zwei Einheiten für Arbeitslose, die mindestens sechs Monate im Vorjahr arbeitslos waren (AL & 6-12). Vergleicht man diese Werte mit den Werten der Lebenszufriedenheit nach Einkommensquintilen (siehe Grafik 62), so zeigt sich, dass Arbeitslose eine geringere Lebenszufriedenheit aufweisen als das unterste Einkommensquintil (7,3).

EU-SILC liefert neben der allgemeinen Lebenszufriedenheit auch Informationen zur Zufriedenheit mit verschiedenen Lebensbereichen. In Grafik A.14 wird die Zufriedenheit mit der derzeitigen Hauptaktivität bzw. Hauptbeschäftigung abgebildet. Das Zufriedenheitsniveau mit der Hauptbeschäftigung erwerbstätiger Personen entspricht in etwa dem Niveau von Personen in Ausbildung. Die höchste Zufriedenheit haben Pensionistinnen und Pensionisten (8,4). In deutlichem Gegensatz dazu führen arbeitslose Personen eine durchschnittliche Zufriedenheit von 2,6 bzw. 2,8 an. Interessant ist, dass Personen in einer prekären Beschäftigungsform – Erwerbstätigkeit im Ausmaß von weniger als zwölf Wochenstunden oder Niedriglohnbeschäftigung – ähnlich zufrieden mit ihrer Hauptbeschäftigung wie Vollzeitbeschäftigte sind. In Grafik A.14 wird zudem die Zufriedenheit mit der Wohnsituation dargestellt. Arbeitslose Personen geben auch hier die geringste Zufriedenheit an, wobei der Unterschied zu den anderen Gruppen deutlich geringer ausfällt.

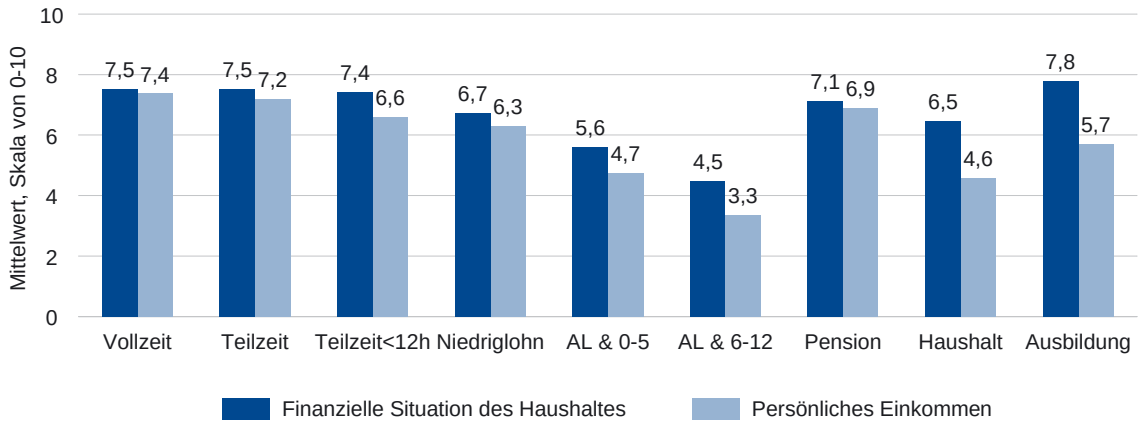
In Grafik A.15 findet sich die Zufriedenheit für zwei weitere Lebensbereiche – finanzielle Situation des Haushaltes und persönliches Einkommen. Beide Bereiche haben eine ähnliche Verteilung bezogen auf die angeführten Statusgruppen. Dabei liegt der Mittelwert der Zufriedenheit mit dem persönlichen Einkommen immer unter dem Mittelwert der Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushaltes. Arbeitslose weisen auch in diesen Bereichen die geringste Zufriedenheit auf. Die Dauer der Arbeitslosigkeit scheint ebenso eine Rolle zu spielen – Personen, die schon länger im Vorjahr arbeitslos waren, sind am

Grafik A.14
Zufriedenheit mit Wohnsituation und mit Hauptbeschäftigung



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017. Durchschnittliche Zufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 10. Personen ab 16 Jahren. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung.

Grafik A.15
Zufriedenheit mit finanzieller Situation des Haushaltes und persönlichem Einkommen



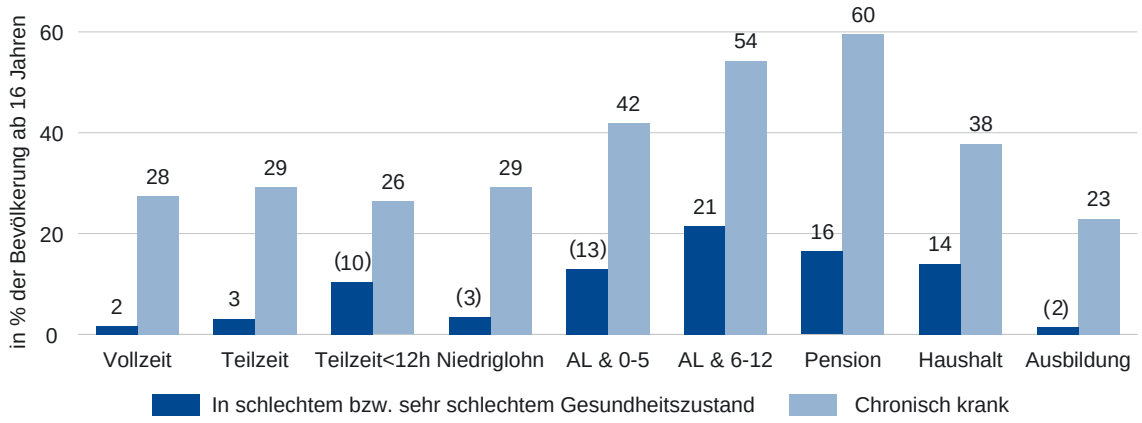
Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017. Durchschnittliche Zufriedenheit auf einer Skala von 0 bis 10. Personen ab 16 Jahren. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung.

wenigsten mit der finanziellen Situation ihres Haushaltes und ihrem persönlichen Einkommen zufrieden.

A.3.4 Erwerbsstatus und Gesundheit

Gesundheitsaspekte geben ebenso Aufschluss über die Lebensqualität. In Kapitel 3.3 wurde gezeigt, dass der subjektive Gesundheitszustand, der einen Schlüsselindikator für *WgÖ?* darstellt, deutlich zwischen den Einkommensgruppen variiert. So gaben bspw. 4 % der Personen im obersten Einkommensquintil an, einen schlechten bzw. sehr schlechten Gesundheitszustand zu haben. Gleichzeitig haben 13 % des untersten Einkommensquintils ihre Gesundheit als schlecht oder sehr schlecht eingeschätzt. Für dieses Kapitel werden zwei Indikatoren herangezogen; einerseits die Selbsteinschätzung über einen schlechten bzw. sehr schlechten Gesundheitszustand und andererseits chronische Gesundheitsprobleme. „Chronisch krank" umfasst etwa chronische Kopfschmerzen, Bluthochdruck und Allergien. Um altersspezifische Effekte zu reduzieren, wird für diese Betrachtung das Sample auf 20- bis 65-Jährige zugeschnitten. In Grafik A.16 werden die zwei Gesundheitsvariablen den Statusgruppen gegenübergestellt. Im Vergleich zu Erwerbstätigen geben Arbeitslose deutlich häufiger an, eine schlechte oder sehr schlechte Gesundheit zu haben. Ein ähnliches Bild zeichnet sich ab, wenn man chronische Krankheiten betrachtet. Bei beiden Gesundheitsvariablen ist auch sichtbar, dass arbeitslose Personen, die im Vorjahr länger arbeitslos waren (AL & 6-12), häufiger eine schlechte Gesundheit und chronische

Grafik A.16
Gesundheit



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017. Zahlen in Klammern beruhen auf geringen Fallzahlen: Sind in der Randverteilung weniger als 50 oder in der Zelle weniger als 20 Fälle vorhanden, wird geklammert. Personen zwischen 20 und 65 Jahren. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung.

Krankheiten anführen als arbeitslose Personen, die im Vorjahr nicht oder nur für einen kurzen Zeitraum arbeitslos waren (AL & 0-5). Personen mit Haupttätigkeit Haushaltsführung (Haushalt) oder in Pension weisen ebenso bei beiden Indikatoren relativ hohe Werte auf. Interessant ist, dass die Verteilung des subjektiven Gesundheitszustandes eine ähnliche Form wie die der chronischen Krankheiten aufweist, aber die subjektive Einschätzung gegenüber den chronischen Krankheiten auf einem deutlich geringeren Niveau liegt.[5]

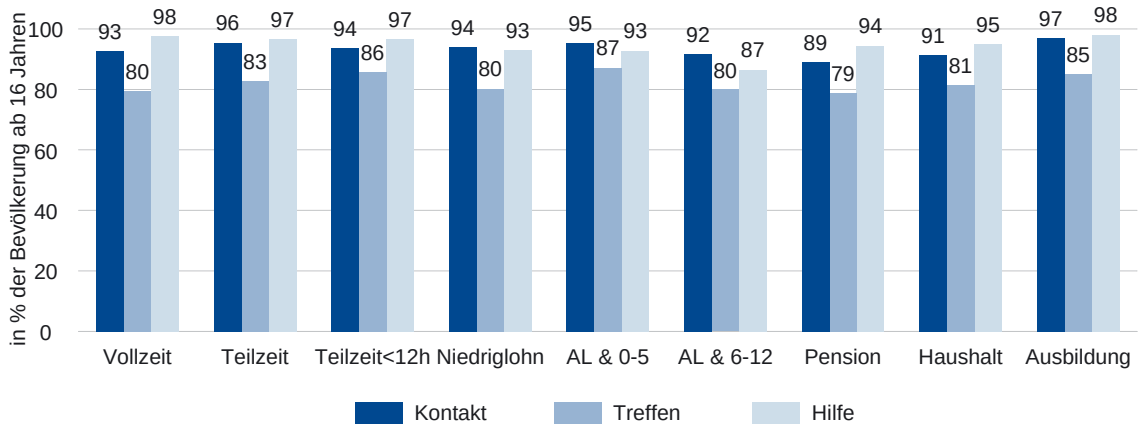
A.3.5
Erwerbsstatus und soziale Teilhabe

Materielle Lebensbedingungen, aber auch die soziale Eingebundenheit, die nicht zuletzt durch erstere ermöglicht wird und diese wiederum beeinflusst, bilden den Rahmen, in der sich Lebensqualität entfalten kann. Gute soziale Beziehungen können helfen, materielle Engpässe zu bewältigen. Dauerhafte soziale Isolation kann hingegen zur Exklusion von einer adäquaten Teilhabe an der Gesellschaft und insbesondere im Alter zu Versorgungsproblemen führen. Eine schlechte materielle Situation und eine geringe Erwerbsbeteiligung können wiederum zur sozialen Isolation beitragen. Soziale Teilhabe ist für die Einschätzung der Lebensbedingungen von besonderer Relevanz: In Österreich werden Familie, Freundinnen und Freunde sowie Freizeit nach Gesundheit als die wichtigsten Lebensbereiche wahrgenommen (Europäische Kommission 2007). Auch für *WgÖ?* wird die soziale Teilhabe als sehr wichtig angesehen und stellt eine eigene Dimension der Lebensqualität dar (siehe Kapitel 3.2).

Der Zusammenhalt von Gruppen und die Beziehung zwischen Gruppen und Individuen werden auch mit dem Konzept „soziales Kapital" untersucht. Wichtige Beiträge dazu wurden vor allem von Bourdieu (1986), Coleman (1988) und Putnam (1993) geliefert. Bourdieu und Coleman verwenden den Begriff im Zusammenhang von „Investitionen" in soziale Netzwerke, die wiederum zur Verfolgung ihrer eigenen Interessen behilflich sind. Für Putnam bedeutet soziales Kapital Vertrauen, Gegenseitigkeit und Kooperationsbereitschaft der Bürger, was wiederum essentiell für eine erfolgreiche Demokratie und für eine Gesellschaft als Ganzes ist. Unter diesem Aspekt wird hier auf zwei Formen von Sozialkapital eingegangen, die eher dem Konzept von Bourdieu und Coleman zuzuordnen sind (siehe auch Bönisch und Schneider 2013): formelles und informelles Sozialkapital. Formelles Sozialkapital bildet sich in Vereinen oder Organisationen. Informelles Sozialkapital bezieht sich hingegen auf Freundschaften und (Familien-)Beziehungen ohne formellen Charakter. In beiden Formen können Netzwerke und Beziehungen entstehen, die für die einzelne Person oder die Gesellschaft von Nutzen sind.

Einen Indikator für informelles Sozialkapital stellt der regelmäßige Kontakt zu Verwandten, Freundinnen und Freunden oder zur Nachbarschaft dar. In Grafik A.17 wird der Kontakt zum eigenen sozialen Netzwerk den Erwerbsstatusgruppen gegenübergestellt. Personen wurden dabei gefragt, ob sie mindestens wöchentlich Kontakt zu Verwandten, zum Freundeskreis oder zur Nachbarschaft haben. Arbeitslose Personen stehen in etwa ebenso regelmäßig in Kontakt zu benannten Personengruppen wie Vollzeitbeschäftigte. Während Personen in Ausbildung am häufigsten Kontakte haben, fällt der Anteil der Pensionistinnen und Pensionisten mit Kontakten im Vergleich zu den anderen Statusgruppen am geringsten aus. Analog zu

Grafik A.17
Kontakt zum bzw. Unterstützung vom informellen sozialen Netzwerk



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Personen ab 16 Jahren. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung.

[5] Es gibt eine starke Überschneidung zw. den beiden Indikatoren: Über 95 % der Personen in einem schlechten bzw. sehr schlechten Gesundheitszustand geben auch an, chronisch krank zu sein. Jedoch geben nur 16 % der Personen mit einer chronischen Krankheit an, sich in einer schlechten/sehr schlechten Gesundheit zu befinden.

den Kontakten wurden Personen befragt, ob mindestens wöchentliche persönliche Treffen mit Verwandten, dem Freundeskreis oder der Nachbarschaft stattfinden. Hier zeigt sich ein ähnliches Bild, wobei arbeitslose Personen, die im Vorjahr weniger als sechs Monate arbeitslos waren, die meisten Treffen verzeichnen.

Geht es um die Einschätzung, ob man mit Hilfe von nicht im selben Haushalt lebenden Personen, wie Verwandten, Freundeskreis oder Nachbarschaft, rechnen kann, so sind Arbeitslose weniger gut verankert: beide Kategorien für Arbeitslosigkeit weisen die geringsten Werte auf. Sowohl Vollzeit- und Teilzeit-Erwerbstätige als auch Personen in Ausbildung rechnen am ehesten mit einer Unterstützung durch ihr soziales Netzwerk. Die potentielle Verfügbarkeit von Hilfeleistungen ist auch ein Indikator für die Qualität von sozialen Beziehungen (siehe Kapitel 3.2).

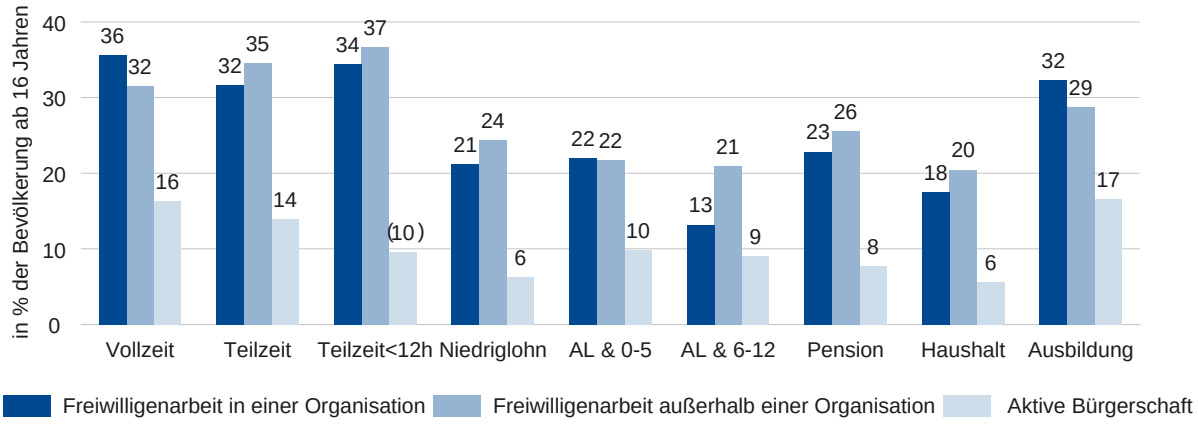
Gesellschaftliches Engagement fördert formelle und informelle Netzwerke und ist wichtiger Bestandteil des sozialen Kapitals einer Gesellschaft. Die meiste Freiwilligenarbeit[6] wird von erwerbstätigen Personen (Vollzeit oder Teilzeit) und von Personen in Ausbildung erbracht (Grafik A.18). Freiwilligenarbeit in einer Organisation ist bei Personen mit längerer Arbeitslosigkeit geringer ausgeprägt als bei der anderen Arbeitslosengruppe. Personen mit Haupttätigkeit Haushaltsführung weisen ebenso eine relativ geringe Teilnahme an Freiwilligenarbeit auf.

Aktivitäten in politischen Parteien, Interessensverbänden, oder die Teilnahme an Demonstrationen (in Grafik A.18 unter „aktive Bürgerschaft" subsumiert) sind innerhalb der Statusgruppen Erwerbstätige, Arbeitslose und Nichterwerbstätige sehr unterschiedlich ausgeprägt. Niedriglohnbeschäftigte, Arbeitslose, die auch im Vorjahr mindestens sechs Monate arbeitslos waren, und hauptsächlich im Haushalt tätige Personen sind relativ wenig engagiert, während Erwerbstätige in einem Normalarbeitsverhältnis und Personen in Ausbildung das höchste Engagement zur aktiven Bürgerschaft zeigen.

Neben der Teilhabe an sozialen Netzwerken und gesellschaftlichem Engagement leistet eine aktive Freizeitgestaltung, u. a. kulturelle Teilhabe, einen wichtigen Beitrag zum Wohlbefinden und zur Lebensqualität. Kulturelle Teilhabe beinhaltet den Besuch von kulturellen Veranstaltungen bzw. Einrichtungen, wie Kino, Sportveranstaltungen, Live-Veranstaltungen (Konzerte, Theater, Oper etc.) oder Kulturstätten (Denkmäler, Museen, Kunstgalerien etc.).

In Grafik A.19 und Grafik A.20 wird die Ausübung verschiedener Freizeitaktivitäten für die einzelnen Statusgruppen dargestellt. Etwas über die Hälfte der Personen in einem prekären Beschäftigungsverhältnis und der Arbeitslosen, die weniger als sechs Monate im Vorjahr arbeitslos waren, haben in den letzten zwölf Monaten ein Kino besucht (Grafik A.19). Hingegen liegt bei Personen in Ausbildung die Wahrscheinlichkeit, in diesem Zeitraum im Kino gewesen zu sein, bei über 90 %. Arbeitslose, die auch im Vorjahr mindestens sechs Monate arbeitslos waren, Pensionistinnen und Pensionisten, sowie Personen mit Haupttätigkeit Haushaltsführung besuchten am seltensten ein Kino.

Grafik A.18
Gesellschaftliches Engagement

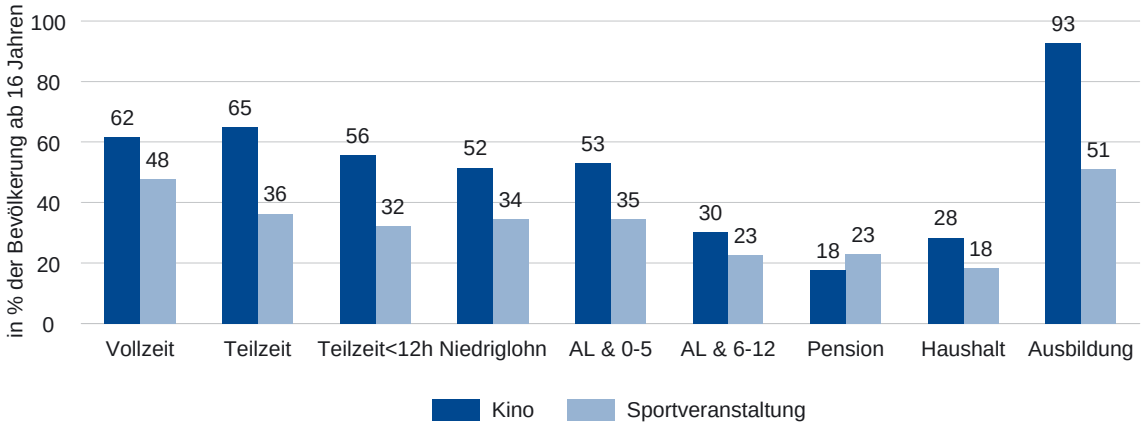


Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Personen ab 16 Jahre. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung.

[6] Freiwilligenarbeit bezieht sich auf eine freiwillige Tätigkeit die entweder im Rahmen einer Organisation oder eines Vereins, oder außerhalb einer Organisation oder eines Vereins (z.B. Hilfe für Menschen und Tiere) geleistet wurde.

Grafik A.19

Mindestens ein Besuch von Kino und Sportveranstaltung in den letzten zwölf Monaten



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Personen ab 16 Jahren. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung.

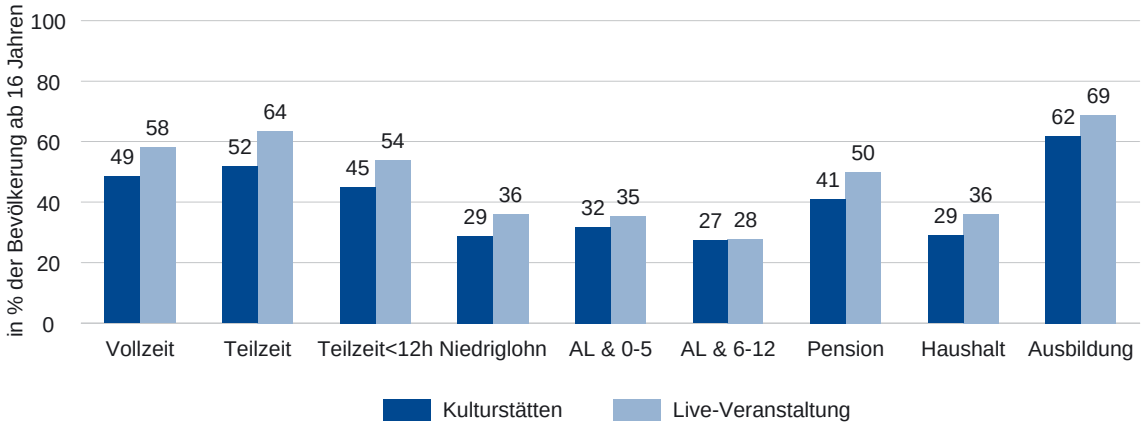
Ein Teil der Unterschiede ist auf die unterschiedliche Altersstruktur innerhalb der Gruppen zurückzuführen. Eine ähnliche Verteilung ergibt sich auch für Sportveranstaltungen. Während Personen in Ausbildung eine derartige Veranstaltung mit der (im Vergleich zu den anderen Status) höchsten Wahrscheinlichkeit besucht haben, fällt der Anteil bei Arbeitslosen, die im Vorjahr mindestens sechs Monate arbeitslos waren, Pensionistinnen und Pensionisten, sowie Personen mit Haupttätigkeit Haushaltsführung gering aus. Ein leicht unterschiedliches Bild ergibt sich, wenn man Live-Veranstaltungen und den Besuch von Kulturstätten (Denkmäler, Museen, Galerien) betrachtet (Grafik A.20). Neben Personen in Ausbildung und Erwerbstätigen werden diese auch von Pensionistinnen und Pensionisten relativ häufig besucht. Niedriglohnbeschäftigte, Arbeitslose – unabhängig von der Dauer – sowie Personen mit Haupttätigkeit Haushaltsführung besuchen im geringsten Ausmaß eine Live-Veranstaltung oder eine Kulturstätte.

A.3.6 Multivariate Analyse

Im vorherigen Abschnitt wurde gezeigt, dass die Lebensqualität anhand ausgewählter Indikatoren je nach Erwerbsstatus variiert.[7] Diese Unterschiede können aber auch auf andere Einflussfaktoren zurückzuführen sein. Beispielsweise könnte die relativ geringe Lebenszufriedenheit der arbeitslosen Personen einem geringeren Einkommen oder einem schlechten Gesundheitszustand geschuldet

Grafik A.20

Mindestens ein Besuch von Kulturstätten und Live-Veranstaltungen in den letzten zwölf Monaten



Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. Personen ab 16 Jahren. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung.

[7] Indikatorenauswahl des vorherigen Abschnitts: allgemeine Lebenszufriedenheit, Zufriedenheit mit der Wohnsituation und Hauptbeschäftigung, Zufriedenheit mit der finanziellen Situation des Haushaltes und dem persönlichen Einkommen, subjektiver Gesundheitszustand, chronisch krank, Kontakt zum bzw. Unterstützung vom informellen sozialen Netzwerk, Freiwilligenarbeit in und außerhalb einer Organisation, aktive Bürgerschaft, Besuch von Kino, Sportveranstaltung, Kulturstätte oder Live-Veranstaltung.

sein. Sowohl Skina-Tabue (2017) als auch Lamei et al. (2017) weisen darauf hin, dass die finanzielle Situation der Haushalte eine mögliche Hürde für die soziale Teilhabe darstellt. Für das vorliegende Kapitel ist von Interesse, ob sich der Erwerbsstatus auch nach Kontrolle von diesen und weiteren Einflussfaktoren auf einzelne Indikatoren der Lebensqualität auswirkt. Folgende Indikatoren werden dabei genauer betrachtet: allgemeine Lebenszufriedenheit, Zufriedenheit mit der Hauptaktivität, subjektiver Gesundheitszustand, chronisch krank, Hilfe vom sozialen Netzwerk, Freiwilligenarbeit in einer Organisation, Kinobesuch und Besuch einer Live-Veranstaltung.

Kontrollvariablen, die in nachfolgende Analysen einfließen, werden (für EU-SILC 2017) in Tabelle A 1 dargestellt. Um die Statusgruppen besser charakterisieren zu können bzw. diese untereinander vergleichbar zu machen, wird für jede Kontrollvariable der Mittelwert nach Statusgruppe ausgewiesen. Betrachtet man das Geschlechterverhältnis, wird sichtbar, dass eine Teilzeitbeschäftigung in einem Ausmaß von weniger als 12 Stunden und Haupttätigkeit Haushaltsführung (Haushalt) vorwiegend von Frauen ausgeführt wird (Anteil liegt jeweils über 90 %). Arbeitslose Personen, die im Vorjahr weniger als sechs Monate arbeitslos waren (AL & 0-5), haben im Vergleich zu Erwerbstätigen in Vollzeit ein geringeres Durchschnittsalter, ein niedrigeres Einkommen, mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit ein Wohnungseigentum und mit einer höheren Wahrscheinlichkeit eine ausländische Staatsbürgerschaft. Das Bildungsniveau wiederum unterscheidet sich kaum von vollzeiterwerbstätigen Personen. Arbeitslose Personen, die auch im Vorjahr länger arbeitslos waren (AL & 6-12), zeichnen sich durch ein noch geringeres Einkommen, eine höhere Scheidungsrate und ein geringeres Bildungsniveau aus.

Um für den Einfluss entsprechender Variablen zu kontrollieren, werden im folgenden Abschnitt Ordinary Least Squares (OLS)[8] Schätzungen durchgeführt. Für ein Subsample der unterschiedlichen Indikatoren zur Lebensqualität werden jeweils drei Schätzungen bzw. Modelle berechnet.

Tabelle A 1
Mittelwerte der Kontrollvariablen

	Vollzeit	Teilzeit	Teilzeit<12h	Niedriglohn	AL & 0-5	AL & 6-12	Pension	Haushalt	Ausbildung
Frau (Anteil)	0,32	**0,83**	**0,96**	**0,67**	**0,53**	**0,46**	**0,54**	**0,91**	**0,56**
Alter	42	**44**	42	**38**	**37**	**44**	**70**	**48**	**21**
Kinder im Haushalt	0,62	**0,87**	**1,36**	0,66	**0,81**	0,60	**0,06**	**0,99**	**1,23**
Pflichtschule (Anteil)	0,07	0,07	**0,17**	**0,19**	**0,14**	**0,33**	**0,26**	**0,29**	**0,44**
Lehre (Anteil)	0,52	0,51	0,48	**0,58**	0,49	0,47	**0,57**	**0,41**	**0,06**
Matura(Anteil)	0,17	0,18	0,20	0,15	0,17	**0,12**	**0,08**	0,16	**0,37**
Universität (Anteil)	0,24	0,24	**0,15**	**0,09**	0,20	**0,07**	**0,09**	**0,15**	**0,13**
Matura Vater (Anteil)	0,06	0,06	0,07	0,04	**0,11**	**0,03**	**0,02**	0,06	**0,20**
Matura Mutter (Anteil)	0,05	0,04	0,08	0,04	0,08	0,04	**0,01**	0,05	**0,21**
Ledig (Anteil)	0,40	**0,27**	**0,20**	**0,46**	**0,52**	0,42	**0,08**	**0,19**	**0,97**
Verheiratet (Anteil)	0,48	**0,60**	**0,74**	**0,43**	**0,32**	**0,31**	**0,59**	**0,72**	**0,02**
Getrennt lebend (Anteil)	0,02	0,02	0,02	0,01	0,04	**0,00**	0,02	**0,01**	**0,00**
Verwitwet (Anteil)	0,01	**0,02**	0,01	0,01	**0,00**	0,02	**0,20**	**0,04**	**0,00**
Geschieden (Anteil)	0,09	0,09	**0,02**	0,09	0,12	**0,25**	**0,11**	**0,04**	**0,01**
Österr. Staatsbürgerschaft (Anteil)	0,91	0,91	0,86	**0,77**	**0,74**	**0,80**	**0,97**	**0,80**	**0,88**
Wohnungseigentum (Anteil)	0,64	**0,69**	0,69	**0,52**	**0,37**	**0,31**	**0,75**	0,67	**0,58**
Pers. Gesamteinkommen/1000	32,98	**20,53**	**8,79**	**15,09**	**16,30**	**10,32**	**23,28**	**7,46**	**4,69**
Äquiv. Jahreseinkommen/1000	34,20	**30,36**	**26,92**	**23,56**	**22,98**	**17,30**	**27,98**	**23,53**	**25,85**
HH Monatseinkommen/1000	3,73	**3,57**	**3,15**	**2,77**	**2,48**	**1,75**	**2,49**	**2,71**	**3,31**

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung; HH = Haushalt. Fett gekennzeichnete Werte beziehen sich auf signifikante Unterschiede der Mittelwerte im Vergleich zu erwerbstätigen Personen in Vollzeit (Signifikanzniveau < 5 %). Werte beziehen sich auf das EU-SILC 2017 Sample und sind nicht gewichtet.

[8] Kleinstquadrate-Methode

In Modell 1 wird der jeweilige Indikator der Lebensqualität auf den Erwerbsstatus regressiert. In Modell 2 werden weitere potentielle Einflussfaktoren (siehe Tabelle A 1) aufgenommen. Dadurch kann überprüft werden, ob sich der Einfluss des Erwerbsstatus auf die abhängige Variable durch Hinzunahme weiterer Kovariate ändert. Auf Basis von Modell 2 wird in Modell 3 ergänzend untersucht, ob das Geschlecht einen Einfluss auf den Zusammenhang zwischen Erwerbsstatus und Lebensqualität hat. Operationalisiert wird das durch die Berücksichtigung von Interaktionstermen von Erwerbsstatus und Geschlecht.

In Tabelle A 2 werden die Regressionsergebnisse für die Regressanden Lebenszufriedenheit und Zufriedenheit mit der Hauptaktivität dargestellt. Aus Modell 1 wird nochmal ersichtlich, dass die Lebenszufriedenheit bei Arbeitslosen deutlich geringer ausfällt, als im Vergleich zu Vollzeit erwerbstätigen Personen. Aber auch Niedriglohnbeschäftigte, im Haushalt tätige Personen und Pensionistinnen und Pensionisten weisen im Vergleich zu Vollzeit erwerbstätigen Personen eine geringere Zufriedenheit auf. Durch die Hinzunahme von weiteren potentiellen Erklärungsfaktoren, wie Geschlecht, Alter, Bildung, Familienstatus, oder Einkommen, halbiert sich der Effekt von Arbeitslosigkeit auf die Lebenszufriedenheit (siehe Modell 2).[9] Jedoch ist der absolute Effekt noch immer beachtlich. Immerhin sinkt im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten für arbeitslose Personen die Lebenszufriedenheit um eine halbe (AL & 0-5) bzw. eine Einheit (AL & 6-12) (auf einer Skala von null bis zehn). Auch nach Kontrolle der verschiedenen Einkommen sind Arbeitslose unzufriedener mit ihrem Leben als Erwerbstätige, prekär Beschäftigte (Erwerbstätigkeit im Ausmaß von weniger als zwölf Wochenstunden oder Niedriglohnbeschäftigte) oder Nichterwerbstätige.[10] Interessant ist auch, dass sich, nach Kontrolle von soziodemographischen Merkmalen, das Vorzeichen des Koeffizienten bei Pensionistinnen und Pensionisten ändert: Gemäß Modell 2 sind - ceteris paribus - Pensionistinnen und Pensionisten glücklicher mit ihrem Leben als Vollzeitbeschäftigte.

Betrachtet man die Kontrollvariablen, so zeigt sich, dass sowohl das äquivalisierte Haushaltseinkommen aus dem Vorjahr als auch das aktuelle monatliche Haushaltseinkommen signifikant positiv mit der Lebenszufriedenheit korreliert sind (Signifikanzniveau <5 %). Verheiratete und zusammenlebende Personen sind glücklicher als Singles. Ebenso wirkt sich Wohnungseigentum oder Bildung positiv auf die Lebenszufriedenheit aus. Sowohl das Vorhandensein einer chronischen Erkrankung als auch der subjektive Gesundheitszustand sind von Bedeutung für die allgemeine Lebenszufriedenheit.

In Modell 3 wird überprüft, ob sich der Erwerbsstatus von Frauen und Männern unterschiedlich auf die Lebenszufriedenheit auswirkt. Statistisch signifikant ist der Interaktionseffekt bei der Haupttätigkeit Haushaltsführung. Während bei Männern, die ihre Haupttätigkeit mit Haushaltsführung verrichten, die Zufriedenheit um 0,5 Einheiten sinkt, gibt es bei Frauen keinen Unterschied zu Vollzeitbeschäftigten. Die Werte der Lebenszufriedenheit für arbeitslose Personen bewegen sich in einer ähnlichen Größenordnung wie bei Clark et al. (2008). Arbeitslose Männer, die auch im Vorjahr weniger als sechs Monate arbeitslos waren (AL & 0-5), haben eine um 0,54 Einheiten geringere Lebenszufriedenheit als erwerbstätige Personen in Vollzeit. Der Unterschied erhöht sich auf etwa eine Einheit, wenn die Arbeitslosigkeit im Vorjahr auf bis zu zwölf Monate ansteigt (AL & 6-12). Bei Frauen beträgt der Unterschied 0,4 bzw. 0,78, wobei die Unterschiede zu den Männern nicht statistisch signifikant sind. In den Berechnungen von Clark et al. (2008) sank die Lebenszufriedenheit *im ersten Jahr* der Arbeitslosigkeit um ca. 0,76 Einheiten bei Männern und ca. 0,53 Einheiten bei Frauen.[11]

In den hinteren Spalten von Tabelle A 2 wird die Zufriedenheit mit der Hauptaktivität auf den Erwerbsstatus regressiert. Im Vergleich zu Erwerbstätigen in Vollzeit ist die Zufriedenheit von Arbeitslosen mit der Hauptaktivität (Arbeitslosigkeit) wesentlich geringer: Der Unterschied beträgt zirka fünf Einheiten (auf einer Skala von null bis zehn). Die geringe Zufriedenheit von Arbeitslosen kann in diesem Fall auch kaum durch weitere (beobachtbare) Einflussfaktoren erklärt werden: Die Hinzunahme weiterer Kovariate führt nur zu einer geringen Verringerung der geschätzten Regressionskoeffizienten (vgl. Modell 1 und Modell 2). Aus Modell 3 wird ersichtlich, dass (im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten) auch Männer im Haushalt deutlich unzufriedener mit ihrer Hauptaktivität sind. Bei Frauen führt der Status Haushalt zu keinem Rückgang der Zufriedenheit mit der Hauptaktivität.

[9] Werden nur Erklärungsfaktoren einbezogen, die einen signifikanten Einfluss haben, und wird als Einkommensvariable ausschließlich das äquivalisierte Haushaltseinkommen verwendet, erhält man sowohl qualitativ als auch quantitativ ähnliche Ergebnisse.

[10] Zu einem ähnlichen Ergebnis kommen Gerlach und Stephan (2001) für Deutschland.

[11] Beim Vergleich von den hier ausgewiesenen Werten und denen von Clark et al. (2008) ist zu beachten, dass die Arbeitslosenkategorie bei Clark et al. (2008) bis zu zwölf Monate Arbeitslosigkeit umfasst.

Tabelle A 2
Zufriedenheit

	Zufriedenheit mit dem Leben						Zufriedenheit mit Hauptaktivität					
	(1)		(2)		(3)		(1)		(2)		(3)	
	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert
Haupttätigkeit (Basis: Vollzeit)												
Teilzeit	0,027	*0,628*	0,015	*0,793*	0,020	*0,861*	0,057	*0,397*	-0,013	*0,855*	-0,102	*0,484*
Teilzeit<12h	0,101	*0,583*	0,086	*0,624*	-1,053	*0,224*	0,044	*0,840*	-0,023	*0,918*	1,542	*0,158*
Niedriglohn	-0,381	***0,000***	-0,148	*0,051*	-0,289	***0,024***	-0,169	*0,075*	-0,015	*0,872*	0,129	*0,424*
AL & 0-5	-0,973	***0,000***	-0,468	***0,000***	-0,543	***0,002***	-4,983	***0,000***	-4,544	***0,000***	-4,209	***0,000***
AL & 6-12	-1,877	***0,000***	-0,916	***0,000***	-1,039	***0,000***	-5,388	***0,000***	-4,780	***0,000***	-4,635	***0,000***
Pension	-0,503	***0,000***	0,127	***0,025***	0,148	***0,025***	0,534	***0,000***	0,707	***0,000***	0,750	***0,000***
Haushalt	-0,374	***0,000***	-0,053	*0,460*	-0,507	***0,015***	-0,409	***0,000***	-0,235	***0,009***	-2,734	***0,000***
Ausbildung	0,134	*0,082*	0,205	***0,014***	0,334	***0,004***	-0,100	*0,275*	0,114	*0,280*	0,381	***0,009***
Frau (Basis: Mann)			0,137	***0,000***	0,128	***0,020***			0,192	***0,000***	0,208	***0,003***
Alter			-0,007	***0,000***	-0,007	***0,000***			0,004	*0,066*	0,003	*0,125*
Kinder im Haushalt			-0,017	*0,450*	-0,020	*0,375*			-0,016	*0,574*	-0,022	*0,428*
Lehre (Basis: max. Pflichtschule)			0,248	***0,000***	0,249	***0,000***			0,191	***0,001***	0,198	***0,001***
Matura			0,324	***0,000***	0,325	***0,000***			0,088	*0,217*	0,086	*0,224*
Universität			0,303	***0,000***	0,304	***0,000***			0,066	*0,371*	0,066	*0,375*
Matura Vater			0,121	*0,147*	0,116	*0,166*			0,220	***0,038***	0,218	***0,039***
Matura Mutter			-0,125	*0,175*	-0,120	*0,195*			-0,155	*0,184*	-0,153	*0,189*
Verheiratet (Basis: Ledig)			0,238	***0,000***	0,232	***0,000***			0,103	*0,071*	0,084	*0,140*
Getrennt lebend			-0,282	***0,023***	-0,284	***0,022***			-0,371	***0,018***	-0,361	***0,021***
Verwitwet			0,182	***0,022***	0,185	***0,021***			0,123	*0,219*	0,114	*0,259*
Geschieden			-0,127	***0,040***	-0,129	***0,038***			-0,036	*0,646*	-0,036	*0,646*
Österr. Staatsbürgerschaft			0,285	***0,000***	0,279	***0,000***			0,492	***0,000***	0,471	***0,000***
Wohnungseigentum			0,192	***0,000***	0,191	***0,000***			0,136	***0,002***	0,135	***0,002***
Pers. Gesamteinkommen/1000			0,001	*0,652*	0,001	*0,631*			0,002	*0,280*	0,002	*0,186*
Äquiv. Jahreseinkommen/1000			0,004	***0,029***	0,004	***0,033***			-0,003	*0,196*	-0,003	*0,128*
HH Monatseinkommen/1000			0,086	***0,000***	0,086	***0,000***			0,085	***0,000***	0,086	***0,000***
Gesundheit (sehr) schlecht			-1,653	***0,000***	-1,642	***0,000***			-1,278	***0,000***	-1,219	***0,000***
Chronisch krank			-0,509	***0,000***	-0,508	***0,000***			-0,426	***0,000***	-0,414	***0,000***
Frau & Teilzeit					0,001	*0,996*					0,107	*0,528*
Frau & Teilzeit<12h					1,194	*0,177*					-1,626	*0,145*
Frau & Niedriglohn					0,207	*0,191*					-0,226	*0,257*
Frau & AL & 0-5					0,138	*0,576*					-0,677	***0,030***
Frau & AL & 6-12					0,256	*0,229*					-0,351	*0,192*
Frau & Pension					-0,031	*0,689*					-0,066	*0,501*
Frau & Haushalt					0,501	***0,022***					2,718	***0,000***
Frau & Ausbildung					-0,234	*0,105*					-0,496	***0,006***
N	9991		9795		9795		9986		9791		9791	
Korrigiertes R^2	0,044		0,201		0,202		0,223		0,277		0,285	

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung; HH = Haushalt. Regressionskoeffizienten und p-Werte. p-Werte, die einem Signifikanzniveau < 5 % entsprechen, sind fett formatiert. Personen ab 16 Jahre. Konstante ist nicht ausgewiesen.

In den nachfolgenden Tabellen bzw. Regressionen wurden lineare Wahrscheinlichkeitsmodelle (Linear Probability Models) geschätzt, da es sich bei den Regressanden um dichotome Variable handelt. In Tabelle A 3 werden die Regressionsergebnisse für beide Gesundheitsindikatoren dargestellt. Analog zu den deskriptiven Grafiken weisen die Regressionsrechnungen in Modell 1 auf eine negative Korrelation zwischen Gesundheitszustand und Arbeitslosigkeit hin (Tabelle A 3).[12]

[12] Schlechte Gesundheit und Arbeitslosigkeit sind positiv korreliert.

Tabelle A 3
Gesundheit

	Schlechter Gesundheitszustand						Chronisch Krank					
	(1)		(2)		(3)		(1)		(2)		(3)	
	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert
Haupttätigkeit (Basis: Vollzeit)												
Teilzeit	0,014	***0,039***	0,021	***0,006***	0,019	*0,234*	0,014	*0,355*	0,016	*0,332*	0,070	***0,041***
Teilzeit<12h	0,032	*0,161*	0,043	*0,069*	0,304	***0,010***	0,000	*0,998*	0,044	*0,397*	0,109	*0,675*
Niedriglohn	0,023	***0,021***	0,014	*0,164*	0,021	*0,215*	0,042	*0,055*	0,032	*0,155*	0,065	*0,083*
AL & 0-5	0,103	***0,000***	0,093	***0,000***	0,029	*0,240*	0,126	***0,001***	0,124	***0,001***	0,086	*0,116*
AL & 6-12	0,194	***0,000***	0,150	***0,000***	0,131	***0,000***	0,278	***0,000***	0,195	***0,000***	0,138	***0,001***
Pension	0,128	***0,000***	0,091	***0,000***	0,123	***0,000***	0,292	***0,000***	0,140	***0,000***	0,243	***0,000***
Haushalt	0,095	***0,000***	0,097	***0,000***	0,358	***0,000***	0,077	***0,000***	0,095	***0,000***	0,356	***0,000***
Ausbildung	-0,004	*0,738*	0,016	*0,259*	0,008	*0,672*	-0,035	*0,214*	0,074	***0,016***	0,057	*0,183*
Frau (Basis: Mann)			-0,018	***0,002***	-0,002	*0,823*			-0,011	*0,346*	0,034	***0,037***
Alter			0,001	***0,000***	0,001	***0,000***			0,006	***0,000***	0,006	***0,000***
Kinder im Haushalt			-0,007	***0,025***	-0,005	*0,082*			-0,034	***0,000***	-0,032	***0,000***
Lehre (Basis: max. Pflichtschule)			-0,056	***0,000***	-0,057	***0,000***			-0,101	***0,000***	-0,102	***0,000***
Matura			-0,064	***0,000***	-0,063	***0,000***			-0,126	***0,000***	-0,127	***0,000***
Universität			-0,073	***0,000***	-0,072	***0,000***			-0,136	***0,000***	-0,139	***0,000***
Matura Vater			0,023	*0,075*	0,021	*0,089*			0,049	*0,075*	0,047	*0,089*
Matura Mutter			-0,015	*0,274*	-0,018	*0,202*			-0,045	*0,133*	-0,047	*0,119*
Verheiratet (Basis: Ledig)			-0,007	*0,310*	-0,004	*0,565*			-0,007	*0,652*	-0,001	*0,923*
Getrennt lebend			0,045	***0,022***	0,044	***0,023***			-0,026	*0,550*	-0,026	*0,549*
Verwitwet			0,016	*0,394*	0,025	*0,196*			0,099	***0,017***	0,119	***0,004***
Geschieden			0,022	***0,021***	0,023	***0,016***			0,039	*0,059*	0,041	***0,048***
Österr. Staatsbürgerschaft			0,001	*0,907*	0,003	*0,699*			0,037	***0,032***	0,039	***0,024***
Wohnungseigentum			-0,027	***0,000***	-0,025	***0,000***			-0,058	***0,000***	-0,055	***0,000***
Pers. Gesamteinkommen/1000			0,000	*0,740*	0,000	*0,573*			0,000	*0,780*	0,000	*0,935*
Äquiv. Jahreseinkommen/1000			0,000	*0,298*	0,000	*0,410*			-0,001	***0,015***	-0,001	***0,019***
HH Monatseinkommen/1000			-0,002	*0,271*	-0,002	*0,275*			0,002	*0,597*	0,002	*0,559*
Frau & Teilzeit					-0,008	*0,656*					-0,095	***0,017***
Frau & Teilzeit<12h					-0,284	***0,019***					-0,102	*0,700*
Frau & Niedriglohn					-0,018	*0,404*					-0,072	*0,118*
Frau & AL & 0-5					0,120	***0,001***					0,058	*0,447*
Frau & AL & 6-12					0,040	*0,157*					0,115	*0,063*
Frau & Pension					-0,058	***0,000***					-0,188	***0,000***
Frau & Haushalt					-0,302	***0,000***					-0,324	***0,000***
Frau & Ausbildung					0,007	0,782					0,013	*0,815*
N	7668		7514		7514		7669		7515		7515	
Korrigiertes R^2	0,063		0,085		0,099		0,046		0,083		0,089	

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2017. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung; HH = Haushalt. Regressionskoeffizienten und p-Werte. p-Werte, die einem Signifikanzniveau < 5 % entsprechen, sind fett formatiert. Personen zwischen 20 und 65 Jahren. Konstante ist nicht ausgewiesen.

Die Wahrscheinlichkeit, dass eine arbeitslose Person einen schlechten oder sehr schlechten Gesundheitszustand angibt, ist um 10 %-Punkte (AL & 0-5) bzw. 20 %-Punkte (AL & 6-12) höher als bei Vollzeitbeschäftigten. Soziodemographische Merkmale (wie Geschlecht, Alter, oder Bildung) können nur einen relativ kleinen Teil davon erklären (Modell 2). Männer mit Haupttätigkeit Haushaltsführung geben im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten und den anderen Statusgruppen mit der höchsten Wahrscheinlichkeit an, einen schlechten bzw. sehr schlechten Gesundheitszustand zu haben (Modell 3). Bei Frauen mit Haupttätigkeit Haushaltsführung ist dieser Effekt nicht sichtbar. Ein ähnliches Bild zeigt sich, wenn man anstatt des subjektiven Gesundheitszustandes dauerhafte Krankhei-

ten oder chronische Gesundheitsprobleme betrachtet (Tabelle A 3). Während bei den Pensionistinnen und Pensionisten jedoch über die Hälfte des Effekts durch Kontrollvariablen erklärt werden kann, verringern sich die Koeffizienten bei den Arbeitslosen, die im Vorjahr weniger als sechs Monate arbeitslos waren, kaum und bei Arbeitslosen, die im Vorjahr auch mehr als ein halbes Jahr arbeitslos waren, um etwa 30 % (siehe Modell 2 im Vergleich zu Modell 1).

Die Einbindung in soziale Netzwerke und die Teilnahme an gemeinschaftlichen Aktivitäten fördern den sozialen Zusammenhalt und beeinflussen die Lebensqualität (siehe Lamei et al. 2017). Stabile soziale Kontakte sind zur Bewältigung von Herausforderungen in verschiedensten Kontexten hilfreich. Im vorigen Abschnitt wurden verschiedene Indikatoren für die Dimension soziale Teilhabe betrachtet, die von Treffen mit der Familie, Freunden, Nachbarschaft bis hin zur Beteiligung an zivilgesellschaftlichen Aktivitäten reichen.

Die Qualität sozialer Beziehungen kann mit der Möglichkeit, andere Menschen um Hilfe zu bitten, approximiert werden (siehe auch Bourdieu 1986). In Tabelle A 4 wird der Zusammenhang zwischen Erwerbsstatus und der Einschätzung, Hilfe vom sozialen Netzwerk zu erhalten, untersucht. Aus Modell 1 wird ersichtlich, dass alle Statusgruppen, außer Ausbildung, im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten in einem geringeren Ausmaß mit Hilfe von ihrem sozialen Netz rechnen. Diese Effekte sind für Niedriglohnbeschäftigte, Arbeitslose, Pensionistinnen und Pensionisten sowie Personen mit Haupttätigkeit Haushaltsführung statistisch hoch signifikant (Signifikanzniveau <1 %). Bezieht man weitere Erklärungsfaktoren in die Regression mit ein (Modell 2), so gibt es zwar eine Reduzierung der negativen Effekte, diese bleiben jedoch alle (bis auf für Personen mit Haupttätigkeit Haushaltsführung) signifikant (Signifikanzniveau <5 %). Berücksichtigt man zudem geschlechterspezifische Effekte (Modell 3), so zeigt sich, dass vor allem männliche Arbeitslose, die im Vorjahr mindestens sechs Monate arbeitslos waren, Pensionisten und Niedriglohnbezieher, die in einem geringeren Maße mit Hilfe vom sozialen Netzwerk rechnen. Vorwiegend arbeitslose Frauen, die letztes Jahr weniger als sechs Monate arbeitslos waren, erwarten mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit als Vollzeitbeschäftigte Unterstützung.

Die vorhandenen Ressourcen zur Pflege von sozialen Kontakten, sei es finanziell, zeitlich oder gesundheitlich, variieren über die Statusgruppen. Diese werden aber zum Teil in Modell 2 aufgegriffen. Die verbleibenden Effekte können daher auch darauf zurückzuführen sein, dass der im Vergleich zu anderen niedrigere Lebensstandard und die einhergehende Scham zur Isolation führen (siehe auch Lamei et al. 2017), was sich in der geringeren erwarteten Hilfeleistung widerspiegelt.

Die vorliegenden Daten erlauben eine Untersuchung, ob nicht nur die Hilfe vom sozialen Netzwerk, sondern auch der Beitrag von Personen für die Gesellschaft – im konkreten Fall Freiwilligenarbeit in Organisationen – nach Erwerbsstatusgruppen variiert. Neben den Beziehungen zu Verwandten, Bekannten, Freunden und Nachbarn ermöglicht auch das Engagement in Vereinen, Verbänden oder anderen Organisationen, soziale Kontakte oder soziale Anerkennung zu erhalten. Die hoch signifikanten Koeffizienten (Signifikanzniveau <0,1 %) in Modell 1 in Tabelle A 4 deuten darauf hin, dass es hier sehr wohl erhebliche Unterschiede über die Gruppen hinweg gibt. Die Wahrscheinlichkeit Freiwilligenarbeit auszuüben war bei Niedriglohnbeschäftigen, Arbeitslosen, die im Vorjahr bis zu sechs Monate arbeitslos waren, Pensionistinnen und Pensionisten und Personen mit Haupttätigkeit Haushaltsführung zwischen 11 %-Punkten und 15 %-Punkten geringer als bei erwerbstätigen Personen in Vollzeit. Bei arbeitslosen Personen, die im Vorjahr mindestens sechs Monate arbeitslos waren, betrug der Unterschied 20 %-Punkte. Diese Unterschiede können jedoch fast alle durch soziodemographische Faktoren erklärt werden (siehe Modell 2) und betragen maximal 6 %-Punkte (AL & 6-12). Unterschiede bei den Geschlechtern gibt es nur für Arbeitslose, die im Vorjahr mindestens sechs Monate arbeitslos waren (siehe Modell 3): In dieser Statusgruppe leisten Frauen im Vergleich zu Männern mit einer größeren Wahrscheinlichkeit Freiwilligenarbeit in Organisationen. Allerdings handelt es sich nur um eine statistische Tendenz (Signifikanzniveau <10 %).

Tabelle A 4
Soziale Teilhabe

	Hilfe vom sozialen Netzwerk						Freiwilligenarbeit in Organisation					
	(1)		(2)		(3)		(1)		(2)		(3)	
	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert
Haupttätigkeit (Basis: Vollzeit)												
Teilzeit	-0,006	*0,383*	-0,014	***0,039***	-0,012	*0,430*	-0,031	***0,039***	-0,007	*0,656*	-0,024	*0,473*
Teilzeit<12h	-0,001	*0,974*	-0,003	*0,871*	-0,032	*0,521*	0,006	*0,898*	0,047	*0,332*	0,045	*0,696*
Niedriglohn	-0,044	***0,000***	-0,032	***0,001***	-0,036	***0,016***	-0,129	***0,000***	-0,051	***0,018***	-0,043	*0,211*
AL & 0-5	-0,060	***0,000***	-0,034	***0,011***	0,006	*0,759*	-0,113	***0,000***	-0,009	*0,757*	-0,009	*0,831*
AL & 6-12	-0,113	***0,000***	-0,075	***0,000***	-0,094	***0,000***	-0,199	***0,000***	-0,062	***0,037***	-0,112	***0,005***
Pension	-0,031	***0,000***	-0,017	***0,017***	-0,025	***0,002***	-0,114	***0,000***	-0,003	*0,848*	-0,017	*0,364*
Haushalt	-0,022	***0,003***	-0,012	*0,158*	0,039	*0,103*	-0,153	***0,000***	-0,054	***0,006***	-0,103	*0,061*
Ausbildung	0,006	*0,474*	0,002	*0,841*	0,000	*1,000*	-0,038	*0,050*	-0,007	*0,745*	-0,002	*0,938*
Frau (Basis: Mann)			0,017	***0,000***	0,012	*0,086*			-0,064	***0,000***	-0,083	***0,000***
Alter			0,000	*0,260*	0,000	*0,314*			-0,002	***0,000***	-0,002	***0,000***
Kinder im Haushalt			0,002	*0,479*	0,002	*0,526*			0,005	*0,357*	0,005	*0,437*
Lehre (Basis: max. Pflichtschule)			0,019	***0,000***	0,019	***0,000***			0,087	***0,000***	0,088	***0,000***
Matura			0,022	***0,001***	0,022	***0,001***			0,105	***0,000***	0,106	***0,000***
Universität			0,016	***0,026***	0,018	***0,016***			0,153	***0,000***	0,156	***0,000***
Matura Vater			0,004	*0,521*	0,004	*0,579*			-0,057	***0,000***	-0,058	***0,000***
Matura Mutter			0,005	*0,504*	0,005	*0,537*			0,028	*0,091*	0,029	*0,086*
Verheiratet (Basis: Ledig)			0,002	*0,697*	0,003	*0,627*			0,051	***0,000***	0,050	***0,000***
Getrennt lebend			-0,025	*0,106*	-0,024	*0,115*			-0,030	*0,380*	-0,030	*0,390*
Verwitwet			0,016	*0,118*	0,012	*0,245*			-0,014	*0,532*	-0,020	*0,400*
Geschieden			-0,007	*0,398*	-0,008	*0,327*			0,057	***0,002***	0,055	***0,002***
Österr. Staatsbürgerschaft			0,049	***0,000***	0,049	***0,000***			0,128	***0,000***	0,128	***0,000***
Wohnungseigentum			0,023	***0,000***	0,023	***0,000***			0,121	***0,000***	0,120	***0,000***
Pers. Gesamteinkommen/1000			0,000	*0,633*	0,000	*0,612*			0,000	*0,508*	0,000	*0,530*
Äquiv. Jahreseinkommen/1000			0,000	*0,418*	0,000	*0,400*			0,000	*0,394*	0,000	*0,410*
HH Monatseinkommen/1000			0,007	***0,000***	0,007	***0,000***			0,005	*0,257*	0,005	*0,256*
Gesundheit (sehr) schlecht			-0,031	***0,000***	-0,033	***0,000***			-0,100	***0,000***	-0,099	***0,000***
Chronisch krank			-0,007	*0,089*	-0,007	*0,090*			-0,014	*0,169*	-0,013	*0,182*
Frau & Teilzeit					0,000	*0,995*					0,033	*0,395*
Frau & Teilzeit<12h					0,038	*0,494*					0,016	*0,898*
Frau & Niedriglohn					0,010	*0,612*					0,000	*0,998*
Frau & AL & 0-5					-0,082	***0,002***					0,006	*0,921*
Frau & AL & 6-12					0,042	*0,101*					0,112	*0,053*
Frau & Pension					0,018	*0,064*					0,034	*0,128*
Frau & Haushalt					-0,053	***0,039***					0,067	*0,251*
Frau & Ausbildung					0,008	*0,647*					0,002	*0,963*
N	10921		10726		10726		10932		10737		10737	
Korrigiertes R^2	0,012		0,033		0,035		0,017		0,072		0,072	

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung; HH = Haushalt. Regressionskoeffizienten und p-Werte. p-Werte, die einem Signifikanzniveau < 5 % entsprechen, sind fett formatiert. Personen ab 16 Jahren. Konstante ist nicht ausgewiesen.

Tabelle A 5
Kulturelle Teilhabe

	Kino						Live Veranstaltung					
	(1)		(2)		(3)		(1)		(2)		(3)	
	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert	β	p-Wert
Haupttätigkeit (Basis: Vollzeit)												
Teilzeit	0,034	***0,021***	0,027	*0,075*	0,079	***0,013***	0,060	***0,000***	0,010	*0,545*	0,033	*0,340*
Teilzeit<12h	-0,033	*0,497*	-0,002	*0,973*	0,041	*0,702*	-0,039	*0,467*	-0,046	*0,357*	-0,130	*0,272*
Niedriglohn	-0,096	***0,000***	-0,080	***0,000***	-0,077	***0,019***	-0,214	***0,000***	-0,140	***0,000***	-0,152	***0,000***
AL & 0-5	-0,072	***0,017***	-0,012	*0,680*	0,022	*0,567*	-0,221	***0,000***	-0,071	***0,025***	-0,025	*0,560*
AL & 6-12	-0,303	***0,000***	-0,164	***0,000***	-0,198	***0,000***	-0,297	***0,000***	-0,109	***0,000***	-0,070	*0,090*
Pension	-0,427	***0,000***	-0,049	***0,001***	-0,051	***0,004***	-0,076	***0,000***	-0,019	*0,260*	-0,021	*0,266*
Haushalt	-0,297	***0,000***	-0,150	***0,000***	-0,156	***0,003***	-0,188	***0,000***	-0,111	***0,000***	0,027	*0,632*
Ausbildung	0,308	***0,000***	0,071	***0,001***	0,082	***0,006***	0,092	***0,000***	0,142	***0,000***	0,143	***0,000***
Frau (Basis: Mann)			0,042	***0,000***	0,050	***0,001***			0,107	***0,000***	0,118	***0,000***
Alter			-0,010	***0,000***	-0,010	***0,000***			0,001	*0,234*	0,001	*0,224*
Kinder im Haushalt			-0,005	*0,376*	-0,004	*0,428*			-0,036	***0,000***	-0,035	***0,000***
Lehre (Basis: max. Pflichtschule)			0,081	***0,000***	0,082	***0,000***			0,129	***0,000***	0,129	***0,000***
Matura			0,169	***0,000***	0,169	***0,000***			0,243	***0,000***	0,243	***0,000***
Universität			0,249	***0,000***	0,249	***0,000***			0,335	***0,000***	0,335	***0,000***
Matura Vater			0,005	*0,744*	0,003	*0,804*			0,017	*0,272*	0,016	*0,280*
Matura Mutter			0,054	***0,001***	0,053	***0,001***			0,070	***0,000***	0,070	***0,000***
Verheiratet (Basis: Ledig)			-0,049	***0,000***	-0,048	***0,000***			0,033	***0,014***	0,035	***0,009***
Getrennt lebend			-0,008	*0,816*	-0,006	*0,846*			-0,039	*0,274*	-0,039	*0,274*
Verwitwet			-0,021	*0,332*	-0,023	*0,296*			-0,047	***0,048***	-0,049	***0,040***
Geschieden			0,034	***0,048***	0,033	*0,050*			0,049	***0,009***	0,049	***0,010***
Österr. Staatsbürgerschaft			0,131	***0,000***	0,131	***0,000***			0,165	***0,000***	0,165	***0,000***
Wohnungseigentum			-0,002	*0,827*	-0,002	*0,869*			0,035	***0,001***	0,036	***0,000***
Pers. Gesamteinkommen/1000			0,000	*0,384*	0,000	*0,411*			0,000	*0,919*	0,000	*0,951*
Äquiv. Jahreseinkommen/1000			0,000	*0,314*	0,000	*0,325*			0,002	***0,000***	0,002	***0,000***
HH Monatseinkommen/1000			0,028	***0,000***	0,028	***0,000***			0,019	***0,000***	0,019	***0,000***
Gesundheit (sehr) schlecht			-0,095	***0,000***	-0,094	***0,000***			-0,219	***0,000***	-0,222	***0,000***
Chronisch krank			-0,028	***0,003***	-0,028	***0,003***			-0,009	*0,377*	-0,010	*0,357*
Frau & Teilzeit					-0,067	*0,067*					-0,035	*0,385*
Frau & Teilzeit<12h					-0,056	*0,635*					0,094	*0,474*
Frau & Niedriglohn					-0,009	*0,835*					0,013	*0,771*
Frau & AL & 0-5					-0,074	*0,190*					-0,101	*0,104*
Frau & AL & 6-12					0,070	*0,198*					-0,083	*0,166*
Frau & Pension					-0,001	*0,973*					0,001	*0,949*
Frau & Haushalt					0,001	*0,991*					-0,159	***0,009***
Frau & Ausbildung					-0,019	*0,605*					-0,004	*0,914*
N	10922		10727		10727		10922		10727		10727	
Korrigiertes R^2	0,197		0,313		0,312		0,033		0,161		0,161	

Q: STATISTIK AUSTRIA, EU-SILC 2015. AL & 0-5 = derzeitig arbeitslos und weniger als sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; AL & 6-12 = derzeitig arbeitslos und mindestens sechs Monate arbeitslos im Vorjahr; Haushalt = Haupttätigkeit Haushaltsführung; HH = Haushalt. Regressionskoeffizienten und p-Werte. p-Werte, die einem Signifikanzniveau < 5 % entsprechen, sind fett formatiert. Personen ab 16 Jahren. Konstante ist nicht ausgewiesen.

Die Gestaltung der Freizeit und, damit einhergehend, Freizeitaktivitäten wie kulturelle Teilhabe, leisten einen wichtigen Beitrag zu Lebensqualität. In Tabelle A 5 sind die Regressionen für die Aktivitäten Kinobesuch und Besuch

von Live-Veranstaltungen abgebildet.[13] Aus Modell 1 zeigt sich, dass der Zusammenhang zwischen der Zugehörigkeit zu einer Erwerbsstatusgruppe und Kinobesuchen sehr stark ausgeprägt ist. Pensionistinnen und Pensionisten, gefolgt von Arbeitslosen, die im Vorjahr mindestens sechs Monate arbeitslos waren, und Personen mit Haupttätigkeit Haushaltsführung haben in den letzten 12 Monaten mit der geringsten Wahrscheinlichkeit ein Kino besucht (Unterschied zu Vollzeiterwerbstätigen beträgt zw. 30 %-Punkte und 40 %-Punkte), Personen in Ausbildung dafür mit der höchsten Wahrscheinlichkeit (Wahrscheinlichkeit ist um 30 %-Punkte höher).

Viele Freizeitaktivitäten sind mit Kosten verbunden, die beispielsweise für den Anfahrtsweg, Eintritt, Mitgliedschaft, etc. anfallen. Kontrolliert man die Einkommensverhältnisse und weitere sozioökonomische Merkmale, verkleinern sich die Effekte meist deutlich: Während in Modell 1 die Wahrscheinlichkeit für Pensionistinnen und Pensionisten ins Kino zu gehen im Vergleich zu Vollzeitbeschäftigten um 43 %-Punkte geringer ausfällt, beträgt der Unterschied nach Hinzunahme der Kontrollvariablen nur mehr 5 %-Punkte. Jedoch bleiben auch nach Hinzufügen der Kovariate statistisch signifikante Unterschiede zwischen den Statusgruppen bestehen, was darauf hindeutet, dass finanzielle oder gesundheitliche Aspekte nicht ausreichend die kulturelle Teilhabe erklären können. Wenn man den Besuch von Live-Veranstaltungen betrachtet, ergibt sich ein sehr ähnliches Bild. Auch nach Hinzunahme von soziodemographischen Merkmalen sind Niedriglohnbeschäftigte, Arbeitslose und Personen mit Haupttätigkeit Haushaltsführung mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit auf einer Live-Veranstaltung anzutreffen als Vollzeitbeschäftigte (oder Personen in Ausbildung). Ob diese Gruppen unterschiedliche Freizeitpräferenzen aufweisen, aus Statusgründen diese Formen von Freizeitverhalten meiden oder einfach keine Zeit dafür aufbringen können, kann an dieser Stelle nicht beurteilt werden. Zusätzlich kann der Mangel an Informationen sowie soziale Hürden den Zugang zu gesellschaftlichen Freizeitaktivitäten einschränken. Geschlechterspezifische Effekte finden sich nur bei Personen mit Haupttätigkeit Haushaltsführung (Modell 3). In dieser Gruppe sind Frauen im Vergleich zu Männern mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit auf einer Live-Veranstaltung anzutreffen.

A.3.7 Schlussbemerkungen

In diesem Beitrag wurde gezeigt, dass arbeitslose Personen in ausgesuchten Dimensionen bzw. Indikatoren eine geringere Lebensqualität anführen als erwerbstätige Personen. Dieser Unterschied ist auch im Vergleich zu Personen in einer prekären Beschäftigungsform – Erwerbstätigkeit im Ausmaß von weniger als zwölf Wochenstunden oder Niedriglohnbeschäftigung – sichtbar. Ein negativer Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und Lebensqualität könnte, laut Gerlach und Stephan (2001), ein Indiz dafür sein, dass Arbeitslosigkeit nicht aus einem nutzenmaximierenden Entscheidungskalkül resultiert.

Zahlreiche Studien weisen auf einen negativen Zusammenhang zwischen Lebensqualität und Einkommen hin. Auch in Kapitel 3 wurde ersichtlich, dass sich einzelne Dimensionen der Lebensqualität zwischen verschiedenen Einkommensgruppen unterscheiden. Vergleicht man diese Befunde mit den deskriptiven Ergebnissen dieses Kapitels, so zeigt sich, dass arbeitslose Personen im Schnitt ihre Lebensqualität schlechter beurteilen als Personen im untersten Einkommensquintil. Das wird auch bei der multivariaten Analyse sichtbar, in der neben dem Alter, Bildung, Familienstand und anderen Merkmalen auch für unterschiedliche Einkommen kontrolliert wurde: Auch nach Hinzunahme dieser soziodemographischen Merkmale bleiben statistisch signifikante Unterschiede zwischen Vollzeitbeschäftigten und arbeitslosen Personen bestehen. Hetschko et al. (2014) vermuten, dass die Zugehörigkeit zu einer Gruppe und einhergehende soziale Normen die Lebensqualität mitbestimmen. Das könnte auch erklären, warum Männer mit Haupttätigkeit Haushaltsführung, in fast allen Regressionen eine relativ geringe Lebensqualität aufweisen. Dass der Arbeitslosigkeitseffekt auch ökonomisch signifikant ist, kann am Beispiel der allgemeinen Lebenszufriedenheit verdeutlicht werden. Quantitativ entspricht der Unterschied an Lebenszufriedenheit zwischen arbeitslosen Personen und erwerbstätigen Personen in Vollzeit in etwa dem Unterschied an Lebenszufriedenheit zwischen dem obersten Einkommensquintil und dem untersten Einkommensquintil (vgl. Grafik A.13 und Grafik 62).

Die vorliegende Analyse ist mit einigen Einschränkungen behaftet. Erstens, ein Problem entsteht, wenn persönliche Sichtweisen und Präferenzen zwischen Individuen differieren. Dadurch könnten objektiv identische Lebensumstände von verschiedenen Personen unterschiedlich wahrgenommen und bewertet werden. Zweitens sind auf Basis der Analyse keine Kausalaussagen möglich. Es scheint, dass bspw. der Erwerbsstatus einen Einfluss auf die Lebenszufriedenheit oder Gesundheit hat. Jedoch kann nicht ausgeschlossen werden, dass die Lebenszufriedenheit oder die Gesundheit den Erwerbsstatus mitbestimmen. So wäre denkbar, dass Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber zufriedene oder gesunde Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem größeren Ausmaß halten als unzufriedene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem schlechten Gesundheitszustand. In diesem Fall wäre die Arbeitslosigkeit durch den schlechten Gesundheitszustand oder durch die Unzufriedenheit verursacht. Drit-

[13] Betrachtet man weitere Aktivitäten, wie den Besuch einer Sportveranstaltung oder Kulturstätte, zeigen sich ähnliche Ergebnisse. Arbeitslose Personen (und in verstärktem Ausmaß Arbeitslose, die auch im Vorjahr länger arbeitslos waren) haben im Vergleich zu Erwerbstätigen in Vollzeit mit einer geringeren Wahrscheinlichkeit eine Sportveranstaltung oder Kulturstätte besucht.

tens, Unterschiede in der Lebensqualität nach Erwerbsstatus können auch auf anderen Einflussfaktoren beruhen. In vorigen Abschnitt wurde zwar versucht, mögliche Einflussfaktoren zu berücksichtigen, doch ist anzunehmen, dass weitere (unbeobachtete) Faktoren sowohl auf den Erwerbsstatus als auch auf die Lebensqualität wirken.

A.4
Literatur

Angrave, D., Charlwood., A. (2015). What is the relationship between long working hours, over-employment, under-employment and the subjective well-being of workers? Longitudinal evidence from the UK, Human Relations, Vol 68, Issue 9, 2015

Biffl, G. Faustmann, A., Gabriel, D., Leoni, T., Mayrhuber, Ch., Rückert, E. (2011). Psychische Belastungen der Arbeit und ihre Folgen, Studie der Donau-Universität Krems und des WIFO im Auftrag der AK Wien. Krems/Wien September 2011

Blank, F., Logeay, C., Türk, E., Wöss, J., Zwiener, R. (2016), Alterssicherung in Deutschland und Österreich: Vom Nachbarn lernen? WSI-Report Nr. 27, 1/2016

Bock-Schappelwein, J. (2005). Entwicklung und Formen der Arbeitslosigkeit seit 1990, WIFO-Monatsberichte 78(7), Wien, S. 499-510.

Bock-Schappelwein, J. (2016). Digitalisierung und Arbeit, in Peneder, M. (Koordination), Bock-Schappelwein, J., Firgo, M., Fritz, O., Streicher, G., Volkswirtschaftliche Effekte der Digitalisierung, Studie des WIFO im Auftrag von A1 Telekom Austria AG, Wien, 2016, S. 110-126.

Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Horvath, T., Huemer, U. (2017a). Gleichstellungsindex Arbeitsmarkt. Eine Analyse des Geschlechterverhältnisses in Österreich. Aktualisierung 2017, Studie des WIFO im Auftrag des AMS Österreich, Wien.

Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Leoni, T. (2017). Arbeitsmarktchancen durch Digitalisierung, WIFO-Gutachtenserie, Wien.

Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, Ul., Huemer, U., Lutz, H., Mayrhuber, C. (2017b), Österreich 2025: Arbeitszeitverteilung in Österreich. Analyse und Optionen aus Sicht der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz (Hrsg.), Sozialpolitische Studienreihe Band 23, Wien, 2017

Bock-Schappelwein, J., Huemer, U. (2017). Österreich 2025 – Die Rolle ausreichender Basiskompetenzen in einer digitalisierten Arbeitswelt, WIFO-Monatsberichte, 2017, 90(2), S. 131-140.

Bönisch, P. & Schneider, L. (2013). The social capital legacy of communism-results from the Berlin Wall experiment. European Journal of Political Economy, 32, 391-411.

Bönisch, P. & Schneider, L. (2013). The social capital legacy of communism-results from the Berlin Wall experiment. European Journal of Political Economy, 32, 391-411.

Bourdieu P. (1986). The Forms of capital. In: J.G. Richardson (Hrsg.) Handbook of theory and research for the sociology of education, New York: Greenwood, 241-258.

Bourdieu P. (1986). The Forms of capital. In: J.G. Richardson (Hrsg.) Handbook of theory and research for the sociology of education, New York: Greenwood, 241-258.

Bregger, J. E., Haugen, S. E. (1995). BLS Introduces New Range of Alternative Unemployment Measures, Monthly Labour Review, S. 19-26.

Cai, L. (2010). The relationship between health and labour force participation: Evidence from a panel data simultaneous equation model. Labour Economics, 17(1), 77-90.

Cai, L. (2010). The relationship between health and labour force participation: Evidence from a panel data simultaneous equation model. Labour Economics, 17(1), 77-90.

Clark, E.A., Diener, E., Georgellis, Y. & Lucas, E.R. (2008). Lags And Leads in Life Satisfaction: a Test of the Baseline Hypothesis. The Economic Journal, 118 (June), F222–F243.

Clark, E.A., Diener, E., Georgellis, Y. & Lucas, E.R. (2008). Lags And Leads in Life Satisfaction: a Test of the Baseline Hypothesis. The Economic Journal, 118 (June), F222–F243.

Coleman, J. (1988). Social Capital and the Creation of Human Capital. American Journal of Sociology, 94, 94–120.

Coleman, J. (1988). Social Capital and the Creation of Human Capital. American Journal of Sociology, 94, 94–120.

Dengler, K., Matthes, B., Paulus, W. (2014). Berufliche Tasks auf dem deutschen Arbeitsmarkt. Eine alternative Messung auf Basis einer Expertendatenbank, FDZ-Methodenreport 12/2014, Nürnberg.

Dooley, D., Fielding, J. & Levi, L. (1996). Health and Unemployment. Annual Review of Public Health, 17, 449-465.

Dooley, D., Fielding, J. & Levi, L. (1996). Health and Unemployment. Annual Review of Public Health, 17, 449-465.

Easterlin, R.A. (1974). Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence. In: P.A. David/ M.W. Reder (Hrsg.): Nations and Households in Economic Growth - Essays in Honor of Moses Abramovitz. New York/London

Easterlin, R.A. (1974). Does Economic Growth Improve the Human Lot? Some Empirical Evidence. In: P.A. David/ M.W. Reder (Hrsg.): Nations and Households in Economic Growth - Essays in Honor of Moses Abramovitz. New York / London

Easterlin, R.A. (2001). Income and Happiness: Towards a Unified Theory. The Economic Journal, 111 (473), 465-484.

Eppel, R., Famira-Mühlberger, U., Bock-Schappelwein, J. (2014). Kennzeichen des österreichischen Arbeitsmarktes im EU-Vergleich, WIFO-Monatsberichte, 87(11), S.755-766.

Eppel,. R., Bock-Schappelwein, J., Famira-Mühlberger, U., Mahringer, H. (2018). Der österreichische Arbeitsmarkt seit der Wirtschaftskrise, WIFO-Monatsberichte, 91(3), S. 191-204.

Europäische Kommission (2007). Special Eurobarometer 273/Wave 66.3. European Social Reality. Report. http://ec.europa.eu/commfrontoffice/publicopinion/archives/ebs/ebs_273_de.pdf

Fink, M., Horvath, T., Huber, P., Huemer, U., Kirchner, M., Mahringer, H., Piribauer, P. (2017). Mittelfristige Beschäftigungs-prognose für Österreich und die Bundesländer – berufliche und sektorale Veränderungen 2016 bis 2023, WIFO.

Frey, B. S. (2008). Happiness: A Revolution in Economics, Cambridge, Mass.: MIT Press.

Gerlach, K. & Stephan, G. (2001). Lebenszufriedenheit und Erwerbsstatus: Ost- und Westdeutschland im Vergleich. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 34(4), 515-529.

Gerlach, K. & Stephan, G. (2001). Lebenszufriedenheit und Erwerbsstatus: Ost- und Westdeutschland im Vergleich. Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (MittAB), 34(4), 515-529.

Glaser, T. & Till, M. (2010). Gewichtungsverfahren zur Hochrechnung von EU-SILC Querschnittergebnissen. In: Statistische Nachrichten 7/2010. STATISTIK AUSTRIA. Wien. S. 566-567.

Glaser, T. & Till, M. (2010). Gewichtungsverfahren zur Hochrechnung von EU-SILC Querschnittergebnissen. In: Statistische Nachrichten 7/2010. STATISTIK AUSTRIA. Wien. S. 566-567.

Goos, M., Manning, A., Salomons A. (2014). Explaining Job Polarization: Routine-Biased Technological Change and Offshoring", American Economic Review, 2014, 104(8), S. 2509-2526.

Hetschko, C. , Knabe, A. & Schöb, R. (2014). Changing Identity: Retiring From Unemployment. Economic Journal, 124: 149-166.

Horvath, Th., Mahringer, H., Österreich (2016). Entwicklung der Erwerbsbeteiligung bis 2030 unter Berücksichtigung von Änderungen des Bildungsverhaltens und rezenter Pensionsreformen. Ein Update, WIFO, Wien, 2016.

Lamei, N., Skina-Tabue, M., Aichholzer, J., Glaser, T., Göttlinger, S., Heuberger, R., Oismüller, A., Riegler, R. (2017). Lebensbedingungen, Armut und Einkommen in Österreich, S.179 – 226. In Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Sozialbericht: Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-2016. Sozialpolitische Analysen (BMASK, Wien).

Lamei, N., Skina-Tabue, M., Aichholzer, J., Glaser, T., Göttlinger, S., Heuberger, R., Oismüller, A., Riegler, R. (2017). Lebensbedingungen, Armut und Einkommen in Österreich, S.179 – 226. In Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz. Sozialbericht: Sozialpolitische Entwicklungen und Maßnahmen 2015-2016. Sozialpolitische Analysen (BMASK, Wien).

Mayrhuber, C. (2006). Pensionshöhe und Einkommensersatzraten nach Einführung des Allgemeinen Pensionsgesetzes, WIFO-Monatsberichte 79(11), S.805-816.

Mayrhuber, C., Knittler, K. (2010), Struktur und Finanzierungsformen der Sozialausgaben 2008, WIFO-Monatsberichte. 83(5), S.445-460.

OECD (1999). Implementing the OECD Jobs Strategy: Assessing Performance and Policy, Paris.

Oismüller, A. & Till, M. (2015). Subjektives Wohlbefinden. Hintergrund und Ergebnisse des EU-SILC Moduls 2013. In: Statistische Nachrichten 12/2015. STATISTIK AUSTRIA. Wien. S 942-950.

Oismüller, A. & Till, M. (2015). Subjektives Wohlbefinden. Hintergrund und Ergebnisse des EU-SILC Moduls 2013. In: Statistische Nachrichten 12/2015. STATISTIK AUSTRIA. Wien. S 942-950.

Putnam, R. D. (1994). Making Democracy Work. Civic Traditions in Modern Italy. Princeton, USA: University of Princeton Press.

Sanchez-Romero, M., Sambt, J. Prskawetz, A. (2012). Quantifying the role of alternative pension reforms on the Austrian economy, ECON Working Paper 04/2012 http://www.econ.tuwien.ac.at/wps/econ_wp_2012_04.pdf

Shiskin, J. (1976). Employment and Unemployment: the Doughnut or the Hole?, Monthly Labour Review, S. 3-10.

Sorrentino, C (1993). International Comparisons of Unemployment Indicators, Monthly Labour Review, S. 3-24.

Sorrentino, C. (1995). International Unemployment Indicators, 1983-93. Monthly Labour Review, S. 31-50.

Spitz-Oener, A., "Technical Change, Job Tasks, and Rising Educational Demands: Looking outside the Wage Structure", Journal of Labor Economics, 2006, 24(2), S. 235-270.

Till, M., Oismüller, A., Ponocny, I. & Eiffe, F. (2016). Facetten der Lebensqualität. Eine Synthese widersprüchlicher und übereinstimmender Merkmale von subjektivem und objektivem Wohlergehen im EU-SILC -Modul 2013. In: Statistische Nachrichten 8/2016. STATISTIK AUSTRIA. Wien. S 576-589.

Tichy, G.(2011). Zentrale Ergebnisse der Forschung über Lebenszufriedenheit. Wirtschaft und Gesellschaft 37(3), 435-59.

Yamagami, T. (2002). Utilization of Labour Resources in Japan and the United States, Monthly Labour Review, S. 25-43.

www.statistik.at

STATISTIK AUSTRIA

Die Informationsmanager